

Jugendliche Gewalkkultur und soziale Kontrolle

in der frühneuzeitlichen Stadt:

Das Beispiel Leipzig, ca. 1570-1650

Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie an
der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden

vorgelegt von

Hiroyuki Saito

geboren am 25. Juli 1984 in Yokohama, Japan

Betreuer:

Prof. Dr. Gerd Schwerhoff, Technische Universität Dresden

Gutachter:

1. Prof. Dr. Gerd Schwerhoff, Technische Universität Dresden
2. Univ.-Prof. Dr. Barbara Krug-Richter, Universität des Saarlandes

Tag der Disputation:

6. März 2018

VORWORT

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2017/18 von der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden unter dem Titel „Jugendliche Gewaltkultur und soziale Kontrolle in der frühneuzeitlichen Stadt: Das Beispiel Leipzig, ca. 1570-1650“ als Dissertation angenommen. Für die Publikation wurde sie nur geringfügig verändert.

Meinem Doktorvater Professor Dr. Gerd Schwerhoff gebührt für seine freundliche Betreuung, seine geduldige Beratung und schließlich die Begutachtung der Dissertation großer Dank. Ohne seine Bereitschaft, einen Doktoranden aus Japan bei sich aufzunehmen und sein fortwährendes Verständnis für die Schwierigkeiten, die sich dadurch ergeben können, wäre das gesamte Vorhaben nicht möglich gewesen. Mein weiterer Dank gilt Univ.-Prof. Dr. Barbara Krug-Richter, die das zweite Gutachten übernommen hat.

Für thematische Anregungen und vielfältige Diskussionen zu Inhalt und sprachlicher Gestaltung des Textes sind viele KollegInnen vom Lehrstuhl für Geschichte der Frühen Neuzeit in Dresden zu nennen: Dr. Ulrike Ludwig, Dr. Alexander Kästner, Dr. Matthias Bähr, Franziska Neumann, Sebastian Frenzel, Benjamin Seebröcker, Stefan Beckert und Wiebke Voigt. Ohne ihre freundliche Unterstützung in kollegialer Atmosphäre und die alltäglichen Gespräche hätte meine Dissertation nicht fertiggestellt werden können.

Ein besonderer Dank richtet sich auch an die MitarbeiterInnen des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden, des Stadtarchivs Leipzig und des Universitätsarchivs Leipzig, die stets sehr hilfsbereit und entgegenkommend waren.

Darüber hinaus möchte ich mich auch bei verschiedenen Personen in meinem

Heimatland Japan bedanken. Zuerst sei Prof. em. Dr. Kinichi Ogura und Prof. Dr. Hironobu Sakuma (†2009) (beide Universität Waseda) genannt, die mir zahlreiche wissenschaftliche Anregungen bezüglich der deutschen Stadtgeschichte gegeben haben und mir somit die Tür in die akademische Welt eröffnet haben. Nicht zuletzt ist mein Betreuer in Japan Prof. Dr. Takashi Jinno (Universität Waseda) zu nennen. Ohne seine Beratung und sein Verständnis für das langjährige Auslandsstudium hätte ich weder die zeitintensiven Archivstudien vor Ort durchführen noch eine andere Forschungskultur kennenlernen können.

Für die finanzielle Unterstützung gilt mein herzlicher Dank dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) sowie der Graduiertenakademie der Technischen Universität Dresden.

Mein abschließender Dank gilt meinen Eltern. Ohne ihre vielfältige Unterstützung und ihre Geduld für meine unerwartet lange Abwesenheit von der Heimat wären meine Forschung in Deutschland und die Fertigstellung der Dissertation nicht möglich gewesen.

Meiner Familie ist diese Arbeit gewidmet.

Yokohama, Japan, November 2018

Hiroyuki Saito

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG.....	7
1.1. Forschungskontexte, Problemaufriss.....	9
1.1.1. Jugend in der Vormoderne?	9
1.1.2. Historische Kriminalitätsforschung.....	29
1.1.3. Leipzig als Untersuchungsbeispiel	54
1.2. Quellenlage	61
1.2.1. Städtische Quellen.....	61
1.2.2. Universitäre Quellen.....	66
1.2.3. Quellen auf der Landesebene	68
1.3. Fragestellung und Gliederung der Arbeit	69
2. INSTITUTIONELLE RAHMENBEDINGUNGEN IN LEIPZIG.....	72
2.1. Städtische Gerichtsinstanzen.....	72
2.1.1. Entwicklung der Instanzen	72
2.1.2. Zuständigkeiten und Kompetenzen	78
2.1.3. Städtische Ordnungskräfte	84
2.2. Zusammenschlüsse der Handwerker	88
2.2.1. Zünfte	88
2.2.2. Gesellenorganisationen	95
2.3. Die Universität Leipzig.....	101
2.3.1. Universitäre Einrichtungen.....	102
2.3.2. Universitäre Gerichtsbarkeit.....	112
2.4. Zusammenstöße zwischen städtischen Ordnungskräften und Universitätsangehörigen	120
2.4.1. 15. Jahrhundert	121
2.4.2. Die Kompaktaten von 1580 und 1605.....	123
2.4.3. Unterschiedliche Stellungnahmen.....	126
2.4.4. Zusammenfassung	138

3. NORMATIVE GRUNDLAGEN I: FLEXIBLE SANKTIONIERUNG IM STRAFRECHT	140
3.1. Einleitung	140
3.2. Tötungsdelikte.....	143
3.2.1. Ausdifferenzierung der Tötungsdelikte	143
3.2.2. Notwehr und Notwehrexzess.....	144
3.3. Körperverletzung und andere Gewaltdelikte	148
3.3.1. Zunehmende Ausdifferenzierung der Gewaltdelikte.....	148
3.3.2. Bestimmte Gewaltformen	151
3.4. Delikte von Minderjährigen	155
3.4.1. Gesonderte Behandlung für Minderjährige	155
3.4.2. Unterscheidung der Altersgruppen	156
3.5. Poena extraordinaria bzw. Poena arbitraria	161
3.5.1. Breiter Anwendungsbereich	162
3.5.2. Flexibilität der Strafe.....	163
3.6. Zusammenfassung	165
4. NORMATIVE GRUNDLAGEN II: PRÄVENTIONSORIENTIERTE MAßNAHMEN.....	168
4.1. Städtische Maßnahmen gegen (jugendliche) Gewaltpraktiken.....	169
4.1.1. Waffentragen	169
4.1.2. Nächtlicher Ausgang	176
4.2. Normsetzung im Handwerk.....	182
4.2.1. Ehrenrühriges Verhalten	182
4.2.2. Waffentragen	188
4.2.3. Beschränkung nächtlicher Aktivitäten	190
4.3. Universitäre Normsetzung	195
4.3.1. Universitätsstatuten und Statuten der Kollegien in der Mitte des 16. Jahrhunderts	196
4.3.2. Die Zäsur von 1580	205
4.4. Umgang mit den Normen.....	216

4.4.1. Dispensation des Waffentragens.....	217
4.4.2. Beschlagnahmung von Waffen.....	221
5. SCHNITTPUNKTE DER SOZIALEN KONTROLLE: SUPPLIKATIONEN VOR GERICHT UND DIE ZUSAMMENARBEIT VON OBRIGKEIT UND UNTERTANEN	224
5.1. Einleitung	224
5.1.1. Überblick über die Supplikationsforschung.....	225
5.1.2. Fragestellung	231
5.2. Grundlinien der Urteilspraxis in Leipzig	232
5.3. Strategien des Supplizierens am Beispiel eines Falls von Körperverletzung (1608)	236
5.4. Eine Palette von Argumentationsstrategien	244
5.4.1. Positive Darstellung des bisherigen Lebenswandels.....	245
5.4.2. Zuschreibung der Schuld an die Anderen.....	257
5.5. Supplikationen als Mittel zur Strafmilderung?	269
5.5.1. Erfolg der Suppliken und Bedeutung der Strafmilderung oder -umwandlung.	270
5.5.2. Erfolglose Bittgesuche	278
5.6. Zusammenfassung	283
6. FORMEN DER ‚JUGENDLICHEN‘ GEWALT UND REAKTION AUF GEWALT	286
6.1. Einleitung, Fragestellung	286
6.2. Quellenkritische Bemerkung: Auswertungsmöglichkeiten von Zeugenverhören	287
6.2.1. Summarische Inquisition.....	290
6.2.2. Ordentliche Inquisition.....	294
6.2.3. Schriftwechsel zwischen Stadt und Universität beim Gerichtsverfahren	297
6.3. Einstieg in einen Konflikt.....	300
6.3.1. Ehrkonflikte.....	300
6.3.2. Schnelle Entwicklung zu einem Kampf.....	302
6.3.3. Konflikte junger Männer als Wettkampfspiele.....	306
6.4. Gesten, Gebärden	328

6.4.1. Ohrfeige.....	329
6.4.2. Einsatz von Waffen.....	333
6.4.3. Waffen in einem Kampf	338
6.4.4. Waffen als Beute.....	347
6.4.5. „Wetzen“	350
6.5. Reaktionen der Anwesenden.....	354
6.5.1. Abmahnung, Intervention.....	355
6.5.2. Geringe Reaktionsbereitschaft	366
6.5.3. Beteiligung der Ordnungskräfte	372
6.6. Narrative über jugendliche Gewalttaten	386
6.6.1. Ehrenbezogene Erzählung.....	387
6.6.2. Widersprüchliche Aussagen	388
6.7. Zusammenfassung	400
7. FAZIT: JUGENDLICHE GEWALKULTUR UND SOZIALE KONTROLLE	403
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	414
1. Ungedruckte Quellen.....	414
2. Gedruckte Quellen.....	422
3. Literatur	424

1. EINLEITUNG

Im berühmtesten Werk von Johann Wolfgang von Goethe, „Faust. Der Tragödie erster Teil“, findet man eine Szene „Auerbachs Keller in Leipzig“.¹ Die Hauptfiguren in dieser Szene sind vier Studenten, die dort beim geselligen Zechen Scherze und Lieder austauschen. Der Hokusfokus Mephistos ärgert die Studenten, daher griff der Student Brander zu Drohworten: „*Wart nur! Es sollen Schläge regnen!*“. Weil sie sich weiter provoziert fühlen, wollen sie zur Tat schreiten: „*Stoßt zu! der Kerl ist vogelfrei!*“ ruft Siebel, die Studenten gehen mit gezogenen Messern auf Mephisto los.² Diese Szene zeigt dem Leser einerseits die Lustigkeit der Gesellschaft, wie sie von Mephisto selbst gegenüber Faust betont wird,³ zugleich aber er verweist auf ihre „Bestialität“⁴ und Streitsüchtigkeit. Man darf sicherlich diese Darstellung nicht mit den historischen Tatsachen gleichsetzen, jedoch verarbeitet Goethe mit der Szene in Auerbachs Keller vermutlich nicht nur seine eigene Leipziger Studentenzeit, sondern diese scheint auch für den Wahrnehmungshorizont der Zeitgenossen noch typisch und plausibel.

Dieser Eindruck von Studenten als streitsüchtig und gewaltbereit war, auch wenn der gesamte Lebensstil und die Sitten der Studenten sich seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich veränderten,⁵ wohl weit verbreitet. Das gilt für die gesamte Frühe Neuzeit.⁶ Als ein Beispiel für die Charakterisierung der Studenten als gewaltbereit bzw. gewalttätig nenne ich die Denkschrift von Ahasver Fritsch aus dem

¹ Im Folgenden stütze ich mich auf die 33. Auflage (Leipzig 1980).

² GOETHE (1980), S. 77.

³ GOETHE (1980), S. 71: „*Ich muß dich nun vor allen Dingen[.] In lustige Gesellschaft bringen, Damit du siehst, wie leicht sich's leben läßt*“.

⁴ GOETHE (1980), S. 76.

⁵ HARDTWIG (1992) zufolge erschienen die Veränderungen beispielsweise in Selbstbildung, Studienfleiß, Disziplinierung der Triebe und Hang zur Hofgesellschaft. Siehe dazu auch HARDTWIG (1986).

⁶ FÜSSEL (2004), S. 145.

Jahr 1686.⁷ Fritsch stellte zum einen die „*unter der unbändigen Jugend*“⁸ verbreiteten Freveltaten (v. a. Duell, Balgerei, Schlägerei und das Tragen von Waffen) als „*unchristliches/ und barbarisches Wesen*“ oder „*eine so schwere/ grausame und verdammliche Sünde*“ in den Vordergrund. Er hob zum anderen die Tatsache hervor, dass diese Freveltaten trotz der obrigkeitlichen Verbote als allgemeine Gewohnheit verwurzelt blieben.

Insbesondere das Tragen von Waffen nahm in den kritischen Bemerkungen Fritschs einen wichtigen Platz ein.⁹ Ein entsprechendes Verbot hatte Moritz, Herzog des albertinischen Sachsens, schon am 3. Mai 1545 für Stadt und Universität erlassen und dort ausdrücklich Studenten und Handwerksgesellen als diejenigen benannt, die häufig gewalttätige Auseinandersetzungen miteinander hätten.¹⁰

Gruppen junger Männer (v. a. Studenten und Handwerksgesellen), so lässt sich aus dem bisher Gesagte schließen, wurden im frühneuzeitlichen Leipzig in besonderer Weise mit Gewalthandlungen (etwa Schlägerei, Körperverletzung und Duell) assoziiert bzw. ihre Gewalttätigkeit in obrigkeitlichen Normen bekämpft. Ob und inwieweit diese jungen Männer auch von der gesamten Gesellschaft in der Universitätsstadt Leipzig¹¹ als gewalttätig oder sogar gefährlich wahrgenommen wurden, ist eine der Fragen der vorliegenden Arbeit.

⁷ Im Folgenden FRITSCH (1686). Vgl. auch BRUCHMÜLLER (1909), S. 72f.

⁸ Fritsch meinte natürlich insgesamt die Studenten bzw. „*die studierende Jugend*“.

⁹ Vgl. auch SCHEUER (1932), S. 79.

¹⁰ Siehe ausführlich Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

¹¹ Zum Stadttyp der Universitätsstädte und zu den spannungsreichen Verhältnissen siehe ROSSEAUX (2006), S. 37-39; ISENMANN (2014), S. 567-573.

1.1. Forschungskontexte, Problemaufriss

1.1.1. Jugend in der Vormoderne?

Historische Jugendforschung

Es stellt sich zunächst eine Frage, ob und inwieweit man von der ‚Jugend in der Vormoderne‘ sprechen kann.

Die wichtige klassische Studie von P. Ariés „Geschichte der Kindheit“ ging davon aus, dass die traditionelle Gesellschaft (vom Mittelalter bis ins 17. Jahrhundert) „vom Kind und mehr noch vom Heranwachsenden nur schwach entwickelte Vorstellungen hatte“, ¹² und dass die Unterscheidung zwischen Kindern und Erwachsenen sich erst seit dem 17. Jahrhundert allmählich herausbildete.

Der Studie von Ariés folgten nicht wenige Forschungen, die mehr oder weniger von Ariés angeregt wurden. Sie versuchten aber im Gegenteil zu ihm eher, die Existenz einer eigenen Kinder- oder Jugendphase seit dem Mittelalter aufzuzeigen. K. Arnold arbeitete, von der traditionellen Einteilung des Lebensalters in Stufen von je sieben Jahren ausgehend, die gesellschaftliche und rechtliche Stellung der mittelalterlichen Kinder heraus. ¹³

Als eine andere wichtige Geschichtsschreibung über die Jugend ist „Geschichte der Jugend“ von J. R. Gillis zu nennen. Er nannte zwar auch Charakteristika der Jugend in der vorindustriellen Zeit, sein Schwerpunkt liegt aber auf dem Verhältnis zwischen den Wandlungsprozessen der Wirtschaft und der Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert einerseits und der Entwicklung von Jugend bzw. Jugendbrauchtum andererseits. ¹⁴

Noch zu nennen ist das Werk von W. Hornstein „Geschichte in ihrer Zeit“, das den

¹² ARIÉS (1994), S. 45f. und auch S. 209.

¹³ ARNOLD (1980), insbesondere S. 17-27. Zu dieser Einteilung siehe ferner Abschnitt 3.4.2. der vorliegenden Arbeit. Eine zusammenfassende Darstellung von Arnold findet sich in ARNOLD (1996). Als weitere Literaturen sind WINTER (1984) und HANSMANN (1995) zu nennen.

¹⁴ GILLIS (1994), S. 12-17.

Zusammenhang der verschiedenen Lebensformen der Jugend und der Erziehungs- bzw. Bildungssysteme von der Antike bis in die Gegenwart in den Blick nahm. In der mittelalterlichen Ständegesellschaft übernahmen danach jeweils bestimmte Organisationen die Erziehung der Jugend.¹⁵ Hornstein führte weiter aus, dass diese Institutionen unter dem Einfluss der Verstaatlichung seit der Reformation umgeformt oder sogar aufgelöst wurden.¹⁶ Dies hängte, so Hornstein, auch mit dem neuen ‚derben‘ und ‚unsittlichen‘ Lebensstil der Studenten zusammen.¹⁷ Weiterhin hob Hornstein hervor, dass dieser Prozess in der Frühen Neuzeit zur staatlichen Volksschulpflicht seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert führte, und die ‚Jugend‘ also seitdem als solche erschien, die von den Erwachsenen eingerichteten Institutionen einheitlich erzogen werden sollten. Insgesamt wird die Jugend vom 16. bis 18. Jahrhundert negativ beschrieben.

Diese in den klassischen Darstellungen erkennbare Schwerpunktsetzung konvergiert in der Annahme, dass das Phänomen Jugend *erst* in der Moderne entstanden bzw. ‚erfunden‘ wurde,¹⁸ was hauptsächlich in der Jugendsoziologie als Subdisziplin der Soziologie oder in der Erziehungswissenschaft behandelt wird.¹⁹ Diese sogenannte „Erfindung der Jugend in der Moderne“ wurde nach dieser Auffassung durch zwei wesentliche Prozesse im 18. und 19. Jahrhundert geprägt: „[d]ie zunehmende

¹⁵ Wie die Klosterschulen für die Adligen, die Zünfte für die Lehrlingen und die Gesellen, die (universitären) Kollegien und Bursen für die Studenten. Siehe insgesamt HORNSTEIN (1966), S. 81-126.

¹⁶ Exemplarisch hat Hornstein die Einrichtung der Fürstenschulen und Mittelschulen (HORNSTEIN (1966), S. 130-133) und den Zerfall sowie die Auflösung der zünftigen Organisationen (ebd., S. 134-137 und auch S. 231) genannt. Eine vergleichbare Darstellung über die Jugend in der mittelalterlichen Ständegesellschaft findet sich in FEILZER (1971).

¹⁷ HORNSTEIN (1966), S. 140f. Siehe auch unten.

¹⁸ HORN (1998), S. 2: „Jugend in der Vormoderne‘ wäre demzufolge kein Forschungsgegenstand, weil das Phänomen Jugend in der vorindustriellen Zeit im modernen Sinne weitgehend unbekannt war“. Eine ähnliche Bemerkung findet sich jüngst in HAFENEGGER (2015), S. 43: „Vor allem seit Ende des 19. Jahrhunderts gehört sie [Gewalt; H.S.] in der Sozialgeschichte der männlichen Jugend und mit der Herausbildung der modernen Jugend als eigener Lebensphase zu den öffentlichen Dauerthemen. In der deutschen Diskussion wurde der Begriff ‚Jugend‘ im ausgehenden 19. Jahrhundert eingeführt“.

¹⁹ Ein Überblick über die jugendsoziologischen Theorien findet sich in SCHÄFERS (2001), S. 29-39.

Familiarisierung und Verhäuslichung im Zuge der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Familie“ einerseits und „die zunehmende Pädagogisierung der Lebensphasen Kindheit und Jugend seit der Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht“ andererseits.²⁰ Erst zu diesem Zeitpunkt wurde die Jugend konstruiert als „eine von der Gesellschaft abgesonderte Lebensphase, in der den in dieser Phase befindlichen Individuen bestimmte gesellschaftliche Aufgaben pädagogisch vermittelt auferlegt werden“.²¹ Als eine Studie, die diesen Standpunkt vertritt, ist die Arbeit von T. von Trotha zu nennen: „Zur Entstehung von Jugend“. Er erkannte zwar, dass es auch vor der Moderne „eine Zwischenstufe zwischen einer sehr kurzen Kindheit und dem oft späten Erreichen des vollen Erwachsenenstatus“ gab. Jedoch stellte Trotha eine völlige Umkehrung der Merkmale solcher Zwischenstufe im 19. und frühen 20. Jahrhundert in den Vordergrund. In diesem Kontext betonte er ferner, dass die Jugend seitdem als eine Institution der sozialen Kontrolle erschien.²²

Trotha nannte weiterhin, auf die ältere Forschungsliteratur gestützt, zehn Merkmale der ‚vormodernen‘ Jugend, um den Vergleich zur ‚erfundenen‘ Jugend in der Moderne zu verdeutlichen: 1. „Jugend ist eine Ökonomie des Dienstpersonals“; 2. „Jugend‘ bedeutet deshalb zugleich den Eintritt in die Arbeitswelt“; 3. Jugend „erstreckt sich etwa vom siebten oder achten bis Mitte oder Ende des 20. Lebensjahres“; 4. „Nicht nur die Arbeit, sondern auch die Ausbildung ist altersabhängig“; 5. „Die Alterstrennungen sind außerordentlich unscharf“; 6. die mittelalterlichen Jugendvereinigungen (wie etwa Universitäten, Korporationen und Zünfte) erschienen als „interessenbezogene Organisationen des Novizensstatus“; 7.

²⁰ SCHÄFERS (2001), S. 45f.

²¹ HORN (1998), S. 4f. Vgl. auch HARDTWIG (1986), S. 325.

²² TROTHA (1982), S. 258: „Die Erfindung und Durchsetzung von Jugend ist die Erfindung und Durchsetzung eines neuen Systems sozialer Kontrolle, das als Teil jenes säkularen Entwicklungsvorgangs entsteht“.

Jugend ist kein geschlossener Raum im Sinne des oben erwähnten vierten und fünften Punktes; 8. „Jugend‘ ist eine außerfamiliäre Organisationsform“; 9. „Jugend‘ wird nicht als eine Welt der Geschlechtertrennung erfahren“; 10. Jugend ist „durch eine nicht urhebliche Gegenwärtigkeit von Gewalt als Mittel der Selbsthilfe gekennzeichnet“.²³

Als ein wichtiges geschichtswissenschaftliches Werk, in dem z. T. diese Merkmale bestätigt werden, ist die Gesamtdarstellung von M. Mitterauer zur „Sozialgeschichte der Jugend“ zu nennen, die im Gegensatz zu P. Ariès ausführlich auf die Jugend in der Vormoderne einging.²⁴ Mitterauer löste sich von einer starren Fixierung auf das Alter und versuchte, die Jugendphase nicht (nur) mit den biologischen Determinanten zu definieren, sondern – an die Jugendsoziologie anschließend – vielmehr die gesellschaftlichen Faktoren und Wandelbarkeit zu berücksichtigen.²⁵ Er benannte als die Zäsuren der Jugendphase einerseits die Pubertät und andererseits die Koppelung von Heirat und Beruf, nämlich Gründung des selbstständigen Haushalts.²⁶ Von diesem Definitionsversuch ausgehend bemerkte Mitterauer ferner: „Die Behandlung der Zäsurenfrage hat gezeigt, daß Jugend als ein soziales Phänomen nicht nach dem Lebensalter bemessen werden kann, sondern von der jeweiligen Stellung in verschiedenen Gruppierungen abhängt“.²⁷ Er schlug daran anschließend auch eine mögliche Methodik vor: „Eine historische Beschäftigung mit jenen Sozialformen, in denen sich Jugendlieben abspielt, kann sich daher auf die vier Grundtypen Familie, Arbeitswelt, Schule und Jugendgruppe beschränken. [...] Es handelt sich also um

²³ TROTHA (1982), S. 257f.

²⁴ Die kritische Bemerkung zu Ariès findet sich in MITTERAUER (1986), S. 23-25.

²⁵ MITTERAUER (1986), S. 10f. und S. 25f.

²⁶ MITTERAUER (1986), S. 27 und S. 47.

²⁷ MITTERAUER (1986), S. 96.

altersheterogene Gruppen“.²⁸

Hier zeigen sich also m. E. zwei Grundlinien für die Untersuchung der Jugend in der Vormoderne: Erstens ist auf die einzelne Jugendgruppe je nach ständischer bzw. gesellschaftlicher Gruppe differenziert einzugehen.²⁹ Zweitens ist das Verhältnis zwischen der jugendlichen Gruppierungen und der Erwachsenenwelt bzw. der hegemonialen Kultur zu berücksichtigen.

Zu erwähnen ist weiterhin, dass die Historiographie zur Jugend durch die Forschungen zur Volkskultur angeregt wurde, insbesondere indem die Jugendgruppen als kulturelle Erscheinung aufgefasst wurden.³⁰ Dies kam zunächst aus den französischen Fallstudien über die frühneuzeitliche Gesellschaft. N. Z. Davis ordnete die Aktivitäten bzw. die Bräuche der frühneuzeitlichen Jugendgruppen in die Geschichte der kleinen Leuten ein.³¹ So stellte die Jugendlie den Hauptakteur bei den Festlichkeiten bzw. den Rügepraktiken gegen Unsittlichkeiten (wie etwa bei dem Karneval oder dem Charivari) in der Dorfgemeinschaft dar. In den Großstädten wurde dagegen solche Rolle zunehmend von verschiedenen Gruppierungen (wie etwa von Berufs- oder Nachbarschaftsgruppen) aufgenommen, weshalb man von der „Zersplitterung der Festorganisationen in den Städten“ sprechen kann.³² In diesem Zusammenhang wurde auch beobachtet, dass „männliche Jugendlie entweder in Gruppen mit Erwachsenen zusammen organisiert waren oder direkter von Erwachsenen beherrscht wurden als die

²⁸ MITTERAUER (1986), S. 97 und auch S. 7. Siehe auch GESTRICH (2007a), Sp. 167.

²⁹ Über die Einfügung der Jugend in die ständische Gesellschaft ist sich die bisherige Forschung weitgehend einig. Beispielsweise HERRMANN (1982), S. 16; HORN (1998), S. 5; HERMSEN (1998), S. 125f. Zur Gruppierung in der Ständegesellschaft siehe REINHARD (2004), S. 266-286.

³⁰ Im Hintergrund dafür steht das Verständnis von Kultur als Art, „wie Gruppen oder Klassen sowohl selbstständige Lebensformen ausbilden soziale Beziehungen knüpfen und erfahren, als auch ihren sozialen und materiellen Lebens erfahrungen Ausdruck verleihen“; DÜLMEN (1984), S. 8.

³¹ DAVIS (1987), hier S. 10. Die originale amerikanische Ausgabe dieses Buchs erschien im Jahr 1975 unter dem Titel „Society and Cultur in Early Modern France. Eight Essays“.

³² DAVIS (1987), hier S. 126.

dörflichen Abteien“,³³ worin auch ein spannendes und ambivalentes Verhältnis zu der städtischen Obrigkeit zu sehen war.³⁴

R. Muchembled arbeitete am Beispiel von Flandern und Artois des 15. Jahrhunderts zunächst die Bedeutung von Jugendgruppen heraus sowie ihren Anspruch auf wechselseitige Solidarität; auch stellte er scheinbare Gewalttätigkeit der jugendlichen Gruppen heraus. Die Jugend wollte trotz ihrer Gewaltausübung, so Muchembled, weder die bestehende Ordnung anfechten, noch sie erstlich bedrohen.³⁵ Vielmehr lässt sich „die außergewöhnliche Aggressivität der jungen Männer, die nichts mit krimineller oder pathologischer Gewalt zu tun hat“, als „Teil des Sozialisationsprozess“ erklärt.³⁶ In diesem Sinne würde die gruppenbezogene Aggressivität der Jugend von den Erwachsenen und von der ganzen Gesellschaft „mit viel Nachsicht“ betrachtet.³⁷ Daraus schloss Muchembled, dass „die jungen Männer des 15. Jahrhunderts trotz ihres ungestümen und flegelhaften Benehmens nicht weniger vollständig in die Gesellschaft ihrer Zeit integriert [sind]“, und „[i]hre Banden [...] sich in diesem Sinne als Wegbereiter [erweisen], deren Hauptfunktion darin besteht, die Junggesellen darauf vorzubereiten, zwanglos in die Welt der Erwachsenen zu treten“.³⁸ Muchembled wies, ähnlich wie Davis, auch darauf hin, dass sich die obrigkeitliche Kontrolle *gegen* die jugendlichen Gruppen seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert verstärkte.³⁹

In die ähnliche Richtung geht die Studie von N. Schindler, die aber den Zusammenstoß zwischen der Jugendkultur und den obrigkeitlichen Maßnahmen in der Frühen Neuzeit

³³ DAVIS (1987), S. 124.

³⁴ DAVIS (1987), S. 129.

³⁵ MUCHEMBLED (1987), S. 35.

³⁶ MUCHEMBLED (1987), S. 39.

³⁷ MUCHEMBLED (1987), S. 41.

³⁸ MUCHEMBLED (1987), S. 54.

³⁹ MUCHEMBLED (1987), S. 53f.

noch mehr berücksichtigt. Schindler hob gleichermaßen die eigenständigen Handlungen bzw. Praktiken der Jugend hervor.⁴⁰ Er zeichnete am Beispiel von Gewalttätigkeiten und nächtlichen Ruhestörungen (wie „Jauchzen“) nach, wie die frühneuzeitliche Jugend symbolisch ihre Anwesenheit bzw. ihr Selbstbewusstsein zur Geltung brachte.⁴¹

In den 1990er Jahren erschienen einige bemerkenswerte Sammelbände. Erstens ist „Jugend in der Vormoderne“ von 1998 zu nennen. Der Fokus dieses Sammelbandes liegt, anders als die bisherige Forschung, deutlich darauf, die Geschichte der Jugend von der Antike bis zur Frühen Neuzeit zu skizzieren und neue Erkenntnisse mit der erziehungs- und bildungshistorischen Perspektive zu präsentieren. Er zielte also weniger darauf ab, ein (einheitliches) Bild der vormodernen Jugend zu zeichnen, sondern vielmehr die je nach Zeit, Gesellschaft und Kultur unterschiedlichen Erscheinungs- bzw. Lebensformen von Jugend oder von Diskussionen über die Jugend offen zu legen.⁴² Einige Beiträge diskutierten die bisherige Forschung (beispielsweise von P. Ariès und M. Mitterauer) kritisch und gelangten zu neuen Fragestellungen bzw. Perspektiven,⁴³ die vermutlich nicht auf die bildungshistorische Forschung zu beschränken sind.

Als ein weiteres Forschungsergebnis ist das zweibändige Sammelwerk „Geschichte der Jugend“ von 1996 zu nennen, das aus der kulturgeschichtlichen Perspektive verschiedene Erscheinungsformen der Jugend von der Antike bis zur Gegenwart umfasst.

⁴⁰ SCHINDLER (1990), S. 225f.: „Die Freiräume, die den Jugendlichen von der Erwachsenenwelt zugestanden wurden, hatten ihren festen Platz im Tagesablauf (die Jugendlichen als ‘Herrscher der Nacht’), sie lancierten die altersklassenförmige Gruppenbildung und boten hinreichend Gelegenheit zur gruppeninternen Selbsterziehung und Selbstdarstellung“.

⁴¹ SCHINDLER (1990), insbesondere S. 235-239. Seine Untersuchung wiederholt sich in SCHINDLER (1992), S. 222-232.

⁴² HORN/ CHRISTES/ PARMENTIER (1998).

⁴³ HORN (1998); HORNSTEIN (1998).

Der vorherigen Forschung entsprechend wurde dort die Jugend nicht als eine Gruppe mit dem bestimmten Lebensalter angesehen, sondern vielmehr als „ein gesellschaftliches und kulturelles Konstrukt“.⁴⁴ Demzufolge gingen die Verfasser davon aus, dass die Jugend sich je nach sozialen Klassen, Geschlecht oder Gesellschaft differenzierte. Sie entwickelten ferner mit dem Konzept der „Liminalität“ ein theoretisches Angebot, um die unterschiedliche und ambivalente Lebensphase der Jugend generell zu charakterisieren: „Was also die Jugend generell, aber je nach Gesellschaft auf unterschiedliche Weise charakterisiert ist ihre grundsätzliche Liminalität, verbunden mit der mehr oder weniger langen Dauer ihres Durchgangs durch dieses Lebensalter“.⁴⁵

Die wichtige Arbeit in diesen Sammelbänden für unser Thema ist offenkundig der Beitrag von N. Schindler. Er hielt ohne ausdrücklichen Bezug zur „Liminalität“ doch fest: „Jugendlichkeit war von einer tiefen Ambivalenz, ein Schwellenzustand, der dem Erwachsenendasein näherstand als der Kindheit und es dennoch verstand, ihm noch einmal den Spiegel der Ironie vorzuhalten, bevor es ernst wurde“.⁴⁶ Ansonsten hob Schindler nochmals hervor, dass die Jugendstreiche und die Rügepraktiken trotz ihrer Gewalttätigkeit dazu beitrugen, nicht nur ihre Anwesenheit darzustellen, sondern auch der Gemeinschaft die Ordnung zu stiften.

Das neue konzeptuelle Angebot der „Liminalität“ wurde auch von einer neueren umfangreichen Darstellung von K. von Greyerz über die Lebensstufen in der Frühen Neuzeit aufgenommen, die verschiedene Erscheinungsformen bzw. Praktiken von Jugendgruppen herausarbeitete. Dabei wurde das Konzept der „Liminalität“, auf

⁴⁴ LEVI/ SCHMITT (1996), S. 9.

⁴⁵ LEVI/ SCHMITT (1996), S. 11. Dieses Konzept lehnt sich an die Anthropologie (wie von Arnold van Gennep und Victor Turner) an. Siehe ebd., S. 13. Siehe auch TURNER (2008).

⁴⁶ SCHINDLER (1996), S. 367.

Arnold van Gennep und Victor Turner gestützt, insbesondere auf die zwei wichtigen frühneuzeitlichen Jugendgruppen angewendet: „Die Gesellen- wie auch die Studienzeit entsprachen in der Gesellschaft der Frühen Neuzeit ziemlich genau dieser ethnologischen Beschreibung von Liminalität. Gesellen und Studenten verließen während einiger Zeit ihren Herkunftsort zum Studium an auswärtigen und fremden Universitäten oder auf Gesellenwanderung“. ⁴⁷ Greyerz betonte aber, dass die Liminalität dieser Gruppen im Vergleich zu anderen Gruppen eine Ausnahme darstellt, denn ihr Übergangstatus „hat sich bis weit in die Moderne hinein erhalten, wenngleich viele Gesellenrituale bereits im 18. Jahrhundert den obrigkeitlichen Disziplinierungsbestrebungen zum Opfer gefallen sind“. ⁴⁸

Aus den hier erwähnten Forschungen ist Folgendes festzuhalten: Erstens ist die Jugend in der Vormoderne als eine gesellschaftlich diverse und differenzierte Erscheinung anzusprechen. Wenn man demzufolge eine Geschichte der Jugend schreiben will, benötigt man „eine Pluralität der Perspektiven“. ⁴⁹ Zweitens scheint es mir daher nicht als erfolgversprechende Aufgabe, eine (neue) Definition für die „Jugend“ in der Vormoderne etwa mit einer begriffsgeschichtlichen Perspektive zu suchen. Drittens ist als ein Paradox zu nennen, dass die Jugend erst in der Moderne erfunden bzw. entdeckt wurde, obwohl es Jugend schon vorher gegeben hatte. ⁵⁰ K-P. Horn schlug einen Weg vor, um diesem Dilemma zu entgehen: „Jugend wäre als grob umrissene Lebens- und Altersphase eine universale Kategorie, deren je spezifische historische, gesellschaftliche und kulturelle Ausprägungen von Merkmalen untersucht werden

⁴⁷ GREYERZ (2010), S. 123 und auch S. 233. A. Griebinger wies schon darauf hin, dass die Wanderschaft den Gesellen qualitativ neue Erfahrung bot. Siehe GRIEBINGER (1981), S. 66-68.

⁴⁸ GREYERZ (2010), S. 236. Vgl. auch GRIEBINGER (1981), S. 11f.

⁴⁹ LEVI/ SCHMITT (1996), S. 13. Die Verfasser haben hierzu gerade den Aspekt „des »liminalen« Augenblicks“ als aufschlussreich angesehen.

⁵⁰ HORN (1998), S. 15.

müßten“.⁵¹ Auch in der vorliegenden Arbeit ist von diesem methodischen Vorschlag auszugehen.

„Jugendkriminalität“ und „Jugendstrafrecht“ in der Vormoderne?

In Bezug auf das Interesse der vorliegenden Arbeit sind auch die Themenfelder „Jugendkriminalität“ und „Jugendstrafrecht“ zu erörtern. Die Annahme, dass die Jugend *erst* in der Moderne entstand und auch der Anfang des Jugendstrafrechts demzufolge etwa im 19. Jahrhundert anzusetzen ist, ist heutzutage sowohl in der sozialpädagogischen Forschung⁵² als auch in der Strafrechtswissenschaft⁵³ leitend.

Die neue Konstruktion bzw. die „Erfindung“ der Jugend als einer einheitlichen und von den (hegemonialen und dominanten) Erwachsenen abgegrenzten Lebensphase implizierte die Vorstellung einer „Komplementarität von Jugend und Jugendkriminalität“ in dem Sinne, dass die Abweichung von der auf der wissenschaftlichen Ebene festgeschriebenen „Modell-Jugend“ als kriminell definiert wurde.⁵⁴ Die „Erfindung“ der Jugend ging weiterhin damit einher, dass diese Jugend zunehmend negativ als Bedrohungsfaktor bzw. „Risiko“ sozialer Ordnung konzipiert

⁵¹ HORN (1998), S. 15f.

⁵² DOLLINGER/ SCHABDACH (2013), S. 21: „Eine altersbedingte Sonderbehandlung strafrechtlich auffälliger Kinder und Jugendlicher setzt voraus, dass Kindheit und Jugend als eigenständige Lebensphasen betrachtet werden. In der Gesellschaft muss ein Bewusstsein darüber existieren, dass Kinder und Jugendliche im Vergleich zu Erwachsenen spezifische „Wesen“ mit besonderen Bedürfnissen und Eigenarten sind, da nur so die Annahme von Strafmündigkeitsgrenzen und kindheits- und jugendgemäßen Behandlungs- und Sanktionsformen Plausibilität beanspruchen kann“.

⁵³ SCHAFFSTEIN/ BEULKE/ SWOBODA (2014), S. 39: „Es [Das Jugendstrafrecht; H.S.] ist in allen Kulturstaten als ein selbstständiger, sich vom Erwachsenenstrafrecht in Wesen und Aufgabe unterscheidender Sonderbereich des Strafrechts erst eine Schöpfung des letzten Jahrhunderts“. Siehe auch WETTMANN-JUNGBLUT (2007), Sp. 172. In der Forschung ist die sogenannte „Jugendgerichtsbewegung“ um 1900 als Zäsur in der strafrechtlichen Entwicklung, und somit das Jugendgerichtsgesetz (JGG) von 1923 als Anfang auf der Ebene der Gesetzgebung anzusehen. SCHAFFSTEIN/ BEULKE/ SWOBODA (2014), S. 41-45; REINKE/ SCHWERHOFF (2015a), S. 40. Zur „Jugendgerichtsbewegung“ siehe eine ausführliche Studie von MIEHE (1968). Zum Jugendgerichtsgesetz von 1923 siehe auch GÜNZEL (2001), S. 48-51.

⁵⁴ TROTHA (1982), S. 262f.

werden musste, weil die modernen Staaten die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft anfechten wollten.⁵⁵ Die Jugend als eine besondere Lebens- bzw. Entwicklungsphase musste also sowohl von der Kinderheit als auch von den Erwachsenen stark unterschieden werden und zum Zweck der Erziehung und der Sozialisation mit einem Sonderstrafrecht behandelt werden.⁵⁶ Sowohl in der sozialpädagogischen Forschung als auch in der Strafrechtswissenschaft herrscht weitgehend darüber Einigkeit, dass die Erziehung eng mit der Jugendkriminalität verbunden ist und somit die Erziehung der jugendlichen Straftäter eine wichtige Aufgabe des Jugendstrafrechts ist.⁵⁷

Die hier erwähnten sozialpädagogischen und strafrechtswissenschaftlichen Forschungen haben im Hinblick auf die Behandlung ‚junger‘ Straftäter in der Vormoderne zwar die altersbezogene Vorschrift in Strafnormen (wie etwa in der Carolina) in den Blick genommen. Dabei gehen sie allerdings mehr oder weniger explizit von der modernen Annahme aus, dass die jugendlichen Straftäter aufgrund der besonderen Lebensphase eigentlich mit einem besonderen erziehungsorientierten Jugendstrafrecht sanktioniert werden müssten. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Sonderbehandlung gegen die Jugendlichen in der Vormoderne sich „auf ein Absehen von Strafe oder auf Strafmilderung [beschränkte], die zunächst unbewusst, später bewusst in der mangelnden oder geminderten Schuldfähigkeit des

⁵⁵ Diesen Prozess der Problematisierung von Jugend hat ANHORN (2011), insbesondere S. 40 näher behandelt.

⁵⁶ STRENG (2012), S. 7: „Ganz im Gegenteil erfordert das kritische Übergangsstadium zwischen Kindheit und Erwachsenenalter als ganz offenbar ‚sensible Phase‘ der Sozialisation einen behutsamen und individualisierenden Zugriff auf den jungen Rechtsbrecher bzw [sic!] Verdächtigen. Daher gewinnen im Jugendstrafrecht als Sonderstrafrecht für junge Täter die Grundprinzipien der Mäßigung in der strafenden Reaktion sowie der Erforschung der Täterpersönlichkeit zum Zwecke einer individualisierenden Reaktion in besonderer Weise Bedeutung“. Siehe auch SCHAFFSTEIN/ BEULKE/ SWOBODA (2014), S. 1.

⁵⁷ STRENG (2012), S. 9-14; DOLLINGER/ SCHABDACH (2013), S. 21-53; SCHAFFSTEIN/ BEULKE/ SWOBODA (2014), S. 1-5.

jungen Täters begründet waren“.⁵⁸ H. Cornel hat sogar betont, dass der altersbezogene Erziehungsgedanke in der Vormoderne fremd war und die Jugend nicht selten ‚grausam‘ (etwa mit der Körper- oder Lebensstrafe) sanktioniert wurde.⁵⁹ Angesichts dessen, dass ‚Jugend‘ in der Vormoderne nicht (immer) die altersbezogene und einheitliche Gruppe darstellte, gilt es m. E. den Fragen nachzugehen, welchen Zusammenhang es zwischen den Strafrechtsnormen und den (z. T. verschiedenen) gesellschaftlichen Vorstellungen zur ‚Jugend‘ gab, und inwieweit eine flexible Bestrafung von ‚Jugendlichen‘ vorgesehen wurde.

Studentengeschichte

Die oben geschilderte neuere Forschungstendenz, die ‚Jugend‘ in der Vormoderne und ihre besondere Praktiken mit kulturgeschichtlichen Perspektiven zu erforschen, spiegelt sich in der Forschung zur Studentengeschichte deutlich wider, die jüngsthin ‚Studentenkulturen‘ ins Blickfeld rückte.⁶⁰

Der Schwerpunkt der klassischen Studentengeschichte vom 19. und frühen 20. Jahrhundert lag auf der historischen Entwicklung der studentischen Verbindungen bzw. Korporationen, die den Kern der politischen Bewegungen der Studenten bildeten. Die Gründe für solches Interesse liegen „in der relativ guten Überlieferungslage sowie den erinnerungskulturellen Bedürfnissen der Verbindungen, die entsprechende

⁵⁸ SCHAFFSTEIN/ BEULKE/ SWOBODA (2014), S. 39. Siehe auch REINKE/ SCHWERHOFF (2015a), S. 38.

⁵⁹ CORNEL (2011), S. 456f. Seine Erklärung ist in DOLLINGER/ SCHABDACH (2013), S. 21f. aufgenommen.

⁶⁰ Dies lässt sich zunächst im „Jahrbuch für Universitätsgeschichte 17“ von 2014 erkennen. Man kann FÜSSEL/ WAGNER (2014), S. 39 zufolge „Studentenkulturen“ verstehen als „die Gesamtheit der Bedeutungen [...], die sich in den historischen Praktiken der Studenten als einer sozialen Gruppe konstituierte: lesen, schreiben und hören, den Studienort wechseln, sich verbrüdern und schlagen, protestieren und demonstrieren, konsumieren und verschulden, initiieren und graduieren, erinnern und vergessen“. Die ausführliche Schilderung des Forschungsstandes zur Studentengeschichte findet sich in diesem Beitrag von Füssel und Wagner. Meine folgende Darstellung bezieht sich überwiegend auf das abweichende bzw. gewalttätige Verhalten der Studenten.

Forschungen initiierten“.⁶¹ Das Thema des studentischen Alltagslebens in der Vormoderne wurde eher im Rahmen der Sittengeschichte behandelt,⁶² einige umfangreiche Darstellungen aus dem frühen 20. Jahrhundert sind hier zu nennen.⁶³ Sie behandelten verschiedene Erscheinungsformen der Studentenkultur und addierten „populäre, meist verklärende und verzerrende Anekdotensammlungen von studentischen Ausschweifungen und Kuriositäten“.⁶⁴ Wegen der engen Perspektive wurde die Studentenkultur in der Vormoderne aber insgesamt negativ und ‚unsittlich‘ beschrieben.⁶⁵ Die Gründe dafür liegt m. E. darin, dass erstens die Darstellung sich hauptsächlich auf die obrigkeitlichen Normen und die zeitgenössischen Literaturen *gegen* die Studenten stützte, und dass zweitens noch die Geschichtsschreibung des frühen 20. Jahrhunderts den Wahrnehmungen des 18. und 19. Jahrhunderts verhaftet blieb, die Universitäten vor dem 18. Jahrhundert insgesamt als ein „Auslaufmodell“ negativ charakterisiert hatte.⁶⁶

Neue Impulse für Forschungen zur frühneuzeitlichen Universität findet sich in den 1970er und 1980er Jahren,⁶⁷ und in der Zeit danach vermehrten sich, ähnlich wie in der Jugendforschung, auch die kulturgeschichtlichen Forschungen. Zunächst ist die Darstellung von R. A. Müller aus dem Jahr 1996 zu nennen. Müller verdeutlichte seinen Standpunkt wie folgt: „Dieser erste Versuch einer komparativen studentischen Kulturgeschichte in europäischer Dimension weicht darüber hinaus bewußt von den traditionellen Sitten- und Sozialgeschichten des Studententums ab“.⁶⁸

⁶¹ PALETSCHEK (2011), S. 173. Siehe auch ASCHE/ GERBER (2008), S. 197; FÜSSEL/ WAGNER (2014), S. 41.

⁶² ASCHE/ GERBER (2008), S. 197.

⁶³ Beispielsweise BAUER (1926); SCHULZE/ SSYMANCK (1932). Auch KRAUSE (1979).

⁶⁴ ASCHE/ GERBER (2008), S. 196f.

⁶⁵ Dies findet sich ebenfalls in HORNSTEIN (1966), S. 140f., und S. 154f.

⁶⁶ ASCHE/ GERBER (2008), S. 161.

⁶⁷ ASCHE/ GERBER (2008), S. 198. Einen umfassenden Überblick über ältere Forschungen zur Universitätsgeschichte lieferte MORAW (1982).

⁶⁸ MÜLLER (1996), hier S. 263.

Diesen Ansatz haben die kulturhistorischen Forschungen in den 2000er Jahren weitergeführt, was zum Paradigmenwechsel in der Einschätzung der Bedeutung der studentischen Gewalt führt. Zunächst ist die von B. Krug-Richter geleistete Forschung zu nennen, die ein Teilprojekt im Sonderforschungsbereich 496 „Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme vom Spätmittelalter bis zur französischen Revolution“ durchführte und 2009 einen einschlägigen Sammelband herausbrachte.⁶⁹ Der wichtige Punkt der Forschung von Krug-Richter liegt darin, die Studentenkultur bzw. das Leben der Universitätsangehörigen in das soziale Leben in den vormodernen Universitätsstädten einzuordnen: „Für das Zusammenleben von Universitätsangehörigen und Stadtbürgern spielten die Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung eine weit geringere Rolle als die Anwesenheit einer größeren Gruppe lediger, noch dazu sehr junger Männer, die im Bewusstsein ihres privilegierten Standes oft äußerst selbstbewusst und überheblich auftraten und mit ihren Provokationsritualen für einen ständigen Unruhefaktor sorgten. Ein erheblicher Teil der Studenten im frühneuzeitlichen Europa folgte nämlich nicht den Werten einer dem Weltlichen entsagenden Gelehrtenkultur, sondern eher deren Gegenteil“.⁷⁰ Es liegt daher nahe, die Berührungspunkte oder die Zusammenstöße zwischen Universitätsangehörigen und Stadtbewohnern bzw. das abweichende Verhalten der Studenten in der Stadt mithin in den Blick genommen werden können.⁷¹

Krug-Richter versuchte schon in zwei Aufsätzen aus dem Jahr 2004 über Freiburg im Breisgau, die frühneuzeitliche Studentenkultur in die zeitgenössische Konfliktkultur

⁶⁹ KRUG-RICHTER/ MOHRMANN (2009). Ausgangspunkt war, Krug-Richter zufolge, ein Desiderat der kulturgeschichtlichen Forschung in der Universitätsforschung von den späten 1990er und bis zum frühen 2000er Jahren, die sich insbesondere auf die Institutionengeschichte konzentrierte. Siehe KRUG-RICHTER (2009), S. 1-4. Ein allgemeiner Hinweis findet sich in EHRENPREIS (2003), S. 164; MÜLLER (2006), S. 13f.

⁷⁰ KRUG-RICHTER (2009), S. 7.

⁷¹ KRUG-RICHTER (2009), S. 5f.

einzuordnen.⁷² Sie zeigte auf, dass konkrete Gewalthandlungen der Studenten bestimmten sozialen Regeln und Logiken (wie gleiche Bewaffnung, vergleichbare körperlicher Stärke und die Gleichwertigkeit und Chancengleichheit) folgten, was diesem Konflikt handeln Grenzen setzen konnte.⁷³ Sie rückte weiterhin auch die ‚Männlichkeit‘ bzw. die ‚männliche Ehre‘ als einen wichtigen Bestandteil der studentischen Konfliktkultur in den Vordergrund.⁷⁴ Im Gegensatz zur älteren studentengeschichtlichen Forschung kam sie zu folgender Schlussfolgerung: „Auch wenn Stadt und Universität diese Jungmännerrituale zu Recht als gefährliche und den Stadtfrieden störende Elemente empfanden, waren sie Bestandteil einer männlichen Jugendkultur, die ihrerseits die rivalisierenden Gruppen der Studenten und Handwerksgesellen miteinander verband.“⁷⁵

Direkt von Krug-Richter angeregt wurde ein Sammelband mit zwei Arbeiten zur Freiburger Universitätsgeschichte, die Quellen (v. a. Gerichtsakten) aus dem Freiburger Universitätsarchiv sichteten und dadurch die Ergebnisse von Krug-Richter bereichern konnten.⁷⁶ E. Liermann analysierte zum einen die vor dem Universitätsgericht behandelten Gewalttaten sowie andere provokative Handlungen,⁷⁷ und skizzierte zum anderen die Entwicklung der Fechtkunst im ausgehenden 16. Jahrhundert, um einen Hang der Studenten zu Waffen herauszuarbeiten.⁷⁸ T. Braun beschäftigte sich ebenfalls anhand der Gerichtsakten mit der alltäglichen Freizeitkultur der Studenten und ihren

⁷² KRUG-RICHTER (2004a); KRUG-RICHTER (2004b).

⁷³ KRUG-RICHTER (2004b), hier S. 50f.

⁷⁴ KRUG-RICHTER (2007).

⁷⁵ KRUG-RICHTER (2004b), S. 51. Eine zusammenfassende Darstellung findet sich in KRUG-RICHTER (2009b).

⁷⁶ BRAUN/ LIERMANN (2007).

⁷⁷ K. Siebenhüner liefert schon einen Überblick über die studentische Devianz in Freiburg im Breisgau des 16. Jahrhunderts. Siehe SIEBENHÜNER (1999).

⁷⁸ Siehe auch LIERMANN (2009).

verschiedenen Geselligkeitsformen.⁷⁹

Eine andere, mit Krug-Richter verwandte Forschungslinie wird durch die Arbeiten von M. Füssel markiert.⁸⁰ Der Schwerpunkt seiner Forschung liegt erstens auf dem Versuch, die Universität und den Gelehrtenstand analytisch in die gesamte frühneuzeitliche Ständegesellschaft, insbesondere in die Rangordnung, einzuordnen.⁸¹ In diesem Zusammenhang wurden zweitens die alltäglichen kulturellen Praktiken der Universitätsangehörigen in Anlehnung an anthropologische Perspektiven (etwa an den Habitusbegriff von P. Bourdieu) behandelt. Füssel bemühte sich bereits 2004 programmatisch darum, studentische abweichende Verhaltensweisen am Beispiel der Kölner Universität kulturhistorisch zu analysieren, und zeigte auf, dass die Studenten ein besonderes Standesbewusstsein und Ehrverständnis hatten, und dass die studentischen Gewalttaten daher als Teil ihres Habitus verstanden werden müssen.⁸² Solche neue Perspektive über die studentische Gewalt wurden in zwei Beiträgen von 2005 vertieft,⁸³ wobei es um die gewalttätigen Rituale (insbesondere Deposition und Pennalismus⁸⁴) ging, die bereits in der sittengeschichtlichen Forschung ein beliebter Gegenstand der Darstellung waren. Füssel betonte demgegenüber, dass die Gewaltanwendung bei diesen Ritualen nicht als unsittliche Erscheinung aufzufassen ist, sondern vielmehr als Bestandteil der Identitätsstiftung des Studentenstatus.⁸⁵

⁷⁹ Krug-Richter hat unter Mitarbeit von Braun den Spaziergang in der Studentenkultur behandelt und aufgezeigt, dass der Spaziergang sich nicht nur auf eine Freizeitvergnügung beschränkte, sondern auch eine spezifische Form von Geselligkeit und die Inszenierung der Studenten war. KRUG-RICHTER (2006).

⁸⁰ Auch Füssel hat sich am Münsteraner Sonderforschungsbereich 496 „Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme vom Spätmittelalter bis zur französischen Revolution“ beteiligt.

⁸¹ FÜSSEL (2006b).

⁸² FÜSSEL (2004), S. 149 und S. 164. Als eine neuere Studie, die sich verstärkt an Füssel orientiert, ist die Fallstudie zur Tübinger Universität von AUGÉ/ SCHNACK (2014) zu nennen.

⁸³ FÜSSEL (2005a); FÜSSEL (2005b).

⁸⁴ Als eine jüngere Studie zum Pennalismus ist auch HENSEL (2014) zu nennen.

⁸⁵ Ferner hat Füssel diese studentischen Praktiken in einen „Bereich, in dem die Mechanismen einer ständischen Subjektbildung besonders plastisch hervortreten“ eingeordnet. FÜSSEL (2015a), hier S. 124f. Zu diesen studentischen Ritualen siehe auch Abschnitt 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.

U. Rasche hat am Beispiel der Universität Jena das spannende Verhältnis zwischen dem habituellen Verhalten sowie der genossenschaftlichen Disziplinierung der Studenten einerseits und den zunehmenden obrigkeitlichen Disziplinierungsversuchen andererseits ⁸⁶ ausführlich herausgearbeitet. ⁸⁷ Nach seiner Meinung sind die Initiationsriten (wie Deposition und Pennalismus) als genossenschaftliche Disziplinierungsmaßnahmen zu verstehen, die zu der Gemeinschaftsbildung und der Solidaritätsstiftung innerhalb Studentenschaft beitrugen. ⁸⁸ Rasche bereicherte das Bild der frühneuzeitlichen Studentenkultur durch die Einbeziehung der Studentenliteraturen (wie etwa „Cornelius relegatus“) als Konstitutionsmoment einer studentischen Erinnerungskultur. ⁸⁹

In der älteren Forschung nahm die Vorstellung einen zentralen Platz ein, dass die oben erwähnten studentischen Praktiken oder die Studentenkultur insgesamt wegen des Wirrens des Dreißigjährigen Krieges verwildert gewesen seien und somit einen übergreifenden Sittenverfall spiegelten. Füssel hat dagegen am Beispiel verschiedener Universitäten Folgendes festgehalten: Erstens bot das Kriegswirren „lediglich kulturelle Rahmenbedingungen, die entsprechende Tendenzen weiter befördert haben dürften“. ⁹⁰ Zweitens richtete der Habitus der zeitgenössischen Studenten auf Gewalt und Militär bzw. Soldaten. Drittens soll der angebliche ‚Sittenverfall‘ der Studenten bzw. der Universität eher eher „als Produkt eines übergreifenden protestantischen Diskurses denn als Reflex einer reichsweiten sozialen Praxis gewertet werden“. ⁹¹

⁸⁶ Ein wichtiger Hintergrund dafür lag in den Reformmaßnahmen seit dem 16. Jahrhundert. Siehe RASCHE (2009), hier S. 161f. Dies betrifft gerade auch die Universität Leipzig. Siehe dazu Abschnitt 1.1.3. der vorliegenden Arbeit.

⁸⁷ Eine vergleichbare Studie zur Helmstedter Universität findet sich in RASCHE (2010).

⁸⁸ RASCHE (2009), S. 175-183.

⁸⁹ RASCHE (2009), S. 184-200. Siehe auch RASCHE (2008).

⁹⁰ FÜSSEL (2011), S. 145.

⁹¹ FÜSSEL (2011), S. 145.

Viertens wurden die anscheinend devianten Praktiken der Studenten zwar von obrigkeitlichen Mandaten verboten bzw. von Moralisten kritisch beschrieben, „von vielen Studenten hingegen als Identifikationsangebot aufgenommen“.⁹² Diese neue Perspektive scheint mir hilfreich, wenn man die Studentenkulturen (v. a. im 16. und 17. Jahrhundert) untersuchen will.

Verhältnis von Stadt und Universität

Wie die oben erwähnte Bemerkung von Krug-Richter andeutet, gilt es, die frühneuzeitlichen Studentenkulturen im Kontext des Verhältnisses von Stadt und Universität zu analysieren. Dazu hat M. Asche jüngst bemerkt: „Zur Geschichte der deutschen Universitäten liegen bislang lediglich zwei Sammelbände vor, die sich explizit und in komparatistischer Weise dem Problemkreis »Stadt und Universität« gewidmet haben“.⁹³

Als ein Schlüsselbegriff für die studentischen Handlungen im städtischen Raum ist zunächst die sogenannte „akademische Freiheit“ zu nennen. Dass die Universitätsangehörigen verschiedene Privilegien (insbesondere die eigenständige und von der städtischen Obrigkeit entzogene Gerichtsbarkeit) hatten, eröffnete ihnen einen Spielraum für abweichende Verhaltensweisen. Die „akademische Freiheit“ bildete dabei nicht nur eine rechtliche Rahmenbedingung, sondern darüber hinaus „einen wesentlichen Bestandteil der Herausbildung und Behauptung eines akademischen

⁹² FÜSSEL (2011), S. 146. Als ein Beispiel ist die schon erwähnte Denkschrift von Achasvar Fritsch zu nennen.

⁹³ ASCHE (2009), S. 89f. Die benannten zwei Sammelbände sind: MASCHKE/ SYDOW (1977); DUCHHARDT (1993). Letzterer betonte die enge Verknüpfung von Stadt und Universität: „Universitäten sind ohne Städte niemals, weder in der Alten Welt noch in den neuen Welten, denkbar gewesen, [...] Die Stadt ist die notwendige Rahmenbedingung der Universität, und das bezieht sich nicht nur auf die Unterbringung und die sonstige Infrastruktur, sondern auch auf städtisch-bürgerliche Mentalitäten, die den Wissenschaften offenbar aufgeschlossener gegenüberstehen als ländlich-agrarische Mentalitäten“; DUCHHARDT (1993), S. XI.

Standesbewusstseins“. ⁹⁴ In der Universitätsgeschichtsforschung wurde die akademische Gerichtsbarkeit als Kern der sogenannten „akademischen Freiheit“ häufig thematisiert, sei es in allgemeinen Darstellungen der historische Entwicklung, ⁹⁵ sei es in speziellen Untersuchungen zu den gerichtlichen Institutionen und zum Umfang der Gerichtsbarkeit an einer einzelnen Universität. ⁹⁶

Als eine umfangreiche und weiterführende Studie zu diesem Thema ist die Arbeit von S. Brüdermann zu nennen, die die Gerichtsbarkeit der Universität Göttingen im 18. Jahrhundert behandelt. Es geht dabei nicht nur um die Institution und den Aufgabenbereich der akademischen Gerichtsbarkeit. Darüber hinaus näherte sich Brüdermann anhand der Akten der Universitätsverwaltung und des Gerichts der damaligen Studentenkultur. Er stellte zum einen empirisch die Palette von (devianten) Handlungen der Studenten und den spannungsvollen Kontakt mit der ‚Umwelt‘ (wie etwa mit der Stadtbevölkerung und dem Militär) empirisch dar. Zum anderen versuchte er unter dem Paradigma „Sozialdisziplinierung“ aufzuzeigen, dass die Maßnahmen gegen die Studentenkultur zunehmend die Verhaltensweisen der Studenten im späten 18. Jahrhundert veränderten. ⁹⁷ Mit ähnlicher Schwerpunktsetzung auf die universitäre Gerichtsbarkeit und auf das Verhältnis von Stadt und Universität untersuchte Brüdermann auch das studentische Leben in der Universitätsstadt Helmstedt. ⁹⁸

Ein neuerer Beitrag in Bezug auf die „akademische Freiheit“ kommt aus der frühneuzeitlichen Raumforschung. M. Füssel ging davon aus, dass die Räume und die

⁹⁴ FÜSSEL (2006b), S. 251. H. Deichert schilderte schon im Kontext der akademischen Freiheit in der Universitätsstadt Helmstedt verschiedene abweichende Handlungen bzw. Ausschreitungen. Er sah aber darin die Roheit der studentischen Sitte. DEICHERT (1910), hier S. 277.

⁹⁵ STEIN (1891); ALENFELDER (2002).

⁹⁶ Beispielsweise RENTSCH (1922); TOLL (1979); BUBACH (2005).

⁹⁷ Eine zusammenfassende Bewertung findet sich in BRÜDERMANN (1990), S. 525-529. Siehe ferner einen zusammenfassenden Beitrag von BRÜDERMANN (1999).

⁹⁸ BRÜDERMANN (2000).

soziale Ordnung der Universitätsstadt (hier Helmstedt) von dem Zusammenleben und den Konkurrenzen um die Privilegien zwischen den verschiedenen Korporationen materiell und symbolisch geprägt und konstruiert wurden.⁹⁹ Demzufolge lassen sich Konflikte um die konkurrierenden Gerichtsbarkeiten von Stadt und Universität ebenso wie die Zusammenstöße von Studenten mit anderen Gruppen als Konflikte um soziale Räume analysieren.

Ähnlich wie B. Krug-Richter und M. Füssel nimmt auch H. Zaunstöck an, dass Konflikte zwischen Studenten und Bürgern die Räume der Universitätsstadt (hier Halle an der Saale) prägten.¹⁰⁰ Die akademische Freiheit sei eine zentrale Rahmenbedingung für die studentischen Exzesse und Zusammenstöße mit Bürgern gewesen. Die Handlungen der Studenten seien als Kampf um den Vorrang in der städtischen Sozialtopographie aufzufassen, wobei die Studenten ein Standesbewusstsein an den Tag legten, das aus der akademischen Freiheit legitimiert und begründet gewesen sei. Die städtischen Räume (wie etwa der Markt oder Kirchhöfe) seien demzufolge als Orte der Inszenierung dieses Standesbewusstseins zu verstehen. Zaunstöck hat weiterhin in einem Beitrag von 2011 wiederum die akademische Freiheit als eine Rahmenbedingung für die studentischen Exzesse und Konflikte hervorgehoben und diese zu den Konstellationen in den öffentlichen Räumen in der Universitätsstadt gezählt.¹⁰¹

Die hier erwähnten Arbeiten von Füssel und Zaunstöck lassen sich positiv als ein Versuch lesen, die studentischen Exzesse und die abweichenden Handlungen in die sozialräumliche Dimension in der frühneuzeitlichen Stadt einzuordnen. Dies trägt dazu

⁹⁹ FÜSSEL (2006c). Eine programmatische Diskussion über Raum und Konflikt in der vormodernen Gesellschaft findet sich in FÜSSEL/ RÜTHER (2004). Zur frühneuzeitlichen Raumforschung siehe auch RAU/ SCHWERHOFF (2004).

¹⁰⁰ Auch im Folgenden ZAUNSTÖCK (2006).

¹⁰¹ ZAUNSTÖCK (2011).

bei, „eine wichtige Ergänzung für die Erforschung der Alltagswirklichkeit frühmoderner Universitäre [zu] bieten“, sowie neue Kenntnisse über studentische Devianz zu gewinnen. Die studentische Kultur ist demzufolge nicht mehr mit Konzepten wie Subkultur oder Gegengesellschaft zu fassen, sondern als Teil der heterogenen ständischen und städtischen Gesellschaft in der Frühen Neuzeit zu verstehen.¹⁰²

1.1.2. Historische Kriminalitätsforschung

Weitere Erkenntnisse über das abweichende Verhalten der Jugendlichen (z. B. der Studenten) lassen sich erzielen, wenn die Analyse in den Kontext der „historischen Kriminalitätsforschung“ eingeordnet wird.¹⁰³ Das deviante Verhalten der Jugendlichen lässt sich demzufolge nicht (nur) als Gegenstand der obrigkeitlichen und rechtlichen Kontrolle bzw. Sanktion auffassen, sondern solches Verhalten ist auch in die Beschreibungs- und Wahrnehmungshorizont der zeitgenössischen Gesellschaft einzuordnen, da die Jugendkultur selbst, wie oben geschildert, kein „Ausdruck gesellschaftlicher Marginalisierung“ war.¹⁰⁴ Im Folgenden sollen die

¹⁰² FÜSSEL (2004), S. 166; AUGE/ SCHNACK (2014), S. 105.

¹⁰³ Hier stütze ich mich auf die Bemerkung von FÜSSEL (2004), S. 146: „Erst mit der Etablierung der historischen Kriminalitätsforschung erfolgte ein grundlegender Perspektivenwechsel, der vor allem in methodischer Hinsicht entscheidende Weiterentwicklungen brachte“. Vgl auch KRUG-RICHTER (2004b), S. 29. Die historische Kriminalitätsforschung ist seit den 1990er Jahren als Teildisziplin in der Geschichtswissenschaft etabliert. G. Schwerhoff definierte diesen Arbeitsbereich wie folgt: „Die historische Kriminalitätsforschung als ein Teilbereich der allgemeinen Sozialgeschichte untersucht abweichendes Verhalten in der Vergangenheit im Spannungsfeld von Normen, Instanzen und Medien sozialer Kontrolle einerseits, von gesellschaftlichen Handlungsdeterminanten und sozialen Lagen andererseits. Umgekehrt wird Kriminalität auch als zentraler Indikator für die Erforschung von gesamtgesellschaftlichen Zuständen und von historischen Wandel eingesetzt“; SCHWERHOFF (1992), S. 387. Siehe auch SCHWERHOFF (2011), hier S. 113: „Die historische Kriminalitätsforschung will Delinquenz und abweichendes Verhalten als Sonden benutzen, um gesellschaftliche Problemlagen und Wandlungsprozesse in der Vergangenheit zu erforschen“. Zum Überblick über die historische Kriminalitätsforschung siehe ferner EIBACH (1996); SCHWERHOFF (1999); SCHWERHOFF (2000c); KRISCHER (2006).

¹⁰⁴ Siehe hier REINKE/ SCHWERHOFF (2015a), S. 38.

Gewaltdelinquenz, die Funktionen der Strafjustiz und der Begriff der sozialen Kontrolle als diesem Analyserahmen zugeordnete Aspekte nacheinander abgehandelt werden.

Gewalt

Die Gewalt stellt nach wie vor ein zentrales Thema der Kriminalitätsforschung dar. Das Phänomen der Gewalt ist zu allen Zeiten in jeder menschlichen Gesellschaft vorhanden, sei es in Formen von interpersonaler Gewaltausübung, sei es in Form von kriegerischer Gewalt.¹⁰⁵ Aus der Vormoderne sind verschiedene normative und gerichtliche Quellen überliefert, die fast ausnahmslos Gewalttaten oder als gewalttätig markierte Ereignisse behandelten. Aus dieser Tatsache wurde häufig gefolgert, dass die vormoderne Gesellschaft viel gewalttätiger und grausamer gewesen war als die moderne. Hierbei spielten grundlegende und umfassende Deutungsmodelle über die Vormoderne eine entscheidende Rolle: wie das Paradigma der „Zivilisierung“ (N. Elias) und der „Sozialdisziplinierung“ (G. Oestreich). Die makrohistorische Forschung, die sich mit einem sozialgeschichtlichen Ansatz überwiegend auf Tötungsraten stützte, versuchte historische Entwicklungstendenzen in der Frequenz von Gewaltdelikten herauszuarbeiten.¹⁰⁶ Diese Forschung hat tendenziell ihre Befunde den oben erwähnten Deutungsmodellen angepasst.

¹⁰⁵ Zu verschiedenen Dimensionen der (frühneuzeitlichen) Gewalt siehe zunächst PRÖVE (1999); PRÖVE (2013). Siehe ferner BURGHARTZ (1995), hier S. 11. Hier konzentriere ich mich auf die interpersonelle Gewalt, denn Gewalt „tritt uns in den Quellen meist als interpersonelle Gewalt zwischen Männern in Form von Körperverletzungen und Totschlägen entgegen“; REINKE/ SCHWERHOFF (2015b), S. 148. Siehe ferner einen Überblick über die europaweite Gewaltforschung von MC MAHON/ EIBACH/ ROTH (2013), hier S. 5: „Over the last thirty years, historians of crime and criminal justice have taken a keen interest in the extent and nature of interpersonal violence in medieval, early modern and modern Europe“. Einen epochenübergreifenden und bis in die Gegenwart reichenden Überblick über die Gewaltgeschichte liefert der Beitrag von EIBACH (2009). Siehe weiterhin SCHEUTZ (2016).

¹⁰⁶ Beispielsweise ROUSSEAU (1999); EISNER (2001); EISNER (2003). Zum Überblick über solche sozialhistorischen Forschungen siehe THOME (1992); THOME (2001).

Diese Sichtweise läuft aber Gefahr, die Gewalt in der Vormoderne verkürzend als eine ‚aggressive‘ und ‚affektive‘ Erscheinung negativ zu konnotieren.¹⁰⁷ Daran wurde sowohl methodische als auch theoretische Kritik geübt. Eine andere Lösung wäre der Versuch, Gewalt als zeitlose und anthropologische Konstante zu verstehen und sich dabei an Körperlichkeit oder Schmerzempfinden zu orientieren.¹⁰⁸ Diese Sichtweise scheint mir aber problematisch, weil sie den historischen Wandel der Gewalt ausschließlich auf einen Wandel der Gewaltformen bzw. der Techniken der Schmerzzufügung (etwa Tortur oder Hinrichtung) reduziert.

Die historische Kriminalitätsforschung ist aber insgesamt skeptisch sowohl gegenüber den Zivilisierungstheorien¹⁰⁹ als auch gegenüber den rein anthropologisch orientierten Perspektiven.¹¹⁰ Neueren Studien untersuchen vielmehr das Gewalthandeln mit einem phänomenologischen bzw. mikrohistorischen Ansatz,¹¹¹ und zielen darauf ab, „auch Gewalt in sinnhaften Handlungssystemen zu verorten“¹¹² und ihre historisch und kulturell spezifische Logik aufzuzeigen.¹¹³

Die hier erwähnte phänomenologische Richtung wurde z. T. auch von einer

¹⁰⁷ Vgl. die Bemerkung von EIBACH (2009), S. 189f.: „Sowohl bei Elias als auch bei Oestreich erschienen die Akteure der Vormoderne bekanntlich als Menschen, die ihre Affekte unzureichend kontrollieren, das heißt – weiter gedacht – als ›unzivilisierte‹ bzw. ›undisziplinierte‹ Menschen. Solche Vorstellungen lassen sich zusammenfassen zu einem Bild von der ›primitiven‹ Vormoderne und – gespiegelt – einer besseren Welt der Moderne“. Siehe auch SIEFERLE (1998), S. 13; KRISCHER (2006), S. 392; CHRISTADLER (2007), S. 233.

¹⁰⁸ SOFSKY (1996). Siehe auch TROTHA (1997), hier S. 26-32.

¹⁰⁹ SCHWERHOFF (1999), S. 119-121; SCHWERHOFF (2000c), S. 27f. Zu kritischen Bemerkungen zu „Gewalt und Zivilisation“ siehe ausführlich DINGES (1995b); DINGES (1998c); SCHWERHOFF (1998); SCHWERHOFF (1999), S. 119-121; SCHWERHOFF (2002c). Dies lässt sich exemplarisch in der Debatte zwischen P. Spierenburg und G. Schwerhoff in der Zeitschrift „Crime, Histoire & Sociétés/ Crime, History & Societies“ erkennen: SPIERENBURG (2001); SCHWERHOFF (2002a); SPIERENBURG (2002).

¹¹⁰ ULBRICH/ JARZEBOWSKI/ HOHKAMP (2005), S. 13; EIBACH (2009), S. 188. Auch im Rahmen der Konfliktforschung siehe FÜSSEL/ RÜTHER (2004), S. 14.

¹¹¹ Ein entsprechender Vorschlag findet sich in SCHWERHOFF (2006b), S. 63.

¹¹² KRISCHER (2006), S. 392.

¹¹³ ULBRICH/ JARZEBOWSKI/ HOHKAMP (2005), S. 13. Einige Beiträge im Sammelband von DINGES/ SACK (2000) haben sich anhand des Aspekts „(Un-)Sicherheit“ mit der Diskrepanz auseinandergesetzt, die zwischen den oben erwähnten negativen Bildern der ‚blutigen‘ Vormoderne einerseits und der zeitgenössischen Vorstellung des „Stadtfriedens“ vorhanden war, und somit neue Kenntnisse über die Gewalt geliefert.

„neuen“ Tendenz in der soziologischen Gewaltforschung angeregt. Als deren Vertreter betonte T. v. Trotha, dass die soziologische Gewaltanalyse sich überwiegend auf die Ursache der Gewalt richtete.¹¹⁴ Diese „Ätiologie der Gewalt“ habe die Gewalt als eine problematische oder sogar pathologische Erscheinung angesehen.¹¹⁵ Trotha schlug dagegen in Anlehnung an das anthropologische Konzept der „dichten Beschreibung“ (C. Geertz) vor, direkt die Formen und die Praktiken der Gewalt zu analysieren¹¹⁶ und „die soziale und kulturelle Logik als eine Logik zu rekonstruieren, die nicht in der Unmittelbarkeit des sozialen Ereignisses und Geschehens aufgeht, sondern das soziale Geschehen bis in seine relevanten allgemeinen Zusammenhänge verfolgt“.¹¹⁷

Diese neue Herausforderung hat weitere kritische Debatten in der Soziologie angeregt.¹¹⁸ Aus kultursoziologischer Perspektive hoben beispielsweise A. Pettenkofer und C. Liell hervor: „Die Aufwertung der Dimension des Erleidens von Gewalt, die in der soziologischen Gewaltdiskussion der letzten Jahre vollzogen wurde, scheint – mit ihrem Akzent auf Materialität und Körperlichkeit – gerade auf die geringe Bedeutung kultureller Muster für die Analyse von Gewaltphänomenen hinzuweisen“.¹¹⁹ An dieser Bemerkung anschließend schlug K. Inhetveen vor, die Dichotomie von Gewalt und Kultur zu überwinden und eher von einer Kulturalität und Kulturalisierung der Gewalt

¹¹⁴ B. Nedelmann hat gerade in ihrem Beitrag des Sammelbandes von Trotha die ältere Forschung als „die Mainstreamgewaltforschung“ und die neu vorgeschlagene Richtung als „innovativ“ etikettiert. Siehe NEDELMANN (1997).

¹¹⁵ TROTHA (1997), S. 19. So hat Trotha die an den Ursachen orientierte Soziologie der Gewalt kritisch als „eine Soziologie der ‚sozialen Probleme‘“ genannt. Ebd., S. 18.

¹¹⁶ TROTHA (1997), S. 26-35. Vgl. auch EIBACH (2009), S. 185.

¹¹⁷ TROTHA (1997), S. 21. Eine aktuelle Diskussion über diese phänomenologischen Analysen von Gewalt fand im Histroker Tag 2016 statt. Siehe dazu einen Tagungsbericht von WOLTERS (2016).

¹¹⁸ Beispielsweise findet sich in HÜTTERMANN (2000) eine Kritik am Verzicht auf Fragen nach Ursachen. Sie wiederholt sich in HÜTTERMANN (2004). Der Einwand von IMBUSCH (2004) richtet nicht zuletzt gegen solche ‚kuriose‘ Debatte bzw. die dichotomische Etikettierung von Nedelmann.

¹¹⁹ PETTENKOFER/ LIELL (2004), S. 9. Zu kritischen Bemerkungen zur Diskussionen von Trotha siehe ausführlicher ebd., S. 23-30.

zu sprechen, um nicht nur die Formen bzw. die Strukturen in den Blick zu nehmen, sondern auch die kulturell oder sogar historisch unterschiedliche Deutungsmuster der Gewalt zu berücksichtigen.¹²⁰ Es gilt also, die Gewalt in den jeweiligen zeitgenössischen Wahrnehmungs- und Deutungshorizont einzuordnen.¹²¹

Als eine mögliche kulturelle Deutung für die vormoderne Gewalt ist die „Streitkultur“ zu nennen, über deren Verwendung in der neueren Forschung weitgehend Einigkeit besteht. In diesem Rahmen wurde „die Anwendung von Gewalt als eine mögliche Form des Konfliktaustrages“ betrachtet.¹²² P. Schuster hat diese Perspektive der Streitkultur benutzt, um das traditionelle Urteil zu relativieren, gerade „das späte Mittelalter sei gekennzeichnet durch wachsende Kriminalität und zunehmende Gewalt“. Demgegenüber hat er konstatiert, die zeitgenössische Gewalt sei „durch geringe Neigung [gekennzeichnet gewesen], den Kontrahenten schwer zu verletzen“.¹²³

Ein wichtiges Element im Streitkultur-Konzept von Eriksson und Krug-Richter bildete die Ehre als ein Kristallisationspunkt der gewaltsamen ausgetragener Konflikte.¹²⁴ Schon die ältere Frühneuzeitforschung war sich einig, dass die Ehre ein Grundwert in der vormodernen ständischen Gesellschaft war.¹²⁵ In diesem Zusammenhang ist jene anregende Studie von R. Walz zu nennen, in der verschiedene Delikte und Konflikte in der dörflichen Gesellschaft in der Grafschaft Lippe untersucht wurde. Walz zeigte auf, dass verschiedene Sachkonflikte im Dorf (meistens um Besitz oder um begrenzte Güter) tendenziell in Kämpfe um die Ehre der Gemeinschaftsmitglieder übergeführt

¹²⁰ INHETVEEN (2005), insbesondere S. 43-45.

¹²¹ Vgl. EIBACH (2009), S. 185-187.

¹²² ERIKSSON/ KRUG-RICHTER (2003), hier S. 6. Siehe auch CHRISTADLER (2007), S. 235; EIBACH (2009), S. 195.

¹²³ SCHUSTER (2000b), hier S. 80

¹²⁴ ERIKSSON/ KRUG-RICHTER (2003), S. 7.

¹²⁵ MÜNCH (1988), S. 71f. Siehe auch KRAMER (1974), S. 49-60.

und meistens mittels verbaler oder tätlicher Gewalttaten ausgetragen wurden. Walz zeichnete diesen Prozess der Transformation zu Ehrenhändeln als „agonale Kommunikation“ aus.¹²⁶ Dieses Konzept wurde in der bisherigen Forschung weitgehend aufgenommen.¹²⁷

Die Erforschung zur (vormodernen) Ehre entwickelt sich seit den 1990er Jahren im Zusammenhang mit der historischen Kriminalitätsforschung.¹²⁸ Wie schon angedeutet wird es hier weniger als lohnend betrachtet, das ‚Wesen‘ der Ehre aufzuspüren bzw. die Ehre in der bestimmten Zeiten zu definieren. Es gilt vielmehr, auf die Funktionen sowie die Ansprüche der Ehre einerseits und auf die Ehrverletzung bzw. die Unehrllichkeit andererseits einzugehen.¹²⁹ Die Ehre als Verhaltenscode stellte, kurz gesagt, ein Medium der Kommunikation für die Austragung von Konflikten dar.¹³⁰

Betrachtet man die Verletzbarkeit der Ehre einerseits und den Anspruch auf die Verteidigung oder die Wiederherstellung der Ehre andererseits, dann erweitert sich das Verständnis bzw. die Einschätzung der vormodernen Gewalt. Wie schon in der Diskussion der Streitkultur erörtert, ist die Gewalt nicht einfach auf den Gegenstand der obrigkeitlichen bzw. rechtlichen Ahndung zu reduzieren, sondern der Einsatz physischer Gewalt zur Verteidigung eigener Ehre ist als „ein vor allem unter Männern akzeptiertes Mittel des Konfliktaustrags“ aufzufassen.¹³¹ Weiterhin ist zu bemerken,

¹²⁶ WALZ (1992), hier S. 221-223 und S. 250.

¹²⁷ G. Schwerhoff wies im Kontext der Gewaltdelikte schon darauf hin, dass dieses Konzept sich auch in die städtische Gesellschaft übertragen lässt. Siehe SCHWERHOFF (2004a), S. 136; SCHWERHOFF (2006b), S. 66. Siehe auch MC MAHON/ EIBACH/ ROTH (2013), S. 11.

¹²⁸ Zunächst sind hier einige wichtige Beiträge und Sammelbände zu nennen, die theoretische und methodische Ansätze vorlegten: DINGES (1989); DINGES (1995a); SCHREINER/ SCHWERHOFF (1995); BACKMANN/ KÜNST/ ULMANN/ TLUSTY (1998); KESPER-BIERMANN/ LUDWIG/ ORTMANN (2011).

¹²⁹ Zur Unehrllichkeit siehe NOWOSADTKO (1993); NOWOSADTKO (1994); STUART (1999).

¹³⁰ SCHREINER/ SCHWERHOFF (1995), S. 7f.; BACKMANN/ KÜNST/ ULMANN/ TLUSTY (1998), S. 15

¹³¹ ERIKSSON/ KRUG-RICHTER (2003), S. 7. Vgl. auch die Diskussion im Historiker Tag 2016, bei der „es um die ordnungsstiftenden Effekte von Gewalt ging“. WOLTERS (2016). Als ein spezielles Mittel des Konfliktaustrags ist das ‚Duell‘ zu nennen, denn es war U. Frevert zufolge „Ehrenzweikämpfe, in denen man nicht um ein handfestes Ergebnis stritt, sondern seine Ehre unter Beweis stellte“; FREVERT (1991),

dass die nicht-physischen Gewaltformen (wie etwa verbale Attacken mit Schmähworten und Drohgebärden) eng mit dem gesamten Gewalthandeln verknüpft sind, weil Ehre ein Bestandteil der körperlichen Integrität darstellte und insofern ein Art „zweite Haut“ des Menschen bildete.¹³² Gewalt ist folglich als prozessuale Handlung zu verstehen, in der sich drei Stufen unterscheiden lassen: „erstens verbale Beleidigungen und Herausforderungen; zweitens Gesten gegen den Körper, die bereits schmerzhaft sein konnten, aber nicht zu ernsthaften Blessuren führten; drittens Zufügung von Verletzungen, nicht selten unter Zuhilfenahme von Waffen mit dem Ziel, den Kontrahenten kampfunfähig zu machen“.¹³³ Das alles bedeutet eine Distanzierung vom klassischen Urteil, nach dem die vormoderne Gewalt der Ausdruck von unzivilisierten und spontanen Affekten war.¹³⁴

Hier sind einige Unterschiede zur modernen Soziologie zu nennen. Es ist erstens schwierig, wie G. Schwerhoff bemerkt hat, die Motive und die Formen der Gewalt in der Vormoderne zu unterscheiden.¹³⁵ Daher liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die dichotomische Unterscheidung zwischen dem „Warum“ und dem „Wie“, die sich in der oben erwähnten soziologischen Auseinandersetzung erkennen lässt, für die Untersuchung vormoderner Gewalt wenig fruchtbar ist. Der zweite Vorbehalt bezieht sich auf den oben erwähnten prozessualen Verlauf der Gewalt. Nach modernem Gewaltverständnis werden „die physische Gewalt“ und „die psychische Gewalt“ voneinander getrennt.¹³⁶ In der Vormoderne waren hingegen „Körper und

hier S. 11. Siehe dazu auch Abschnitt 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.

¹³² SCHWERHOFF (2006b), S. 64.

¹³³ Hier zitiere ich EIBACH (2003), S. 237. Ein sehr ähnlicher Hinweis findet sich in SCHUSTER (2016), S. 263. Der erste Punkt entspricht genauso dem Hinweis von SCHWERHOFF (1999), S. 121f.: „Am Anfang standen gewöhnlich Neckereien und Beleidigungen, die sich zu körperlichen Auseinandersetzungen verschiedenster Intensität steigern konnten“. Siehe auch SCHWERHOFF (1991), S. 315.

¹³⁴ Ich stütze mich hier auf die Bemerkung von CHRISTADLER (2007), S. 235.

¹³⁵ SCHWERHOFF (2006b), S. 65.

¹³⁶ IMBUSCH (2002), S. 38f.; NUNNER-WINKLER (2004), S. 21. Über den Unterschied zu modernem

Seele sehr viel stärker als Einheit konzipiert“ und somit lassen „auch psychische und körperliche Verletzung sich weniger leicht trennen“.¹³⁷ Es ist daher treffend, von einem Handlungsset an „verbaler Gewalt“ sowie körperlichen Angriffen auszugehen.¹³⁸ Daran anschließend ergibt sich eine Regelmäßigkeit des Gewalthandelns, das somit als eine ‚rituelle‘ Verhaltensweise verstanden werden kann.¹³⁹ Diese Verhaltensweise konnte „auf eine Begrenzung und Einhegung der Gewalt“ hinwirken.¹⁴⁰ M. Dinges bemerkte, dass „[d]ie wichtigste Folge dieser Ritualisierung von Gewalttätigkeit die Möglichkeit [ist], aus einem Gewalthandel auszusteigen und friedlich auf die Forderungen der anderen Seite einzugehen“, und dass „die Gewalt der Bevölkerung keineswegs blind und unzivilisiert war, sondern genau kalkuliert und insofern ‚zivilisiert‘ im Sinne einer reflektierten Zweck-Mittel-Relation“.¹⁴¹

Die Diskussion über die Gewalt und Ehre erweitert sich durch die Diskussion über die „Männlichkeit“.¹⁴² Als eine Pionierstudie ist die Arbeit von L. Roper zu nennen. Sie bemerkte zunächst, dass die Männlichkeit von einem Paradox begleitet wurde, „denn die Bereitschaft, sich durch Waffen oder Handanlegung zu verteidigen, gehörte zum Kern des »Mannseins«, war aber gleichzeitig Ursache des sozialen Unfriedens“.¹⁴³ Weiterhin war der Zusammenhang von Männlichkeit und Ehre in der Frühen Neuzeit

Verständnis stütze ich mich auf SCHWERHOFF (1999), S. 122f. Siehe auch SCHWERHOFF (1991), S. 270f.

¹³⁷ CHRISTADLER (2007), S. 238.

¹³⁸ Auf solche breite Definition von Gewalt wies F. Loetz in der Untersuchung zum Verhältnis zwischen Fluchen bzw. blasphemischen Worten und Gewalt hin. Siehe LOETZ (2006).

¹³⁹ SCHWERHOFF (1999), S. 121f.; EIBACH (2009), S. 97. F. Loetz bemerkte ferner, dass die Regel nicht nur für Männer sondern auch für Frauen galt. LOETZ (1998), hier S. 280. Der Verweis auf die Regelmäßigkeit des Verhaltens und das Aspekt „Ritual“ verdanken sich der Orientierung an der historischen Anthropologie in der historischen Kriminalitätsforschung. Siehe dazu EIBACH (1996); PRÖVE (2013), hier S. 158-160.

¹⁴⁰ EIBACH (2005), S. 193.

¹⁴¹ DINGES (1998c), S. 178. Eine vergleichbare Bemerkung findet sich in SCHWERHOFF (2000c), S. 38f.

¹⁴² Einen Überblick über Aspekte und Forschungsliteraturen liefert EIBACH (2016).

¹⁴³ ROPER (1992), S. 160. Siehe auch ROPER (1995), S. 110 und S. 121.

von Bedeutung, insofern die Bereitschaft zum Kampf oder zur Verteidigung die Zugehörigkeit der Gruppen bzw. Vereinigungen gewährleisten konnte, die „ihre Ehre zur Schau stellten und zugleich bestätigten“. ¹⁴⁴

Seit den ausgehenden 1990er Jahren ist – etwa im Vergleich zur älteren Frauen- und Geschlechtergeschichte – stärker die Männergeschichte als eigenständiger Forschungsgegenstand in den Vordergrund getreten, die darauf abzielte, die je nach Zeit oder Gesellschaft unterschiedlich konstruierten Männerrollen herauszuarbeiten. ¹⁴⁵

Beispielsweise untersuchte der Beitrag von F. Loetz am Beispiel Zürichs die in den Konflikten aufscheinenden Besonderheiten von Männern im Vergleich zu Frauen und benannte verschiedene konkrete Bestandteile männlicher Konfliktführung (wie etwa Ausforderung zum Kampf, Einsatz von Waffen). ¹⁴⁶ Die jüngere Forschung geht davon aus, dass es je nach gesellschaftlicher Gruppe unterschiedlichen und historisch wandelbare Männlichkeitskonzepte gab. M. Füssel hat etwa am Beispiel der vormodernen studentischen Kultur aufgezeigt, dass der Anspruch der Studenten auf „hegemoniale Männlichkeit“ verschiedene akademische Habitusformen prägte, und dass solche Männlichkeit dem zeitgenössischen gesellschaftlichen Wahrnehmungs- und Deutungshorizont entsprach. ¹⁴⁷ Insgesamt lassen sich Ehrenhändel oder gewalttätige

¹⁴⁴ ROPER (1992), S. 156. Siehe auch ROPER (1995), S. 111.

¹⁴⁵ Hier ist der von M. Dinges herausgegebene Sammelband zu nennen. Siehe insbesondere seinen programmatischen Beitrag: DINGES (1998b). Zu nennen ist auch der neuere Überblick von Dinges über die Männergeschichtsforschung. DINGES (2004), hier insbesondere S. 85-87.

¹⁴⁶ LOETZ (1998). Weiterhin hat KRUG-RICHTER (1999) am Beispiel der ländlichen Gesellschaft in Westfalen untersucht, inwieweit die Formen der Konflikte und die Rollen bei dessen Austrag sich danach unterscheiden, ob Männer oder Frauen beteiligt waren. Dabei hat Krug-Richter hervorgehoben, dass Männlichkeit und Ehre ein untrennbares Handlungsmuster bildeten. Eine entsprechende Bemerkung über unterschiedliche Verhaltensweisen zwischen Männern und Frauen in der Geselligkeit (insbesondere beim gemeinsamen Zechen im Wirtshaus) findet sich auch in SIMON-MUSCHEID (2000a).

¹⁴⁷ FÜSSEL (2005c), S. 90: „Welcher männliche Habitus tatsächlich hegemonial war, kann stets nur in Relation zu dem ihn umgehenden sozialen Feld bestimmt werden. Das gilt einerseits innerhalb des lokalen studentischen Milieus, andererseits im Hinblick auf den gesellschaftlichen Bezugsrahmen außerhalb oder nach Beendigung des Studiums, innerhalb dessen individuelle Leistung und distinguiert Lebensstil zweifellos andere Geldungspotentiale besaßen“.

Auseinandersetzungen der Studenten als Praktiken der Männlichkeit auffassen.¹⁴⁸ So hat B. Krug-Richter bemerkt, dass gewaltförmige Konflikte zwischen Männern in der (Universitäts-)Stadt zum Beweis oder zur (Wieder-)Herstellung ihrer Männlichkeit bzw. ihrer männlichen Geschlechtsidentität beitrugen und sie dementsprechend häufig „Wettbewerbscharakter“ hatten.¹⁴⁹ Festzuhalten ist aber auch, dass nicht alle Männer in der Stadt gleichmäßig ihre Identitätsstiftung mit dem Kampf um Ehre und Männlichkeit verbanden, sondern dass das insbesondere der Fall war bei derjenigen „Gruppe, für die die Geschlechtsidentität schon alleine aufgrund ihres Alters ein fragiles Gebilde darstellte, nämlich [für] die jungen Männer“.¹⁵⁰

Ähnlich äußerte M. Dinges, der den Zusammenhang zwischen Geschlechtsrollen und Ehre untersuchte. Er wies auf die ungleichmäßige und differenzierte Erscheinung männlicher Ehre hin und beschrieb junge Männer als hervorragende Akteure gewalttätiger Konflikte:

„Es waren nicht **die** Männer, die in den Archiven immer wieder bei den Prügeleien um Ehre genannt werden, sondern es war insbesondere eine bestimmte Lebensaltersgruppe, nämlich die geschlechtsreifen, aber noch unverheirateten Männer, die also noch nicht durch die Gründung eines Hausstandes stärker in die lokale Gesellschaft integriert waren. Das ist übrigens die gleiche Altrgruppe, die auch bis auf den heutigen Tag am gewalttätigsten ist“.¹⁵¹

Die hier skizzierten Diskussionen liefern m. E. eine Antwort auf die Frage, warum

¹⁴⁸ FÜSSEL (2005c), S. 87 und S. 92.

¹⁴⁹ Krug-Richter betonte, dass Ehre und Männlichkeit sich miteinander verzahnten, und dass die Regelmäßigkeit sich in diesen Konflikten fand, weil sie sich nicht primär darauf richteten, das gegenüber zu verletzen oder sogar zu Tode zu bringen, sondern die Akteure auf einen fairen Kampf unter Gleichen achteten. KRUG-RICHTER (2007), hier S. 261f.

¹⁵⁰ KRUG-RICHTER (2007), S. 262. Vgl. auch SIEFERLE (1998), S. 20.

¹⁵¹ DINGES (1998a), S. 128, Hervorhebung im Original. Eine vergleichbare Bemerkung findet sich in SIMON-MUSCHEID (1991), hier S. 3.

Gruppen junger Männer (z. B. Studenten und Handwerksgesellen) häufig als gewalttätige Gruppen in den Quellen erschienen. Hilfreich zum Verständnis des Zusammenhangs zwischen Gruppen junger Männer und Ehre bzw. Männlichkeit könnte schließlich das anthropologische Konzept der „Liminalität“ sein. H. d. Waardt sah in der Ehrverletzung ein Kennzeichen von „Liminalität“, weil das soziale Ansehen einer Person wegen der Ehrverletzung in eine ambivalente oder sogar krisenhafte Position geriet und es somit zur Isolation von der Gesellschaft führen konnte.¹⁵² Die betroffene Person müsse dann die Verletzung ihrer Ehre durch eine Verletzung der Ehre des Widerparts oder durch den Einsatz der tätlichen Gewalt ausgleichen.¹⁵³ Die Perspektive der „Liminalität“ ist nicht zuletzt für die Jugendlichen in der Vormoderne geeignet, weil ihre Position in der Gesellschaft durch einen ‚liminellen‘ Zustand geprägt wurde.¹⁵⁴ Insofern ist die Gewaltanwendung der Jugendlichen als ein (Gegen-)Maßnahme für die anerkannte Ehre und gesellschaftliche Position zu verstehen.¹⁵⁵

Funktionen der (Straf-)Justiz

Die neue Perspektive auf abweichendes Verhalten (und insbesondere auf Gewalthandeln) ist eng mit dem Wandel des Verständnisses von den Funktionen sowie der Rolle der Strafjustiz und des Gerichtsverfahrens verknüpft.¹⁵⁶ Auch diese Aspekte sind ein wichtiges Forschungsfeld der historischen Kriminalitätsforschung.¹⁵⁷

Insbesondere in der Strafrechtsgeschichte war traditionell das Bild vorherrschend, dass

¹⁵² WAARDT (1995), hier S. 309f. und S. 313.

¹⁵³ WAARDT (1995), S. 316.

¹⁵⁴ Siehe Abschnitt 1.1.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁵ GREYERZ (2010), S. 126 und S. 136.

¹⁵⁶ Ich stütze mich hier auf den Hinweis von KRISCHER (2006), S. 392: „Entsprechend flexibel reagierten nach den bisherigen Befunden auch die Gerichte auf Gewaltdelinquenz“.

¹⁵⁷ KRISCHER (2006), S. 400.

die Strafjustiz seit dem späten Mittelalter erstens durch eine Vereinheitlichung oder eine Verstaatlichung geprägt war, dass sich zweitens im Zuge dieser Prozesse die (Rechts-)Normen durchsetzen konnten, und dass die Justiz drittens insbesondere auf die Repression der Delinquenten zielte. Dieses Bild wurde zunächst durch die wachsende Erkenntnis modifiziert, dass es eine nicht unerhebliche Kluft zwischen den Rechtsnormen und dem Strafvollzug bzw. der Strafpraxis gab.¹⁵⁸ So wurde betont, dass die zeitgenössischen Gewalttaten, weil sie meistens in der Gesellschaft oder toleriert anerkannt wurden, vor Gericht nachsichtig bzw. mild behandelt werden konnten. Hier zeichnet sich ein Konsens zwischen der obrigkeitlichen Strafjustiz und der Gesellschaft ab, der eher auf eine Lösung der Konflikte und eine gesellschaftliche Re-Integration der Delinquenten abzielte.¹⁵⁹

In diesem Zusammenhang wurde auch die Logik der Sanktionen neu gewertet. Zuvor war das Bild beherrschend, dass die obrigkeitlich inszenierte Hinrichtung – das

¹⁵⁸ Hier lässt sich ein Schnittpunkt mit der frühneuzeitlichen Policyforschung erkennen. Als eine umfangreiche und quellenkritische Übersicht über die Policynormen ist zunächst HÄRTER/ STOLLEIS (1996) zu nennen. Die Policyforschung hat zudem die Dichotomie „Norm und Praxis“ bzw. „Erfolg und Unwirksamkeit der Normen“ in Frage gestellt und somit das Deutungsmodell der „Sozialdisziplinierung“ modifiziert. Sie beschäftigte sich vielmehr mit verschiedenen Formen des Umgangs mit Normen (wie Normsetzung, Normanwendung) und den entwprechenden Wirkungen in der Gesellschaft beschäftigt. Eine programmatische Diskussion mit dem Stichwort „Normenimplementation“ hat A. Landwehr geführt. LANDWEHR (2000a); LANDWEHR (2000b); LANDWEHR (2000c). Dementsprechend hat A. Holenstein die verschiedenen Praktiken der Normanwendung in der Markgrafschaft Baden(-Durlach) untersucht. HOLENSTEIN (2000); HOLENSTEIN (2003). Vgl. auch DINGES (1997); SCHEUTZ (2002); SCHIEBER (2008); STAUDENMAIER (2012). In diesem Zusammenhang kann die Policyforschung ferner die Historiographie zur frühneuzeitlichen Institutions- und Verwaltungsgeschichte in dem Sinne weiterbringen, dass ein policeyliches Regieren aufgrund des Informations- und Kommunikationsbedarfs neue administrative Techniken und Verfahren hervorbrachte. Dieses hat A. Holenstein ausführlich aufgezeigt: Neben den oben erwähnten Titeln vgl. HOLENSTEIN (2005); HOLENSTEIN (2008). Die entsprechende Diskussion hat auch S. Brakensiek geführt: BRAKENSIEK (2009); BRAKENSIEK (2010); BRAKENSIEK (2014). Siehe dazu auch Abschnitt 5.1.2. der vorliegenden Arbeit. Als ein weiteres wichtiges Themenfeld in der Policyforschung sind auch der Stellenwert und die Praktiken der Ordnungs- bzw. Sicherheitskräfte zu nennen. Beispielsweise den Sammelband von HOLENSTEIN/ KONERSMANN/ PAUSER/ SÄLTER (2002b); BENDLAGE (2003).

¹⁵⁹ Diese Befunde erzielten aufgrund der relativ günstigeren Quellenlage meistens Fallstudien über die westlichen bzw. südlichen Großstädte im späten Mittelalter oder im 16. Jahrhundert. Zürich: BURGHARTZ (1990); Köln: SCHWERHOFF (1991); Augsburg: HOFFMANN (2000); Konstanz: SCHUSTER (2000a); Regensburg: WERNICKE (2000); Frankfurt am Main: JOHANN (2001); Nürnberg: GROEBNER (1995), und HENSELMEYER (2002b).

vielzitierte „Theater des Schreckens“ (R. v. Dülmen) – eine abschreckende und disziplinierte Wirkung auf die zuschauenden Untertanen hatte. Die Arbeiten in der historischen Kriminalitätsforschung haben dagegen herausgearbeitet, dass die Leibes- und Lebensstrafen keineswegs den dominanten Anteil der Sanktion darstellten,¹⁶⁰ sondern dass die Strafpraxis stärker durch flexible dosierbare Strafen (wie etwa Geldbußen¹⁶¹ und Verweisungsstrafe¹⁶²) und durch die Aushandlungsmöglichkeit zum Strafmaße geprägt wurde.¹⁶³ In diesem Zusammenhang ist auch die sogenannte Ehrenstrafe als nicht unerhebliche Bestrafungsmöglichkeit zu nennen, weil sie in Bezug auf die zeitgenössische Ehrvorstellung ein Zusammenspiel zwischen der Obrigkeit und den Untertanen darstellte.¹⁶⁴ Die hier erwähnte mögliche Flexibilität der Bestrafung ist eng mit der Möglichkeit der Beschuldigten bzw. der Gesellschaft verbunden, die Strafumwandlung oder -milderung via Kommunikation mit dem Gericht (etwa durch das Supplizieren) zu erreichen.

Demzufolge lässt sich also das Gerichtsverfahren als Kommunikationsprozess zwischen der das Verfahren leitenden Obrigkeit einerseits und den die jeweiligen Konfliktparteien bildenden Untertanen andererseits verstehen.¹⁶⁵ In der jüngeren Forschung wurde ferner die Initiative der Untertanen verstärkt in den Blick genommen, wenn M. Dinges in diesem Zusammenhang etwas zugespitzt den Begriff der „Justiznutzung“ vorschlug; damit interpretiert die Klage der Untertanen bei Gericht als

¹⁶⁰ SCHWERHOFF (1999), S. 99-102. Zur niedrigen Häufigkeit der Todesstrafe in Köln siehe SCHWERHOFF (1991), S. 153-166. Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass die Todesstrafe eine rituelle Bedeutung besaß. Siehe dazu SCHUSTER (2003); NOWOSADTKO (2005).

¹⁶¹ Eine quantitative Fallstudie über Zürich findet sich in BURGHARTZ (1990), S. 87-96 und BURGHARTZ (1989), S. 390-392; über Köln SCHWERHOFF (1991), S. 132-138; über Konstanz SCHUSTER (2000a), S. 243-249.

¹⁶² Zur Übersicht über die Formen und die Problemen siehe SCHNABEL-SCHÜLE (1995); SCHWERHOFF (2006c).

¹⁶³ SCHWERHOFF (1999), S. 102-104.

¹⁶⁴ Eine ausführliche Darstellung findet sich in SCHWERHOFF (1993). Siehe auch SCHREINER (1999); LIDMAN (2008).

¹⁶⁵ HÄRTER (2000a), S. 460.

ein Mittel bzw. eine Option der Konfliktlösung und somit das Gerichtsverfahren (nur) als ein institutionelles Angebot für die Untertanen.¹⁶⁶ Mit dieser Perspektive wurde der variantenreiche Umgang der Untertanen mit der Justiz hervorgehoben, die Rolle der Obrigkeit dagegen relativiert. Auch F. Loetz sah die Justiz als „ein Segment von Konfliktregelung“ an.¹⁶⁷ Mit dem Konzept der „*infrajudiciaire*“ bezog sie überdies die außergerichtliche Konfliktlösung in das gesamte Spektrum der Konfliktaustragung ein, indem die Streitenden „miteinander eine gesellschaftlich akzeptable Lösung“ aushandelten. Sie hielt fest: „Die Ausübung von Recht wird nicht mehr vorrangig mit dem Problem obrigkeitlicher Herrschaft über die Untertanen als Rechtsobjekte identifiziert. Recht wird vielmehr auch dadurch »produziert«, daß Rechtssubjekte Justiz bzw. *infrajudiciaire* mittragen bzw. selbst gestalten“.¹⁶⁸

Auch wenn diese neuen Deutungsangebote für die rechtliche Behandlung in der Frühen Neuzeit überzeugend sein mögen, so scheint es mir doch die Gefahr zu bestehen, die normative (insbesondere strafrechtliche) und institutionelle Etablierung bzw. Entwicklung der von der Obrigkeit geleiteten Justiz zu stark zu vernachlässigen. Hierzu ist der Hinweis von U. Ludwig bedeutsam: „Allerdings kann Strafjustiz auch nicht auf ein Angebot reduziert werden, das durch die Untertanen nach Belieben genutzt werden konnte oder auch nicht. An die Landesherrschaft wären ohne Frage Macht- und Definitionspotentiale gebunden, die einen zentralen Einfluss auf die Ausformulierung der Rechtspraxis hatten“.¹⁶⁹ Schon K. Härter hob das Zusammenspiel zwischen der Strafjustiz einerseits, die von den frühneuzeitlichen Territorialstaaten zunehmend institutionalisiert und vereinheitlicht wurde, und den

¹⁶⁶ DINGES (1994), S. 173-180; DINGES (2000a), S. 505. Siehe auch SCHWERHOFF (1999), S. 90.

¹⁶⁷ LOETZ (2000), S. 558.

¹⁶⁸ LOETZ (2000), S. 560. Ihre Kritik an „Sozialdisziplinierung“ findet sich in ebd., S. 561.

¹⁶⁹ LUDWIG (2008a), S. 18.

Policeynormen andererseits, die für die verschiedenen Bereiche der frühneuzeitlichen Gesellschaft gesetzt wurden, hervor. Die Letztere erweiterte die Reichweite der Strafjustiz, konkret den Normenhorizont und somit auch die Art und die Möglichkeit der Sanktionierung.¹⁷⁰ Härter sah demzufolge die Obrigkeit sowohl als Akteur der strafrechtlichen sowie policeylichen Normsetzung an, zugleich aber auch als Akteur bei der Zusammenarbeit mit den Untertanen im konkreten Strafverfahren.¹⁷¹ Es ist für die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Obrigkeit und Untertanen in Bezug auf das frühneuzeitliche Justizwesen z. B. sehr fruchtbar, das Supplizieren als einen Kommunikationsmodus zu berücksichtigen, wie etwa K. Härter¹⁷² und U. Ludwig¹⁷³ intensiv herausarbeiteten.¹⁷⁴

Zum Verhältnis von Gewalt und Strafjustiz gibt es einige andere einschlägige Arbeiten. Zunächst ist die Fallstudie von J. Eibach zu Frankfurt am Main zu nennen, die erstmals die städtische Kriminalität im 18. Jahrhundert behandelte. Eibach arbeitete heraus, dass der Frankfurter sich im 18. Jahrhundert als wichtigste Obrigkeit in der Stadt fungierte und seine Praxis von Herrschaft und Strafjustiz hauptsächlich auf den Konsens und die kommunikativen Medien mit den Bürger stützte.¹⁷⁵ Diese konsensorientierte Praxis wurde allerdings dadurch in Frage gestellt, wenn die städtische Strafjustiz zunehmend eine ausgrenzende und repressive Funktion gegenüber den Unterschichten innehatte.¹⁷⁶ Ein wichtiger Grund dafür bestand darin, dass die Gewalt im öffentlichen Raum als ein

¹⁷⁰ HÄRTER (1999b), S. 373; HÄRTER (2000a), S. 466f.

¹⁷¹ HÄRTER (1999b), S. 379; HÄRTER (2000a), S. 480.

¹⁷² Seine umfassende Untersuchung der Strafrechts- und Gnadenpraxis in Kurmainz erschien zudem als HÄRTER (2005b).

¹⁷³ LUDWIG (2008a).

¹⁷⁴ Zum Überblick über die Supplikationsforschung mit weiteren Literaturen siehe Abschnitt 5.1.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁷⁵ EIBACH (2003), S. 426; EIBACH (2004). Diese Befunde wurden ferner im Zusammenhang mit der Diskussion über die „Gerechtigkeit“ bereichert. Siehe dazu EIBACH (2014).

¹⁷⁶ EIBACH (2003), S. 428. Dieser Prozess lässt sich als „Verobrigkeitlichung“ und „Juridifizierung“ auszeichnen. Ebd., S. 429.

Mittel zur Konfliktlösung oder zur politischen Artikulation „nicht (mehr) omnipräsent“ und „keine Praxis aller Gruppen der Stadtgesellschaft“ war, sondern sich „immer mehr zu einer Praxis der unteren Stände bzw. der Unterschichten“ entwickelte. Das höhere und mittlere Bürgertum distanzierte sich zunehmend vom gewalttätigen Konfliktaustrag und veränderte seine Formen der Geselligkeit.¹⁷⁷

Eibach arbeitete also einen zunehmend ausdifferenzierten Umgang mit der Gewalt in der ausgehenden Frühen Neuzeit heraus und schärfte so den Blick für die Gefahr, das Konfliktlösungspotential und die Sinnhaftigkeit von Gewalt zu überschätzen.¹⁷⁸ Hier knüpft die Studie von L. Behrisch an, die die Gewalt- und Gerichtspraxis in der östlichen Landesstadt Görlitz im 15. und 16. Jahrhundert untersucht.¹⁷⁹ Behrisch zeigte auf, dass Görlitz ein anderes Rechtsbrauchtum (in Gestalt des Sachsenrechts) hatte und der oligarchisch zusammengesetzte Stadtrat eigentlich nicht auf die Konsensbildung mit der Stadtbevölkerung abzielte.¹⁸⁰ Er stützte sich ferner auf die soziologische Theorie der „Anomie“ von R. Merton¹⁸¹ und hob im Anschluss an diesen hervor: Zum einen verursache eine maßgebliche Diskrepanz zwischen dem Gewaltverzicht als „sozialer Norm“ einerseits und der Ehrverteidigung als „kulturellem Ziel“ bzw. „Motivation“ andererseits abweichendes Verhalten in Gestalt von Gewalttaten; zum anderen habe die städtische Gesellschaft aufgrund dieser Diskrepanz für die Gewaltbekämpfung ihre Zuflucht bei der obrigkeitlichen Strafjustiz genommen.¹⁸² Behrisch folgte hier das Ziel, ein idealisiertes Bild der Gewalt als eines

¹⁷⁷ EIBACH (2003), S. 430. Siehe auch EIBACH (1998); EIBACH (2009), insbesondere S. 201-204. Zur zunehmenden Ausdifferenzierung der Konfliktlösungsmittel siehe auch SCHWERHOFF (2013b), S. 40-42.

¹⁷⁸ Siehe hier EIBACH (2009), S. 199.

¹⁷⁹ Im Folgenden verweise ich auf seinen Monographie von BEHRISCH (2005). Ein zusammenfassender Beitrag findet sich in BEHRISCH (2009).

¹⁸⁰ BEHRISCH (2005), S. 236-238.

¹⁸¹ BEHRISCH (2005), S. 26f.

¹⁸² BEHRISCH (2005), hier S. 174-176 und S. 232-235.

„ritualisierten“ Mittels des Konfliktaustrags bzw. der gesellschaftlichen Selbstregulierung zu vermeiden. Es scheint mir allerdings in seiner Untersuchung offen zu bleiben, ob es hinsichtlich der Behandlung der Gewalttaten wirklich keine Übereinstimmung zwischen Obrigkeit und Untertanen gab; außerdem ist dort noch zu wenig berücksichtigt, welche Kommunikationswege (wie etwa Supplizieren) zwischen beiden bestanden.

Ein ähnlicher Versuch zur Vermeidung einer „Idealisierung“ der Gewalt findet sich in der Arbeit von M. Wittke, die die Gewaltdelikte und die Justizpraxis im Fürstbistum Münster umfangreich untersuchte. Sie hielt fest, die „Einschätzung, daß Gewaltdelikte als „mögliches Mittel des Konfliktaustrages“ unter Männern obrigkeitlich anerkannt und eher mit Nachsicht gestraft wurden“ könne „mit den aus dem Fürstbistum Münster gewonnenen Erkenntnissen nicht bestätigt werden“.¹⁸³ Wittke arbeitete ferner anhand gerichtlicher Zeugenaussagen heraus, dass die Zeitgenossen die Gewalt keineswegs grenzenlos akzeptierten, sondern dass sie vom Ausbruch einer einzelnen Gewalttat nicht unberührt blieben und häufig darüber ihr Entsetzen zeigten.¹⁸⁴

Soziale Kontrolle

Es gilt nun, das Konzept „sozialer Kontrolle“ einzuführen, um verschiedene Formen und Funktionen des Umgangs mit Gewalt (insbesondere die Funktionen des Gerichts in diesem Zusammenhang) in ihrer ganzen Breite behandeln zu können. Dieses Konzept nahm bislang in der Soziologie einen wichtigen Platz ein.¹⁸⁵ Der zentrale Punkt liegt im Umgang mit abweichendem Verhalten einerseits und in den dieses

¹⁸³ WITTKKE (2002b), hier S. 309.

¹⁸⁴ WITTKKE (2002a), hier S. 311-315.

¹⁸⁵ Zum Überblick über die Begriffsgeschichte sozialer Kontrolle siehe JANOWITZ (1973), MEIER (1982); HAHN (1996); SUMNER (1997); INNES (2003), S. 15-31. CHRISS (2007), S. 11-26; KOPP/ STEINBACH (2016), S. 177-182.

Verhalten bestimmenden Normen andererseits. Die neueren Definitionsbemühungen seit den 1980er Jahren richteten sich nicht (mehr) darauf, die Dimension sozialer Kontrolle auf die zweckmäßige Reaktion auf die Devianz einzuschränken.¹⁸⁶ Vielmehr wurden zunehmend sowohl verschiedene (präventive) Aktionen als auch Reaktionsweisen auf abweichendes Verhalten berücksichtigt. Der amerikanische Soziologe S. Cohen definierte beispielsweise das Konzept als „those organized responses to crime, delinquency and allied forms of deviant and/or socially problematic behaviour which are actually conceived of as such, whether in the reactive sense (after the putative act has taken place or the actor been identified) or in the proactive sense (to prevent the act)“.¹⁸⁷ Mit „organized“ implizierte Cohen vielleicht staatliche und institutionelle Aktivitäten, denn „[t]hese responses may be sponsored directly by the state or by more autonomous professional agents in, say, social work and psychiatry“.¹⁸⁸ D. Black und sein Schüler A. L. Horwitz schlugen dagegen eine breitere Definition vor.¹⁸⁹ Die Definition von Black lautete also: „It [Social control; H.S.] defines and responds to deviant behavior, specifying what ought to be“.¹⁹⁰ Demzufolge können verschiedene Formen und Arten der Kontrolle stärker berücksichtigt werden, nämlich: „It thus includes punishment of every kind – such as the destruction or seizure of property, banishment, humiliation, beating, and execution – as well as the demand for compensation by a victim of misconduct, sorcery, gossip,

¹⁸⁶ Diese klassische Richtung vertraten A. L. Clark und J. P. Gibbs. Ihre Definition lautet: „soziale Reaktion auf Verhalten, das als abweichend definiert wird, und zwar sowohl Überanpassung an wie Verletzung von Normen“. CLARK/ GIBBS (1975), hier S. 157. Das englische Original: CLARK/ GIBBS (1965). Siehe auch DOWNES/ ROCK (1971). Der Reformulationsversuch von Clark und Gibbs wurde aber als „Selbstbeschränkung einer Soziologie“ scharf kritisiert. SCHEERER (1995), S. 126. Siehe auch SCHEERER/ HESS (1997), S. 99f.

¹⁸⁷ COHEN (1985), hier S. 3, und auch S. 1.

¹⁸⁸ COHEN (1985), S. 3.

¹⁸⁹ Zum Unterschied der Definition zwischen Cohen und Black und auch zu den anderen Definitionsbemühungen siehe INNES (2003), S. 1-14.

¹⁹⁰ BLACK (1976), hier S. 105, und auch S. 1f. Siehe auch BLACK (1984), S. 1 und S. 5.

scolding, or a facial expression of disapproval such as a scowl or stare“.¹⁹¹ Horwitz bestimmte den Begriff folgendermaßen: „[S]ocial control is limited to purposive actions that define, respond to, and control deviant behavior. In contrast to the broad usage, the normative concept identifies social control with intentional efforts to respond to deviant behavior, not with all processes that contribute to social order. In contrast to the narrow usage, it encompasses all sorts of intentional responses to normative violations, rather than solely coercive ones“.¹⁹²

Die so angelegten Definitionen sozialer Kontrolle eignen sich, um zu untersuchen, wie die Akteure mit den unterschiedlichen normativen Grundlagen ein bestimmtes Verhalten als deviant bzw. abweichend ‚konstruieren‘, und wie sie mit diesem Verhalten umgehen.¹⁹³ Aus diesem Grund nimmt diese Definition in der historische Forschung, insbesondere in der Erforschung zu vormodernen Konflikten und abweichenden Verhaltensweisen einen wichtigen Platz ein.¹⁹⁴

Die Definitionen von Black und von Horwitz wurden allerdings in der neueren soziologischen Forschung einiger Kritik unterzogen,¹⁹⁵ die aber m. E. für die historische Forschung (zudem für die vorliegende Arbeit) wenig bedeutungsvoll scheinen. Erstens werde soziale Kontrolle in der oben erwähnten Perspektive „von ihrem impliziten Bezug auf eine gesamtgesellschaftliche Ordnung gelöst und an jeweils spezifischen Gruppenkontexte gebunden, in denen die Herstellung und Sicherung jeweils spezifischer Norm- und Normalitätsvorstellungen über

¹⁹¹ BLACK (1984), S. 5.

¹⁹² HORWITZ (1990), S. 9.

¹⁹³ HORWITZ (1990), S. 10.

¹⁹⁴ In diesem Sinne kann das Konzept mit der Definition der „historischen Kriminalitätsforschung“ verknüpft werden. Siehe SCHWERHOFF (1999), S. 12 und auch den Eingang des Abschnitts 1.1.2. der vorliegenden Arbeit. Beispielsweise hat M. Dinges sich ausdrücklich auf die Definition von Black gestützt. Siehe dazu unten.

¹⁹⁵ Diese Kritiken sind in der historischen Forschung nicht unberücksichtigt geblieben. SCHWERHOFF (1999), S. 12, Anm. 2.

verschiedenen [sic!] Formen und Mittel sozialer Kontrolle geleistet wird“.¹⁹⁶ Scheerer und Hess betonten die Vagheit und flexible Verfügbarkeit des Begriffs und erweiterten wiederum die Reichweite des Begriffs auf die gesamtgesellschaftliche Ebene: „We use the term ‘social control’ to refer to all social (and technical) Arrangements, mechanisms, norms, belief systems, positive and negative sanctions that either aim and/or result in the prevention of undesired behaviour or, if this already occurred, respond to the undesired act in a way that tries to prevent its occurrence in the future“.¹⁹⁷ Zweitens kritisierten Hess und Scheerer an den bisherigen Definitionsbemühungen die mangelnde Einbeziehung der Perspektive der Prävention, um die „aktive“ soziale Kontrolle ins Blickfeld zu rücken.¹⁹⁸ Dies scheint mir aber nicht so gravierend, wenn man davon ausgeht, dass die (insbesondere strafrechtlichen) Reaktionen „nicht spontan [erfolgen], sondern als vorprogrammierte Antwort auf die Normverletzung“.¹⁹⁹

Die Forschung ist sich weitgehend darin einig, dass „sich Sozialkontrolle nach den jeweiligen Akteuren sowie dem Charakter der einzuhaltenden Verhaltensanforderungen differenzieren“, und dass sie sich zunächst in ‚formelle‘ Kontrolle und ‚informelle‘ Kontrolle aufteilen lässt.²⁰⁰ Die Erstere wird von staatlichen Instanzen bzw. Institutionen (etwa Gericht, Polizei, Amt und Verwaltung) ausgeübt, und ihre Handlungen werden in einem förmlichen Verfahren festgelegt und durch die Gesetzen und das Strafrecht usw. bestimmt. Die Grundlage für informelle Kontrolle bilden etwa

¹⁹⁶ KOPP/ STEINBACH (2016), S. 181.

¹⁹⁷ SCHEERER/ HESS (1997), S. 103f.

¹⁹⁸ HESS (1983), S. 8; SCHEERER (1995), S. 127f.

¹⁹⁹ NEUMANN/ SCHROTH (1980), S. 95. Meine Relativierung der Kritik von Scheerer und Hess meint jedoch nicht, dass der Aspekt der „Prävention“ irrelevant wäre.

²⁰⁰ SINGELNSTEIN/ STOLLE (2012), S. 11. Im Folgenden siehe auch HESS (1983), S. 12f.; HORWITZ (1990), S. 5-8; COHEN (1993); SCHEERER/ HESS (1997), S. 112-114; PETERS (2009), S. 137; SINGELNSTEIN/ STOLLE (2012), S. 12.

Brauch, Sitte, Tradition und Moral. Dieser Kontrolltyp erfolgt in der alltäglichen Interaktion und wird meistens sowohl durch Familie, Nachbarschaft und peer-group als auch durch Schule, Kirche und Partei ausgeübt. Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass „die Trennung zwischen formeller und informeller Kontrolle nicht scharf zu ziehen ist“.²⁰¹

Schließlich ist eine allgemeine und neutrale Definition in der jüngsten Forschung zu nennen: „Sozialkontrolle als Begriff umfasst sowohl staatliche als auch private Mechanismen und Techniken, mit denen eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe versucht, ihre Mitglieder dazu anzuhalten, den von ihr aufgestellten Normen als Verhaltensanforderungen Folge zu leisten. Sie reicht von der Sozialisation als Vermittlungsinstanz über Familie, Schule und soziales Umfeld bis hin zur staatlichen Strafverfolgung und umfasst dementsprechend sehr unterschiedliche Institutionen und Mechanismen“.²⁰²

Wendet wir nun den Blick auf die Frühneuzeitforschung. Als eine Pionierstudie ist die Studie von M. Dinges zu nennen, die am Pariser Beispiel den Umgang mit den Ehrenhändeln im 18. Jahrhundert behandelte. Dinges benutzte das Konzept sozialer Kontrolle, um die dichotomische Perspektive zwischen den staatlichen Kontrollinstanzen (wie etwa Gericht und Polizei) und den gesellschaftlichen privaten Kontrollagenturen zu vermeiden und angesichts der Vielfältigkeit der Ehre die Vielfalt der Kontrolle umfassend zu thematisieren. Dinges stützte sich auf D. Black und H. Peters und definierte soziale Kontrolle als „alle Arten, in denen Personen abweichendes Verhalten definieren und darauf reagieren, genauer: durch eine

²⁰¹ HESS (1983), S. 14. Siehe auch SCHEERER/ HESS (1997), S.113; PETERS (2009), S. 136f.

²⁰² SINGELNSTEIN/ STOLLE (2012), S. 11. Siehe auch LAMNEK/ VOGL (2017), S. 44.

Maßnahme reagieren“.²⁰³ Demzufolge lassen sich verschiedene Reaktionen bzw. Handlungsoptionen auf abweichendes Verhalten (hier Ehrverletzung) berücksichtigen und funktionell „völlig gleichwertig ansehen“.²⁰⁴ „Klagen vor Gericht“ durch Untertanen war, auch wenn es eine anscheinend selbstständige und gängige Handlung war, Dinges zufolge nicht die primäre Möglichkeit, sondern stellte *eine* Option sozialer Kontrolle dar.²⁰⁵

Ebenso wie Dinges zielte der von H. Roodenburg und P. Spierenburg herausgegebene Sammelband darauf ab, anhand des Konzeptes sozialer Kontrolle auch die Kontrolle der Untertanen zu beobachten. Einen Grund dafür erwähnte Spierenburg: „We know much about the state machinery of control (courts, police, prisons), but less about its relationship to popular sanctions“.²⁰⁶ Er bemühte sich darum, das Zusammenspiel verschiedener Konfliktparteien bei der Konfliktlösung näher zu berücksichtigen,²⁰⁷ und die Entgegensetzung von „Kontrolle von Unten“ oder „Kontrolle von Oben“ zu vermeiden.²⁰⁸

In den Arbeiten von C. A. Hoffmann über Augsburg wurde informelle Kontrolle der Untertanen bzw. der Stadtbevölkerung untersucht.²⁰⁹ Zum einen arbeitete Hoffmann heraus, dass die Nachbarschaft als Akteur der informellen Kontrolle alltägliche Konflikte aktiv lösen konnte. Sie fungierte ferner, insofern ihre Ordnungsvorstellung mit der von Obrigkeit übereinstimmte, als Instrument der obrigkeitlichen Kontrolle.²¹⁰

²⁰³ DINGES (1994), S. 169.

²⁰⁴ DINGES (1994), S. 29 und auch S. 170.

²⁰⁵ DINGES (1994), S. 175. Er hat dies mit der „Justiznutzung“ näher diskutiert. Siehe DINGES (2000).

²⁰⁶ SPIERENBURG (2004), S. 1. Spierenburg hat sich auf das klassische Verständnis von E. Ross gestützt und eine kritische Bemerkung zur Definition von S. Cohen geäußert, die sich primär an den staatlichen Instrumenten orientiert und somit die negative Seite der sozialen Kontrolle hervorgehoben hat. Ebd., S. 6f. Zu dieser Kritik von Spierenburg siehe auch MATIKAINEN/ LIDMAN (2014), S. 7-9.

²⁰⁷ SPIERENBURG (2004), S. 7-10.

²⁰⁸ SPIERENBURG (2004), S. 13.

²⁰⁹ Er hat allerdings das Konzept bzw. die Definition sozialer Kontrolle kaum operiert.

²¹⁰ HOFFMANN (1999). Zur Bedeutung der Nachbarschaft für die soziale Ordnung siehe auch

Zum anderen zeigte Hoffmann auf, dass die außergerichtlichen Einigungen beim Strafverfahren eine wichtige Rolle spielten, und die Strafjustiz als formelle Kontrolle in der Mitwirkung informeller Kontrolle der Untertanen fungierte.²¹¹

Die hier erwähnten Studien haben insgesamt anhand des Konzeptes sozialer Kontrolle hervorgehoben, dass die Untertanen als Träger informeller Kontrolle beim Umgang mit abweichendem Verhalten eine aktive Rolle spielten.²¹² Allerdings scheint mir nicht zutreffend, dass verschiedene Aktionen und Reaktionen im Rahmen der sozialen Kontrolle, wie Dinges erörtert, überhaupt als ‚gleichwertig‘ zu betrachten wäre.²¹³ Vielmehr müssen die Unterschiede zwischen formeller und informeller Kontrolle (oder genauer den Vorrang der ersteren) in Rechnung gestellt werden. D. Nogala hob im Hinblick auf die Semantik von „Kontrolle“ hervor, dass „Kontrolle als ein sozialer Prozeß verstanden werden kann, in dem in einer machtasymmetrischen Konstellation von Akteuren der eine eine [sic!] normbezogene Reaktion vom anderen durch aktives, intentionales, ordnungsbezogenes und sanktionsbewehrtes Handeln abfordern kann“.²¹⁴ Dies betrifft gerade auch das frühneuzeitlichen Verhältnis von Obrigkeit und Untertanen. Es handelte sich also „um ein asymmetrisches Verhältnis, bei dem die Obrigkeit die Initiative [hatte] und in der Regel auch der stärkere Teil [blieb]“,²¹⁵ und das Strafrecht hatte als ein System institutionalisierter sozialer Kontrolle „in vielen Fällen eine höhere Durchsetzungschance als informelle Normen“.²¹⁶

HALDEMANN (2015), insbesondere S. 437f.; SCHMIDT-VOGES (2015).

²¹¹ HOFFMANN (2000).

²¹² Siehe auch eine zusammenfassende Bemerkung von ROODENBURG (2004).

²¹³ Hierzu stütze ich mich auf den Hinweis von SCHWERHOFF (1999), S. 12: „Damit soll nicht der völligen Einebnung des Unterschieds zwischen rechtlichen und sozialen Normen bzw. Sanktionen (und damit zwischen Herrschenden und Beherrschten) das Wort geredet werden“.

²¹⁴ NOGALA (2000), S. 124-127, hier S. 127.

²¹⁵ REINHARD (2005), S. 433f.

²¹⁶ SCHWERHOFF (1999), S. 12; SCHWERHOFF (2011), S. 11. Vgl. auch SINGELNSTEIN/ STOLLE (2012), S. 12f.

In diesem Zusammenhang bewertete K. Härter die Bedeutung formeller Kontrolle positiver. Der Schwerpunkt seiner Studie liegt im Zusammenhang von Strafjustiz und Policey. Die frühneuzeitliche Policey lässt sich, so Härter, als eine soziale Kontrolle in dem Sinne verstehen, dass sie hauptsächlich auf (Neu-)Definierung, Differenzierung, und Systematisierung bzw. Fixierung abweichenden Verhaltens abzielte.²¹⁷ Die policeylichen Normen und Maßnahmen regten die Entwicklung bzw. Erweiterung der staatlichen Strafjustiz als formeller Kontrolle an.²¹⁸ Folglich arbeitete Härter heraus, dass formelle und informelle Kontrolle im Rahmen der Strafjustiz miteinander zusammenspielten, und dies häufig in Formen von Klagen, Denunziation und Supplizieren beim Strafverfahren erschien.²¹⁹ Diese Erkenntnisse von Härter eröffnen auch für das Thema der vorliegenden Arbeit einen Blick darauf, wie die jugendliche Delinquenz im Zusammenspiel der verschiedenen Kontrollakteure beim Strafverfahren behandelt wurde.

Das Konzept sozialer Kontrolle ist hilfreich, um die komplexen Formen und Logiken der vormoderne Gewalt zu verstehen.²²⁰ G. Schwerhoff betonte in Anlehnung an die Definition von Dinges zwei Dimensionen der (physischen) Gewalt:²²¹ Zum einen stellte die Gewalt „ein Objekt sozialer Kontrolle dar, was sich in den sozialen und rechtlichen Sanktionen gegen Gewalttäter zeigt[e], aber auch in Massnahmen [sic!] zur Gewaltprävention und Dämpfung und Beendigung von gewaltsamen Konflikten“. Zum

²¹⁷ HÄRTER (1999a), S. 45.

²¹⁸ HÄRTER (1999a), S. 45.

²¹⁹ HÄRTER (1999a), S. 50 und S. 58-62. HÄRTER (2000a). Eine ähnliche Bemerkung findet sich schon in SCHMIDT (1996), S. 332.

²²⁰ Dass das Konzept sozialer Kontrolle weitgehend ein Potential hat, den Blick für die verschiedenen Dimensionen der Devianz zu schärfen, zeigt sich ausdrücklich im Sammelband von E. Piltz und G. Schwerhoff, der die religiöse Devianz im von den konfessionellen Konkurrenzen geprägten Zeitalter behandelt. Auch dabei nimmt die Definition von Dinges den zentralen Platz ein. PILTZ/ SCHWERHOFF (2015), hier S. 18-21. Eine vergleichbare Diskussion findet sich in KÄSTNER/ SCHWERHOFF (2013).

²²¹ Im Folgenden SCHWERHOFF (2006b), S. 67. Siehe auch SCHWERHOFF (1999), S. 126; SCHWERHOFF (2004b), S. 223.

anderen fungierte die Gewalt aber als „Medium sozialer Kontrolle“,²²² das v. a. für die Reaktion auf die Ehrverletzung als Normbruch²²³ oder zur Erlangung bzw. Inszenierung der Männlichkeit benutzt wurde. Es gilt daher, auch zu fragen, wie diese zwei Dimensionen der Gewalt beim Gerichtsverfahren behandelt wurden.

Ich möchte nun einen Aspekt sozialer Kontrolle in den Blick nehmen, der die jugendliche Devianz zu analysieren hilft. Das Konzept sozialer Kontrolle beinhaltet den Aspekt der „Neutralisierung“ abweichenden Verhaltens als einer der möglichen Reaktionsweisen. Darunter versteht man den Versuch, abweichendes Verhalten „auf bestimmte Personengruppen oder einen bestimmten sozialen Kontext zu beschränken. In diesem eingeschränkten Rahmen wird es toleriert, die Isolierung nimmt ihm aber seine normbedrohende Schärfe“. ²²⁴ Das Konzept der „Neutralisierung“ wurde ursprünglich von G. M. Sykes und D. Matza als einen kriminalsoziologischen Ansatz für die Erklärung der jugendlichen Delinquenz vorgelegt.²²⁵ Dieses Konzept richtet sich weniger auf ihre Kausalität bzw. Ursachen. Es geht vielmehr um Techniken bzw. Spielräume, über die jugendliche Delinquenten verfügen, um ihr abweichendes Verhalten bzw. ihre Verletzung des herrschenden Normsystems, ohne die Gültigkeit solches Normsystems in Frage zu stellen, mit einer Reihe von Gründen zu rechtfertigen und ihre Schuld zu schmälern.²²⁶ Sykes und Matza arbeiteten fünf

²²² Dies hat auch HESS (1983), S. 12 impliziert.

²²³ SCHWERHOFF (2013b) hat den Zusammenhang der vielfältigen Bedeutungen der Ehre und der Anwendung der Gewalt näher diskutiert.

²²⁴ HESS (1983), S. 15f. Siehe auch SCHEERER/ HESS (1997); S. 111 und S. 114. Diesem widerspricht aber S. Lamnek, der von „eine[r] Einschränkung der sozialen Kontrolle“ spricht. LAMNEK (2013), S. 217.

²²⁵ Ich verweise hier auf SYKES/ MATZA (1968). Das englische Original: SYKES/ MATZA (1957). Siehe auch NEUMANN/ SCHROTH (1980), S. 71f.; DOST (2008), insbesondere S. 2060-2064; LAMNEK (2013), S. 216-221.

²²⁶ SYKES/ MATZA (1968), insbesondere S. 364-366. Hierzu ist auch auf DOST (2008), S. 2061 zu verweisen: „Die Möglichkeit sich deviant zu verhalten, beruht im Kern folglich auf einer modifizierten Anwendung von Rechtfertigungsmustern, die wiederum auf einer Ausweitung und Relativierung allgemeiner und kollektiver Werte und Normen aufbauen“.

Rechtfertigungsgründen heraus, die zur Darstellung bzw. Definierung des sozialen Standpunktes bzw. Umfelds der jugendlichen Delinquenten beitragen: „Die Ablehnung der Verantwortung“, „Die Verneinung des Unrechts“, „Die Ablehnung des Opfers“, „Die Verdammung der Verdammenden“ und „Die Berufung auf höhere Instanzen“.²²⁷ Das Konzept der „Neutralisierung“ scheint mir zur Erklärung der Frage beitragen zu können, wie ein Delinquent oder eine Sozialgruppe in der von den diffusen Normen geprägten Gesellschaft eigenes abweichendes Verhalten behandel(te)n bzw. erklär(t)en.

1.1.3. Leipzig als Untersuchungsbeispiel

Leipzig gilt seit dem späten Mittelalter als eine wichtige Landes- und Universitätsstadt in Kursachsen und ferner als eine Metropole des Handels und des Rechtswesens.²²⁸ Auch wenn eine Vielzahl von stadt-, universitäts- und lokalgeschichtlichen Untersuchungen vorhanden ist, so scheint diese Stadt im Hinblick auf die oben erörterten Themenkreisen noch wenig erforscht.

(Studenten-)Geschichte der Universität Leipzig

Ebenso wie in der Geschichte anderer Universitäten gilt es sozusagen als ein ‚Axiom‘ in der Geschichte der Universität Leipzig, dass die Studenten zum einen gewalttätig und konfliktfreudig waren und sich deshalb häufig mit den Handwerksgesellen auseinandersetzten, und dass zum anderen die Universität und die

²²⁷ SYKES/ MATZA (1968), S. 366-370.

²²⁸ Leipzig erfuhr seit dem 15. Jahrhundert und insbesondere seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts einen wirtschaftlichen Aufstieg und erlebte ein Wachstum der Bevölkerung. Ein Überblick über Leipzig in der Frühen Neuzeit findet sich in WELLER (2006), S. 53-63; DÖRING (2016b). In Hinblick auf die Einwohnerzahl hatte Leipzig um 1300 rund 3000 Einwohner, und die Stadtbevölkerungszahl nahm bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts auf ungefähr 8000 bis 10000 zu. Um 1600 waren es 16000 Einwohner. Hierzu verweise ich auf: BLASCHKE (1967), S. 70 und S. 78; BÜNZ (2015a), S. 275-278; DÖRING (2016b), S. 38. Siehe ferner ROSSEAUX (2006), S. 10.

kursächsische Landesherrschaft solches Verhalten der Studenten etwa mit disziplinarischen Verordnungen zunehmend zu regeln versuchten.²²⁹ Die oben geschilderte neuere Forschungstendenz, das Gewalthandeln der Studenten als kulturelle Praktiken zu analysieren, hat m. E. bislang kaum in die Historiographie zur Universität Leipzig Eingang gefunden.²³⁰ Dies lässt sich exemplarisch in der Gesamtdarstellung über die Geschichte der Universität Leipzig belegen, die als die fünfbändige Schrift des 600-jährigen Jubiläums aus dem Jahr 2009 erschien, in der die Darstellung der studentischen Kultur allerdings nur einen kleinen Raum einnimmt.²³¹

Die klassische Forschung zur Leipziger Studentengeschichte hebt die Roheit bzw. die Unsittlichkeit der studentischen Verhaltensweisen hervor.²³² Die umfangreiche Darstellung von W. G. Stoÿa und K. Noack, die sich stark an der Burschenschaftsgeschichte orientiert,²³³ bietet zwar einen Überblick über die verschiedenen kulturellen Handlungen, aber sie postuliert, dass die Studentenschaft vom 15. bis 17. Jahrhundert wegen der Veränderung der studentischen Gemeinschaftsorganisationen eine zunehmende Verweltlichung und (insbesondere im 17. Jahrhundert) einen sittlichen Niedergang erfahren habe. Ähnlich bietet die chronologische Darstellung von S. Hoyer uns zwar einen Überblick über die Geschichte der Studentenschaft, aber diese geht nicht tief auf die Studentenkultur ein.²³⁴

Insgesamt ist festzuhalten, dass das Thema der studentischen Devianz im Vergleich zu

²²⁹ Zum zweiten Punkt siehe GÖBNER (2008).

²³⁰ Im Forschungsüberblick von FÜSSEL/ WAGNER (2014) wird Leipzig kaum erwähnt. Als Ausnahme sind die folgenden zwei Beiträge zu nennen, die die studentischen Tumulte im frühen 18. Jahrhundert mit kulturhistorischer Perspektive behandelt haben: KRUG-RICHTER (2010); BERNHARDT (2013).

²³¹ Vgl. auch KRUG-RICHTER (2010), S. 215. Die Schilderung über das Mittelalter und die Frühe Neuzeit bezieht sich auf den ersten Band: BÜNZ/ RUDERSDORF/ DÖRING (2009). Zur Bewertung dieser gesamten Bände siehe HAMMERSTEIN (2013).

²³² Beispielsweise BRUCHMÜLLER (1909); HERBST (1961).

²³³ STOÿA/ NOACK (2009), S. 5: „Dieses Buch wurde als erster Band einer zweibändige Festschrift aus Anlaß des 150-jährigen Stiftungsfestes der Burschenschaft Arminia zu Leipzig verfaßt“.

²³⁴ HOYER (2010).

anderen Universitäten (wie etwa Freiburg im Breisgau, Göttingen) ein Forschungsdesiderat in der Geschichte der Universität Leipzig ist. Dies ist z. T. auf die relativ ungünstige Quellenlieferung der universitären Gerichtsakten zurückzuführen.²³⁵

Im Vergleich dazu wurde das Verhältnis von Stadt und Universität schon mehrfach thematisiert.²³⁶ Ein Grund dafür liegt darin, dass schon viele normative Quellen aus dem 15. und frühen 16. Jahrhundert gedruckt sind, z. B. Urkunden, Statuten und Beschlüsse.²³⁷ Für das 15. Jahrhundert schilderte S. Hoyer zudem schon die Konflikte um die Gerichtsbarkeiten zwischen Stadt und Universität einerseits und um die landesherrlichen Eingriffe,²³⁸ was eine Grundlage für die nachfolgende Forschung bietet.²³⁹

In der jüngeren Forschung rückt das wechselseitige Verhältnis von Stadt und Universität ins Blickfeld und erweitert das Themenspektrum.²⁴⁰ Auch Konflikte zwischen den beiden nicht geleugnet werden, treten doch Zusammenleben und Wechselbeziehungen im sozialstrukturellen Gefüge zunehmend in den Vordergrund, etwa persönliche oder wirtschaftliche Verflechtungen, die Immatrikulationsfrequenz der Bürger, die Beschäftigung von Gelehrten in der städtischen Verwaltung bzw. in den städtischen Diensten.²⁴¹ So hat H. Steinführer konstatiert, dass „das Verhältnis von Stadt und Universität mit dieser einseitigen Konzentration auf die bestehenden

²³⁵ Siehe auch Abschnitt 1.2.2. der vorliegenden Arbeit.

²³⁶ Zusätzlich ist der fünfte Band der Gesamtdarstellung „Geschichte der Universität Leipzig“ zu nennen, der die Universitätsgebäude in der Stadt Leipzig baugeschichtlich skizziert. MAREK/ TOPFSTEDT (2009).

²³⁷ Siehe auch Abschnitte 1.2.2. und 1.2.3. der vorliegenden Arbeit.

²³⁸ HOYER (1987); HOYER (1999).

²³⁹ Beispielsweise liefert S. Rudolph jüngsthin einen Überblick über die universitäre Gerichtsbarkeit in der gesamten Frühen Neuzeit. RUDOLPH (2007); RUDOLPH (2010).

²⁴⁰ Exemplarisch bei dem im Jahr 2010 erschienen Sammelband von DÖRING (2010).

²⁴¹ Dies beschränkt sich nicht auf Leipziger Geschichte. M. Asche hat im Gegensatz zu H. Duchhardt wie folgt bemerkt: „Es ist allerdings zu fragen, ob es tatsächlich eine tendenzielle Unverträglichkeit, mithin eine gravierende, über das normale zeitgenössische Maß hinausgehende *Wesenverschiedenheit* im Umgang zwischen Universitätsangehörigen und städtischen Einwohnern gegeben hat“; ASCHE (2009), S. 91.

Konflikte nur unvollständig wiedergegeben ist“, und ist der Frage nachgegangen, „wie sehr die Bürger der Stadt mit »ihrer« Universität verbunden war“.²⁴² Die Gelehrten in städtischen Diensten bzw. im Rat einerseits und die immatrikulierten Bürger andererseits wurden untersucht, wobei die städtischen Quellen (etwa Rats- oder Steuerbücher) benutzt wurden.²⁴³ Diese Verschiebung der Perspektive lässt sich also als ein Versuch verstehen, das Bild der stets konflikthaften Beziehungen zu relativieren.

Diesem Ansatz von Steinführer entsprechend hat A. Sembdner ferner das Verhältnis von Stadt und Universität analytisch in drei Ebenen unterteilt, um die Generalisierung einer Gegenüberstellung von „Stadt und Universität“ als Gesamtheit zu vermeiden.²⁴⁴ Sein Untersuchungsschwerpunkt liegt zwar auf die persönlichen und sozialen Verflechtungen, weil er das Verhältnis nicht nur auf die ‚Auseinandersetzung‘ bzw. den ‚Konflikt‘ beschränken will.²⁴⁵ Er hat jedoch einige interessante Erklärungsansätze für die studentische Devianz vorgelegt.²⁴⁶ Die Studenten (und auch die Handwerksgesellen) waren danach die mittelalterliche Jugend, und sie hatten provokative und gewalttätige Verhaltensweisen. Ihre Gewaltbereitschaft entsprach aber nach seiner Auffassung der zeitgenössischen Gewaltkultur in dem Sinne, dass die Gewalt „ein alltägliches Element des mittelalterlichen Lebens“ darstellte. Sembdner

²⁴² STEINFÜHRER (2007), hier S. 34.

²⁴³ Als eine vergleichbare Studie, die sich überwiegend auf die städtischen Quellen stützt, ist der Beitrag von SCHLENKRICH (2000) zu nennen.

²⁴⁴ SEMBDNER (2010b), S. hier 20-24. Auf der „Makroebene“ wurde die universitären Einrichtungen im städtischen Raum, die Versorgung der Universitätsangehörigen und die Konfliktfelder (etwa um die Jurisdiktion) behandelt. Auf der „Mesoebene“ wurden die in die Universität eingetretenen Bürger einerseits und die Universitätsabsolventen in der Stadt (etwa Schreiber, Mediziner) andererseits beobachtet. Auf der „Mikroebene“ wurden die persönlichen Netzwerke unter Entscheidungsträgern prosopographisch analysiert. Siehe auch seinen zusammenfassenden Beitrag: SEMBDNER (2010a).

²⁴⁵ SEMBDNER (2010a), S. 53: „Dieses Miteinander [von Stadt und Universität; H.S.] führte ohne Zweifel dazu, dass Streitigkeiten zwischen Angehörigen unterschiedlich privilegierter Gemeinschaften, welche tagtäglich aufeinander trafen, nicht ausbleiben konnten. Jedoch dürften sich die städtisch-universitären Beziehungen nicht allein auf der Ebene des Konflikts abgespielt haben“.

²⁴⁶ Im Folgenden SEMBDNER (2010b), S. 53-60.

hat ferner das Verhältnis in der Universitätsstadt Leipzig mit einem spieltheoretischen Konzept als „Vertrauensspiel“ aufgefasst. Da die städtische Obrigkeit nicht selbst die abweichenden Studenten sanktionieren konnte, war sie „gezwungen, darauf zu vertrauen, das auch die Hohe Schule, bzw. deren Angehörige, mit der Stadt ‚kooperieren‘, d. h. zumindest nicht-delinquent handeln“. In diesem Sinne war die Stadt „der Treugeber, der gegenüber dem Treuhänder (dem Universitätsangehörigen) hoffen musste, dass dieser das ihm entgegengebrachte Vertrauen (und nichts anders war es ja, wenn der Rat Universität und Studium in seiner Stadt akzeptiert hatte) nicht missbrachte“. Insbesondere ‚auswärtige‘ Studenten blieben aber nur während des Studiums in Leipzig, daher mussten sie „kein großartiges Vertrauen gegenüber der Stadtbevölkerung und der städtischen Obrigkeit aufbauen“, und somit konnte ihre Bereitschaft zum devianten Verhalten steigen. Aus diesem Grund war Kooperation und Vertrauen zwischen Stadt und Universität nötig. Dieser Ansatz von Sembdner kann daher m. E. eine Möglichkeit eröffnen, die (gerichtliche) Situation in der Universitätsstadt als eine Rahmenbedingung für die studentische Devianz anzusehen,²⁴⁷ und gerade deshalb das Zusammenspiel der städtischen und universitären Obrigkeiten näher zu betrachten. Es scheint mir allerdings wenig plausibel, die ‚auswärtigen‘ Studenten und die ‚einheimischen‘ Studenten (also die studierenden Stadtkinder) strikt voneinander zu unterscheiden.²⁴⁸

Anders als die erwähnten bisherigen Arbeiten haben die neueren Arbeiten von A. Zirr den Untersuchungszeitraum in die Zeit der schwedischen Besatzung von 1642-1650 verschoben. Zirr hat herausgearbeitet, dass die Stadt Leipzig und die Leipziger Universität aktiv mit der schwedischen Herrschaft über die Privilegien oder die

²⁴⁷ Sembdner spricht allerdings nicht von der „akademischen Freiheit“.

²⁴⁸ Zu dieser Unterscheidung siehe SEMBDNER (2010b), S. 59f.

Ordnung in der Stadt verhandelten und somit diese drei Akteure gemeinsam miteinander an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitwirkten.²⁴⁹ Auch in seinen Untersuchungen nehmen die Zusammenstöße zwischen Studenten und Stadtbewohnern und deren Behandlung von der Stadt und Universität keinen zentralen Platz ein.

Insgesamt ist Folgendes festzuhalten: Die Geschichtsschreibung der Universität Leipzig erfährt zwar anhand der städtischen Quellen eine Erweiterung der Perspektiven. Aufgrund der Quellenlage liegt allerdings der Untersuchungsschwerpunkt bisher auf dem 15. und 16. Jahrhundert.²⁵⁰ Über die Zusammenstöße zwischen Universitätsangehörigen und Stadtbevölkerung als eine zentrale Konstellation der ‚Auseinandersetzungen‘ fehlt so vergleichbare kulturhistorisch sowie sozialtopographisch orientierte Untersuchungen zu einzelnen Konfliktereignissen, wie Krug-Richter oder Füssel vorgenommen haben. Weitgehend offen in diesem Zusammenhang scheint mir die Frage zu bleiben, wie das Nebeneinander bzw. die Konkurrenz der obrigkeitlichen Gerichtsbarkeiten die Behandlung der studentischen Exzesse bzw. abweichenden Handlungen beeinflussten.

Leipziger Forschung

Wie U. Ludwig bemerkt, stellte Kursachsen im Rahmen der Justiz- und Kriminalitätsforschung lange einen Untersuchungsgegenstand dar, „der in der historischen Forschung weitgehend unberücksichtigt geblieben ist“.²⁵¹ Ludwig hat ferner zu Recht bemerkt: „Schwerpunkte der bisherigen Forschungen zur kursächsischen Kriminalitäts- und Rechtsgeschichte der Frühen Neuzeit lagen auf der

²⁴⁹ ZIRR (2009); ZIRR (2010); ZIRR (2011); ZIRR (2014).

²⁵⁰ Dies lässt sich exemplarisch in einem jüngeren Beitrag von SCHMIDT (2011/2012) erkennen, der m. E. neue Erkenntnisse kaum liefern kann.

²⁵¹ LUDWIG (2008a), S. 11.

Untersuchung einzelner Institutionen und Personen, hier vor allem Benedict Carpzovs“.²⁵² Diese Forschungstendenz betrifft gerade auch die Historiographie zur kursächsischen Landesstadt Leipzig. Der Schwerpunkt liegt bisher noch auf der Verwaltungs- und Gerichtsverfassungsgeschichte, daher stellt die Forschung zur städtischen Kriminalität ein Desiderat dar.²⁵³ Dies lässt sich exemplarisch am Beispiel der Gesamtdarstellung über die Geschichte der Stadt Leipzig belegen, die als die Schrift des 1000-jährigen Jubiläums aus dem Jahr 2015 erschien, in der die Darstellung der alltäglichen Kriminalität und deren Bekämpfung in der Stadt allerdings keinen großen Platz einnimmt.²⁵⁴

Als Ausnahme haben allerdings die Arbeiten von B. Rüdiger zu gelten. Er leistete eine erste systematische Erschließung der Gerichtsakten im Stadtarchiv Leipzig sowie der Geschichte der frühneuzeitlichen Strafjustiz und Kriminalität.²⁵⁵ Er erstellte ferner eine Übersicht der Straffälle der Zeit des Dreißigjährigen Krieges.²⁵⁶ Rüdiger lieferte anhand der Leipziger Gerichtsakten einen breiten Überblick über Kriminalität in der Frühen Neuzeit, er brachte allerdings die in der jüngeren Kriminalitätsforschung entwickelten mikrohistorischen Perspektiven noch nicht wirklich in die Analyse der Leipziger Straffälle ein.²⁵⁷ Als in dieser Hinsicht anregende Arbeiten sind die Studien von A. Kästner zu nennen, der die Leipziger Strafakten im Hinblick auf die religiöse Devianz (wie Gotteslästerung) untersucht hat.²⁵⁸ Er ging dabei der Frage nach, wer

²⁵² LUDWIG (2008a), S. 21. Ein ähnliches Motiv findet sich in der Erforschung zur Geschichte der Selbsttötung von A. Kästner. KÄSTNER (2012), hier S. 24.

²⁵³ Siehe Überblick über die Leipziger Stadtgeschichtsforschung von COTTIN (2009) und DÖRING (2009).

²⁵⁴ Die Schilderung über das Mittelalter und die Frühe Neuzeit bezieht sich auf den ersten Band: BÜNZ (2015d), und auf den zweiten Band: DÖRING (2016c).

²⁵⁵ Siehe insgesamt Sammelband von RÜDIGER/ HOMMEL (2007b).

²⁵⁶ RÜDIGER (2001).

²⁵⁷ Vgl. RÜDIGER (2007b).

²⁵⁸ KÄSTNER (2013); KÄSTNER/ SCHERER (2013).

sich am Zuschreibungs- und Labellingsprozess der abweichenden Handlungen beteiligte und wie die Akteure mit solchen Handlungen umgingen. Diskutiert wird dabei auch, inwieweit abweichendes Verhalten in der Gesellschaft toleriert werden konnte und im Zuge welcher Kommunikationsprozesse eine bestimmte Handlung als ein abweichender und somit strafbarer Akt gedeutet wurde.

Die vorliegende Arbeit zielt deshalb darauf ab, mit dieser eine stadtgeschichtliche Forschungslücke zu schließen.

1.2. Quellenlage

1.2.1. Städtische Quellen

Gerichtsakten

Die Grundlage für die vorliegende Studie bilden hauptsächlich die Bestände im Stadtarchiv Leipzig. Wichtigste Materialien sind die Straftäterverzeichnisse, die vom Stadtgericht als Hauptinstanz für die Sanktionierung von der Devianz verfasst wurden: die „Strafakten“. Diese Akten umfassen Gewalt- und Tötungsdelikte, Eigentumsdelikte, politische Delikte bzw. Delikte gegen die Obrigkeit, Sexualdelikte und Delikte in Glaubenssachen; es sind ungefähr 1010 Strafakten im Zeitraum von 1558 bis 1810 überliefert.²⁵⁹ Es ist aber nicht zu übersehen, dass auch diese dichte Überlieferung aufgrund möglichen Aktenverlustes und anderer Faktoren nicht das gesamte tatsächliche Geschehen umfasst.²⁶⁰ Zudem „gibt es Hinweise auf Straftaten in Gerichtsbüchern, ohne dass Akten noch vorhanden wären“.²⁶¹ Es ist deshalb schwierig,

²⁵⁹ RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 79. Zu den entsprechenden Auswertungsmöglichkeiten siehe ebd., S. 104f. Siehe auch KÄSTNER/ SCHERER (2013), S. 88.

²⁶⁰ Zum möglichen Verlust der Archivgüter im Stadtarchiv Leipzig siehe UNGER (1967), S. 17; RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 76f. Ich bedanke mich auch bei Herrn Prof. Dr. Bernd Rüdiger für diesen Hinweis.

²⁶¹ RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 75. Zu den Gerichtsbüchern siehe unten.

die quantitative Entwicklung der Straffällen aus diesem Quellenbestand zu entnehmen. Weiterhin ist auch auffällig, dass die Struktur einer einzelnen Strafake je nach Prozessverlauf unterschiedlich und inkonsistent ist.²⁶² Manche Akten sind nur etwa zehn oder sogar fünf Blätter lang, aber nicht wenige haben etwa fünfzig oder mehrere Blätter; zu einigen Fällen sind sogar zwei Bände überliefert.²⁶³ Zentrale Bestandteile bilden erstens die Niederschrift der (summarischen) Untersuchung und der inquisitorischen Befragungen mit Frageartikeln, bei denen sowohl die Beschuldigten als auch die Zeugen vernommen wurden.²⁶⁴ Als zweiter wichtiger Bestandteil, der aber nicht in jeder Akte vorhanden ist, sind die Sprüche bzw. die Urteilsanweisung des kursächsischen Schöffentuhls zu Leipzig zu nennen. Damit zusammenhängend ist auch das Urteil des Stadtgerichts überliefert. Die Niederschrift des Urteils erscheint manchmal als Paralleleinträge in Strafsakten einerseits und Kontrakten- und Urfriedensbüchern (manchmals auch nur in ihnen) andererseits.²⁶⁵ Dabei existieren „Differenzen bei der der Strafzumessung zwischen Schöppenspruch [sic!] und decimum

²⁶² Im folgenden vgl. auch RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 99.

²⁶³ Beispielsweise StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 53; Nr. 143.

²⁶⁴ Diese hier erwähnten zwei Phasen in einem Gerichtsverfahren werden in Abschnitt 6.2. der vorliegenden Arbeit ausführlich behandelt.

²⁶⁵ Wie RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 74f. erwähnt haben, gibt es in manchen Fällen auch Paralleleinträge zum gleichen gesamten Vorkommnis:

Jahr	Straftat	Bestand in „Strafsakten“	Bestand in „Kontrakten- und Urfriedensbücher“
1601	Körperverletzung	Nr. 104	1601 (Reinschrift), fol. 9r
1601	Störung, Tumult	Nr. 120	1601 (Reinschrift), fol. 10r, fol. 11v-12r
1605	Körperverletzung	Nr. 143	1605 (Reinschrift), fol. 6v
1606	Körperverletzung	Nr. 148	1606 (Reinschrift), fol. 3r
1622	Tötung	Nr. 333	1622 (Reinschrift), fol. 7r
1622	Tötung	Nr. 415	(Eintrag, der diese beiden Fälle zusammenfasste)

Ein Grund für solche Einträge lag vermutlich in der unscharfen Trennung zwischen dem Stadtgericht und dem Untergericht. Siehe dazu Abschnitt 2.1.2. der vorliegenden Arbeit.

(Urteil)“.²⁶⁶ Drittens ist als zentraler, allerdings ebenfalls nur gelegentlich enthaltener Quellenbestandteil die Bittschrift bzw. die Supplik zu nennen, die von Untertanen zugunsten der Beschuldigten beim Stadtgericht eingereicht wurden.²⁶⁷ Manchmal ist überdies der Schriftwechsel zwischen dem Stadtgericht bzw. dem Stadtrat und den anderen Obrigkeiten (v. a. dem Kurfürsten oder der Universität Leipzig²⁶⁸) überliefert, der einen Einfluss auf das Gerichtsverfahren oder die Verurteilung nehmen konnte. Häufig finden sich auch die ärztlichen Berichte bzw. die Gutachten der Wundärzte bzw. Barbieri über die Besichtigung des Körpers der Verletzten bzw. Getöteten.²⁶⁹ Die hier geschilderte wenig einheitliche Struktur der Strafsakten verhindert zwar einen einheitlichen und konsequenten Zugang, aber dank der meist überlieferten gerichtlichen Aussagen der Akteure sowie der Zeugen erlauben uns diese Akten, auf ihre Beschreibung und Wahrnehmung über die jugendlichen Gewalttaten einzugehen.²⁷⁰

Zusätzlich zu den Strafsakten werden einige Beispiele aus „Akten Teil 1“ benutzt. Aufgrund der Überlieferungs- und Kategorisierungsgeschichte im Stadtarchiv Leipzig²⁷¹ wurden die „weiteren Akten – ca. 2300 Akteneinheiten mit einer zeitlichen Erstreckung von 1509-1863 – [...] mit den Abgabeschichten „Akten Teil 1 bzw. 2“ gegliedert.“²⁷² Zu dieser Aktenabteilung gehören einige Akten, die auch unter die Strafsakten eingeordnet werden dürfen.

²⁶⁶ RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 108.

²⁶⁷ Die Auswertung der Bittschriften und der Überblick über die Supplikationsforschung werden in Abschnitt 5.1. näher behandelt.

²⁶⁸ Zum Schriftwechsel mit der Universität Leipzig siehe Abschnitt 6.2.3. der vorliegenden Arbeit.

²⁶⁹ Vgl. auch RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 104.

²⁷⁰ Eine vergleichbare Methodik findet sich in: KÄSTNER (2013); KÄSTNER/ SCHERER (2013). Die Auswertung dieses Quellentyps wird in Abschnitt 6.2. der vorliegenden Arbeit näher diskutiert.

²⁷¹ RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 90: „Akten wurden so bis ins 20. Jahrhundert hinein zu unterschiedlichen Zeiten nur schubweise und unvollständig ins Stadtarchiv Leipzig überliefert (damit sind die heutigen Lagerungspositionen „Akten Teil 1 und Teil 2“ Abgabekomplexe) und hier ebenfalls nur nach und nach bearbeitet“.

²⁷² RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 91.

Noch zu erwähnen ist die sogenannte Urfehde, die schon in der Kriminalitätsforschung als eine nützliche und aussagekräftige Quellengattung anerkannt ist.²⁷³ In Leipzig erschien diese Gattung als Niederschrift unter der Zuständigkeit der Niedergerichtsbarkeit (über einfache Streitfälle),²⁷⁴ und sie ist, von einigen Lücken abgesehen, fast jährlich als „Urfehdenbuch (1390-1480)“, ²⁷⁵ „Urfriedensbücher (1480-1530er)“ und „Kontrakten- und Urfriedensbücher (1544-1692)“ überliefert.²⁷⁶ Aufgrund dieser dichten Überlieferung (in meinem Untersuchungszeitraum) wäre es offensichtlich nützlich, wenn man sie für einen quantitativen Überblick nutzen wollte. Allerdings hat ein konkreter Eintrag m. E. meistens nur einen begrenzten Informationsgehalt, wie die folgenden Beispiele zeigen:

*„Adam Oßwald, welcher gestriges tages vn fug vff der burgkeller stuebe angerichttet, die jungen vor schelm vnd diebe gescholtten, ist gestern eingesetzt vnd heut vervhfriedet loßgelaßen wordenn, soll des Burgkellers sich bis vf Michaelis endhalten. Act[um]: 19 Marty A[nn]o 1603“;*²⁷⁷

*„Matthes Lange ein einheimischer welcher vber einen kuchzer vor dem Hällischen pfortlein seinen tolch gezogen hatt eine halbe stunde geseßenn, ist auff vorbitt vor vhrfriedett loßgelaßen werden. Actum den 10. Nouemb. Anno 1607“;*²⁷⁸

*„Barthell Weber ein fleischer knechtt ein einheimisch kindt, so einen studenten von der Pfingstwieße herrein, auff dem wege geschlagen, ist etzliche tage mit gefengknis gestrafft auff einen vhrfrieden loßgelaßen worden. Actum 8 Juny 1621“.*²⁷⁹

Dieser Quellentyp schient mir also im Hinblick auf meine Fragestellung wenig

²⁷³ SCHWERHOFF (1999), S. 29-31.

²⁷⁴ RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 64.

²⁷⁵ WUSTMANN (1895).

²⁷⁶ Zu diesen Beständen siehe RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 61-64. Vgl. auch BRÄUER (2013), S. 64f.

²⁷⁷ StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1602 (Reinschrift), fol. 15r.

²⁷⁸ StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1607 (Reinschrift), fol. 17r.

²⁷⁹ StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1621 (Reinschrift), fol. 3v.

aussagekräftig. Er wird daher hauptsächlich im Rahmen der oben erwähnten Paralleleinträge mit Strafsakten herangezogen.

Normative Quellen der Stadt

Der Stadtrat war das wichtigste Gremium in der Stadt Leipzig. Man kann daher davon ausgehen, dass etwa die Ratsbeschlüsse und verschiedene Verordnungen die normative Grundlage für die städtische Gesellschaft bildeten. Diese Quellen sind als Ratsbücher und Titelakten in der „Ratsstube“ des Stadtarchivs überliefert. In diesem Zusammenhang ist auf den achten Band des „Codex diplomaticus Saxoniae Regiae“ zu verweisen,²⁸⁰ da dieser zweifellos als die wichtigste Grundlage für die Erforschung der Leipziger Geschichte v. a. des Mittelalters anerkannt ist.²⁸¹ Dieser Quellenkorpus beinhaltet verschiedene landesherrliche und städtische Urkunden sowie Beschlüsse des Leipziger Stadtrates ausschließlich bis zum 15. Jahrhundert, er ist aber auch für meinen Untersuchungszeitraum aufschlussreich.

Handwerk

Die normative Grundlage für die Handwerker (v. a. Handwerksgesellen) als wichtige Akteursgruppe in der vorliegenden Arbeit bildete sicherlich die städtische oder landesherrliche Normsetzung.²⁸² Hierzu sind zudem zwei „Zunftbücher“ als Sammlung verschiedener Ordnungen zu zählen, die vom Stadtrat (oder gegebenenfalls

²⁸⁰ Die Reihe der Quellenedition „Codex diplomaticus Saxoniae Regiae“ ist im Internet abrufbar: <http://codex.isgv.de/codex.php> (Letzter Zugriff: 28.12.2017)

²⁸¹ COTTIN (2009), S. 8f.

²⁸² KORGE (2010), S. 9f.: „Den allgemeinen rechtlichen Rahmen, der die Handlungsmöglichkeiten für eine Politik der Zünften schuf, bildeten die auf verschiedenen Geltungsebenen angesiedelten obrigkeitlichen Anweisungen, Verordnungen, Gesetze und Beschlüsse“. Vgl. auch BRÄUER (1979), S. 325; SCHLENKRICH (1995), S. 15.

vom Landesherren) bestätigt wurden.²⁸³ Daneben sind die Handwerks- und Gesellenartikel im jeweiligen Besitz der Leipziger Zünfte mit zu berücksichtigen, denn sowohl Handwerksmeister als auch Handwerksgesellen „gaben ihren Zusammenschlüssen Ordnung (Statute), um das Miteinander Innungsmitglieder zu regeln und zu steuern“.²⁸⁴ Aufgrund der nach Zünften sehr unterschiedlichen, z. T. diffusen Überlieferung dieses Quellentyps werden auch die Quellen *vor* meinem Untersuchungszeitraum herangezogen.²⁸⁵

1.2.2. Universitäre Quellen

Ein anderer wichtige Gruppe von Akteuren in der vorliegenden Studie sind die Studenten. Für den Alltag sowohl dieser Studenten als auch von anderen Universitätsangehörigen stellten die Universitätsstatuten offensichtlich zentrale Normen dar.²⁸⁶ Daneben sind auch die Statuten der Kollegien als wichtige Normen zu nennen, weil das Kolleg eine institutionalisierte Form des universitären Zusammenlebens von Lernenden und Lehrenden war.²⁸⁷ Auch in der vorliegenden Studie sind diese Statuten zu berücksichtigen, weil sie aufgrund der Statutenänderungen im Rahmen der landesherrlichen Reformbemühungen der Universität seit der Mitte des 16. Jahrhunderts sowohl im Universitätsarchiv Leipzig als auch in den gedruckten Quellen reichlich überliefert sind. In diesem Zusammenhang sind die Quelleneditionen wichtig, die F. Zarncke im späten 19. Jahrhundert nach umfangreichen Recherchen in den sächsischen Archiven

²⁸³ Der erste Band bezieht sich auf das 15. und 16. Jahrhundert, und der zweite überwiegend auf das 17. Jahrhundert.

²⁸⁴ KORGE (2010), S. 9.

²⁸⁵ Zu den handwerklichen Archivbeständen im Stadtarchiv Leipzig verweise ich auf die folgenden Verzeichnisse: THIEME (1984); BRÄUER (1989), S. 197-199; SCHLENKRICH (1995), S. 197-199.

²⁸⁶ RIDDER-SYMOENS (1996), S. 146f.

²⁸⁷ Siehe ausführlich Abschnitte 2.3.1. und 4.3.1. der vorliegenden Arbeit.

herausgab.²⁸⁸ Weiterhin ist auch der elfte Band des „Codex diplomaticus Saxoniae Regiae“ heranzuziehen: das „Urkundenbuch der Universität Leipzig von 1409 bis 1555“.²⁸⁹ Über die Bedeutung dieser hier erwähnten Editionswerke bemerkte B. Kusche: „Die im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert erfolgten Zusammenstellungen und Editionen der zentralen Quellen aus der Frühgeschichte der Universität Leipzig sind besonders für die heutige Forschung wichtig und wertvoll, da viele Archivalien im Zweiten Weltkrieg zerstört wurden“.²⁹⁰

Über die Auswertung der normativen Quellen der Universitäten schrieb U. Rasche: „Die Kenntnis der obrigkeitlichen Normen ist freilich nur der halbe Schritt auf dem Weg zur Erkenntnis der Lebens- und Verhaltensnormierung von Studenten. [...] Die deutschen Studenten haben sich deshalb von Anfang an genossenschaftlich organisiert und eigene autonome Ordnungen entwickelt, die mit den obrigkeitlichen zunehmend kollidierten“.²⁹¹ Die Devianz der Studenten in dem Sinne von Verstößen gegen obrigkeitliche Normen schlug sich daher in den Gerichtsakten der Universität nieder.²⁹² Die vorliegende Studie stützt sich folglich auch auf die Gerichtsakten der Universität Leipzig. Die Bestände des „Gerichtsamts“ im Universitätsarchiv Leipzig haben insbesondere über die Strafsachen im Untersuchungszeitraum keine umfangreiche Überlieferung.²⁹³ Zudem sind die meisten der überlieferten Akten wegen des schlechten Zustands nicht verfügbar.²⁹⁴ In Leipzig ist insgesamt die Quellenlage im

²⁸⁸ ZARNCKE (1857); ZARNCKE (1861). Zu diesen beiden siehe ausführlich KUSCHE (2009), S. 37-39.

²⁸⁹ Vgl. KUSCHE (2009), S. 39.

²⁹⁰ KUSCHE (2009), S. 40.

²⁹¹ RASCHE (2011), S. 135.

²⁹² RASCHE (2011), S. 135.

²⁹³ Ich bedanke mich bei Frau Dr. Ulrike Ludwig (Dresden/ Erlangen) für ihren freundlichen Hinweis. Exemplarisch bei der Abteilung: „04. Polizei-, Criminal- und Disciplinar-Sachen betreffend (1422-1832)“. Die relativ dichte Überlieferung in dieser Abteilung findet sich seit dem zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

²⁹⁴ Dies betrifft z. B. die Abteilung „10. A Protokolle und Bescheide (1616-1923): Rektorats-, Judizial- und Konziliumsprotokolle (1616-1819)“.

Hinblick auf die studentische Devianz lückenhafter als etwa in Freiburg im Breisgau.²⁹⁵

1.2.3. Quellen auf der Landesebene

Die Stadt Leipzig und die Universität Leipzig unterstanden im Untersuchungszeitraum dem kursächsischen Landesherrn als der höheren Obrigkeit. Insofern die territorialen Gesetze bzw. Ordnungen auch die (gerichtliche bzw. strafrechtliche) Praxis in Leipzig prägten, sind auch Quellen auf der Landesebene in Betracht zu ziehen.

Zunächst ist der erste Band des „Codex Augusteus“ zu nennen, der offensichtlich die „[z]entrale Quelle für die gesetzlichlichen Grundlagen der Strafgerichtsbarkeit Kursachsens bildete“. ²⁹⁶ Dieser Quellenkorpus beinhaltet beispielsweise die kursächsischen Konstitutionen von 1572²⁹⁷ und die allgemeine Kirchen-, Schul- und Universitätsordnung vom 1. Januar 1580.²⁹⁸ Weiterhin werden die juristischen Handbücher bzw. die Rechtstraktaten von den juristischen Praktikern in Kursachsen in die Untersuchung einbezogen, wie etwa von Matthias Berlich, Benedict Carpzov und Heinrich Rauchdorn. Diese zeitgenössischen Werke erörterten einige Rechtsfragen (wie etwa Delikte der Minderjährigen und die Bestrafungsmethode) ausführlicher als die Gesetzesnormen und erlangten für die Gerichts- und Verwaltungspraxis große Bedeutung.²⁹⁹

Ein wichtiger Quellenbasis auf der kursächsischen Ebene bilden die Bestände des

²⁹⁵ Ein wichtiger Quellenbestand in Freiburg im Breisgau ist „Liber Inquisitionum“. Dazu haben T. Braun und E. Liermann bemerkt: „Das Universitätsarchiv Freiburg besitzt mit dem Liber Inquisitionum eine lückenlose Zusammenstellung aller Verhörprotokolle des Rektors von 1524 bis 1610 in drei Bänden“. BRAUN/ LIERMANN (2007), S. 25. Siehe auch SIEBENHÜNER (1999), S. 11.

²⁹⁶ LUDWIG (2008a), S. 25.

²⁹⁷ LUDWIG (2008a), S. 78. Siehe ferner Abschnitt 3.1. der vorliegenden Arbeit.

²⁹⁸ Siehe ausführlich Abschnitt 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.

²⁹⁹ LUDWIG (2008a), S. 25f.

„Geheimen Rates“ im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden, die sämtliche Staatsangelegenheiten schon seit dem Ende des 15. Jahrhunderts umfassen.³⁰⁰ Für die vorliegende Studie können die Korrespondenzen zwischen Landesherrn bzw. Landesregierung, Stadt und Universität herangezogen werden, die insbesondere im Rahmen der Universitätsvisitationen oder der Behandlung der Streitigkeiten zwischen Stadt und Universität stattfanden.³⁰¹ Streitigkeiten zwischen den unteren Obrigkeiten (hier Stadt und Universität) erschienen oft auch als Inhibitionsklagen, bei denen die Hofgerichte (insbesondere das Oberhofgericht zu Leipzig) zuständig sein sollten,³⁰² aber einige Akten wurden von den Beständen des Oberhofgerichts an die des Geheimen Rates verlagert.³⁰³

1.3. Fragestellung und Gliederung der Arbeit

Die vorliegende Arbeit zielt darauf ab, Dynamiken der jugendlichen Gewaltkultur in der frühneuzeitlichen Stadt Leipzig herauszuarbeiten und diese Gewaltkultur im Wahrnehmungshorizont der städtischen Gesellschaft zu verorten. Die Grundlage für die Untersuchung und den Aufbau der Arbeit bildet das Konzept „soziale Kontrolle“. Davon ausgehend werden die folgenden Fragen gestellt und die Arbeit wird dementsprechend gegliedert.

In **Kapitel 2** geht es um die Frage, welche Institutionen bzw. Instanzen als Akteure formeller Kontrolle erschienen. Es geht von Leipzig als Universitätsstadt aus und

³⁰⁰ Siehe eine einleitende Bemerkung des Hauptstaatsarchivs Dresden: <http://www.archiv.sachsen.de/archiv/bestand.jsp?oid=01.05.01&bestandid=10024#einleitung> (Letzter Zugriff: 28.12.2017). Vgl. auch LUDWIG (2009), S. 18f.

³⁰¹ In solchen Fällen wurden im Auftrag des Landesherrn Kommissionen eingesetzt. LUDWIG (2008a), S. 42f.

³⁰² LUDWIG (2008a), S. 49.

³⁰³ Beispielsweise SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10535/ 08; Loc. 10538/ 22; Loc. 10538/ 23; Loc. 10538/ 24. Über die Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden bedanke ich mich bei Frau Andrea Tonert (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden) für ihren freundlichen Hinweis.

untersucht das Verhältnis von Stadt und Universität.

Die zweite Frage ist, welche strafrechtlichen Normen die Akteure formeller Kontrolle setzten. Im Mittelpunkt von **Kapitel 3** stehen so die strafrechtliche Normsetzung auf Reichs- und Territorialebene und die juristische Sichtweise in Rechtstraktaten. Diese normative Entwicklung auf der Reichs- und Territorialebene hängt, wie bereits am Beispiel des Verbotes des Waffentragens von 1545 andeutet, eng mit der Entwicklung der Normsetzung auf der städtischen oder universitären Ebene zusammen. In **Kapitel 4** werden folglich Normen und Maßnahmen gegen das Gewalthandeln in Leipzig untersucht.

Die dritte Frage ist, wie das Gewalthandeln junger Männer im städtischen Gerichtsprozess behandelt wurde. Hierbei liegt der Schwerpunkt nicht (nur) auf der Praxis der strafrechtlichen Normen, sondern auch auf der Beteiligung der Träger der informellen Kontrolle am Gerichtsprozess. Ein Grund dafür ist die Hypothese, dass das Gericht als Ort der Kommunikation zwischen der Obrigkeit und den Untertanen fungierte und das Supplizieren dabei häufig als ein Mittel der Kommunikation benutzt wurde. **Kapitel 5** behandelt also die Frage, ob und inwieweit informelle und formelle Kontrollinstanzen bei der Behandlung der jungen Gewalttäter zusammenwirkten.

Kapitel 6 beschäftigt sich mit der zentralen Frage in dieser Arbeit, von welchen Erscheinungsformen und Logiken die jugendliche Gewaltkultur geprägt war. Der Schwerpunkt liegt auf den Handwerksgesellen und den Studenten. Anschließend ist auch zu fragen, inwieweit es sich um – je nach Gruppe – unterschiedliche Praktiken handelte, oder ob man von einer gemeinsamen, überwölbenden Gewaltkultur junger Männer sprechen kann. Im Vergleich zu bisherigen Studien (etwa von M. Füssel und B. Krug-Richter) werden auch Reaktionen und Wahrnehmungen der Stadtbevölkerung

(als Tat- und Ohrzeugen) stärker in den Untersuchungsgegenstand einbezogen.

Zuletzt werden die Ergebnisse dieser Arbeit in **Kapitel 7** zusammengefasst.

2. INSTITUTIONELLE RAHMENBEDINGUNGEN IN LEIPZIG

Grundlegend für die Behandlung der Träger einer ‚jugendlichen Gewaltkultur‘ sind die gerichtlichen Institutionen in der Universitätsstadt Leipzig. Dieses Kapitel widmet sich daher insbesondere den Kontrollinstanzen städtischer sowie universitärer Obrigkeiten.

2.1. Städtische Gerichtsinstanzen

2.1.1. Entwicklung der Instanzen

Rat

Der Rat war das wichtigste Gremium in der Stadt Leipzig. Schon in einer Urkunde von 1270 wurde ein Ratskollegium erwähnt, das aus insgesamt dreizehn Personen bestand, nämlich einem Schultheiß und zwölf Ratsmannen.³⁰⁴ Diese Urkunde lässt sich als ein frühes Merkmal der Etablierung einer städtischen Gerichtsbarkeit bzw. der Gerichtsorganisation verstehen, weil damit die Zuständigkeit des Stadtrates bestätigt wurde, gegen Ruhestörer und Übertretung der Ordnungen vorzugehen.³⁰⁵ Ein Hintergrund hierfür ist die Befreiung von der vögtlichen Gerichtsbarkeit von 1263.³⁰⁶ Gemäß dieser Befreiung sollten Klagen der Leipziger Bürger an den Schultheiß herangetragen werden, womit „die Bürger die Rechtsprechung in ihrer Stadt in die eigenen Hände genommen“ hatten.³⁰⁷ Auch nach der Loslösung des Amtes des Schultheißen aus seiner Rolle als Ratskollegiumsmitglied,³⁰⁸ blieb er Vorsitzender im

³⁰⁴ CDSR, II/ 8, Nr. 7, S. 6: „*scultheto nostro una cum duodecim consulibus*“. Vgl. auch STEINFÜHRER (2004), S. 38; STEINFÜHRER (2015), S. 187.

³⁰⁵ CDSR, II/ 8, Nr. 7, S. 6; STEINFÜHRER (2004), S. 39. Dieser Entstehungsverlauf in Leipzig entsprach der allgemeinen Tendenz in vielen mittelalterlichen Städten. Vgl. STEINFÜHRER (2005), S. 18, Anm. 46.

³⁰⁶ CDSR, II/ 8, Nr. 5, S. 4f.

³⁰⁷ BLASCHKE (1994), S. 8. Vgl. auch THIEME (1975), S. 40.

³⁰⁸ 1301 wurde eine weitere Urkunde ausgestellt, in der der Name des Schultheißen nicht eingetragen wurde. Dies bedeutet, dass der Rat ohne Mitwirkung des Schultheißen agieren konnte. STEINFÜHRER (2005), S. 13.

Stadtgericht, das neben ihm mit Schöffen besetzt war und nur die Obergerichtsbarkeit ausübte.³⁰⁹

Die Ratsmitglieder wurden ursprünglich jährlich gewählt.³¹⁰ Das Ratskollegium setzte sich aus einem Bürgermeister³¹¹ und elf bis zwölf Ratsherren zusammen.³¹² Seit dem 14. Jahrhundert übernahm anstelle der jährlichen Neuwahl ein Kollegium turnusgemäß alle drei Jahre das einjährige Regiment, womit das im Regiment sitzende Kollegium „*sitzender Rat*“ und die beiden übrigen „*ruhende Räte*“³¹³ hieß.³¹⁴ Mit dieser Gewohnheit war der Rat nicht direkt von der städtischen Gemeinde abhängig, sondern die Wahl neuer Mitglieder basierte auf Kooptation.³¹⁵

Der gesellschaftliche und politische Unterschied zwischen dem Rat und der städtischen Gemeinde spiegelten sich auch in der sozialen Zusammensetzung des Rates wider.³¹⁶ Während die großen Kaufleute und seit dem 15. Jahrhundert zunehmend Gelehrte den Rat dominierten, waren die Handwerker hingegen in der zentralen Regierung von untergeordneter Bedeutung. Nach K. Keller lässt sich seit 1548 kein Handwerker innerhalb des Rates nachweisen, obwohl es keine Bestimmungen gab, die Handwerker von der Wählbarkeit ausschlossen.³¹⁷ Es ist eine Besonderheit Leipzigs, dass die

³⁰⁹ RACHEL (1902), S. 20. Siehe auch BLASCHKE (1972), S. 65.

³¹⁰ RACHEL (1902), S. 3 und S. 7.

³¹¹ Das Amt des Bürgermeisters ist seit 1292 nachweisbar. STEINFÜHRER (2015), S. 195.

³¹² Vgl. RACHEL (1902), S. 4; KUSCHE (2016), S. 132.

³¹³ Zur Tätigkeit des sitzenden Rates vgl. KUSCHE (2011), S. 34-36. In wichtigeren städtischen Angelegenheiten wurden auch diese zwei Kollegien hinzugezogen. Dieser Gesamtrat wurde als die „*Drei Räte*“ genannt. Siehe dazu RACHEL (1902), S. 4; KUSCHE (2011), S. 28-33; KUSCHE (2016), S. 149f.

³¹⁴ Eine allgemeine Beschreibung dieses Ratssystems findet sich auch bei: STEINFÜHRER (2005), 15f; WELLER (2006), S. 69f.; KUSCHE (2011), S. 13f.; STEINFÜHRER (2015), S. 189-192.

³¹⁵ RACHEL (1902), S. 4; KELLER (1994), S. 185; WELLER (2008), S. 17. T. Weller konnte weiterhin nicht mit Sicherheit feststellen, ob der Rat im Mittelalter tatsächlich von der Gemeinde gewählt wurde. Er hat hingegen festgehalten, dass die Ratsherren in der Frühen Neuzeit selbst über die Besetzung des sitzenden Rates und die Wahl neuer Mitglieder entscheiden konnten. WELLER (2006), S. 70, Anm. 229.

³¹⁶ T. Weller arbeitete heraus, dass die sozialen Abstände und Rangverhältnisse sowohl bei der Ratswahl als auch bei den Erbhuldigungen für den Landesherrn symbolisch inszeniert wurden. WELLER (2006), insbesondere S. 145-230.

³¹⁷ KELLER (1990a), S. 39f.; KELLER (1994), S. 185.

Zünfte relativ wenig politischen Einfluss besaßen und daher auch kein zentraler Bestandteil der städtischen Verfassung waren. Vielmehr unterstanden sie „spätestens seit dem Ende des 15. Jahrhunderts unmittelbar dem Rat, der auch die Innungsmeister und die Innungsordnungen bestätigte bzw. letztere teilweise selbst erließ“.³¹⁸ Politische Unruhen, wie etwa Zunftaufstände, stellten in der Leipziger Stadtgeschichte eher eine Seltenheit dar.³¹⁹ Insbesondere seit dem Ende des 15. Jahrhunderts stand der Stadtrat als Obrigkeit der bürgerlichen Gemeinde gegenüber.³²⁰

Stadtgericht, Schöffentuhl

Im frühen 15. Jahrhundert trat das Stadtgericht als städtische Gerichtsinstanz in den Vordergrund. 1423 erwarb der Rat von Kurfürst Friedrich I. die Obergerichtsbarkeit und auch die Niedergerichtsbarkeit für 1500 rheinische Gulden.³²¹ 1433 hatte zwar Kurfürst Friedrich II. die gesamte Gerichtsbarkeit wieder zurückgekauft,³²² aber bereits im darauffolgenden Jahr, 1434, erfolgte der Rückkauf dieser Rechte durch die Stadt.³²³ Seitdem stand das Stadtgericht unter dem Vorsitz des (Stadt-)Richters, der jährlich aus den drei Ratskollegien gewählt wurde, wodurch der Rat und das Stadtgericht personelle Verflechtungen aufwiesen und eine entsprechend enge Beziehung hatten.³²⁴ Dem Landesherrn blieb jedoch das Recht des Rückkaufs,

³¹⁸ WELLER (2006), S. 74. Diese schwache Stellung der Leipziger Zünfte ist in der Forschung unumstritten. Vgl. auch RACHEL (1902), S. 6; ZÖLLNER (1915), S. 106; KELLER (1990a), S. 39f.; BRÄUER (2013), S. 59.

³¹⁹ RACHEL (1902), S. 8; WELLER (2006), S. 57; KORGE (2016), S. 72-75; STEINFÜHRER (2016), S. 39.

³²⁰ RACHEL (1902), S. 8; STEINFÜHRER (2005), S. 14; WELLER (2006), S. 74; STEINFÜHRER (2015), S. 197.

³²¹ CDSR, II/ 8, Nr. 135, S. 88f. Vgl. auch THIEME (1957), S. 251.

³²² THIEME (1957), S. 251.

³²³ Die Stadt kaufte von Kurfürst Friedrich II. die Obergerichtsbarkeit und auch die Niedergerichtsbarkeit für 3000 rheinische Gulden zurück. CDSR, II/ 8, Nr. 186, S. 131-133. Vgl. auch THIEME (1957), S. 251.

³²⁴ RACHEL (1902), S. 18; THIEME (1957), S. 251; BLASCHKE (1994), S. 8; STEINFÜHRER (2005), S. 24; KUSCHE (2016), S. 137.

weshalb der Rat sich darum bemühte, die Gerichtsbarkeit erblich zu erwerben.³²⁵ 1508 bestätigte schließlich der albertinische Herzog Georg den erblichen Kauf der Gerichtsbarkeit durch den Rat.³²⁶ Diese Entwicklung war für die Leipziger Stadtverfassung wesentlich, wie H. Steinführer zusammengefasst hat:

„Mit dem Erwerb der vollen Gerichtsbarkeit war die Ratsverfassung vollständig ausgebildet, der Rat vereinte Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung in einer Hand. Die Stadt Leipzig blieb gleichwohl fest in den wettinischen Herrschaftsbereich eingebunden, sie konnte keinen vergleichbaren Autonomiestatus wie etwa die Städte Erfurt oder Magdeburg erringen, die die Stadtherrschaft der Erzbischöfe von Mainz bzw. Magdeburg weitgehend abgeschüttelt hatten. Vielmehr erscheint der Leipziger Rat im Laufe des 15. Jahrhunderts immer stärker als ein vom Landesherrn beauftragter Inhaber obrigkeitlicher Gewalt“.³²⁷

Eine besondere Stellung im Leipziger Gerichtswesen nahm der Schöffentuhl ein, der urkundlich seit 1304 nachweisbar ist. Er fungierte als Mitglied des Stadtgerichts und bestand aus Leipziger Ratsherren.³²⁸ Seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts übernahm der Leipziger Schöffentuhl die Aufgabe, anstelle des Magdeburger Schöffentuhls für die lokalen Gerichte in Sachsen Rechtsgutachten, Rechtsanweisungen bzw. Urteile zu verfassen.³²⁹

³²⁵ Nach H. Thieme „sind keine Unterlagen überliefert, die darauf schließen ließen, daß seitens des Landesherrn an einen nochmaligen Wiederkauf der Gerichte gedacht wurde“; THIEME (1957), S. 251.

³²⁶ THIEME (1957), S. 251. Eine Abschrift dieser herzoglichen Bestätigung findet sich in SächsHStAdresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 9883/ 08, fol. 1r-2r.

³²⁷ STEINFÜHRER (2015), S. 201. Nicht unter die städtische Gerichtsbarkeit fielen die Geistlichkeit, die Universität, das herzogliche Schloss und die landesherrlichen Beamten. RACHEL (1902), S. 17; THIEME (1957), S. 251; WELLER (2006), S. 75f.

³²⁸ RACHEL (1902), S. 20; THIEME (1957), S. 252; BLASCHKE (1994), S. 8.

³²⁹ Von besonderer Bedeutung ist in diesem Kontext die landesherrliche Verordnung vom 13. November 1432. Zur Abschrift dieser Verordnung siehe DISTEL (1887), S. 110. Vgl. auch RACHEL (1902), S. 26; THIEME (1975), S. 44; BLASCHKE (1994), S. 8f.

Der Leipziger Schöffensteinstuhl fungierte somit als ein gerichtliches Zentrum in Sachsen, das zur Sicherung der Rechtsordnung diente.³³⁰ Er blieb allerdings im 16. Jahrhundert hauptsächlich eine städtische Einrichtung mit zahlreichen persönlichen Verflechtungen,³³¹ während der andere wichtige Schöffensteinstuhl im ernestinischen Wittenberg 1529 zur kurfürstlichen Behörde erweitert wurde.³³²

Die Prozesse der Zentralisierung, Professionalisierung und Verstaatlichung prägten die Veränderung der Gerichtsorganisation im 16. Jahrhundert auf der Reichsebene ebenso wie auch in den Territorien.³³³ Dies lässt sich auch für Kursachsen nachweisen,³³⁴ und betrifft gerade Leipzig, das als gerichtliches Zentrum im Mitteldeutschland fungierte. Diese Prozesse verdichteten sich insbesondere in den 1570er Jahren. Eine wichtige Zäsur waren die kursächsischen Konstitutionen von 1572. Sie dienten der gesetzlichen Regelung strittiger Rechtsfragen, die aus dem Nebeneinander verschiedener Gerichtsinstanzen und der Rezeption sowohl des römischen als auch der Reichsgesetzgebung resultierten. Die kursächsischen Konstitutionen bildeten somit eine wichtigste und einheitliche Grundlage für die künftigen Behandlung strafrechtlicher Angelegenheiten in Kursachsen.³³⁵

Ein weiterer Einschnitt für die Entwicklung der kursächsischen sowie der Leipziger Gerichtsorganisation markierte das Jahr 1574. Der Leipziger Schöffensteinstuhl, eine bis zu diesem Zeitpunkt vornehmlich städtische Institution, wurde mit der Anordnung vom 6.

³³⁰ BLASCHKE (1994), S. 8. E. Boehm hob schon die Geltung jenseits des wettinischen Herrschaftsgebietes hervor. BOEHM (1941) S. 215f.

³³¹ BOEHM (1941), S. 188, und S. 205. Nach H. Lück bestand der Schöffensteinstuhl um 1550 aus drei Leipziger Bürgermeistern, zwei Doktoren der Leipziger Juristenfakultät und dem Oberschöffenschreiber. LÜCK (1999a), S. 208.

³³² LÜCK (1997), S. 92; LÜCK (1999a), S. 208f.

³³³ RUDOLPH/ SCHNABEL-SCHÜLE (2003), S. 30-36; HÄRTER (2005a), S. 247. Zum Zusammenhang zwischen der Zergliederung des Verfahrens, den einzelnen Gremien und dem (gerichtlichen) Institutionalisierungsprozess siehe auch ARLINGHAUS (2004), S. 155f.

³³⁴ Zum Überblick vgl. LUDWIG (2008a), S. 38-55.

³³⁵ RUDOLPH/ SCHNABEL-SCHÜLE (2003), S. 32; LUDWIG (2008a), S. 78; BUCHDA/ LÜCK (2016) Siehe auch Kapitel 3 der vorliegenden Arbeit.

November 1574 vom Stadtgericht abgetrennt und zum landesherrlichen Spruchkollegium umgewandelt.³³⁶ Das Stadtgericht setzte sich forthin „aus einem Stadtrichter und fünf Beisitzern zusammen, dazu kamen noch diverse Schreiber, Advokaten und Notare“.³³⁷ Diese institutionelle Loslösung des Schöffentuhls vom Stadtgericht bedeutet jedoch keine komplette und formale Trennung von der Stadt. So befand sich die Dienststube des Schöffentuhls weiterhin im Leipziger Rathaus: *„Dieser vnser schöppenstuel sol, wie vor alters, in der stadt Leiptzigk sein, vnd sollen die personen, [...] auff dem rathause in der stueben, so man die schöppenstube nennet, zu hauffe kommen“*.³³⁸ Zudem waren die drei Leipziger Bürgermeister weiterhin Teil des Schöffentuhls.³³⁹ Zugleich ist eine Aufgabenteilung zwischen dem Prozess und dem Akt des Spruchfällens in Strafsachen festzuhalten.³⁴⁰

Untergericht

Das zunehmende Interesse an der Bewahrung des städtischen Friedens, das sich in Beschlüssen oder Verordnungen niederschlug,³⁴¹ regte auch die institutionelle Erweiterung der Gerichtsbarkeit an. Als ein markantes Beispiel ist ein dem Rat unterstelltes Kollegium zu nennen. Im Jahr 1470 ernannten die drei Räte vier Ratsmitglieder, zwei aus dem sitzenden Rat und zwei aus den ruhenden Räten:

³³⁶ SächsHStAdresden, Schöppenstuhl zu Leipzig, Loc. 10368/ 01, fol. 1r-7v. Der Titel der Anordnung heißt *„FVNDATIO ELECTORALIS SCABINATVS LIPSIENSIS. Neue Ordnung vnd Foundation des Schöppenstuhls zu Leiptzigk Anno: 1574“*. Zur Abschrift dieser Anordnung siehe DISTEL (1889), S. 85-93. Vgl. auch LÜCK (1991), S. 299; BLASCHKE (1994), S. 18f.; LÜCK (1998), S. 107. Zur Verortung des Schöffentuhls auf der Landesebene vgl. LUDWIG (2008a), S. 46f.

³³⁷ DÖRING (2016a), S. 165.

³³⁸ SächsHStAdresden, Schöppenstuhl zu Leipzig, Loc. 10368/ 01, fol. 3r. Vgl. auch BOEHM (1941), S. 202; LÜCK (1998), S. 112; WELLER (2006), S. 293; STEINFÜHRER (2009), S. 12. Im Rathaus saßen sowohl der Schöffenstuhl, als auch das Oberhofgericht. Siehe dazu DÖRING (2016a), S. 165f. Zur Entwicklung des Oberhofgerichts siehe LÜCK (1999a), S. 205-207; KERN (2015), S. 220f.

³³⁹ RACHEL (1902), S. 22; BOEHM (1941), S. 199; LÜCK (1998), S. 111.

³⁴⁰ Siehe auch Abschnitt 2.1.2. der vorliegenden Arbeit. Zur Unterscheidung zwischen dem Gericht und Spruchkollegium siehe LUDWIG (2008a), S. 46, Anm. 153.

³⁴¹ Siehe Abschnitt 4.1. der vorliegenden Arbeit.

„Nemlich haben die die rehte vß dem sitzenden rathe zcwene dor zcu gesatcz vnd geben, also nemlich Policarpus Storm³⁴² vnd Jacoff Thommel³⁴³, vnd uß den andern zcwien rethen Nickel Blesin³⁴⁴ vnd Ludewigk Schyban³⁴⁵, [...]“.³⁴⁶ Der Grund für die Ernennung dieser Ratsherren lag in der zunehmenden Belastung des Rates mit Schuldsachen, Körperverletzungen und Injurien. Daher wurde ein neues Kollegium gebildet, denn „wie der rath lychtfertiger vnde mancherlei hadder sachen [halben] an thun vnd geschefften des rats vaste verhindert wirt, dor umbe der rath vire vß den rethen, die man die vir nanne nennen sall, solliche vnde andire sachen mehrir zcuuerhoren, uff daß do der rat ouch der stat gemeinen nutz versorgen mag“.³⁴⁷

Dieses Kollegium lässt sich als Vorläufer des Untergerichts betrachten. Am 5. März 1509 wurde beschlossen, dass neben einem Richter zusätzlich drei Ratsherren aus jedem der drei Ratskollegium als Beisitzer und zudem noch ein Unterstadtschreiber als Schreiber diesem Gremium zugeordnet wurden.³⁴⁸

2.1.2. Zuständigkeiten und Kompetenzen

Überlagerte Zuständigkeiten

Durch den Erwerb der gesamten Gerichtsbarkeit verfügte die Stadt Leipzig seit den 1430er Jahren sowohl über die Ober- als auch über die Niedergerichtsbarkeit. Die

³⁴² Vgl. STEINFÜHRER (2005), S. 81.

³⁴³ Vgl. STEINFÜHRER (2005), S. 84.

³⁴⁴ Vgl. STEINFÜHRER (2005), S. 40.

³⁴⁵ Vgl. STEINFÜHRER (2005), S. 75.

³⁴⁶ CDSR, II/ 8, Nr. 452, S. 378. A. Hummel nennt diese vier Ratsherren „das Vier-Männerkolleg“.

HUMMEL (1999), S. 12f.

³⁴⁷ CDSR, II/ 8, Nr. 452, S. 378. Vgl. auch RACHEL (1902), S. 28. Das Kollegium wurde als Kommission des Rates kennzeichnet: „vnde weiß in gebruch adder vehil wurde, sollin sich die gnanten vyr man an dem rathe adder an den acheppin irholen“; CDSR, II/ 8, Nr. 452, S. 379. Dieses Kollegium erschien auch beispielsweise in der Jahreshauptrechnung von 1482/83 und in der Stadtkasserechnung von 1483/84. Vgl. dazu RACHEL (1902), S. 28.

³⁴⁸ THIEME (1957), S. 253. Nach W. Rachel wurde dieser Personenkreis wiederum als „die vyr herren“ genannt. RACHEL (1902), S. 29.

Obergerichtsbarkeit lag dabei ausschließlich beim Stadtgericht.³⁴⁹ Somit war es gemäß zweier kurfürstlicher Mandate von 1550 und 1555³⁵⁰ für schwere Delikte wie Mord, Totschlag oder Hausfriedensbruch zuständig, nämlich für „*alle die Brüche/ welcher Straffe Halß/ Hand/ Staupenschlag vnd andere Leibesstraff/ oder auch Verweisung betrifft*“.³⁵¹ Die Niedergerichtsbarkeit gehörte hingegen zum städtischen Untergericht. Sie umfasste kleinere Delikte wie leichtes Schlagen, Beleidigungen, das Ziehen von Waffen, Waffentragen oder Geldspiel,³⁵² also Delikte, die „*de Jure civili seyn simplicis Iurisdictionis, oder mixti Imperii vnd vber 8. Tage mit Gefängniß oder vber 4. silberne Schock/ das seyn 10. Reichsthaler nicht zu straffen*“ waren.³⁵³

Auch wenn das Stadtgericht durch den Kauf der Gerichtsbarkeit umfangreiche Gerichtskompetenzen besaß, behielt der Rat das Recht, Verordnungen bzw. Mandate zu erlassen und Verstöße dagegen zu bestrafen.³⁵⁴ Zudem, so H. Thieme, behielt sich der Rat einen „Teil der Erb- und Vormundschaftsgerichtsbarkeit [...] vor. Somit existierte in Leipzig im 16. Jahrhundert neben dem Stadtgericht und dem städtischen Untergericht noch eine gewisse Form der Rechtsausübung (freiwillige Gerichtsbarkeit) beim Rate selbst“.³⁵⁵

Hinsichtlich der genannten Gerichtsinstanzen (nämlich dem Rat, dem Stadtgericht und dem Untergericht) ist festzuhalten, dass diese Institutionen personell und sachlich nicht strikt voneinander getrennt waren. Erstens überlagerten sich die Kompetenzen des

³⁴⁹ THIEME (1957), S. 253.

³⁵⁰ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 21 und Sp. 48f. Siehe ausführlich Abschnitt 3.1. der vorliegenden Arbeit.

³⁵¹ B. Carpzov stützte sich offensichtlich auf das Ausschreiben von 1555. CARPZOV (1638), S. 14f.

³⁵² CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 21 und Sp. 48f. Vgl. auch RACHEL (1902), S. 31; THIEME (1957), S. 254.

³⁵³ CARPZOV (1638), S. 15.

³⁵⁴ RACHEL (1902), S. 17.

³⁵⁵ THIEME (1957), S. 253. Auch W. Rachel betonte „die Beurkundung von Privatrechtsgeschäften (Verkauf und Verpfändung von Grundstücken, Abmachungen über Tilgung von Schulden u. s. w.) durch den Rat“; RACHEL (1902), S. 17.

Rates und des Untergerichts in Bezug auf ihre Zuständigkeit für Schuldsachen.³⁵⁶ Die Fälle, über die das Untergericht nicht selbst entscheiden konnte, sollten dem Rat übergeben werden, da das Untergericht, wie ein Ratbeschluss von 1470 zeigte, als Kommission des Rates fungierte und somit dem Rat unterstand.³⁵⁷

Zweitens sind die Überschneidungen zwischen dem Rat und dem Stadtgericht nicht zu übersehen, auch wenn das pro forma das Stadtgericht als alleinige Instanz der Obergerichtsbarkeit fungierte. Wie oben erwähnt, wurde das Personal des Stadtgerichts (bis 1574 auch des Schöffentuhls) aus dem Rat rekrutiert. Weiterhin waren die Kompetenzen zwischen der Gerichtsbarkeit des Rates und derjenigen des Stadtgerichts nicht eindeutig geregelt.³⁵⁸ Ein Merkmal dafür ist das Wort „*Des raths hochnothpeinliches halsgericht*“.³⁵⁹ So heißt es etwa 1578:

*„Eines Erborn Raths hochnothpeinlich halsgerichte ist den andern monatstag Juny vmb 10 vhr vor mittage durch den schwornen Stadtrichter Geörgen Freunden, herrn Burgermeister Peter Buchner, herrn Wolf[en] Peilicken Burgermeistern, herrn Cunradt Teuerlein [...] herrn Andreas Siebern vnd herrn Johan Peilicken rathsfreunden als schöppen gehegt vnd gehalten worden“.*³⁶⁰

Drittens ist es schwierig, von der klaren Aufteilung der Zuständigkeit zwischen dem Stadtgericht und dem Untergericht zu sprechen, weil die Zuständigkeit des Stadtgericht sich auch auf kleinere Vergehen erstreckte.³⁶¹ Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Instanzen schlägt sich auch in den Akten nieder: Es gibt Paralleleinträge zu

³⁵⁶ THIEME (1957), S. 253.

³⁵⁷ RACHEL (1902), S. 31 und S. 33; THIEME (1957), S. 253.

³⁵⁸ RACHEL (1902), S. 25

³⁵⁹ RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 28. Zum zeitgenössischen Gebrauch des Wortes „(hochnoth-)peinliche halßgerichte“ siehe CARPZOV (1638), S. 161f.

³⁶⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 6, fol. 2r. Zu ähnlichen Beispielen siehe auch Nr. 26; Nr. 46; Nr. 53; Nr. 103.

³⁶¹ THIEME (1957), S. 254.

einem gleichen Fall in den Strafakten und in den Geschäftsbüchern (konkret kann an dieser Stelle auf die Kontrakten- und Urfriedensbücher verwiesen werden).³⁶² Auch aus meinem Quellensample lässt sich also erkennen, dass der Ausgang bzw. die Bestrafung in Fällen, die zwar überwiegend vor dem Stadtgericht behandelt wurden und daher in den Strafakten überliefert sind, auch in die Kontrakten- und Urfriedensbücher eingetragen wurden.

Die Bedeutung des Stadtgerichts seit 1574

Das Stadtgericht behielt jedoch nur bis 1574 das Recht, in Strafsachen auch Urteile zu sprechen. In diesem Jahr wurde eine stärkere formale Trennung zwischen den Kompetenzen des Stadtgerichts und des Schöffentuhls vorgenommen. In Folge hatte nun ausschließlich der Schöffentuhl die Kompetenz, in Strafsachen Sprüche zu fällen, die zudem für jedes Gericht verbindlich waren: *„als wollen wir hiermit diesem vnserm Schöppenstuel macht vnd gewaldt geben, in peinlichen sachen alleine vrteil zufellen vnd zuerkennen, inmassen wir dan solchs an allen andern örthen abgeschaffet“*.³⁶³

Weiterhin gewann der Schriftverkehr zwischen dem Stadtgericht und dem Schöffentuhl an Bedeutung, da nun die Aktenversendung an den Schöffentuhl im Rahmen der prozesslichen Anfrage angeordnet wurde.³⁶⁴ Als der Verfahrensablauf mit einem kurfürstlichen Befehl vom 5. Januar 1579 fixiert wurde, wurde auch die Pflicht eines jeden Gerichts und damit auch des Leipziger Stadtgerichts festgelegt, den Schöffentuhl über den Ablauf des Verfahrens schriftlich zu informieren oder von ihm

³⁶² RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 74f.

³⁶³ SächsHStADresden, Schöppenstuhl zu Leipzig, Loc. 10368/ 01, fol. 5r. Vgl. auch LÜCK (1998), S. 107f.; LUDWIG (2008a), S. 47.

³⁶⁴ SächsHStADresden, Schöppenstuhl zu Leipzig, Loc. 10368/ 01, fol. 8r-8v. Vgl. auch LÜCK (1998), S. 107.

Rechtsanweisungen einzuholen.³⁶⁵ Diese Pflicht der Aktenversendung an die zunehmend zentralisierte Institution des Schöffentuhls trug zur Vereinheitlichung der Gerichtsverfahren und der Rechtsprechung in Strafsachen ebenso bei, wie zu einer Zentralisierung der Strafgerichtsbarkeit.³⁶⁶

Aber auch nach dieser institutionellen Abtrennung ist die Bedeutung des Stadtgerichts für die städtische Rechtspraxis nicht zu unterschätzen. Erstens blieb das Leipziger Stadtgericht der Inhaber der Obergerichtsbarkeit³⁶⁷ und fungierte als die alleinige Hauptinstanz in Inquisitionsprozessen. So heißt es bei B. Carpzov: „*Daß ein rechtmessiger inquisitionprocess allein vor den Ober oder peinlichen Gerichten anzustellen vnd vorzunehmen sey*“. ³⁶⁸ Es spielte zudem weiterhin als Untersuchungsorgan sowie als prozessleitendes Organ eine wesentliche Rolle.³⁶⁹ In diesem Sinne blieb das Stadtgericht in Bezug auf eine formale soziale Kontrolle im städtischen Raum von Relevanz. Diese Relevanz des städtischen Gerichts spiegelte sich gerade im Wort „*gerichtliche Erforschung*“ in Rechtstraktaten wider.³⁷⁰ So heißt es dazu bei B. Carpzov: „*Auch auß vernünfftigen Vrsachen eingeführet worden/ weil nemblichen vor keinen Gerichten als deß Orts/ do das delictum vorvbet/ gründlicher Beweiß vnd eygentliche Erkündigung vnnnd Nachforschung deß delicti, vnd aller darbey einlauffenden Vmbstände erlanget werden mag*“. ³⁷¹

Zweitens blieb das Stadtgericht weiterhin der Adressat der mündlichen oder

³⁶⁵ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 1047f. Vgl. auch LUDWIG (2008a), S. 64. Die Hinzuziehung des Schöffentuhls über den Prozessablauf sowie die Rechtsbelehrung wurde wiederum im kurfürstlichen Reskript vom 23. April 1612 festgeschrieben. CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 175f.

³⁶⁶ LÜCK (2003), S. 284.

³⁶⁷ Auch das Leipziger Stadtgericht lässt sich zu den „Gerichte[n], der intermediären Gewalten [...], in denen die oberen Gerichte in der Hand der jeweiligen lokalen Grundherren (Rittergutsbesitzer) und Stadträte lagen“ zählen. Siehe LUDWIG (2008a), hier S. 51. Siehe auch ebd., S. 53.

³⁶⁸ CARPZOV (1638), S. 23.

³⁶⁹ Vgl. auch SCHNABEL-SCHÜLE (1996), S. 299.

³⁷⁰ Beispielsweise DORNECK (1576), fol. 7v-9r; RAUCHDORN (1599), S. 20-33.

³⁷¹ CARPZOV (1638), S. 30.

schriftlichen Bittgesuche etwa von Stadtbewohnern,³⁷² und es hatte aufgrund der Obergerichtsbarkeit eine Befugnis dazu, den Bittgesuchen entsprechend eine Strafe zu mildern oder in eine andere Strafart umzuwandeln. Der Leipziger Rat reichte zudem am 12. April 1651 einen Bericht bei Kurfürst Johann Georg I. ein, um anhand einigen damaligen Rechtsanweisungen des Schöffentuhls die Befugnis der städtischen Instanzen wie folgt zu rechtfertigen:

*„Derowegen wir in untertänigkeit hoffen, das wir mit remission der landesveweisung und der verwandlung in geldtstraffe nicht werden unrecht gethan haben. Dann erstlich haben wir die iura vor unß, das in denen fällen, wann keine leibesstraffe erkandt wirdt, der ienige Magistratus, welcher die hohen gerichte zu exerciren, potestate iurisdictionis auch ohne ersuchung der Scabinorum, die arbitrariam poenam relegationis in eine geldbuße zu verwandeln befugt sein“.*³⁷³

Ferner müssen hinsichtlich meines Untersuchungszeitraums auch die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges erwähnt werden. Leipzig wurde seit den 1620er Jahren mehrmals sowohl durch kaiserliche als auch durch schwedische Truppen belagert bzw. eingenommen. Dies führte unter anderem zu einer achtjährigen Besatzung durch Schweden.³⁷⁴ Die ältere Forschung bewertete diese Phase der Leipziger Stadtgeschichte eher negativ. So heißt es etwa bei E. Schlenkrich: „Plünderungen, Brandschatzungen, Truppendurchzüge, Willkürakte, das Erpressen von Kontributionen,

³⁷² Die räumliche Nähe zwischen dem Stadtgericht und den supplizierenden Bewohnern trug ferner dazu bei, dass Bittschriften weniger von Fiktionalität als von plausiblen Darstellungen geprägt waren. Siehe dazu Abschnitt 5.1.2. der vorliegenden Arbeit.

³⁷³ SächsHStAdresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 9884/ 15, hier fol. 1v. Der Stadtrat verwies hierzu auf Erörterungen von B. Carpzov. Siehe beispielsweise CARPZOV (1635), Quaestio CXVI, Nr. 27 und Nr. 28. Zu „poena arbitraria“ bzw. „poena extraordinaria“ siehe ausführlich Abschnitt 3.5. der vorliegenden Arbeit.

³⁷⁴ DÖRING (1984), S. 157f.; SCHLENKRICH (1998), S. 37; KELLER (2002), S. 141f.; RICHTER (2009), S. 224-227; ZIRR (2009), S. 67f.; ZIRR (2011), S. 18.

Demoralisierung und Entnehmung der Menschen kamen im Troß der Kriegsfurie in die Messestadt und machten ein normales Alltagsleben kaum mehr möglich“.³⁷⁵

Dagegen versucht die neuere Forschung, auch die positiven Auswirkungen der schwedischen Besatzung auf die Stadt (und auch die Universität) zu beleuchten und dadurch das ältere, negative Bild zu relativieren.³⁷⁶ B. Rüdiger beschäftigte sich z. B. mit Kriminalität während des Krieges, wofür er sich auf insgesamt 286 Fälle im Zeitraum von 1618 bis 1648 stützte, die als Strafsakten im Stadtarchiv Leipzig überliefert sind.³⁷⁷ Rüdiger konnte zeigen, dass die Stadtgerichtsbarkeit während dieser Zeit nicht zum Erliegen kam. In diesem Zusammenhang hat auch A. Kästner bei der Untersuchung religiöser Devianz festgehalten, dass „die Justiz in Leipzig durch den Dreißigjährigen Krieg nicht so stark beeinträchtigt [war], dass sie nicht mehr handlungsfähig gewesen wäre“.³⁷⁸

Demzufolge kann man zusammenfassend sagen, dass das Stadtgericht ebenso wie der Stadtrat in meinem gesamten Untersuchungszeitraum wichtige Akteure in Bezug auf die Behandlung von Delinquenz in der Stadt Leipzig waren.

2.1.3. Städtische Ordnungskräfte

Die Durchsetzung der obrigkeitlichen Verordnungen und die effektive Ausübung der Gerichtsbarkeit waren verbunden mit dem Auf- und Ausbau einer ständigen

³⁷⁵ SCHLENKRICH (1998), S. 43. Zu einer entsprechenden Bewertung über Alltagsleben siehe auch DÖRING (1984), S. 172-175.

³⁷⁶ Beispielsweise ZIRR (2014). Er hat zudem hervorgehoben, dass das schwedische Militär selbst für die innere Ordnung bzw. Sicherheit in Leipzig sorgte und somit die Stabilität förderte. ZIRR (2009), S. 85f.; ZIRR (2010), S. 165. Dies wurde auch in der neuesten Geschichtsschreibung zur Stadt Leipzig aufgenommen. DÖRING (2016b), S. 68. Zum Gegensatz zwischen der älteren und der neueren Forschungen zu Leipzig in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges siehe KÄSTNER (2013), S. 191, Anm. 33.

³⁷⁷ RÜDIGER (2001), hier S. 617f.

³⁷⁸ KÄSTNER (2013), S. 191.

Wachmannschaft bzw. der Organisation der Ordnungskräfte.³⁷⁹ Diese Entwicklung ging einher mit der institutionellen Entwicklung bzw. Etablierung der Rats- und Gerichtsverfassung und mit der Intensivierung einer obrigkeitlichen Verfolgung von Devianz. Aufgrund der zentralen Bedeutung der Wachdienste für die Strafverfolgung in Leipzig, soll im Folgenden ein genauerer Blick auf die Ausgestaltung dieser Ämter geworfen werden.

Nachtzirkler, Stadtknecht

Der Wachdienst gehörte ursprünglich zu den Bürgerpflichten, seit dem ersten 15. Jahrhundert wurde diese Wachpflicht jedoch durch ein sogenanntes Wächtergeld (*pecunia vigilum*) abgelöst, und davon wurde forthin eine ständige Wachmannschaft angestellt.³⁸⁰ Diese Wachmannschaft setzte sich üblicherweise aus acht Zirklern oder auch Stadtknechten zusammen und ist bereits seit 1406 dokumentiert.³⁸¹ Sie standen unter dem Befehl der Marktmeister.³⁸² In Bezug auf den Dienst der Zirkler beschloss der Rat am 13. März 1465:

*„Vff mittewoche noch Reminiscere hat der rat ufgenommen eczliche soldener - ,
die des nachtiß zcirckeln sollin vnnde wachen vnde uff das vleissigiste zcusehen,
vnde worzcu man sie sust nutczen mochte, sollen sie noch geheisse des ratiß adder
gerichtetes nicht widder setczen, sundern sollen sich irem dienste gehorsamlich*

³⁷⁹ Davon ging schon der Sammelband von HOLENSTEIN/ KONERSMANN/ PAUSER/ SÄLTER (2002b) aus. Vgl. auch Abschnitt 1.1.2. der vorliegenden Arbeit.

³⁸⁰ RACHEL (1902), S. 141f.; BÜNZ (2015b), S. 375. Auch forthin konnte der Stadtrat die Bürger in besonderen Fällen, wie etwa Kriegen, heranziehen. Ein Beispiel für den Kriegsdienst findet sich in Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

³⁸¹ RACHEL (1902), S. 145f.

³⁸² RACHEL (1902), S. 143f. Als weitere Wachpersonen unter den Marktmeistern sind auch die sogenannten „Einläger“ oder „Einleger“ zu nennen, die besonders zur Zeit der Jahrmärkte angestellt wurden. Siehe dazu RACHEL (1902), S. 146. Einem Körperverletzungsfall von 1609 in Leipzig zufolge dienten sie aber über die Marktangelegenheiten hinaus als Diener der Marktmeister zur Wachdienst. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 189. Zu den Marktmeistern siehe auch BRÄUER (2013), S. 87-90.

*halden; [...] Der Rat hat iczlichem gesellen gethan eyn panczer vnde eyn koller vnde dor zcu ydermanne eyn hut“.*³⁸³

Aufgrund dieser Aufgaben hatten sie als Hauptexekutivmannschaft dafür zu sorgen, die nächtliche Ruhe in der Stadt zu kontrollieren und diejenigen festzunehmen, die sich nachts unrechtmäßig in der Stadt umhertrieben oder Straftaten begingen.³⁸⁴ Die Stadtknechte konnte außerdem vom Stadtgericht zur Unterstützung und Hilfe der Gerichtspersonen (wie etwa Frohnen oder Scharfrichter) herangezogen werden.³⁸⁵ Gegebenenfalls konnten umgekehrt auch andere Amtsdienner (wie etwa der Gerichtsdienner) als Nachtwache herangezogen werden.³⁸⁶

Stundenrufer

Die Zirkler oder die Stadtknechte hielten sich meistens in der Wache auf und konnten nicht immer auf die Straße gehen, weshalb 1520 zwei Männer neu angestellt wurden: die sogenannten Stundenrufer. Ein Ratsbeschluss vom 15. Oktober lautete:

„Zugedencken, das die nachtwechter, so die stunden ruffen vnd melden, erstlich bey diessem Rate vorordent, vnnd vmb Bartholomei angenommen seindt, Andres Craft vnd Heinrich Leuterer, sal ine [sic!] der Rate wochlich geben viii gl. [grosschen; H.S.] bis vf Martini vnd von Martini bis vf ostern die wochl[ich] ix gl.

³⁸³ CDSR, II/ 8, Nr. 388, S. 319. Vgl. auch RACHEL (1902), S. 146.

³⁸⁴ Dies entspricht dem Nürnberger Beispiel. BENDLAGE (2003), S. 61.

³⁸⁵ THIEME (1975), S. 45. A. Bendlage hat am Nürnberger Beispiel festgehalten, dass der Aufgabenbereich des Sicherheitspersonals durch einen flexiblen Einsatz geprägt war. BENDLAGE (2003), S. 291.

³⁸⁶ Dies findet sich beispielsweise im Fall von Urbann Harr, der am 10. März 1558 angestellt wurde. StadtAL, Ratsbuch, Bd. 14, fol. 7v: *„Weil dan der Rath den gerichtsfon Vrban Harr; hierzu vor tuglich erachtet, er auch der wache vnd des marckts gelegenheit als ein alter diener am besten wisse, ist er auf versuchen angenommen worden, vnd vereidet, es sol ihme auch frey stehen, dieweil er alle nacht wachen mus, das er gegen dem morgen vmb zwey oder drey vhr, vngeferlich abgehen, vnd sein stat einem knecht befehlen möge, [...]“.*

*vnd ein wintercleyt, vnd von ostern wid[er] viii gl. bis zu ausgang des jars“.*³⁸⁷

Dass die Stundenrufer die nächtlichen Dienste der Wächter ergänzen bzw. unterstützen mussten, lässt sich auch an dem „*Stundenruffer Aydt*“ im sogenannten Eidbuch aus dem Jahr 1590 erkennen.³⁸⁸

Der Wachdienst war, auch wenn eine ständige Wachmannschaft angestellt wurde, eher als eine Art Nebentätigkeit anzusehen, worauf A. Bendlage am Beispiel Nürnbergs hinwies: „Die Wächter rekrutierten sich häufig aus dem ortsansässigen Handwerkern, die sich eidlich verpflichtet hatten, etwa gegen den Erlaß des Bürgergeldes für eine bestimmte Zeit den Dienst in einem der städtischen Türme zu versehen“.³⁸⁹

Hinsichtlich der Leipziger Stundenrufer konnte K. Keller bereits zeigen, dass diese 1580 aus drei Gerbermeistern und einem Schustermeister bestanden.³⁹⁰ Zwei weitere Beispiele können aus meinem Quellensample genannt werden: Erstens geriet ein betrunkenen Stundenrufer, Marcus Hempel, am 25. Dezember 1600 in eine Auseinandersetzung mit einem Magister sowie einigen Studenten. Im Zuge des daraus entstehenden Tumultes wurde er verletzt und starb. Laut einer Schrift des Stadtrates war Hempel ein „*burger vnnd nachtwechter, so seines handtwergs inn tuchmacher*“.³⁹¹

³⁸⁷ StadtAL, Ratsbuch, Bd. 4, fol. 287v. RACHEL (1902), S. 146 zufolge vermehrte sich später die Zahl auf vier.

³⁸⁸ THIEME/GERLACH (1986), S. 58-60: „*Ann dem dienst des Stundenruffens, dortzu Ich mich begebenn habe wil ich mich getrewlich vnd fleissig halten, die Stunden des nachtes fleissig ausschreyenn vnnd vff die wechter vff den Thormenn, auch des Raths wechter, gut achtunge geben vnnd, so sie vorseumlich, antzeigen, Auch, ob sich Inn denn gassen oder Stadt von fewer oder anderm was zutragenn wurde, dasselbig mit allem vleis vff dem Rathause denn dienernn antzeigenn solchs furder dem Burgermeister zuuormeldenn, vnnd dem Rath trew vnnd gewher sein, [...]*“. Zu den Leipziger Eidbüchern siehe auch BRÄUER (2013), S. 47f.

³⁸⁹ BENDLAGE (2003), S. 31. Bendlage hielt fest, dass die wichtigsten Voraussetzungen für die Übernahme in den Dienst die lokale Verbundenheit und ein guter Leumund in der Nachbarschaft bzw. der Verwandtschaft waren und daher das Sicherheitspersonal nicht als „unehrlich“ aus der Stadtgesellschaft ausgeschlossen wurde. Siehe dazu ebd. S. 291.

³⁹⁰ KELLER (1994), S. 190.

³⁹¹ Hier verweise ich auf die Schrift, die der Leipziger Rat in einem Konflikt mit der Universität Leipzig um die Behandlungen dieses Tötungsfalls am 29. Dezember 1600 bei dem Oberhofgericht einreichte. SächsHStAdresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10538/ 22, fol. 16v. Eine ähnliche Beschreibung findet sich in einem Bericht, den der Stadtrat am 11. Mai 1601 bei dem Herzog einreichte.

Zweitens gerieten am 31. Januar 1626 zwei Kürschnermeister, Ambrosius Rauch und Jacob Hanacker, „*welcher ein wächter im Grimmischen Thore war*“, ³⁹² in einen Streit. In dessen Verlauf tötete Rauch Hanacker mit einem Messer. ³⁹³

2.2. Zusammenschlüsse der Handwerker

2.2.1. Zünfte

Es ist unumstritten, dass die Zunft ³⁹⁴ die wesentliche Vergesellschaftungsform der Handwerker war. ³⁹⁵ Diese Organisation bezog sich nicht nur auf die zugelassenen Handwerksmeister, sondern war auch für die zentralen Akteure der vorliegenden Arbeit, die Handwerksgesellen oder Handwerkslehrlinge von besonderer Bedeutung, weil sie als Mitarbeiter der Meister in den gewerblichen bzw. handwerklichen Prozess fest eingebunden waren. ³⁹⁶

Später als in süddeutschen Städten, ³⁹⁷ nämlich erst seit dem späten 14. Jahrhundert, lässt sich eine stärkere Institutionalisierung der Handwerker in Leipzig nachweisen.

Siehe dazu SächsHStAdresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 06, fol. 49v. Die Befragungen sowie Aussagen der Zeugen vor dem Stadtgericht finden sich in StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 92.

³⁹² Zu Torbeamten siehe RACHEL (1902), S. 148-151.

³⁹³ StadtAL, Inn. Kürschner B 3, fol. 107r.

³⁹⁴ Terminologische Fragen sind hier nur kurz zu skizzieren: Nach Isenmann „[stellt] [d]er Ausdruck *Zunft* [...] einen Quellenterminus dar und wird als wissenschaftlicher Ordnungsbegriff gebraucht [...]“. Der Ausdruck *Innung* ist vorwiegend in Mitteldeutschland gebräuchlich [...]“; ISENMANN (2014), S. 803. Dies ist auch in Leipzig der Fall. Hier fand sich zudem auch die Benennung „Handwerk“ öfter in Ordnungen bzw. Artikeln. Siehe ZÖLLNER (1915), S. 44. Zur allgemeinen Darstellung der Terminologie vgl. auch KLUGE (2007), S. 21-29.

³⁹⁵ In diesem Kontext kann auch auf W. Reininghaus verwiesen werden: „In vorindustrieller Zeit war die folgenreichste Form der Vergesellschaftung gewerblich wirtschaftender Menschen die Zunft“; REININGHAUS (1990), S. 15. A. Kluge hat dagegen folgende Definition der Zunft vorgeschlagen: „Eine Zunft ist ein geografisch begrenzter Zwangsverband von Betrieben des Handwerks, des Kleinhandels oder der Dienstleistungen, der in vormodernen Epochen marktordnende Aufgaben wahrnimmt“; KLUGE (2007), S. 34. Allerdings bleibt die Relevanz der Zunft als Gemeinschaftsform wahrscheinlich unumstritten, auch wenn die Verschiebung des wissenschaftlichen Augenmerks von der Zunftgeschichte zur Handwerksgeschichte zunehmend üblich ist. Zu dieser Forschungstendenz REININGHAUS (1990), S. 49-53; REININGHAUS (2000), S. 8f.

³⁹⁶ Zu diesem Prozess REININGHAUS (1990), S. 4; KORGE (2010), S. 23.

³⁹⁷ Zur allgemeinen Beschreibung der Zunftentstehung ISENMANN (2014), S. 803-805. Siehe auch KLUGE (2007), S. 61-71.

Diese Tendenz „deckt sich mit der Zunftbildung in Sachsen, die in der zweiten Hälfte des 15. und den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts gleichfalls ihre Höhepunkte hatte“.³⁹⁸ Die Organisation der Zunft wurde durch verschiedene Funktionen geprägt: Neben der Sicherung der gewerblichen Grundlagen des Handwerks und handwerklichen Tätigkeiten, hatte sie auch politische, sozial-religiöse und gesellschaftliche Funktion.³⁹⁹ Wie bereits erwähnt, nahmen die Leipziger Zünfte hinsichtlich der städtischen Politik bzw. der städtischen Verfassung nur nachgeordnete Stellung ein.

Zünfte, so W. Reininghaus, „beruhten auf der gegenseitigen Verpflichtung von Handwerkern, Normen einzuhalten, die sie sich selbst gegeben hatten. Diese Normen, die das Handeln der Zunftmitglieder leiten sollten, erstreckten sich nicht nur auf den wirtschaftlichen Bereich, sondern gleichermassen auf die religiöse, soziale, politische und gesellige Sphäre“.⁴⁰⁰

Was die Gewährleistung der internen Normen und Funktionen erlaubte, war die Zunftgerichtsbarkeit. So argumentierte R. Wissell, dass „[d]as Verhalten der Zunftgenossen untereinander und in den Versammlungen [...] hauptsächlich durch Entscheidungen innerhalb der Zunft geregelt [wurde]“.⁴⁰¹ Demnach lässt sich die Zunftgerichtsbarkeit als Instrument der Kontrolle unter Handwerkern auffassen. Den Umfang der Zunftgerichtsbarkeit muss man jedoch in Bezug zur obrigkeitlichen Gerichtsbarkeit setzen. Die Begrenzung der Zunftgerichtsbarkeit ging mit der Erweiterung der obrigkeitlichen Gerichtsbarkeit seit dem 15. Jahrhundert einher, was auch in Leipzig der Fall war. Die Beschränkung bzw. die Einhegung der

³⁹⁸ BRÄUER (1989), S. 111. Vgl. auch KORGE (2010), S. 24. Eine tabellarische Übersicht der ältesten Nachweise der Leipziger Handwerke findet sich in BÜNZ (2015c), S. 287f.

³⁹⁹ KELLER (1989a), S. 29; DUCLAUD/ DUCLAUD (1990), S. 14f.

⁴⁰⁰ REININGHAUS (1990), S. 15. Ähnlich auch KLUGE (2007), S. 357f.

⁴⁰¹ WISELL (1974), S. 178.

Zunftgerichtsbarkeit durch die Obrigkeiten intensivierten sich sowohl auf der Reichsebene wie auf der Territorialebene seit dem 16. Jahrhundert, da die Obrigkeiten zunehmend versuchten, die Zünfte politisch und ökonomisch in ihren Herrschaftskomplex einzubetten.⁴⁰² Exemplarisch zeigt sich dies etwa in einem Befehl von Herzog Moritz von 1541.⁴⁰³ So beklagte Moritz,

*„daß die Handwercks=Straffe, allerley Muthwillens gebrauchet, und sich unterstanden haben, die Straffe, um Sachen, auch aussehalb ihres Handwercks, und höher, dann sie, vermöge ihrer Innungs=Briefe, und sonst, mit Fuge und Billigkeit zu thun haben, zu strecken, und diejenigen, auf die sie ihren Unwillen gewand, aufzutreiben, und vor unredlich zu halten, wann sie sich in die Straffe, nach ihrem Wohlgefallen, nicht einlassen, oder begeben wollen“.*⁴⁰⁴

Die Zunftgerichtsbarkeit sollte sich also v. a. auf die gewerblichen Angelegenheiten beziehen.⁴⁰⁵ Solche Begrenzungen der Zunftgerichtsbarkeit durch die Obrigkeit werden aber auch bei der Strafgerichtsbarkeit sichtbar. Während schwerere Vergehen, wie etwa schwere Körperverletzungen im städtischen Raum, durch den Rat sowie das Stadtgericht behandelt wurden, waren für Vergehen und Ordnungsverstöße innerhalb der Zunft und in dem Zunfthaus die Zunft zuständig.⁴⁰⁶ Dies betraf auch Leipzig, worauf bereits G. Zöllner klassisch hinwies: Die Zunftgerichtsbarkeit „beschränkte sich auf die Verletzungen der Zunftverfassung und der zünftigen Gewerbeordnung sowie auf andere, dem Zunftgerichte überwiesene Verfehlungen“.⁴⁰⁷ Dagegen sollten

⁴⁰² KELLER (1986), S. 80. Vgl. auch PROESLER (1954), S. 52-59; REININGHAUS (1990), S. 16; KLUGE (2007), S. 359.

⁴⁰³ Es wurde sich hier offensichtlich auf die Reichspoliceyordnung von 1530 bezogen.

⁴⁰⁴ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 21.

⁴⁰⁵ ISENMANN (2014), S. 823.

⁴⁰⁶ WISELL (1974), S. 187f. Die Zuständigkeit der Zunft „erstreckte sich auf Friedensverletzungen durch Schmähreden, Unfug und Körperverletzung, ferner auf weniger schwere Fälle von Diebstahl, Meineid und Betrug“; ISENMANN (2014), S. 823.

⁴⁰⁷ ZÖLLNER (1915), S. 84.

„[g]rößere Sachen [...] sowie Streitigkeiten der einzelnen Innungen miteinander [...] vor Rat und Gericht gebracht werden, wo sie hin gehörten“.⁴⁰⁸ Diese Beschränkung spiegelte sich gerade bei Sanktionen wider, über die die Zunft selber verfügte. Häufig verhängte die Zunft geringfügige Geldstrafen bzw. die Abgabe von Wachs, wobei die Höhe der Geldbeträge in Zunftordnungen oder Innungsstatuten bestimmt wurde.⁴⁰⁹ Als Beispiel kann auf die Schneiderordnung von 1544 verwiesen werden: „[die Meister] sollen auch friedlich, zuchtig haldenn, vnd keinen hader anhebenn, es sein weib oder man, mit wortten oder wercken, bei des handtwergs altten hergebrachten wilkürlich straff, doch das sich die vff ein mal vber sechs grosch[en] nicht erstrecke, vnd vnschedlich den gerichtten“.⁴¹⁰

Bei schwereren Vergehen oder beim Ungehorsam gegen die Zunft wurde auch das sogenannte Legen des Handwerks, also ein Geschäftsverbot, vollzogen, wofür jedoch das Einverständnis der Obrigkeit erforderlich war.⁴¹¹ Dies war auch in der oben erwähnten Schneiderordnung erkennbar: „Ob auch einer wider obemelte ordenung vnd puncten handeln, vnd sich so vnschicklich vnd vngehorsamlich halten wurden, das das handtwergk sein vbertretung so vngeburlich achtenn, soll ime das handtwergk, doch mit vnserm des Raths vorwissen, gelegt vnd nicht iederumb erlaubt werden“.⁴¹²

Demzufolge schätzte die Forschung das Leipziger Zunftwesen mehrheitlich wie folgt ein: Erstens hatten die Zünfte kein Mitsprach- und Mitwirkungsrecht, zweitens waren sie zur Bestätigung der Handwerksartikel vom Stadtrat abhängig, und drittens wurde nicht zuletzt dadurch die Zunftgerichtsbarkeit stark beschränkt. Dieser letzte Punkt

⁴⁰⁸ ZÖLLNER (1915), S. 85.

⁴⁰⁹ WISELL (1974), S. 216; KLUGE (2007), S. 361f.; KORGE (2010), S. 126; ISENMAN (2014), S. 823.

⁴¹⁰ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 4r-4v.

⁴¹¹ WISELL (1974), S. 183 und S. 238; KORGE (2016), S. 87.

⁴¹² StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 4v-5r. Diese Strafe fand sich auch in der Schneiderordnung von 1614. StadtAL, Inn. Schneider C 1, fol. 8r. Siehe auch KORGE (2010), S. 129.

kann als Beschränkung der Selbstständigkeit der Handwerkerorganisation verstanden werden.⁴¹³ Dies lässt sich dahingehend interpretieren, dass die Obrigkeiten die Zunftgerichtsbarkeit unterdrücken oder sogar abschaffen wollten.⁴¹⁴ Aus dieser Perspektive nähme m. E. das für das frühneuzeitliche Herrschaftsverhältnis klassische Deutungsmuster von „Befehl und Gehorsam“ einen zentralen Platz ein, nämlich indem die Handwerksorganisation als Gegenstand der städtischen Verwaltung verstanden würde.

Stützt man sich hingegen auf Befunde der neueren Forschung zur Verwaltungsgeschichte, die sich verstärkt für Kommunikations- und Interaktionsprozesse interessiert,⁴¹⁵ dann lässt sich die Beziehung zwischen der städtischen Obrigkeit und den Handwerkern eher als kommunikativer Prozess begreifen. Für jede handwerkliche Norm (wie Handwerksordnung, Innungsartikel), war zwar die obrigkeitliche Bestätigung erforderlich, um die Norm in Kraft zu setzen. Diese Bestätigungen von Ordnungen lassen sich jedoch, ebenso wie die entsprechenden Bittgesuche der Zünfte an die Obrigkeiten, auch als eine Kommunikationsmöglichkeit verstehen.⁴¹⁶ Diese Verbindung von Obrigkeiten und Zünften über Bittgesuche schlug sich etwa in den Präambeln einzelner neu erlassener Handwerksartikel nieder. Dort fanden sich typischerweise die Worte *„ymb irer vleissigen bitte, vnnd eines gemeinen nütze willen“*⁴¹⁷ oder *„[...] haben wir [der Bürgermeister und der Rat; H.S.] angesehen, solche ihre vleißige bitte“*.⁴¹⁸ Dies zeigt

⁴¹³ Typischerweise ZÖLLNER (1915), S. 84f.

⁴¹⁴ KELLER (1986), S. 80.

⁴¹⁵ Siehe dazu Abschnitt 5.1.2. der vorliegenden Arbeit.

⁴¹⁶ Vgl. auch BRÄUER (1979), S. 327; BRÄUER (2013), S. 14.

⁴¹⁷ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 1r (Schneiderordnung von 1544). Siehe weiterhin fol. 101r (Tischlerordnung von 1534).

⁴¹⁸ Als ein Beispiel kann auf die Goldschmiedeordnung von 1588 verwiesen werden. StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 290r.

sich noch deutlicher an der Gürtler- und Nadlerordnung von 1484, die im Jahr 1565 revidiert wurde:

*„in gemeltem ihren artickelsbrieffe von wegen langwierigkeit der zeit verordent, derwegen sie vns mit vleis gebeten, ihnen nicht allein die von neuen bewilligten artickel ihres meisterstuck, im hanthwergs zubestetigen, sondern auch ihren alten artickelsbrieff, ihre vnerrichtung in etlichen dingen nach itzlicher zeit gelegenheit zuuerendern“.*⁴¹⁹

Nicht nur bei der Erneuerung bzw. der Veränderung eines Handwerksartikels, sondern auch bei Streitigkeiten um einzelne Angelegenheiten, spielte die Kommunikation mit den Obrigkeiten über die Bittgesuche eine wichtige Rolle. Einen Beleg hierfür sind die Streitigkeiten um die Voraussetzungen für Meisterwerden der Gesellen im Schusterhandwerk von 1592.⁴²⁰ „[D]ie obermeistere vnnd beysitzere deß schneiderhandtwercks“ und „die altknecht vnnd beysitzere“ der Gesellen versuchten sich miteinander vor dem Rat zu vergleichen, und baten den Rat darum, diesen Vergleich zu bestätigen und ihn niederzuschreiben.⁴²¹ Dieses Beispiel zeigt also, dass durch das Bittgesuch der Handwerker den Rat über die innerzünftige Angelegenheit informiert wurde und der Rat zudem hierarchische Verhältnisse

⁴¹⁹ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 202r.

⁴²⁰ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 309r-310v.

⁴²¹ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 309r-309v: „[...], das sie die meistere sowohl die gesellenn ihres handtwergs sambt vnnd anders jung vnd altt vber andere ihre habende vnnd von wolgedachtem Rhatte bestetigte innungsarticull, sich vnlangst gantz wolbedeichtig vnndt einheilliglich vmb verhoffffentlicher ihrer allerseits gedeilichenn wolfarth, auch deß gantzen handtwergs besten vnd aufnehmen willen, folgender puncten verglichenn, inmaßen sie dieselbenn zu pappier gebracht, vbergebenn, mitt angeheffter bitte, vonn Rhatts wegenn solche zu auctorisiren vnnd zu bestetigenn, auch dem Rhattsbuch zu kunfftiger nachrichtunge, einuerleibenn zulaßen, vnnd seind dieselben nach beschriebenes inhalts geweißenn“. Dieser Vergleich wurde auch im Jahr 1594 bestätigt, wobei „bitten“ und „ansuchen“ erneut eine wichtige Rolle spielte. StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 311r: „Wann dann meistere vnd gesellenn obengenant, allerseits personlich gegenwertig zur stelle geweißenn, vnd sich zur solcher vergleichung nochmals bekanth, derselbenn auch vnuerbrüchenlich zugeleben, vnnd nachzukommen, zugesagett. Alß hatt ein Erbar Rhatt ihrem beschehenen bittenn vnnd ansuchen, stadt gegeben, dieselbe vonn ampts wegenn confirmiret vnnd bestetigett, ihnen auch dauon abschrift, vnterm Stadt Secret zustellen vnnd mittheilen laßen, [...]“.

bestätigen konnte.⁴²²

Weiterhin regulierten die Albertiner auch das Verhältnis zwischen Stadt und Zunft in Bezug auf die Gerichtsbarkeit. Der Befehl von Herzog Moritz aus dem Jahr 1541 erhob zwar Einwände gegen die übermäßige Strafpraxis durch die Handwerker, zugleich gestand er jedoch den Handwerkern in begrenztem Maße Sanktionsmöglichkeiten zu:

*„Aber die Straffe, die ihnen [den Handwekern, Meistern und Gesellen; H.S.] in ihren Zunfft=Brieffen ausdrücklich nachgelassen und gegeben ist, mögen sie üben, doch unschädlich dere Gerichten, daß sie, vermöge der Vorbehaltung in denen Innungs=Brieffen, auch solche Straffe, aus vorstehenden billichen Ursachen, lindern und aufheben mögen“.*⁴²³

Die Tatsache, dass die Zunftgerichtsbarkeit in den von Obrigkeiten ‚bestätigten‘ Handwerksartikeln bestimmt wurde, lässt sich nicht bloß als Beschränkung zünftischer Gerichtsbarkeit beurteilen, sondern vielmehr als obrigkeitliche Anerkennung der begrenzten Kontrollfähigkeit. Dementsprechend sind Jutta und Rainer Duclaud zuzustimmen, die davon ausgehen, dass „der Rat die wichtige Funktion der streng organisierten Zünfte als Ordnungsfaktor, ihre Bedeutung als wesentliche Glieder städtischer Selbstverwaltung“ anerkannte.⁴²⁴ Diese ‚anerkannte‘ Kontrollfähigkeit der Zünfte spiegelte sich ausdrücklich sowohl in der obrigkeitlichen Normierung von Gewalttaten,⁴²⁵ als auch in der Supplikationspraxis⁴²⁶ im Umfeld von Gerichtsverfahren wider.

⁴²² Hier stütze ich mich auf SCHWERHOFF (2000a), S. 478 und S. 489.

⁴²³ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 22.

⁴²⁴ DUCLAUD/ DUCLAUD (1990), S. 23.

⁴²⁵ Siehe Abschnitt 4.1. der vorliegenden Arbeit.

⁴²⁶ Siehe Kapitel 5 der vorliegenden Arbeit.

2.2.2. Gesellenorganisationen

Es ist offensichtlich, dass die Zunft der wichtigste Zusammenschluss der gesamten Handwerkerschaft war. Sie stellte jedoch nicht die einzige Organisation dar. Neben den Zünften existierten zudem organisierte Zusammenschlüsse der Handwerksgesellen, die sogenannte „Gesellenvereinigung“ bzw. der „Gesellenverband“. ⁴²⁷ Diese Organisationen lassen sich seit dem 14. Jahrhundert im Reich nachweisen. Im sächsischen Raum finden sich Gesellenvereinigungen seit dem 15. Jahrhundert, also im Vergleich zu anderen Regionen im Reich relativ spät. ⁴²⁸ Die Entstehung solcher Organisation lässt sich nicht auf einzelne Faktoren zurückführen. Vielmehr müssen multifaktorielle Ansätze zur Entstehung herangezogen werden. A. Kluge etwa geht von einem lebenszyklischen Ansatz aus: ⁴²⁹ Die Gesellenphase stand zwischen der Lehrlingsphase, die überwiegend durch die Ausbildung und eine kindliche Unterwerfung des Lehrlings unter den Meister geprägt wurde, ⁴³⁰ und dem Erwachsenen bzw. Meisterstand, der durch Meisterschaft, Betriebsgründung und Familienerhalt markiert wurde. Die Gesellenphase entsprach nach A. Kluge der Jugendphase: „Die Erfindung der Gesellen‘ durch die Zünfte erzeugte in Spätmittelalter eine Jugendphase im Handwerkerleben“. ⁴³¹ Somit hat er „die Gesellschaften als Institutionen der Jugendkultur“ betrachtet. ⁴³²

Wenn man aber von „Institutionen der Jugend“ oder der Jugendkultur in der Vormoderne spricht, muss man zunächst von der „Ausgliederung der Jugend aus der

⁴²⁷ Zur allgemeinen Beschreibung siehe ISENMANN (2014), S. 843-845. Er hat sich überwiegend auf Beispiele am süddeutschen Städten gestützt.

⁴²⁸ BRÄUER (1989), S. 111 und S. 121. In Leipzig sind Gesellenverbände seit der Mitte des 15. Jahrhunderts nachweisbar. BÜNZ (2015c), S. 285.

⁴²⁹ KLUGE (2007), S. 203.

⁴³⁰ A. Griebinger wies bereits auf den Sozialisationsprozess in der Lehrzeit unter dem Haushalt des Meisters hin. GRIEBINGER (1981), S. 57-65.

⁴³¹ KLUGE (2007), S. 203.

⁴³² KLUGE (2007), S. 210.

Erwachsenenwelt“ ausgehen.⁴³³ In diesem Kontext beschrieb M. Mitterauer die Gesellenorganisation: „Die Ausbildung eigener genossenschaftlicher Verbände dürfte einerseits mit der zunehmenden Emanzipation der Gesellen aus der Haushaltsgemeinschaft der Meisterfamilie, andererseits [sic!] mit der sich verschärfenden ökonomischen Spannung gegenüber den Meistern zusammenhängen“. ⁴³⁴ Dagegen hielt W. Hornstein fest, dass es keine eigene Institution der Handwerker gab, „in denen Jugend zur Erwachsenenheit vorbereitet wird und in denen sich ein eigentliches Jugendleben enthalten könnte“. ⁴³⁵ Als einen Grund sei „[d]ie frühe Einbeziehung der Jugend in den Arbeitsablauf in den Werkstätten, die damit verbundene Eingliederung der Jugend in die alle Altersstufen umfassende Familie des Meisters“. ⁴³⁶

Anstatt diese umstrittenen Diskussionen um die Gesellenvereinigung weiterzuführen oder das Motiv der Gesellenvereinigung einfach auf einen einzelnen entscheidenden Faktor zurückzuführen, wäre es m. E. sinnvoll, den Schwellenzustand der Gesellenphase ins Betracht zu ziehen und von einer Phase der „Liminalität“ auszugehen. ⁴³⁷ Hierbei sind drei Faktoren entscheidend: Erstens erwarben die Gesellen bereits handwerkliche bzw. gewerbliche Kenntnisse und Erfahrungen, womit sie sich von den Lehrlingen abgrenzten. Zweitens wurden die Gesellen meistens dazu verpflichtet, die Gesellenwanderung⁴³⁸ zu absolvieren, was erforderte, dass sie sich in auswärtige Gesellschaften integrierten. ⁴³⁹ Drittens

⁴³³ HORNSTEIN (1965), S. 21.

⁴³⁴ MITTERAUER (1986), S. 197.

⁴³⁵ HORNSTEIN (1965), S. 23. Hornstein ging von dem gesellschaftlichen Unterschied zwischen Rittern und Handwerkern aus.

⁴³⁶ HORNSTEIN (1965), S. 23.

⁴³⁷ GREYERZ (2010), S. 123.

⁴³⁸ Einen Überblick liefert SCHULZ (1985a); KLUGE (2007), S. 174-198.

⁴³⁹ GREYERZ (2010), S. 123. Vgl. auch GRIEBINGER (1981), S. 66-68.

schließlich erhielten sie auch nach ihrer Ausbildung keinen eigenständigen gesellschaftlichen und rechtlichen Status, und wurden deshalb der gewerblichen Macht sowie dem Haushalt des Meisters unterstellt.⁴⁴⁰ Die Gesellenphase stellte also mehr als eine einfache Übergangszeit zwischen der Lehrlingszeit und dem Meister dar.

Dass dieser schwierige bzw. prekäre Stand eines einzelnen Gesells einen Streit oder sogar eine Gewalttat verursachen konnte,⁴⁴¹ impliziert der folgende Fall in Leipzig, in dem der 23-jährige „*Kampfmachergeselle*“ (Kammachergeselle) Hans Schreck aus Gotha am 10. Juni 1610 seinen 60-jährigen Meister Joachim Arnoldt tötete. Im Hause des Meisters, in dem Schreck zur Untermiete wohnte, beleidigte er eine Tochter des Meisters als „*blau votze*“, geriet mit ihr und einer anderen Tochter in Streit, und wurde beiden gegenüber gewalttätig. Danach fing der Geselle eine Auseinandersetzung mit dem Meister über ihr handwerkliches Verhältnis an, wobei er schließlich den Meister mit einem Rapier erstach.⁴⁴² Ein Hintergrund für diesen Fall ist vermutlich ein länger andauerndes schlechtes Verhältnis zwischen dem beschuldigten Gesellen und der Meisterfamilie, wie der Beschuldigte selbst bei gerichtlichen Befragungen aussagte. Laut dessen habe der Meister beim Wortgefecht dem Gesellen gesagt, „*du zänckest dich immer mit ihnen [den Töchtern; H.S.]*“. Der Geselle habe gesagt, „*meister, so ich euch nicht gefallen habe, worumb habt ihr mir nicht meinen abschiedt geben, gebet*

⁴⁴⁰ Vgl. auch KORGE (2016), S. 69-71.

⁴⁴¹ Vgl. RÜDIGER (2007a), S. 270f.

⁴⁴² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 199, fol. 2v: „*doruf der vater geantworttett, weissestu dan nicht handtwergs gebrauch, wan ich dier sontagsfruhe dein wochen lohn gebe, das du es do clagen kanst, was dier zu thun oder zu lassen ist, wan dirs nicht gefelt, magstu deinen abschiedt nehmen, wan du wilt*“ (Aussage einer Tochter Barbara Arnoldt); Ebd., fol. 4r-4v: „*were der vater sehr böse gewesen, vnd gesaget, Hans du machest mir viel tauben, ich werde dier die lenge nicht zusehen, der gesell gesagt, seine ihar weren alle tage aus, es stunde in seinen planeten, er gebe vff keinem meister nichts, er hett nicht viel drauf geben, als er in seine lehr iharn gewesen, vnd were bereit, wer lust zu ihm hett, dorauf er in der stuben seinen dolch ausgezog[en]*“ (Aussage einer anderen Tochter Maria Arnoldt). Wegen dieser Tötung wurde der Beschuldigte schließlich zu einer Hinrichtung mit dem Schwert verurteilt. Dieses Urteil wurde am 12. Juni 1610 vollzogen. Ebd., fol. 16r-16v. Zu diesem Fall siehe auch Abschnitt 5.2. der vorliegenden Arbeit.

*mihr ihn alle stunde, ich wil das haus reumen“.*⁴⁴³

Ein einzelner Geselle musste sich zum einen, wie dieses Beispiel andeutet, gegebenenfalls mit einer (gewerblichen sowie alltäglichen) Stresssituation in einer Meisterfamilie auseinandersetzen. Zum anderen entwickelten die Gesellen insgesamt einen zunehmenden Anspruch auf eigene Vergesellschaftungsformen. In diesem Sinne möchte ich sagen, dass die Vergesellschaftung der Gesellen sich nicht einfach auf „Übermut der jungen Gesellen und Knaben“ reduzieren lässt,⁴⁴⁴ auch wenn die Anwendung von Gewalt sicherlich zur Phase der Liminalität gehörte.⁴⁴⁵

Die Gesellenvereinigung orientierte sich am Vorbild der Zunft.⁴⁴⁶ Sie besaß eine hierarchische Struktur und nahm unterschiedliche Funktionen wahr.⁴⁴⁷ Die Zunft war somit „formales Vorbild für Strukturen und Funktionsfelder, aber alle Probleme der inhaltlichen Ausprägung und Entwicklung richteten sich auf die Sicherung der Geselleninteressen“.⁴⁴⁸

Um diese Funktionen zu gewährleisten, spielte die interne Gesellengerichtsbarkeit eine wichtige Rolle.⁴⁴⁹ Was die Bedeutung der Gesellengerichtsbarkeit und Beziehungen mit dem Rat sowie der städtischen Verfassung angeht, lohnt es sich, nochmals auf H. Bräuer zu verweisen:

„Selbst wenn sich die obrigkeitlichen Behörden das Recht zur Verfolgung von Angriffen auf die geltenden Organisation vorbehielten und Zunft und städtischer Rat gegenüber den Gesellen als Appellationsinstanzen auftraten, stellte doch die interne

⁴⁴³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 199, fol. 8r-8v.

⁴⁴⁴ SCHULZ (1985b), S. 81. Siehe auch KLUGE (2007), S. 203.

⁴⁴⁵ GREYERZ (2010), S. 126.

⁴⁴⁶ BRÄUER (1989), S. 121; KLUGE (2007), S. 203; KORGE (2010), S. 26.

⁴⁴⁷ Daran anschließend wies H. Bräuer darauf hin, dass die in Statuten niedergelegten Einzelvorschriften Auskünfte über den Charakter sowie den Themenbereich gab. BRÄUER (1989), S. 122f.

⁴⁴⁸ BRÄUER (1989), S. 121. Siehe auch KORGE (2016), S. 69.

⁴⁴⁹ BRÄUER (1989), S. 124.

und durch die aufsichtsführenden Meister oft eingeschränkte Handhabung der Gesellengerichtsbarkeit einen wichtigen Bereich des Organisationslebens dar“.⁴⁵⁰

Der Gesellenstatus wurde aber, wie bereits oben erwähnt, dadurch geprägt, dass die Gesellen erstens gewerblich bzw. gesellschaftlich den Meistern unterstehen sollten und, dass sie zweiten kein Bürgerrecht besaßen. Die Bemühungen der ‚unselbstständigen‘ Gesellen sich in Form von Gesellenvereinigungen zusammenzuschließen und sogar selber gewisse Kontrollfunktionen auszuüben, führten auch zu Konflikten zwischen den Meistern und den Gesellen. Diese rechtlichen und sozialen Differenzen wurden v. a. in Städten, wo „die gewerblichen Zünfte in politische Einheiten als Grundelemente der Stadtverfassung überführt und den Meistern mittelbar oder unmittelbar politische Berechtigung eingeräumt“ wurde.⁴⁵¹ Darüber hinaus war diese Differenz aber auch in Leipzig vorhanden, wo die Meister in kommunikativen Austausch mit dem Stadtrat standen, wie ich bereits dargestellt habe. Aus einer obrigkeitlichen Perspektive erweisen sich die Konflikte zwischen den Meistern und den Gesellen sowie die Ausübung eigener Kontrollfunktionen durch die Gesellen als gewerblich nachteilig,⁴⁵² weshalb die Obrigkeiten versuchten, sie seit 16. Jahrhundert zunehmend auf normativer Ebene zu reglementieren.⁴⁵³

Die Strafen, die durch die Gesellengerichtsbarkeit verhängt werden konnten, waren meistens Geld- und Wachsstrafen für geringfügige Angelegenheiten.⁴⁵⁴ Daneben wurde auf Praktiken wie das sogenannte „Auftreiben“ sowie

⁴⁵⁰ BRÄUER (1989), S. 126.

⁴⁵¹ ISENMANN (2014), S. 844.

⁴⁵² Dies wurde deutlich geschildert z. B. in der sächsischen Landesordnung aus dem Jahr 1543 (CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 20) sowie in einem Mandat von Herzog Friedrich Wilhelm aus dem Jahr 1594 (Ebd., Sp. 1594).

⁴⁵³ KELLER (1986), S. 77. Den wichtigen Ausgangspunkt markierte die Reichspoliceyordnung von 1530, wie die Darstellung vom H. Proesler deutlich zeigte. PROESLER (1954), hier S. 29-33.

⁴⁵⁴ ZÖLLNER (1915), S. 56; BRÄUER (1989), S. 125; KORGE (2010), S. 126.

„Schmähen“ zurückgegriffen. Diese Praktiken wurden durch die Obrigkeiten als problematisch angesehen, weil die Gesellen sie nicht nur an andere Gesellen verhängen, sondern auch auf die Meister anwenden wollten, wie ein Mandat von 1541 problematisierte: *„Da sich auch solcher Straf halber, oder auch von wegen des Schmähens und Auftreibens zwischen denen Meistern und Gesellen, oder zwischen denen Gesellen unter sich selbst, Irrung zutragen, [...]“*.⁴⁵⁵ Die Frage, ob die Gesellengerichtsbarkeit beschränkt oder sogar abgeschafft werden solle, blieb über das 16. Jahrhundert hinaus (etwa in den Jahren 1541, 1543, 1550, 1555 und 1594) auch im späten 17. Jahrhundert und 18. Jahrhundert ein dauerhaftes Thema in der kursächsischen Handwerksgesetzgebung.⁴⁵⁶

Die Diskussionen um die Beschränkung der Gesellengerichtsbarkeit schlug sich gerade in Gesellenartikeln nieder, da diese nur dann in Kraft gesetzt wurden, wenn sie zuvor durch den Stadtrat und die Zunft bestätigt wurden. Dies lässt sich etwa am Beispiel der Artikel der Schneidergesellen zeigen.⁴⁵⁷ So schrieb die Schneidergesellenordnung von 1540 vor, vier Pfennig an die Zunft zu bezahlen, wenn jemand einen anderen geschmäht hatte.⁴⁵⁸ In der Ordnung von 1630 wurden die Gesellen verpflichtet, nicht nur eine Geldstrafe von einem Pfund an die Zunft zu bezahlen, sondern auch den Schmähenden dem Stadtrat anzuzeigen.⁴⁵⁹ Diese Anzeigepflicht an den Rat bestand auch im Falle einer Herausforderung zum Balgen: *„Wenn ein gesell dem andern sich mit ihm zu balgen ausfordert, der soll fur allen dingen E. E. Hochw. Rath angezeigt*

⁴⁵⁵ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 22.

⁴⁵⁶ KELLER (1986), S. 77-79.

⁴⁵⁷ Zu diesem Beispiel siehe auch KORGE (2010), S. 129, Anm. 596.

⁴⁵⁸ StadtAL, Inn. Schneider A 3.

⁴⁵⁹ StadtAL, Inn. Schneider C 1, fol. 21v: *„So ein gesell den andern liederl[ich]. wie so schmehen, oder mit unehrbahren nahmen und wortten belegen wurden, der soll den gesellen 1 pfund in die lade unweigerl[ich]. entrichten, v[nd]. dem Rath angemeldet“*.

*werden, auch darüber in die lade 12 g. erlegen.“*⁴⁶⁰ Diese Verschiebung der gerichtlichen Kompetenz in die Hand der Obrigkeit lässt sich als der Versuch begreifen, das Verhalten der Gesellen zunehmend obrigkeitlich zu reglementieren. Schließlich gehörten das erwähnte Schmähen und Balgen zu wichtigen Praktiken der Regelung ehrbezogener Konflikte unter Gesellen.⁴⁶¹

Es ist daher festzuhalten, dass die Obrigkeiten sich seit dem 16. Jahrhundert stärker für die Begrenzung der rechtlichen Kompetenzen der Gesellen interessierten, als für diejenigen der Meister bzw. der Zünfte. Dieser obrigkeitliche Reglementierungsversuch zielte sowohl auf die Beschränkung der eigenständigen Kontrollfähigkeit der Gesellen ab als auch auf die Bewahrung der gewerblichen Verhältnisse zwischen den Meistern und den Gesellen. Da die Gesellen überwiegend von ihren Meistern bzw. von den Meisterfamilien abhängig waren, diente der letzte Punkt zugleich auch einer übergreifenden Kontrollierung der Gesellen.

2.3. Die Universität Leipzig

Eine weitere Gruppe, die der städtischen Jugend zugerechnet werden kann, waren Studenten. Ihre Ausbildungsstätte war die Universität, die verschiedene Funktionen innehatte. Sie diente der Erziehung von Jugendlichen eines bestimmten Alters, der Vermittlung allgemeiner Bildungsinhalte, der Ausbildung der akademischen Berufe der Bildung von Eliten und nicht zuletzt der Einübung eines entsprechenden Lebensstils.⁴⁶²

⁴⁶⁰ StadtAL, Inn. Schneider C 1, fol. 20v.

⁴⁶¹ KORGE (2010), S. 130f.; KORGE (2016), S. 86-89. Zur Normsetzung gegen das Schmähen bzw. Balgen siehe Abschnitt 4.2.1. der vorliegenden Arbeit.

⁴⁶² Hier verweise ich auf eine Zusammenfassung von FRIJHOFF (1996), S. 71. Siehe dazu auch RICHTER (2009), S. 225.

2.3.1. Universitäre Einrichtungen

Um sich den Studenten zu nähern, soll im Folgenden zunächst ein Überblick über die Standorte universitärer Einrichtungen im städtischen Raum gegeben werden.

Gründungsphase

Von herausgehobener Bedeutung für die Universität Leipzig waren die Magisterkollegien. Das Wort „Kolleg“ (Collegium) bezog sich ursprünglich auf die akademische Gemeinschaft, die Einrichtung für den universitären Betrieb und die für das Zusammenleben und den Lehrbetrieb notwendigen Gebäude.⁴⁶³ Während die Stiftung des Kollegs im Westeuropa auf die Versorgung der armen und bedürftigen Scholaren abzielte, wurde das Magisterkolleg in Mitteleuropa zur Unterstützung und Versorgung sowie zur Lehrtätigkeit derjenigen Universitätslehrer eingerichtet, die bereits den Grad Magister Artium erreicht hatten.⁴⁶⁴ Zum Kolleg gehörten nicht nur diese „Kollegiat“ genannten Hauptmitglieder, sondern auch die dem Magister unterworfenen Studenten. Daher fand der Lehrbetrieb im Kolleg statt und die Studenten wurden unter die Aufsicht der Kollegiaten gestellt, wodurch Personenverbände aufgebaut wurden.⁴⁶⁵ Das Verhältnis zwischen den Lehrenden und den Lernenden und v. a. ihr Zusammenleben spielte eine wesentliche Rolle. Folgt man B. Kusche, die davon ausgeht, dass „das Zusammenleben unter strengen Regeln und halbklosterlichen Lebensordnungen [...] der gegenseitigen Kontrolle, der Beachtung

⁴⁶³ GIEYSZTOR (1993), S. 115f.; MÜLLER (1996), S. 271-277; KUSCHE (2009), S. 47-50. Dabei betonte B. Kusche die Eigenschaft als Stiftung. Kollegien seien „Stiftungen für eine bestimmte Anzahl von Universitätsmitgliedern“; KUSCHE (2009), S. 47.

⁴⁶⁴ Vorreiter dieser Entwicklung war die Universität Prag. Einen Überblick liefert GIEYSZTOR (1993), S. 116f.; KUSCHE (2009), S. 51-64.

⁴⁶⁵ KUSCHE (2009), S. 64; KUSCHE (2013), S. 30-32.

und Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Universitätsbesuchern“ diente,⁴⁶⁶ dann fungierte das „Kolleg“ nicht nur als Einrichtung für den Lehrbetrieb, sondern diente auch der gegenseitigen Kontrolle der Universitätsangehörigen.

Für Leipzig sind zunächst sind zwei wichtige Kollegien und Kollegienhäuser zu nennen: das „große Fürstenkolleg“ und das „kleine Fürstenkolleg“. Die Stiftung dieser Einrichtungen wurde mit der landesherrlichen Gründungsordnung vom 2. Dezember 1409 bestätigt.⁴⁶⁷ Das große Fürstenkolleg stand zwischen der Ritterstraße und der Stadtmauer, während das kleine Fürstenkolleg zwischen der Petersstraße und der Schlossgasse untergebracht war.⁴⁶⁸ Das kleine Kolleg befand sich räumlich weiter entfernt vom großen Kolleg, was vermutlich im Zusammenhang mit der Stiftung eines Hauses in der Petersstraße stand, das der Stadtrat bereits am 4. Juli 1409 gekauft hatte.⁴⁶⁹ Diese Stiftung ist ein Beleg dafür, dass auch der Stadtrat die Gründung der Universität unterstützte, auch wenn der Landesherr dabei die zentrale Rolle spielte.⁴⁷⁰

Zu den von den Landesherren gestifteten Kollegien kam noch das privat gestiftete Kolleg „Liebfrauenkolleg“ (*collegium beatae Mariae virginis*) hinzu, das bereits 1416 gestiftet wurde, aber erst 1422 von Markgraf Friedrich IV. bestätigt wurde.⁴⁷¹ Dieses Gebäude befand sich im nordöstlichen Teil der Stadt, nämlich am östlichen Endes des

⁴⁶⁶ KUSCHE (2009), S. 388. Zu den Tagesabläufen in den Kollegien siehe MÜLLER (1996), S. 277-281.

⁴⁶⁷ BÜNZ/ GRABER (2010), S. 106: „*instituiimus et fundavimus duo collegia, que nominabuntur collegia principum, quorum unum vocabitur maius, aliud vero minus, pro quibus duas domus donavimus et assignavimus*“. Eine Übersetzung findet sich ebd., S. 109: „Des weiteren haben wir in der genannten Stadt für die oben erwähnte Universität, um ihr Gedeihen zu fördern, zwei Kollegien eingerichtet und gegründet, welche »Fürstenkollegien« genannt werden sollen, von denen das eine den Namen »Größeres Fürstenkolleg«, das andere aber den Namen »Kleineres Fürstenkolleg« tragen soll, wofür wir zwei Häuser geschenkt und übereignet haben“. B. Kusche verwies auch im Kontext der Nutzung der Räumlichkeiten auf diese Ordnung. KUSCHE (2009), S. 356f.

⁴⁶⁸ FRANKE (1961), S. 126-128. Zur Schilderung über das große Kolleg siehe auch KUSCHE (2009), S. 333-345, sowie über das kleine Kolleg ebd. S. 345-347.

⁴⁶⁹ FRANKE (1961), S. 123f.; BÜNZ (2009) S. 68f., S. 111; KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 15 und S. 18.

⁴⁷⁰ BÜNZ (2009) S. 68.

⁴⁷¹ KUSCHE (2009), S. 164-174, und S. 347-350. KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 22f. Dabei erhielt es das Privileg, das dieses Kolleg den beiden Kollegien gleichstellte. Dazu BÜNZ (2009), S. 113.

Brühls an seiner Südseite.⁴⁷²

Wegen der Enge des Gebäudes sowie der räumlichen Trennung von anderen Gebäuden⁴⁷³ war das kleine Kolleg mit der landesherrlichen Anordnung von 1456 in die Ritterstraße umgezogen, was den zwei wichtigen Kollegien erlaubt, gemeinsam einen Gebäudekomplex zu bilden.⁴⁷⁴

Die Gründung der Universität Wittenberg im ernestinischen Sachsen 1502 regte den albertinischen Herzog Georg zu Reformmaßnahmen der Universität Leipzig an. Ein wichtiger Teil dieser Reformen betraf die Juristenfakultät, der damals kein eigenes Gebäude zur Verfügung stand. Auf Anweisung des Herzogs wurde das „Petrinum“ genannte Grundstück zwischen Petersstraße und Schloßgasse der Juristenfakultät gegeben,⁴⁷⁵ und die ursprünglich dort sitzende Artistenfakultät wurde neben die Kollegien in der Ritterstraße (in den damaligen Ratsmarstall) verlagert. Das neue Grundstück der Juristenfakultät wurde weiterhin wie zuvor „Petrinum“ genannt, während die neue Gebäude der Artistenfakultät nun als „neues Kolleg“ (oder später „rotes Kolleg“) bezeichnet wurden.⁴⁷⁶

Ausdehnung der Universität im Laufe des 16. Jahrhunderts

Die Geschichte der Universität Leipzig vom 16. Jahrhundert ist dadurch geprägt, dass die sächsischen Landesherren versuchten die Verwaltung, die Finanzen und die

⁴⁷² FRANKE (1961), S. 129f.; KUSCHE (2009), S. 349; KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 22. In der Nähe vom Liebfrauenkolleg stand noch ein anderes Kolleg, das „Bernhardskolleg“, das nicht direkt zur Universität, sondern zum Zisterzienserorden gehörte. Dieses Kolleg wurde aber bereits in der Mitte des 16. Jahrhunderts aufgelöst. Vgl. BÜNZ (2009), S. 115-118; KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 24 und S. 49.

⁴⁷³ KUSCHE (2009), S. 351.

⁴⁷⁴ FRANKE (1961), S. 135; KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 27. Zur Umbenennung dieser Komplexe KUSCHE (2009), S. 353.

⁴⁷⁵ FRANKE (1961), S. 148.

⁴⁷⁶ FRANKE (1961), S. 145; HARTUNG (2009), S. 60; KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 35-38.

Lehrinhalte der Universität zu reformieren und diese in die zunehmend institutionalisierte Landesverwaltung einzubinden.⁴⁷⁷ Dies wird v. a. während der Regierungszeit Herzog Moritz‘ deutlich, dessen Maßnahmen sich sowohl auf die Bildungsinhalte und institutionellen Rahmenbedingungen als auch die Verfügbarkeit des ehemaligen kirchlichen Eigentums betraf.⁴⁷⁸ In diesem Zusammenhang stand die markante Erweiterung der universitären Einrichtungen aus dem Jahr 1543. Die Universität erwarb das Grundstück des ehemaligen Dominikanerklosters sowie die dazu gehörenden Häuser, die auf der südöstlichen Seite der Stadt standen. Zu diesen neu erworbenen großen Grundstücken gehörte die alte Klosterkirche (die dann als Universitätskirche benutzt wurde) sowie deren Brauerei, der Garten und die Bibliothek.⁴⁷⁹ Dadurch stand der Universität ein neuer Gebäudekomplex zur Verfügung, der in Anlehnung an den Namen der Kirche als „Paulinum“ bezeichnet wurde. Es ist festzuhalten, dass die universitären Einrichtungen sich v. a. nach der Einführung der Reformation erweiterten, was M. Rudersdorf wie folgt zusammengefasst hat:

„Das Areal zwischen Ritterstraße und heutiger Goethestraße entlang der Stadtmauer entwickelte sich somit dynamisch zu einem neugestalteten, erweiterten ‚lateinischen Viertel‘ der Universität, dessen Keimzelle mit dem Großen und dem Kleinen Fürstenkolleg sowie dem privaten Liebfrauenkolleg bis zu den spätmittelalterlichen Anfängen der Universität zurückreichte“.⁴⁸⁰

Es ist jedoch festzuhalten, dass nicht alle Studenten in den Kollegien wohnten. Geht

⁴⁷⁷ Eine allgemeine Bemerkung zu den deutschen Landesuniversitäten des konfessionellen Zeitalters findet sich in BAUMGART (1994), S. 154f.

⁴⁷⁸ Ein Überblick der Reformmaßnahmen findet sich in WARTENBERG (1984), S. 56f.; GÖBNER (2007); RUDERSDORF (2009), S. 367-379; KUSCHE (2010). Vgl. auch SMOLINSKY (1991), S. 22.

⁴⁷⁹ FRANKE (1961), S. 150-156; KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 43-45; RUDERSDORF (2016), S. 379.

⁴⁸⁰ RUDERSDORF (2016), S. 379. Siehe auch DÖRING (2016b), S. 37.

man davon aus, dass die Kollegien als wesentliche Kontrollinstanz zwischen der Gemeinschaft der Universitätsangehörigen fungierten, dann war der sogenannte „Magisterzwang“ von Relevanz, um die interne Kontrollfähigkeit zu gewährleisten sowie die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden zu fördern.⁴⁸¹ Jeder Student war daher eigentlich dazu verpflichtet, in Kollegienhäusern oder in anerkannten Bursen⁴⁸² zu wohnen, sich einem Magister zu unterwerfen und sich unter seine Aufsicht zu stellen.⁴⁸³ Dieses Verhältnis ist gerade für die vorliegenden Arbeit wesentlich, weil „[d]ie überwiegende Mehrheit der Studenten, für die der Bursenzwang galt, [...] also im jugendlichen Alter“ waren.⁴⁸⁴ Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurden trotzdem etliche Bursen außerhalb der Kollegien gebaut.⁴⁸⁵ Dies führte dazu, dass Studenten zunehmend außerhalb der Kollegien und den dazu gehörigen Bursen wohnten. Ein Beleg für Maßnahmen gegen solche Tendenzen waren die Reformmaßnahmen des Universitätskanzlers und Bischofs von Merseburg von 1496, durch die der Bursenzwang für Studenten der Artistenfakultät verschärft wurde und lediglich die zu den drei Kollegien gehörigen Bursen, das „Pädagogium“ und die „Bursa Misnensis“ anerkannt wurden.⁴⁸⁶ In eine ähnliche Richtung zielten auch Herzog Georgs Bemühungen, den Bursenzwang zu Beginn des 16. Jahrhunderts durchzusetzen. Auch Herzog Georg sah es als Nachteil an, wenn zu viele Studenten außer der Bursen eine Unterkunft fanden.⁴⁸⁷

⁴⁸¹ KUSCHE (2009), S. 387-392.

⁴⁸² Besonders bei Studenten der Artistenfakultät lässt sich die Zunahme dieses Zwangs nachweisen. Zu den anerkannten Bursen zählen nicht nur die zu den drei Kollegien gehörigen Bursen, sondern auch die Einrichtungen der Artistenfakultät, das „Pädagogium“ und die von der Stadt betriebene „Meißnische Bursa“. Vgl. KUSCHE (2013), S. 30f.

⁴⁸³ KUSCHE (2009), S. 387f.

⁴⁸⁴ KUSCHE (2009), S. 388.

⁴⁸⁵ KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 32f. Hier werden vier Bursen benannt: Bursa Heinrichi, Bursa Misnensis, Bursa Bernhardi, Bursa Hummelshein.

⁴⁸⁶ KUSCHE (2009), S. 391.

⁴⁸⁷ KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 40; KUSCHE (2009), S. 391f.

Diese Tendenz, dass Studenten außerhalb der Kollegien Unterkünfte suchten und sich damit der Pflicht des Bursenzwangs entzogen, verschärfte sich nach der Einführung der Reformation.⁴⁸⁸ Die Schwierigkeiten der Durchsetzung des Bursenzwangs zeigte sich auch bei den Reformen unter Herzog Moritz in den 1540er Jahren.⁴⁸⁹ Nach B. Kusche ergaben sich daraus zwei Probleme: Zum einen lebten (jüngere) Studenten nicht unter der Aufsicht der älteren Magister und Doktoren und sie hielten sich damit ohne Kontrolle (v. a. in der Nacht) in der Stadt auf, und zum anderen verloren die Magister als Betreiber der Bursen eine wichtige Einnahmequelle.⁴⁹⁰ Im Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit ist v. a. der erste Punkt relevant, weil dies zu Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Stadtbewohnern und sogar zwischen Universität und Stadt führen konnte.⁴⁹¹

Die veränderte Wohnsituation der Universitätsangehörigen bedeutete zugleich eine Veränderung der Kontrollmöglichkeiten von Studenten, und bot aus einer obrigkeitlichen Perspektive den Studenten den breiteren Spielraum für unzüchtiges und tugendloses Verhalten, was besonders in der Universitätsordnung von 1580 hervorgehoben wird.⁴⁹² Laut dieser Ordnung war das Kollegswesen eine traditionelle und wichtige Institution zur Bewahrung der studentischen Zucht und Disziplin.⁴⁹³

Dass Kollegiaten und Studenten außerhalb der Kollegien ihre Unterkünfte nahmen, wurde als Lockerung der Inspektion und der Kontrolle innerhalb der

⁴⁸⁸ KUSCHE (2009), S. 431-433; KUSCHE (2013), S.33.

⁴⁸⁹ KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 45.

⁴⁹⁰ KUSCHE (2009), S. 391.

⁴⁹¹ Vgl. auch KUSCHE (2009), S. 391.

⁴⁹² KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 11; KUSCHE (2013), S. 33. Siehe auch Abschnitt 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.

⁴⁹³ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 755: „Es ist auch zweiffels ohne zu dem Ende, damit gute Zucht und Disciplin bey der studierenden Jugend umb so viel desto mehr erhalten werden möge, bey unserer Universität zu Lepzig, wohl bedacht und verordnet worden, daß alle Collegiaten und Studiosi, allein in Collegiis, (die auch der Ursachen halben so bequem und stattlich erbauet sind) wohnen solten, da dann die Collegiaten Privati Praeceptores gewesen, und sie zu gebührlichen Fleiß und Zucht anweisen und halten können“.

Universitätsangehörigen negativ beschrieben.⁴⁹⁴ Dieser Situation entsprechend zielte die Universitätsordnung darauf ab, die Studenten stärker zu kontrollieren. So wurde vorgeschrieben, dass kein unverheirateter Student ohne Vorwissen bzw. Erlaubnis des Rektors außerhalb der Universitätsgebäude wohnen sollte.⁴⁹⁵ Zudem bestätigte die Universitätsordnung erneut die Kontrollmechanismen, die gegenüber den Studenten angewendet werden sollten. Um der Lockerung der formellen Kontrolle in den Universitätseinrichtungen entgegenzuwirken, spielte v. a. der Praeceptor (Privatlehrer) eine wichtige Rolle. Die enge Bindung der Studenten an den Praeceptor wurde interessanterweise bereits beim Verbot des Waffentragens vom 3. Mai 1545 festgeschrieben: „das sollichs durch den rectorem alle quartal vorbotten und mit vleis achtung dorauff geben, das es also gehalten werde, das auch keynem gestattet ane eynen preceptorn zcu seyn bey straff der vorweysung, und das die preceptores yhre discipulos sollichs unsers gebots treulich und vleissigk sollen erinnern“.⁴⁹⁶ Dass jeder Student einem Praeceptor unterstehen sollte, wurde sowohl in der Universitätsordnung als auch in den veränderten Statuten von 1580 festgelegt.⁴⁹⁷ Daran anknüpfend wurden die Kontrollaufgaben des einzelnen Praeceptor festgeschrieben. Seine Hauptaufgabe lag in der Lehrtätigkeit.⁴⁹⁸ Dabei sollte sich seine Lehre nicht nur auf

⁴⁹⁴ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 755: „Wann aber solches in folgenden Zeiten in andern Brauch kommen, also, daß erstlich die Collegiaten selbst Weiber genommen, sich in die Stadt begeben, und hernach auch denen Studiosis nach ihrem Gefallen, ohne gnugsame Inspection, in denen Collegiis oder der Stadt zu wohnen, und sich dadurch des Gehorsams loß zu wircken, den Zaum gelassen haben“.

⁴⁹⁵ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 755: „Und sollen demnach hinfüro wiederumb alle privati Praeceptores und Studiosi, so sich nicht verehliget, in denen Collegiis, und ohne des Rectores Verlaubnüß, nicht ausserhalb dererselben wohnen“.

⁴⁹⁶ CDSR, II/ 11, Nr. 458, S. 584f. Es ging hier v. a. um das Verbot des Waffentragens. Siehe hierzu auch Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit. Diese Bestimmung wurde auch in der Universitätsordnung von 1580 übernommen. Siehe CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 757.

⁴⁹⁷ Dies erschien exemplarisch in den folgenden Worten des Abschnitts. UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 52v: „Neminem siue praeceptore vivere oportere“: „Oportere unumqueng[ue], qui nostris privilegiis gaudere et studiorum commodis uti velit, Praeceptorem habere, cuius monitis et in virtutis via retineatur, et discendo profectum facere possit. [...] Scire ig[itu]r omnes debent, non futurum posthac, ut cuiquam sine Praeceptore vaggari et oberrare permittatur“.

⁴⁹⁸ Vgl. auch BÜCKING (1976), S. 361.

die Wissenschaft beschränken, sondern er sollte sich väterlich und als tugendhaftes Vorbild gegenüber den Studenten verhalten. Daher sei den Studenten weder Zügellosigkeit noch Untüchtigkeit nachzusehen, wie die Statuten exemplarisch vorschrieben.⁴⁹⁹ Der Praeceptor war also eher für die alltägliche sowie die sittliche Kontrolle der Studenten zuständig, was sich ebenfalls in den folgenden Worten der Universitätsordnung niederschlug:

*„Wir wollen, befehlen, und verordnen auch: daß ein ieder privatus Praeceptor, er habe seine Discipulos bey sich in seiner Habitation, Hause, oder sonsten in der Stadt wohnende, ihme dieselben nicht alleine mit Institution, Repetition derer gehörten Lectionen und Emendation ihrer Scriptorum befohlen seyn lassen, sondern auch ihres Fleisses, Lebens, Beginnens, Kleidung, Wohnung und Sitten halben, und daß dieselben im Gehorsam derer Statuten und Rectoris, guter Zucht, und aller Ehrbarkeit leben, (wie sich ungezweifelt ihre Eltern und Freunde getrösten,) ein fleißiges Aufsehen haben“.*⁵⁰⁰

Hierarchisch war der Praeceptor dem Rektor unterstellt, woran auch das hierarchische Kontrollverhältnis unter den Universitätsangehörigen sich verdeutlicht wird:

„[...] und es also anstellen solle, daß er solches, erstlich für Gott, Uns und der Universität, wir auch gegen den, und denn gegen denen Eltern verantworten, dem Rectori, so oft es Noth, beständigen, guten Bericht von seinen Discipulis thun könne, und nicht allein eines privat Praeceptoris blossen Nahmen trage, sondern

⁴⁹⁹ UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 54v: „*Ipsi a[utem] praeceptores quoscunq[ue] discipulos receperint, eos paterno affectu complectentur, et cum exemplo tum optimis praeceptis ad virtutem et doctrinam pro uniuscuiusq[ue] captu instruent atq[ue] educeant, sine acerbitate et iracundia, cum diligentia et attentione. Non enim ad dissolutionem aut improbitatem discipulorum connivere illos, aut malos etiam fovere oportebit*“.

⁵⁰⁰ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 756.

*auch dasselbe im Werck mit der That erweise“.*⁵⁰¹

Einrichtungen im städtischen Raum

Dass die universitären Einrichtungen bestimmte Räumlichkeiten innerhalb des städtischen Raums besaßen, war für die Organisation von Kommunikation in einer Universitätsstadt entscheidend. Hierfür lässt sich auf den folgenden Hinweis von R. Schlögl verweisen: „Räumliche und architektonische Gliederung erlaubte es, die kommunikative Integration nach innen zu verdichten und sie dekontextualisierte gegenüber einem Außen, das damit zur systemfremden Umwelt werden konnte“.⁵⁰²

Die erweiterten Universitätseinrichtungen sowie die Wohnsituation der Studenten, deren Unterkünfte sich nicht nur in den Kollegien, sondern auch auf Privathäuser erstreckten, waren eine Erweiterung der Berührungsfläche zwischen Angehörigen der Universität und der Leipziger Bevölkerung innerhalb des städtischen Raums.⁵⁰³ Dies stellte zugleich den Rückgang einer räumlichen Separierung zwischen Universität und Stadt dar, die prinzipiell konfliktvermeidend wirken konnte.⁵⁰⁴ Daraus ergaben sich insbesondere aus der städtischer Sicht folgende Probleme: Zum einen waren öffentliche Räumen, wie etwa Straßen oder der Markt sowohl für städtische Bewohner als auch für Universitätsangehörigen zugänglich. Dies konnte zu Konflikten zwischen beiden Gruppen führen.⁵⁰⁵ Zum anderen wurde im Konfliktfall auch die Frage

⁵⁰¹ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 756. Siehe auch UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 54v: „*Sed his recte monentibus si discipuli parere, castigationesq[ue] ipsorum meritas perpeti noluerint, nomina illa immorigerorum ad Rectorem deferant, cuius auctoritate coerceantur*“.

⁵⁰² SCHLÖGL (2014), S. 121f.

⁵⁰³ Hier kann auf M. Füssel verwiesen werden: „Gerade die Bewohner der Städte sahen sich alltäglich immer mehr mit der physischen und baulichen Präsenz der Akademiker konfrontiert, die nicht nur zur Untermiete wohnten, sondern den urbanen Raum auch aktiv veränderten und gestalteten“; FÜSSEL (2015b), S. 14.

⁵⁰⁴ SCHLÖGL (2014), S. 120f.

⁵⁰⁵ Zur „Zugänglichkeit“ der Räume vgl. SCHWERHOFF (2004a), S. 117; SCHWERHOFF (2005), S. 141. H. Zaunstöck beschäftigte sich mit dem Problem des Raums in der frühneuzeitlichen Universitätsstadt

verhandelt, wer rechtlich zuständig war, wobei eine Konkurrenz zwischen den Gerichtsbarkeiten der Stadt und der Universität deutlich zutage trat.

Das erste Problem wird deutlich in einem Vergleich zwischen der Stadt und der Universität aus dem Jahr 1468, durch den Aufruhr, Versammlungen und Gewalttätigkeit etwa durch Steinwerfen unter Strafe gestellt wurden. Hierbei ist bemerkenswert, dass nicht nur Häuser bzw. Wohnungen, sondern auch Kollegien sowie Bursen als Ort illegitimer Versammlungen benannt wurden.⁵⁰⁶ Am 20. Juli 1601 ordnete der Rat an, dass die Stadt innerhalb der Stadtmauer in vier Stadtviertel einzuteilen sei und wie sich die Bewohner in einzelnen Vierteln bei einem Aufruhr bzw. im Notfall verhalten sollten.⁵⁰⁷ In dieser Anordnung kam ein besonderer Abschnitt den Bewohnern zu, die unmittelbarer Nähe zu den Kollegien wohnten.⁵⁰⁸ Dies impliziert auch, dass der Aufruhr oder Gewalttätigkeiten häufig in der Umgebung der Kollegien passieren konnten. Die in Nachbarschaft zu den Kollegien befindlichen Personen *„sollen neben ihren Rottmeistern gefast und gerüst, in ihren heusern verwartten, und do was thetliches wieder sie wolte vorgenommen werden, sollen ihnen die andern alsbalde die hand bieten, und zur defension mit ihrer besten wehre eilends beyspringen“*.⁵⁰⁹ Wurde die Anordnung wortgetreu in die Praxis umgesetzt, kam es zu Streitigkeiten oder sogar gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Universitätsangehörigen, Ordnungskräften und Nachbarn.

Halle (Saale). ZAUNSTÖCK (2006), besonders S. 73-76; ZAUNSTÖCK (2011), besonders S. 170-174. Auch M. Füssel setzte sich mit ‚Machträumen‘ in der frühneuzeitlichen Universitätsstadt Helmstädt auseinander. FÜSSEL (2006c).

⁵⁰⁶ CDSR, II/ 11, Nr.147, S. 181f.: *„unnd der gleich an nymants wonunge, heusern, collegien ader burßen getrieben“*. Vgl. auch HOYER (1987), S. 169.

⁵⁰⁷ StadtAL, Tit. I, Nr. 22k, fol. 275r-280v. Diese Anordnung wurde auch in VOGEL (1714), S. 325 erwähnt. Zur Einteilung der Stadtviertel siehe DÖRING (2016b), S. 37; KUSCHE (2016), S. 131, Abb. 45; SCHAAR (2016), S. 189.

⁵⁰⁸ StadtAL, Tit. I, Nr. 22k, fol. 277v: *„Die bürgere, so zu nechst an den Collegiis oder denselben gegen uber wohnen, [...]“*.

⁵⁰⁹ StadtAL, Tit. I, Nr. 22k, fol. 277v.

Die ‚Gefährlichkeit‘ der Kollegien resultierte aus der Tatsache, dass diese nicht einfach nur die Unterkünfte der Universitätsangehörigen waren, sondern darüber hinaus verschiedene Funktionen innehatten und sogar als privilegierten Bezirk innerhalb der Stadtmauer standen, womit sie vom städtischen Raum abgesondert wurden. Im Folgenden soll ein wichtiges Privileg, die universitäre Gerichtsbarkeit, betrachtet werden.

2.3.2. Universitäre Gerichtsbarkeit

Die Forschung ist sich einig, dass die akademische oder universitäre Gerichtsbarkeit⁵¹⁰ zum Funktionieren der Universität als Korporation beitrug. Der universitären Gerichtsbarkeit waren nicht nur Studenten und Professoren, sondern auch ihre Familien, Universitätsbedienstete und privates Dienstpersonal unterstellt,⁵¹¹ denn „Universitäten waren Körperschaften von Lehrern und Studenten, die bestimmte Privilegien von ihren Gründern und/oder den höchsten öffentlichen Gewalten erhielten“.⁵¹²

Ausbildung der Universitätsgerichtsbarkeit

Die Ausbildung der Universitätsgerichtsbarkeit setzte bereits im Mittelalter ein, und sie blieb neben anderen Privilegien auch in der Frühen Neuzeit in Kraft.⁵¹³ Schon in der sogenannten „Habita“ aus dem Jahr 1158 wurden die Scholaren als eigener Stand anerkannt und ihnen damit erlaubt, sich anstelle der städtischen Gerichtsbarkeit der des

⁵¹⁰ „Akademische Gerichtsbarkeit“ und „Universitätsgerichtsbarkeit“ sind als Synonym zu verwenden. Siehe WOESTE (1998), Sp. 506-509; BUBACH (2008), Sp. 107-111.

⁵¹¹ WOESTE (1998), Sp. 506f.; BUBACH (2008), Sp. 107.

⁵¹² RIDDER-SYMOENS (1996), S. 146.

⁵¹³ RIDDER-SYMOENS (1996), S. 146.

Magisters oder des Bischofs zu unterwerfen.⁵¹⁴ Obwohl die „Habita“ weder ein universitäres Privileg verlieh, noch eine Korporation gründete, die die Grundlage der akademischen Gerichtsbarkeit darstellte,⁵¹⁵ spielte die Bestätigung der Scholaren als „sonderberechtigte Gesellschaftsgruppe“⁵¹⁶ eine wichtige Rolle für die rechtliche bzw. soziale Sonderstellung der Universitätsangehörigen. Es scheint mir hier von Bedeutung, dass der Erlass der Habita in den Kontext von Auseinandersetzungen um die Gerichtsbarkeit zwischen den Scholaren und den städtischen Gewalten zu setzen ist. Diese Art von Konkurrenz um die Gerichtsbarkeit zwischen Stadt und Universität lässt sich auch in Paris nachweisen. Im Jahr 1200 erließ König Philipp August ein Privileg, mit dem die Scholaren nur bei schwereren Delikten der städtischen Gerichtsbarkeit unterworfen wurden, ansonsten aber dem geistlichen Gericht unterstanden.⁵¹⁷ Anders als in Bologna kam den Magistern in Paris eine größere Bedeutung zu, daher übte der Rektor als der Vertreter der Magister die Gerichtsbarkeit innerhalb akademischer Korporation aus. Die Zuständigkeit des Rektors war jedoch auf die Disziplinargerichtsbarkeit begrenzt.⁵¹⁸

Im Unterschied zu mittelalterlichen Universitäten wurden die spätmittelalterlichen Universitäten im deutschsprachlichen Raum von weltlichen oder geistlichen Obrigkeiten gestiftet bzw. gegründet, wobei Paris besonders in Bezug auf das Vier-Fakultätenwesen ein wichtiges Vorbild war.⁵¹⁹ Die spätmittelalterlichen Universitäten besaßen keine umfassende Gerichtsbarkeit, sondern nur eine Disziplinar-

⁵¹⁴ STEIN (1891), S. 12-14; BRÜDERMANN (1990), S. 34; BOEHM (1996), S. 632f.; BUBACH (2008), Sp. 108f.

⁵¹⁵ Etwa STEIN (1891), S. 14; BRÜDERMANN (1990), S. 34; BUBACH (2008), Sp. 109.

⁵¹⁶ BOEHM (1996), S. 633. Des Weiteren wies L. Boehm in Bezug auf den akademischen Stand darauf hin, dass das Erlangen der höheren Bildungsgrade ein ausgeprägtes Berufsbewußtsein voraussetzte. BOEHM (1996), S. 631.

⁵¹⁷ BRÜDERMANN (1990), S. 35; BUBACH (2008), Sp. 109.

⁵¹⁸ STEIN (1891), S. 41; BRÜDERMANN (1990), S. 35f.; BOEHM (1996), S. 635.

⁵¹⁹ BRÜDERMANN (1990), S. 36.

oder Zivilgerichtsbarkeit gegen Universitätsangehörige, während die (Straf-)gerichtsbarkeit bei schweren Delikten den außeruniversitären geistlichen Obrigkeiten (z. B. dem Bischof) als Universitätskanzler zur Verfügung stand.⁵²⁰

Im Hinblick auf die Gründung von Universitäten in Europa erwähnte W. Frijhoff bereits, dass „[d]ie offizielle Anerkennung der Universität [...] ein einfacher Maßstab [war], solange die Gründung einer Universität das alleinige Recht des Papstes oder des Kaisers oder – besser noch – beider zusammen war und deren Autorität nicht bestritten wurde“. ⁵²¹ Auch die Universität Leipzig entstand als eine von ‚Obrigkeiten‘ privilegierte akademische Korporation. In der päpstlichen Gründungsurkunde vom 9. September 1409 wurden die Privilegien, Freiheiten und Immunitäten benannt, die den Universitätsangehörigen zur Verfügung standen.⁵²² In der landesherrlichen Ordnung vom 2. Dezember 1409 wurde die Stiftung zweier Kollegienhäuser bestätigt und ihre Freiheit („*De libertatione collegiorum*“) deutlich gemacht.⁵²³ Diese zwei Urkunden zeigen, dass die universitären Privilegien, Freiheiten usw. sowohl persönlich als auch räumlich (v. a. mit den Kollegien)

⁵²⁰ STEIN (1891), S. 60-62 und S. 68; BRÜDERMANN (1990), S. 37. Ferner wies F. Stein darauf hin, dass die deutschen Universitäten vor der Reformation fast ausnahmslos die Exemption von weltlichen Obrigkeiten genossen, und er wollte somit ihre Charakter als klerikale Korporation betonen. STEIN (1891), S. 58.

⁵²¹ FRIJHOFF (1996), S. 57.

⁵²² BÜNZ/ GRABER (2010), S. 88: „*quodque magistri et doctores necnon alii graduati et studentes ibidem gaudeant et utantur omnibus privilegiis, libertatibus et immunitatibus concessis doctibus et studentibus in eisdem scienciis et facultatibus in aliis studiis generalibus quibuscunque*“. Eine Übersetzung findet sich ebd., S. 92: „und daß die Magister und Doktoren und auch die anderen Graduierten und die Studenten an diesem Ort alle Privilegien, Freiheiten und Immunitäten genießen und besitzen sollen, die den Lehrern und Studenten derselben Wissenschaften und Fakultäten an anderen Universitäten gewährt worden sind“.

⁵²³ BÜNZ/ GRABER (2010), S. 106: „*et easdem domus collegiorum ab omnibus losungis, exactionibus, contribucionibus, steuris, iuribus, oneribus et a subiectione civium opidi prefati libertamus et ad comodum pretacte universitatis de certa nostra sciencia graciosae incorporamus et libertamus*“. Eine Übersetzung, ebd. S. 109f.: „Und dieselben Kollegienhäuser befreien wir von jeglicher Losung, von allen Abgaben, Kontributionen, Steuern, Leistungen, Lasten und von der Unterwerfung unter die [Gerichtsbarkeit der] Bürgerschaft der erwähnten Stadt, und zum Nutzen der genannten Universität [und] in sicherer Kenntnis [der Sachlage] inkorporieren wir sie gnädig [der Universität] und statten sie mit den erwähnten Privilegien aus“.

verbunden waren.⁵²⁴ Schon in der Gründungsphase wurde die Universität von der Stadt in Bezug auf Steuern, Abgaben usw. aber auch in Bezug auf die Gerichtsbarkeit befreit. Jedoch ist auch hier nicht zu übersehen, dass wegen der landesherrlichen Initiative zur Gründung der Universität Leipzig, sich eine geringere Autonomie ausbildete, als dies etwa in Vorbild Bologna sowie Paris der Fall war.⁵²⁵

Institutionen für die Universitätsgerichtsbarkeit

Der Universitätsrektor konnte in Leipzig keine vollständige Universitätsgerichtsbarkeit ausüben. Die ersten Jahrzehnte der Universität waren durch Konflikte um die Gerichtsbarkeit zwischen dem Rektor und dem Universitätskanzler geprägt. Schon in den Statuten von 1410 wurde der Rektor zwar als Gerichtsbarkeitsinhaber gegen alle Universitätsangehörigen („*in omnia supposita universitatis*“⁵²⁶) eingesetzt, aber seine Zuständigkeit beschränkte sich nur auf Zivilsachen und Rechtsverletzungen. Zudem konnte er nur Geldstrafen verteilen.⁵²⁷ Erst 1419 wurde ihm das Einkerkierungsrecht („*jus incarcerandi*“) übertragen.⁵²⁸ Der Merseburger Bischof blieb als Universitätskanzler tätig, und wurde zudem im Rahmen einer kurfürstlichen Schlichtung zwischen der Stadt und der Universität vom 18. Januar 1452 als Appellationsinstanz festgesetzt.⁵²⁹ Weiterhin musste der Rektor durch die

⁵²⁴ BÜNZ (2009), S. 174.

⁵²⁵ BRÜDERMANN (1990), S. 36.

⁵²⁶ Dazu gehörten nicht nur Lehrende und Lernende, sondern auch sogenannte „Universitätsverwandten“. Darunter versteht man die Personen, die für den universitären Betrieb notwendig waren, wie etwa Apotheker, Ärzte, Buchbinder, Buchdrucker und sonstige Handwerker. Vgl. BOEHM (1996), S. 609; BÜNZ (2009), S. 140f.

⁵²⁷ RENTSCH (1922), S. 9; HOYER (1987), S. 168; HOYER (1999), S. 123.

⁵²⁸ HOYER (1999), S. 127.

⁵²⁹ CDSR, II/ 11, Nr. 111, S. 128: „*sal er [ein Unrecht begehender Student; H.S.] suchen und clagen für den geistlichen richtern die unser vater und herre selliger der universiteten von dem Romischen stule gnediclichen irworben had, die man conservatores nennet, adder für unserm obgnanten hern und frunde deme bischove zcu Merseburg also für eynem geordniten richter, und sal für denn einem sine clage vorfuren wie sich das geboret in rechtem*“. Vgl. auch HOYER (1999), S. 130. Bei diesem Vergleich wurde

Statutenveränderung vom 4. September 1466 dem Bischof den Täter bei Mord und bei schwerem Diebstahl ausliefern („*remittatur ad episcopum perpetuis*“).⁵³⁰ Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts fungierte der Universitätskanzler als Inhaber der Obergerichtsbarkeit sowie der Appellationsgerichtsbarkeit. Dagegen traten der Rektor und die Universitätslehrer als erste Gerichtsinstanz der Universität Leipzig in den Vordergrund.

Während die Zuständigkeiten des Bischofs als Universitätskanzler nach der Einführung der Reformation eingeschränkt wurde,⁵³¹ nahm der landesherrliche Einfluss deutlich zu. Als ein Beleg dafür können die bereits erwähnten Reformmaßnahmen Herzog Moritz angeführt werden. Nachdem die geistlichen Güter beschlagnahmt und der Universität geschenkt wurden, wurden 1543 auch die neuen Universitätsstatuten erlassen.⁵³²

Es kam in den 1570er Jahren zu weiteren Reformbemühungen. Es ist in der Forschung unumstritten, dass die komplexe Ordnung vom 1. Januar 1580⁵³³ „einen vorläufigen Schlußpunkt unter die konfessionspolitischen Auseinandersetzungen und die lutherische Konfessionalisierung des kursächsischen Territoriums“ setzte.⁵³⁴

Auch nach dieser landesherrlichen Universitätsordnung blieb der Rektor der Repräsentant der gesamten Universität. Zunächst musste der Rektor sich an die

gleichzeitig die Festnahme von Studenten behandelt. Dies wird an späterer Stelle weiter ausgeführt.

⁵³⁰ ZARNCKE (1861), S. 59f. Vgl. auch HOYER (1999), S. 130. Dies ging auf den Vergleich mit der Stadt vom 15. Juli im gleichen Jahr zurück. Dazu CDSR, II/ 11 Nr. 139, S. 173f.

⁵³¹ RUDOLPH (2010), S. 117.

⁵³² RUDERSDORF (2009), S. 373f. Zum Abdruck der Statuten ZARNCKE (1861), S. 76-94. Zum allgemeinen Prozess des landesherrlichen Eingriffs in universitäre Angelegenheiten vgl. STEIN (1891), S. 87-92.

⁵³³ Damit meine ich sowohl die „Kirchen- und Schulordnung“ und als auch die „Universitätsordnung“. Vgl. auch LUDWIG (2009), S. 4, Anm. 8. Meine Untersuchung beschränkt sich auf die Universitätsordnung.

⁵³⁴ LUDWIG (2009), S. 313. Vgl. auch WARTENBERG (1984), S. 69; KUSCHE (2010), besonders S. 34f. H. Junghans hat insbesondere die Initiative sowie die Einflussnahme des Landesherrn auf die Religions- und Schulpolitik betont. JUNGHANS (2007), besonders S. 233-238.

Bestimmungen der Statuten halten, damit „[...] Uns, unserer Landen und dererselben ihren vertrauten Jugent zu Nutz vnd Wohlfahrt, der Uniuersität aber zu Gedeyen und Aufnehmen, geführt werde“.⁵³⁵ In diesem Zusammenhang wurden die Qualifikation für Rektorkandidaten und das Verfahren der Rektorwahl in der Ordnung ausführlich bestimmt.⁵³⁶ Weiterhin ist festzuhalten, dass die Position des Rektors als erste Kontroll- und Sanktionsinstanz für das Alltagsleben der Universitätsangehörigen mit dieser Ordnung nicht Abrede gestellt wurde. Ein Abschnitt der Universitätsordnung lautete:

„[...] ein jeder Rector vnd Vice-Rector, unter andern die disciplinam publicam, auch derer Collegien vnd aller Studenten Wohnungen, dererselben Fleiß im Studiren, Leben und Wandel bey währenden seinen Ampt, vermöge der Statuten, zum wenigsten einmal zu visitiren, und fleißig zu erkunden, ihme hoch angelegen vnd befohlen seyn lassen, was ärgerlichs befunden, mit gebürendem Ernst straffen, und durch solch ihr stetiges Aufsehen der Jugent zum Fleiß, Gottesfurcht, und erbarem züchtigen Leben und Wandel, gute Anleitung geben“.⁵³⁷

Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass die Landesherren zunehmend Einfluss auf die Leitung bzw. die Verwaltung der Universität nahmen. Dies zeigt sich etwa am Wiederaufbau des Kanzleramts (*Cancellarius*).⁵³⁸ Der Grund dafür war, dass der Rektor wegen seines kurzen Amtsjahres keine dauerhafte Aufsicht über etwaige Missstände ausüben konnte.⁵³⁹ Die Aufgabe des Kanzlers bestand darin, die

⁵³⁵ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 718.

⁵³⁶ LUDWIG (2009), S. 314-317.

⁵³⁷ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 718. U. Ludwig hat diese Aspekt ohne weiterführende Verweise nur kurz erwähnt. LUDWIG (2009), S. 317. Auch RUDERSDORF (2009), S. 414 folgt ihrer Beschreibung.

⁵³⁸ Einen Überblick über die Funktionen dieses Amtes findet sich bei RIDDER-SYMOENS (1996), S. 157f. sowie bei LUDWIG (2009), S. 317-327.

⁵³⁹ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 718: „einen Rectorem, dessen Ampt nur halbjährig allene, nicht gnugsam Regiments halb vorsehen, und dadurch, das bey Universitäten nicht ein stetiger Auffseher gewesen, nicht wenige, sondern grosse Unrichtigkeit Uns und der Universität erfolget ist; [...]“. Vgl.

Einhaltung der universitären Privilegien und Freiheiten zu kontrollieren und darüber hinaus auch über die Einhaltung der Ordnungen, Satzungen und Statuten, die die Disziplin der Universitätsangehörigen betrafen, zu überwachen.⁵⁴⁰

Neben dem Kanzler bildeten auch die stetigen Kommissare eine Möglichkeit, den landesherrlichen Einfluss auf die Universität sicherzustellen.⁵⁴¹ Diese Kommission, die aus dem Oberhofrichter, einem Assessor vom Adel und, wenn nötig, einem landesherrlichen Rat bestanden,⁵⁴² hatten unterschiedliche Funktionen. So sollten sie etwa die Einhaltung der Universitätsordnung und der Universitätsstatuten ebenso kontrollieren, wie religiöse Angelegenheiten, oder und Streitigkeiten zwischen der Universität und dem Stadtrat oder der Bürgerschaft in ihren Aufgabenbereich fiel.⁵⁴³

Dass die Landesherren versuchten ihren Einfluss auf die Universität auszuweiten, zeigt sich auch an der Entwicklung des Amts des Rektors. Wie bereits skizziert, erschien der Rektor seit 1410 als Inhaber der Gerichtsbarkeit. Mit der Statutenerweiterung von 1412 wurde bestimmt, dass zusätzlich vier von jeder Nation ausgewählte Assessoren angestellt werden sollten, um den Rektor bei der Ausübung der Gerichtsbarkeit zu unterstützen.⁵⁴⁴ Sowohl die Assessoren als auch der Rektor hatten das Amt halbjährlich zu wechseln.⁵⁴⁵ Diese zeitliche Beschränkung wirkte sich nachteilig auf

auch LUDWIG (2009), S. 320. Diese Situation wurde bereits in den Reformvorschlägen des Tübinger Universitätskanzlers Jakob Andreäs problematisiert. LUDWIG (2009), S. 174f.

⁵⁴⁰ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 719. Vgl. auch LUDWIG (2009), S. 322.

⁵⁴¹ LUDWIG (2009), S. 328-330.

⁵⁴² CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 721: „daß forthin unser Ober=Hoffrichter so itzo ist, und künfftig sey, oder wer desselben stat halten wird, neben einem Assessorn vom Adel, welchen wir, wenn es die Nothdurfft erfordert, auch einen unseren Rätthe zuordnen wollen“.

⁵⁴³ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 721: „für allen Dingen iedes Theil besonders, wie dieser unserer Ordnung und Statutis nachgelebt werde, auch ob etwa gefährliche Trennungen, Irrthum oder Zanck in Religions=Sachen, oder zwischen der Universität und dem Rath, oder Bürgerschaft, ihrer Einkommen und Güter halben, oder sonsten“. Vgl. auch LUDWIG (2009), S. 329.

⁵⁴⁴ HOYER (1999), S. 123; LUDWIG (2009), S. 330.

⁵⁴⁵ LUDWIG (2009), S. 330.

die Rechtspflege und die Ausübung der Gerichtsbarkeit aus.⁵⁴⁶ Um die dauernde Geschäftsleistung zu ermöglichen und schwierigere Angelegenheiten behandeln zu können, wurde zudem das *consilium perpetuum* neu eingerichtet.⁵⁴⁷ Es bestand aus dem Rektor, den Vertretern jeder Nation, dem Kanzler, dem Ordinarius der Juristenfakultät und den Dekanen der anderen drei Fakultäten.⁵⁴⁸ Die Aufgabe dieses Gremiums bestand darin, zu überprüfen, ob der Rektor zusammen mit seinen Assessoren statuten- und ordnungsgemäß seine Tätigkeit durchführte.⁵⁴⁹

Die Universitätsgerichtsbarkeit wurde seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert dem landesherrlichen (Hof-)Gericht als Appellationsgericht unterstellt.⁵⁵⁰ Hierfür spricht die Mitgliedschaft des Oberhofrichters an der oben erwähnten Kommission. Ein weiteres Indiz hierfür ist ein kurfürstlicher Befehl vom 15. Oktober 1606, in dem gefordert wurde, die Universität wieder dem Oberhofgericht zu unterstellen.⁵⁵¹

Auch zu erwähnen ist die Stellung der Universität Leipzig im Dreißigjährigen Krieg. Genauso wie bei Stadtgeschichte ist hier eine neue Forschungstendenz zur Geschichte der Universität zu erkennen.⁵⁵² Die Universität nahm neben anderen städtischen Akteuren (wie etwa dem Stadtrat) aktiv an den Verhandlungen mit den Besatzern teil, und versuchte, ihre Privilegien bzw. Freiheiten zu sichern.⁵⁵³ Ein Ergebnis dieser

⁵⁴⁶ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 722.

⁵⁴⁷ RENTSCH (1922), S. 33; LUDWIG (2009), S. 330; RUDERSDORF (2009), S. 414. In der neueren Arbeit von S. Rudolph wird aber der Umstand etwas missverstanden, weil sie das oben erwähnte halbjährige Gremium mit dem *Consilium perpetuum* verwechselt hat. RUDOLPH (2010), S. 117.

⁵⁴⁸ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 722. Vgl. auch LUDWIG (2009), S. 331; RUDERSDORF (2009), S. 414. Es ist auch nicht zu übersehen, dass die Vertreter der Nationen durch die kurfürstlichen Kommissare bestätigt werden mussten. LUDWIG (2009), S. 332.

⁵⁴⁹ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 723. Vgl. auch LUDWIG (2009), S. 331; RUDERSDORF (2009), S. 414.

⁵⁵⁰ WOESTE (1998), Sp. 507; BUBACH (2008), Sp. 109.

⁵⁵¹ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 913f.: „Dieweil wir aber euch solchs nicht nachgeben, vielweniger Unsers Ober=Hof=Gerichts Jurisdiction, und daß die Academia darunter nicht gehören solte, disputirlich machen lassen können“. Dieser Befehl wiederholte sich am 6. August 1611. CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 915f.

⁵⁵² Zu dieser Tendenz siehe Abschnitt 2.1.2. der vorliegenden Arbeit.

⁵⁵³ Diese aktive Teilnahme der Universität hat W. Richter ausführlich herausgearbeitet. RICHTER (2009).

Verhandlungen ist ein Vergleich vom 23. Dezember 1642, mit dem die universitären Privilegien, Rechte und Gerechtigkeiten bestätigt wurden.⁵⁵⁴ Durch diese Versuche konnte die Universität die Einflussnahme von außen in innere Angelegenheiten, wie etwa den Lehrbetrieb oder das Personal, verhindern.⁵⁵⁵ In diesem Zusammenhang lässt sich festhalten: Auch wenn es zu Konflikten zwischen der Universität und den schwedischen Besatzern kam, wobei es häufig um Händel zwischen Studenten und Soldaten ging,⁵⁵⁶ wurde die universitäre Gerichtsbarkeit auch in der Kriegszeit nie in Frage gestellt.

Folgendes ist nun zu konstatieren: Nach der Gründung der Universität entwickelte sich die als Privileg erworbene Universitätsgerichtsbarkeit und sie wurde v. a. in Bezug auf die Bewahrung der studentischen Disziplin nicht grundsätzlich in Frage gestellt, auch wenn „die Ausbildung einer staatlichen Gewalt, die die Gerichtsrechte an sich zog, zu einer Schwächung der Akademischen Gerichtsbarkeit“ führte.⁵⁵⁷

2.4. Zusammenstöße zwischen städtischen Ordnungskräften und Universitätsangehörigen

Wie in Abschnitt 2.1.3. skizziert, mussten die städtischen Ordnungskräfte bei der Behandlung oder der Bekämpfung von Delinquenz sozusagen ‚an der Frontlinie stehen‘. Die Zusammenstöße zwischen ihnen und den Stadtbewohnern bzw. insbesondere den nachts in der Stadt umherschweifenden Universitätsangehörigen bildeten eine typische und auffällige Szene in der Universitätsstadt.⁵⁵⁸ Die Universität

⁵⁵⁴ ZIRR (2011), S. 21. Vgl. auch RICHTER (2009), S. 255.

⁵⁵⁵ ZIRR (2011), S. 35f.

⁵⁵⁶ ZIRR (2011), S. 33f. Hierbei wurde ein Tumult vom Juli 1649 als ein Beispiel genannt. Zeugenbefragungen über diesen Fall finden sich in StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 551.

⁵⁵⁷ BUBACH (2008), Sp. 109.

⁵⁵⁸ Zu Freiburger Beispielen siehe SIEBENHÜNER (1999), S. 90-93; LIERMANN (2007), S. 44f. Eine vergleichbare Bemerkung findet sich in BRÄUER (2013), S. 122-124. Siehe ferner Abschnitt 6.5.3. der vorliegenden Arbeit.

Leipzig setzte zwar eigene Normen gegen verschiedene Verstöße (wie etwa Gewalttaten, das Waffentragen oder nächtlichen Ausgang⁵⁵⁹) und übte eigene Gerichtsbarkeit aus, jedoch verfügte sie selbst über kein Exekutivorgan. Es ist daher als besonders Merkmal der Universitätsstadt zu verstehen, dass die Universität bei der Behandlung delinquenter Studenten außerhalb der Universitätseinrichtungen auf städtische Ordnungskräfte angewiesen war.⁵⁶⁰ Hierbei lässt sich hinsichtlich der bereits erwähnten Nebentätigkeit der Handwerker von einer latenten Rivalität zwischen Studenten und Handwerkern ausgehen, wie B. Krug-Richter schon am Freiburger Beispiel erwähnte:

„Da neben den städtischen Amtleuten auch Angehörige der Zünfte Wachdienste innerhalb der Stadt übernehmen mußten, wirkten das generell konfliktträchtige Verhältnis zwischen den Freiburger Bürgern und den Angehörigen der Universität sowie auch die Rivalitäten zwischen den unterschiedlichen männlichen Jugendgruppen bis in die Zusammenstöße zwischen Wacht und Studenten hinein“.⁵⁶¹

2.4.1. 15. Jahrhundert

Dieser potentiellen Verschärfung der Konflikte entsprechend, behandelten die universitären Normen selbst dieses Thema. Ein früheres und gutes Beispiel liefern die Zusatzbeschlüsse der Universitätsstatuten von 1422. Wenn jemand einen Zirkler oder einen Stadtknecht angriff, sollte dem Missetäter entweder eine Geldstrafe oder eine

⁵⁵⁹ Siehe dazu Abschnitt 4.3. der vorliegenden Arbeit.

⁵⁶⁰ HOYER (1987), S. 168; RUDOLPH (2010), S. 119f.; BÜNZ/ SEMBDNER (2015), S. 558. Eine vergleichbare Bemerkung findet sich in SIEBENHÜNER (1999), S. 89.

⁵⁶¹ KRUG-RICHTER (2004a), S. 91. Siehe auch in LIERMANN (2007), S. 45.

Haftstrafe im Turm auferlegt werden.⁵⁶²

Außerdem ist zu bemerken, dass diese Konfrontationen vor dem Hintergrund eines potentiellen Konkurrenzverhältnisses zwischen Stadt und Universität um die Zuständigkeit bzw. die Reichweite der nebeneinander existierenden städtischen bzw. universitären Gerichtsbarkeit zu sehen sind.⁵⁶³ Daher wurden auch die Aufgaben bzw. Kompetenzen der städtischen Wächter bei Verhandlungen bzw. Vergleichen zwischen Stadt und Universität behandelt, was in Leipzig bereits seit dem 15. Jahrhundert nachweisbar ist. Laut einer Übereinkunft von 1429 durfte die städtischen Kräfte diejenigen Studenten festnehmen und ins städtische Gefängnis bringen, die mit Waffen oder ver mummt herumstreifen oder sich den Zirkeln verbal oder physisch widersetzen würden.⁵⁶⁴

Bei einer kurfürstlichen Beilegung zwischen der Stadt und der Universität vom 18. Januar 1452⁵⁶⁵ wurde wiederum das Festnahmerecht der städtischen Funktionsträger gegen Studenten festgesetzt.⁵⁶⁶ Bei einem Vergleich von 1466, in dem es sich um

⁵⁶² Die Strafen wurden je nach der Schwere der Verletzung differenziert. Siehe ausführlich ZARNCKE (1861), S. 56: „5. Item in domo communi percuciens vel alio modo iniuriose corporaliter offendens, citra tamen sanguinis effusionem vel offensam enormem, aliquem circulatorem vel famulum civitatis in negocio civitatis, aut famulum universitatis in negotio universitatis, solvat duos florenos pro poena vel sedeat in turri per quindenam. 6. Si vero in loco praescripto aliquem de praedictis iniuriose offenderit ad sanguinis effusionem vel offensam enormem, citra tamen mutilacionem, in quatuor florenis puniatur vel sedeat in turri per mensem. Extra vero locum praedictum aliquem de circulatoribus vel famulis civitatis in negocio civitatis iniuriose corporaliter offendens vel percuciens, citra tamen sanguinis effusionem vel offensam enormem, solvat unum florenum pro poena vel sedeat in turri per dies octo. 7. Si vero ad sanguinis effusionem vel offensam enormem, citra tamen mutilacionem, extra locum praedictum aliquem de praescriptis circulatoribus vel famulis civitatis in negocio civitatis offenderit, in duobus florenis puniatur vel sedeat in turri per quindenam. 8. Item sie quis aliquem de circulatoribus vel famulis civitatis in negocio civitatis aut famulum universitatis in negotio universitatis mutilaverit, in octo florenis puniatur vel sedeat in turri per duos menses“.

⁵⁶³ SIEBENHÜNER (1999), S. 90; KRUG-RICHTER (2004a), S. 91.

⁵⁶⁴ ZARNCKE (1861), S. 63: „conclusum est concorditer per omnes quatuor naciones stuud Lipczensis, quod decetero per unum annum dumtaxat, a praefata die incipiendo, magister civium et consules habeant auctoritatem detinendi et incarcerandi studentes transeuntes die vel in nocte cum armis aut velata facie vel circulatoribus obviantibus respondere nolentes aut alias excedentes“. Siehe auch HOYER (1999), S. 133; RUDOLPH (2010), S. 120; BÜNZ/ SEMBDNER (2015), S. 558. Diese Bestimmung wurde 1458 erneuert. Siehe dazu ZARNCKE (1861), S. 63.

⁵⁶⁵ Siehe auch Abschnitt 2.3.2. der vorliegenden Arbeit.

⁵⁶⁶ CDSR, II/ 11, Nr. 111, S. 127: „Zcum andern male sprechen wir [...], das die czirkeler und andere

Behandlung von schwereren Vergehen (wie etwa Mord, Diebstahl) durch Studenten handelte, wurde wiederum bestätigt, dass der Stadtrat die Verbrecher festnehmen durfte. Zugleich sollte er jedoch umgehend den Rektor informieren und den Verbrecher an die Universität ausliefern.⁵⁶⁷

Die hier behandelten Vergleiche in den 1450ern und 1460ern waren Ergebnisse der direkten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität,⁵⁶⁸ wobei der Landesherr keine zentrale Rolle spielte, sondern er bestätigte lediglich die Vergleiche.⁵⁶⁹ Der Landesherr konnte aber auch aktiv in Konflikte eingreifen, so etwa bei der sogenannten „Schusterfehde“ von 1471⁵⁷⁰ sowie beim studentischen Aufruhr gegen eine neu erlassene Kleiderordnung von 1482.⁵⁷¹ Diese Beispiele implizieren zugleich, dass eine direkte Zusammenarbeit der Stadt und der Universität die Konflikte nur unzureichend behandeln konnten.⁵⁷²

2.4.2. Die Kompaktaten von 1580 und 1605

Die Versuche der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität im 15. Jahrhundert finden sich auch in anderen Universitätsstädten. So konnte B. Krug-Richter für

dyner unser stad Lipczk sullen volle macht und gewalt haben an zcugriffene die studenten und den sie hirnachmals finden werden vff der gasse ane licht mit schedelicher were adder in ander missetat noch lute der glochen die man ‚Cavete‘ nennet und sie zcufurene ane grosse vorserunge der personen uff das rathuß und sie aldar in ein erlich beheltniß zcu seczene, zcu besliessene und so lange zcu behaldene das der rector noc en sendet“. Vgl. auch HOYER (1999), S. 133f.; RUDOLPH (2010), S. 120; BÜNZ/SEMBDNER (2015), S. 560. Zu „Cavete“ siehe ausführlicher Abschnitt 4.1.2. der vorliegenden Arbeit.

⁵⁶⁷ CDSR, II/ 11, Nr. 139, S. 173: „sullen unnd wollen wir burgermeister, rath unnd stat obingnant eyntzlichen student wellichs weßens unnd stants er sey, von stundt am tage unnd yn der nacht zcu hantfuren wo er von uns adder den unnßirn begriffen wirt yn großen adder cleyenen sachen, das wir danne yn sollicher zciit dem rectori, der zcu der zeit wirt seyn, vorkundigen und von stunt ßo er den famulum universitatis dornoch schicket om ane alle widderrede denselbien antworten, doch mit vorsicherunge dye der begriffen thuen sal als vor alders gehalten ist“. Vgl. auch RUDOLPH (2010), S. 120; BÜNZ/SEMBDNER (2015), S. 560.

⁵⁶⁸ Vgl. auch KUSCHE (2009), S. 401.

⁵⁶⁹ HOYER (1987), S. 169.

⁵⁷⁰ BRUCHMÜLLER (1912); HOYER (1987), S. 170; HOYER (1999), S. 134-136.

⁵⁷¹ HOYER (1987), S. 171; HOYER (1999), S. 136f.

⁵⁷² M. Schuh hat diese Einschaltung der Landesherren am Beispiel Ingolstadts herausgearbeitet. SCHUH (2011), S 90f.

Freiburg im Breisgau herausarbeiten, dass im „Hintergrund der zahlreichen Konfrontationen zwischen der städtischen Wacht und den Studenten der Freiburger Universität [...] latent immer auch das Konkurrenzverhältnis zwischen Universität und Stadt um die Absteckung der jeweiligen juristischen Terrains [stand]“.⁵⁷³

Da das Nebeneinander bzw. das Konkurrenzverhältnis zwischen der städtischen und der universitären Gerichtsbarkeit in Leipzig bis in das 19. Jahrhundert andauerte,⁵⁷⁴ verblieb parallel dazu das Problem der Zusammenstöße der städtischen Ordnungskräfte mit den Universitätsangehörigen über das 15. Jahrhundert hinaus virulent.

In diesem Kontext sind zwei große Kompaktaten zu nennen, die jeweils am 17. Januar 1580 und am 5. Februar 1605 zwischen Stadt und Universität geschlossen wurden.⁵⁷⁵

In diesen wurden die lang dauernden Streitpunkte der universitären Privilegien sowie der universitären Gerichtsbarkeit umfassend behandelt. Im Folgenden möchte ich näher auf das Problem der städtischen Wächter eingehen.

In den Kompaktaten von 1580 wurde städtischen Wächtern und Dienern das Recht eingeräumt, delinquente Studenten festzunehmen. Zugleich musste in diesem Fall sofort der Rektor benachrichtigt werden, und der delinquente Student musste an die Universität übergeben werden:

„Es soll vnd will auch E. E. Rath ihre gerichte vnd jurisdiction wieder obbenante der Vniuersität personen nicht misbrauchen noch die studenten vnd andere der Vniuersität verwante durch die wache an ihren leibe vnd leben nicht beschädigen noch in vnleidliche oder schwere verwahrung setzen laßen, sondern es sollen vnd

⁵⁷³ KRUG-RICHTER (2004a), S. 91.

⁵⁷⁴ HOYER (1987), S. 172; RUDOLPH (2010), S. 127.

⁵⁷⁵ Ein kurzer Überblick findet sich bei RUDOLPH (2010), S. 122. Dieser stützte sich auf zwei kurze Niederschriften, die im Stadtarchiv Leipzig überliefert sind. StadtAL, Tit. VII C, Nr. 164, Vol. 1, insbesondere fol. 17r-18r, und fol. 19r-22v. Im Folgenden verweise ich auf eine Sammlung der Abschriften, die im Universitätsarchiv Leipzig überliefert ist. UAL, Rep. II/ XI, Nr. 2.

*wollen Bürgermeister, Rath vnd Stad Leipzig ein itzlichen studentenn, welches wesens oder standes die sein, von stunde an am tage vnd in der noch [sic!; nacht?] zu hand früe, wo er von ihnen oder den ihren begriffen, in großer oder kleinern sachen, als dann in solcher zeit dem Rectori der zu der zeit wird, verstandigen, vnd von stund so er den famulum Vniuersitatis darnach schickett, ohne alle widerrede denselben ausantwortten“.*⁵⁷⁶

Dieses Zitat zeigt, dass der Vergleich von 1466 die Grundlage für diese Aufgabenteilung zwischen Stadt und Universität bildete.⁵⁷⁷

Auch die Kompaktaten von 1605 behandelten, wenngleich in ausführlicherem Maße, die konkurrierenden Gerichtsbarkeiten der Stadt und der Universität. Der zweite Punkt behandelte die Frage, *„ob die scholaren vnd Vniuersität verwanten, inmaßen dieselben itzt nacheinander benant vnd beschrieben, eben so wohl in peinlichen, als bürgerlichen fällen der privilegien sich zu erfreuen haben, vnd dem Rectori vnterworffen sein sollen“.*⁵⁷⁸ Es wurde grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Studenten bzw. die Universitätsverwandten der Gerichtsbarkeit des Rektors unterstehen sollten.⁵⁷⁹ Daher wurde, genauso wie von 1580, bestätigt, dass die Stadt das Recht hatte, delinquente Studenten festzunehmen. Dieses musste jedoch wie zuvor dem Rektor verkündigt werden, und der Delinquent musste ohne unrechtmäßige Verletzungen oder Verwahrung an die Universität abgeführt werden:

⁵⁷⁶ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 2, fol. 44r.

⁵⁷⁷ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 2, fol. 44r-44v: *„es hierinnen vermöge der compactaten Anno. 1466. zwischen beyden theilen vferichter“.* Als einen weiteren Beleg möchte ich darauf hinweisen, dass Abschriften der bisherigen verschiedenen Vergleiche bzw. Beschlüsse (z. B. von 1452 oder von 1466) in diesem Aktenkomplex überliefert sind. Zur kurfürstlichen Beilegung von 1452 siehe UAL, Rep. II/ XI, Nr. 2, fol. 64r-65r; zum Vergleich von 1466 ebd. fol. 65v-66v.

⁵⁷⁸ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 2, fol. 76v.

⁵⁷⁹ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 2, fol. 76v: *„das vber die jenigen, so der vorgesetzten scholaren vndt Vniuersität verwanten nahmen führen vnd gemeiner Vniuersität privilegien sich gebrauchen können, dem Rectori so wohl in criminalibus als auch in civilibus die jurisdiction nicht alleine vermöge beschriebener rechten vnd gemeiner Vniuersität habenden privilegien zustehen vnd bleiben“.*

„wann ein student oder Vniversität verwandter in der Stadt vnd in vorstättten, es sey gleich in kleinen oder großen sachen, dermaßen verbrochen, das ihre gefangen zu nehmen die notturfft erfordern wird, das als dann der Rath in krafft des in anno 1446 [sic!] aufgerichten vnd in a[nno]. 1580. in diesen puncten wieder erneuerten vertrags den angriff zu thun befugt sein ./: doch das es durch die gerichtsdienere an seinen leibe vnd leben nicht beschädiget noch in vnleidliche oder schwere verwahrung gesetzt werde ./ vnd do der verbrecher an tage begriffen, sollen alsbalden vnd von stunden in fall aber er bey nacht eingezogen worden, morgens frue dem Rectori auf zuuor beschehene anzeige vnd verbindung ausgeantwortet werden solle.“⁵⁸⁰

2.4.3. Unterschiedliche Stellungnahmen

Ein Hintergrund für die umfangreichen Kompaktaten waren unterschiedliche Positionen der Stadt und der Universität. Im Folgenden werden die mit den zwei Kompaktaten zusammenhängenden Debatten genauer betrachtet.

1577, 1579

Der Abschluss der oben erwähnten Kompaktaten von 1580 war sowohl mit dem Erlass der kursächsischen Kirchen- und Universitätsordnung vom 1. Januar 1580, als auch mit den diese Ordnung vorbereitenden Universitätsvisitationen in 1570er Jahren verbunden. Bereits bei den Visitationen war die Aufgabenteilung zwischen der Stadt und der Universität ein wichtiges Thema. Im Laufe der Universitätsvisitationen von 1576/77, die auf eine Reform der kursächsischen Kirchen und Universitäten zielten,⁵⁸¹

⁵⁸⁰ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 2, fol. 76v-77r.

⁵⁸¹ U. Ludwig fasste den Unterschied zwischen der Visitation von 1574 und denen von 1576/77 wie folgt zusammen: „Während die erste Visitation vorrangig das Ziel hatte, Irrlehren aufzudecken und den vermuteten »Kryptocalvinismus« zu beseitigen, dienten die weiteren Visitationen darüber hinaus der

reichte die Universität am 19. April 1577 einen Bericht beim Kurfürsten ein.⁵⁸² Darin bezog sich die Universität ausdrücklich auf den Vergleich von 1466, womit sie die Aufgabenteilung mit der Stadt in Bezug zu dem Problem der privilegierten Universitätsgerichtsbarkeit setzte:

*„Zum andern, ob wohl anno 1466, durch E. Churfl. G. hochlöbliche vordere, etliche compactata zwischen der Vniuersitet vnnd dem Rathe alhier auffgerichtet worden, so seint doch derselbigenn, so wohl auch der priuilegien halben allerley misverstende, ein zeitlang hero zwischen gemelter Vniuersitett vnnd dem Rathe vorgefallen, daraus dann allerley zerruttung vnnd vnordnung in dieser Vniuersitett erfolget.“*⁵⁸³

Im Sommer 1579 war die Vorbereitung für die Universitätsordnung so weit vorangeschritten, dass Verhandlungen zwischen den Visitationskommissaren⁵⁸⁴ und den Universitätsmitgliedern jeweils in Wittenberg und Leipzig durchgeführt wurden.⁵⁸⁵ Zu den Leipziger Verhandlungen⁵⁸⁶ wurde auch der Stadtrat hinzugezogen. Dabei wurde die Behandlung gegenüber Studenten durch städtische Wachpersonen als einer der Streitpunkte zwischen der Stadt und der Universität thematisiert:

„Mitt dem Rath haben wir vns etzlicher artickel halb, die mit ihnen tzuhandeln, fleissig vnderrede gehalten, nemblich die relaxtion juramenti, ob einer der burger

Vorbereitung der neuen Kirchen- und Universitätsordnung“; LUDWIG (2007), S. 91. Ludwig untersuchte zudem ausführlich, welche (wichtige) Rolle der lutherischer Theologe und Tübinger Universitätskanzler Jakob Andreä in diesen Reformmaßnahmen spielte. LUDWIG (2009), S. 163-291.

⁵⁸² Der Bericht lautete nach dem „Repertorium“: „Bericht und bedenken derselben an denselben, uber 25. von Churf. durchl. ihnen zue berathschlagung zugefertigte artikel, verschiedene mängel bei der academie und deren abstellung betr. nebst 9 verschiedenen andern puncten, so in jenen artikel nicht benannt gewesen“; SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10533/ 02, o. Pag.

⁵⁸³ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10533/ 02, fol. 200v-201r.

⁵⁸⁴ Ein kurzer Überblick über den unterschiedlichen Einsatz der Kommission findet sich in LUDWIG (2008a), S.42f.

⁵⁸⁵ LUDWIG (2007), S. 96.

⁵⁸⁶ Das Ergebnis wurde am 17. Juli 1579 als „Relation von der Vniuersitet Leiptzig“ von Visitatoren verfasst. SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 06, fol. 2r-9v. Siehe auch LUDWIG (2007), S. 96.

*were, zum Rectori oder Consiliario perpetuo erwehlet wurde, das ihre wach also versehen, das junge leutt, die tzu nechtlichem vmbschweiffen oder anderen vntzimlichen sach[en] vorfurth, nicht feindtlich gehandelt, vnd an ihrer gesundtheitt vorletzt, das nechtlich vmbschweiffen auch, vnd was ergerliches daraus erfolget, gantz abgeschaffen werde“.*⁵⁸⁷

Die unterschiedlichen Positionen diesbezüglich der Stadt und der Universität lassen sich im folgenden Schriftwechsel noch ausdrücklicher erkennen.⁵⁸⁸ Die Universität legte zunächst „*nachuolgende artickel, dauon in der zukunfftigen vorgeleichung gehandelt werden solle*“ vor, weil „*zwischen einem Erbarn Rath zu Leiptzig vnd der löblichen Vniuersitet doselbst allerley irrung vnd mißuorstende wegen der Vniuersitet priuilegien, immuniteten vnd freiheiten, auch der compactaten halben furgefallen*“ hatten.⁵⁸⁹ Im fünften Punkt ging es um die Behandlungen gegen Universitätsangehörigen. Es ist hierbei bemerkenswert, dass die Universität sich direkt auf den Vergleich von 1466 bezog.⁵⁹⁰ So beschwerte sich die Universität, dass es häufig zu Versäumnissen komme in Bezug auf die Überstellung der festgenommenen Studenten. Zudem ging es um die aus Sicht der Universität unrechtmäßige Inhaftierung

⁵⁸⁷ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 06, fol. 8v.

⁵⁸⁸ Im Folgenden stützte ich mich auf zwei Schreiben, die in einer Schrift vom Stadtrat an den Kurfürsten August am 5. Dezember 1579 beigelegt wurden. Siehe dazu SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 05, fol. 39r-40v. Das erste Schreiben wurde von der Universität verfasst und am 5. August 1579 an den Stadtrat übergeben: Ebd. fol. 41r-44v. Das zweite Schreiben wurde vom Stadtrat als eine Antwort auf das erste Schreiben verfasst, ist aber nicht datiert: Ebd. fol. 45r-51v. Alle hier genannte drei Schrifte sind aber vermutlich vom Geheimen Rat abgeschrieben.

⁵⁸⁹ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 05, fol. 41r.

⁵⁹⁰ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 05, fol. 43r-43v: „*ob wol die zwischen einem Erbarn Rath vnd der Vniuersitet alhier aufgerichte compactaten des inhalts sein, vnd mit volgenden wortten besagen, das ein Erbar Rath einen itzlichen studenten, welches wesens oder standes er sey, von stundt am tage, vnd in der nacht zuhandt frue, wo er von des Raths dienern begriffen wirdt, in grossen oder kleinen sachen, dem, zu der zeit, Rectori verkundig[en] vndt von stundt, so er den Famulum Vniuersitatis darnach schicket, ihme ohne alle widerrede denselbigen antworten solle, vnd wolle, auch das der Vniuersitet zugehörige personen, die nicht auff frischer öffentlicher peinlicher vbelthat begriffen, nicht sollen gefangen noch eingesetzt, sondern bei dem Rector vnd Vniuersitet wie billich beclagt, vndt gestraffet werden*“.

von Universitätsangehörigen durch die städtischen Diener sowie um Festnahmen im Rathaus:

*„So seindt doch solcher abgeredten vorwilligung zuwieder, nicht allein die, so auff vbrechung begriffen, dem Rector nicht altzeit verkundiget, noch dieselbigen auff bescheenes des Famuli abfordern alß baldt geuolget, sondern auch die studenten, so auf keiner vbelthat begriffen, oftmals auff vngegründetes angeben, aus ihren in der Stadt gemiehteten habitationen, schlaffkammern vndt betten, von des Raths dienern angenommen, aufs Rathhaus gefuhret, vnd gefenglich eingetzoen worden“.*⁵⁹¹

Aus Sicht der Universität konnte die unrechtmäßige Behandlung gegenüber Studenten durch städtische Wächter und die mangelhafte Aufgabenteilung zwischen Stadt und Universität dazu führen, dass die Funktionen der privilegierten Universitätsgerichtsbarkeit in Frage gestellt wurden.

Der Stadtrat hatte diesbezüglich eine andere Meinung, wenngleich er den Vergleich von 1466 nicht grundsätzlich verneinte. Zunächst nannte er viele Vergehen von *„frembde[n] studenten, so noch nicht immatriculirt, auch andere[n] die nicht studenten sein, anher kommen“*, und sie hätten *„mit den Famulis Vniuersitatis vor sich oder durch andere ihre gesellen heimlichen verstandt machen, oder sich selbst vor studenten außgeben, vnd also vnter falschem schein ohne straff sich daruon bringen wollen“*.⁵⁹²

Diese komplizierte Täterschaft bildete eine Schwierigkeit für den Stadtrat. Er verteidigte sich gegen den Vorwurf, dass verhaftete Studenten zu spät dem Rektor angezeigt würde:

„wo mann nicht gewis weis, das die eingetzoene, studenten sein, oder auch wan sie delicta enormia vnd vonnöten, das dieselben vom hern Rectore wieder zu gefengnus

⁵⁹¹ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 05, fol. 43v.

⁵⁹² SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 05, fol. 49v-50r.

*eingezogen werden, damit man sich rechtens an ihnen zu erholen, da erfordert die noth, das man sich bei dem hern Rectori zuuorn erkundige, vnd s[alvo]. m[eliore]. die delicta lasse antzeigen, damit der carcer zugerichtet auch do es vonnöthen, der gefangene mit den knechten vor das collegium wie breuchlich geleitet“.*⁵⁹³

Zugleich betonte der Stadtrat, dass häufig Studenten nachts in der Stadt umgingen, woraus nicht selten schwere Delikte, wie etwa Totschlag oder allgemein Gewalttätigkeit resultiere. Dabei sei es für den Stadtrat jedoch schwierig, die Täter zu finden:

*„Das aber auch studenten des nachts aus ihren habitationen in der Stadt, auffgehaben, das ist sonder zweiffel ohne erhebliche vrsachen nicht gescheen, sondern in enormibus delictis, alß todtschlagen vnd andern vorgewaltigung, wie sich die nach gelegenheit zutragen, vnd wenn man nicht weis, wer die theter, ob es studenten oder nicht, da heist, es, qualem te inuenio talem te iudico“.*⁵⁹⁴

Daher habe der Stadtrat Sorge, dass: *„viel mörder vnd vbeltheter vnd andere vobrecher aus der Stad dauon [kehmen], ehe dan es der Rector oder die Vniuersitet innen wurde“.*⁵⁹⁵ Er hatte also aus seiner Sicht einen Anspruch darauf, die Verbrechen (v. a. bei schweren Delikten) rechtmäßig und intensiv zu ahnden und somit die öffentliche Sicherheit zu bewahren,

„weil ein Erbar Rath vnd gemeine Stadt von alters her, von ihren löblichen Landefursten, Chur vnd Fursten, so wol auch zufferst von den Römischen Keysern vnd Königen, hochlöblicher milder gedechtnus, nicht weniger alß die Vniuersitet stadlich priuilegiret vnd begnadet, so hat auch dem Rath nicht weniger

⁵⁹³ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 05, fol. 50r.

⁵⁹⁴ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 05, fol. 50r-50v.

⁵⁹⁵ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 05, fol. 50v.

*gebührt, vnd noch, ab solchen ihren priuilegien, hergebrachten gewonheit vnd gerechtigkeit zuhalten, daruber sie auch billich nicht zuuordenckenn“.*⁵⁹⁶

In diesen Verhandlungen von 1579 werden die unterschiedlichen Argumentationen der Stadt und der Universität deutlich. Zudem stützten sich beide Seiten hauptsächlich auf die vorherigen Vergleiche oder Verhandlungen.

1585

Das Problem der unterschiedlichen Positionen der Stadt und der Universität konnte durch die Verhandlungen in den 1570er Jahren und durch die Kompaktaten von 1580 nicht völlig gelöst werden. Auch in den folgenden Jahren kam es immer wieder zu Streitigkeiten über dieses Thema. Dies zeigt sich etwa an den Auseinandersetzungen von 1585. Als Ausgangspunkt kann ein Bittgesuch der Universität dienen, dass diese am 16. September 1585 bei den kurfürstlichen Räten einreichte. In diesem Bittgesuch schlug sich der Anspruch der Universität auf die Bewahrung ihrer eigenen Privilegien bzw. Gerichtsbarkeit deutlich nieder. Es ging hauptsächlich um eine Beschwerde über *„solches thetliches vnd gewaltsames beginnen [von dem Leipziger Rat; H.S.] wieder der Vniuersitet habende priuilegia, alten vndt neuen bestetigten compactaten, confirmirten transactionen, vnd sonderlich[en] der Churfurstlichen Sächsischen neuen ausgegangenen reformation ordnung, vorgehommen“.*⁵⁹⁷ Die Universität bat daher den Kurfürsten, die ungebührlichen Handlungen des Stadtrates zu ahnden.⁵⁹⁸

⁵⁹⁶ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10596/ 05, fol. 46r-46v.

⁵⁹⁷ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 19r.

⁵⁹⁸ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 19r- 19v: *„So werden an dieselbige wir solche gefehrliche grosse beschwerung vermöge vnser gethanen pflichten, gelangen zulassen gedungen hiermit gantz dienstlich bittende, E. Gestrengk. wollen sich hierin vnser vnd der Vniuersitet verwandten gönstiglich annehmen, vnd vermöge ihres ampts einem Erbarn Rath alhier solches alles vnbeschwert verhalten, mit erinnerung das der Rath solche enormes excessus wieder die vnsern keines wegs verthetigen können, vnd derowegen in hohe straff gefallen, welche dan dem Churfursten zu Sachssen vnd Burggraffen zu Magdeburgk, vnserm Gnedigsten Herren, wir auch*

Aus Sicht der Universität kam es sowohl zu Angriffen von Wächtern bzw. Häschern gegen Universitätsangehörige, als auch zu gewalttätigen und ungebührlichen Verhaftung. Als ein markantes Beispiel lässt sich ein Konflikt des 20. April 1585 nennen. Die Häscher des Rates hätten *„einen studiosum, welcher etwa drey tage zuuorn zum predigambt beruffenn vnd ordiniret worden beneben einem Magistro Artium vnd zwen student[en] nicht allein vbel beschediget, vnd die nacht vnuorbunden in dem gefengknus ligen lassen“*.⁵⁹⁹ Diese Gefangenen wurden trotz *„des herrn Rectoris abforderung“* nicht sofort dem Rektor zugeführt, sondern erst am nächsten Tag aus dem Gefängnis freigelassen. Noch problematischer waren die folgenden Handlungen der Häscher, die keinen Respekt gegenüber dem Studenten zeigten und ihn sogar demütigten:

„[die Häscher] haben ferner dieselben nicht denn gewöhnlichen gang vff das Rahthauß, sondern durch des diebes treplein, durch welches man die mißthatt[er] zum peinlichen gerichtte bringet mit der handt gefuhret. Sie [Die Häscher; H.S.] haben auch den gefangenen nicht wasser zulassen wollen, damit sie sich vonn dem schweiß oder bluet reinigen möchttten, sondern es hatt der ordinirte seine schäden vff dem kopff mit einem sehr pluettlichen wuschtug bedecken, vnd mit einer weiber schauben an statt seines manntels angethan neben andern seinen mittgefangenen durch das volck in die Rahtstuben gehen müssen“.⁶⁰⁰

Zu einem ähnlichen Konflikt kam es am 1. Mai. Die Wächter hätten *„drey studenten vom adell als nemlichen Vitum von Nauhausen, so bey H[err]n D. Sellnecker wohnet,*

vnderthenigst anheime stellen“. Als solche Behandlungen wurden verschiedene Geschehen vom April bis September 1585 genannt: *„Vorzeichnus ettlicher felle so sich diß halbjar vber zwischen der Vniuersitet vnd den Raht alhier zu Leiptizgk zugetragen vnd streitigk worden“*. Die Universität und der Stadtrat formulierten eigene Stellungnahmen für jeden Fall. Die Niederschriften finden sich in ebd., fol. 22r-29v.

⁵⁹⁹ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 22r.

⁶⁰⁰ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 22r-22v.

*Melchior Brummern, vnd Heinrichen Eraßmus von Einsiedell, noch am hellen liechten tage angefallen, [...], vnd biß vff denn thodt verwundet vnd beschediget“.*⁶⁰¹ Dabei wurde nicht berücksichtigt, dass *„der vonn Nauhausenn keine wehre, Melchior Brummer aber woll eine wehre bey sich gehapt aber vor dem angriff dieselbige nicht außgetzogenn“* hatte.⁶⁰² Genauso wie bei dem letzten Fall kam es auch hier zu einer demütigenden Behandlungen der Studenten durch die Häscher, die hier insbesondere den dritten Gefangenen betrafen:

*„Der trittte aber von Einsidel welcher darbey gestanden vnd keinem mensch[en] zuwider gewesen, auch weder wehre noch brodtmesser bey sich gehapt, ist vonn denn heschern mehr den eines zu boden geschlagen, vnd am liechten tage fur allem einheimischen vnd außlendischen volcke, so zu vorstehendem marckte anhero kom[m]en, wie ein offener mißhendtler in das gefengkhus gefuhret, vnd mit sehr spöttlichenn wortten doselbe angelassenn worden“.*⁶⁰³

Diese unangemessenen Verhaltensweisen der Häscher vom 1. Mai stellte die Universität auch am 7. Mai wie folgt dar: *„Weil wegenn der oberwentten dreien vom adel erkundigung genommen wordenn, daß die wache zuuiel gethan wurdt von dem Burgermeister begeret, diejenig[en] so dieselbig[en] [die drei Adligen; H.S.] beschediget vnd also geschimpffet in die hafft zu nehmen“.*⁶⁰⁴

Am 16. August wurde der Student Fridericus Peutznerus aus Görlitz von den Wächtern *„mit grossen geschrey schlege thodt den schelm, schlege todt den schelm, schlege thodt“* angegriffen und ertappt. Er wurde dabei *„so vbel vorwundet, das er selbst*

⁶⁰¹ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 23v.

⁶⁰² SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 23v-24r. Das Problem, wie die städtischen Ordnungskräfte mit dem Waffentragen der Universitätsangehörigen umgehen sollten, wurde auch am 10. August 1585 behandelt. Dazu siehe Abschnitt 4.4.2. der vorliegenden Arbeit.

⁶⁰³ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 24r.

⁶⁰⁴ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 25r.

*zugehen od[er] stehen nicht vormöcht, so habenn die hescher ihn halb getragen vnd geschleppet, vnd vnder wegen vff den rücken braun vnd blaw geschlagen, auch dermassen in denn kopff vorwundet“.*⁶⁰⁵ Aufgrund dieses Umstandes müsse der Rektor selbst, laut der Aussage der Universität, *„des thetters halben zu inquiriren bey dem Raht angehaltten“* haben.⁶⁰⁶ Das Ansuchen des Rektors wurde auch bei der Verhaftung eines anderen Studenten deutlich: *„so habenn sie [die Wache; H.S.] doch endtlichen, [...], vnder sich einen thetter gemacht mit namen Caspar Stange, welchen der Raht auch vff des Rectors anhalttenn gefengklichen eingenommen“.*⁶⁰⁷

Die Kritik der Universität über unangemessene und gewalttätige Behandlung gegenüber Studenten durch städtische Funktionsträger bezog sich hauptsächlich auf zwei Punkte: Erstens wurden die gefangenen Universitätsangehörigen, wie im Fall vom 20. April erkennbar ist, nicht sofort an den Rektor abgeführt.⁶⁰⁸ Dies war nach Meinung der Universität ein Verstoß gegen die Kompaktaten. Zum zweiten wurde der Stadtrat angehalten, dass *„die stadtknecht wegen ihres vielfaltigen begangenen mördtlichen freuels, ernstlich gestrafft werden mögen“.*⁶⁰⁹ Die Universität beschwerte sich zudem am 4. September über die Freilassung eines Häschers, der einen Studenten geschlagen hatte: *„Hatt der herr Rector bey dem Raht anhaltten lassen, er wurde berichtet das der hescher so den studentenn geschlagen, widerumb loßgelassen were derowegen wolte er gebeten haben denselben also zuuerwahren, das man sein vffn nohtsfall köntte mechtigk sein“.*⁶¹⁰

Eine weitere Beschwerde der Universität bezog sich auf die Anstellung der Wächter.

⁶⁰⁵ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 28r.

⁶⁰⁶ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 28r-28v.

⁶⁰⁷ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 28v.

⁶⁰⁸ Ein Ähnliches findet sich bei der Festnahme von Doktor Amandus Pffirter am 3. August. SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 26r-26v.

⁶⁰⁹ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 19v.

⁶¹⁰ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 29r.

Eine Klage vom 30. April lautete: „*Ist der herr Burgermeister Franckenstein erinnert worden, daß der Raht vormuge der Churfl. Reformation ordnung, der wache einen bescheidenen burg[er] zugebe, damit die studenten nicht so vbel beschediget wurden*“.⁶¹¹ Dieses Anliegen zeigt, dass sich die Universität v. a. bei der Ertappung bzw. Ergreifung der delinquenten Studenten auf das städtische Ordnungspersonal verlassen musste.

Die hier behandelten Auseinandersetzungen von 1585 zeigen die Schwierigkeit der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität sowie die Probleme, die sich in der Praxis bei der Durchsetzung der Kompaktaten ergaben. Konkrete Zusammenstöße zwischen den Ordnungskräften und den Universitätsangehörigen oder ungebührliche Behandlungen von Studenten aktualisierten „den häufig drohenden Konflikt zwischen Stadt und Universität um Privilegien und Gerichtsrechte“ und zwangen „beide Seiten zu Stellungnahmen“.⁶¹²

1602/03

Ähnliche Debatten zwischen Stadt und Universität finden sich auch im Rahmen der Universitätsvisitationen von 1602/03.⁶¹³ Anhand der Visitation lässt sich der Anspruch des Leipziger Rates deutlich erkennen, Verbrechen (v. a. schwere Delikte) zu ahnden und somit die öffentliche Sicherheit zu bewahren. Der Rat legte mit einigen Beispielen dar, dass der Stadtrichter, seine Assessoren und auch die Gerichtspersonen bei ihrer

⁶¹¹ SächsHStAdresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 23r. Siehe auch ebd. fol. 19v und fol. 24v.

⁶¹² SCHUH (2011), S. 90. M. Füssel hat am Beispiel Helmstedts herausgearbeitet, dass sich der Konflikte um öffentliche Räume in der Stadt und um die Gerichtsbarkeit auf rechtlicher sowie symbolischer Ebene miteinander verflochten waren. FÜSSEL (2006c), insbesondere S. 178f.

⁶¹³ Siehe dazu UAL, Rep. I/ I, Nr. 10. Die Visitationen wurden überwiegend im Jahr 1602 landesweit durchgeführt. Vgl. KUPKE (2010), S. 44-47.

Amtsausübung durch Studenten geschmäht und beschimpft worden waren.⁶¹⁴ Der Rat befürchtete, dass Konflikte zwischen Gerichtspersonen und Studenten möglicherweise zu einem Tumult oder sogar einem Totschlag führen könnten.⁶¹⁵ Dieses Verhalten der Studenten könnte aus Sicht des Rates gerade „zu besondern despect vnd vorkleinerung der justicien vnd magistrats“ führen.⁶¹⁶ Noch problematischer sei, dass „aus sonsten in anderen delictis vnd strafwürdigen verbrechungen, gegen den delinquenten kein ernst gebraucht werde“.⁶¹⁷ Somit beharrte der Rat darauf, dass „vornehmen nicht allein der Vniversit [sic!] gar ernstlich vorwießen, sondern auch auf die authores solches erregten vnwesens, auf die paßquillanten, iniurianten, diffamanten, damit man dieselben in erfahrung vnd zu wohl verdinter straffe bringen möchte, mit allem vleiß zu inquiren, ernstlich befehlen vnd anschaffen lassen“.⁶¹⁸

Die Angriffe von Studenten und die nachlässige Bestrafung durch die Universität beschränkten sich nicht auf Fälle gegen Gerichtspersonen, sondern auch auf die alltäglichen Wachdienste:

„Obwohl wohl der Rath zum offtern vnd vnterschiedenen mahlen dem Magnifico Domino Rectori clagen, vermelden vnndt berichten laßen, das die nachtwechter vnnd stundenruffer bey nächtlicher weile zum offtermahl aufm Niclaßer kirchhoff, vor dem Pauler Collegio, aufm Newnmarckt, vnnd in andern gaßen von den

⁶¹⁴ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 3, fol. 7r: „Das aus sonsten in anderen delictis vnd strafwürdigen verbrechungen, gegen den delinquenten kein ernst gebraucht werde, dann obwohl der Rath dem herrn Rectori hiereuorn vermelden vnd anzeigen laßen, was vor ein schimpf vnnd despect dem vorordenten Stadrichter vnd seinen Assessorn begegnet vnndt wiederfahren“.

⁶¹⁵ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 3, fol. 7v: „das auch dahero die burger, welche mit ihren röhren, vnd wehren, den gerichtspersohnen zugeordnet gewesen, ex iusto dolore et indignatione zum abwehren vnnd defension schreiten vnd greiffen wollen, wo sie nicht mit bitte vnnd ernster bedrawung von den gerichtspersohnen daruon abgemacht, vnnd abgehalten worden wehren, daraus dann gantz ein gefährlicher tumult gar leicht hette wecket vnd angestiffet worden, mord vnd todschlag erfolgenn können“.

⁶¹⁶ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 3, fol. 8r.

⁶¹⁷ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 3, fol. 7r.

⁶¹⁸ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 3, fol. 8v.

*scholarn mit stein, bloßen wehren vnd sonsten angefallen vnnd vbel beschediget worden. So hatt doch der Rath niemahls vornehmen noch erfahren können, das einiger ernst oder straffe, wieder solche muttwillige freueler vnd delinquenten were vorgenommen vnd gebraucht worden“.*⁶¹⁹

1605

Es scheint, dass sich die Position des Leipziger Rates sich in den Verhandlungen von 1605 zunehmend verschärfte. Die Stellungnahme des Rates bereitete zugleich auch den Abschluss der Kompaktaten vor. Der fünfte Punkt von „*Beschwerungs Puncta eines Erbarn Rathes wider die Vniuersitet vorwandten*“ beschäftigte sich mit den städtischen Wächtern. So wurde zum einen auf die Angriffe von Studenten gegen die Stundenrufer kritisiert, und zum anderen auf die mangelhafte gerichtliche Behandlung oder Bestrafung der Täter eingegangen:

*„Wan jemandt von den studiosis bey nechtlicher weile an den stundenrueffern gewaltt vbet, mit nehmung der horn, vnd spieße, vnd von der wache nicht ergriffen werden, solches aber des morgens von den stundenrueffern bey einem Erbarn Rathe geclaget wirdett, wil der Rector vf geschehenes anlangen, vnd wan man gleich anmeldet, aus welchen collegiis solches geschehen, in die autores nicht inquiren, auch Einem Erbarn Rathe die vorbrechere, das man ördentlich wieder sie clagen könnte, nicht anmelden“.*⁶²⁰

Dem Vorwurf, dass delinquente Universitätsangehörige nicht rechtmäßig oder nicht genügend verurteilt oder gar überhaupt nicht bestraft wurden, widersprach dem

⁶¹⁹ UAL, Rep. II/ XI, Nr. 3, fol. 8v-9r. Die Widerrede der Universität zu diesem Punkt findet sich in ebd., fol. 61v-63v.

⁶²⁰ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8453/ 03, fol. 21v. Der Rat unterstützte argumentativ diese Klage mit Verweis auf einen Übergriff im Jahr 1598, der in die Amtszeit des Rektors Balthasar Gütler fiel.

Anspruch des Rates auf die Bewahrung der öffentlichen Ordnung.⁶²¹ Die Angst vor der Störung der guten Ordnung wurde interessanterweise auch im Umfeld eines anderen Problems erörtert:

*„Dardurch gleichwol andern zu dergleichen mutwillen vrsache gegeben wirdt, vnd sich fast kein burger mehr zum stundenrueffer wil gebrauch[en] laßen, an welchen doch den collegiis vnd derselbigen inquisinis nicht weniger alß gantzer gemeiner Stadt, auch dem frembden handelßman, an seinem darin vortraueten haab vnnd guth viel gelegen“.*⁶²²

Geht man davon aus, dass das städtische Wachpersonal als ein wichtiges Instrument formeller Kontrolle war, dann konnten aus Sicht des Rates die Angriffe gegen Wachleute und die unzureichende Behandlung der Universität zum generellen Nichtfunktionieren der Kontrollmaßnahmen führen.

2.4.4. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Kompaktaten und die damit zusammenhängenden Verhandlungen ein bestimmtes Konfliktschema zwischen Stadt und Universität zeigten: Während die Stadt die Normüberschreitungen der Universitätsangehörigen intensiv bekämpfen möchte und dabei ihren Rechtsbereich bzw. ihre Kompetenzen überschritt, musste die Universität ihre rechtliche Sonderstellung und ihre eigene Gerichtsbarkeit behaupten.⁶²³ Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass die Stadt die Aufgabe der Ordnungs- und Sicherheitsbewahrung in Form der Etablierung der Ordnungskräfte in die Hand nahm.

⁶²¹ Demzufolge wurde diese Klage des Leipziger Rates in die Kompaktaten von 1605 übernommen. UAL, Rep. II/ XI, Nr. 2, fol. 84r-84v.

⁶²² SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8453/ 03, fol. 22v.

⁶²³ Hier stütze ich mich auf SCHUH (2011), S. 90.

Weiterhin lässt sich auch am Beispiel Leipzigs der folgende Hinweis von B. Krug-Richter bestätigen: „Obschon Universität und Stadt in ihren Definitionen devianten Verhaltens und dessen disziplinarischer Regulierung weitgehend an einem Strang zogen, verweist der konkrete Umgang der universitären Obrigkeiten mit studentischer Devianz in der Praxis in vielen Fällen auf eine relativ nachsichtige Haltung“.⁶²⁴ Dies lässt sich schließlich mit Berücksichtigung des Aspektes sozialer Kontrolle wie folgt zuspitzen: Es ging bei den Auseinandersetzungen und der latenten Konkurrenz zwischen Stadt und Universität nicht um die präventive Kontrolle devianter Handlungen,⁶²⁵ sondern vielmehr um die Reaktion auf solches Verhalten. In dieses Konfliktfeld sind daher die Behandlungen der städtischen Ordnungskräfte und der Umgang mit ihnen einzuordnen.

⁶²⁴ KRUG-RICHTER (2004a), S. 96.

⁶²⁵ Dass die städtischen und universitären Normen ‚gemeinsam‘ auf die Prävention der Gewalthandeln zielten, werde ich in Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit näher betrachten.

3. NORMATIVE GRUNDLAGEN I: FLEXIBLE SANKTIONIERUNG IM STRAFRECHT

3.1. Einleitung

Seit dem späten Mittelalter wurden die Sicherstellung und die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung zunehmend zur Aufgabe der Obrigkeiten.⁶²⁶ Auch der Leipziger Stadtrat intensivierte seine Bemühungen in diese Richtung. Dieses wachsende Interesse an der Herstellung von Sicherheit und an einer Bestrafung von Gewalthandeln hängt zusammen mit der Etablierung des frühneuzeitlichen Staates und der zunehmenden Institutionalisierung des Gerichtswesens und spiegelt sich im Aufbau rechtlicher Strukturen auf Reichs- und Territorialebene.⁶²⁷

In diesem Kontext liegt es auf der Hand, dass die „Constitutio Criminalis Carolina“ von 1532 als Reichsgesetz eine Grundlage sowie einen Rahmen für alle territoriale (Straf-)Gesetze schuf.⁶²⁸ Nach F. Schaffstein wollte die Carolina nicht neues Recht schaffen, sondern das bereits geltende Recht neu ordnen und an die Rechtspraktiken anpassen.⁶²⁹ Daher besaß die Carolina eine hohe Bedeutung für die juristischen Anschauungen der Folgezeit, wie am Beispiel von Benedict Carpzov deutlich wird.⁶³⁰

Die Entstehung der Carolina bedeutete nicht die Abschaffung oder die Entwertung anderen Rechtsquellen; vielmehr wurde die Folgezeit der Carolina geprägt durch die Erweiterung des Delikts- und Strafkatalogs mittels anderer Reichsgesetze oder

⁶²⁶ Zum städtischen Kontext siehe EIBACH (2005), S. 195f.

⁶²⁷ SCHWERHOFF (2006b), S. 57; SCHWERHOFF (2011), S. 126.

⁶²⁸ SCHNEIDER (1977), S. 36f.; HÄRTER (2000b), S. 188; LIEBERWIRTH (2008), Sp. 889. Für alle Angaben der Carolina verweise ich im Folgenden auf die Quellenedition von RADBRUCH (1991).

⁶²⁹ SCHAFFSTEIN (1985), S. 131.

⁶³⁰ SCHNEIDER (1977), S. 36-38. Siehe auch LIEBERWIRTH (2008), Sp. 887.

Policeyordnungen einerseits,⁶³¹ durch die Anlehnung der Normen auf der territorialen Ebene an die Carolina andererseits. Diese zwei Merkmale finden sich auch in Kursachsen des späten 16. Jahrhunderts, wenn wir die kursächsischen Konstitutionen von 1572 betrachten.⁶³² Der vierte Teil dieser Konstitutionen „*Von peinlichen Fällen*“ behandelte die Strafsachen sowohl im Anschluss an die Carolina als auch an die Regelungen der Reichspoliceyordnungen.⁶³³ Weiterhin zielten die Konstitutionen auf gesetzliche Klärung von juristischen Streitfragen,⁶³⁴ weshalb sie neben den älteren sächsischen Rechten als rechtsverbindliche Rechtsquellen einen zentralen Platz für juristische Praktiken in Kursachsen einnahmen.⁶³⁵

Die strafrechtliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde dadurch geprägt, dass die Kodifizierung des Strafrechts mit der Ausdifferenzierung der gerichtlichen Zuständigkeit Hand in Hand ging. Im Zuge dieser Entwicklung erweiterte sich das Strafrecht stetig um neue Deliktstatbestände.⁶³⁶ Dieser Prozess vollzog sich gerade bei Tötungs- und Gewaltdelikten. Das kurfürstliche Ausschreiben vom 12. November 1550 legte folgende Delikte fest, die mit peinlichen Strafen wie der „*Hals, Hand, oder andere Leibes=Straffe, oder auch Verweisung*“ bestraft werden sollten:

„*Mord, Zetergeschrey, als ob einer den andern ermorden, [...]; Straffe derer Wunden, die offen oder erstlich Beulen seyn, und darnach auffbrechen, und*

⁶³¹ SCHAFFSTEIN (1985), S. 135; HÄRTER (2000b), S. 188f.

⁶³² SCHAFFSTEIN (1985), S. 141; HÄRTER (2000b), S. 189.

⁶³³ HÄRTER (2000b), S. 189, und zum schematischen Vergleich des Inhalts siehe auch ebd., S. 193. Falls nicht anders angegeben, beziehen sich alle Angaben auf den vierten Teil der kursächsischen Konstitutionen (CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 117-132).

⁶³⁴ BUCHDA/ LÜCK (2016), Sp. 355. Siehe auch LUDWIG (2008a), S. 78.

⁶³⁵ SCHNEIDER (1977), S. 30-32; HÄRTER (2000b), S. 188; BUCHDA/ LÜCK (2016), Sp. 359. Solche neue rechtliche Situation nannte Heinrich Rauchdorn als einen Grund für die neue Ausgabe und die Revision seines Werkes. RAUCHDORN (1599), Abschnitt „*Bericht an den Leser*“.

⁶³⁶ LUDWIG (2008), S. 79. Vgl. auch HÄRTER (2000b), S. 188.

*Wunden werden; stossen, treten oder werffen, davon ein Mensch stirbet, oder gelärmet wird; [...], und gezogene Schwerte oder Waffen, darinne einer den andern verwundet, gelärmet oder erwürget“.*⁶³⁷

Dagegen gehörten zum nicht peinlich gestraften Deliktfeld: *„Haarrauffen, Schläge, die nicht tödtlich sind, noch Lähmde bringen, daraus auch keine Wunde, wird, als: braun und blau, [...], Messerzüge, wann niemands dadurch beschädiget wird, Messer und verbothene waffen tragen“.*⁶³⁸ Diese Erklärung wiederholte sich auch im Ausschreiben vom 1. Oktober 1555.⁶³⁹

Weiterhin zu berücksichtigen sind die Werke juristischer Praktiker in Kursachen. Als prominentestes Beispiel erweist sich das Werk von Benedict Carpzov *„Practicae Novae Imperialis Saxonicae Rerum Criminalium“*; der Verfasser war seit 1620 als Mitglied des Leipziger Schöffentuhls tätig.⁶⁴⁰ Ferner zu berücksichtigen ist das Werk von Matthias Berlich, der zwar zu den namhaftesten sächsischen Rechtspraktikern zu rechnen ist, jedoch kaum die wissenschaftliche Bedeutung erreichte wie Carpzov.⁶⁴¹ Ergänzend sind andere Werke zu berücksichtigen wie dasjenige von Johann Arnold von Dorneck sowie von Heinrich Rauchdorn,⁶⁴² deren Werken F. Schaffstein keinen hohen wissenschaftlichen Wert zuwies.⁶⁴³

Im Folgenden ist also der Frage nachzugehen, wie die rechtlichen Normen bzw. die obrigkeitliche Normsetzung die (jugendliche) Gewalttätigkeit behandelten bzw. wie die formellen Kontrollen solche Gewalttätigkeit beschaffen waren.

⁶³⁷ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 31. Vgl. auch LUDWIG (2008a), S. 80.

⁶³⁸ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 31. Vgl. auch LUDWIG (2008a), S. 80.

⁶³⁹ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 49. Vgl. auch LUDWIG (2008a), S. 80.

⁶⁴⁰ DÖHRING (1957); HOYER (2000), S. 27.

⁶⁴¹ SCHAFFSTEIN (1986), S. 9.

⁶⁴² Vgl. LUDWIG (2008a), S. 58.

⁶⁴³ SCHAFFSTEIN (1986), S. 5.

3.2. Tötungsdelikte

3.2.1. Ausdifferenzierung der Tötungsdelikte

Offensichtlich bildeten die Tötungsdelikte einen wichtigen Kern der Gewaltdelikte. Zunehmend wurden sie als schwere Verbrechen gewertet. Diese verschärfte Kriminalisierung der Tötungsdelikte findet sich gerade in der Carolina, v. a. im Art. 137, der die grundlegende Regelung für die Tötungsdelikte enthielt.⁶⁴⁴ Grundsätzlich sah er die Todesstrafe vor. In diesem Artikel erscheint die Unterscheidung zwischen den Tatbeständen *Mord* und *Totschlag* unklar.⁶⁴⁵ Unterschieden wurde vielmehr zwischen vorsätzlicher Tötung und anderer Tötung; die erste Variante sollte nach der Gewohnheit mit dem Rad gestraft werden, die zweite dagegen mit dem Schwert.

Im Zuge weiterer Ausdifferenzierung der Delikte seit dem 16. Jahrhundert wurden (v. a. bei Carpzov) noch systematischere Unterteilungen verschiedener Tötungstypen vorgenommen.⁶⁴⁶ Im Hintergrund stand die Tatsache, dass das Schuldprinzip und damit die Frage der Zurechnungsfähigkeit seit dem 15. Jahrhundert aus römischen Rechten rezipiert wurden und sich die strafrechtlichen und juristischen Debatten zunehmend damit auseinandersetzten.⁶⁴⁷ Daran anschließend nahm auch die Diskussion über den Tatvorsatz einen wichtigen Platz ein,⁶⁴⁸ weil das Verbrechen nach dem zeitgenössischen Verständnis aus „animus“, „factum“ und „delictum“ bestehen sollte.⁶⁴⁹

Von dieser Ausdifferenzierung sowie der ausführlichen Diskussionen ausgehend kann

⁶⁴⁴ SCHWERHOFF (2006b), S. 57.

⁶⁴⁵ GEUS (2002), S. 79.

⁶⁴⁶ LUDWIG (2008a), S. 85.

⁶⁴⁷ SCHAFFSTEIN (1986), S. 94.

⁶⁴⁸ SCHAFFSTEIN (1986), S. 95.

⁶⁴⁹ Allgemein SCHAFFSTEIN (1986), S. 34-39. Bei Carpzov, CARPZOV (1635), Quaestio I, Nr. 17, 18; Vgl. LOBE (1978), S. 7-9. Nach F. Schaffstein lag allerdings der Schwerpunkt von Carpzov ausschließlich auf „animus“. SCHAFFSTEIN (1986), S. 36.

man der Auffassung nicht komplett zustimmen, dass Tötungsdelikte in der Frühen Neuzeit immer als schwere Verbrechen mit der Todesstrafe bestraft worden seien und dass solche Sanktionierung erst in der Zeit der Aufklärung sich zu wandeln begann.⁶⁵⁰ Wurde eine Tötung mit Vorsatz oder einem eindeutigen Tötungswillen begangen, dann wurde der Täter mit der ordentlichen Strafe bestraft. Im Gegensatz dazu standen die Behandlung der Tötung, die ohne deutlichen Vorsatz begangen worden war und die deshalb nicht mit der ordentlichen Todesstrafe bestraft werden konnte. Dabei gewann die Betrachtung darüber, welche Angriffe oder welche bestimmte Handlungen dem Totschlag vorangingen, immer mehr Gewicht. Die intensiven Diskussionen wurzelten in der wachsenden Wahrnehmung der Tatsache, dass die jeweilige Gewalttat aus ganz verschiedenen Ursachen und Vorgeschichten (wie Beleidigung oder Drohungen) entstehen konnten.⁶⁵¹

3.2.2. Notwehr und Notwehrexzess

Besonders interessant ist die Behandlung der Notwehr, da sie als straffreie Tötungsform qualifiziert wurde.⁶⁵² So schrieb der Art. 139 der Carolina fest: „*Item welcher eyn rechte notweer, zu rettung seines leibs vnd lebens thut, vnnd den jhenen, der jn also benöttigt inn solcher notweer entleibt, der ist darum niemants nit schuldig*“. Ähnlich lautete der Art. 140: „*Item so eyner mit eynem tödtlichen waffen oder weer überlaufft, anficht oder schlecht, vnd der benöttigt kan füglich an ferlichkeyt oder verletzung, seines leibs, lebens, ehr und guten leumuts nicht entweichen, dr mag sein leib vnnd leben on alle straff durch eyn rechte gegenweer retten, [...]*“.

⁶⁵⁰ Hier stütze ich mich auf den Hinweis von SCHWERHOFF (2006b), S. 57f.

⁶⁵¹ Siehe Abschnitt 1.1.2. und Kapitel 6 der vorliegenden Arbeit.

⁶⁵² F. Schaffstein wies schon darauf hin, dass die Notwehr von der gemeinrechtlichen Wissenschaft am häufigsten und ausführlichsten thematisiert wurde. SCHAFFSTEIN (1986), S. 69.

Zu bemerken ist jedoch, dass die Notwehr sowohl in der Carolina als auch in vielen Rechtstraktaten (wie bei Carpzov) als ein besonderer Fall der straffreien Tötung betrachtet wurde, dessen Geltungsbereich möglichst einzuengen war.⁶⁵³ Die Definition „rechter Notwehr“ zog zugleich die Beschreibung „unrechter“ Notwehr nach sich, bei der nicht alle Umstände oder Voraussetzungen für eine vollständige Notwehr erfüllt wurden.⁶⁵⁴ Als einen Beleg in diese Richtung ist auch der Art. 141 der Carolina zu nennen, der die Beweispflicht für die (rechte) Notwehr regelte und eine Bestrafung der Tötung zur Pflicht machte, falls ein solcher Beweis nicht gelang. Es bleibt also festzuhalten, dass es erstens eine beachtliche Bandbreite zwischen dem mit ordentlicher Strafe zu sanktionierenden Mord bzw. Totschlag einerseits und der als Notwehr straflos bleibenden Tötung gab, und dass sich zweitens die flexibel anwendbare poena extraordinaria für viele Fälle in der Mitte zwischen ordentlichen Strafen einerseits, völliger Straflosigkeit andererseits besonders eignete.⁶⁵⁵

In den Bereich der Einschränkung der „richtigen“ Notwehr fielen auch die Regelungen zum sogenannten Notwehrexzess. Schon im römischen Recht wurde im Fall des Notwehrexzesses die Abweichung von der ordentlichen Strafe bzw. die Strafmilderung zugelassen, und dies wurde auch von der Carolina⁶⁵⁶ übernommen.⁶⁵⁷ Beim Notwehrexzess wurde grundsätzlich die poena extraordinaria verhängt, weil der Täter

⁶⁵³ LOBE (1978), S. 45.

⁶⁵⁴ Dies schrieb der Art. 142 der Carolina ohne Benennung „unrecht“ fest. Vgl. LOBE (1978), S. 41 und S. 43. Siehe auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 80.

⁶⁵⁵ Mit dieser Flexibilität der poena extraordinaria werde ich mich in Abschnitt 3.5.2. der vorliegenden Arbeit auseinandersetzen.

⁶⁵⁶ Der Art. 142 lautete: „Nemlich ist hierinn zu mercken, so eyner der ersten benötigung halb redlich vrsach zur notweer gehabt, vnd doch inn der that nit alle vmbstende, die zu eyner gantzen entschuldigten notweer gehören, gehalten hett, ist notgar eben zu ermessen, wie vil oder wenig der thätter zur that vrsach gehabt hab, vnnd daß fürther die straff an leib leben oder aber zu buß vnd besserung erkant werd, alles nach sonderlicher radtgebung der rechtuerstendigen, als hernach gemelt wirdet wann dise fell gar subtil vnderscheyd haben, darnach hierinn anderst vnd anderst, schwerlicher oder linder geurtheylt werden soll, [...]“. Dieser Artikel wurde auch bei der Erörterung Carpzovs aufgenommen. CARPZOV (1635), Quaestio XXIX, Nr. 5.

⁶⁵⁷ SCHAFFSTEIN (1986), S. 80f.

keinen Vorsatz bzw. keine Absicht zur Tötung gehabt hatte und folglich die begangene Tat als fahrlässige Tötung betrachtet wurde.⁶⁵⁸

Gerade im vierten Teil der kursächsischen Konstitutionen wurden die Behandlungen solcher Tötungs- und Gewaltformen thematisiert, die von der „rechten“ Notwehr abwichen. Der Art. VIII schrieb, inhaltlich an den Art. 141 der Carolina anschließend, die Beweispflicht im Falle der Notwehr fest.⁶⁵⁹ Zur Erkundung der Tatumstände wurde der Einsatz der Tortur zugelassen. Hatte aber eine Feindschaft oder ein ‚großer Widerwillen‘ des Erschlagenen gegen den Täter bestanden, dann durfte dieser nicht gefoltert werden. In diesen Fällen sollte eine ‚willkürliche‘ Strafe verhängt werden wie das Abhauen der Hand, der Staupenschlag, die Verweisungsstrafe, eine Haftstrafe oder Geldstrafen.

Es ist offensichtlich, dass Provokationen oder Herausforderungen einen Streit hervorbringen oder verschärfen konnten, an dessen Ausgang dann ein Totschlag stand.⁶⁶⁰ Bemerkenswert ist, dass das Strafrecht diese Tatbestände im Zusammenhang mit Tötungs- oder Gewaltdelikten differenziert behandelte. Erstens waren sie selbst von Sanktionierung bedroht. Der Art. IX der kursächsischen Konstitutionen schrieb fest: Auch wenn jemand einen anderen mit ehrenrührigen Worten zum Kampf oder zum Duell⁶⁶¹ provoziere, ohne dass ein Schaden oder eine Verletzung entstand, wurde der Täter (der Provozierende) keineswegs straflos gelassen, sondern er verfiel einer willkürliche Strafe.⁶⁶² Jenseits dieses Artikels wurde ein Provokateur, der den Gegner getötet hatte, mit der ordentlichen Strafe bestraft, was Carpzov zudem als „*excessus*

⁶⁵⁸ CARPZOV (1635), Quaestio XXIX, Nr. 3 und Nr. 6. Vgl. auch LOBE (1978), S. 43; SCHAFFSTEIN (1986), S. 81.

⁶⁵⁹ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 119.

⁶⁶⁰ SCHWERHOFF (2006b), S. 58.

⁶⁶¹ Dieser Artikel lautete „Duell“ nicht direkt, dagegen nannte es Carpzov explizit. CARPZOV (1635), Quaestio XXIX, Nr. 73.

⁶⁶² CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 119.

defensionis“ aufgefasst hatte.⁶⁶³

Zweitens spielte eine Provokation bzw. eine Herausforderung eine Rolle als Strafmilderungsgrund. Im Art. X der Konstitutionen wurde der Fall behandelt, wo jemand mit ehrenrührigen Worten zum Kampf provoziert wurde und in der Folge den Provokateur tötete. Wenn der Täter den Gegner nur verwundete, dann blieb er von der Pflicht verschont, den Abtrag zu bezahlen. Auch ein Fall, bei dem der Provozierte den Gegner tötete, wurde nicht als regulärer Totschlagsfall mit ordentlicher Strafe behandelt; stattdessen wurde eine Willkürstrafe vorgesehen.⁶⁶⁴ Hierin lässt sich, so U. Ludwig, die zeitgenössische Vorstellung erkennen, „dass verbale Ehrverletzungen im Grunde mit tätlichen Angriffen auf die Person gleichzusetzen seien“.⁶⁶⁵ Gerade diesen Fall erörterte Carpzov etwas differenzierter. Falls ein Totschläger mit ehrenrührigen Worten provoziert worden war, sollte er keinesfalls mit schwereren Strafen wie Staupenschlag oder Handabschlagen belegt werden, sondern mit Verweisungsstrafe, Haftstrafe oder Geldstrafe, obwohl der Artikel der Konstitutionen das nicht so deutlich festgeschrieben hatte.⁶⁶⁶ Mit einer schwereren Strafe (wie etwa Prügelstrafe oder ewiger Verweisungsstrafe) sollte bestraft werden, wer ohne Beleidigungsworte von jemand anderem provoziert wurde und diesen dann tötete.⁶⁶⁷ Auf der anderen Seite konnte nicht von der ordentlichen Strafe abgewichen werden, wenn die Provokation bei einem Totschlag vom Täter selbst ausgegangen war, wie schon der Art. IX der Konstitutionen festschrieb.⁶⁶⁸

⁶⁶³ CARPZOV (1635), Quaestio XXIX, Nr. 42. Vgl. auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 81.

⁶⁶⁴ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 119f. Siehe auch LUDWIG (2016), S. 152f.

⁶⁶⁵ LUDWIG (2016), S. 90. Siehe auch Abschnitt 3.3.1. der vorliegenden Arbeit.

⁶⁶⁶ CARPZOV (1635), Quaestio XXIX, Nr. 79.

⁶⁶⁷ CARPZOV (1635), Quaestio XXIX, Nr. 88 und 89. Dies wurde auch im Art. XI der kursächsischen Konstitutionen impliziert. CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 120. Siehe auch CARPZOV (1635), Quaestio XXIX, Nr. 32.

⁶⁶⁸ CARPZOV (1635), Quaestio XXIX, Nr. 91 und 94.

Der Ehre bzw. der Ehrverletzung kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu. Wie die oben zitierten Artikel der Carolina Art. 139 und Art. 140 zeigten, nahm die Rettung vor der Ehrverletzung eine ambivalente Position ein.⁶⁶⁹ Einerseits zeigt sich zwar, „dass es im rechtlichen Verständnis der Zeit grundsätzlich Situationen gab, bei denen tätliche Reaktionen nicht nur gerechtfertigt waren, sondern zum Schutz der eigenen Ehre auch als notwendig konzeptualisiert werden konnten“. ⁶⁷⁰ Andererseits blieb eine Tötung als Reaktion auf eine Ehrverletzung keineswegs straflos, sondern wurde mit Willkürstrafen belegt; die Verteidigung der verletzten Ehre wurde somit nicht als Notwehr(-recht) angesehen, sondern als Notwehrexzess betrachtet.⁶⁷¹ Carpzov betrachtete einen solchen Angriff in Reaktion auf eine Ehrverletzung als unerlaubte private Rache.⁶⁷² Er war der Meinung, dass der Ehrverletzte nur auf regelmäßige Weise, nämlich mit einer Injurienklage, auf die Ehrverletzung hätte reagieren müssen.⁶⁷³ Die gewalttätige Reaktion auf eine Ehrverletzung galt juristisch gesehen als unberechtigt.

3.3. Körperverletzung und andere Gewaltdelikte

3.3.1. Zunehmende Ausdifferenzierung der Gewaltdelikte

Die Gewalttat ohne tödlichen Ausgang, die Körperverletzung, wurde in der Carolina weder eigenständig noch explizit thematisiert.⁶⁷⁴ Dieser Delikttyp wurde, wie oben erwähnt, allerdings im Zuge der Ausweitung des öffentlichen Strafanspruchs in der

⁶⁶⁹ SCHAFFSTEIN (1986), S. 76f. In Bezug auf die Ambivalenz hat U. Ludwig die obrigkeitlichen Duellmandate mit dem Konzept der „Normenkonkurrenz“ ausführlich erörtert. LUDWIG (2016), S. 151-163.

⁶⁷⁰ LUDWIG (2016), S. 90.

⁶⁷¹ SCHAFFSTEIN (1986), S. 79.

⁶⁷² CARPZOV (1635), Quaestio XXX, Nr. 69.

⁶⁷³ CARPZOV (1635), Quaestio XXX, Nr. 71. Vgl. auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 79.

⁶⁷⁴ SCHWERHOFF (1991), S. 270.

Zeit nach der Carolina auch in den Katalog der strafbaren Tatbestände aufgenommen. Dieser zunehmende Strafanspruch spiegelte sich im Art. XLII der kursächsischen Konstitutionen von 1572 „*Vom Injurien*“ wider. Dieser Artikel handelt hauptsächlich von verbaler Ehrverletzung, aber in diesem Zusammenhang wurde ebenfalls die tätliche Verletzung („*Real-Injurien*“) zur Straftat erklärt und zu den Angelegenheiten hinzugefügt, die von den einschlägigen Instanzen behandelt werden mussten: „*Wir wollen auch diese Unsere Constitution auf die Real-Injurien, als da einer ohne wörtliche Injurien am Leibe beschädiget, erstreckt haben; Setzen und ordnen: daß auch in denenselbigen die Sachsen=Rechte nicht mehr statt haben, sondern die willkührliche Straffe in Unsern Schöppenstühlen erkandt werden soll*“.⁶⁷⁵ Dieser Artikel stellte also die grundlegende Norm für Gewaltdelikte dar, und die Rechtsgelehrten teilten diese Auffassung, dass es sowohl verbale als auch tätliche Injurien gab;⁶⁷⁶ so verwies z. B. Carpzov direkt auf diese Vorschrift als grundlegende Rechtsnorm.⁶⁷⁷

Der wachsende Strafanspruch gegen die Gewaltdelikte spiegelt sich deutlich auch bei den jeweiligen Verfahrensmodi und bei der Sanktionierung wider. Zunächst ist zu bemerken, dass das bürgerliche Verfahren auch bei Straffällen (wie hier den Gewaltdelikten) zugelassen war und damit die sachsenrechtliche Tradition noch in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts erhalten blieb.⁶⁷⁸ Diese Koexistenz des bürgerlichen und des peinlichen Verfahrens wurde auch in Rechtstraktaten weiterhin

⁶⁷⁵ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 129. Vgl. auch HÄRTER (2000b), S. 189.

⁶⁷⁶ CARPZOV (1635), Queastio XCIX, Nr. 1; BERLICH (1651), Bd. 5, Conclusio LIX, Nr. 1.

⁶⁷⁷ CARPZOV (1635), Queastio XCIX, Nr. 12.

⁶⁷⁸ Dies wurde in den kurfürstlichen Ausschreiben (1550 und 1555) deutlich festgeschrieben. CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 31f. und Sp. 49. Zur allgemeine Darstellung der Prozessformen siehe LUDWIG (2008a), S. 56-64. Zur noch bleibenden Bedeutung des bürgerlichen Verfahrens vgl. RÜSTER (1991); LÜCK (1999b); LUDWIG (2008a), S. 70-74.

behandelt und diskutiert.⁶⁷⁹ Bei dem oben erwähnten Art. XLII der Konstitutionen trat allerdings die relativ mildere Sühnung bzw. das Sühneverfahren der sachsenrechtlichen Tradition in den Hintergrund; vielmehr sollte auch beim bürgerlichen Verfahren die willkürliche Strafe einen zentralen Platz einnehmen, nämlich Geldstrafe, Haftstrafe, zeitliche Verweisungsstrafe oder gegebenenfalls Staupenschlag bzw. ewige Verweisungsstrafe.⁶⁸⁰ Berlich räumte die Bedeutung dieser Bestimmung ein,⁶⁸¹ aber relativierte zugleich die Verdrängung der vorherigen Behandlung durch die zunehmende Bestrafung.⁶⁸² Carpzov stützte sich hingegen stärker auf den Art. XLII der Konstitutionen, indem er deutlich sowohl die Möglichkeit der willkürlichen Strafe⁶⁸³ als auch die Bevorzugung solcher Bestrafung vor dem traditionellen Sachsenrecht erörterte.⁶⁸⁴ Im Rahmen eines peinlichen Verfahrens wurde auch die Möglichkeit eingeräumt, körperliche Strafe zu verhängen.⁶⁸⁵

Der schon beim kurfürstlichen Ausschreiben verdeutlichte Zusammenhang zwischen

⁶⁷⁹ Rauchdorn erörterte die Gewaltdelikte sowohl in Teil 2 als auch in Teil 4 behandelt. Bei Berlich, BERLICH (1651), Bd. 5, Conclusio LXI, Nr. 1: „*Communis est DD. conclusio, quod pro injuria duplex actio competat, criminalis & civilis*“. CARPZOV (1635), Quaestio XCIX, Nr. 7: „*Quae injuria dupliciter vindicari potest: Civiliter nempe, aut Criminaliter: Et si civiliter agatur, actor injuriam illatam aestimat, atq[ue] petit, ut judex tanti condemnet Reum, vel minoris, prout habito respectu personarum ipsi visum fuerit, [...] Criminaliter vero quando agitur, judex extraordinariam imponit poenam, habito respectu circumstantiarum*“. Siehe auch ebd., Quaestio XCIX, Nr. 65.

⁶⁸⁰ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 129.

⁶⁸¹ Berlich (1651), Bd. 5, Conclusio LXI, Nr. 50-51, und auch Conclusio LXVI, Nr. 21.

⁶⁸² Berlich (1651), Bd. 5 Conclusio LXI, Nr. 52-53.

⁶⁸³ CARPZOV (1635), Quaestio XCIX, Nr. 27: „*quando civiliter a vulnerato agitur ad interesse & poenam arbitrariam, tenenda est universalis haec Regula: Reus de vulnere inflictio convictus aut consensus, vulnerato emendam & interesse solvere, ac insuper poena arbitraria, carceris, Relegationis aut mulcta pecuniaria puniri debet*“. Siehe auch ebd., Quaestio XCIX, Nr. 56: „*ad quod vulnerans obligatur, est POENA. Praeter emendam enim & impensas in curatione factas, aliaque ejusmodi damna, de quibus hactenus dictum, quaeq[ue] vulnerato restituenda sunt, Reus quoque poena arbitraria carceris, relegationis, vel mulcta pecuniaria plecti debet, uti satis patet ex verb. Const. Elect. 42. §. ult. Sondern die willkürliche straffe*“.

⁶⁸⁴ CARPZOV (1635), Quaestio XCIX, Nr. 32.

⁶⁸⁵ CARPZOV (1635), Quaestio XCIX, Nr. 64: „*Quod si vero vulneratus ob mutilationem membrorum seu vulnera inflictia criminaliter agat, tenenda est Regula: Quod judex, Reo de vulneratione convicto seu confesso, pro qualitate vulneris, ac ratione circumstantiarum poenam corporis afflictivam irrogare possit*“.

der gerichtlichen Zuständigkeit und dem Ausmaß sowie der Form der Gewalttat⁶⁸⁶ war ebenfalls beim Art. XLII der Konstitutionen erkennbar,⁶⁸⁷ und wurde auch in juristischen Traktaten erörtert.⁶⁸⁸

Einen weiteren Beleg dafür, dass leichtere Gewalttaten in den ausdifferenzierten bzw. erweiterten Straftatkatolog eingeordnet wurden, findet man in der Gattung „*delicta innominata*“. Nach der Erklärung Carpzovs stellten sich diese unterschiedlichen Handlungen nicht wirklich als Delikt dar, sondern nahmen aus Zufall die Form eines Verbrechens an. Dazu gehörte beispielsweise das Schlagen („*verberare*“), das Verwunden („*percutere*“), das Betreten eines Hauses ohne Zustimmung des Besitzers („*ingredi aedes*“), das Behalten der Früchte („*glandem detinere*“), das (ungerechtfertigte) Anschuldigen („*accusare*“).⁶⁸⁹ Wie K. Härter hervorhob, bezog sich dieser Delikttyp (auch ohne expliziten Rückgriff von Carpzov auf den Begriff ‚Policey‘) auf policeyliche Gesetzgebung und wurde als „*crimen extraordinarium*“ mit der arbiträren Strafe bestraft.⁶⁹⁰

3.3.2. Bestimmte Gewaltformen

Bestimmten Gewaltformen wurden besondere Bestimmungen gewidmet. Hier sind etwa zu nennen kollektive Gewalthandlungen, Gewalttaten gegen die Obrigkeit, gegen Gerichtspersonen bzw. gegen städtische Wächter sowie Gewalttaten, die an

⁶⁸⁶ Vgl. LUDWIG (2008a), S. 80.

⁶⁸⁷ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 129: „*jedoch, daß gleichwohl die gebräunche und Herkommen derer Ober= und Erb=Gerichte, und was denen, der Straffe halben, gewöhnlich anhängig, auch gehalten, und in Unsern Schöppenstühlen darnach gesprochen werde*“.

⁶⁸⁸ Zur Niedergerichtsbarkeit siehe CARPZOV (1635), Quaestio XCIX, Nr. 14-18; zur Obergerichtsbarkeit ebd., Quaestio XCIX, Nr. 19 und 26. Siehe auch CARPZOV (1638), S. 13-22.

⁶⁸⁹ CARPZOV (1635), Quaestio, CXXXIV, Nr. 1: „*Crimina extraordinaria, pro quibus poenae arbitrarie jure imponuntur, multifaria esse atq[ue] diversa, dixi quaestione praecedenti: quorum multa innominata sunt, veluti actus & facta indifferentia, quae sua natura non quidem delicta sunt, sed ex accidenti formam delicti assumunt*“. Vgl. auch LINDEN (1947), S. 39; SCHAFFSTEIN (1986), S. 41; HÄRTER (2000b), S. 196.

⁶⁹⁰ HÄRTER (2000b), S. 196. Vgl. auch LINDEN (1947), S. 39.

bestimmten Orten wie im Rathaus, auf dem Markt oder in der fürstlichen Residenz geübt wurden.⁶⁹¹ Solche Fälle wurden als Angriffe auf die Stadtgesellschaft bzw. die Bürgerschaft angesehen und rechneten zum Stadtfriedensbruch;⁶⁹² die Täter sollten, anders als bei Landfriedensbruch, mit einer poena extraordinaria bestraft werden.⁶⁹³

Hierbei ist bemerkenswert, dass schwerere Strafen vorgesehen waren als bei anderen Injuriensachen. Die Grundlage für solche Fälle bildete der Art. XLIII der Konstitutionen, der sowohl den individuellen Widerstand bei der Festnahme als auch den kollektiven Aufruhr oder Tumult behandelte.⁶⁹⁴ In solchen Fällen wurden in der Regel willkürliche Strafen wie Verweis, Abschlagen der Hand oder Staupenschlag vorgesehen, jedoch existierte auch die Möglichkeit, die Todesstrafe mit dem Schwert zu verhängen.⁶⁹⁵

Diese abgestuften Bestimmungen wurden ebenfalls von den Rechtstraktaten übernommen. Schon Rauchdorn räumte die Möglichkeit ein, gegen den Anstifter eines Tumultes die Todesstrafe zu verhängen.⁶⁹⁶ Bei den Erörterungen von Berlich ebenso wie von Carpzov wurden diese Injuriensachen gegen die Obrigkeiten als „*injuria atrocior*“ verstanden⁶⁹⁷ und entsprechend mit schwererer Strafe bedroht.⁶⁹⁸ Wenn

⁶⁹¹ Solche Fälle wurden in Rechtstraktaten im Kontext der „*vis publica et privata*“ behandelt. RAUCHDORN (1599), S. 301-308; CARPZOV (1635), Quaestio XL.

⁶⁹² CARPZOV (1635), Quaestio XL, Nr. 11: „*Veluti pulsando aut verberando vigiles qui in excubiis stant, in aedes irruendo rapiendi aut nocendi animo, aliosve ut id faciant excitando, & alliciendo (der den Stadt oder Hanßfrieden bricht)*“.

⁶⁹³ CARPZOV (1635), Quaestio XL, Nr. 7. Vgl. auch RECKTENWALD (1956), S. 46f.

⁶⁹⁴ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 129: „*Wann iemandes im Lermen und Auflauf über gebothenen Friede, oder auch sonst seine Obrigkeit, oder die Gerichts=Personen, so einen in Hafft nehmen wollen, wissentlich schlägt oder verwundet*“.

⁶⁹⁵ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 129: „*der soll der verwundeten Person Abtrag, Artzt=Lohn, Zehrung, Unkosten und Versäumnis zu entrichten und auch barüber [sic!] aus Richterlichen Amt, willkührlich, mit Verweisung, Abhauung der Hand, Staupenschlägen, und auch, nach Gelegenheit derer Personen, und andern Umständen, mit dem Schwerdt vom Leben zum Tode gestraffet und gerichtet werden*“.

⁶⁹⁶ RAUCHDORN (1599), S. 305.

⁶⁹⁷ BERLICH (1651), Bd. 5, Conclusio LXVI, Nr. 1: „*Inter atroces injurias refertur etiam illa, quam quis judici vel Magistratui, vel ejus officialibus & ministris, infert*“; CARPZOV (1635), Quaestio C, Nr. 1: „*certum tamen est, quod injuria habeatur atrocior, quae magistratibus & parentibus infertur: quare &*

jemand nämlich sich der Obrigkeit oder den Gerichtspersonen widersetzte, schien eine Haftstrafe oder eine Geldstrafe nicht ausreichend, sondern es wurde zumindest die schwerere Strafe wie die Verweisungsstrafe festgesetzt.⁶⁹⁹ Wie der Art. XLIII der Konstitutionen verdeutlichte, gab es bei diesem Delikttyp eine gewisse Bandbreite: Einerseits sollte eine mildere Strafe (wie eine Haft- oder Geldstrafe) verhängt werden, wenn jemand die Obrigkeit nur verbal angegriffen hatte.⁷⁰⁰ Andererseits wurde umgekehrt die Möglichkeit eingeräumt, die Strafe zur Todesstrafe zu steigern, wenn jemand die Obrigkeit „*crudeliter*“ oder „*atrocissime*“ angegriffen oder verletzt hatte.⁷⁰¹ An anderer Stelle differenzierte Carpzov in seinen Ausführungen das Strafspektrum noch weiter aus als bei der Bestimmung des Art. XLIII. Zu nennen ist hier die Quaestio C, Nr. 8. Hier wurden einmal verschiedene Formen des Tumultes (etwa hinsichtlich der benutzten Instrumente bzw. Waffen) beschrieben.⁷⁰² Eine wichtige Rolle spielte zum anderen die Unterscheidung zwischen den Rädelsführern („*autores*“) und den Mithilfenden („*complices*“) hinsichtlich ihrer Bestrafung.⁷⁰³ Während den ersteren die schwerere Strafe (wie der Staupenschlag oder der ewige Landesverweis) vorbehalten

graviori poena coercenda erit“.

⁶⁹⁸ Der Wortlaut des Art. 43 der Konstitutionen wurde von Berlich und Carpzov zitiert. BERLICH (1651), Bd. 5, Conclusio XLVI, Nr. 10; CARPZOV (1635), Quaestio C, Nr. 4.

⁶⁹⁹ CARPZOV (1635), Quaestio C, Nr. 11: „*Ex quibus patet, injurias reales, Magistratui illatas ad minimum Relegatione puniri, neque delictum hoc carceris poena, aut mulcta pecuniaria satis vindicari*“. Siehe auch Quaestio XL, Nr. 7: „*poenam arbitrariam relegationis, carceris, fustigationis, amputationis manus, vel etiam pecuniariam mulcta Reo infligere potest, pro ratione vis commissae, ac conditione personarum*“; Ebd., Quaestio XL, Nr. 32: „*Atqui eum, qui injuriis Magistratum afficit severiori poena, ut relegatione, fustigatione, aut manus amputatione plectendum esse, notissimi juris est ex Const. Elect 43. part. 4*“.

⁷⁰⁰ CARPZOV (1635), Quaestio C, Nr. 12: „*Adeoq[ue] a poena hac severiori eximendi erunt, qui solum verbera aut vulnera minantur, ac magistratui resistunt, terrorem ei incutiente, minas vero in effectum non decucunt, quos propterea pro arbitrio judicis mitiori poena, carceris vel pecuniaria mulcta plecti posse existimo*“.

⁷⁰¹ CARPZOV (1635), Quaestio C, Nr. 19, 20. Siehe auch RECKTENWALD (1956), S. 47f.

⁷⁰² CARPZOV (1635), Quaestio C, Nr. 8: „*[...] quo in tumultu rustici, una cum servis, mulieribus atque ancillis coadunati, fustibus, baculis, lapidibus, ligonibus, rutris, rastris, furcis, mergis, aliisque armis Magistratui resistunt, & verbera ac vulnera minantes, executionem impediunt, obedientiam renuunt, & quasi rebellionem fovent*“.

⁷⁰³ Auf solche Unterscheidung hat auch W. Recktenwald hingewiesen. RECKTENWALD (1956), S. 49.

war, konnten gegen die letzteren lediglich die Haftstrafe oder eine Geldstrafe verhängt werden.⁷⁰⁴ Von dieser Unterscheidung ausgehend wurde einzelnen Richter auferlegt, vor dem Urteilstellen festzustellen, wer genau die Rädelsführer des Tumultes gewesen waren.⁷⁰⁵

Im Kontext der öffentlichen Gewalt („*vis publica*“) ist weiterhin der gewalttätige Angriff auf öffentlichen (Land-)Straßen oder Gassen zu nennen.⁷⁰⁶ Die grundlegende Bestimmung dafür stellt der Art. XIII der kursächsischen Konstitutionen „*Wie das Wegelagern oder Vorwarten zu straffen?*“ dar.⁷⁰⁷ Danach sollte die Tötung im Zuge der Räuberei oder sogenannten Wegelagerung als Landfriedensbruch mit der Todesstrafe mit dem Schwert bestraft werden. Für die sogenannte Vorwärtung, also für die Gewalttaten, die zwar auf öffentlichen Straßen oder Gassen geschahen, aber ohne Wille zum Rauben geschehen waren, waren dagegen mildere Strafen vorgesehen, weil solche Fälle nicht mit der Räuberei gleichgesetzt werden konnten. Bei geringeren Verwundungen sollte eine Haftstrafe oder eine zeitliche Verweisungsstrafe verhängt werden, und bei den schwereren das Abhauen der Hand, der Staupenschlag oder der ewige Landesverweis. Die hier festgeschriebene unterschiedliche Behandlung wurde von Carpzov übernommen.⁷⁰⁸ Bemerkenswert ist seine Erklärung: Derartige Gewalttat

⁷⁰⁴ CARPZOV (1635), Quaestio C, Nr. 8: „*Quos omnes ceu delicti hujus complices, poena hujus Constitut. arbitraria teneri, extra dubium est, hoc tamen moderamine adhibito, ut autores tumultus ac rebellionis, nec non ii, qui ministros judiciosos vulnerarunt ac percusserunt, graviori fustigationis aut Relegationis perpetuae poena; reliqui vero complices lenius, ac ob solam assistentiam & approbationem tumultus carere vel mulcta pecuniaria puniantur*“.

⁷⁰⁵ CARPZOV (1635), Quaestio C, Nr. 9: „*Priusquam tamen hoc in casu delinquentibus certa decernatur poena, de autoribus tumultus, ac facto cujusque personae certo constare debet*“. Als ein ausführliches Beispiel nannte Carpzov einen Urteil in Rochlitz aus dem Jahr 1621. CARPZOV (1635), Quaestio C, Nr. 10.

⁷⁰⁶ Hierbei lässt sich der Hinweis von W. Recktenwald berücksichtigen: „Den Übergang vom Landfriedensbruch „auf freyer kayserlicher Landstraßen“ zu den nicht todeswürdigen Formen des „Vorwartens“ im Sinne des Artikels XIII des vierten Teils der kursächsischen Konstitutionen bildet die Totschlagskriminalität auf Straßen und Wegen, soweit sie nicht dem Begriff der Straftaten gegen das Vermögen unterfällt“; RECKTENWALD (1956), S. 83.

⁷⁰⁷ Im Folgenden CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 120.

⁷⁰⁸ CARPZOV (1635), Quaestio XL, Nr. 36 und Nr. 39.

auf der Straße ohne tödlichen Ausgang waren alltäglich, insbesondere zu nächtlicher Weile, etwa im Fall von Zank unter Zechbrüdern.⁷⁰⁹ Also standen solche alltägliche Gewaltformen unter der Strafandrohnung flexibler, willkürlicher Sanktionen.

3.4. Delikte von Minderjährigen

3.4.1. Gesonderte Behandlung für Minderjährige

Die bisherige Forschung (insbesondere zur Strafrechtsgeschichte) ist sich einig, dass das heutige Jugendstrafrecht als Sonderstrafrecht keine lange Geschichte hat, sondern eine Schöpfung des letzten Jahrhunderts ist. Das bedeutet aber keineswegs, dass die jugendlichen Straftäter in früheren Zeiten (wie in der Frühen Neuzeit) die gleiche strafrechtliche Behandlung erfahren hätten wie erwachsene Delinquenten.⁷¹⁰ Es ist davon auszugehen, dass es zwar kein gesondert systematisiertes Strafrecht für Jugendliche gab, dass jedoch eine gesonderte Behandlung für jugendliche Delinquenten in der Art vorgesehen war, der jeweiligen Zurechnungsfähigkeit gemäß die Strafe nachzulassen bzw. abzumildern.⁷¹¹ Dies ergab sich auch aus der Tatsache, dass das Schuldprinzip und damit die Frage der Zurechnungsfähigkeit seit 15. Jahrhundert v. a. aus römischen und italienischen Rechten rezeptiert wurden und dass sich folglich die strafrechtlichen sowie juristischen Debatten zunehmend damit auseinandersetzten.⁷¹² Schon Art. 179 der Carolina wies der Jugend(-lichkeit) einen Grund für die Abweichung von der ordentlichen Strafe zu. Die Begründung lautete,

⁷⁰⁹ CARPZOV (1635), Quaestio XL, Nr. 39: „quando nempe rixantes in viis vel angustis oppidorum, vel pagorum adversarios praetereuntes expectat, eosque ex insidiis adorti vulnerant vel verberant, quod ut plurimum de nocte fieri consuevit, ubi compotatores, rixa inter ipsos exorta, domum se conferunt“. Vgl. auch RECKTENWALD (1956), S. 85.

⁷¹⁰ ZÜRCHER (1960), S. 5; STUMP (2003), S. 16; SCHAFFSTEIN/ BEULKE/ SWOBODA (2014), S. 39. Vgl. auch WETTMANN-JUNGBLUT (2007), Sp. 172.

⁷¹¹ ZÜRCHER (1960), S. 5; STUMP (2003), S. 16; SCHAFFSTEIN/ BEULKE/ SWOBODA (2014), S. 39.

⁷¹² Im Kontext der jugendlichen Straftaten HOLZSCHUH (1957), S. 54-62; STUMP (2003), S. 23.

dass die Jugend den „synn nit hett“.⁷¹³

Im zentralen Gesetzgebungswerk Kursachsens, nämlich in den Konstitutionen von 1572, wurden Delikte von Minderjährigen nicht erwähnt. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass die Minderjährigkeit oder die Jugendlichkeit kein umstrittenes Thema oder Strafzumessungskriterium in der gerichtlichen Entscheidungspraxis gewesen wäre. Vielmehr setzten sich die juristischen Traktate seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts im Kontext der Zurechnungsfähigkeit mit der Frage nach der Minderjährigkeit ausführlich auseinander.⁷¹⁴

3.4.2. Unterscheidung der Altersgruppen

Ausgangspunkt bildete die Möglichkeit, den jugendlichen Täter von der ordentlichen Strafe zu verschonen, wie der oben erwähnte Art. 179 der Carolina andeutete. Carpzov ließ nicht zu, die zu verhängende Strafe ohne ausreichende Gründe zu mildern,⁷¹⁵ doch rechnete er gerade die Minderjährigkeit („*aetas tenella*“) zu den Umständen bzw. Voraussetzungen, die den Richter zur Milderung der Strafe veranlassen konnten.⁷¹⁶ Nach Carpzov musste der Richter den Täter seinem Alter sowie seiner Zurechnungsfähigkeit gemäß beurteilen,⁷¹⁷ da Minderjährige kein voll ausgebildetes Urteilsvermögen hätten.⁷¹⁸ In diesem Kontext bildete die Unterscheidung bzw. die Abstufung der Zurechnungsfähigkeit je nach dem Lebensalter auf der Basis des

⁷¹³ Carolina, Art. 179: „das soll mit allen vmstenden, an die orte vnnd enden, wie zu ende diser vnser ordnung angezeygt gelangen, vnnd nach radt der selben vnd anderer verstendigen darinn gehandelt oder gestrafft werden“. Vgl. auch HOLZSCHUH (1957), S. 64-66; SCHAFFSTEIN (1986), S. 98; STUMP (2003), S. 24.

⁷¹⁴ Insbesondere bei CARPZOV (1635), Quaestio LXXXII, und CXLIII.

⁷¹⁵ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 1.

⁷¹⁶ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 2.

⁷¹⁷ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 4: „*Quare Judex in supplicio delinquenti minori irrogando, annos & gradus aetatis probe attendere, ac secundum numerum annorum maxime vero secundum doli capacitatem judicare, & sententiam ferre debet*“.

⁷¹⁸ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 3: „*Juniores autem perfectum consilium & judicium non habeant*“. Vgl. auch LOBE (1978), S. 58.

römischen Rechts ein relevantes Thema der juristischen Debatten und Praktiken.⁷¹⁹ Dabei gab es keine einheitliche Unterscheidung der Altersgruppen.⁷²⁰ Beispielsweise unterschied Rauchdorn ohne ausführliche Erklärung die Altersgruppen in „*Infantes*“, „*Pueri*“, „*Pupilli*“, „*Adolescentes*“, „*Puberes*“, „*Iuuenes*“, und „*Senes*“.⁷²¹ Aufgrund der Rezeption der vorherigen Rechtstraditionen nahm jedoch die Unterteilung in drei Altersgruppen einen wichtigeren Platz für die abgestufte Bestrafung ein, also „*Infantia*“ (bis 7 Jahre), „*Impubertas*“ (von 7 bis 14 Jahre), und „*Minorennitas*“⁷²² (von 14 bis 25 Jahre).⁷²³ Von dieser Dreiteilung gingen Juristen wie Berlich und Carpzov aus.⁷²⁴

Die „*infantes*“ waren grundsätzlich von jeder Strafe befreit.⁷²⁵ Diese Strafunmündigkeit unter sieben Jahren ergab sich schon aus der deutschrechtlichen und römischrechtlichen Tradition.⁷²⁶ In den Rechtstraktaten des 17. Jahrhunderts wurden die *infantes* als nicht vorsatzfähig angesehen,⁷²⁷ wobei Carpzov von der Prämisse ausging, dass ein Delikt ohne einen Vorsatz bzw. einen schlechten Willen nicht

⁷¹⁹ HOLZSCHUH (1957), S. 1-6, und S. 54-59; STUMP (2003), S. 16-19, besonders S. 18. Dies traf ebenfalls für die Praktiken in Zürich zu, wo aber die schweizerische und deutsche Rechtstraditionen vorhanden waren. ZÜRCHER (1960), S. 5-29.

⁷²⁰ Zur Überblick verschiedenen Benennungen HERMSEN (1998), S. 122-125; HORN (1998), S. 12f.

⁷²¹ RAUCHDORN (1599), S. 344.

⁷²² Nach der sachsenrechtlichen Tradition dauerte die *minorennitas* nur bis 21 Jahre alt. CARPZOV (1635), Quaestio CXLI, Nr. 60: „*Sed de jure Saxonico minorennitas durat saltem usque ad annum vicesimum primum inclusive. Quia enim in terris Saxonis maturius aliquanto sapiunt homines, ideo majores statim dicuntur completo vigesimo primo anno*“.

⁷²³ STUMP (2003), S. 23 und S. 26f. Vgl. auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 99; WETTMANN-JUNGBLUT (2007), Sp. 173. Auch A. Lobe erwähnte solche drei Altersgruppen, aber ließ über „*minorennitas*“ nahezu außer Betracht. LOBE (1978), S. 22f.

⁷²⁴ Berlich erörtere jedoch die Altersangabe nicht so deutlich und sogar systematisch wie Carpzov. Daher stützte ich mich im Folgenden auf die Darlegung Carpzovs. CARPZOV (1635), Quaestio CXLI, Nr. 6-8. Zur kurzen Zusammenfassung der Darlegung Carpzovs siehe STUMP (2003), S. 26f.

⁷²⁵ CARPZOV (1635), Quaestio CXLI, Nr. 9: „*Infans ex delicto non obligatur, nec poenam aliquam incurrit*“. Vgl. auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 99.

⁷²⁶ HOLZSCHUH (1957), S. 57f.; ARNOLD (1996), S. 142; STUMP (2003), S. 21.

⁷²⁷ CARPZOV (1635), Quaestio CXLI, Nr. 12: „*Atqui infantes doli capaces non esse, sed quicquid agunt ignorare*“.

entstehen könnte.⁷²⁸ Allerdings wurde dann eine Ausnahme gemacht, wenn der Richter in dem betreffenden Kind eine Bosheit oder eine Fähigkeit zum Vorsatz bemerkte; in diesem Fall sollte er den Täter einer arbiträren Strafe unterwerfen. Dabei waren nicht die schwersten Strafvarianten vorgesehen, sondern etwa Gefängnis oder die Züchtigung mit Ruten.⁷²⁹ Die Sanktion zielte also weniger auf die Bestrafung sondern eher auf Erziehung.⁷³⁰

Die zweite Altersgruppe „*impuberes*“ repräsentierte gesellschaftlich sowie rechtlich eine schwankende und ambivalente Lebensphase.⁷³¹ Sie überschritt die oben erwähnte Grenze der Strafunmündigkeit; ein Täter dieses Alters wurde grundsätzlich als vorsatzfähig angesehen und war deshalb nicht von der Bestrafung befreit.⁷³² Carpzov erörterte jedoch, dass die Urteilskraft („*judicium*“) in diesem Fall noch so schwach ausgeprägt war,⁷³³ dass ordentliche Strafen nicht in Frage kamen, sondern die außerordentliche Strafe verhängt werden sollte.⁷³⁴ Hierbei wurde in der Regel die Haftstrafe oder die Verweisungsstrafe vorgesehen.⁷³⁵

Angesichts dieser eingeschränkten Vorsatzfähigkeit wurde in dieser Altersgruppe eine weitere Unterscheidung eingeführt: „*impuberes infantia proximi*“ und „*impuberes*

⁷²⁸ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 11: „*Nec sine ratione & fundamento: Notissimi namq[ue] juris est, quod delicta absq[ue] dolo nec committantur nec puniantur*“.

⁷²⁹ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 19: „*si iudex animadvertat in infante qualem qualem [sic!] malitiam, & doli alicujus capacitatem, eum in totum a poena Magistratus haud excusandum, sed arbitrarie, & si non severiori aliqua poena, attamen in carcere, pro ratione delicti virgis castigandum esse*“. Vgl. auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 99. Carpzov stellte ein entsprechendes Beispiel in Elsterberg aus dem Jahr 1629 vor. CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 20.

⁷³⁰ G. Schwerhoff wies dies am Kölner Beispiel nach. SCHWERHOFF (1991), S. 145-147. Siehe auch Abschnitt 5.2. der vorliegenden Arbeit.

⁷³¹ ARNOLD (1996), S. 145. Auch B. Stump wies auf Besonderheit dieses Lebensalters hin. STUMP (2003), S. 17.

⁷³² CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 21: „*Quod Impuberes doli capaces ex delictis quidem obligentur*“.

⁷³³ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 23: „*Licet enim dolosum esse possit impuberum judicium; attamen infirmius est, propter naturae infirmitatem*“.

⁷³⁴ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 22: „*Licet non ordinaria, sed pro arbitrio judicis; extraordinaria quadam poena affici debeant*“.

⁷³⁵ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 36: „*Quum vero poena arbitraria sit carcer vel relegatio*“. Dieses Praxis war auch in Zürich nachweisbar. ZÜRCHER (1960), S. 10.

pubertati proximi“.⁷³⁶ Beim ersten sollten mangels des Vorsatzes keine Strafe verhängt werden, wie bei „*infantes*“.⁷³⁷ Beim zweiten sollten die arbiträre Strafe verhängt werden, da solche Minderjährigen normalerweise vorsatzfähig waren.⁷³⁸ Wie schon F. Schaffstein darlegte, war aber in der zeitgenössischen Diskussion umstritten, wie die Grenze zwischen diesen Untergruppen zu ziehen war.⁷³⁹ Das Lebensalter war dabei nicht unbedingt entscheidend. So bevorzugte Carpzov, von vorherigen Meinungen abweichend,⁷⁴⁰ dem Richter einen Entscheidungsspielraum hinsichtlich der Bosheit zu überlassen.⁷⁴¹ Mit dieser Auffassung konnte er sich auf Art. 164 der Carolina „*Von jungen dieben*“ berufen: Wenn ein Delinquent (hier der Dieb) auch unter 14 Jahren alt sei, die Tatumstände aber gravierender und wenn ‚die Bosheit sein Alter erfüllen‘ würde, dann konnte gegen einen solchen Täter eine schwerere Leibesstrafe verhängt werden.⁷⁴²

Trotz der vielen Debatten und den unterschiedlichen Strafpraktiken bei der Altersgruppe von 7 bis 14 Jahren war es unumstritten, dass das 14. Lebensjahr, mit dem die volle Strafmündigkeit eintrat, als eine wesentliche Zäsur bei den Urteilsfällen und der Bestrafung angesehen wurde.⁷⁴³ Auch in diesem Punkt ist der oben erwähnte

⁷³⁶ SCHAFFSTEIN (1986), S. 99. Siehe auch HOLZSCHUH (1957), S. 67; STUMP (2003), S. 18f.

⁷³⁷ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 30: „*quod impuberes infantiae proximi, quia communiter etiam dolo carent, infantibus aequiparentur, atque ab omni fere poena, perinde ac infantes liberentur*“.

⁷³⁸ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 31: „*Sed longe diversa ratio est impuberum, pubertati proximorum, qui cum regulariter doli capaces sint, iudiciumq[ue] habeant, delinquere intelligentur, ac propterea etiam arbitrariam poenam incurrunt*“.

⁷³⁹ SCHAFFSTEIN (1986), S. 100.

⁷⁴⁰ Vgl. auch CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 32.

⁷⁴¹ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 34: „*Qui non tam pluralitatem annorum, quam dolum atque malitiam accurate considerare, & pro ratione istius poenam irrogare debet*“.

⁷⁴² Carolina, Art. 164: „*Wo aber der dieb nahent bei vierzehnen jaren alt wer, vnd diebstall groß oder obbestimpt beschwerlich vmstende, geuerlich dabei gefunden würden, also daß die bößheyt das alter erfüllen möcht, So sollen Richter vnd vrtheyler deshalb auch, (wie hernach gemelt radts pflegen, wie eyn solcher jungerdieb an gut, leib oder leben zustraffen sei*“.

⁷⁴³ HOLZSCHUH (1957), S. 61 und S. 66; ARNOLD (1996), S. 145; HERMSEN (1998), S. 124; STUMP (2003), S. 24f.

Art. 164 der Carolina aussagekräftig: *„Item so der dieb oder diebin jrs alter vnder vierzehen jaren weren, die sollen vmb diebstall, on sonder vrsach, auch nit vom leben zum todt, gericht, sonder der obgemelten leibstraff gemeß, mit sampt ewiger vrphede gestafft werden“*.

Diese Bestimmung konnte über die Deliktat des Diebstahls hinaus auch auf andere Verbrechen übertragen werden, wie Rauchdorn im Kontext des Totschlags erörterte:

„Ob auch schon ein Kind seines Alters vber sieben Jahr kommen/ vnd doch vnter 14. Jahren were/ gegen demselben sol keine Straffe des Todes/ wegen der blühenden Jugend vmb entleibunge willen/ Sondern eine geringere peen fürgenommen vnd gebraucht werden/ Ob auch der Richter darumb insonderheit nicht würde angelangt“.⁷⁴⁴

Carpzov wies ebenfalls auf den Art. 164 der Carolina hin und erörterte, dass jener Artikel sich nicht nur auf den Diebstahl beschränkte, sondern auch für vergleichbare schwerere Delikte Gültigkeit beanspruchen konnte.⁷⁴⁵ Er konstatierte weiterhin, dass diese Regel zum Rechtsgebrauch in Kursachsen sich entwickelt hatte.⁷⁴⁶

Wenn man die Altersgrenze von 14 überschritten hatte, wie es bei der dritten Altersgruppe „*minores*“ der Fall war, dann war man in der Regel nicht von der ordentlichen Strafe (Todesstrafe) zu befreien.⁷⁴⁷ Carpzov war der Meinung, dass die *minores* normalerweise ihre Verbrechen mit Vorsatz und aus Bosheit begehen

⁷⁴⁴ RAUCHDORN (1599), S. 344.

⁷⁴⁵ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 70: *„Qui licet specialiter de crimine furti loquatur; attamen, quin & ad similia, ac multo magis atrociora delicta, ex ratione hujus sanctionis extendi debeat, nemini obscurum esse potest“*. Auch ebd., Quaestio CXLIII, Nr. 24. Carpzov stellte exemplarisch einige Urteile in Kursachsen vor. Siehe dazu CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 71-75.

⁷⁴⁶ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 71: *„Hancq[ue] Regulam in terris Saxonibus usu receptam esse, et secundum eam Elector. Saxon. Scabinos quotidie pronunciare, certo certius est, et ex plurimis eorundem sententiis patet“*.

⁷⁴⁷ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 59: *„Quod delinquens ob minorennitatem a poena ordinaria regulariter non excusetur“*.

würden⁷⁴⁸ und beschränkte deshalb im Unterschied zu den anderen Altersgruppen die Möglichkeit zur Abweichung von der Strafe bei den *minores*. Während andere Rechtstraktate, wie z. B. derjenige von Berlich, die Meinung vertraten, dass die Strafe gegen die *minores* nur wegen ihres Alters nachgelassen oder gemildert werden könnten,⁷⁴⁹ war Carpzov anderer Meinung.⁷⁵⁰

In der kursächsischen Strafpraxis allerdings war die Möglichkeit zur milderen Bestrafung von *minores* keineswegs ausgeschlossen.⁷⁵¹ Dies betraf vor allem die härteren Kriminalfälle, in denen gewöhnlich die ordentliche Strafe verhängt werden sollte. So konnte ein Richter beim Vorliegen plausibler Milderungsgründe eine eigentlich fällige außerordentliche Todesstrafe durch die Schwertstrafe abmildern.⁷⁵² Bei weniger schweren Delikten konnten ein Richter schließlich die eigentlich fällige Todesstrafe durch den Staupenschlag oder eine Verweisungsstrafe ersetzen.⁷⁵³

3.5. Poena extraordinaria bzw. Poena arbitraria

Bei der oben erörterten rechtlichen Behandlung von Gewaltdelikten, die von Jugendlichen begangen wurden, nahm die „poena extraordinaria“ bzw. „poena arbitraria“ zweifelsohne den zentralen Platz ein. In diesem Abschnitt betrachte ich

⁷⁴⁸ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 64: „*quod minores regulariter ex dolo ac malitia delinquant*“. Siehe auch Quaestio CXLIII, Nr. 65 und Nr. 68.

⁷⁴⁹ BERLICH (1651), Bd. 5, Conclusio XLIV, Nr. 39: „*Tum quia regula universalis est, quod minor in delictis mitius puniatur*“. Zu solcher Meinung siehe auch CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 61 und 62. Vgl. auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 100f.

⁷⁵⁰ Zu seiner Stellungnahme siehe CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 64.

⁷⁵¹ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 80: „*Caeterum, etsi haec Regula verissima sit, uti hactenus rationibus & praejudiciis Scabinorum Lipsensium luculenter probatum fuit, per eam tamen judici arbitrium mitigandi poenas haudquaquam adimitur*“.

⁷⁵² CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 81: „*Quin ergo judici fas sit, in criminibus, praesertim atrocioribus, ob minorennitatem poenam ordinariam mitigare, ac remisso poenae augmento, gladii supplicium substituere, ambigendum prorsus non est, modo probabilem mitigationis causam habeat*“. Vgl. auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 100.

⁷⁵³ CARPZOV (1635), Quaestio CXLIII, Nr. 87, und auch Nr. 90: „*Deniq[ue] & hoc saepius observavi, quod in criminibus atrocissimis non solum ordinarium supplicium Reo minori mitigatum, sed & mortis poena in fustigationem commutata fuerit*“.

diesen Straftyp noch einmal besonders, um die Darstellung abzurunden.

3.5.1. Breiter Anwendungsbereich

Der Straftyp „poena extraordinaria“ stand den ordentlichen Strafen („poena ordinaria“) gegenüber, die schon in Gewohnheitsrechten oder strafrechtlichen Gesetzen als reguläre Sanktionen festgeschrieben wurden.⁷⁵⁴ Daher stellte die „poena extraordinaria“ das zentrale Instrument für die Differenzierung und Systematisierung strafbarer Handlungen seit dem späten 16. Jahrhundert dar.⁷⁵⁵ Für Vergehen, die erst im Zuge der Erweiterung des Strafanspruchs in der Zeit nach Erlass der Carolina klarer definiert wurden, fehlten solche ‚ordentlichen‘ strafrechtlichen Bestimmungen. Natürlich konnten solche Taten nicht unbestraft bleiben.⁷⁵⁶ Mit der Erweiterung des Strafanspruchs weitete sich deshalb zugleich der Anwendungsbereich der poena extraordinaria aus, wie er im Folgenden beschrieben werden soll.

Ein erster solcher Anwendungsbereich stellte die Fälle dar, wo die Strafe aufgrund plausibler Milderungsgründe den realen Umständen angepasst werden musste, auch wenn das Delikt schon in den strafrechtlichen Rechtsnormen als peinliches Vergehen festgeschrieben worden war. Dies betraf exemplarisch, wie oben erwähnt, Delikte von Minderjährigen.

Wurde ein Delikt bzw. eine Strafe für ein Delikt in den Rechtsnormen nicht ausdrücklich benannt und festgeschrieben, dann blieb die Strafe zweitens dem richterlichen Ermessen überlassen. Die Grundlage dafür lieferte der Art. 105 der

⁷⁵⁴ BOLLMANN (1963), S. 277; SCHAFFSTEIN (1985), S. 160; HÄRTER (2000b), S. 200.

⁷⁵⁵ HÄRTER (2000b), S. 200.

⁷⁵⁶ Siehe auch CARPZOV (1635), Quaestio CXXXIII, Nr. 2: „*Quum fieri non possit, ut singulorum maleficiorum species singulae recitentur, & adnotatis poenis declarentur [...] Quae tamen propterea haudquaquam impinitae remanere debent*“.

Carolina „*Von vnbenanten peinlichen fellen vnnd straffen*“.⁷⁵⁷ Diesen richterlichen Spielraum räumten schon Rauchdorn⁷⁵⁸ und auch Carpzov⁷⁵⁹ ein.

Schließlich wurde die poena extraordinaria drittens in der Regel bei bürgerlichen Delikten verhängt, die meistens in Policeygesetzen als strafbare Handlung definiert wurden.⁷⁶⁰ Ähnliches galt, wie bereits oben erörtert, auch bei „*delicta innominata*“.⁷⁶¹

3.5.2. Flexibilität der Strafe

Geht man von der Unterscheidung zwischen poena ordinaria und poena extraordinaria aus, lassen sich die Vorteile der poena extraordinaria deutlich erkennen: Erstens war die poena extraordinaria durch Unbestimmtheit und Flexibilität geprägt, indem etwa bürgerliche, aber auch peinliche Strafarten vorgesehen wurden. Es wurde dem einzelnen Richter die Möglichkeit zur Auswahl der ‚Strafarten‘ eingeräumt.⁷⁶² Dabei entsprach das breite Sanktionsspektrum den zwei Verfahrenstypen (bürgerlichen und peinlichen), die auch bei Gewaltdelikten zur Anwendung kamen.⁷⁶³ In Kursachsen fanden sich normalerweise folgende Strafarten: Verweisungsstrafe, Haftstrafe, Geldstrafe, Staupenschlag und das Abhauen der Hand.⁷⁶⁴ In der kursächsischen Praxis

⁷⁵⁷ Carpzov lehnte sich gerade an diesen Artikel an. CARPZOV (1635), Quaestio CXXXIII, Nr. 14: „*In quibus autem poenis arbitraria illa animadversio consistat, non exprimitur: sicuti nec ipsemet Imper. Carolus V. arbitriam coercionem discrete definit, eamque ad certa suppliciorum genera restringit, sed iudices hac de re consilium Jurisperitorum implorare jubet in Ordin. Crim. art. 105. Ibi: „*

⁷⁵⁸ RAUCHDORN (1599), S. 191: „*Etliche vbelthaten werden sol auch öffentlich/ aber nit Ordentlich/ sondern extraordinaria delicta darumb genendt/ daß auff dieselben keine außdrückliche namhaffte Straffe oder Peen geordnet/ sondern werden nach grösse vnd gelegenheit der that vnd Personen/ dem Richter willkürlich nach seinem gefallen/ vnd billichen erachten/ zu straffen befohlen vnd vertrawet*“.

⁷⁵⁹ CARPZOV (1635), Quaestio CXXXIII, Nr. 1: „*Id quod accidit non solum, quando lex ipsa absque supplicii denominatione, poenae determinationem arbitrio iudicis committit: ut saepissime in jure fieri videmus, sed & si crimen perpetratum nec peculiare nomen sortiatum nec legibus vel statutis expresse comprehensum reperiatur*“.

⁷⁶⁰ HÄRTER (2000b), S. 205, und vgl. auch S. 194.

⁷⁶¹ Nach K. Härter befand sich keine klare Abgrenzung zwischen dem bürgerlichen Delikt „*stellionat*“ und dem „*delicta innominata*“. HÄRTER (2000b), S. 196.

⁷⁶² HÄRTER (2000b), S. 200 und S. 203f.

⁷⁶³ HÄRTER (2000b), S. 203f.; LUDWIG (2008a), S. 85.

⁷⁶⁴ BERLICH (1651), Bd. 4, Conclusio XV, Nr. 8: „*In eo tamen jus Civile & constitutio Saxonica*

nahm insbesondere die Verweisungsstrafe einen dominierenden Platz ein⁷⁶⁵, auch und gerade bei jugendlicher Delinquenz.⁷⁶⁶

Zweitens ist festzuhalten, dass es nicht nur in Hinblick auf die Straforten, sondern auch auf das Strafmaß einen Spielraum gab. Exemplarisch schrieb der Art. XLVII der kursächsischen Konstitutionen „*Wie es mit der Landes=Verweisung zu halten*“ fest, dass gegen den Delinquenten die Verweisungsstrafe mit *oder* ohne Staupenschlag, und der ewige *oder* zeitlich begrenzte Verweis verhängt werden konnte.⁷⁶⁷

Auch wenn die *poena extraordinaria* durch die Flexibilität hinsichtlich der Strafort sowie des Strafmaßes geprägt wurde, bedeutet dies allerdings nicht, dass keine normative Rechtsgrundlage für diese Bestrafungsweise vorhanden wäre und somit der einzelne Richter einen unbegrenzten und freien Entscheidungsspielraum hätte.⁷⁶⁸ Die richterlichen Urteile wurden vielmehr durch eine Vielzahl von Regeln und Verpflichtungen geprägt. Erstens sollte der Richter den bestehenden Gesetzen, Konstitutionen und Gewohnheiten gemäß die Strafe verhängen.⁷⁶⁹ Wie bereits bei dem Art. 104 der Carolina festgeschrieben wurde, sollte der Richter „*die straff nach gelegenheyt vnd ergernuß der übelthatt, auß lieb der gerechtigkeit, vnd vmb gemeynes nutz willen [zu] ordnen vnd [zu] machen*“; ohne rechtliche und gesetzliche Grundlage

differunt, quod in foro Saxonico poena arbitraria etiam ad poenam corporalem, puta carcerem, fustigationem & manus amputationem extendatur“; CARPZOV (1635), Quaestio CXXXIII, Nr. 17: „*Ac certe in foro Saxonico arbitriam coercionem in hisce poenis, Relegatione scil. Carcere, multa pecuniaria & quandoque fustigatione, aut manus abscissione consistere*“. In diesem Abschnitt Nr. 17 verwies Carpzov gerade auf einige Artikeln der kursächsischen Konstitutionen. Zu Leibesstrafen (wie Abhauen der Hand, Staupenschlag) siehe auch CARPZOV (1638), S. 195. Vgl. auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 40; HÄRTER (2000b), S. 202. Zur tabellarischen Darstellung der strafrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten in Kursachsen siehe LUDWIG (2008a), S. 84.

⁷⁶⁵ Dies wies LUDWIG (2008a), S. 90-94 quantitativ nach.

⁷⁶⁶ HOLZSCHUH (1957), S. 76f.

⁷⁶⁷ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 130f. Vgl. auch MOLLER (1612), S. 650f.; CARPZOV (1638), S. 197f.

⁷⁶⁸ Dies hob HÄRTER (2000b), S. 206 hervor.

⁷⁶⁹ CARPZOV (1635), Quaestio CXXXIII, Nr. 6: „*Id praecipue in poenis arbitrariis Reo infligendis necessarium est, ubi graviter mandatum est iudici, ut non aliter judicet, quam Legibus, Constitutionibus, aut moribus receptum est*“. Vgl. auch LINDEN (1947), S. 33; SCHAFFSTEIN (1985), S. 163; HÄRTER (2000b), S. 201 und S. 206.

durfte er z. B. die Todesstrafe nicht verhängen.⁷⁷⁰ Und zweitens war der Richter verpflichtet, die Umstände einer Tat, die Gesichtspunkte für und gegen eine Strafmilderung oder Strafschärfung, ausführlich und ordentlich abzuwägen.⁷⁷¹ Drittens war es für den Richter erforderlich, auch die persönlichen Bedingungen der Angeklagten genau abzuwägen und in ein Verhältnis zur Tat zu setzen.⁷⁷² In diesem Sinne hat die Strafwissenschaft „ausgehend von der ‚Carolina‘ und seit Carpzov die außerordentlichen bzw. arbiträren Strafmöglichkeiten und die verschiedenen Milderungsgründe bzw. bei der Strafzumessung zu berücksichtigenden Tatumstände erheblich ausdifferenziert und ‚verwissenschaftlicht‘“. ⁷⁷³

3.6. Zusammenfassung

Das rechtliche Vorgehen gegen jugendliche Gewalttäter wurde hauptsächlich durch die poena extraordinaria sowie durch den richterlichen Ermessensspielraum geprägt. Dabei vollzog sich zum einen eine generelle Erweiterung und Ausdifferenzierung des Strafkatalogs bei Tötungs- und Gewaltdelikten, wobei sich aufgrund der Berücksichtigung der Tatumstände sowie der breiten Anwendung der poena extraordinaria flexible Entscheidungsstrategien entwickelten. Diese Ausdifferenzierung betraf in besonderem Maße ‚Jugenddelikte‘, indem die Abstufung der Zurechnungsfähigkeit in bestimmten Altersgruppen in juristischen Debatten

⁷⁷⁰ Vgl. auch HÄRTER (2000b), S. 200.

⁷⁷¹ CARPZOV (1635), Quaestio CXXXIII, Nr. 32: „*In qua irroganda iudici discreto incumbit, omnes ac quasvis circumstantias accurate ponderare, ac probe perpendere, ita ut nec severitatis, nec clementiae laus affectetur; [...] nec severiori aut leniori poena, quam par est, crimen extraordinarium coerceatur*“. Vgl. auch SCHAFFSTEIN (1986), S. 40.

⁷⁷² CARPZOV (1635), Quaestio CXXXIII, Nr. 46: „*Quare justissime ex conditione personarum, earundem facultatibus, nec non aliis circumstantiis occurrentibus, proportio harum poenarum justa desumenda est. Idemq[ue] habendum & asserendum de proportionem relegationis ac carcerationis, seu mulctae pecuniariae, quae non minus ex qualitatibus personarum est definienda*“. Vgl. auch LINDEN (1947), S. 38f.

⁷⁷³ HÄRTER (2005a), S. 258f.

ausführlich behandelt wurde. Solche Lebensalterseinteilungen wurden nicht mittels (Rechts-)Normen vereinheitlicht oder absolut festgelegt.⁷⁷⁴ Minderjährigkeit oder eine bestimmte Altersangabe wurde nicht per se als selbstverständliches oder gar absolutes Kriterium für eine Milderung der Strafe angesehen.⁷⁷⁵

Aus diesem Befund einer mangelnden Normierung und Einheitlichkeit der Strafrechtspflege schloss die ältere Forschung auf chaotische Verhältnisse, die eine grausame Bestrafung jugendlicher Täter zur Folge gehabt hätte.⁷⁷⁶ Jedoch ist hier die Eigenschaft der poena extraordinaria zusätzlich in Betracht zu ziehen. Gerade wegen nicht strikt normierten Kriterien wurde dem einzelnen Richter damit ein Spielraum eingeräumt, die Umstände sowie die Persönlichkeit junger Täter in einem Fall ausführlich zu erwägen.⁷⁷⁷ So wurde die Anwendung der Rechtsnormen auf den Einzelfall ermöglicht, um die zu verhängende Strafe den Umständen der Tat, dem Täter und dem gesellschaftlichen Kontext sowie den sozialen Normen anzupassen.⁷⁷⁸ In diesem Sinne sah die formelle Kontrolle gegen jugendliche Gewaltdelikte bereits viele Anschlussmöglichkeiten an Gesichtspunkte vor, die auch im Rahmen informeller Sozialkontrolle eine Rolle spielten. Somit war auch die Voraussetzung gegeben, um die in den Supplikationen für die Strafmilderung oder Strafumwandlung dargelegten Argumente sowie die Umstände zu berücksichtigen.⁷⁷⁹

In Leipzig bestand auch nach der Loslösung des Schöffenstuhls vom Stadtgericht für

⁷⁷⁴ Hier stütze ich mich auf den Hinweis von Holzschuh: „Das Jugendalter kann ein Strafausschließungs- oder ein Strafmilderungsgrund sein. Eine bestimmte Altersgrenze ist im Gesetz nicht festgelegt“; HOLZSCHUH (1957), S. 66. Vgl. auch HORN (1998), S. 13; STUMP (2003), S. 16.

⁷⁷⁵ WETTMANN-JUNGBLUT (2002), S. 431. In vielen Urteilen, die Carpzov in Quaestio CXLIII zitierte, kann man die Worte wie „wegen seiner Jugend“ bzw. „in Ansehung seiner Jugend“, nämlich aber ohne bestimmte Altersangabe finden. M. Zürcher hat allerdings solche Worte aus Zürcher Beispielen entnommen und sie direkt als Beweis für die Anwendung des Gnadenstrafrechts aufgefasst. ZÜRCHER (1960), S. 25f.

⁷⁷⁶ HOLZSCHUH (1957), S. 71.

⁷⁷⁷ HOLZSCHUH (1957), S. 104; ZÜRCHER (1960), S. 23.

⁷⁷⁸ SCHWERHOFF (1991), S. 169f.; HÄRTER (2005a), S. 259; LUDWIG (2008a), S. 88f.

⁷⁷⁹ HÄRTER (2005a), S. 259.

die Stadtbewohner die Möglichkeit, sich mit der Stadtgericht bzw. dem Stadtrichter per Supplikation zu verständigen.⁷⁸⁰ Es lohnt sich deshalb der Frage nachzugehen, wie die jugendliche Gewalttat in Suppliken an das Leipziger Stadtgericht beschrieben wurde, und inwieweit solche Suppliken einen Einfluss auf die Gerichtspraxis nehmen konnten. Ich werde mich damit in Kapitel 5 der vorliegenden Arbeit beschäftigen.

⁷⁸⁰ Siehe auch Abschnitt 2.1.2. der vorliegenden Arbeit.

4. NORMATIVE GRUNDLAGEN II: PRÄVENTIONSORIENTIERTE MAßNAHMEN

Mit dem Aufbau und der Etablierung strafrechtlicher Grundlagen zur Sanktionierung von Gewaltdelikten gingen Maßnahmen einher, die auf Bekämpfung der (jugendlichen) Gewaltpraktiken abzielten. Wie im vorhergehenden Kapitel erörtert, sind solche Maßnahmen als policeyliche Normsetzungen zu verstehen. Die neuere Policyforschung ist sich darin einig, dass die Obrigkeit mithilfe dieser Policygesetzgebung und mit dem Ziel, die ‚gute Ordnung‘ zu bewahren, den Katalog abweichenden Verhaltens nicht nur fixierte sondern auch erweiterte.⁷⁸¹ Hierbei ist nicht zu übersehen, dass sich Normsetzungen (zumal solche, die sich gegen das öffentliche Tragen von Waffen richteten) im Laufe der Frühen Neuzeit permanent wiederholten und daher zu vermuten ist, dass die Umsetzung der einzelnen Verbote stets zu scheitern drohte.⁷⁸² Es ist allerdings problematisch, auf der Grundlage der Wiederholung von Normen auf ein ‚Scheitern‘ derselben zu schließen und ebenso wenig auf ein Scheitern des Anspruchs auf eine ‚disziplinierte Gesellschaft‘.⁷⁸³ Es ist daher im Folgenden der Frage nachzugehen, welcher normative Rahmen gegen (jugendliche) Gewaltpraktiken in Leipzig aufgespannt wurde und in welchem Verhältnis die Wiederholung bestimmter Regelungen zur Alltagspraxis stand.

⁷⁸¹ HÄRTER (1999a), S. 42; HÄRTER (1999b) S. 366; HÄRTER (2000a), S. 466. Dies kann auch die Normsetzung gegen Gewalthandeln betreffen, wie G. Schwerhoff am Beispiel der Kölner Wirtshausbetriebe nachwies. Siehe SCHWERHOFF (2006a), S. 375.

⁷⁸² Zum Waffenverbot siehe EIBACH (2005), S. 197f.

⁷⁸³ K. Härter erinnerte zudem deutlich daran, dass man das Konzept der (Sozial-)Disziplinierung nicht mit der ‚disziplinierten‘ Gesellschaft gleichsetzen darf. HÄRTER (1999a), hier S. 40.

4.1. Städtische Maßnahmen gegen (jugendliche) Gewaltpraktiken

4.1.1. Waffentragen

Das Waffentragen war seit dem späten Mittelalter alltägliche Praxis der Bürger. Das Tragen sowie der Einsatz von Waffen waren an einen eigenständigen Haushalt und den Status als Stadt-Bürger gebunden. Die Bürger waren dazu verpflichtet, den Stadtfrieden zu bewahren und die Stadt zu verteidigen.⁷⁸⁴ Allerdings eskalierten immer wieder Streitigkeiten durch den Einsatz von Waffen bis hin zu schweren Körperverletzungen oder Tötungen.⁷⁸⁵ Diese zwei Seiten oder „das Paradox der Männlichkeit“⁷⁸⁶ zeigten sich auch darin: Einerseits galten das Tragen und der Einsatz von Waffen als Symbol für Bürgerlichkeit und Männlichkeit.⁷⁸⁷ Männer neigten im Vergleich zu Frauen auch eher dazu Waffen in Streitfällen einzusetzen.⁷⁸⁸ Andererseits wurden aber Tragen und Einsatz von Waffen vonseiten der Obrigkeiten beschränkt und verboten. Aus deren Perspektive war das Waffentragen Bestandteil von Gewaltpraktiken, auch wenn die Waffen nicht in jedem gewalttätigen Handel eingesetzt wurden.⁷⁸⁹ Kontrolle oder Verbot stellten damit zentrale präventive Maßnahmen zur Bewahrung des (Stadt-)Friedens dar.⁷⁹⁰

In diesem Zusammenhang tauchten erste Waffenverbote bereits im 15. Jahrhundert auf, als sich die städtische Rats- und Gerichtsfassung fortentwickelte.⁷⁹¹ Der Leipziger Rat

⁷⁸⁴ RUBLACK (1982), S. 14f.; LUDWIG (2016), S. 47. Als eine ausführliche Studie am Beispiel Augsburgs TLUSTY (2011), hier S. 11-45.

⁷⁸⁵ TLUSTY (2011), S. 7 und ausführlicher S. 63-70. Siehe auch EIBACH (2005), S. 192f.

⁷⁸⁶ ROPER (1992), S. 160.

⁷⁸⁷ TLUSTY (2011), S. 75 und S. 87. Aus diesem Grund waren der Besitz und das Tragen von Waffen standesübergreifend gängige Praxis. Siehe dazu LUDWIG (2016), S. 47.

⁷⁸⁸ F. Loetz zeigte dies am Zürcher Beispiel. LOETZ (1998), hier S. 275-277. Zum Unterschied der Geschlechter siehe auch TLUSTY (2011), S. 145-158.

⁷⁸⁹ L. Behrisch wies am Beispiel der Stadt Görlitz nach, dass Waffen nur in wenigen Konfliktfällen auch wirklich benutzt wurden. BEHRISCH (2005), S. 130f.

⁷⁹⁰ SCHWERHOFF (1991), S. 268f.; EIBACH (2005), S. 195-198.

⁷⁹¹ Siehe dazu Abschnitt 2.1. der vorliegenden Arbeit.

erließ im Jahr 1462 das erste Verbot des Waffentragens.⁷⁹² Adressaten dieses Verbotes waren alle Bürger und Einwohner, insbesondere Handwerksgesellen, Knechte, Diener und Bauern sowie grundsätzlich alle Personen, die in die Stadt kamen: *„keyn burger innwaner handwerks geselle addir ander knecht vnde dyner, auch buwer vnde andere die in die stat kommen“*. Übertreter dieses Verbotes wurden mit einem Strafgeld von 20 Groschen belegt. Gleichzeitig wurde deren Wehr (*„das messir adder swert“*) beschlagnahmt.

Das Tragen von Waffen war, wie aus diesem Verbot zu ersehen ist, nicht allein auf die wehrpflichtigen Bürger Leipzigs beschränkt. Vielmehr trug allen voran ‚die Jugend‘ Waffen. Dies gilt v. a. für Studenten, weil diese sich seit dem Mittelalter am Wert der Ritterlichkeit und damit auch von Wehrhaftigkeit orientierten.⁷⁹³ Die Obrigkeiten nahmen den Zusammenhang zwischen dem Waffentragen und gewalttätigen Friedensstörungen wohl wahr, erkannten jedoch auch dessen Bedeutung für die habituelle Selbstwahrnehmung der ‚Jugend‘. Dies lässt sich deutlich anhand der Begründung eines entsprechenden Verbotes erkennen, das der albertinische Herzog Moritz am 3. Mai 1545 erließ.⁷⁹⁴ In diesem wurde darauf verwiesen, dass ihm Nachrichten von Exzessen zwischen Studenten und Handwerksgesellen zugetragen worden seien: *„wellicher gestalt zcwüsch den studenten derselben unser universitet und etzlichen handwerksleuten widerwille erwachsen, doraus allerlei vordrißliche auch tetliche erzcaigung ervolgt“*. Ein Waffenverbot verfolgte demnach das Ziel, solche nachteiligen Zustände zu beseitigen: *„die ursach der tzwitracht ferner und gentzlichen abgeschnitten“*. Herzog Moritz befahl sowohl der Universität als auch dem

⁷⁹² CDSR, II/ 8, Nr. 358, S. 284.

⁷⁹³ SCHEUER (1932), S. 66-68; LIERMANN (2009), S. 31. In Bezug auf die Wehrhaftigkeit und das Ansehen von Waffentragen hat B. A. Tlusty diesen Aspekt auch als für Stadtbewohner insgesamt gültig herausgearbeitet. TLUSTY (2011), S. 168. Siehe ausführlicher Abschnitt 4.3. der vorliegenden Arbeit.

⁷⁹⁴ Zitate im Folgenden CDSR, II/ 11, Nr. 458, S. 584f.

Stadtrat, Studenten und Handwerksleuten das Tragen einer Waffe zu untersagen.

Die Universität musste dies gegenüber den Studenten durchsetzen, weil die Universität seit ihrer Gründung eigene Privilegien und einen eigenen Gerichtsstand hatte: *„Dieweyl aber anfangs bemelte unsere universitet in tzeit der stiftung und hernach städtlich befreiet“*.

Innerhalb der Universität waren der Rektor und die Präzeptoren für die Umsetzung des Verbotes zuständig; letztere sollten die Studenten ermahnen, *„das sollichs durch den rectorem alle quartal vorbotten und mit vleis achtung dorauff geben, das es also gehalten werde, das auch keynem gestattet ane eynen preceptorn zcu seyn bey straff der vorweysung, und das die preceptores yhre discipulos sollichs unsers gebots treulich und vleissigk sollen erinnern“*.⁷⁹⁵ Für den städtischen Bereich übernahmen Zunftmeister und Herbergswirte eine wichtige Rolle: *„Deßgleichen [...] soll der radt sollichs den handwergern und andern alle quartal bevehlen, auch in denen heusern, dorinnen die handwergkgesellen yhre herberg haben, solchs schriftlich anschlahen [sic!] lassen“*. Dies zeigt deutlich, dass der Stadtrat auf die Struktur des Handwerks angewiesen war, um ein Verbot zu publizieren und durchzusetzen.

Dies deutet zugleich an, wie komplex und schwierig die Kontrollmaßnahmen waren. Innerhalb der Zunft war es durchaus umstritten, ob Übertretungen des Waffenverbotes gemeldet werden sollten, denn dieses betraf, wie oben gezeigt, das Selbstverständnis der zünftisch organisierten Bürger und Handwerker. Weiterhin zeigte sich, dass Stadt und Universität jeweils sehr unterschiedlich auf entsprechende Vergehen reagierten. Dementsprechend befahl Herzog Moritz auch, dass *„die ubertreter von beyden teylen unnachleßlich gestraft werden“*. Allerdings waren ihm Unterschiede und die

⁷⁹⁵ Siehe auch Abschnitt 2.3.1. der vorliegenden Arbeit.

Konkurrenz zwischen beiden Instanzen bewusst, wie der folgende Vorbehalt zeigt, der zugleich die Rolle des herzoglichen Amtmanns in solchen Fällen stärkte: „*Würde aber eynlich teyl sich mit der straff nachlessigk ertzeigen, sol uns oder unsers abwesens unserm ambtman solchs von den andern angetzeigt werden, dan wöllen wir die straff also vorordenen, das andere dovon abscheu zcu haben ursach nemenn mugen*“.⁷⁹⁶

Dieses herzogliche Verbot vom 3. Mai 1545 markierte einen wichtigen Anhaltspunkt für spätere Normsetzungen. Der Leipziger Stadtrat, der in diesem Mandat als Kontrollakteur benannt wurde, erließ am 14. Mai 1545 ein Verbot, das dem Wortlaut des landesherrlichen Mandats im Wesentlichen entsprach.⁷⁹⁷ Das Waffentragen wurde „*allen vnsern Einwohnenden/ Handwerchsleuten/ Handwerchs vnd andern ledigen gesellen*“ verboten. Darüber hinaus verpflichtete der Rat jeden Handwerksmeister und jeden Herbergswirt zur Kundgebung dieses Verbotes und zur Kontrolle der Handwerksgesellen: „*Vnd das ein iglicher Handwerchsmeister vnd Wirt/ do die Handwerchsgeßellen einkeren vnd ire Herbrige haben/ solchs/ seinen gesellen/ verwarne/ vnd vor sich selbst halte*“. Ein weiteres Verbot des Rates wurde am 7. Juli 1588 erlassen⁷⁹⁸ und stützte sich wiederum auf das herzogliche Mandat von 1545.

Es ist offensichtlich, dass die gewalttätigen Auseinandersetzungen nicht selten bei geselligen Anlässen (v. a. beim gemeinsamen Zechen und Zutrinken in einem Wirtshaus) ausbrachen,⁷⁹⁹ auch wenn die jüngere Frühneuzeitforschung den schlechten Ruf von Wirtshäusern als ‚unmoralische‘ und ‚unsichere‘ Orte stark

⁷⁹⁶ Diese Problematik aktualisierte sich im Untersuchungszeitraum. Siehe dazu Abschnitt 4.4. der vorliegenden Arbeit.

⁷⁹⁷ StadtAL, Tit. LX B, Nr. 12, fol. 102v-103r.

⁷⁹⁸ StadtAL, Tit. LX B, Nr. 12, fol. 190r-190v. Vgl. auch BRÄUER (1989), S. 152. Bräuer nannte neben diesen beiden Verboten auch ein Verbot von 1566, bei dem es sich allerdings ausschließlich um ein Verbot des Waffentragens bei Festen wie Hochzeiten handelt. Zu diesem Verbot von 1566 siehe auch StadtAL, Tit. LX B, Nr. 4b, hier fol. 7v.

⁷⁹⁹ KÜMIN (2005), S. 131; SCHWERHOFF (2006a), S. 374; SCHWERHOFF (2009), S. 20.

relativiert und gegen diese negativen Bilder deren Multifunktionalität hervorgehoben hat.⁸⁰⁰ In den policeylichen Verordnungen für Wirtshäuser, die darauf abzielten, die Ordnung in Geselligkeit umfangreich zu reglementieren,⁸⁰¹ finden sich auch Regelungen gegen verbale oder körperliche Attacken und Verbote des Waffentragens. Als ein Beispiel ist die Leipziger Trinkstubenordnung von 1594 zu nennen,⁸⁰² die sich gegen „in dieser trinckstuben und zusammenkunfft allerhand unordnungen und mißbrauche“ richtete. In dieser Ordnung wurden sowohl das Tragen von Waffen in die Stuben verboten,⁸⁰³ als auch das Ausfordern zu einem Kampf.⁸⁰⁴ Es muss an dieser Stelle allerdings offen bleiben, inwiefern ein Ausbruch gewalttätiger Auseinandersetzungen durch derartige Regelungen tatsächlich verhindert werden konnte.⁸⁰⁵

Die Forschung ist sich darin einig, dass das Tragen und der Einsatz insbesondere von Hieb- und Stichwaffen im 16. Jahrhundert von zwei Entwicklungen geprägt waren: Zum einen nahm die italienische Fechtschule Einfluss; mit ihr wurde die Fechtkunst auf eine neue Weise systematisiert und es verbreiteten sich neue Waffenarten insbesondere unter Studenten im Alten Reich. Zum anderen verbreitete sich das Tragen von Waffen (v. a. Degen) über den Kreis adliger Studenten hinaus auch unter bürgerlichen Studenten. Hierin wurde die kulturelle Leitfunktion des Adels sichtbar.⁸⁰⁶

⁸⁰⁰ TLUSTY (2001), S. 158-182; RAU/ SCHWERHOFF (2004), S. 27-33; SCHWERHOFF (2006a); SCHEUTZ (2011). Das Wirtshaus lässt sich zudem mit der raumsoziologischen Perspektive als ein Raum fassen, der durch das Aushandeln bzw. die Kommunikation unter den Beteiligten vielfältig geprägt und konstruiert wurde. Siehe hierzu RAU (2004); RAU (2005); KÜMIN (2009).

⁸⁰¹ Für eine Auswahl solcher Reglementierungen siehe SCHWERHOFF (2006a), S. 363f.

⁸⁰² Im Folgenden zitiert nach StadtAL, Tit. I, Nr. 22k, fol. 271r-273v.

⁸⁰³ „Allen und jeden bürgern und einheimischen sollen wehren und waffen in diesem orth und trinckstuben zutragenn verbothen seyn“.

⁸⁰⁴ „Würde aber einiger mann, er sey frembde oder einheimisch, den andern an diesem orthe zum kampf ausfordern oder sonsten einige wehr und waffen über ihn zucken, der soll dieser peen undt straff, wie allhier vor augen zusehen unterworffen seyn“.

⁸⁰⁵ Siehe ausführlich Abschnitt 6.3.2. der vorliegenden Arbeit.

⁸⁰⁶ LIERMANN (2009), S. 39-43; Siehe auch SCHEUER (1932), S. 78f.; FRANKE (1936), S. 35;

Diese Entwicklung schuf neue Möglichkeiten für Fechtübungen und bewaffnete Auseinandersetzungen.⁸⁰⁷ Entsprechende Befürchtungen äußerte der Leipziger Rat in einem Beschluss aus dem Jahr 1558, in dem er zwei Männern, die „*sich beide studenten vnd freyfechter nennen*“, untersagte, vor dem Bürgerhaus eine Fechtschule zu veranstalten.⁸⁰⁸ Der Rat begründete dieses Verbot mit „*aus bewegenden vrsachen furnemlich aber zuuorhuttung zancks vnd haders zwuschen Studenten vnd Handwerkern nicht vorstatten konne*“.⁸⁰⁹

Die Verbreitung des Waffentragens unter den städtischen Einwohnern spiegelt sich auch in einem Ratsbeschluss von 1560 wider. Erneut wurden ‚junge‘ Männer – Söhne von Bürgern, Gesellen und Studenten – als Waffenträger benannt. Trotz vorherigen Verbotes sei es unter ihnen in Mode, „*eine neue art vonn kurtzen wehren tzutragen, wie die Pasteleser inn welschlandt*“.⁸¹⁰ Abschließend forderte der Rat den Rektor der Universität dazu auf, auch das Waffentragen der Studenten zu verbieten. Die Kooperation zwischen Stadt und Universität war zur Umsetzung solcher Maßnahmen aufgrund der getrennten Gerichtsbarkeit stets erforderlich.

Entsprechende Wünsche und Forderungen waren das Eine, deren Umsetzung ein Anderes. Daher gilt es nun der Frage nachzugehen, ob und wie die Obrigkeit eigentlich die Stadtbewohner ‚entwaffnen‘ wollte. Hierbei konnte es ja nicht um ein völliges Waffenverbot gehen, denn der Stadtrat ordnete selbst in bestimmten Verordnungen den Stadtbewohnern den Einsatz von Waffen an. Einen wichtigen Beleg dafür liefern die Feuerordnungen, die ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts erlassen wurden.⁸¹¹ In

KRUG-RICHTER (2004b), S. 28; TLUSTY (2011), S. 107f.

⁸⁰⁷ LIERMANN (2009), S. 43; KRUG-RICHTER (2012), S. 276f.

⁸⁰⁸ StadtAL, Ratsbuch Bd. 14, fol. 77r. Zum Fechtmeister im 16. Jahrhundert vgl. TODTE (2016), S. 17f.

⁸⁰⁹ StadtAL, Ratsbuch Bd. 14, fol. 77r.

⁸¹⁰ StadtAL, Ratsbuch Bd. 16, fol. 25r-25v.

⁸¹¹ Zur Auswertung der sächsischen Feuerordnungen im 16. Jahrhundert vgl. BRÄUER (2010).

diesen Verordnungen findet sich die Verpflichtung einiger Bürger, mit ihren Wehren zum Ort des Geschehens zu eilen: „Vnd sollen ettliche stattliche besessene Bürgere/ darzu verordent/ in jrem Gerete/ mit jren Hellebarten vnd besten wehren/ zum Burgermeister/ in sein haus/ oder zum fewer/ wo sie jnen am ersten antreffen/ eilen“.⁸¹²

Am 20. Juli 1601 verpflichtete der Rat die Bewohner der Stadtviertel dazu, bei Aufruhr usw. unter der Führung der Rottmeister ‚mit eigener Waffe‘ herbeizueilen.⁸¹³

Weitere Belege für den notwendigen Gebrauch von Waffen durch die Stadtbewohner finden sich in Anordnungen für den Kriegsdienst.⁸¹⁴ Der Stadtrat ordnete beispielsweise am 21. September 1596 „allen vnnd jeden vnsern Bürgern/ Einwohnern/ Vnterthanen vnnd angehörigen [an; H.S.]/ daß sie mit ihren tüchtigen Wehren vnd andern wol gerüst/ vnnd aller ding zum zuzug gefast/ sich anheims enthalten/ in guter bereitschafft sitzen/ vnd fertig seyn“.⁸¹⁵ All diese Andordnungen ergeben nur dann Sinn, wenn den Stadtbewohnern grundsätzliche Waffen zur Verfügung standen.

Angesichts der Tatsache, dass Waffen offenbar bei den Bürgern und Stadtbewohnern verblieben, lässt sich festhalten, dass die Verbote von Waffen keineswegs beabsichtigten, Eigentum und Besitz von Waffen grundsätzlich abzuschaffen.⁸¹⁶ Vielmehr zielten die entsprechenden Erlasse auf die eigentlich nicht wehrpflichtigen ‚Jugendlichen‘ in der Stadt ab, um gewalttätige Händel innerhalb dieser Gruppe einzugehen und den Einsatz von Waffen im Konfliktfall zu verhindern.

⁸¹² „Der Stad [sic!] Leipzig allerley Ordnunge. 1544“, o. Pag. Ein ähnlicher Wortlaut findet sich z. B. in Verordnungen aus den Jahren 1569, 1585, 1596 und 1616.

⁸¹³ StadtAL, Tit. I, Nr. 22k, fol. 275r-280v, hier fol. 276r. Siehe dazu auch Abschnitt 2.3.1. der vorliegenden Arbeit.

⁸¹⁴ Zum Wach- und Kriegsdienst v. a. der Zünfte siehe KLUGE (2007), S. 306-311.

⁸¹⁵ StadtAL, Tit. LX A, Nr. 5, fol. 19v-20r.

⁸¹⁶ In diesem Kontext hat B. A. Tlusty auch darauf hingewiesen, dass der Besitz von Waffen im Hause nicht ausgeschlossen war. TLUSTY (2011), S. 74. Vgl. auch JASER (2016), S. 228.

4.1.2. Nächtlicher Ausgang

Ich möchte zunächst auf einen Eintrag des Urfriedensbuchs von 1415 blicken.⁸¹⁷ Zwei Männer („*Heinrich, der korsener, des mullers son von Golus*“ und „*Hans Maler, der snider*“) wurden festgenommen, weil sie einen Mönch ausgeraubt hatten („*her eynem monche eyn swert nam*“), und weil sie während ihres nächtlichen Ausgangs ohne Licht unterwegs waren („*her des nacht(is) dicke an licht ging*“). Für diese Vergehen wurden beide Männer der Stadt verwiesen. Dieses Beispiel deutet an, dass einerseits der nächtliche Ausgang ohne Licht selbst auch als ein Grund zur Verhaftung und einen folgenden Stadtverweis gesehen wurde. Andererseits zeigt sich hier, dass sowohl das Verbot des nächtlichen Ausgangs ohne Licht als auch das Verbot des Waffentragens wichtige Bestandteile policeylicher Maßnahmen bildeten.⁸¹⁸ Ein Grund war offenkundig die Befürchtung, dass Konfrontationen in der Anonymität der Dunkelheit⁸¹⁹ leicht zu gewalttätigen Zusammenstößen ausarten könnten.⁸²⁰

In Bezug auf nächtliches Verhalten in der Frühen Neuzeit gibt es verschiedene Perspektiven. P. R. Gleichmann hielt fest, dass sozialgeschichtliche Veränderungen und technische Entwicklungen in der Frühen und Späten Neuzeit den Menschen erlaubten, „sich von dem natürlichen Hell-Dunkel-Rhythmus unabhängiger [zu] machen“.⁸²¹ Solche Entwicklungen seien „zentrale Bestandteile unserer Zivilisation geworden.“⁸²² Derartigen Befunden folgend hat C. Koslofsky das Konzept der „nocturnalization“ in die Diskussion eingeführt, unter dem man die zunehmende Erweiterung der legitimen

⁸¹⁷ Zitate im Folgenden WUSTMANN (1895), S. 7.

⁸¹⁸ Vgl. SCHWERHOFF (1991), S. 268.

⁸¹⁹ Zum allgemeinen Zusammenhang zwischen der Dunkelheit und der Devianz vgl. SCHIVELBUSCH (1981), S. 104; GLEICHMANN (1983), S. 174f.; CASANOVA (2007), S. 55.

⁸²⁰ SCHINDLER (1992), S. 242. Der Zusammenhang von Gewalthandeln und nächtlicher Zeit lässt sich auch dadurch belegen, dass sich ein größerer Anteil von Gewaltfällen abends und nachts ereignete. Für Köln SCHWERHOFF (1991), S. 300f.; für Frankfurt am Main EIBACH (2003), S. 222-224.

⁸²¹ GLEICHMANN (1983), S. 190.

⁸²² GLEICHMANN (1983), S. 191.

sozialen und symbolischen Nutzung der Nacht versteht. Demzufolge lässt sich „nocturnalization“ als ein gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozess des alltäglichen Verhaltens sowie die sich verändernden Vorstellungen von der Nacht verstehen.⁸²³ Zu dieser Vernächtlichung bzw. zur Eroberung der Nacht trug auch die technische Entwicklung wie die Einrichtung von Straßenbeleuchtungen seit dem späten 17. Jahrhundert bei. Diese schuf neue Handlungsmöglichkeiten zur Nutzung der nächtlichen Zeit.⁸²⁴ Parallel dazu, so Koslofsky, schlossen neue Formen ‚anständiger‘ Soziabilität allmählich undiszipliniertes und gewalttätiges Nachtleben von Jugendlichen aus.⁸²⁵ Folgt man diesen Befunden, dann kann man davon ausgehen, dass das Nachtleben in meinem Untersuchungszeitraum (im ausgehenden 16. Jahrhundert) noch ein anderes war. Noch waren wohl größere Spielräume für deviante Handlungen (von Jugendlichen) vorhanden, gegen die sich obrigkeitliche Maßnahmen richteten.

Dieser Aspekt schließt m. E. auch an neuere Forschungen zu öffentlichen Räumen der Vormoderne an, die sich damit auseinandergesetzt haben, wie soziale Räume von einzelnen Akteuren unterschiedlich wahrgenommen und konstruiert wurden.⁸²⁶ Man kann daher sagen, dass sich in Verboten nächtlichen Ausgangs die zwischen Obrigkeit und Stadtbewohnern unterschiedliche Auffassung bzw. Deutung darüber widerspiegelte, wer auf welche Weise den städtischen Raum zur Nacht nutzen konnte und sollte.⁸²⁷

Im späten Mittelalter wurden erstmals öffentliche Uhren in vielen Städten

⁸²³ KOSLOFSKY (2011), S. 2f.

⁸²⁴ KOSLOFSKY (2011), S. 277f.

⁸²⁵ KOSLOFSKY (2011), S. 279f.

⁸²⁶ FÜSSEL/ RÜTHER (2004), hier S. 12; SCHWERHOFF (2005), S. 141f.; RAU/ SCHWERHOFF (2004), hier S. 22f.

⁸²⁷ In Bezug auf Studenten siehe Abschnitt 4.3.1. der vorliegenden Arbeit.

eingeführt.⁸²⁸ Neben praktischen Erwägungen und dem Wandel der städtischen Zeitordnung⁸²⁹ zeigen sich darin auch die zunehmenden Versuche der Obrigkeiten, die Zeit zu kontrollieren.⁸³⁰ In diesem Kontext diente die obrigkeitliche Festlegung der Schlagzeit der Glocken bzw. der damit zusammenhängenden Sperrstunde (der sogenannten „Policeystunde“)⁸³¹ dazu, die Grenze zwischen Tag und Nacht zu markieren,⁸³² um nächtliches Verhalten der Stadtbewohner zu regulieren. Als ein frühes Beispiel in Leipzig ist ein Beschluss des Rates aus dem Jahr 1452 zu nennen. In diesem wurde festgelegt, dass kein Weinschenk wirt nach dem Schlag der Glocke seinen Keller öffnen dürfe (*„keyn burger, der do wyn schenket, noch der glocken Cavete sinen keller offen haben sal vnde dar inne geste vnde czeche halden“*).⁸³³ Ebenfalls wurde im Jahr 1461 beschlossen, dass nach dem Schlag der Glocke auf dem Rathaus (*„nach der glocken vff dem rathuß“*) kein Weinschenk mehr einen Gast in seinem Keller weiterhin bewirten (*„keinen gast in irim keller halden“*) und Spiele gestatten dürfe (*„keyn spiel wedder karten, brets pyl, toppelln“*). Die Keller waren vielmehr grundsätzlich zu schließen.⁸³⁴

Informationen über den Gebrauch der Cavetenglocke erhalten wir aus der Ordnung der Stadt vom 13. Juli 1544. Hier wurde die Schlagzeit der Cavetenglocke festgelegt: *„Das man Winterzeit vmb achte/ vnd Sommerzeit vmb neun hora zu sanct Niclas zu Cauete eine glocke leuten sol/ vnd wenn die gelaut ist/ sol niemants auff der gasse one Latern*

⁸²⁸ DOHRN-VAN ROSSUM (2007), S. 165-227.

⁸²⁹ DOHRN-VAN ROSSUM (2007), S. 301-306.

⁸³⁰ Zum Zusammenhang zwischen Kontrolle der Zeit und policeylichen Maßnahmen vgl. auch DOHRN-VAN ROSSUM (2007), S. 196-205 und S. 264-266.

⁸³¹ Zur Sperrstunde siehe SCHWERHOFF (1991), S. 268; LANDWEHR (2000b), S. 244; CASANOVA (2007), S. 197-202.

⁸³² CASANOVA (2007), S. 185.

⁸³³ CDSR, II/ 8, Nr. 293, S. 237. Vgl. auch BÜNZ/ SEMBDNER (2015), S. 557.

⁸³⁴ CDSR, II/ 8, Nr. 351, S. 276.

*vnd Liecht gehen“.*⁸³⁵ Zur Begründung wurde auf den Zusammenhang zwischen nächtlichem Ausgang und Körperverletzungen hingewiesen: „*Vnd damit beschwerliche hendel abgewendet/ die sich durch mutwillige Leute yzuzeiten/ des abendts auff der gasse zutragen/ Dadurch vnterweilen vnschuldige beschedigt vnd verletzt werden“.*⁸³⁶

Der Tag-Nacht-Rhythmus beeinflusste auch das Verhalten von Jugendlichen. Wie N. Schindler in seinen sozialgeschichtlichen und volkskundlichen Untersuchungen zeigte, etablierten insbesondere ledige männliche Jugendliche eigene nächtliche Freizeitpraktiken, mit denen sie sich der Kontrolle der Erwachsenen entziehen konnten.⁸³⁷ Und ihr Verhalten neigte zu provokanten und demonstrativen Aktionen bis hin zu Gewalttätigkeiten.⁸³⁸ Der städtische Raum gewann weiterhin als kommunikativer Raum an Bedeutung, in dem Jugendliche ihre provokanten Selbstdarstellungen inszenieren konnten und die nächtliche Dunkelheit nutzten, um die Grenzen bestehender Verhaltensregeln auszutesten, wie B. A. Tlusty erwähnt hat: „The cover of night and the absence of authority figures provided an opportunity for both rural and urban young people to test the limits of normal rules of behavior“.⁸³⁹ Aus diesem Grund versuchten die Obrigkeiten den nächtlichen Ausgang zu regulieren, indem sie diesen als Bestandteil konflikthafter und gewalttätiger Praktiken beschrieben. Kontrolle oder Verbot erschienen so als präventive Maßnahmen, um den Ausbruch gewalttätiger Zusammenstöße zu verhindern.⁸⁴⁰

⁸³⁵ StadtAL, Tit. LX B, Nr. 12, fol. 87r.

⁸³⁶ StadtAL, Tit. LX B, Nr. 12, fol. 87r.

⁸³⁷ SCHINDLER (1992), S. 223. Der Hinweis von Schindler wird auch von C. Casanova übernommen. CASANOVA (2007), S. 83-93. Vgl. weiterhin MUCHEMBLED (1987), S. 46; SCHWERHOFF (1991), S. 307. A. Landwehr wies ebenfalls auf den Zusammenhang zwischen der nächtlichen Ruhestörung und dem Verhalten von Jugendgruppen hin. LANDWEHR (2000b), S. 245.

⁸³⁸ SCHINDLER (1992), S. 228f.; SIMON-MUSCHEID (1991), S. 20.

⁸³⁹ TLUSTY (2011), S. 38.

⁸⁴⁰ Dies lässt sich auch in Leipzig erkennen. Als ein früheres, aber interessantes Beispiel ist hier der oben erwähnte Beschluss von 1452 zu nennen, da er damit begründet wurde, „*das dy studente vnde handwercks gesellin deste fredelicher miteinander siczen“*. CDSR, II/ 8, Nr. 293, S. 237.

Wenn wir nochmals auf das Mandat vom 3. Mai 1545 blicken, ist dieser Zusammenhang eindeutig erkennbar. Unmittelbar an das Waffenverbot anschließend findet sich eine Regelung, die es v. a. den Studenten und Handwerksgesellen untersagte, sich in der Nacht auf der Straße ohne Licht aufzuhalten: *„Und sol von beyden teylen vorbotten und nicht gestattet werden bey nechtlicher tzeit nach neun horen auf der gassen ane gescheffte und wintertzeit anhe lich zcu gehen“*.⁸⁴¹ Auch in nachfolgenden Verordnungen vom 14. Mai 1545⁸⁴² und vom 7. Juli 1588⁸⁴³ wurde der nächtliche Ausgang ohne Licht zusammen mit dem Waffentragen wiederholt untersagt. Der Rat erklärte am 17. Juni 1601 mit ähnlichem Wortlaut überdies: *„das sie [die Studenten und Handwerksgesellen; H.S.] sich zu Abends nach Neun vhren ohne Liecht auff den Gassen nicht sollen finden lassen/ sich auch friedlich vnd stille halten“*.⁸⁴⁴

Die hier zitierten Leipziger Verordnungen stellen v. a. das Tragen von Licht heraus. Ähnlich wie an anderen Orten – und dies auch noch in späteren Jahrhunderten – hatten entsprechende Verordnungen „nicht in erster Linie den Zweck [...], die persönliche Sicherheit der Bürger zu erhöhen, sondern die Erkennbarkeit der nächtlichen Passanten zu gewährleisten“.⁸⁴⁵

Auffällig ist, dass sich auch in der Verordnung aus dem Jahr 1601 genauso wie beim Waffenverbot die innerstädtischen Kontrollstrukturen widerspiegeln, da der Rat die ‚Jugendlichen‘ nicht direkt ansprach, sondern alle Bürger, Einwohner und Handwerkszünfte zur Umsetzung verpflichtete:⁸⁴⁶

„Ein Erbar Raht allhier lesset hiemit alle vnd jede Bürgere/ Vnterthanen/ vnd

⁸⁴¹ CDSR, II/ 11, Nr. 458, S. 585.

⁸⁴² StadtAL, Tit. LX B, Nr. 12, fol. 102v-103r.

⁸⁴³ StadtAL, Tit. LX B, Nr. 12, fol. 190r-190v.

⁸⁴⁴ StadtAL, Tit. LX B, Nr. 1a, fol. 107ar.

⁸⁴⁵ CASANOVA (2007), S. 53. Siehe auch S. 51.

⁸⁴⁶ H. Bräuer wies darauf gerade im Zusammenhang mit Handwerksgesellen hin. BRÄUER (1989), S. 97.

*Zünffte der Handwerke vermahen/ warnen/ vnd ihnen ernstlich befehlen/ Das sie in ihren Heusern bey ihren Kindern/ Gesinde/ Hausgenossen/ Handwerks gesellen vnd Lehrjungen solche beschaffunge thun/ vnd daran sein sollen“.*⁸⁴⁷

Dies lässt sich ebenfalls in einer Verordnung vom 15. Februar 1609 erkennen. In dieser wurden die Bürger, Gastwirte und Zünfte dazu verpflichtet, ihren jeweiligen Kindern, Gesinden, Hausgenossen, Gästen, Gesellen und beherbergten Studenten dieses Verbot einzuschärfen.⁸⁴⁸

Im Fall von Zuwiderhandlungen nahm der Rat auch die adressierten Kontrollinstanzen in die Verantwortung, insbesondere dann, wenn aus solchen größere Störungen der Ordnung oder gar Tumulte resultieren sollten. Für Schäden, die durch Personen im jeweiligen Verantwortungsbereich verursacht würden, sollten die Bürger, Zünfte usw. jeweils selbst aufkommen:

*„wann einer oder der ander wider diese zu ruhe/ friede vnd wolstand gemeiner Stadt vnd Bürgerschaftt angesehene vnd publicirte Ordnung handeln/ oder durch offenhaltten seines Hauses von den jenigen so darin vnd bey ihnen sind/ einige vnruhe/ tumult/ schaden vnd nachtheil/ es geschehe derselbe vff waserley wege er wolle/ entstehen vnd verübet werden solte/ das ein jeder Bürger vnnd Vnterthanen für die seinigen vnd die bey ihm seyn/ antworten/ vnd allen schaden selbst gelten solt“.*⁸⁴⁹

⁸⁴⁷ StadtAL, Tit. LX B, Nr. 1a, fol. 107ar.

⁸⁴⁸ StadtAL, Tit. LX B, Nr. 3 Bh, fol. 1r: „Ein Erbar Rath allhier/ lesset hiemit alle vnnd jede Bürder/ Gastwirthe/ Unterthanen/ vnd Zünfte der Handwerke/ vermahnen/ warnen/ vnd ihnen ernstlich befehlen/ daß sie in ihren Heusern bey ihren Kindern/ Studenten/ so bey ihnen wohnen vnd Stuben haben/ ihren Gesten/ Gesinde/ Haußgenossen/ Handwerkgesellen vnd Lehr Jungen solche beschaffunge thun/ vnd daran seyn sollen“.

⁸⁴⁹ StadtAL, Tit. LX B, Nr. 3 Bh, fol. 1r.

4.2. Normsetzung im Handwerk

Wie sich in den oben erwähnten landesherrlichen und städtischen Verordnungen verdeutlicht, spielte das Handwerk als ein Akteur der sozialen Kontrolle (gegen Handwerksgelesen) eine wichtige Rolle.⁸⁵⁰

Handwerksordnungen oder Handwerksartikel stellten die zentralen Vorschriften für das gesamte Handwerk dar.⁸⁵¹ Hinzu kommen spezifische Ordnungen und Artikel, die ausschließlich Gesellen adressierten.⁸⁵² Grundsätzlich bezogen sich diese Regelungen zunächst auf gewerbliche Angelegenheiten und die Zusammenkünfte der Handwerker, da die Zunftgerichtsbarkeit ebenfalls auf solche Angelegenheiten bezogen war. Aus diesem Grund wurde v. a. das gebührende Verhalten bei solchen Zusammenkünften geregelt,⁸⁵³ wie sich exemplarisch anhand der Kürschnerartikel von 1598 erkennen lässt: „Wessen sich die meister vnnd innungs vorwandte bey ihren zuesam[m]enkünfften vndt sonsten allendhalben in gemein ertzeigen vndt verhalten sollen“.⁸⁵⁴

4.2.1. Ehrenrühriges Verhalten

Im gesamten Handwerk und für alle zugehörigen Handwerker galten eigene etablierte Ehrvorstellungen, um die jeweils gruppen- und standesbezogene Solidarität nach Innen und Abgrenzung nach außen zu gewährleisten.⁸⁵⁵ Ehre musste dazu stets bestätigt und

⁸⁵⁰ Siehe hierzu auch SIMON-MUSCHEID (2003), hier S. 150-158, die die Zusammenkunft der „Zunft-Trinkstuben“ im spätmittelalterlichen Basel als einen „sozialen Ort“ zur Kommunikation sowie Geselligkeit einerseits und zur sozialen Kontrolle und Disziplinierung andererseits interpretiert.

⁸⁵¹ KORGE (2010), S. 9f.; SCHLENKRICH (2016), S. 276.

⁸⁵² Siehe auch Abschnitt 2.2. der vorliegenden Arbeit.

⁸⁵³ WISELL (1974), S. 191-200; WISELL (1981), S. 1f. Siehe auch MEIER (2012), hier S. 297. Dies wird auch für die Leipziger Geschichte erwähnt. Vgl. ZÖLLNER (1915), S. 79f.; BRÄUER (1989), S. 125; KORGE (2010), S. 114. Siehe auch Abschnitt 2.2.1. der vorliegenden Arbeit.

⁸⁵⁴ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 34v. Diese Kürschnerartikel von 1598 sind auch in StadtAL, Inn. Kürschner B 1 überliefert.

⁸⁵⁵ NOWOSADTKO (1993), S. 367f.; DINGES (1995a), S. 49; KORGE (2007/2008), S. 103f.

verteidigt werden, und die Abgrenzung von sogenannten ‚unehrlichen‘ Gewerben diente umgekehrt dazu, gruppenkonformes Verhalten zu garantieren und sicherzustellen.⁸⁵⁶ Dies begann schon damit, dass die ehrliche (und das bedeutete hier in erster Linie eine eheliche) Geburt die zentrale Voraussetzung für die Aufnahme als Lehrling ins Handwerk bildete, was als eigene Vorschrift Eingang in die Handwerksordnungen fand.⁸⁵⁷ Diese Vorschrift diente dazu, die Zunft als ehrbare Korporation stets aufs Neue zu reproduzieren. Aus ihr folgt zudem, dass die persönliche Ehre und deren Verletzung „nie losgelöst von der kollektiven Zugehörigkeit des Akteurs (hier v. a. von der Zunftmitgliedschaft) gesehen werden“ darf.⁸⁵⁸

Die enorme Bedeutung der Ehre zeigte sich in den bereits erwähnten Zusammenkünften, die stets die Gefahr von Spannungen und Konflikten unter den Anwesenden bargen. Nicht selten kam es zu Ehrenhändeln.⁸⁵⁹ Ehrschmälernde Worte bzw. Gesten betrafen hierbei aber nicht nur einzelne Personen, sondern schon allein wegen der Örtlichkeit einer Zunftversammlung jeweils die ganze Handwerkszunft.⁸⁶⁰ Verletzungen oder Infragestellungen der Ehre stellten einerseits immer „eine direkte Statusbedrohung für den Betroffenen und den Versuch der sozialen Ausgrenzung“ dar⁸⁶¹ und sie erzwangen andererseits geradezu, diese zu verteidigen, oft auch in Form von (körperlicher) Gewalt. Solche Reaktionen konnten wiederum

⁸⁵⁶ NOWOSADTKO (1993), S. 369.

⁸⁵⁷ KRAMER (1974), S. 52f.; SCHLENKRICH (1994), S. 90f.; SCHLENKRICH (1995), S. 18-25; NEUMANN (1997), S. 630; KORGE (2010), S. 40-58; SCHLENKRICH (2016), S. 281.

⁸⁵⁸ KORGE (2010), S. 143. Zur Überlappung persönlicher und kollektiver Ehre vgl. auch NOWOSADTKO (1993), S. 364; DINGES (1995a), S. 48f.; DINGES (1998a), S. 127.

⁸⁵⁹ KORGE (2010), S. 115.

⁸⁶⁰ DINGES (1998a), S. 126.

⁸⁶¹ NOWOSADTKO (1993), S. 370. Siehe auch LORENZEN-SCHMIDT (1978), S. 8; WALZ (1992), S. 238; NEUMANN (1997), insbesondere S. 627f. und S. 641. Auf diesen Umstand hat M. Korge jungsthin am Beispiel Leipzigs hingewiesen. KORGE (2016), hier S. 86f.

Anlass zu weiteren Streitigkeiten oder Gewalttätigkeiten geben.⁸⁶²

Schmähungen

Es liegt daher nahe, dass ehrenrühriges Verhalten wie Schmähungen oder auch das Fluchen häufig als ungebührliches Verhalten in Handwerksordnungen und Gesellenartikeln benannt wurde. Die Ordnung der (gemeinsamen) Gürtler- und Nadlerinnung von 1565 schrieb beispielsweise vor, dass *„so meister vnd gesellen versamlet beieinander sein werden, welche sich dan miteinander mit vnziemlichen worten, vergreiffen vnd schelten wurden, die sollen, vnd ein itzlicher wer das thut, dem hanthwerg ein pfund wachs fur busse verfallen sein“*.⁸⁶³ Auch der Artikel der Schneidergesellen von 1630 verbot das Schmähen, zeigte zugleich aber auch an, dass Ehrenhändel durch das Verhalten mehrerer Parteien geprägt waren, wofür zugleich abgestufte Sanktionen festgelegt wurden:

„So ein gesell den andern liederl[ich]. wie so schmehen, oder mit unehrbahren nahmen und wortten belegen wurden, der soll den gesellen 1 pfund in die lade unweigerl[ich]. entrichten, v[nd]. dem Rath angemeldet, der ander aber wenn er darzu ursach geben, noch bekennen ist der meister und gesellen, doch höher nicht als 20 g. gestrafft werden“.⁸⁶⁴

Aus zahlreichen Ordnungen bzw. Artikeln können wir auch den Zusammenhang mit der Praktik sogenannter „Lügenstrafen“ erkennen. Diese bezog sich v. a. auf Vorkommnisse auf den Versammlungen und verwies auf eine spezifische Form der Ehrverletzung. Grundsätzlich bedeutete sie „jem[anden] einer Lüge oder sonstigen

⁸⁶² SIMON-MUSCHEID (1991), S. 2 und S. 16; NOWOSADTKO (1994), S. 233. Vgl. auch KORGE (2010), S. 130f.

⁸⁶³ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 204v.

⁸⁶⁴ StadtAL, Inn. Schneider C 1, fol. 21v. Siehe auch Abschnitt 2.2.2. der vorliegenden Arbeit.

ehrenrührigen Handlung [zu] bezichtigen“, genauer ging es aber darum, entsprechend unrechtmäßige Bezichtigungen zu unterbinden.⁸⁶⁵ Dies ist beispielsweise deutlich in den Innungsartikeln der Leineweber von 1536 zu erkennen: *„eyner, den andern, freuelich lügenstrafft, ader flucht, wenn das handwergk beyeinander ist, gibt die busse eyn pfundt wachs“*.⁸⁶⁶ Die Balbierordnung von 1556 lautete entsprechend: *„Wurde aber iemandt das vberfahren, also, das sich einer oder mehr mit dem andern vor dem handtwerg schelten, lügenstraffen, oder andere vntzuchtige wort vben vnd treiben wurde, der oder dieselbigen, so oft solches geschicht, sollen dem handtwergk ein pfundt wachs zur busse gebenn“*.⁸⁶⁷

Derartige Bußpraktiken beschränkten sich nicht nur auf Meister, sondern galten auch für Gesellen, wie ein Abschnitt der Goldschmiedeordnung von 1588 verdeutlicht:

„so auch daß handwergk bey einander versamlet, vnnd ein meister oder geselle, den andern lügenstraffe, oder mit andern vnzuchtigen Worten, begeben, oder ihme sonst schaden thete, der soll dem handwerge, die buße gebenn, doch das solche buße zum höchsten vber einen gulden nicht sey, doch einen Erborn Rath vnnd den Gerichtenn ihre straffe vnbegeben“.⁸⁶⁸

Das Verbot von „Lügenstrafen“ fand sich mitunter ebenfalls in Gesellenartikeln. Der entsprechende Artikel der Schneidergesellen von 1527 lautete: *„Item welcher gesell denn andern ligenn heist, so sy beyeynander in der herberg ader in einer orthen sein*

⁸⁶⁵ Siehe Art. „lüg(en)strafen“ im Deutschen Rechtswörterbuch (DRW):

<http://drw-www.adw.uni-heidelberg.de/drw-cgi/zeige?index=lemmata&term=luegenstrafen&firstterm=l%FCgen> (Letzter Zugriff: 28.12.2017)

⁸⁶⁶ StadtAL, Inn. Leineweber A 2.

⁸⁶⁷ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 148r. Dieser Wortlaut wurde auch in der Ordnung von 1589 wiederholt. StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 353r. Ein vergleichbares Beispiel findet sich beispielsweise auch in der Kürschnerordnung von 1598 (StadtAL, Zunftbuch, Bd. 2, hier fol. 35v), in der Rierner- und Sattlerordnung von 1609 (Ebd., hier fol. 24v-25r) und in der Schneiderordnung von 1647 (Ebd., hier fol. 147v).

⁸⁶⁸ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 294v.

die puß 4 d⁸⁶⁹. Gleichmaßen verbot der Artikel der Gürtlergesellen von 1547 diese Praktik: „Soll auch kein Geselle bey einer zusammenkunft trincken, daß er es wieder gühret, auch keiner den andern freventlich lügen heißen“.⁸⁷⁰

Geht man davon aus, dass sich Lügenstrafen auf Ehrverletzungen bezogen, ihnen also ein Potential innewohnte, Streitigkeiten zu eskalieren, dann lässt sich das Verbot des Lügenstrafens auch als ein Versuch verstehen, die eigenständigen und gegenseitigen Kontrollbemühungen unter Handwerkern strikt zu beschränken und dadurch die Eskalation der Streitigkeiten zu vermeiden.

Ehrenrührige Gesten

Neben verbalen Beleidigungen, die meistens den Anfang einer eskalierenden Gewaltspirale markierten,⁸⁷¹ waren weitere ehrenrührige Handlungen von Bedeutung.⁸⁷² ‚Verbale‘ und ‚tätliche‘ Gewalt wurden als zwar unterscheidbare Phänomene in ihren Wirkungen nicht voneinander getrennt verstanden. Dies zeigt sich etwa im Injurienrecht in der Unterscheidung von Verbal- und Realinjurien. Auf den engen Zusammenhang beider Formen hat die rechtliche Volkskunde hingewiesen: „Allgemein werden sie [Fälle, in denen vor Gericht wegen Ehrenverletzung verhandelt worden ist; H.S.] als Injurienklagen bezeichnet. Der Grundsinn des Wortes ist Unrecht, Unbill, die durch Rede (injuria verbalis) oder Handlung (injuria realis) zugefügt werden kann“.⁸⁷³

⁸⁶⁹ StadtAL, Inn. Schneider A 1, fol. 2r. Dieses Verbot wiederholte sich in den Gesellenartikeln der Schneider von 1540: „welcher geselle den andern liegen haist, so sie beyeinander seint, in der herbergkh, ader in eyner vrthen die busse vier pfennige“. StadtAL, Inn. Schneider A 3.

⁸⁷⁰ StadtAL, Inn. Gürtler B 1, fol. 3v.

⁸⁷¹ Zu diesem prozessualen Gewalthandeln siehe auch Abschnitt 1.1.2. der vorliegenden Arbeit.

⁸⁷² Zu Formen dieser Handlungen siehe KRAMER (1974), S. 50; SIMON-MUSCHEID (1991), S. 17.

⁸⁷³ KRAMER (1974), S. 47. Siehe auch HERRMANN (2013), S. 111. Dementsprechend stütze ich mich auf den zeitgenössischen Begriff „(Real-)Injurie“. Siehe dazu auch Kapitel 3 der vorliegenden Arbeit. Ich finde hingegen die Bezeichnung der „kleinen Gewalt“ für solche nicht schweren Gewalttaten wenig

Da eine solche Handlung (z. B. eine Ohrfeige) zwar als physische Gewalt erschien, aber gleichzeitig als tätliche Beleidigung galt,⁸⁷⁴ konnten diese ebenfalls Anlass zu einer Steigerung von Gewalt geben, und daher wurden sie in den Verhaltensmaßregeln der Obrigkeit untersagt.⁸⁷⁵

Die Verbote der Handwerksordnungen behandelten ebenfalls beide ‚Gewaltformen‘ meist in ein und demselben Abschnitt, obwohl der zeitgenössische Begriff der „(Real-)Injurie“ nicht auftauchte. Hierzu zwei Beispiele aus Gesellenartikeln:

*„sal auch keyner den andern mit drauen, groben wortten, schimpff ader ernst, zu hader vnd vnlust, reytzen, ader selbst anfahren, in voller ader nuchterner weyse, bey harter straff der gesellen“;*⁸⁷⁶

*„Item welcher geselle, zanck od[er] hader, auff der herberge anfehett, der soll den gesellen ein wochen lohnen zur straffe in die lahde geben, wurde aber jemandt etwas mehr daruber uerbrehen, der soll den Gerichten zue jederzeit angetzeiget, vndt von denselben nach seiner vorebrechung gestafft werden“.*⁸⁷⁷

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Verbot ehrenrühriger Wortwechsel sowie ‚kleinerer Gewalttätigkeiten‘ nicht allein auf das Verhindern von gewaltsamen Auseinandersetzungen einzelner Handwerker abzielte, sondern darüber hinaus grundsätzlich darauf, Verbal- und Realinjurien als Mittel des Konfliktaustrags zu unterbinden. Ein Grund dafür ist, dass persönliche Ehrverletzung, wie gesagt, häufig

passend, die LINDENBERGER/ LÜDTKE (1995), S. 22-27 schon gezeigt haben. Diese Bezeichnung wurde noch beispielsweise von FÜSSEL (2005a), S. 115, SPEITKAMP (2010), S. 33 und SPEITKAMP (2013c), S. 147 übernommen.

⁸⁷⁴ SPEITKAMP (2010), S. 26; SPEITKAMP (2013c), S. 147. In diesem Kontext hat S. K. Herrmann von symbolischer Gewalt gesprochen. HERRMANN (2013), S. 111. Siehe auch Abschnitt 6.4.1. der vorliegenden Arbeit.

⁸⁷⁵ SIMON-MUSCHEID (1991), S. 17. Vgl. auch SCHWERHOFF (2013b), S. 35.

⁸⁷⁶ StadtAL, Inn. Zinngießer A 4. Dieser Artikel wurde im Jahr 1534 erlassen.

⁸⁷⁷ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 220v-221r. Dieser Artikel wurde im Jahr 1563 erlassen.

auf die kollektive Ebene übertragen werden konnte, und somit Verbal- und Realinjurien unter Zunftmitgliedern den kommunikativen und kontrollstiftenden Sinn von Zunftzusammenkünften in Frage stellen konnten.⁸⁷⁸

4.2.2. Waffentragen

Es war für Handwerksgesellen relevant und unvermeidbar, einige Jahre auf Wanderschaft zu gehen.⁸⁷⁹ Dieser Umstand macht es auch plausibel, dass das Tragen einer Waffe notwendig war, um sich beim (Gesellen-)Wandern gegen Räuber oder wilde Tiere zu schützen.⁸⁸⁰ R. Wissell wies jedoch darauf hin, dass das Waffentragen über solche Zweckerwägungen hinausging. Wissell zufolge „liegt [es] im Wesen der Jugend, gern etwas darstellen und bedeuten zu wollen, was man im Grunde nicht ist“.⁸⁸¹ Der Zweck der symbolischen Repräsentation von Status durch das Tragen von Waffen zeitigte jedoch weitere Konsequenzen. Wissell konstatierte auch, dass Degen mitunter „im nicht ganz nüchternen Zustand [...] in verhängnisvoller Weise“ gezogen wurden.⁸⁸² Aus diesem Grund versuchten die (städtischen) Obrigkeiten seit dem 15. Jahrhundert das Waffentragen zu verbieten.⁸⁸³ Leipzig reihte sich hier, wie oben bereits erwähnt, ein.

So war es beispielsweise verboten, bewaffnet zu einer Handwerksversammlung oder in einer Herberge zu erscheinen.⁸⁸⁴ Die Balbierordnung von 1556 sagte dementsprechend: *„Es soll auch weder meister noch geselle, so das handtwergk beyeinander versamlet ist, mit keinem messer, tolchen noch einigerley wehre, tzum*

⁸⁷⁸ SIMON-MUSCHEID (2003), S. 157. Vgl. auch FOUQUET (2003), S. 257.

⁸⁷⁹ Siehe auch Abschnitt 2.2.2. der vorliegenden Arbeit.

⁸⁸⁰ WISELL (1981), S. 27.

⁸⁸¹ WISELL (1981), S. 28.

⁸⁸² WISELL (1981), S. 28.

⁸⁸³ KLUGE (2007), S. 206.

⁸⁸⁴ WISELL (1981), S. 7; KORGE (2010), S. 117.

*handtwerg gehen, oder erscheinen, so offft solches geschicht, sol er tzur busse geben sechs alte pfennig.*⁸⁸⁵ Gleichmaßen wurde das Waffentragen in einem Artikel der Zinngießergesellen von 1534 verboten, der dieses Verbot zugleich deutlich begründete: *„auff das friede vnd eynikeit mocht erhalten werden, vnd aller vnlust vorbleyben“.*⁸⁸⁶

Es gab ferner Vorschriften, die das Verbot des Waffentragens im Kontext ungebührlichen Verhaltens regelten. Als ein früheres, aber zugleich sehr augenfälliges Beispiel ist ein Abschnitt aus dem Artikel der Gerbergesellen von 1509 zu nennen. In dieser wurden unterschiedliche ungebührliche Verhaltensweisen als miteinander zusammenhängend benannt und verboten: *„Es soll auch kheiner geselle kheine wehre tragen, ziehen, schlagen, noch rauffen, oder sonsten mit scheldwortten einer den anderen beleidigen, bey busse vier Pfundt wachs, so offft das geschicht doch der obrigkheitt vnd denen Gerichten ohne abbruch“.*⁸⁸⁷

Ein weiteres Beispiel findet sich in einer Ordnung der Gürtlergesellen aus dem Jahr 1547: *„Sollen auch die Gesellen allesamt bey der Schencke oder Schenck= Sontage, friedlich und, s[ch]iedlich, ehrbar und züchtig seyn, weder schweren noch fluchen, auch wehr und waffen von sich legen, und so einer als schläge, oder dem andern eine ohrfeige gebe, soll er 12. g. ohne des Raths Straffe geben“.*⁸⁸⁸

Man kann hier Folgendes festhalten: Erstens sahen die zeitgenössischen Handwerker mit Blick auf die Störung der guten Ordnung und des friedlichen Miteinanders keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einem Wortgefecht und tätlicher, mitunter mit Waffen ausgetragener Gewalt. Darauf deuten die Zusammenhänge, die die Verbote

⁸⁸⁵ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 147v. Dieser Wortlaut wurde in der Ordnung von 1589 wiederholt. StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 352v.

⁸⁸⁶ StadtAL, Inn. Zinngießer A 4, o. Pag. Das Verbot lautete wie folgt: *„wollen vnd sollen die gesellen, keyne wehre, wie die namen haben mochten, inn yre schencke tragen“.*

⁸⁸⁷ StadtAL, Inn. Gerber C 1, fol. 2r.

⁸⁸⁸ StadtAL, Inn. Gürtler B 1, fol. 1v-2r.

beschreiben, klar hin. Zweitens wurden wichtige innerzünftische Angelegenheiten bei den Zusammenkünften (v. a. bei den sogenannten „Morgensprachen“⁸⁸⁹) behandelt, auf denen auch die Zunftgerichtsbarkeit vollzogen wurde. Deshalb zielten sowohl das Verbot des Waffentragens als auch das Verbot ehrenrührigen Verhaltens darauf ab, verbale und tätliche Gewalt als Mittel des Konfliktaustrags zu verhindern. Zudem deklarierten die Verbote in den Handwerksordnungen die Zuständigkeit und Kontrollfähigkeit der Handwerkskorporationen, die sich damit als integraler Bestandteil einer Kontrollstruktur inszenierte, die sich bereits aus landesherrlichen und städtischen Verordnungen ergab.

4.2.3. Beschränkung nächtlicher Aktivitäten

Nächtlicher Ausgang war unter Handwerksgesellen üblich.⁸⁹⁰ Das grundsätzliche Interesse des Leipziger Rates an der Einschränkung des nächtlichen Ausgangs spiegelte sich exemplarisch in verschiedenen Verordnungen sowie in Einträgen des Urfriedensbuch wider. Erstaunlicherweise finden sich jedoch in Handwerksordnungen und Gesellenartikeln nur wenige Bestimmungen, die den nächtlichen Ausgang direkt und explizit verboten. Es ist daher zu vermuten, dass der Zusammenhang zwischen nächtlichem Ausgang und Gewalttaten in diesen Ordnungen weniger deutlich hervortritt als in den oben beschriebenen landesherrlichen und städtischen Erlassen.

In manchen Bestimmungen fällt auf, dass es den Handwerksgesellen verboten war, in der Nacht aus dem Hause ihres Meisters zu gehen. Das Ende der regulären Arbeitszeit schuf keinen (nächtlichen) Freiraum für die Gesellen. Vielmehr deutet sich hier an,

⁸⁸⁹ KLUGE (2007), S. 335f.

⁸⁹⁰ SIMON-MUSCHEID (1991), S. 20; ISENMANN (2014), S. 833. K. Simon-Muscheid hat weiterhin erwähnt, dass die Gruppenbildung (wie von Handwerksgesellen) außerhalb der zünftigen Strukturen nicht vernachlässigt werden sollten. SIMON-MUSCHEID (2003), S. 149f.

dass Gesellen auch außerhalb der Arbeitszeit der Kontrolle des Meisters unterworfen waren.⁸⁹¹ Dieses Kontrollverhältnis lässt sich m. E. auch an der Tatsache festmachen, dass Werkstätten und familiärer Wohnraum häufig miteinander verbunden waren, was K. Keller am Beispiel des Leipziger Kürschnerhandwerks untersuchte.⁸⁹² An dieser Stelle kann ein Abschnitt der Bäckerordnung von 1551 exemplarisch für die oben beschriebenen Zusammenhänge zitiert werden:

*„wurde [ein Bäckergeselle] daruber aus seines hern hause vber nacht od[er] sonsten liegen bleiben, one redliche vrsachen, der sol dem handtwerge sein wochenlohn zur straffe geben, vbertritters zum andern mahl, so sol er aber dem handtwerge sein wochenlohn zur straffe geben, vbertritters zum drittenmahl, vnd thut das mit mutwil, so sol er ein gantz jar des handtwergs arbeit nicht haben“.*⁸⁹³

Diese Unterwerfung unter die Regeln des gesamten Handwerks und die Regeln des Hauses des jeweiligen Meisters konnte interessanterweise durch eine Bestimmung ergänzt und eingeschränkt werden, wonach kein Geselle einen anderen in Leipzig arbeitenden Gesellen bei sich beherbergen durfte.⁸⁹⁴ Auch diese Regelung zielte offenkundig darauf ab, ein Sich-Entziehen von der Kontrolle der Meister zu verhindern.

Der Glockenschlag spielte für den Tag-Nacht-Rhythmus eine entscheidende Rolle. Wie in Abschnitt 4.1.2. ausgeführt, wurde die Glocke im Sommer um 9 Uhr und im Winter um 8 Uhr geschlagen. Die Einführung öffentlicher Uhren seit dem Spätmittelalter

⁸⁹¹ BRÄUER (1990), S. 86; KLUGE (2007), S. 172. Dies betraf nicht nur Gesellen, sondern auch Lehrlinge. Vgl. SCHLENKRICH (1995), S. 84.

⁸⁹² KELLER (1989b), S. 30.

⁸⁹³ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 191v.

⁸⁹⁴ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 191v: „welcher becke eines andernn beckenknecht beherberget, der da arbeit hat, der sol dem handtwergs einen halben gulden zur straffe geben“.

beeinflusste das handwerkliche Leben und Organisation des Arbeitsablaufs.⁸⁹⁵

Es gab nach E. Isenmann schon im Spätmittelalter einen jahreszeitlich verschiedenen Tagesablauf: „Die Arbeit begann, je nach Eigenart des Gewerbes etwas verschieden, im Sommer um vier oder fünf Uhr und endete gegen 19 oder 20 Uhr, und im Winter begann sie später und endete sie früher“.⁸⁹⁶ Auch wenn die Abhängigkeit der Arbeitszeit von der natürlichen Helligkeit, so R. Reith, seit dem 14. Jahrhundert an Bedeutung verloren hatte und die angezeigte Uhrzeit zunehmend in den Vordergrund getreten war,⁸⁹⁷ spielte der saisonale Unterschied in zünftigen Vorschriften zum nächtlichen Ausgang in Leipzig allerdings noch im 16. Jahrhundert eine wichtige Rolle. Die Balbierordnung von 1556 zeigte an:

*„Von Ostern antzufahren biß auf Bartholomei sol ein itzlicher geselle wen es neun horam schlecht vf den abent, in seines meisters haus sein, desgleichen von Bartholomei an, biß wieder auf Ostern, sol ein jeder geselle vmb acht hora, sich in seines meisters haus finden lassen, vnd vber nacht nicht aussenbleiben, so oft er aber das vbergehen wurde, so er ein wochenlohn verloren haben“.*⁸⁹⁸

Folgt man weiterhin einem Hinweis von H. Bräuer, nach dem „Arbeitszeit und Nicht-Arbeitszeit (Freizeit, Reproduktionszeit etc.) einen unauflöslichen Zusammenhang“⁸⁹⁹ bildeten, dann kann die zunehmende Verregelung der Arbeitszeit, besonders die Aufforderung zum frühmorgendlichen Arbeitsbeginn,⁹⁰⁰ umgekehrt auch als Beschränkung der nächtlichen Freizeit aufgefasst werden. Wie in der bisherigen

⁸⁹⁵ BRÄUER (1990), S. 77f. und S. 84; REITH (2002), S. 42.

⁸⁹⁶ ISENMAN (2014), S. 837. Vgl. auch REITH (2002), S. 42; DOHRN-VAN ROSSUM (2007), S. 378.

⁸⁹⁷ REITH (2002), S. 43.

⁸⁹⁸ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 148r. Diese Bestimmung wiederholte sich auch in der Ordnung von 1589. Siehe dazu StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 353r-353v. Zu anderen Beispielen des saisonalen Unterschieds siehe SCHLENKRICH (1995), S. 85; SCHLENKRICH (2016), S. 291f.

⁸⁹⁹ BRÄUER (1990), S. 76.

⁹⁰⁰ BRÄUER (1989), S. 42f.; BRÄUER (1990), S. 83f.

Forschung bekannt, können wir auch für Leipzig relativ ausführliche Bestimmungen zur (täglichen) Arbeitszeit besonders bei den Baugewerben finden.⁹⁰¹ Ein Abschnitt der Zimmererordnung von 1555 regelte typischerweise den täglichen Ablauf und verpflichtete jeden Meister und Gesellen, morgens um 4 Uhr in der Werkstatt zu erscheinen:

*„sol auch ein jeder meister vnnd geselle, zu sommerzeit Cathedra Petri, vmb vier hora frue an die arbeit gehen, morgen vnnd vesper brott ein stunde haldenn, des mittags auch ein stunde, vnnd so bald die stunde vmb ist, sich an die arbeit wider einstellen vnnd ehir dan es sechs auf den abent geschlagen, von der arbeit nicht gehenn. Zu winter zeit aber als Galli, sollen sie vmb neun hora mittags maltzt ein stunde, vnnd vmb zwei hora vesper brott ein stunde halten, vnnd abents wan es funfte schlecht, vor der arbeit gehen, vnd nicht mehr“.*⁹⁰²

Die Handwerksge­sel­len (und auch die Handwerkslehrlinge⁹⁰³) sollten sich unmittelbar der gewerblichen und häuslichen Kontrolle ihrer Meister unterwerfen, was auch der Logik der landesherrlichen und städtischen Verordnungen entsprach. Deshalb richteten sich Bestimmungen zur Arbeitszeit primär an Gesellen. Diese Ausrichtung lässt sich exemplarisch an den Innungsartikeln der Kürschner von 1598 erkennen, weil der entsprechende Artikel eigentlich alle Kürschner betraf, aber der entsprechende Abschnitt hauptsächlich Gesellen adressierte. Die Gesellen wurden bei einer Geldstrafe von sechs Groschen dazu verpflichtet, pünktlich morgens um 7 Uhr in der Werkstatt zu erscheinen.⁹⁰⁴ Diese Regel für Gesellen wurde gleichzeitig dadurch bekräftigt, dass jeder Meister Aufsicht über das pünktliche Erscheinen seiner Gesellen führen sollte,

⁹⁰¹ BRÄUER (1990), S. 81; SCHLENKRICH (1995), S. 85.

⁹⁰² StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 138v.

⁹⁰³ Zur sozialen Position der Lehrlinge siehe KLUGE (2007), S. 258.

⁹⁰⁴ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 36v: „welcher geselle nicht vmb sieben vhr in der werkgstadt ist, der soll ohne einige erlaßungk sechs groschenn zur straff geben“. Vgl. auch KELLER (1990b), S. 119.

und diesen selbst eine Geldstrafe von sechs Groschen traf, wenn er eine Übertretung seiner Gesellen nicht beim Handwerk anzeigte.⁹⁰⁵

Die Gesellenartikel geben noch weitere Auskünfte über den täglichen Arbeitsablauf von Leipziger Handwerkern. Ein Abschnitt in den Artikeln der Schneidergesellen von 1540 legte zwar eine Begrenzung der nächtlichen Arbeitszeit fest. Auch hier aber wurden die Gesellen verpflichtet, morgens um 4 Uhr in der Werkstatt zu erscheinen: *„Es sollen auch die Gesellen von den maistern hinforder nicht bedrangt werden, den abendt nach neun hora zuarbeyten, jedoch das sie wie zuuorn, vmb viere zu morgendes an der arbeit seint“*.⁹⁰⁶ Ein Artikel der Schneidergesellen von 1630 regelte darüber hinaus die Arbeitszeit je nach Jahreszeit deutlich verschieden und verbot interessanterweise zugleich das Außerhausbleiben:

„Die gesellen sollen schuldig seyn, ihre arbeit im winter früh um 5 uhr anzufangen, und darbey verbleiben bis abends um 10. uhr, in som[m]er sollen sie aber morgens um 4. uhr anstehen, und darbey verbleiben so lange es tag ist, auch soll kein gesell aus seines meisters haus bleiben, sondern um 9. uhr zu hauße seyn, bey straffe eines wochenlohns“.⁹⁰⁷

Auch die Gürtlergesellenartikel von 1547 geben ausführliche Auskünfte über den täglichen Ablauf:

„Sollen die gesellen 14 tage vor Michael bey eidt anfangen zu arbeiten, und 14 Tage vor Ostern wieder aufhören, des morgens früh um 6. uhr aufstehen, und um 10 des abendens feyerabend machen. Des som[m]ers aber um 5. uhr aufstehen und um 8. uhr wieder feyerabend machen, des sonnabends aber soll man nicht länger arbeiten,

⁹⁰⁵ StadtAL, Zunftbuch, Bd. 1, fol. 37r: *„wann solches ein meister dem Handtwerge verschweigen, vndt nicht anzeigen wurde, der soll an stadt vndt wegen des gesellens die sechs grosch[en] straff erlegenn“*.

⁹⁰⁶ StadtAL, Inn. Schneider A 3.

⁹⁰⁷ StadtAL, Inn. Schneider C 1, fol. 21v.

*als biß 7. uhr, oder biß man das abend brodt isset, bey den gesellen straffe“.*⁹⁰⁸

Folgendes ist festzuhalten: Anders als in obrigkeitlichen Verordnungen, die den nächtlichen Ausgang explizit mit drohenden Störungen des städtischen Friedens und potentiellen Gewalttätigkeiten verbanden, war ein solcher Zusammenhang in den verschiedenen, das Handwerk betreffenden Ordnungen weniger eindeutig formuliert. Diese Ordnungen verpflichteten stattdessen die Handwerksgelesen auf regelmäßige Arbeitszeit und ein frühmorgendliches Erscheinen in der Werkstatt, um einen regelmäßigen und geordneten Arbeitsablauf zu gewährleisten. Dieser Ablauf orientierte sich zum einen natürlich an den spezifischen Anforderungen einzelner gewerblicher Tätigkeiten, bezog sich aber zum anderen auch darauf, in der Abendzeit im Hause des Meisters und damit unter dessen Aufsicht zu verbleiben. Derartige Regelungen beschränkten damit auch nächtliche Aktivitäten wie etwa das Umherschleichen. Ich würde daher die Arbeitszeitregelungen als Normen interpretieren, die zugleich auch der Gewaltprävention dienten.

4.3. Universitäre Normsetzung

Ein anderer Akteur in den landesherrlichen Verordnungen war die Universität Leipzig. Die Universität hatte verschiedene gesellschaftliche Funktionen für Lehrende und Lernende inne.⁹⁰⁹ Daher stellten deren Statuten zweifelsohne die zentralen Normen für den Alltag sowohl von Studenten, als auch von anderen Universitätsangehörigen dar. Wie U. Rasche gezeigt hat, besaßen die Universitätsangehörigen einen privilegierten eigenen Gerichtsstand, der von der Umgebung (hier von der Stadt) befreit war. Sie erlangten aber nur dann die damit einhergehenden Freiheiten, wenn sie sich an

⁹⁰⁸ StadtAL, Inn. Gürtler B 1, fol. 4r.

⁹⁰⁹ Ich habe dies bereits am Eingang des Abschnitts 2.3. erwähnt.

genossenschaftlich organisierte Gemeinschaften banden.⁹¹⁰ Der Akt, den jeder Student bei der Eintritt in die Universität als Korporation durchführen musste, war die Immatrikulation samt dabei zu leistendem Eid.⁹¹¹

Wie schon erörtert, fungierten die Kollegien als wesentliche Kontrollinstanz für viele Universitätsangehörige. Deshalb spielten die Statuten der Kollegien auch eine wesentliche Rolle, um das friedliche Zusammenleben der Kollegienbewohner zu gewährleisten.⁹¹² Im Folgenden werden daher sowohl die Statuten der Universität als auch die Statuten der Kollegien näher betrachtet.

4.3.1. Universitätsstatuten und Statuten der Kollegien in der Mitte des 16. Jahrhunderts

Die Universität Leipzig wurde im 16. Jahrhundert, insbesondere nach der Einführung der Reformation, durch umfassende Reformmaßnahmen seitens der albertinischen Landesherren geprägt. Deren Intentionen zielten hauptsächlich darauf ab, die Alma Mater Lipsiensis als eine konfessionell geprägte Erziehungsstätte und als eine Ausbildungsstätte für die Landesverwaltung auszubauen.⁹¹³ In die Regierungszeit von Herzog/ Kurfürst Moritz fiel eine erste Welle an Universitätsreformen. Unter seiner Regierung wurde die gesamte Bildungspolitik neu ausgerichtet. In diesen Kontext ist auch das nun schon mehrfach erwähnte Mandat von 1545 einzuordnen.

⁹¹⁰ RASCHE (2009), S. 163 und S. 166.

⁹¹¹ GÖBNER (2008), S. 105; RASCHE (2009), S. 166; RASCHE (2010), S. 60; RASCHE (2014), S. 158f.

⁹¹² Hier stütze ich mich auf die Hinweise von KUSCHE (2009), S. 390: „Nicht nur in den Statuten der universitären Gesamtkorporation, sondern auch in den Statuten ihrer Teileinheiten lassen sich Vorschriften zum gemeinschaftlichen Wohnen sowie Ausnahmeregelungen finden“; KUSCHE (2009), S. 408: „So finden sich auch in den Statuten der Leipziger Magisterkollegien zahlreiche Bestimmungen, die das friedliche Zusammenleben der Kollegienbewohner gewährleisten sollten“. Vgl. auch SIEBENHÜNER (1999), S. 41f.

⁹¹³ Siehe dazu Abschnitt 2.3.1. der vorliegenden Arbeit.

Gewaltverbrechen

Wie sich schon beim Betrachten der strafrechtlichen Normen und von Rechtstraktaten zeigte, belegen auch die Universitätsstatuten die zeitgenössische Wahrnehmung einer engen Verbindung von verbaler und physischer Gewalt. Der Abschnitt „*De iniuriis omnis generis*“ der Leipziger Universitätsstatuten von 1543⁹¹⁴ befasst sich ausführlich mit verschiedenen Formen von Gewalt, die jeweils unterschiedlich bestraft werden sollten. Zunächst wurde es bestimmt, dass wenn jemand einen Anderen an einem verruchten Ort („*in loco infami*“) durch verbale oder physische Gewalttätigkeit („*per iniuriam*“) anging, diesen aber keine fließende Wunde zufügte, dem Misstäter entweder eine Geldstrafe von einem Gulden oder eine achttägige Karzerstrafe auferlegt werden sollte.⁹¹⁵ Wer aber an einem solchen Ort einen Anderen körperlich schwer verletzte, konnte entweder mit einer Strafzahlung von vier Gulden oder einer Karzerhaft von einem vollen Monat bestraft werden.⁹¹⁶

Ähnlich den Normen der Handwerker galt eine verbale Beleidigung selbst schon als ein wesentlicher Teil des Gewaltvergehens, die sogenannte verbale Gewalt. Im Abschnitt „*De iniuris verborum*“ der Statuten von 1543 wurde vorgeschrieben, dass die Geldstrafe von einem Viertel Gulden dann zu verhängen sei, wenn ein anderer verbal beleidigt oder dieser schimpflich titulierte worden war.⁹¹⁷

Als ein weiterer auf Gewalttätigkeit bezogener Abschnitt ist sicherlich „*De*

⁹¹⁴ Diese geänderten Statuten wurden vom albertinischen Herzog Moritz bestätigt. Siehe dazu ZARNCKE (1861), S. 76-96. Zur Auswertung der Statutenänderungen insgesamt siehe RASCHE (2011), S. 141.

⁹¹⁵ ZARNCKE (1861), S. 85: „*Si quis alterum in loco infami per iniuriam pulsaverit, verberaverit, iecerit, afflixerit, sine tamen cruentatione aliave gravi et enormi laesione, ita punietur, ut unum solvat florinum vel in carcere detineatur diebus octo*“.

⁹¹⁶ ZARNCKE (1861), S. 85: „*Si quis alterum mutilaverit, quacunque in corporis parte, quocunque in loco factum fuerit, is solvat florinos 4 aut in carcere includatur integro mense*“.

⁹¹⁷ ZARNCKE (1861), S. 85: „*Si quis verbali iniuria affecerit aut ignominiose et contumeliose flagitii aut sceleris nomine appellaverit, solvito rectori florini quadrantem*“.

*tumultuosus*⁹¹⁸ *et violentis*“ zu nennen, der sich allerdings eher gegen Sachbeschädigungen richtete. Insbesondere verwies dieser Abschnitt auf Gegenstände, die sich vor Gebäuden befinden konnten wie Gefäße, Reise- oder Lastwagen.⁹¹⁹ Dies deutet an, dass potentielle Sachbeschädigungen durch Universitätsangehörige auch die in der Handelsstadt relevanten Handelsbetriebe betrafen.

Es war zweifelsohne für das friedliche Zusammenleben innerhalb der Kollegien relevant, gewalttätige Streitigkeiten zu vermeiden. Diesem Ziel entsprechend wurden Kontrollmaßnahmen und Verhaltensregeln innerhalb der Kollegien festgelegt, die aber im Unterschied zu den Universitätsstatuten nicht durch harte Strafen geprägt waren. Vielmehr verfügten diese gängige, geringfügige Geldstrafen oder einen Vergleich bzw. die Versöhnung zwischen den Konfliktparteien.⁹²⁰ So legte ein Artikel der Statuten des Pauliner Kollegs von 1543 fest: wenn ein Kollegiat unter Freunden bzw. Hausgenossen Zank verursachte, indem er etwa Verdächtigungen oder Schmähungen aussprach, dann wurde gegen ihn eine Geldstrafe von zwei Groschen verhängt.⁹²¹ Wer dagegen den Vorsteher des Kollegs beleidigte, ihn verleumdete oder gar schlug, konnte gegebenenfalls vor dem Rektor angeklagt werden,⁹²² was zu einer schärferen Strafe führen konnte. Das Kontrollregime innerhalb der Kollegien schlug sich noch deutlicher in einem Artikel des Großen Kollegs von 1565 nieder. In diesem wurde den Älteren bei einer Geldstrafe von zwei Gulden verboten, die Jungen bzw. die im Kolleg Beschäftigten mit Gewalt anzugreifen.⁹²³ Auffällig ist folgende Regelung: wenn ein

⁹¹⁸ Zu dieser Transkription siehe die Anmerkung von ZARNCKE (1861), S. 85, Anm. 2.

⁹¹⁹ ZARNCKE (1861), S. 85: „*Quicumque aliquid eorum, quae ante aedes collocari solent, ut sunt vasa, vehicula itemque plastra et esseda ac similia*“.

⁹²⁰ Dies ist auch nachgewiesen am Freiburger Beispiel bei SIEBENHÜNER (1999), S. 43.

⁹²¹ ZARNCKE (1861), S. 296: „*Rixarum, criminationum, maledictorum inter discipulos contubernales mulcta esto grossorum duorum*“.

⁹²² ZARNCKE (1861), S. 296: „*sed contumeliarum, infamationis, pulsationum facinora praesidi primario primum, deinde, si necesse fuerit, rectori universitatis nostrae indicantur*“.

⁹²³ ZARNCKE (1861), S. 222: „*Non licuit unquam apud maiores nostros quemquam, ne puerum quidem,*

Kollegiat im Kolleg einen anderen Kollegiaten angegriffen hatte, dann wurde der Angreifer dazu verpflichtet sich mit dem Präzeptor des Opfers zu vergleichen.⁹²⁴ Zu Schadenersatz und einer Geldstrafe wurde außerdem verpflichtet, wer jemand Anderen schlug oder verbal beleidigte.⁹²⁵

Waffentragen

Das in einem Mandat vom 3. Mai 1545 verbotene Waffentragen zählte seit dem Mittelalter zu den unter Studenten üblichen Praktiken.⁹²⁶ Demzufolge wurde das Waffentragen an nahezu allen Universitäten reglementiert, beschränkt oder sogar verboten. Für die Universität Leipzig war bereits im Jahr 1412, kurz nach der Gründung der Universität, ein Artikel über das Waffentragen erlassen worden. Dieser sah das Beschlagnahmen der Waffen sowie eine Buße von einem halben Gulden vor, begründete aber noch kein Verbot des Waffentragens an sich.⁹²⁷

Ein weiteres Verbot des Waffentragens findet sich in den geänderten Statuten der Universität aus dem Jahr 1543 unter dem Titel „*De gestantibus arma*“. Dieser Artikel ist in den breiten Kontext der obenerwähnten Universitätsreform, hier konkreter der Bemühungen um die Aufrechterhaltung der studentischen Disziplin einzuordnen. Aus diesem Grund wurde das Waffentragen rhetorisch in den Kontext von Räuberei und

quoquomodo in collegio versantem manu violenter attingere in hoc collegio, mulcta ob hoc dicta unius aurei“.

⁹²⁴ ZARNCKE (1861), S. 222: „*Ordo itaque is tenebitur, ut offensus praeceptorem petulantis pueri adolescentisve conveniat*“.

⁹²⁵ ZARNCKE (1861), S. 222: „*Percutiens vel iniuria quavis afficiens quempiam in collegio, parti laesae satisfaciatur et luat poenam ex decreto collegii. Rumpens, frangens aut violans aliquid, quocunque id nomine significari poterit in collegio, damnum praestabit et poenam luet ex eodem collegii decreto*“.

⁹²⁶ SCHEUER (1932), S. 66-68; LIERMANN (2009), S. 31.

⁹²⁷ ZARNCKE (1861), S. 54: „*Si quis de suppositis universitatis cum balista, gladio vel aliis armis deprehensus fuerit vel de hoc convictus, perdet balistam gladium et alia arma, et ultra hoc solvet universitati dimidium florenum pro poena*“.

Vgl. auch FRANKE (1936), S. 35; BÜNZ/ SEMBDNER (2015), S. 557.

Zwietracht gerückt.⁹²⁸ Infolge dessen wurde das Waffentragen grundsätzlich verboten. Im Fokus stand insbesondere jene Studenten, die ihre Konflikte gewöhnlich schnell gewaltsam und unter Inkaufnahme schwerer Verletzungen auszutragen pflegten.⁹²⁹ Damit ist der Zusammenhang zwischen dem Waffentragen einerseits und potentiellen Körperverletzungen oder gar einem tödlichen Ausgang andererseits klar benannt. Anders als weitere Bestimmungen über Gewaltdelikte⁹³⁰ wurde der entsprechende Abschnitt „*De gestantibus arma*“, abgesehen von Unterschieden im Detail, in die im Jahr 1580 reformierten Universitätsstatuten übernommen.⁹³¹ Die fortbestehende Gültigkeit früherer Waffenverbote zeigt sich auch darin, dass eine Abschrift des Verbotes vom 3. Mai 1545 in den neuen Statuten beigelegt wurde.⁹³² Dieser Artikel und entsprechende Anhänge finden sich ebenso in den Statuten von 1620.⁹³³ Es ist festzuhalten, dass der schon 1543 erkennbare Zusammenhang zwischen Waffentragen und Gewalttaten eine grundsätzliche Begründung für ein Verbot des Waffentragens lieferte. Dies stellt eine Gemeinsamkeit mit den Begründungen der städtischen Normen dar.

Nächtliche Aktivitäten, nächtliches Torschließen der Kollegien

Der nächtliche Ausgang war unter Studenten gängige Praxis. Der bereits erwähnte Beschluss des Leipziger Rates aus dem Jahr 1452 deutete schon exemplarisch an, dass

⁹²⁸ ZARNCKE (1861), S. 88: „*Non mittuntur huc ulli ad latrocinia aut pugnas sed ad vitam placide in studiis optimarum artium et humanitatis degendam*“.

⁹²⁹ ZARNCKE (1861), S. 88: „*imprimis illa, quae celeriter exitum aut horribilem laesionem afferre solent*“.

⁹³⁰ Siehe unten.

⁹³¹ UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 40v-41r.

⁹³² UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 40v-43r. Der Titel der Abschrift lautete: „*Sequitur Expemplum rescripti Illustriss. Principis Mauricii etc. Prohibitionem armorum et reverentiam Praeceptorum continentis*“.

⁹³³ UAL, Rep. I/ I, Nr. 11, Vol. 1, fol. 32v-35v. Der Titel der Abschrift lautete: „*Sequitur Exemptum Rescripti Illustrissimi Principis Mauricii. Prohibitionem armorum, et reverentiam Preceptorum, continentis*“.

die Leipziger Studenten nachts unter anderem Wirtshäuser besuchten, was aufgrund der üblichen Begleiterscheinungen dem Anliegen der nächtlichen Ruhe widersprach.⁹³⁴ Wie zuvor argumentiert, versuchten Beschränkungen oder Verbote des nächtlichen Ausgangs seitens der Obrigkeiten nicht einfach nur den alltäglichen Ablauf zu reglementieren, sondern – wie etwa im Fall der Handwerksgesellen – auch die regulären Kontrollinstanzen zu stärken. Für die Regulierung des studentischen Nachtlebens war es indes noch bedeutsamer, dass deren nächtlicher Ausgang aufgrund ‚des Schutzes der Dunkelheit‘ eng mit anderen devianten Verhaltensweisen wie Lärmen, Geschrei oder Musizieren verbunden war.⁹³⁵ Diese Praktiken markieren symbolisch und v. a. provokativ die studentische Präsenz im öffentlichen Raum und trugen so maßgeblich zu gewalttätigen Konflikten bei.⁹³⁶ P. Wettmann-Jungblut hat derartige Erscheinungen im öffentlichen Raum in Anlehnung an E. Goffman als Praktiken des Bewachens und Verteidigens des ‚eigenen‘ Territoriums interpretiert.⁹³⁷ Studenten gerieten daher oft in handgreifliche Auseinandersetzungen mit den Stadtbewohnern (insbesondere mit Handwerkern).⁹³⁸ In diesem Sinne garantierte das Verbot des nächtlichen Ausgangs nicht einfach nur die Bewahrung der Nachtruhe, sondern war auch Teil der obrigkeitlichen Präventionsmaßnahmen gegen gewalttätige Auseinandersetzungen.⁹³⁹

Im Kontext der Leipziger Universitätseinrichtungen hat B. Kusche diese doppelte Bedeutung so zusammengefasst:

„Die Mauern und die verschließbaren Tore dienten aber umgekehrt auch dem

⁹³⁴ CDSR, II/ 8, Nr. 351, S. 276.

⁹³⁵ FÜSSEL (2016), S. 184-186.

⁹³⁶ FÜSSEL (2006c), S. 189.

⁹³⁷ WETTMANN-JUNGBLUT (2012), S. 322.

⁹³⁸ SIEBENHÜNER (1999), S. 76; KRUG-RICHTER (2006), S. 44 und S. 47.

⁹³⁹ Zu diesem Gesichtspunkt BRÜDERMANN (1990), S. 442-445.

Schutz der Stadtbevölkerung. Beim *collegium maius* wurden die Eingänge, wie auch bei Kollegien und Bursen an anderen Universitäten üblich, des Nachts verschlossen. Diese Maßnahme war einerseits dafür gedacht, die Sicherheit des Kollegs und seiner Bewohner zu gewährleisten, andererseits sollte dadurch ein unbefugtes Verlassen des Kolleggeländes durch die Bewohner des Kollegs und vor allem ein Umherziehen der Studenten zur Nachtzeit verhindert werden. Als Folgen des Umherstreifens wurden Vergehen gegen die Statuten der Universität und gegen die städtische Ordnung sowie Ausschreitungen aller Art befürchtet“.⁹⁴⁰

Die Normierung des Torschließens in den Kollegien gewährleistete also eine doppelte Schutzfunktion. Sie ermöglichte einerseits eine Grenzziehung gegenüber dem städtischen Raum, schützte diesen also gewissermaßen vor dem nächtlichen Treiben der Studenten. Andererseits markierte sie die Kollegien als einen ‚privilegierten Raum‘, der allein Universitätsangehörigen vorbehalten war.⁹⁴¹

Es ist nachgewiesen, dass das rechtzeitige Verschließen der Kollegien seit dem 15. Jahrhundert festgelegt wurde. Ein bereits im Jahr 1412 erlassener Zusatz schrieb fest, dass niemand nach dem Glockenschlag ohne legitime Gründe in der Stadt oder in den Vorstädten herumstreifen sollte. Bei harter Strafe war es insbesondere verboten, Geschrei zu erregen oder gar Feuer zu legen. Als schwere Strafe drohte der Ausschluss von der Universität.⁹⁴²

Das Problem nächtlicher Ruhestörungen und nächtlicher Vergehen blieb ein wichtiges

⁹⁴⁰ KUSCHE (2009), S. 394.

⁹⁴¹ FÜSSEL (2006c), S. 177f. Vgl. auch SCHLÖGL (2014), S. 121f.

⁹⁴² ZARNCKE (1861), S. 54: „*Item nullum suppositum universitatis de nocte post pulsum campanae praetorii absque legitima et rationabili causa, de qua docere debeat coram universitate, in civitate aut extra in suburbiis vagando vadat aut clamores suscitet aut ignes vel alia illicita facta perpetret, sub poena medii floreni aut sub poena exclusionis et carceciae libertatum et comodorum studii iuxta voluntatem et arbitrium universitatis*“. Vgl. auch KUSCHE (2009), S. 394. Nächtliches Geschrei und sonstige Ruhestörungen wurden abermals im Jahr 1422 verboten. ZARNCKE (1861), S. 56.

Thema der Reformmaßnahmen im ausgehenden 15. Jahrhundert und darüber hinaus.⁹⁴³

K. Siebenhüner hat am Beispiel Freiburgs im Breisgau darauf hingewiesen, dass die Praktik des nächtlichen Ausgangs bzw. Spazierens auch von der Wohnsituation abhängig war. Hierbei hat sie erwähnt, dass es im 16. Jahrhundert durchaus üblich gewesen sei, außerhalb der Kollegien in Privathäusern bei Magistern oder Professoren zu wohnen.⁹⁴⁴ In Leipzig lässt sich dies insbesondere nach der Einführung der Reformation beobachten. Nun kamen auch hier Universitätsangehörige (v. a. Studenten) zunehmend außerhalb der Kollegien privat unter.⁹⁴⁵

Wir können weiterhin über die Regeln des Torschließens eine Gemeinsamkeit mit städtischen und handwerklichen Ordnungen darin erkennen, dass die Zeit des Torschließens je nach Jahreszeit unterschiedlich festgelegt war. So schrieb beispielsweise das Kapitel „*Clausura Collegii*“ der Statuten des Großen Kollegs von 1565 exemplarisch vor, dass das Tor in der Winterzeit abends um 9 Uhr, ferner aber während der drei Jahrmärkte und in der Sommerzeit abends um 10 Uhr verschlossen werden sollte.⁹⁴⁶ Der folgende Satz deutet interessanterweise an, wie das Torschließen selbst zu Ruhestörungen führen konnte: Würde ein Ausgeschlossener durch Klopfen oder Geschrei, um wieder hinein gelassen zu werden, andere Leute stören und gleichsam quälen, dann wäre ihm auf Beschluss des Kollegs mindestens eine Geldstrafe von einem halben Gulden aufzuerlegen.⁹⁴⁷ Dieser Festlegung folgten Regelungen zu Vergehen, gegen die eine Geldstrafe von einem Gulden verhängt werden musste: Versuche, einen Knecht mit Gewalt oder Bestechung dazu bringen, das

⁹⁴³ KUSCHE (2009), S. 395f. Siehe auch Abschnitt 2.3.1. der vorliegenden Arbeit.

⁹⁴⁴ SIEBENHÜNER (1999), S. 78. Vgl. auch FÜSSEL (2016), S. 176.

⁹⁴⁵ KUSCHE/ STEINFÜHRER (2009), S. 11; KUSCHE (2013), S. 33.

⁹⁴⁶ ZARNCKE (1861), S. 222: „*Hieme nona, aestate et in nundinis tribus x hora vespertina (aut paulo post) clauditor collegium*“.

⁹⁴⁷ ZARNCKE (1861), S. 222: „*Qui exclusus pulsando aut clamoribus fatigaverit quenquam, postride multam persolvat ex sententia collegii, quam minimum dimidii aurei*“.

Tor zu öffnen; Diebstahl des Schlüssels aus dem Kolleg; Einschleichen durch ein Fenster.⁹⁴⁸ In den Statuten des Pauliner Kollegs von 1543, wurde zwar die Uhrzeit des Torschließens nicht erwähnt, allerdings war es laut diesen verboten, gewaltsam gegen das Tor zu schlagen und zu lärmern.⁹⁴⁹

Geht man davon aus, dass die Kollegien als wesentliche Kontrollinstanz für die Universitätsangehörigen fungierten, dann lassen sich zum einen die zunehmende Möglichkeit, auch außerhalb der Kollegien Unterkünfte zu finden, und zum anderen die härteren Vorschriften zum Schließen der Kollegientore seit der Mitte des 16. Jahrhunderts als Ausdruck eines schleichenden Kontrollverlusts interpretieren.

Einen wichtigen Beleg dafür, dass Maßnahmen gegen die Praktik des nächtlichen Ausgangs allmählich verschärft wurden, liefert die Entstehungsgeschichte des Artikels „*De noctivagis*“⁹⁵⁰ der Universitätsstatuten von 1543. In diesem ist der Zusammenhang zwischen nächtlichen Aktivitäten und Gewalttätigkeiten deutlich erkennbar. Es war diesem Artikel zufolge bei drei Gulden Buße verboten, durch die Stadt zu laufen, mit Waffen Lärm zu erregen, durch hässliches oder wirres Geschrei zu tumultieren oder schließlich nächtliche Unruhe zu erregen.⁹⁵¹ Hierbei ist die

⁹⁴⁸ ZARNCKE (1861), S. 222: „*Qui famulum communem vi coegerit vel pecunia corruerit ad portam suo arbitrio concludendam aut pandendam, quive clavem astu ad collegium repererit paraveritve, aut qui per fenestram aditumve ullum irrepserit, nisi prorsus e collegio pelli malit, unius renensis florini poenam sustineat*“. Die hier geschilderten Bestimmungen ähnelten den Statuten des kleinen Fürstenkollegs von 1554. In diesen spielte allerdings der jahreszeitliche Unterschied keine Rolle, es wurde lediglich das Verschließen der Tore um 9 Uhr geregelt. Siehe ZARNCKE (1861), S. 264: „*Hora nona in dies clauditur collegium. Qui exclusus pulsus aut clamoribus indecoris fatigaverit quemquam, postero die mulctam sustinebit dimidii floreni, nisi ex sententia collegii maiorem meruerit. Qui famulum curatoris vel vi coegerit vel pecunia corruerit ad portam suo arbitrio concludendam aut pandendam, quive clavem astu ad collegium repererit paraveritque, aut qui per fenestras aditumve irrepserit, nisi e collegio pelli malit, unius floreni multam dabit*“.

⁹⁴⁹ ZARNCKE (1861), S. 297: „*Clausis hora, qua lex iubet, foribus collegii si quis intra hoc non reperitur sive post illud tempus pulsatione ad fores tumultuetur, is solvito mulctam grossorum trium*“.

⁹⁵⁰ B. Krug-Richter hat die Praktik „Noctavagia“ am Freiburger Beispielen näher behandelt. KRUG-RICHTER (2006), S. 42-47. Die Entstehung vergleichbarer Artikel wurde beispielsweise für die Universität Freiburg im Breisgau bereits für das Jahr 1510 nachgewiesen. MAYER (1911), S. 25.

⁹⁵¹ ZARNCKE (1861), S. 86: „*Quicumque noctu vel aperta vel tecta facie per oppidum cursitaverit aut armis strepitum excitaverit aut deformibus aut insanis clamoribus tumultuatus fuerit, denique*

Formulierung „*armis strepitum excitaverit*“ von besonderem Interesse: Einerseits stellt der Zusammenhang zwischen nächtlichem Ausgang und dem Waffentragen eine Gemeinsamkeit mit Verordnungen des Rates und der Zünfte dar.⁹⁵² Andererseits deutete diese Phrase auf das unter Studenten beliebte Ritual des „Wetzens“ hin.⁹⁵³ Das „Wetzen“, „so die zeitgenössische Begrifflichkeit für das Schlagen der Waffen in Steine und Mauern, zielte oftmals [...] kollektiv auf die Bürger der Stadt oder aber andere konkurrierende Gruppen“.⁹⁵⁴ Das „Wetzen“ selbst spielte eine wichtige Rolle, um die Konflikthaftigkeit einer Situation zum Ausdruck zu bringen oder den Gegner herauszufordern.⁹⁵⁵ Daher waren solche Praktiken ein wichtiges Thema obrigkeitlicher Maßnahmen in der Folgezeit.

4.3.2. Die Zäsur von 1580

Die Universitätsordnung als Grundlage des studentischen Alltags

Ich habe oben die Universitätspolitik der 1540er Jahre als erste Welle landesherrlicher Universitätsreformen im 16. Jahrhundert charakterisiert. In den 1570er Jahren kam es zu einer zweiten Welle an Reformbemühungen. Die Forschung ist sich weitgehend darin einig, dass die allgemeine Kirchen-, Schul- und Universitätsordnung vom 1. Januar 1580⁹⁵⁶ „einen vorläufigen Schlusspunkt unter die konfessionspolitischen Auseinandersetzungen und die lutherische Konfessionalisierung des kursächsischen

cuiusunque generis nocturnas turbas excitaverit, is mulctam rectori solvito florinorum trium“.

⁹⁵² Dieser Zusammenhang findet sich bereits in einem Zusatzbeschluss von 1458. ZARNCKE (1861), S. 59.

⁹⁵³ Obwohl das Ritual des „Wetzens“ nicht eigens erwähnt ist, wurde der Zusammenhang mit der Ruhestörung und dem Waffentragen ebenfalls in Freiburg im Breisgau nachgewiesen. Siehe dazu MAYER (1911), S. 25.

⁹⁵⁴ KRUG-RICHTER (2004b), S. 34. Vgl. auch BRÜDERMANN (1990), S. 442.

⁹⁵⁵ KRUG-RICHTER (2004b), S. 34. Vgl. auch FÜSSEL (2004), S. 155. Siehe auch Abschnitt 6.4.5. der vorliegenden Arbeit.

⁹⁵⁶ Die Universitätsordnung erschien als eigenständiger Teil dieser großen Ordnung. Vgl. LUDWIG (2007), S. 98, Anm. 39; LUDWIG (2009), S. 4, Anm. 8. Meine Untersuchung beschränkt sich auf die Universitätsordnung.

Territoriums“ setzte.⁹⁵⁷ Mit dieser traten die kursächsischen Universitäten (Leipzig und Wittenberg), wie bereits erwähnt, als konfessionell geprägte Erziehungs- und Ausbildungsstätten für die Landesverwaltung hervor.⁹⁵⁸ Im Zusammenhang der obrigkeitlichen Reformbemühungen und der konfessionellen Neuausrichtung nahmen die Bestimmungen über die Universitätsverwaltung, das Fakultätswesen und den Lehrbetrieb großen Raum in der Universitätsordnung von 1580 ein. Wenig verwunderlich lag der Fokus der Forschung bislang auch auf diesen Aspekten.⁹⁵⁹

Dagegen werden bislang die Bestimmungen über sittliche Ordnung und Disziplin der Studenten, die zugegeben zwar keinen großen Anteil an der gesamten Ordnung haben, in der Forschung nur am Rande behandelt.⁹⁶⁰ Sowohl die konfessionelle Neuausrichtung als auch der „Ausbildungsauftrag für die Heranbildung des Nachwuchses“ erhöhten, so A. Göbner, den Disziplinierungsbedarf gegenüber den Universitätsangehörigen.⁹⁶¹ Folglich lohnt es sich m. E. wiederum, die in der Universitätsordnung von 1580 niedergeschlagenen Kontrollbemühungen für das studentische Alltagsleben näher zu berücksichtigen. Ein neuer Blick auf die Universitätsordnung lässt sich werfen, wenn man hinsichtlich der Wahrnehmung und ggf. Sanktionierung studentischen Verhaltens den Standpunkt des sogenannten labeling approach einnimmt. Immerhin stellte die Universitätsordnung von 1580 eine neue und umfangreiche Palette ungebührlicher Verhaltensweisen bereit. Dies schlug sich ausdrücklich im Abschnitt *„Von der Disciplin und Zucht, wie sich einieder [sic!] bey*

⁹⁵⁷ LUDWIG (2009), S. 313. Vgl. auch WARTENBERG (1984), S. 69; JUNGHANS (2007), besonders S. 233-238; KUSCHE (2010), besonders S. 34f.

⁹⁵⁸ WARTENBERG (1984); KUSCHE (2010); RUDERSDORF (2014).

⁹⁵⁹ Vgl. auch GÖBNER (2008), S. 103f.

⁹⁶⁰ So etwa in der Arbeit der Leipziger Historikerin Ulrike Ludwig, die sich umfangreich mit der Entstehung sowie dem Inhalt der Universitätsordnung im Zusammenhang der kursächsischen Konfessionspolitik beschäftigt hat. Vgl. die Rezension von KÄSTNER (2010).

⁹⁶¹ GÖBNER (2008), S. 118.

unseren Universitäten, im Leben und Wandel allenthalben verhalten soll“ nieder, der von folgenden Worten eingeleitet wurde: *„damit die Jugend, so ohne das mehr zum Bösen dan zum Guten geneigt, in Gottesfurcht wohl auferzogen, und zu sittsamen, tugendlichen Wandel und Leben, mit sonderm Fleiß und Ernst gewiesen und angehalten werde“*.⁹⁶²

Um solche allgemeinen Ziele zu erreichen, die im Grundsatz allen Ordnungen gemein waren, die auf das Verhalten von Jugendlichen abhoben, benannte jener Abschnitt verschiedene ungebührliche oder unzüchtige Verhaltensweisen von Studenten und beschrieb sie als ungebührlich oder unzüchtig. Im gleichen Zuge wurde der Alltag der Studenten stärker reglementiert. So wurden beispielsweise nächtliche Ausgänge geahndet. Erstens wurde jedem Studenten bei Androhung einer willkürlichen Strafe verboten, ohne Vorwissen des Rektors außerhalb der Universität zu übernachten.⁹⁶³ Zweitens sollten jene Wohnungen von Bürgern (im Sommer abends um 10 Uhr und im Winter abends um 9 Uhr) geschlossen werden, in denen Studenten zur Miete wohnten.⁹⁶⁴ Dies weist deutliche Parallelen zu den Handwerkerregularien in Bezug auf den nächtlichen Verbleib der Gesellen auf. Und drittens wurden typische studentischen Aktivitäten zur Nachtzeit, wie das Umherstreifen, das Geschrei und Lärmen auf der Straße, Tumultieren, das Herausfordern oder Beschimpfen der städtischen Wächter oder anderer Bürger, bei Androhung einer Haftstrafe verboten.⁹⁶⁵

⁹⁶² CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 754. Die entsprechende negative Beschreibung der Verhaltensweisen der „Jugend“ einerseits und die Zielsetzung der Obrigkeit andererseits finden sich bereits in der landesherrlichen Instruktion zur Universitätsvisitation aus dem Jahr 1576, die im Rahmen der oben erwähnten Reformbemühungen in den 1570er Jahren durchgeführt wurde: SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10592/ 02, insbesondere fol. 13r-20r.

⁹⁶³ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 757.

⁹⁶⁴ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 757.

⁹⁶⁵ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 758.

Normentwicklung in den geänderten Statuten von 1580

Wie ich bereits in Abschnitt 2.3.1. erwähnt habe, gab die Universitätsordnung von 1580 einen wichtigen Anlass zur Statutenveränderung noch im gleichen Jahr. Die Reinschrift der neuen Statuten ist leider nicht überliefert.⁹⁶⁶ Die Korrekturen und Anmerkungen für dieses Konzept wurden von anderer Hand eingetragen als die Abschrift selbst. Sie wurden vermutlich kurz vor 1620 durchgeführt, weil diese Änderungen und Anmerkungen den Statuten von 1620 wörtlich und inhaltlich entsprachen. Ich nehme an, dass die Veränderung der Statuten, zu der die Universitätsordnung von 1580 Anlass gegeben hatte, mit hoher Wahrscheinlichkeit im Zeitraum zwischen 1580 und 1620 durchgeführt wurde.⁹⁶⁷

Einige der Artikel aus den Statuten von 1543,⁹⁶⁸ die die Disziplin betrafen, wurden 1580 gestrichen und durch einen gemeinsamen Artikel unter der Überschrift „*De iniuriis, tumultuationibus, et aliis factis illicitis*“ ersetzt. Dieser Artikel stellte verschiedene gewalttätige Verhaltensweise unter Strafe. Darunter zählte verbale oder tätliche Angriffe bzw. Verletzungen, Tumultieren, Hausfriedensbruch, Zusammenrottungen vor Häusern, Sachbeschädigungen, Lärmen mit der Waffe oder lautes Rufen im oder aus dem Kollegiengebäude heraus.⁹⁶⁹ Diese Neuregelung entsprach im Wesentlichen den oben behandelten Abschnitten der kursächsischen

⁹⁶⁶ Der entsprechende Bestand ist: UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b: „Acta, Entwurf acad. Gesetze u. Statuten“. Als Laufzeit datiert er auf das Jahr 1580. Hierzu findet sich auch folgender Enthaltsvermerk: „Abschrift der Statuten wohl von 1580, als Konzept für eine neue Redaktion der Statuten, mit vielfachen Änderungen, Verbesserungsvorschlägen von einer Hand; wohl Mitte 17.Jh.“: <http://recherche.archiv.uni-leipzig.de/Dokument/anzeigen/763480> (Letzter Zugriff: 28.12.2017)

⁹⁶⁷ Ich bedanke mich bei Frau Katharina Schlüter (Universitätsarchiv Leipzig) für ihren freundlichen Hinweis über diesen Bestand.

⁹⁶⁸ „*De iniuriis omnis generis*“, „*De iniuris verborum*“, „*De tumultuosis et violentis*“ und „*De noctivagis*“.

⁹⁶⁹ UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 32v: „*Iniuria quavis siue reali siue verbali alterum afficere, verberare, affligere, aut quovis modo laedere, tumultuari, item aut impetum facere in alienas aedes, aut quae ante aedes collocari solent, vt sunt vasa, vehicula, plaustra et similia euertere, auferre amouere: [...] clamores, [et vociferationes] diu noctuae siue intra [siue extra] Collegia [aut strepitum armis] excitare*“.

Universitätsordnung und lässt sich als ein Katalog unerlaubten Verhaltens verstehen. Zugleich fällt auf, dass diese Verhaltensweisen allgemein abweichendes Verhalten von Jugendlichen bezeichneten.⁹⁷⁰

Besondere Gewaltpraktiken als eigenständige Kontrolle der Studenten

Die Palette von Gewaltverbrechen erschöpfte sich aber noch nicht mit einem solchen summarischen Artikel. Neue Vorschriften für bestimmte Gewaltpraktiken wurden fortlaufend hinzugefügt. Bei diesen Zusätzen ging es aber nicht einfach um neue Formen von Gewalt. Vielmehr traten Praktiken zutage, die die horizontale Sozialkontrolle unter Studenten stärkten. Diese Praktiken waren allerdings aus Sicht der Obrigkeiten Ausdruck eines allgemeinen Sittenverfalls unter den Studenten⁹⁷¹ und widersprachen zugleich den zunehmenden obrigkeitlichen Kontrollbestrebungen seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert.

Allen voran ist der sogenannte Pennalismus zu nennen, der ebenfalls im Artikel „*De iniuriis, tumultuationibus, et aliis factis illicitis*“ behandelt wurde.⁹⁷² Unter dem Pennalismus versteht man „das Prinzip der Unterordnung der jüngeren unter die älteren Studenten. Die damit einhergehende Differenzierung zwischen Studenten und Studienanfängern bedeutete, dass den Neulingen studentische Privilegien verweigert wurden, sich zudem die älteren Studenten Vorrechte über sie aneigneten und sie zu entwürdigenden Tätigkeiten und Diensten zwangen“.⁹⁷³

⁹⁷⁰ Dies findet sich in der Version von 1620. UAL, Rep. I/ I, Nr. 11, Vol. 1, fol. 27v-28r: „*et si quae his similia sunt lascivae et exorbitantis juventae delicta*“.

⁹⁷¹ FÜSSEL (2011) hat zu Recht betont, dass diese Sichtweise ausschließlich von weltlichen Obrigkeiten geteilt wurde und maßgeblich aus Diskursen protestantischer Theologen v. a. während des Dreißigjährigen Krieges stammte.

⁹⁷² Zur Darstellung des Pennalismus an der Universität Leipzig siehe FRANKE (1937); GÖBNER (2008), S. 115-117. Zur allgemeinen und jüngeren Darstellung des Pennalismus im 17. Jahrhundert siehe HENSEL (2014).

⁹⁷³ HENSEL (2014), S. 18. Vgl. auch FRANKE (1937), S. 204. Der Artikel der veränderten Statuten in

Als eine wichtige Voraussetzung für das Aufkommen des Pennalismus war die Veränderung der Wohnsituation sowie des studentischen Zusammenlebens seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Aufgrund des Verfalls des Kollegien- und Bursenwesens sowie der zunehmenden Möglichkeit, sich außerhalb solcher Einrichtungen in der Stadt einzumieten, erhoben die Studenten verstärkt Anspruch auf eigene Vergesellschaftungsformen.⁹⁷⁴ Nach A. Göbner wirkte sich auch die steigende Zahl der Studenten und der Universitätsbesucher an der Wende zum 17. Jahrhundert negativ auf deren Disziplin und das Zusammenleben aus.⁹⁷⁵ Zugleich führten die neuen Situationen studentischen Zusammenlebens zu einem intensiveren Austausch mit anderen städtischen Gruppen, v. a. mit Handwerkern. Dies veranlasste die Studenten wiederum dazu, ihren Anspruch auf soziale Distinktion stärker zu markieren.⁹⁷⁶ Vor diesem Hintergrund liegt es nahe anzunehmen, dass die verstärkten obrigkeitlichen Versuche, das studentische Alltagsleben zu kontrollieren und die Maßnahmen gegen den Pennalismus miteinander zusammenhingen.

In der Praxis führte der Pennalismus zu einer ökonomischen Ausbeutung der Studienanfänger (der sogenannten „Pennäler“) bei Festmahlen und bei verschiedenen Dienstleistungen. Darüber hinaus führte die Leitidee der Unterordnung aber auch zu Praktiken der Erniedrigung bis hin zu gewaltsamen Quälereien.⁹⁷⁷ Die Leipziger Universitätsstatuten von 1620 geißelten insbesondere solche Bestandteile des Pennalismus (etwa das übermäßige Zechen, Belästigen, Ohrfeigen und Prügeln der Studienanfänger) und perhorreszierten die gesamte Praktik als eine abscheuliche

UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 32v: „*deniq[ue] nouitios studiosos pennalismi nota [...] deformare, exactiones instituere, aut eo nomine molestiam vllam cuiquam citare*“.

⁹⁷⁴ FRANKE (1937), S. 206; FÜSSEL (2005b), S. 627; HENSEL (2014), S. 10f.

⁹⁷⁵ GÖBNER (2008), S. 115.

⁹⁷⁶ FÜSSEL (2005b), S. 642.

⁹⁷⁷ FRANKE, (1937), S. 214-216; HENSEL (2014), S. 18-20.

Sitte.⁹⁷⁸ Hierbei wurde die Relegation als ein zentrales Strafmittel vorgesehen.⁹⁷⁹

Diese Straftat bedeutete „eine temporäre Verweisung eines Studenten aus der Universität und dem Studienort“. ⁹⁸⁰ Da andere Sanktionsarten unter der Universitätsgerichtsbarkeit zur Verfügung standen, ⁹⁸¹ wurde allerdings die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, eine Karzer- oder Geldstrafe zu verhängen bzw. die Relegation in eine Karzerstrafe umzuwandeln.⁹⁸²

Die Praktik des Pennalismus ist nach M. Füssel als Einsetzungs- und Übergangsritual zu betrachten, in dem die Pennäler in ihren neuen Status als Studenten überführt und aufgenommen werden konnten.⁹⁸³ Noch standen die Pennäler, der Logik des Rituals folgend, auf der Schwelle zwischen ihrem bisherigen Status, der akademischen Freiheiten bzw. Privilegien noch nicht einschloss, und dem vollkommenen Status als Student.⁹⁸⁴ Dieser liminale Zustand bot den Pennälern jedoch auch einen Spielraum, geltende Normen zu missachten und sich deviant zu verhalten.⁹⁸⁵

Die im Namen des Pennalismus verübten Gewalttaten zielten aber nicht allein auf die gewaltsame Verletzung der Studienanfänger ab. Folgt man M. Füssel, dann setzte die Korporation der älteren Studenten vielmehr symbolisch „ihre Macht und Autorität als Gewalt über die zukünftigen Studenten“ durch. Umgekehrt, so Füssel weiter, nutzten

⁹⁷⁸ UAL, Rep. I/ I, Nr. 11, Vol. 1, fol. 28r-28v: „*Vigore deniq[ue] hujus statuti proscriptum, penitusq[ue] exclusum volumus ex hac Academia, morem illum nuper huc tralatum detestabilem, per pocula ac commessiones sumtuosas, aut exactiones et divexationes qvascunq[ue] sub Pennalissimi nomine initiandi recens ingressos in Academiam adollescentes ingenuos*“. Vgl. auch FRANKE (1937), S. 208.

⁹⁷⁹ UAL, Rep. I/ I, Nr. 11, Vol. 1, fol. 28v: „*in eum poena Relegationis, cujuscunq[ue] ordinis ac conditionis ille sit, communi sententia consilii perpetui, constituta sancitaq[ue] est*“.

⁹⁸⁰ GÖBNER (2008), S. 105. Zu dessen Begriff und historischer Entwicklung vgl. SCHNABEL-SCHÜLE (1995).

⁹⁸¹ GÖBNER (2008), S. 106.

⁹⁸² FRANKE (1937), S. 232f., der aber leider keine Beispiele bzw. Quellenverweise für andere Strafen erwähnt.

⁹⁸³ FÜSSEL (2005b), S. 628f.; HENSEL (2014), S. 32f.

⁹⁸⁴ FÜSSEL (2005b), S. 628f. und S. 643. Vgl. auch GREYERZ (2010), S. 123.

⁹⁸⁵ FÜSSEL (2005b), S. 629.

Letztere rituell-physische Gewalt jedoch ebenfalls dazu, „einen selbstständigen Gruppenstatus zu etablieren“.⁹⁸⁶ In diesem Sinne diente die körperliche Demütigung im Pennalismus „zur Einübung eines Korpsgeistes, der den Zusammenhalt studentischer Zusammenschlüsse festigen sollte“.⁹⁸⁷ Darin wurde aber gleichzeitig auch der Unterschied zwischen den Akteuren des Pennalismus und den Obrigkeiten in Bezug auf die Wahrnehmung und Deutung von Gewaltpraktiken sichtbar. Zwar strebten beide Seiten nach dem Erhalt der studentischen Disziplin. Die Obrigkeiten sahen im Pennalismus jedoch einen Verfall der guten Sitten, während die Eingriffe in entsprechende Praktiken von studentischer Seite geradezu als kontraproduktiv für den Erhalt der Ordnung angesehen wurden. Dieser Unterschied spiegelte den grundsätzlichen Konflikt „zwischen der institutionellen Disziplinarmacht der Universitäten und den Autonomiebestrebungen studentischer Vergesellschaftung“ wider.⁹⁸⁸

Von der Spezifik der universitätsinternen Disziplinierungsbemühungen abgesehen, sollte m. E. aber nicht übersehen werden, dass das Verbot des Pennalismus sich wesentlich allgemeiner in die gesamtstädtischen Bemühungen um praktische Bekämpfung von Gewalthandeln einordnen lässt. Das genuine Gewalthandeln im Pennalismus erschien den Obrigkeiten, wie gesagt, als Quälerei bzw. Schikane der Studienanfänger. Aber auch bei Festmahlen kam es wiederholt zu schweren Sachbeschädigungen oder sogar tätlichen Auseinandersetzungen.⁹⁸⁹ Da diese Festmahle in der städtischen Öffentlichkeit stattfanden,⁹⁹⁰ entwickelten sich mitunter

⁹⁸⁶ FÜSSEL (2005b), S. 641. Vgl. auch GREYERZ (2010), S. 126; HENSEL (2014), S. 103.

⁹⁸⁷ FÜSSEL (2005b), S. 627.

⁹⁸⁸ FÜSSEL (2005b), S. 608. Vgl. auch FÜSSEL (2011), S. 132; FÜSSEL (2015a), S. 124f.

⁹⁸⁹ FRANKE (1937), S. 214; HENSEL (2014), S. 20.

⁹⁹⁰ FÜSSEL (2005b), S. 629; HENSEL (2014), S. 61.

Tumulte, die zu Zusammenstößen mit anderen Stadtbewohnern führen konnten.⁹⁹¹

Man kann festhalten, dass der Pennalismus spätestens seit dem frühen 17. Jahrhundert zunehmend Gegenstand der formellen und institutionellen Kontrolle wurde.

Einen anderen Bereich behandelte der Artikel „*De Provocantibus, evocantibus, incitandibus ad armorum certamina et haec quinq[ue] modo adiuvanlib[us]*“. Die dort behandelten Verhaltensweisen, etwa das Ausfordern, wurden explizit mit dem unordentlichen Leben und dem aggressiven Gebaren der Jugend in Verbindung gebracht.⁹⁹² Hierfür war wiederum der ausgeprägte Hang der Studenten zum Gebrauch von Hieb- und Stichwaffen entscheidend. Der Umgang mit Waffen prägte die studentische Kultur während der gesamten Frühen Neuzeit und war bereits seit dem späten 16. Jahrhundert fest etabliert. Dazu hatte einerseits die Einführung der neuen Fechtschule aus Italien beigetragen, die dem Wunsch vieler Studenten sich auszuprobieren entgegen kam.⁹⁹³ Andererseits war die grundsätzliche Orientierung der Studenten an adligen und militärischen Waffenkultur entscheidend.⁹⁹⁴ Waffen kamen insbesondere bei Ehrenhändeln zum Einsatz.⁹⁹⁵ Daher wurde die Provokation bzw. das Ausfordern zum Kampf in den Statuten intensiv behandelt und ausdrücklich verboten.⁹⁹⁶ Zuwiderhandelnde sollten solange in den Karzer geschickt werden, wie Rektor und Assessoren es für erforderlich befanden.⁹⁹⁷

⁹⁹¹ FRANKE (1937), S. 220f.

⁹⁹² UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 45v: „*Dissolutio vitae et petulantia juventutis iam eo et[iam] evadit*“.

⁹⁹³ Siehe auch Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

⁹⁹⁴ KRUG-RICHTER (2012), S. 275f. Solche militärischen Vorbilder wurden ebenso in dem hier behandelten Artikel angedeutet. UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 45v: „*sed instar gregariorum q[uo]q[ue] militum obversari*“.

⁹⁹⁵ FRANKE (1936), S. 36; KRUG-RICHTER (2012), S. 275; SCHWERHOFF (2013a), S. 219.

⁹⁹⁶ UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 45v: „*et ad pugnas sese parare non vereantur; provocando et[iam] et provocando ad dimicandum ostentantes ferociam suam. [...] Ne quis ex nostris alterum sive ex nostris, sive externum ad certamen armorum aut pugnam provocare aut evocare audeat*“.

⁹⁹⁷ UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 45v: „*Quicunq[ue] ig[itu]r posthac aliquem ad dimicandum provocaverit, is in carcere tam diu custodietur; dum consilium Assessoresq[ue] Rectoris statuunt, q[ui]d eo fieri conveniat*“.

Bewaffnete Auseinandersetzungen beschränkten sich jedoch nicht immer auf einen Zweikampf im wörtlichen Sinne, sondern konnten auch andere Personen involvieren.⁹⁹⁸ Daher wurde auch die weitere Teilnahme an gewaltsamen Auseinandersetzungen und die Provokation mit einer Karzerstrafe belegt.⁹⁹⁹

Unter den bewaffneten Auseinandersetzungen erwies sich das ‚Duell‘ als eine spezielle Form des (innerständischen) Konfliktaustrags. Die bisherige Forschung hat allerdings gezeigt, dass sich die obrigkeitliche Bekämpfung des Duells in Form von Duellmandaten erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts intensivierte bzw. mancherorts überhaupt erst einsetzte.¹⁰⁰⁰ Hinsichtlich des Untersuchungszeitraums der vorliegenden Arbeit lohnt es sich, auf die Befunde der jüngeren Duellforschung zu verweisen. Zum einen ist die Arbeit von U. Ludwig zu nennen, die sich mit dem Entwicklungsprozess der Duellgesetzgebung seit dem 17. Jahrhundert auseinandergesetzt hat. Den von Ludwig vorgeschlagenen Entwicklungsphasen zufolge entspricht der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit (nämlich das frühe 17. Jahrhundert) einer ersten Etappe der normativen Regulierung des Duellgeschehens in Kursachsen. Auf der normativen Ebene hatte sich noch kein abgegrenztes Verständnis des Duells im Unterschied zu anderen Formen gewaltsamer Händel wie Kämpfen, Schlägereien oder Balgereien herausgebildet. Im Wesentlichen

⁹⁹⁸ B. Krug-Richter hat darüber hinaus auf ein Beispiel Freiburgs aus dem Jahr 1599 verwiesen. KRUG-RICHTER (2012), hier S. 280.

⁹⁹⁹ UAL, Rep. I/ I, Nr. 4b, fol. 46v: „*Qui v[ero]. instigasse commisisseve aliquos, aut causam provocationis evocationisve dedisse, aut aliquos prodeuntes exeuntesve comitati esse delati convictiq[ue] fuerint; eorum quiq[ue] in custodiam dentur carceris, et arbitrio Rectoris Consiliiq[ue] ipsius merita poena afficiantur*“.

¹⁰⁰⁰ FRANKE (1936), S. 37f.; SCHUBERT (1984), S. 15f.; FREVERT (1991), S. 28f.; SCHWERHOFF (2013a), S. 222-224. Die entsprechende Bestimmung findet sich zwar schon in den Kursächsischen Konstitutionen von 1572 (siehe CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 119) und R. W. Franke hat diese als ein erstes Duellmandat aufgefasst: FRANKE (1936), S. 36. In der jüngeren Forschung wird diese Deutung aber abgelehnt, weil Franke die begriffliche und formelle Besonderheit des Duells nicht wirklich erfasst hat. Beispielsweise LUDWIG (2012), S. 163; SCHWERHOFF (2013a), S. 222f.

wurden bereits bestehende Gewaltpraktiken umetikettiert.¹⁰⁰¹

In diesem Zusammenhang ist auf die Arbeiten von B. Krug-Richter zu verweisen, die sich intensiv mit der studentischen Kampfkultur in der Frühen Neuzeit beschäftigt hat. Die Phasen der Reglementierung vom späten 16. bis zum frühen 17. Jahrhundert skizziert sie mit Blick auf das Verständnis von Duellen wie folgt:

„Auch wenn unübersehbar ist, dass es einen Unterschied zwischen dem strikt reglementierten und extrem ritualisierten Duell und seinen Vorläufern gab, spiegeln viele der auf den städtischen Gassen oder auch vor den Toren der Universitätsstädte ausgetragenen bewaffneten Studentenkonflikte genau diejenige Vermischung von Balgerei, Raufhandel und Duell wider, die auch die frühen Duellmandate zu bekämpfen suchten. Hier reagierten die Obrigkeiten in ihren Bemühungen, über entsprechende Erlasse und Gesetze bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Männern einzudämmen, vermutlich eher auf die zeitgenössischen Praktiken der männlichen Konfliktaustragung als auf die sich sukzessive durchsetzenden Regeln für das Duell“.¹⁰⁰²

Diesen Befunden über Mischformen der Gewalthandel und über gruppenübergreifende männliche Gewaltpraktiken entspricht der Umstand, dass die Leipziger Universitätsstatuten Gewalthandel nicht als Verhaltensweisen auffassen, die allein Studenten betrafen bzw. allein innerhalb der Studenten ausgetragen wurden. Vielmehr reflektieren diese auch den Umstand, dass weitere männliche Gruppen in die Auseinandersetzungen hineingezogen werden konnten. Hierfür möchte ich zwei Punkte nennen: Erstens hingen Ehrverletzungen, Provokationen und bewaffnete

¹⁰⁰¹ LUDWIG (2012), S. 161-164. Ludwig hat diese Entwicklungs- und Transformationsprozesse des Duells in ihrer Habilitationsschrift ausführlich herausgearbeitet. LUDWIG (2016), hier S. 323-325, Thesen eins und zwei. Zu einem ähnlichen Hinweis siehe TLUSTY (2011), S. 108. Vgl. auch FREVERT (1991), S. 23f.

¹⁰⁰² KRUG-RICHTER (2012), S. 281. Vgl. auch SIEBENHÜNER (1999), S. 69-71.

Auseinandersetzungen häufig unmittelbar zusammen, und sie bildeten sozusagen ein Set an Verhaltensweisen, die im Konfliktfall unmittelbar abrufbar waren. Dieser Umstand führte angesichts des „sozialen Stresses“¹⁰⁰³ in der Universitätsstadt häufig zu eskalierenden Konflikten zwischen Studenten und sonstigen Einwohnern.¹⁰⁰⁴ Zweitens lässt sich ein solch ritualisiertes Verhaltensset an Ehrenhändeln auch als Option verstehen, private Konflikte innerhalb eines festen Rahmens auszutragen und dadurch gleichsam Kontrolle über den bewaffneten Kampf auszuüben. Einem solchen Verständnis folgten die Obrigkeiten offenkundig jedoch nicht.

4.4. Umgang mit den Normen

In den vorherigen Abschnitten hat sich deutlich gezeigt, dass sich die städtischen und universitären Normen in dem Ziel einig waren, die Möglichkeiten für tätliche Gewalthandlungen, insbesondere für solche mit erwartbar tödlichem Ausgang, zu beschränken. Man könnte daher vorläufig annehmen, dass diese ‚gemeinsamen‘ Normen aufgrund übergreifender Interessenslagen recht reibungslos in die Praxis umgesetzt wurden. Allerdings ist die Tatsache nicht zu übersehen, dass z. B. das Verbot des Waffentragens von Studenten wiederholt im Untersuchungszeitraum¹⁰⁰⁵ und darüber hinaus¹⁰⁰⁶ thematisiert wurde. Man muss daher davon ausgehen, dass der Umgang mit den Normen nicht eindeutig war.

¹⁰⁰³ FÜSSEL (2012), S. 305.

¹⁰⁰⁴ Dieses Konfliktfeld wurde schon in der Universitätsordnung von 1580 erwähnt. CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 758.

¹⁰⁰⁵ Etwa die kursächsische „*Policey= und Kleider=Ordnung*“ vom 23. April 1612: CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 1458; das „*Visitations=Decret*“ bei der Universität Leipzig vom 11. Juli 1616: CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 919.

¹⁰⁰⁶ Stadt und Universität mussten z. B. im Jahr 1668 in Bezug auf das Waffentragen nochmals einen Vertrag schließen. StadtAL, Tit. LXII D, Nr. 2. In dieser Akte ist eine Verordnung überliefert, die einen gleichen Text wie das Verbot des Waffentragens vom 7. Juli 1588 aufweist.

4.4.1. Dispensation des Waffentragens

Als ein Beispiel für einen ambivalenten Umgang mit Normen möchte ich eine Debatte über die Dispensation des Waffenverbotes nennen. Deren Ausgangspunkt markiert eine Anordnung im Namen des Kurfürsten Christian I. vom 29. April 1590. Der Kurfürst erinnerte sich an „*vnser s geliebten Herrn Vetters Churfurst Moritzen seliger gedechtnuß, verordnung vndt ewerer statuten*“.¹⁰⁰⁷ Nachfolgend formulierte die Anordnung jedoch eine wichtige Unterscheidung:

„ein vnterschiedt zu haltten vntter den ienigen, so sich eine zeittlang an außlendischen ortten auffgehaltten, vndt ihre studia vollnbracht, vndt allbereitt eines ziemlich[en] altters, verheyratett, oder aber in vnseren oder frembder Herrn diensten seindt, vndt sich zu Leipzig anderer sachen, oder ihrer kunfftigen beforderung halben auffhaltten, vndt sich friedlich erzeigen, vndt denen so erst neulich auff die Vniuersitet kommen, dahin sich bemeldte verordnung vndt statuta verstehen“.¹⁰⁰⁸

Davon abgesehen wurde auch die „*studierende jugendt in gemein*“ genannt. Für diese „*laßen wier es bey gedachtter verordnung oder statutis allendthalben bewenden vndt bleiben*“.¹⁰⁰⁹

Dieses Problem der Dispensation aktualisierte sich in einem Schriftwechsel zwischen Herzog Friedrich Wilhelm I. von Sachsen-Weimar, dem sächsischen Administrator, auf der einen und der Universität Leipzig auf der anderen Seite in den Jahren 1591/92.¹⁰¹⁰

Die Alma Mater Lipsiensis schilderte am 8. Dezember 1591 zunächst, dass „*solch Churfurstlich schreiben vndt dispensation der maßen in mißbrauch gezogen*“ wurden,

¹⁰⁰⁷ StadtAL, Urk.-K., Nr. 4-85, fol. 117r.

¹⁰⁰⁸ StadtAL, Urk.-K., Nr. 4-85, fol. 117r.

¹⁰⁰⁹ StadtAL, Urk.-K., Nr. 4-85, fol. 117v.

¹⁰¹⁰ Zitate im Folgenden SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10534/ 03, o. Pag.

und dass somit „große empörung vndt ander thettliches beginnen, in der Vniuersitet vndt Stadtt alhier“ geschehen wären. Zudem äußerte die Universität Bedenken über den schwierigen Umgang mit den z. T. einander widersprechenden landesherrlichen Verordnungen. Daher ersuchte sie den Herzog „zu verhuetung ferners clagens, vndt erhaltung gemeines friedes“ um eine Lösung der folgenden Frage:

„ob nemblich allgemeiner von Churfurst Moritzen beschehener, vndt von Churfurst Augusto wiederholetten verordnung, (dadurch dan viell vndt mancherley vnfälle verhuttett werden) vndt der Vniuersitet statuten, in diesen fall von gemeldter Vniuersitet gliedmaßen, denen sonst ambtts oder standes wegen, wehren zutragen nicht vergönntt, nachgelebett, oder aber der nochmals erfolgetten dispensation nachgegangen werden solle“.

Im Antwortschreiben des Herzogs vom 24. Dezember 1591 ist wie schon in der Anordnung zuvor die „studierende jugend“ von den sonstigen Studenten bzw. Universitätsangehörigen hervorgehoben. Angesichts des von der Universität angegebenen Missbrauchs der Dispensation¹⁰¹¹ ordnete der Herzog der Universität an,

„der studirend[en] jugendt bey euch durch einen offen[en] anschlagk, sich kunfftigk bey vermeidunge vnserer straff des wehren tragens zuenthalt[en], nicht allein erstlich offenleg[en] vnd beuehlen, sondern auch ihnen dabey einbinden, sich obbemelt[en] statutis gemäß zuchtig[en], vnd denen zugeg[en] nichts furzunehmen“.

Herzog Friedrich Wilhelm I. formulierte zugleich aber auch eine Einschränkung des Verbotes, der standesbezogene Vorbehalte erkennen lässt: „Do aber einen od[er] mehr bey vns such[en] word[en], ihres standes halb[en] ihnen zudenk[en], wehr bey sich

¹⁰¹¹ „welches aber numehr in viel wege vnd also misbrauch vnd will, das fast ein jeder student bemelt[en] dispensatio zugeg[en] vnd wieder wehr zutragen sich befleissigen solle“.

zutrag[en], vff solch[en] vhall wollen wir den od[er] dieselben mit g[nädig]ster bescheide zuuorseh[en] wissen“.

Auch dieser herzogliche Befehl konnte die Probleme der Universität nicht vollständig lösen. Am 9. Januar 1592 berichtete die Universität zunächst, dass sie

„befehlich, am dato Weymar, den 24. Decembris, des vorschienen 91 jahrs, [...] mitt vntterthenigser gebürlicher reuerentz empfangen, verlesen, vndt deßen inhaldtt der studierenden jugentt alhier, durch einen öffentlichen anschlagk vermeldett, derselbigen auch mitt ernst vfferleggt [hatte], solche, E. F. G. gnedigsten befehlich, vndt allgemeiner Vniuersitet Statuten, inn entthaltung des wehren tragens, sich gemeß zuerzeigen“.

Darüber hinaus wird hier eine zeitgenössische Entwicklung deutlich, die die Alltagspraxis weithin prägte. Es ist in der Forschung wiederholt darauf hingewiesen worden, dass „die Sitte des Waffentragens ursprünglich von den adligen Studenten als Privileg betrachtet wurde“ und sie seit dem späten 16. Jahrhundert „von den bürgerlichen nachgeahmt“ wurde.¹⁰¹² Diese Entwicklung deutet an, dass der ursprüngliche Personenkreis, nämlich die adligen Studenten, trotz des allgemeinen Verbotes des Waffentragens auf ihrem adligen Vorrecht des Waffentragens beharrten. Laut der Erklärung der Universität in der oben erwähnten Schrift hätten daher „die vom adell alhier“ versucht, die Dispensation sowie das eigene Recht des Waffentragens dadurch zu rechtfertigen, „vff etzliche Magistros vndt andere, welche ob sie wohlh nichtt professiones oder andere ambtter bey der Vniuersitet alhier verwaltteten, denen solchs bißhero allein nachgelaßen, doch wehren trügen, sich [zu] beruffen“. Weiterhin spielte das Argument der „studierende[n] jugend“ auch hier eine wichtige Rolle. Die

¹⁰¹² Siehe SCHEUER (1932), S. 78. Für weitere Literatur siehe Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

adligen Universitätsangehörigen wollten nämlich offenkundig das Verbot des Waffentragens auf die „*studierende jugend*“ beschränken, indem sie „zu ihrer *entschuldigung*“ die folgende Argumentation verwendet hätten, die der ursprünglichen Anordnung vom 29. April 1590 gut entsprach,

„das E. F. G. gnedigster befehrlich vff die studierende jugentt lautte, darunter sie als ziemblichs altters, vndt die ienigen, die eigene haußhaltungen, vndt sich zum teyll aduocirens vndt practicirens gebrauchten, zum teyll auff frembden Vniuersiteten studierett, vndt ferner zu promouiren vndt höhere gradus anzunehmen bedacht were, nichtt würden begriffen sein“.

In seiner Antwortschrift von 15. Januar 1592 bezeichnete Herzog Friedrich Wilhelm I. diese unterschiedlichen Stellungnahmen unter Universitätsangehörigen als „*vngleichen verstand* [...], so sich doch derselbe clar vff den Vniuersitet statuta referiret vnd ziehet“, und stellte sie somit nicht in Frage. Er stützte sich wiederum auf seinen Befehl vom 24. Dezember 1591, in dem er die Universität bereits angewiesen hatte, „*denselb[en] [Universitätstatuten; H.S.], so woll angeregt[en] vnsern beuhell gemeß erzeigen, vnd dawid[er] ein anders nicht gestatt[en]*“. Er zeigte andererseits auch eine Bereitschaft zur Erlaubnis: „*Es wehre de[nn] das einen od[er] den andern vf sein ansuchen durch vns stedliche erlaubnus geb[en]*“.

Als eine Konsequenz dieses Schriftwechsels lässt sich eine herzogliche Anordnung vom 24. Dezember 1593 nennen, die den exakt zwei Jahre alten Wortlaut vom 24. Dezember 1591 wiederholte.¹⁰¹³ Erneut trat die „*studierende jugend*“ als Hauptgegenstand des Verbotes in den Vordergrund. Das Tragen von Waffen wurde mit dem übermütigen bzw. frevelhaften Verhalten der Jugend assoziiert; eine Perspektive,

¹⁰¹³ Diese Anordnung von 1593 ist als eine Abschrift in der Akte der Universitätsstatuten überliefert. UAL, Rep. I/I, Nr. 11, Vol. 1, fol. 35v-37r.

die jener kursächsischen Universitätsordnung von 1580 entsprach.¹⁰¹⁴ Allerdings bot diese Zuschreibung, wie der Brief der Universität vom 9. Januar 1592 gezeigt hatte, den Universitätsangehörigen (insbesondere den adligen Studenten) einen Spielraum dafür, ihren Anspruch auf das Waffentragen zu rechtfertigen.

In diesem Sinne wäre es gleichwohl irrig anzunehmen, dass die Versuche der Universität das Waffentragen zu verbieten „umsonst“ gewesen wären.¹⁰¹⁵ Stattdessen ist festzuhalten, dass die Norm des Waffenverbotes für die Universität stets in einem Spannungsfeld verhandelt wurde, dessen zwei Polen das Ziel der Abschaffung des Waffentragens einerseits und der Anspruch der Universitätsangehörigen auf das Waffentragen andererseits waren. Es ist deshalb auch wenig verwunderlich, dass das Problem des Waffentragens wiederholt normativ behandelt wurde.

4.4.2. Beschlagnahmung von Waffen

Die Schwierigkeiten einer Durchsetzung der Waffenverbote im Alltag zeigen sich bei den Versuchen, öffentlich getragene Waffen zu beschlagnahmen. Die entsprechenden Probleme erhellt eine Schrift, die die Alma Mater Lipsiensis am 16. September 1585 bei den kurfürstlichen Räten einreichte. Hierin legte die Universität ihre Beschwerden sowohl über die unrechtmäßigen Maßnahmen des Stadtrates, als auch über den Eingriff in die Universitätsprivilegien dar.¹⁰¹⁶ Die Universität schilderte als ein Beispiel für das unrechte Vergehen des Rates ein Geschehen vom 10. August 1585:

„Haben die hescher des jungen Petter Hoffmans diener eine wehre genom[m]en, welche er seinem herrn bringen wollen, dergleichen ist auch Heinrich Aßmus

¹⁰¹⁴ Siehe Abschnitt 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁰¹⁵ Zu dieser Annahme siehe SCHEUER (1932), S. 70.

¹⁰¹⁶ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 19r- 21v. Siehe ausführlicher Abschnitt 2.4. der vorliegenden Arbeit.

*Einsidels jungen ein schön rappier vonn den heschern genommen worden, da er dasselbe seinem junckern nag [sic!] getragen, als aber der herr Rector solche wehren wider abgefordert, hett sie der Raht nicht wollen folgen lassen.*¹⁰¹⁷

Es ging hier hauptsächlich um die Frage, welcher Instanz die Diener der Studenten sich unterwerfen sollten: der städtischen oder der universitären. Der Rat rechtfertigte das Vorgehen der städtischen Wächter in einer eigenen Stellungnahme: *„Der studenten diener sollen eingeschribene studenten sein, die aber so die wehren getrag[en] hetten weren nicht studenten, derhalben vnderm Raht, vnd also die wehren auch des Rahts“*.¹⁰¹⁸

Die Universität legte dagegen insgesamt drei Punkte als *„Kegenbericht“* vor. Der erste Punkt richtete sich deutlich gegen die Erklärung des Rates: *„Obwol die diener sollen studenten sein, jedoch so were der jenige so seinen diener ad mandatum Rectoris nicht hette einschreiben lassen, nicht in des Rahts, sondern in des H[err]n Rectors straffe“*.¹⁰¹⁹

Weiterhin verdeutlichte die Universität mit dem zweiten Argument ihren Anspruch darauf, das Waffentragen von Universitätsangehörigen eigenständig zu ahnden: *„So hette der diener die wehre nicht vor sich getragenn, sondern ex mandate domini sui, hette nun der dominus [der Student; H.S.] ihme [dem Diener; H.S.] etwas contra statuta befolgen, wurde ihn der Rector wol zustraffen wissen vnd köntte der Raht ihme darumb die wehre nicht nehmen“*.¹⁰²⁰

Der dritte Punkt griff historisch noch weiter aus und bezog sich auf das unter Kaiser Friedrich Barbarossa gewährte Scholarenprivileg (die sogenannte *authentica habita*),

¹⁰¹⁷ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 26v.

¹⁰¹⁸ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 26v.

¹⁰¹⁹ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 27r.

¹⁰²⁰ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 27r.

wonach nicht nur die Studenten, sondern auch ihre Diener bestimmte Privilegien besaßen: „*So were die Authent: Habita (ne fili[us] pro patre) dahin gerichtet, daß dieselben priuilegia nicht alleine den scholaribus, sond[er]n auch ihren famulis zu guete geordnet ut optionem inter iudices haberent aequi atq[ue] scholares ipsi, vnd also sich vff den Rector beruffen köntten*“.¹⁰²¹

Diese unterschiedlichen Argumentationen zeigen einen Prozess, in dem das Problem der Beschlagnahmung von Waffen, und damit die Durchsetzung des Waffenverbotes, in das Problem der Konkurrenz zwischen städtischer und universitärer Gerichtsbarkeit übertragen wurde. Damit hing als weiteres Problem eng auch die Frage der Aufgabenteilung in der Verfolgung studentischer Delinquenz zusammen. Daher ist Folgendes festzuhalten: Der Grund dafür, warum ‚gemeinsame‘ Normen (hier das Verbot des Waffentragens) kaum umgesetzt wurden und deshalb fortlaufend wiederholt und eingeschärft wurden, liegt m. E. nicht in mangelnder Effizienz der zuständigen Institutionen, und auch nicht in „der unzureichenden Wahrnehmung der ökonomischen und sozialen Wirklichkeit durch den Gesetzgeber“.¹⁰²² Vielmehr resultierte der schwierige Umgang mit solchen Normen aus der komplexen Herrschafts- und Privilegienstruktur der Universitätsstadt, in der vielfältige und teils widerstreitende Interessen im Konfliktfall stets neu ausgehandelt werden mussten.¹⁰²³

¹⁰²¹ SächsHStADresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8452/ 03, fol. 27r.

¹⁰²² DINGES (1997), S. 52

¹⁰²³ Siehe dazu auch Abschnitt 2.4. der vorliegenden Arbeit.

5. SCHNITTPUNKTE DER SOZIALEN KONTROLLE: SUPPLIKATIONEN VOR GERICHT UND DIE ZUSAMMENARBEIT VON OBRIGKEIT UND UNTERTANEN

5.1. Einleitung

„[...] sie nach [noch; H.S.] junge vnuorstendige gesellen sein, welche sich selbst nicht zue regieren wissen [...]“¹⁰²⁴

Mit diesen Worten beschrieb das Leipziger Gerberhandwerk seine Gesellen, die wegen der Körperverletzung einiger Studenten bei einer Schlägerei im Jahr 1608 festgenommen und in Haft gesetzt wurden. Das Gerberhandwerk schien mit diesen Worten die Jugendlichkeit sowie Grobheit seiner Zugehörigen als ‚negativ‘ zu kennzeichnen und gleichzeitig hervorzuheben, dass die Ursache für ihr gewalttätiges Handeln auf genau diese Eigenschaften zurückzuführen war. Dies stimmte auch mit der Perspektive der Obrigkeit überein, die sich beispielsweise mit dem Verbot des Waffentragens hauptsächlich gegen die Studenten und Handwerksgesellen richtete.¹⁰²⁵

Man muss jedoch den Kontext des Textes in Betracht ziehen, in der der eingangs zitierte Satz auftauchte: Es handelte sich dabei um eine Bittschrift bzw. Supplik, die das Gerberhandwerk dem Leipziger Stadtgericht vorgelegt hatte, um eine Strafmilderung noch vor dem Schlussurteil zu erbitten. Demzufolge möchte ich folgenden Fragen nachgehen: Erstens warum das Gerberhandwerk in seiner Bittschrift diese Begründung heranzog, und zweitens, welche Rolle diese Rechtfertigung und das Einreichen der Bittschrift überhaupt in dem Gerichtsverfahren gegen die Gesellen spielte.

¹⁰²⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 36r-36v.

¹⁰²⁵ Siehe Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

5.1.1. Überblick über die Supplikationsforschung

Einen wichtigen Ausgangspunkt für die neuere Supplikationsforschung markierte das von P. Blickle geleitete Projekt. Dabei wurde die Supplikation (und die Beschwerde) als eine geeignete Quellengattung angesehen, um das frühneuzeitliche Herrschaftsverhältnis in seiner kommunikativen und kooperativen Dimension zu untersuchen.¹⁰²⁶ Die Supplikation wurde als eine Artikulationsform der Untertanen verstanden. Dieser Gesichtspunkt wurde auch von der neueren Forschung zur Verwaltungsgeschichte aufgenommen. Das Supplizieren hatte zumindest zwei Funktionen: Einerseits stellte es für die Obrigkeiten ein wichtiges Mittel zur Beschaffung von Informationen über ihre Untertanen dar und andererseits bot es den Untertanen eine Möglichkeit, in ihrem Interesse auf die Verwaltungs- und Gesetzgebungsprozesse einzuwirken.¹⁰²⁷

Die Frage nach der frühneuzeitlichen Staatlichkeit, die in der hier skizzierten neuen Perspektive als eine auf Kommunikation und Informationsbeschaffung gestützte Verwaltungspraxis verstanden wird, ist eng mit der Frage nach der Anwendungsmöglichkeit der Rechtsnormen verbunden.¹⁰²⁸ Wie in Abschnitt 1.1.2. skizziert, wurde in der neueren Frühneuzeitforschung die Rolle der Strafjustiz bzw. des Gerichtsverfahrens neu bewertet. Demnach lässt sich das Gerichtsverfahren als Kommunikationsprozess zwischen der das Verfahren leitenden Obrigkeit einerseits und den die jeweiligen Konfliktparteien bildenden Untertanen andererseits verstehen. Bittschriften werden durch diesen Paradigmenwechsel in Bezug auf das

¹⁰²⁶ 15. Sektion des 41. Deutschen Historikertages unter der Leitung von P. BLICKLE (1997); BLICKLE (1998). Eine ähnliche Sichtweise vertreten WÜGLER/ NUBOLA (2004).

¹⁰²⁷ FREIST (2005), S. 23f.; BRAKENSIEK (2009), S. 401-403; BRAKENSIEK (2010), S. 367f. Eine Fallstudie über die Markgrafschaft Baden(-Durlach) findet sich in: HOLENSTEIN (2005); HOLENSTEIN (2008).

¹⁰²⁸ FREIST (2005), S. 23.

frühneuzeitliche Justizwesen zunehmend berücksichtigt und als Teil der Kommunikation verstanden.¹⁰²⁹ Die Entwicklung der frühneuzeitlichen Strafjustiz war dadurch geprägt, dass mit der Ausweitung des Inquisitionsprozesses die Beteiligung der Konfliktparteien am Gerichtsverfahren im Zuge der Institutionalisierung, Professionalisierung sowie Monopolisierung theoretisch eingeschränkt wurde. Ein Ergebnis dieses Prozesses bestand darin, dass das Untersuchungsorgan und das Urteilsfindungsorgan getrennt wurden, was etwa im Kursachsen des späten 16. Jahrhunderts beobachtet werden kann.¹⁰³⁰ Dabei ersetzte die schriftliche Kommunikation in Form eines Bittgesuchs nach und nach die mündlichen Kommunikationsformen.¹⁰³¹ Das soziale Umfeld des Angeklagten gelangte also überwiegend nur noch über die Supplikation mit dem Gericht in Berührung, wodurch Bittgesuche immer größere Bedeutung für das Strafverfahren erlangten. Dabei half das Supplizieren, sowohl die geographische als auch die sprachliche Distanz zwischen der Obrigkeit und den Untertanen auszugleichen.¹⁰³² Zudem trug es nach F. J. Arlinghaus auch zur Legitimierung des Gerichtsverfahrens und des Urteils bei.¹⁰³³ Die durch ihre Suppliken bewirkte Beteiligung der Untertanen an Gerichtsverfahren lässt sich außerdem als eine Form der Kontrolle auffassen, die die gerichtliche formelle Kontrolle ergänzte. Somit können Suppliken als Ausdruck einer formellen und

¹⁰²⁹ EIBACH (2004), S. 199; HÄRTER (2005a), S. 243; WÜGLER (2005), S. 24-26. Zum Forschungsstand im Kontext des frühneuzeitlichen Justizwesens siehe REHSE (2008), S. 45-47.

¹⁰³⁰ Siehe Abschnitt 2.1. der vorliegenden Arbeit. Zur Entwicklung der kursächsischen Zentralverwaltung in Bezug auf die Bearbeitung der Supplikationen siehe BANNERT (2009).

¹⁰³¹ ARLINGHAUS (2004), S. 158; HÄRTER (2005a), S. 248. Zur Verbindung des oben erwähnten Konzeptes der „Justiznutzung“ mit dem Supplikenwesen DINGES (2000), S. 535; REHSE (2008), S. 47.

¹⁰³² Hier verweise ich auf S. Götsch, die in Bezug auf die Machtungleichheit vor Gericht zwischen der Obrigkeit und den Untertanen und auf die Unfähigkeit der Untertanen, die schriftlichen Verfahren nachvollziehen zu können, die sprachlichen Strategien der Aussagen vor Gericht (wie Vergessen, Verschweigen) untersuchte. GÖTTSCH (1991), S. 450f. Vgl. auch ULBRICH (1996), S. 218; SCHEUTZ (2000), S. 109f.

¹⁰³³ ARLINGHAUS (2004), S. 143, S. 148f. und S. 162. Siehe auch WÜGLER/ NUBOLA (2004), S. 11. Zum Vorteil für die Obrigkeit siehe auch EIBACH (2004), S. 203.

informellen Sozialkontrolle, und das Gerichtsverfahren als Zusammenarbeit von Obrigkeit und Untertanen angesehen wurde.¹⁰³⁴

Wichtige Befunde über das (gerichtliche) Supplikationswesen stammen aus umfangreichen Fallstudien zu spätmittelalterlichen Städten.¹⁰³⁵ Für die Frühe Neuzeit liegt der Schwerpunkt der Untersuchungen v. a. auf den Territorialstaaten und Untersuchungen zur städtischen Praxis beschränken sich auf wenige Arbeiten.¹⁰³⁶ U. Ludwig hat anhand kursächsischer Beispiele hingewiesen, dass man zwischen dem Supplik- und Gnadenwesen auf städtischer und landesherrlicher Ebene unterscheiden muss. Die landesherrliche Praxis war von der ‚Entkopplung‘ der Urteilsfindung und der Begnadigung geprägt, da letztere normalerweise erst nach dem Abschluss der Urteilsprechung stattfand.¹⁰³⁷ In der Stadt spielte hingegen die räumliche Nähe zum örtlichen Gericht für den Absenderkreis eine wichtige Rolle.¹⁰³⁸ Diese räumliche Nähe innerhalb der Stadt verschaffte dem sozialen Umfeld die Möglichkeit, auch während des Gerichtsverfahrens mündlich darauf Einfluss zu nehmen, wohingegen auf territorialer Ebene die Einflussnahme aufgrund der übermäßig schriftlichen Kommunikation sehr eingeschränkt war.¹⁰³⁹ Für die Untertanen waren gerade in Leipzig die Gerichte relativ leicht zugänglich, da nicht nur das Stadtgericht, sondern auch andere Gerichtsinstanzen wie der Schöffentuhl und das Oberhofgericht in der

¹⁰³⁴ Hier HÄRTER (2005a), S. 257. Siehe auch SCHWERHOFF (1991), S. 172; HÄRTER (2000a), S. 479. Dieser Aspekt entspricht dem Aspekt der „Akzeptanzorientierten Herrschaft“. Siehe dazu BRAKENSIEK (2009). Vgl. auch HÄRTER (2005a), S. 274; LUDWIG (2008a), S. 17.

¹⁰³⁵ SCHUSTER (2000a); WERNICKE (2000).

¹⁰³⁶ SCHWERHOFF (1991), insbesondere S. 166-173; SCHWERHOFF (2000a), EIBACH (2004), insbesondere S. 199-204; HOFFMANN (2004).

¹⁰³⁷ LUDWIG (2008a), S. 154.

¹⁰³⁸ LUDWIG (2008a), S. 155. H. Rudolph und H. Schnabel-Schüle haben dagegen diese zeitliche und räumliche Nähe eher negativ als Beschränkung zur Beeinflussung beurteilt. RUDOLPH/SCHNABEL-SCHÜLE (2003), S. 35f.

¹⁰³⁹ SCHWERHOFF (2000a), S. 489; EIBACH (2004), S. 213; LUDWIG (2008a), S. 157f. und S. 163-168.

Stadt ansässig waren¹⁰⁴⁰ und die Hürde für das Einreichen von Suppliken entsprechend niedrig lag. [Nr. 400] Ein Beispiel verdeutlicht diesen Umstand: Die Mutter eines Hausknechtes, der 1630 bei einem Tumult während einer Hochzeit anwesend und deswegen verhaftet worden war, richtete am 2. März eine Bittschrift zur Freilassung ihres Sohnes an den Schöffentuhl, weil sie zwar angeblich für ein (wahrscheinlich mündliches) Bittgesuch bereits vor dem Stadtgericht erschienen war, der Fall aber dem Schöffentuhl übergeben worden war.¹⁰⁴¹ Am 17. März, dem Tag nach der Urteilsfällung, reichte sie erneut eine Bittschrift – dieses Mal an das Oberhofgericht zu Leipzig – ein, und bat darum, dass dem Stadtgericht die Freilassung ihres Sohnes befohlen werde.¹⁰⁴²

Im Kontext des städtischen Strafverfahrens kann man also davon ausgehen, dass sich das soziale Umfeld des Beschuldigten mit Hilfe von Supplikationen häufig an Gerichtsprozessen aktiv beteiligte. Zum sozialen Umfeld sind zu zählen: Familien und Verwandte, Handwerksmeister bzw. die Handwerkszunft sowie Dienstherrn. Gerade in diesen Personenkreisen konstituierte sich nach M. Dinges das sogenannte „Sozialkapital“ der jeweiligen Personen.¹⁰⁴³ Das Konzept des Sozialkapitals ermöglicht uns, jenseits der Armenfürsorge oder der wirtschaftlichen Unterstützung

¹⁰⁴⁰ Siehe Abschnitt 2.1.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁰⁴¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 32r-33v: „Obnun zwahr nicht ahne, das ich der sieder zue vnterschieden mahlen in der persohn vor den löblichen Stadtgerichten alhier erschienen, mich meines sohnes ahngenommen, vndt ihn loßzugeben vff wieder zue stellen gebethen, so habe ich doch nichts erlangen können, sondern mihr diesen bescheidt ertheilet, die sache wehre in Churf. Sächß: Schöppenstuel zu vorsprochen vbergeben worden“.

¹⁰⁴² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 49r. „den Stadtgerichten befehlen zulaßen, weil mein suchen, wie ich berichtet werde, scilicet von D. Peter Werner dem rechten nicht vngemeß, daß sie demselben stadtegeben, vndt meinen sohn auf genungsamen vorstandt der gefenglichen hafft entledigen sollen“. In dieser Schrift wurde kein konkretes Argument für die Defension oder die Freilassung genannt. Die der Bittschrift folgende Anweisung des Oberhofgerichts an das Stadtgericht ist ebenfalls auf den 17. März datiert. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 51r-52v.

¹⁰⁴³ DINGES (1991), S. 20-24. Die theoretischen Grundlagen dazu legte P. Bourdieu: BOURDIEU (1983), insbesondere S. 190-195. Vom Hinweis Dinges ausgehend erörterte G. Schwerhoff ferner die Möglichkeit, dieses Konzept auch in der Kriminalitätsgeschichte anzuwenden. SCHWERHOFF (1999), S. 93.

auch den gesellschaftlichen Stellenwert eines Delinquenten zu beleuchten, weil die Mobilisierung des Sozialkapitals dazu beitragen konnte, eine mögliche Strafe abzuwenden und die Wiederaufnahme in die Gesellschaft zu erleichtern.¹⁰⁴⁴ In diesem Sinne kann das soziale Umfeld einerseits als Sozialkapital des Angeklagten und andererseits als Träger informeller Kontrolle gelten.

Da die Supplik ein wichtiges Mittel der Untertanen war, sich zu artikulieren, wurde in der Forschung bereits die Frage diskutiert, ob die Bittschrift als ein „Ego-Dokument“ aufgefasst werden könnte. In diesem Sinne betrachtete O. Ulbricht Bittschriften im Kontext der Leihherrschaft als authentische Äußerung zu eigenen Personen,¹⁰⁴⁵ da sie Merkmale wie umgangssprachliche Elemente, wörtliche Rede¹⁰⁴⁶ und Darstellungen von identitätsprägenden Erfahrungen enthalten.¹⁰⁴⁷ Allerdings ist nicht zu übersehen, dass in vielen Fällen ein Schreiber bei der Gestaltung des Textes mitwirkte oder einige Argumente auf den Einfluss von Advokaten zurückzuführen sind, sodass die Darstellung der Personen entsprechend den Erfordernissen angepasst worden sein konnte.¹⁰⁴⁸ Andere Forscher äußerten daher ihre Skepsis darüber, Bittschriften als „Ego-Dokumente“ anzusehen.¹⁰⁴⁹ Zudem wies C. Ulbrich bei der Erforschung der Zeugenaussagen sowie Bittschriften von Frauen darauf hin, dass erstens einzelne Bittstellerinnen nicht als Individuen, sondern als Angehörige eines Geschlechtes oder eines Standes auftraten und deshalb (geschlechts-)stereotypische Argumente vorbrachten,¹⁰⁵⁰ und dass zweitens einzelne Bittschriften (oder die

¹⁰⁴⁴ HOFFMANN (1999), S. 196; SCHWERHOFF (1999), S. 93; WÜGLER (2016), S. 289f.

¹⁰⁴⁵ ULBRICHT (1996), insbesondere S. 150.

¹⁰⁴⁶ ULBRICHT (1996), S. 158f.

¹⁰⁴⁷ ULBRICHT (1996), S. 162f.

¹⁰⁴⁸ ULBRICH (1996), S. 216; WÜGLER (2005), S. 42. G. Schwerhoff hat die mitunter eingefügten lateinischen Fachwörter, Sätze oder Zitate als ein wichtiges Merkmal ausgemacht. SCHWERHOFF (2000a), S. 488. Dies lässt sich auch für mein Quellensample bestätigen.

¹⁰⁴⁹ Zu Gerichtsakten im Allgemein siehe SCHEUTZ (2000).

¹⁰⁵⁰ ULBRICH (1996), S. 213f.

Verschriftlichung der Zeugensaussage) in ihrem jeweiligen Kontext einschließlich des Prozesses der Textherstellung betrachtet werden müssen.¹⁰⁵¹ Somit nimmt Ulbrich eine eher skeptische Haltung gegenüber der Bezeichnung als Ego-Dokumente ein.¹⁰⁵² G. Schwerhoff wies ebenso mit kritischem Blick auf O. Ulbrichts Ausführungen darauf hin, dass sich Bittschriften eher auf das wesentliche Anliegen beschränkten und erfolgversprechende Argumente strategisch einsetzten, um die gewünschten Ziele zu erreichen.¹⁰⁵³ Trotz der strategischen Darstellung der Tathergänge in Bittschriften ist jedoch nicht zu unterschätzen, dass die räumliche Nähe zwischen Gericht und Verbrechen in der Stadt dazu beitrug, dass Bittschriften weniger von Fiktionalität als von plausiblen Darstellungen geprägt waren.¹⁰⁵⁴ Das folgende Beispiel vermittelt uns, dass die Darstellung in Bittschriften eine hohe Plausibilität (auch für die Verantwortlichen des Gerichtsverfahrens) aufwies und nicht komplett von der persönlichen Darstellung abwich, und dass der Inhalt der Bittschriften – zumindest in diesem Fall – mit den Aussagen der Angeklagten übereinstimmte. **[Nr. 231]** Der Schreiber Johan Kempfe wurde wegen der Beteiligung an einer Schlägerei 1613 verhaftet. Die Argumente, die er zur Freilassung aus der Haft in seiner Bittschrift vom 14. Juni vorbrachte,¹⁰⁵⁵ entsprachen genau seiner unter Eid geleisteten Aussage vom 12. Juni.¹⁰⁵⁶ Diese inhaltliche Übereinstimmung sollte die Schrift plausibel erscheinen lassen und somit die Bereitschaft des Stadtrates erhöhen, das Bittgesuch zu erhören.

¹⁰⁵¹ ULBRICH (1996), S. 218f.

¹⁰⁵² ULBRICH (1996), S. 223.

¹⁰⁵³ SCHWERHOFF (2000a), S. 488. Eine ähnliche Ansicht vertritt GÖTTSCHE (2007), S. 23. B. Rehse widerspricht Schwerhoff und hat verstärkt auf die Definition der Ego-Dokumente gestützt die Bittschrift zu solchem Quellentyp gerechnet, obwohl sie selbst auf die Zweckorientierung sowie das strategisches Vorgehen in den Suppliken hingewiesen hat. REHSE (2008), S. 69.

¹⁰⁵⁴ HOFFMANN (2004), S. 89f.; HÄRTER (2005a), S. 251 und auch Anm. 27; REHSE (2008), S. 41 und S. 67f.

¹⁰⁵⁵ StadtAL, Richterstube, Strafsachen, Nr. 231, fol. 6r-8v. Siehe auch Abschnitt 5.4.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁰⁵⁶ StadtAL, Richterstube, Strafsachen, Nr. 231, fol. 4r-5r. Siehe auch Abschnitt 5.4.1. der vorliegenden Arbeit.

5.1.2. Fragestellung

Mein Interesse gilt in diesem Kapitel der Darstellung von jugendlichen Gewalttaten in Supplikationsschriften. Dafür lohnt es sich m. E., auf den aus der Kriminalsoziologie stammenden theoretischen Ansatz der „Techniken der Neutralisierung“ (von G. M. Sykes und D. Matza) einzugehen, der bereits in Abschnitt 1.1.2. vorgestellt wurde. Bei der Anwendung dieser Theorie auf die Praktiken der frühneuzeitlichen Suppliken muss man natürlich vorsichtig sein, denn diese Theorie beschreibt nicht explizit, in welchen Situationen die Jugendlichen solche Techniken nutzen.¹⁰⁵⁷ Außerdem wurden in der Frühen Neuzeit Supplikationen nicht nur von den angeklagten Jugendlichen selbst, sondern auch von ihrem Umfeld eingereicht, das ebenfalls auf „Techniken der Neutralisierung“ zurückgerufen konnte. Zwar bezieht sich dieser Ansatz auf das moderne normative System, das eine Verteidigung oder Rechtfertigung der Delinquenten erlaubt,¹⁰⁵⁸ aber gerade diese rechtliche Flexibilität war, wie in Kapitel 3 erörtert, ebenso für das frühneuzeitliche Strafrecht bezeichnend. Diese Gemeinsamkeit in Bezug auf die normative Flexibilität erlaubt es uns m. E., trotz des oben erwähnten Vorbehaltes diesen Ansatz auch auf die frühneuzeitliche Supplikenpraxis anzuwenden. Dieser Ansatz scheint sinnvoll zu sein, um die gesellschaftliche und die rechtliche Funktion des Supplizierens im Strafverfahren zu beleuchten.¹⁰⁵⁹ Meine erste Frage lautet daher, welche Rechtfertigungs- bzw. Argumentationsversuche für die vor Gericht verhandelte Delinquenz in den Suppliken erkennbar sind. Dabei ist zu berücksichtigen, in welcher Phase eines gerichtlichen

¹⁰⁵⁷ Vgl. LAMNEK (2013), S. 220.

¹⁰⁵⁸ SYKES/ MATZA (1968), S. 365.

¹⁰⁵⁹ Ich stütze mich auf HOFFMANN (2004), S. 75f.

Verfahrens die Supplik eingereicht wurde, weil dies die jeweiligen Intentionen mitunter verändern konnte.¹⁰⁶⁰ Zweitens ist zu fragen, ob diese Versuche bzw. die Techniken (immer) zu einer Strafmilderung oder -umwandlung und damit zum Erfolg führten.

In diesem Kapitel stütze ich mich auf die Bittschrift, die in einer einzelnen Strafsakte überliefert wurde. Jedoch beinhalten nicht alle Strafsakten, die ich zusammengetragen habe, solche Bittschriften (oder auch ähnliche Schriften), und sie behandelten außerdem nicht immer Straftaten von ‚Jugendlichen‘. Es ist daher nicht möglich, eine quantitative Tendenz für das Supplizieren vor dem Leipziger Stadtgericht oder das gesamte Supplikationswesen in Leipzig zu skizzieren, weshalb lediglich ein Blick auf einzelne Fälle geworfen wird.

5.2. Grundlinien der Urteilspraxis in Leipzig

Bevor ich in die Funktion und Bedeutung der Supplikationen für die Strafpraxis eingehe, ist festzuhalten, dass die Urteilspraxis des Schöffentuhls sowie des Leipziger Stadtgerichts grundsätzlich den Strafnormen entsprach. Dies lässt sich exemplarisch aus Fällen ablesen, in denen kein Supplizieren erfolgte oder keine Bittschrift in Strafsakten überliefert ist. [Nr. 199] Am 10. Juni 1610 war der 23-jährige „*Kampfmachergeselle*“ (Kammachergeselle) Hans Schreck in einen Streit mit seinem Meister Joachim Arnold geraten und hatte ihn darauf mit einem Rapier getötet. Der Täter gestand nicht nur seinen Angriff, sondern fügte hinzu, dass er bei der Tat „*einen halben rausch gehabt, aber doch wohl gewust, was er gethan [hätte]*“.¹⁰⁶¹ Angesichts eines solches Geständnisses und nach der Leichenschau erklärte der Schöffentuhl

¹⁰⁶⁰ HOFFMANN (2004), S. 82f.

¹⁰⁶¹ StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 199, fol. 13r.

Hans Schreck schuldig und beschloss, dass dieser „von wegen solcher an Joachim Arnoldten, seinen gewesenen meister, begangenen vnd bekandten entleibung, hinwieder mit dem schwerdt vom leben zum tode gestrafft werden“ solle.¹⁰⁶² In diesem Fall übernahm das Stadtgericht diese Anweisung fast wortwörtlich.¹⁰⁶³

[Nr. 326] Eine ähnliche rechtliche Behandlung findet sich in einem Fall von 1621, in dem der Maurergeselle Hans Wolf in einem Weinkeller einen Töpfergeselle gestochen und getötet hatte. Auch hier entschied der Schöffenstein schließlich, dass „er [Hans Wolf; H.S.] von wegenn dero an dem töpffers jungenn begangenen vnnd bekanten entleibunge, mit dem schwerdt vom leben zum tode gerichtet vnnd gestrafft werdenn [möchte]“.¹⁰⁶⁴ Erneut wurde die Anweisung des Schöffenstein im nahezu gleichen Wortlaut vom Stadtgericht übernommen.¹⁰⁶⁵

Wie in Abschnitt 3.4. erwähnt, sollte der jugendliche Delinquent nach dem Ermessen des Richters sowie seiner Schuldhafteit behandelt bzw. bestraft werden. [Nr. 370] Dass dies auch die Praxis des Schöffenstein sowie des Stadtgerichts prägte, zeigt ein Fall von 1626, in dem der Studentenjunge¹⁰⁶⁶ Barthel Günther (ungefähr zwölf Jahre alt) der Körperverletzung mit Todesfolge beschuldigt wurde. Günther war angeblich

¹⁰⁶² StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 199, fol. 14r-14v. Diese Beurteilung entsprach offensichtlich den strafrechtlichen Normen zur Tötung, obwohl sie hier nicht ausdrücklich erwähnt wurden. Siehe Abschnitt 3.2.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁰⁶³ StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 199, fol. 16r: „So erkenne ich Johan Rotheupt itzo geschworne Richter des Stadgerichts alhir zu Leiptzigk, yff belernung der rechtsgelehrten, vor recht, das du, von wegen solcher, an Joachim Arnoldten deinen gewesenen meister, begangenen vnd bekandten entleibung, hinwieder mit dem schwerdt, vom leben zum tode sollest gestrafft werden“. Die Hinrichtung wurde am 12. Juni vollzogen. Zur Hinrichtung in Leipzig siehe GREBENSTEIN (1986), S. 75-79.

¹⁰⁶⁴ StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 326, fol. 18r.

¹⁰⁶⁵ StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 326, fol. 19r: „Also erkenne ich Leonhardt Oelhaffe itziger zeitt geschworne Richter des Stadtgerichte zue Leiptzigk auf belernung der rechtsgelehrten, vor recht, daß du wegen solcher an Adam Spelbergen begangenen vnnd belkanten entleibung, hinwiederumb mit dem schwerde vom leben zum tode gericht vnnd gestraffet werden sollest, vonn rechts wegenn“. Die Hinrichtung wurde am 31. August vollzogen. Siehe dazu auch StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1621 (Reinschrift), fol. 5v.

¹⁰⁶⁶ „Studentenjunge“ bezeichnet den Diener eines Studenten. Siehe Art. „Studentenjunge“ im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (DWB): <http://www.woerterbuchnetz.de/DWB?lemma=studentenjunge> (Letzter Zugriff: 28.12.2017). Auch im Folgenden benutze ich ohne weitere Angabe diese zeitgenössische Bezeichnung.

bei der Hochzeit mit Hans Storch, dem Sohn eines Schusters, in Streit geraten und von diesem geschlagen worden. Als Günther nach der Hochzeit mit einem anderen Jungen, Jacob Storch (zehn oder elf Jahre alt) zusammentraf, verwechselte er diesen Jungen aufgrund seines ähnlichen Aussehens mit Hans Storch und griff ihn mit dem Schlüssel an. Der Beschädigte starb eine Woche später. Der Schöffentuhl nahm natürlich wahr, dass „*er Jacob Storchenn mit dem schlußell [sic!] zu vnterschiedenen mahlenn vffn kopff gestoßenn, also das er den siebendenn tagk hernacher, weil auch der schwere gebrechenn mit zugeschlagen, verstorbenn*“.¹⁰⁶⁷ Dennoch wurde die eigentliche Strafe, die für eine Tötung vorgesehen war, nicht verhängt, sondern Barthel Günther sollte „*nach gelegenheit vnnd vmbstende, dießfals in den gefengkhus mit rutten ziemblicher maßenn gezüchtigt, vnnd darauff, jedoch ohne leistung des gewöhnlichen vrfriedens des landes vff ezliche jahrlangk*“ verwiesen werden.¹⁰⁶⁸ Das Stadtgericht wies den Vollzug der Strafe am 4. Oktober 1626 an.¹⁰⁶⁹

[Nr. 120] Die nicht-öffentliche Züchtigung mit der Rute findet sich auch im folgenden Beispiel. Am 14. Juni 1601 kam es zu einem Tumult, in dessen Verlauf Steine an das Haus des Bürgermeisters Daniel Schönherr geworfen wurden.¹⁰⁷⁰ Als Täter wurden sieben Personen ausgemacht und ins Gefängnis gebracht.¹⁰⁷¹ Im Folgenden lässt sich eine Bestrafung erkennen, der vermutlich der Art. XLIII der kursächsischen Konstitutionen¹⁰⁷² zugrunde lag, die aber zu unterschiedlichen Strafmaßen für alle

¹⁰⁶⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 370, fol. 10r.

¹⁰⁶⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 370, fol. 10r-10v.

¹⁰⁶⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 370, fol. 10v.

¹⁰⁷⁰ Eine Schilderung über diesen Fall sowie die Bestrafung der Delinquenten findet sich in VOGEL (1714), S. 325.

¹⁰⁷¹ Laut eines Eintrags des Urfriedensbuchs aus dem Jahr 1601 wurden auch andere Anwesenden festgenommen. Sie wurden aber am 25. Juli ohne weitere Strafe freigelassen, da man ihnen keine Straftat nachweisen konnte. StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1601 (Reinschrift), fol. 10r. Auch hier finden sich die Worte „*die andern aber weg[en] ihrer jugent ohne vhrfriden dimittiret worden*“.

¹⁰⁷² CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 129. Siehe auch Abschnitt 3.3.2. der vorliegenden Arbeit.

Beschuldigten führte.¹⁰⁷³ Der Zimmermannsgeselle Augustin Schmied habe „*drey wurffe an den vnttersten lahden gethan*“ und sollte deshalb „*mit stauppenschlegen des landes ewigk billich vorwiesen*“ werden.¹⁰⁷⁴ Ein anderer Zimmermannsgeselle, Barthel Jacob, sagte unter Androhung der Tortur aus, „*das[s] er zum ersten mahl meher [sic!] nicht, als nur einen wurff, vorn beym fenster, nach der thur, gethan, aber das fenster nicht getroffen*“ habe.¹⁰⁷⁵ Geworfen hatte er „*einen schwartzen erden kloß, [...] welchen der gefangene in der Cattherstraßen aufgehoben, gehabt, [...] vnd ob er wohl eine axt gehabt, so hat er doch hoch bedeuret, das er mitt derselben keinen schaden, item, keinen wurff mehr, vnd in summa kein leidt gethan*“.¹⁰⁷⁶ Er sollte daher „*mit ewiger landtsvorweisung in straff genommen werden*“.¹⁰⁷⁷ Der Buchbinder und Briefträger Lorentz Schultz sagte auch unter Folter aus, „*er wehre niemals mit drunten vorm hause gewesen, vielweniger die Niclasstrasse mit hienab gangen, hett auch nicht werfen helffen, vnd in summa er wehre gar nicht darzu kommen*“.¹⁰⁷⁸ Somit sollte er nach Schwören der Urfehde aus der Haft entlassen werden.¹⁰⁷⁹ Der 16- oder 17-jährige Goldschmeidejunge Benedix Schmied wurde ebenfalls gefoltert, beharrte aber darauf, „*er hette nicht geworffen, wehre nur vexierey gewesen, das er also gesaget, er wehre mit keinem beine dartzu [vors haus] kommen, habe nichts darbey, auch keinen wurff gethan*“.¹⁰⁸⁰ Daher wurde er ebenso nach Schwören der Urfehde aus der Haft entlassen.¹⁰⁸¹

¹⁰⁷³ Die Bestrafung von dem siebten Täter Abraham Spindler werde ich in Abschnitt 5.5.2. der vorliegenden Arbeit näher behandeln.

¹⁰⁷⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 48v.

¹⁰⁷⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 51r-51v.

¹⁰⁷⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 52r.

¹⁰⁷⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 54v.

¹⁰⁷⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 52v.

¹⁰⁷⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 54v.

¹⁰⁸⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 53r.

¹⁰⁸¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 54v.

Im Gegensatz zu den anderen Verdächtigen gestand der zwölf- oder dreizehnjährige Goldschmiedejunge Hans Rauscher, Sohn des alten Goldschmiedes Christoff Rauscher, dass er beim Tumult einen Stein ins Fenster des Hauses geworfen hatte. Ihn erwartete somit auch eine andere Strafe: Er sollte „*durch den Stockmeister mit ruthen gezuchttiget, vndt der gefengklicher hafft entlediget werden*“.¹⁰⁸² Ebenso erging es einem anderen Jungen Heinrich Freyherr, der nach seinem Geständnis, mindestens fünf Steine geworfen zu haben, „*gleicher gestalt in carcere mit ruthen gezuchttiget, vndt der gefengklicher hafft entlediget werden*“ sollte.¹⁰⁸³ An diesem Beispiel zeigt sich der Handlungsspielraum des Gerichts. Einerseits orientierte der Richter sich beim Strafmaß eng an den jeweils verübten Straftaten (nämlich dem tatsächlichen Steinewerfen). Andererseits wurde den Jugendlichen unter 14 Jahren eine relativ milde Strafe auferlegt,¹⁰⁸⁴ was den zeitgenössischen Rechtsbestimmungen entsprach.

5.3. Strategien des Supplizierens am Beispiel eines Falls von Körperverletzung (1608)

Das Supplizieren wurde dadurch geprägt, dass im Prinzip jeder die Möglichkeit bzw. das Recht hatte, eine Bittschrift einzureichen.¹⁰⁸⁵ Das oben erwähnte „Sozialkapital“ war allerdings von großer Bedeutung dafür, ob eine Supplik für einen Delinquenten tatsächlich vorgebracht wurde oder nicht. Dies war nicht zuletzt abhängig vom Herkunftsort des Angeklagten, seinem Integrationsgrad in der städtischen Gesellschaft und seiner Beziehung zu den potentiellen Supplikanten.¹⁰⁸⁶

¹⁰⁸² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 50r.

¹⁰⁸³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 50r. Zur Sanktion dieser beiden Jungen siehe auch StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1601 (Reinschrift), fol. 11v-12r. Es datiert auf den 30. Juli 1601.

¹⁰⁸⁴ Laut zeitgenössischen Rechtsdiskursen ist dies offensichtlich auf die Unmündigkeit zurückzuführen. CARPZOV (1638), S. 199.

¹⁰⁸⁵ ULBRICHT (1996), S. 152; FUHRMANN/ KÜMIN/ WÜGLER (1998), S. 269; EIBACH (2004), S. 201; HÄRTER (2005a), S. 253; WÜGLER (2005), S. 17.

¹⁰⁸⁶ Vgl. auch HOFFMANN (2004), S. 78.

Dementsprechend lassen sich in den Supplikationen auch unterschiedliche Argumentationsstrategien finden. Bevor näher darauf einzugehen ist, möchte ich erneut auf den am Eingang des Kapitels vorgestellten Fall zurückkommen, da er m. E. ein aussagekräftiges und passendes Beispiel dafür ist, welche unterschiedlichen Argumentationen das soziale Umfeld vorbringen konnte.

Am 29. Mai 1608 griffen die drei Gerbergesellen Hans Riese, Peter Seibet und Hans Schuhknecht drei Studenten und ihre Jungen auf der Landstraße zwischen Gohlis und Leipzig mit Worten und Taten an, und verletzten sie mit Waffen. Die zwei Studenten (Gregorius Richter¹⁰⁸⁷ und Joannes Leonboldus¹⁰⁸⁸) behaupteten in ihren Klageschriften, dass sie nichts bei sich getragen haben, womit sie sich hätten zur Wehr setzen können und die Auseinandersetzung deshalb sehr einseitig verlief. Diese Beschreibung des Tathergangs entsprach auch den Aussagen der danach verhörten Zeugen, und schließlich folgte auch der Schöffenstein zu Leipzig bei seiner Urteilsfindung dieser Darstellung.¹⁰⁸⁹ In diesem Fall war also die Schuldigkeit der Gesellen nahezu unumstritten.

Trotzdem wurden während des Prozesses einige Bittschriften zugunsten der Angeklagten vorgebracht. Die erste Bittschrift wurde am 25. Juni im Namen der Vormundschaften der drei Gesellen eingereicht.¹⁰⁹⁰ Die Verfasser stritten die Schuldhaftigkeit der Gesellen nicht ab: „wier [die Absender; H.S.] [seind] doch nicht

¹⁰⁸⁷ Zu seiner Klageschrift vom 4. Juni StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 1r-4v, beispielsweise: „auch weder rappier, tolch, noch brotmeßer zum geringsten bey mirh gehabt“.

¹⁰⁸⁸ Zu seiner Klageschrift vom 6. Juni StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 5r-9v, beispielsweise: „dieweill ich weder wehr noch waffen, ia zum geringsten nicht ein brotmesser, damit ich ihme billichen widerstandt vnd gleich ein notwehr als so vf einer öffentlichen freyen Landtstrassen hette thun mögen, ein wenigk entrollen können“.

¹⁰⁸⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 31r-33v.

¹⁰⁹⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 29r-30v. Der Absendername lautet: „Ich Bastian Elssener vnndt Matthes Rappe in vormundschafft Peter Seibeds. Ingleichen Jacob Albricht Seibeds geschwister vnnd gantze freundschaft. Hanß Rieße d[er] Alter sampt d[er] Gantze freundschaft Bernhardt Toppe Gastgeber zue Torgau in vormundschafft Hans Schueknechts vnnd gantzen freundschaft“.

*gemeinet sie darinnen zu uortheidigen, oder zue endschuldigen, sondern accomodiren vns disfals billich vnserer lieben Obrigkeitt, welche den sachen ihr recht zue thuen wissen wirdt“ und sie „mussen nuhmer mittel vnnd wege suchen wo wier gnade, vnnd wo nicht erlassung, iedoch linderung ihrer vorwirckten straffe finden mögen“.*¹⁰⁹¹

Besonders bemerkenswert ist es, dass sieben – und damit außergewöhnlich viele – Argumente vorgebracht wurden, um dieses Anliegen zu untermauern. Bei dem ersten handelt es sich um den Punkt, der dieses Kapitel eingeleitet hat: *„daß sie noch teils in vnserer gewalt vnnd als junge vnuorstendige gesellen sein, welche sich selbst nicht zue regieren wissenn“*. In den nächsten drei Punkten zeigte sich deutlicher eine positive Darstellung der Beschuldigten. Sie weisen auf die Ehrenhaftigkeit der Personen als Handwerksgesellen und Kinder von Bürgern¹⁰⁹² sowie ihr bisher unauffälliges Verhalten hin¹⁰⁹³ und es wird versichert, dass die Gesellen ihre Tat bedauerten.¹⁰⁹⁴ Von dem guten Lebenswandel der Gesellen ausgehend behaupteten die Absender im nächsten Punkt, dass die Opfer Anlass zu der Tat gegeben hätten, sie also die Schuldigen seien,¹⁰⁹⁵ auch wenn dies z. T. im Widerspruch zu der Anklageschrift und den Zeugenaussagen stand.

Es ging bei den genannten fünf Punkten um die Gefangenen selbst, aber damit war die Argumentation für eine Begnadigung noch nicht erschöpft. Der nächste Punkt bezog sich dagegen auf die bereits vier Wochen andauernde Untersuchungshaft. Die Supplikanten waren der Meinung, dass diese Untersuchungshaft an sich schon als Strafe angesehen werden könne und somit das Strafmaß entsprechend gemildert

¹⁰⁹¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 29r. Eine solche Begründung des Bittstellens lässt sich auch in einem anderen Fall von 1675 finden. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 594, fol. 57r.

¹⁰⁹² „2. das sie ehrliche handwergs gesellen vnnd burgers kinder“.

¹⁰⁹³ „3. daß sie sich sonsten zeit ihres lebenß stille vnnd eingezogen verhaltten“.

¹⁰⁹⁴ „4. das sie damals ziemlich bereuhet gewesen“.

¹⁰⁹⁵ „vnndt in diese vngelegenheit wohl nicht gerahten weren, wan ihnen, p[ro] 5to. von den clegern nicht were anlaß vnnd vrsach gegeben worden“.

werden solle. Diese Behauptung wurde durch die körperliche Schwäche eines der Gefangenen, Peter Seibet, untermauert.¹⁰⁹⁶

Schließlich erinnerte man die Obrigkeit im siebten Argument daran, dass die Eltern und Großeltern der Delinquenten während der letzten Belagerung der Stadt Leipzig¹⁰⁹⁷ pflichtbewusst und unter dem Einsatz ihres Vermögens sowie ihrem Blut an der Verteidigung derselben mitgeholfen hatten. Vor diesem Hintergrund erhoffte man sich offenbar ein Entgegenkommen der Obrigkeit in Form der Freilassung der Inhaftierten.¹⁰⁹⁸

Auffällig ist auch, dass dieselben sieben Argumente in einer anderen, im Namen des gesamten Gerberhandwerks eingereichten Schrift vom 6. Juli mit fast den gleichen Worten wiederholt wurden.¹⁰⁹⁹ Das Ziel dieser Schrift lag weniger darin, erneut die Argumente für die Begnadigung vorzubringen, als vielmehr den großen Kreis der Unterstützer der Angeklagten hervorzuheben.

In der Schrift des Gerberhandwerks wurden aber nur zwei Gesellen (Peter Seibet und Hanß Riese) namentlich genannt.¹¹⁰⁰ Einen Hinweis darauf, warum der Name des dritten beteiligten Gesellen, Hans Schuhknecht, nicht auftauchte, könnte jene Schrift

¹⁰⁹⁶ „6. das sie albereit mid dem gefengnuß ziemlich lang vnndt gantzer vier wochen, also das auch Seibet dorüber in gefährliche leibes schwacheit gerahten gestrafft worden sein“. Zu Leipziger Gefängnissen GREBENSTEIN (1986), S. 73f.

¹⁰⁹⁷ Es geht vermutlich um die Belagerung im Schmalkaldischen Krieg von 1547.

¹⁰⁹⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 29v-30r: „Ja do auch vber alles verhoffen, diese motiuen gar nicht attendiret, oder etwaß geltten soltten, so stehen wier doch 7. in den vnzweiffeligen gedancken, E. E. Achtb. Hoch vnnd Wohlw. werden die delinquentes ihrer großältern, eltern, vnnd ehrlichen alten freundschaftt disfals geniessen lassen, welche [sich] bey vorigen zeitten, vnndt in wehrender belagerung der Stadt Leiptzigk, wohl gehalten vnnd neben ihrer lieben Obrigkeitt / Inmassen sie auch ihren pflichten nachzuethuen schuldig gewesen / leib, bluht vnnd alle ihr vormügen vnnd nahrung, willigk vnnd gerne zuegesatz haben“.

¹⁰⁹⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 36r-37v. Der Absendername lautet: „Obermeister vnnd gantze handtwergk der lohegerber doselbstn“. In dieser Schrift finden sich zwar insgesamt nur sechs Punkte, der vierte und fünfte Punkt wurden aber zusammengefasst.

¹¹⁰⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 36r: „Peter Seibet, vnndt Hanß Riese neben einem von Torgaw“.

liefern, die kurz davor, am 28. Juni, von seiner Schwester Maria eingereicht wurde.¹¹⁰¹

Darin erklärte sie, dass sie sich selbst von Torgau nach Leipzig begeben hatte, um mit dem Kläger Joannes Leonboldus zu sprechen und sich mit ihm auf eine Begleichung der Unkosten zu einigen¹¹⁰².

Die Bedeutung der drei hier vorgestellten Schriften, insbesondere der ersten, spiegelt sich in der Urteilsanweisung des Schöffentuhls zu Leipzig wider, in der das Einreichen der ersten Schrift ausdrücklich erwähnt wurde: „*auch ein intercession schreiben, so von der gefangenen freundschaft, bey den gerichtten eingewant*“.¹¹⁰³

Zwar wurde die Schuldhaftigkeit der Gesellen dadurch nicht in Zweifel gezogen, eine Strafmilderung bewirkten die Suppliken aber dennoch, wie im Folgenden zu sehen sein wird.

In der Urteilsanweisung des Schöffentuhls werden zunächst die unterschiedlichen Strafzumessungen deutlich. Für die zwei Gesellen war der Tathergang relevant, insbesondere dass sie Waffen¹¹⁰⁴ bei sich getragen und damit die Studenten angegriffen hatten. Daraufhin hätte gegen Hans Riese der ewige Landesverweis mit dem Staupenschlag verhängt werden sollen, aber es wurde gerade „*wegen seines vatern Hansen Riesen des eltern, vnd seiner befreundten intercession vnd vorbitte [...] die zuerkandte leibesstraffe erlassen*“.¹¹⁰⁵ Somit bestrafte man ihn nur mit dem ewigen Landesverweis. Peter Seibet sollte „*aber, (so den lermen angefangen, der edeln knaben*

¹¹⁰¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 38r-39v.

¹¹⁰² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 38r-38v: „*derowegen ich mich selbst nach Leipzig begeben, vndt clagenden studenten Hanßen Leupoltin besprechen laßen, so stellet er die vorbrechung an seinem orth, vndt meldet selbst, das er der sachen kein anfenger wehre, vndt ercleret sich endtlichen dohin, wan mein bruder Hans Schuknecht, Magister Finckelhaußen die Aduocaten gebühr entrichttet, dan auch dem wirt zum weinfaß vf, 4 tage kostgeldt, vndt die gerichtskosten darleget, so wehre cleger nicht bedacht mir zugefahren, sondern vf beschehenne vorbitte mir passiren zulaßen*“.

¹¹⁰³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 31r.

¹¹⁰⁴ Hans Riese trug „*seine wehre vnd tolchen*“, Peter Seibet einen Dolch.

¹¹⁰⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 33r. Laut der „*Registratur*“ wurde auch die Bezahlung der Unkosten in Höhe von 21 Gulden gefordert. Siehe ebd., fol. 34r.

praeceptorn Michäel Mullnern mit blosen tolchen, ohne alle vhrsache, vberlauffen, denselben ins angesicht geschlagen, auch vf den andern studiosum Johannem Leoboldum zugestochen) mit zeitlicher landesvorweisung“ bestraft werden.¹¹⁰⁶ Im Vergleich zu diesen zwei Gesellen wurde Hans Schuhknecht überaus milde gestraft, nämlich: *„vber das albereit erlittene gefengknus, noch, vff ein viertzehen tage, mit lengern gefengknus billich gestrafft“*.¹¹⁰⁷ Es ist bei diesem Strafmaß unklar, inwieweit die vorherige Einigung mit dem Opfer durch seine Schwester berücksichtigt worden war, da diese nirgends erwähnt wurde. Zweifellos wurde aber im Falle Schuhknechts berücksichtigt, dass er nicht mit seiner eigenen Waffe, sondern lediglich *„mit seinen stecken, welchen er vff den acker ausgerissen, den einen studenten, so rothe strumpffe angehabt, zwey mahl, vber den rumpff, geschmiessen, vnd den stecken ihn hernach geworffen“*.¹¹⁰⁸ Vermutlich war für das Strafmaß entscheidend, dass der Stock im juristischen Verständnis nicht als tödliche Waffe galt.¹¹⁰⁹

Der oben erwähnten Urteilsanweisung folgend wurde das Urteil gegen die drei Gesellen am 9. Juli 1608 gefällt.¹¹¹⁰ Aber auch nach dem Urteil wurde die Möglichkeit des Supplizierens nicht ausgeschlossen. Am 31. März 1609 wurde im Namen des kursächsischen Kanzlers Wolf von Lüttichau dem Leipziger Stadtrat mitgeteilt, dass Hans Riese d. Ä. (der Vater des Beschuldigten Hans Riese d. J.) schon am 26. März zwei Bittschriften beim Kurfürsten eingereicht hatte. Von Lüttichau ordnete an, dass der Stadtrat einen ausführlichen Bericht des Geschehens verfassen solle, damit die

¹¹⁰⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 33v.

¹¹⁰⁷ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 33v. Laut der „Registratur“ wurde zusätzlich eine Geldbuße von zehn Gulden verhängt. Siehe ebd., fol. 34r.

¹¹⁰⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 33v.

¹¹⁰⁹ CARPZOV (1635), Pars I, Quaestio 3 und 19.

¹¹¹⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 34r. Das Urteil findet sich auch in: StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1608 (Reinschrift), fol. 7v.

Kanzlei über die Bitte Hans Rieses entscheiden könne.¹¹¹¹ Es gibt dabei keine Auskunft darüber, ob und warum der Vater seine Bitte nicht auch an den Stadtrat (bzw. das Stadtgericht) gerichtet hatte, doch es ist deutlich erkennbar, dass der Kurfürst hier als zweite Gnadeninstanz in Erscheinung trat,¹¹¹² weil gegen Hans Riese bereits der Landesverweis verhängt worden war.

Es ist hierbei auffällig, dass sich die Argumente auf den Landesverweis bezogen, obwohl die Strafe schon vollzogen worden war. Ungeachtet dessen, dass der Vater bereits mit der Bittschrift vom 25. Juni 1608 Erfolg hatte und seinem Sohn die Strafe des Staupenschlages erlassen wurde, beschwerte er sich trotzdem über die ihm immer noch zu hart erscheinende Strafe des Landesverweises. Die Verweisungsstrafe hatte in der Frühen Neuzeit meist schwierige Lebensumstände und eine wirtschaftliche Notlage sowie den Verlust von Privilegien und sozialen Netzwerken für den (eigentlich ansässigen) Betroffenen zur Folge.¹¹¹³ Dem Vater war dies offenbar durchaus bewusst:

*„alß ist er nuhnn fast dieseß jahr weydt vnnd breydt herumher gezogen, sich seineß handtwerks inn seinem elendt zu ueren [?], aber so baldt alß es seine bruderschaft vnndt gewercken, welche weydt vnndt breydt herumher streichen, erparen [erfahren; H.S.], wirdt dieser armer geselle vberall vnder solchen zunfft wegen der landes vorweisung, gott erbarmmaß vffgetriebenn“.*¹¹¹⁴

Es war aber nicht nur die konkrete Beschreibung der aus der Strafe resultierenden wirtschaftlichen oder anderer Notlagen, die der Vater in der Bittschrift zum zentralen Argument gegen den Landesverweis machte, sondern auch die unweigerliche

¹¹¹¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 40r-44v. Die Abschrift dieser zwei Bittschriften wurde dabei beigelegt. Siehe ebd., fol. 41r-43r.

¹¹¹² U. Ludwig hat dies am Freiburger Beispiel nachgewiesen. LUDWIG (2008a), S. 157.

¹¹¹³ SCHWERHOFF (2006c), S. 61f. Dies konnte die Ausgangsbedingungen für neue Verbrechen schaffen. SCHNABEL-SCHÜLE (1995), S. 79; SCHWERHOFF (2006c), S. 66.

¹¹¹⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 41v.

Ehrschmälerung für den Handwerksgesellen. Eine ‚unbescholtene‘ Ehre konnte zur sozialen Reintegration erheblich beitragen, aber dies wurde durch den Landesverweis für den Gesellen erschwert. Es drohte ihm sogar der Ausschluss aus dem Handwerk:

*„wirdt dieser armer geselle vberall vnder solchen zunfft wegen der landes vorweisung, gott erbarmmaß vffgetriebenn [...] ich betribteß vnndt altter vater, nicht alleine in diesem bekummernuß vnndt elendt bin daß er wegen seines ehrlichenn handwerkes, so er von mir gelernet, nicht geduldet, noch niergendts in solcher zunfft magk gelidtenn werdenn“.*¹¹¹⁵

Wie in den während des Gerichtsprozesses eingereichten Bittschriften wurde das Argument der Jugendlichkeit auch nach der Urteilsverkündung vorgebracht. Es sollte auf die verminderte Schuldfähigkeit der Angreifer hinweisen und damit einen Straferlass bewirken: *„vnndt diesenn meinen liebenn sohn, welcher wegegn seines trunckenns alß ein junges bludt zu dieser vngelegenheydt kommen solche schwere straffe, der ewigenn landes verweisung benemen nachlassen“.*¹¹¹⁶

Diese Argumentation taucht erneut in einer Schrift vom 10. Mai 1609 auf, die der Vater beim Kurfürsten einreichte. Der Vater wollte erreichen, dass der laufende Landesverweis gegen seinen beschuldigten Sohn aufgehoben wird, wenn dieser sich zum Dienst verpflichten würde. Wie an einem Schreiben von Wolf von Lüttichau vom 19. Mai an das Leipziger Stadtgericht deutlich wird, trug die Landesherrschaft gegen ein solches Urteil jedoch Bedenken: *„als tragen wir darob, vnnd nach gestalt der sachenn, seines des supplicanten bitte stadtzugebenn, vnnd seinen sohn zur*

¹¹¹⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 41v-42r. Interessanterweise geschah dies, obwohl der entehrende Staupenschlag schon erlassen worden war.

¹¹¹⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171, fol. 42v.

*landessicherung kommen zu laßen bedencken, werdet ihnen demnach hierauf zu bescheiden wißenn“.*¹¹¹⁷

5.4. Eine Palette von Argumentationsstrategien

Das hier geschilderte Beispiel zeigt also erstens, dass dem zeitgenössischen sozialen Umfeld verschiedene Argumente zur Verfügung standen, und zweitens, dass solche Argumente sich je nach dem Zeitpunkt des Einreichens der Supplik verändern konnten. Im Folgenden ist daher genauer auf die einzelnen Argumentationsstrategien einzugehen. Hierbei sei nochmals daran erinnert, dass das Supplizieren auf der städtischen Ebene (anders als auf der landesherrlichen Ebene) nicht nur erst nach der Urteilsverkündung erfolgte, sondern überwiegend während des laufenden Verfahrens.¹¹¹⁸

Sowohl das soziale Umfeld als auch die Delinquenten selbst konnten sich aktiv am Strafverfahren beteiligen.¹¹¹⁹ Gerade in meinem Quellensample gibt es einige Fälle, in denen der Delinquent als Supplikant auftauchte. Im Folgenden wird daher auch das Supplizieren von Seiten der Delinquenten und deren Erklärungs- bzw. Argumentationsversuche betrachtet werden.¹¹²⁰

¹¹¹⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 46r-46v.

¹¹¹⁸ Zu einem Beispiel aus Augsburg siehe HOFFMANN (2004), S. 82; Für Frankfurt am Main siehe EIBACH (2004), S. 199f.

¹¹¹⁹ HOFFMANN (2004), S. 83.

¹¹²⁰ Man muss sich m. E. daran erinnern, dass die Beschreibungen in solchen Bittschrift, quellenkritisch gesehen, nicht nur als Selbstdarstellung bzw. Darstellung der eigenen Persönlichkeit zu verstehen ist. Siehe dazu auch Abschnitt 5.1.2. der vorliegenden Arbeit.

5.4.1. Positive Darstellung des bisherigen Lebenswandels

Hauptstrategie des sozialen Umfelds

Die positive Darstellung des Lebenswandels des Delinquenten spielte in den Suppliken eine besondere Rolle, denn sie zielte darauf ab, seine Gnadenwürdigkeit aufzuzeigen.¹¹²¹ Es wurde betont, dass der Delinquent die Tat nicht vorsätzlich begangen hatte¹¹²² und er zudem bis dahin nicht vom herrschenden Normensystem abgewichen war, es sich also um sein erstes Vergehen handelte.¹¹²³ Diese Strategie konnte am glaubhaftesten von den Personen genutzt werden, die in einer engen Beziehung zu ihm standen und ihn gut kannten. Sie besaßen auch die Möglichkeit, das sogenannte Leumundszeugnis für ihn vorzubringen.¹¹²⁴ Immer wieder taucht in diesem Kontext ein Zusammenhang zwischen einem guten Lebenswandel und der Jugendlichkeit der Delinquenten auf,¹¹²⁵ wie das oben geschilderte Beispiel schon zeigt. Es scheint daher nicht plausibel zu sein, das Wort „jugendlich“ als eine grundsätzlich negative, den übermütigen Delinquenten charakterisierende Beschreibung aufzufassen. Man kann also annehmen, dass die Beschreibung des Delinquenten als „jugendlich“ darauf abzielte, die geringe Schuldhaftigkeit des Beschuldigten an der Tat darzulegen und somit auf die Notwendigkeit eine entsprechend geringeren Strafe hinzuweisen.

¹¹²¹ LUDWIG (2008a), S. 182. Vgl. auch POHL (2003), S. 247f. Die positive Darstellung bzw. der Leumund des Delinquenten erschien nicht nur in Bezug auf das Supplizieren relevant, sondern auch beim Gerichtsverfahren im Allgemein (v. a. bei Zeugenaussagen). SIMON-MUSCHEID (1999), S. 43.

¹¹²² LUDWIG (2008a), S. 185. Vgl. auch HOFFMANN (2004), S. 87.

¹¹²³ Vgl. auch SYKES/MATZA (1968), S. 364.

¹¹²⁴ Zum Leumundszeugnis siehe HOFFMANN (2004), S. 82 und S. 87; LUDWIG (2008a), S. 185.

¹¹²⁵ Es ist in der bisherigen Forschung unumstritten, dass die Beschreibung „Jugendlichkeit“ sich zu den zu den Merkmalen eines Täters zählen lässt, die in Suppliken dargestellt wurden. Allerdings hat K. Härter im landesherrlichen Kontext darauf hingewiesen, dass dieses Argument eine eingeschränkte Wirkung besaß, „da [es] – zumindest nach dem Verständnis der Regierungsbehörden – bereits bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt worden [war]“; HÄRTER (2005a), S. 265f. C. A. Hoffmann hat das Argument der „Jugendlichkeit“ einfach der Mitleidsrhetorik zugeordnet. HOFFMANN (2004), S. 87. Ich sehe hingegen die Bedeutung der „Jugend“ (genauso wie die Darstellung des positiven Lebenswandels) eher als strategische Argumente an.

Zunächst ist bemerkenswert, dass der gute Lebenswandel und die Ehrenhaftigkeit des Delinquenten oft ein gemeinsames Argumentationsmuster bildeten, wie in Abschnitt 5.3. exemplarisch gezeigt wurde. **[Nr. 168]** Ein ähnliches Erzählmuster findet sich auch in einem Fall von 1608, in dem der Leipziger Riemergeselle Hans Plancke den von auswärts stammenden Gesellen Christoff Herla nach einem Wortwechsel tötete. Für Plancke wurde eine Bittschrift von „*alle[n] meister[n] vnd gesellen des Riemerhandtwercks*“ eingereicht.¹¹²⁶ Die Supplikanten beschrieben den bisherigen Lebenswandel des Beschuldigten wie folgt: „*Vnd gleichwohl nun vns allerseits, nicht vn bewust, auch ihme kein ander zeugknus geben können, dan das er die zeit weil er alhier gearbeitet, sich ie vnd alwege, Gottesfurchtigk, friedlich vnd schiedlich verhalten*“.¹¹²⁷ Somit versuchte das Riemerhandwerk die Ehrenhaftigkeit des beschuldigten Gesellen nachzuweisen, weil die Handwerke (bzw. die Zünfte) die Ehrenhaftigkeit sowie die Redlichkeit ihrer Mitglieder (entlang eigener Kriterien) zu prüfen pflegten.¹¹²⁸ Die Handwerkerehre war zudem auch für sein zukünftiges Leben von größerer Bedeutung. Deshalb baten die Absender in dem Schriftstück um die Abänderung der körperlichen Strafe in eine Geldstrafe, um zukünftige Wiederaufnahme des Beschuldigten in die Zunft nicht durch einen Ehrverlust zu gefährden.¹¹²⁹

¹¹²⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, fol. 9r-11v.

¹¹²⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, fol. 9r-9v. Dieses Erzählmuster findet sich auch in einem anderen Fall. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 148, fol. 64v: „*das er sich dennoch jedezeit woll gegen mir, vnd sonsten gegen meniglich schiedtlich, vnd friedtlich vorhalten, sich auch die tage seines lebens, derogleichen schlegerei nicht beflissen [sondern jede zeit einen gutten namen vnd geruchte gehabt vnd behalten]*“.¹¹²⁸ Vgl. dazu auch POHL (2003), S. 248f.; LUDWIG (2008a), S. 185.

¹¹²⁸ Siehe dazu Abschnitt 4.2.1. der vorliegenden Arbeit.

¹¹²⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, fol. 9v-10r: „*vnserere hochvleissige vnd freundliche bitte, dieselben wollen, in betrachtung dieser sachen vmbstande, sich, gegen den gefangenen thäter, als Gnedige herren bezeigen, ihme die zue erkante straffe gnediglich lindern vnd, do dieselbe corporalis, zue einer gelinden geldstraffe, [...], denn er sonst ein ehrlich vnd aufrichtig gemuthe, vnd willens gewesen in seinem patria meister zue werden*“.

Nicht nur der Handwerkerkreis verwies auf die Ehrenhaftigkeit der Beschuldigten, sondern auch Supplikanten aus anderen sozialen Gruppen brachten dies vor, um den Beschuldigten positiv darzustellen. [Nr. 104] Für zwei Fuhrknechte des Schössers von Petersberg, die 1601 wegen einer Körperverletzung verhaftet wurden, reichte ihr Herr selbst eine Interzessionsschrift ein, in der er um die Freilassung seiner Bediensteten aus der Haft bat. Der Supplikant untermauerte seine Bitte mit der Ehrenhaftigkeit seiner Knechte: *„Weil mir dann gunstiger herr schwager sonst beweist das sie fromme gesellen sein vnd ein zeitlang bei mir als ehrliche gesellen sich wol verhalten haben“*.¹¹³⁰

Für die Darstellung der Ehrenhaftigkeit seiner Bediensteten nahm der Schösser also auf das Dienstverhältnis Bezug, in dem sie einen guten Lebenswandel an den Tag gelegt hätten.¹¹³¹ Dienstverhältnisse spielten auch in weiteren Bittschriften eine größere Rolle. [Nr. 120] So findet sich beispielsweise in der Bittschrift, die die Schwester eines *„radtzieher[s]“*¹¹³² (Gehilfe am Schwung- bzw. Antriebsrad) namens Abraham Spindler einreichte, der 1601 als ein Mittäter bei einem Tumult festgenommen wurde. Die Schwester wies darauf hin, dass er einerseits nicht fähig war, ein Handwerk auszuüben, und daher lange in Diensten der Kannengießer gestanden hatte, und dass er andererseits aber trotzdem ein ruhiges und unauffälliges Leben geführt hatte.¹¹³³ Impliziert wurde damit zugleich deutlich gemacht, dass die noch andauernde Haft nicht nur für Abraham Spindler selbst, sondern auch für die

¹¹³⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 104, fol. 8r.

¹¹³¹ LUDWIG (2008a), S. 186, Anm. 646.

¹¹³² Dieses Wort findet sich ebenso in VOGEL (1714), S. 325.

¹¹³³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 46r-46v: *„Sintemal er von natur alber vnd ohn witz, deshalb er auch zu keinem handtwerck tüchtigk, vnd vber das von allen kannengießern, bei denen er in ihrer werckstadt das rath ein lange zeit gezogen, desgleich[en] von andern leuten, denen er auch gedienet, ein ehrlich vnd stadlich zeugnis seines stillen, eingezogenen lebens, einfalts vnd wohl verhaltnis vor gericht oder wo es sein soll, haben vnd bekom[m]en kan“*.

Kannengießer nachteilig war.¹¹³⁴ Zusätzlich versuchte die Schwester, ihr Argument mit der Angst vor dem Verlust der Arbeitsstelle des Bruders zu untermauern.¹¹³⁵

[Nr. 400] Auch im folgenden Fall lässt sich ein ähnliches erkennen. Am 31. Januar 1630 hatten die beiden Hausknechte Daniel Strobel und Hans Scheibe die Gäste einer Hochzeitsfeier spöttisch ausgepöfien und mit Steinen beworfen. Für Daniel Strobel reichten drei Leipziger¹¹³⁶ am 8. Februar eine Bittschrift ein. In dieser Schrift argumentierten die Supplikanten, dass Strobel erstens bei seiner Freveltat heftig verwirrt gewesen ist,¹¹³⁷ und dass er zweitens schon bei einigen Wirten in Leipzig in Diensten gestanden hatte und sich dabei redlich, ehrlich und unauffällig verhalten hatte.¹¹³⁸ Die Supplikanten wiesen interessanterweise auch auf die Jugendlichkeit sowie auf die Unerfahrenheit des Beschuldigten hin, um die Chance auf eine Begnadigung und Strafmilderung zu erreichen.¹¹³⁹ Am nächsten Tag reichten auch der Dienstherr von Strobel, Magister Matthäus Pleiß und der Schwager Strobels, Magister

¹¹³⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 120, fol. 46v: „Seinen itzig[en] meister, wirdt zur klokke, auch andere als kannengießer in d[er] Grimisch vnd Peters straßen vor sich fordern vnd dieselben vmb sein leben wandel, einfalt, albereit vnd wohlverhaltens befragen, nach gehaltener verhör vnd befundung seiner vnschuld ihn balde loß vnd in seinen dienst sich wieder einstellen laßen“.

¹¹³⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 120, fol. 46v-47r: „Dann sein meister sonsten einen andern anzunemen willens, vnd hernach mein brud[er] ohn dienst das liebe brodt vor den thüren suchen muß, das geschicht vns armen waysen zu trost“.

¹¹³⁶ In der Quelle werden nur die Namen überliefert. Sie kannten vermutlich Strobel, weil er bei ihnen gedient hatte, oder weil sie in derselben Nachbarschaft wohnten.

¹¹³⁷ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 16r: „vndt nach der vesperpredigt in einen weinkeller alhir gefurt, alda sie ihme eine ehre in Peter Simenis wein erzeiget, welcher ihme so geschwinde vndt vnuorsehens in kopff gestiegen vndt ihn dermassen vorwirret, das er von seinen funff sinnen nicht gewust, was er gethan gehabt“.

¹¹³⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 16r: „wie es auch nicht anders ist, das der gefangene Daniell Strobell eine gute geraume zeitt bey dem wirth zum Kraniche, item, bey dem wirth zur Eulen, ingleichen bey dem herren Magister Pleusern drey viertel ihar, vndt dan bey dem wirth zum Schwartzten Behren alhir allenthalben zum hausknecht gedienet, sich redtlich, ehrlich, eingezogen, vndt wohl vorhalten, also, das auch niemandts, wer der auch sein magk, nichts vngebührliches, vff ihn bringen kahn“.

¹¹³⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 16r-16v: „Gelanget demnach an E. E. herligk: vndt gunsten, in vnterthenigkeit vnser hochvleissiges suchen vndt bitten, dieselben wollen sich doch des armen gefangenen erbarmen, seine jugent vndt vnuorstandt, erwegen, gnade erzeigen, mit einen schandtffleck verschonen, vndt ihn, dieser vnser aller vor ihme gethanen intercession vndt vorbitt, im wergk fruchtbarlichen genossen empfinden lassen“.

Abraham Bartolus eine Bittschrift ein. Auch sie ersuchten um Gnade und Erbarmen für den noch jungen Hausknecht, der sich jederzeit friedlich verhalten habe.¹¹⁴⁰ In diesem Beispiel ist bemerkenswert, dass der positive Lebenswandel nicht nur auf das bisherige, sondern auch auf das zukünftige Leben nach einer Begnadigung bezogen wird.¹¹⁴¹ Durch einen Gnadenakt steht der Delinquent in der Schuld der Obrigkeit, forthin einen guten Lebenswandel zu pflegen.¹¹⁴²

Aus den hier vorgestellten Beispielen lässt sich erkennen, dass die Ehrenhaftigkeit sowohl für die positive Darstellung des bisherigen Lebenswandels der Angeklagten genutzt wurde als auch für ihr zukünftiges Leben nach einer Begnadigung von großer Bedeutung war.¹¹⁴³ Das Ehrkonzept hatte in der Frühen Neuzeit zwei Seiten. Einerseits erlaubte die Ehrenhaftigkeit, wie oben gezeigt, die (Wieder-)Integration in die Gesellschaft, andererseits führte es aber zum Ausschluss aus der Gesellschaft, wenn jemand seine Ehre verlor oder sie nicht verteidigen konnte.¹¹⁴⁴ [Nr. 216] Diese Zweigesichtigkeit der Ehre lässt sich im folgenden Beispiel deutlich als erkennen. 1610 wurde der junge Soldat Lukas Voigt wegen einer Körperverletzung verhaftet. Für ihn legte sein Bruder, der Student Johannes Voigt eine Bittschrift vor. Johannes Voigt

¹¹⁴⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 15r: „nebenst herren M. Matth: Pleyssen, bey dem er sich auch alß ein hausknecht friedlich gehalten, sie wollen doch sich des jungen knechts erbarmen, vnd gnade wiederfahren, vnd ihme vnser intercession vnd vorbitte im werke fruchtbarlich genießen lassen“.

¹¹⁴¹ Dieses Argumentationsmuster findet sich ebenfalls in einer Bittschrift von 1605, die für einen von zwei wegen Körperverletzung beschuldigten Fuhrleuten gemeinsam durch seine Ehefrau und seine Freunde bzw. Bekannte gemeinsam eingereicht wurde. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 143, fol. 17r-19v. Dieses Muster wurde schon in der Forschung erörtert. Siehe HÄRTER (2000a), S. 478; POHL (2003), S. 248; HÄRTER (2005a), S. 266.

¹¹⁴² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 15v: „es wirdt auch der arme gefangene, solche ihme erzeigte gnade vnnnd wohlthat nicht allein allezeit in seinem leben eingedenck sein, sondern auch mitt einem gebeßerten corrigirtern wandel forthin nach ieder fürfallender gelegenheit vmb die Ehrenvesten Achtbaren wohlgelahrten vnd hochweißen des löblichen Stadgerichts alhir herren Richtern, vnnnd beysitzern sich bemühen billig zu verschulden, vnd darneben [solches] allezeit auch gegen menniglichen wißen zu rühmen“. Die vergleichbare Argumentation findet sich ebenfalls im Begnadigungsbescheid auf der landesherrlichen Ebene. LUDWIG (2008a), S. 267f.

¹¹⁴³ EIBACH (2004), S. 202f.

¹¹⁴⁴ SCHWERHOFF (2013b), S. 32.

beschrieb die Ehrenhaftigkeit des Beschuldigten vor der Tat und nach einer möglichen Begnadigung mit folgenden Worten: „So kann ich [Johannes Voigt; H.S.] [...] loben, vnnd wolte wunschenn, das[s] er [Lukas Voigt; H.S.] seiner schantzen beßer wahr vnnd in acht genomenn, vnd sich vor solchenn trefflichen, schimpff, schande vnnd spott der ihm daher entstandenn nicht alleine gehuettet, sondernn auch andere leuht das ihriege hette warttenn laßenn“,¹¹⁴⁵ und „[...] das[s] sein gantzer intent vnd fursatz, ie vnnd alle zeit geweßenn, sich ehrlichen zuuerhalten, vnnd was tapfferes zuuersuchen, wie dann durchauß keine zweifel sein werde, das er nach seiner enndledigung [werde] from sein, vnd seinem intent alß ein ehrlicher gesell gebuerlichen nachsetzenn wird“. ¹¹⁴⁶ Als Ursache für die Tat gab er die Trunkenheit seines Bruders an: „das der trunck zu allenn seinenn vnngluck der größte vhrsacher geweßenn“. ¹¹⁴⁷ Johannes Voigt behauptete weiter, dass das Strafverfahren eine Ehrschmälerung für seinen Bruder sowie sein soziales Umfeld mit sich bringen könnte, was sich nachteilig auf sein zukünftiges Leben auswirken würde. ¹¹⁴⁸ Auch in diesem Beispiel führte der Supplikant die Jugendlichkeit des Delinquenten ins Feld, um einen Straferlass zu erwirken. ¹¹⁴⁹

[Akten Teil 1, Nr. 853] Der Zusammenhang zwischen der Jugendlichkeit und der geringen Schuldhaftigkeit lässt sich noch deutlicher in einer weiteren Bittschrift

¹¹⁴⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 216, fol. 12r-12v.

¹¹⁴⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 216, fol. 13r.

¹¹⁴⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 216, fol. 12v. Zur Trunkenheit als Argument siehe LUDWIG (2008a), S. 195-198, insbesondere S. 196. Ihre Befunde widersprechen dem Hinweis von POHL (2003).

¹¹⁴⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 216, fol. 12v-13r: „vnnd noch ist, vnd daher Einn Erb: Hoch vnnd Wohlweiser Raht bedacht, mit der scherffe gegenst vnndt wieder ihnn vorfahrenn zulaßenn, so mihr armenn gesellenn nicht alleine an meiner förderung vnnd wohlfahrt, schadenn, vnnd hinderlichenn sein wurde, sondernn auch der ehrlichenn freundschaftt zur großenn vnnd mechtigen forkleinerung vnd despect mit gereichenn wil, ihme meinem bruder auch selbst zue ewiger schmach vnd schande kommenn wurde, dergestalt, d[as] er die zeit seines lebens ein armer humpler bleiben, vnnd spott biß in die grube nicht vberwinndenn könte“. Dies wies U. Ludwig schon nach. LUDWIG (2008a), S. 207f.

¹¹⁴⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 216, fol. 13r: „meines itzt gefangenen armen bruders jugendt schonen, vnnd erwegenn, das er alß ein junger frischer kerll mit der zeit ob Gott Wohl lannd vnnd leuhtenn dienen kann“.

erkennen, die vier Kaufleute für einen wegen Mordversuchs gegen seinen Herren angeklagten Diener einreichten.¹¹⁵⁰ Die Supplikanten hoben hervor, dass sie sich mit dem Kläger Marisael abgerechnet und verglichen hatten.¹¹⁵¹ In diesem Fall ist bemerkenswert, dass das Argument der Jugendlichkeit bzw. Unmündigkeit zwei Seiten hatte. Die Supplikanten wiesen zum einen darauf hin, dass der Delinquent noch jung war und deshalb den Willen zur Besserung hatte.¹¹⁵² Sie gingen zum anderen davon aus, dass die Freveltat dieses jungen Delinquenten nicht mit Vorsatz, sondern aus Zorn und impulsiv ausgeführt wurde, was den fehlenden Vorsatz, die verminderte Zurechnungsfähigkeit und damit die geringe Schuld belegen sollte.¹¹⁵³

[Nr. 235] In eine ähnliche Richtung mit der hier erkennbaren Darstellung der Jugendlichkeit zielte eine Bittschrift, die ein Vater für seinen Sohn und Studentenjungen Georg Rudel einreichte, der im Januar 1613 wegen mehrfacher Freveltaten und Körperverletzung festgenommen wurde.¹¹⁵⁴ Im Laufe der Gerichtsverhandlung berichtete zudem der Gärtner Andreas Wendeler, dass auch er am 25. Januar des vorgangenen Jahres von Georg Rudel wörtlich und tätlich angegriffen worden sei.¹¹⁵⁵ Während die Übeltaten Georg Rudels somit nach und nach im Zuge

¹¹⁵⁰ In welcher Beziehung zwischen der Beschuldigte und die Absender zueinander standen, wird nicht in der Quellen erwähnt.

¹¹⁵¹ StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 853, fol. 31r: „auch mit erwehtenn Marisal sich berechnet, vnd allerding wegen der praeterdicten rechnung vnd anderer puncta belangend vergliechenn“.

¹¹⁵² StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 853, fol. 31r: „vnnd dohin nichtt mitt ihme secundum rigorem juris, wie ers wol verdienett haben möchtt, sed poti[us] secundum eq[ui]tatem p[rae]dicen vnnd verfahren, in erwegung dessen das er noch ein junges bluhtt, vnnd sich so viel ihm muglichen der besserung zu befleissigen vorhabens“.

¹¹⁵³ StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 853, fol. 31r: „vnnd auch so er hierinnen mitt seinem vngebührlichenn, fuhrnehmen, etwas so straffwirdig were begangen, vielmehr ex calore iracundiae, et animi celeritate, quam animo delinquendi geschehen“. Zum Zorn („ira“) als einem Grund für geringe Zurechnungsfähigkeit siehe SCHAFFSTEIN (1986), S. 104-106; POHL (2003), S. 237-240.

¹¹⁵⁴ 1. Angriff gegen einen Kürschnergesellen Jacob Hanacker; 2. Angriff gegen einen Nadlergesellen Valten Rembler; 3. Schlägerei mit anderen Studentenjungen sowie aggressives Einnehmen des Geldes um Zulassung zum Kirchenstand.

¹¹⁵⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 235, fol. 11r. Laut der Antwort Georg Rudels hatten die beiden Parteien bereits einen Vertrag geschlossen. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 235, fol. 12r:

des Prozesses offengelegt wurden, reichte sein Vater am 4. Februar eine Bittschrift ein. Genauso wie im letzten Beispiel wurden die Jugendlichkeit bzw. die Unmündigkeit und auch der Zorn des Täters vorgebracht, um den fehlenden Vorsatz, die verminderte Zurechnungsfähigkeit und die geringe Schuld hervorzuheben.¹¹⁵⁶ Offensichtlich wollte der Vater seinen Sohn verteidigen und spielte sogar die Taten herunter. Die Darstellung der geringen Schuld Georg Rudels widersprach jedoch den vorangegangenen Zeugenaussagen.¹¹⁵⁷

Positive Darstellung des Lebenswandels in Suppliken des Delinquenten

Aus den oben behandelten Beispielen lässt sich konstatieren, dass das soziale Umfeld versuchte, mit Hilfe von positiver Darstellung der Delinquenten ihre Gnadenwürdigkeit zu verdeutlichen. Es ist nicht zu übersehen, dass die positive Beschreibung auch in Bittschriften auftauchte, die von den Beschuldigten selbst vorgelegt wurden. Obwohl dies vergleichsweise selten vorkam, öffnet sich damit m. E. eine Möglichkeit zu beleuchten, welche Strategie die Delinquenten einsetzten, um sich in ein besseres Licht zu rücken.

[Nr. 231] Am 10. Mai entstand ein Tumult zwischen Studenten und Schustern im Schustergäßlein.¹¹⁵⁸ Der Schreiber Johan Kempfe wurde ins Gefängnis gebracht, weil er daran beteiligt war. Bei einer gerichtlichen Befragung am 5. Juni sagte er aus, dass er zwar einen Stein ins Fenster eines Hauses geworfen hatte,¹¹⁵⁹ aber nur zufällig bei

„wie dan auch er Rudel dem barbirer meister Lorentzen einen Reichstaler artzlohn geben, sich mit Wendeler vortragen, damit er nicht clagen solte“.

¹¹⁵⁶ StadtAL, Richterstube, Strafacten, Nr. 235, fol. 13r: „welche er aus bewegenden vndt von den beleidigten anreizenden vrsachen aus vnmundigen vnverstandt, vornemlich aber et calore iracundiae sich defendendo vorn vnndt volbringen müßen“.

¹¹⁵⁷ Zur später erfolgten Verurteilung von Georg Rudel siehe Abschnitt 5.5.2. der vorliegenden Arbeit.

¹¹⁵⁸ Zu diesem Tumult siehe auch StadtAL, Tit. VII C, Nr. 13; VOGEL (1714), S. 351f.; FLÜGEL (1994), S. 60-62.

¹¹⁵⁹ StadtAL, Richterstube, Strafacten, Nr. 231, fol. 3v-4r: „ferner gestehet gefangener, er hett seinen

dem Tumult gewesen war und die anderen Studenten sowie Studentenjungen eigentlich nicht kannte.¹¹⁶⁰ Bei einer weiteren gerichtlichen Aussage am 12. Juni bat er darum, dass man ihn angesichts folgenden Umstände aus dem Gefängnis freiließe: Erstens sei er schon lang krank und zweitens hatte er sich mit einer Frau verlobt. Außerdem habe er seine ehrenhafte Freundschaft um sich, insbesondere sei sein Vetter der Superintendent zu Wunsiedel.¹¹⁶¹ Zwei Tage später verfasste der Beschuldigte schließlich selbst eine Bittschrift. Bemerkenswert ist dabei, dass er die seinen vorangegangenen Aussagen entsprechenden („wie zuuorn gebeten“¹¹⁶²) Argumente vorbrachte. Der Supplikant rechnete seine Tat zwar seinem „noch zur zeit habenden vnuerstandt“ zu, aber noch stärker „der vnbesonnenen geschwindigkeit der jungen gesellschaft [der Studenten; H.S.]“, damit er von dem gesamten Vergehen distanzieren konnte und schließlich eine Begnadigung und eine Vergebung erlangte.¹¹⁶³

Dass der positive Lebenswandel nicht nur auf das bisherige, sondern auch auf das zukünftige Leben nach einer Begnadigung bezogen wird, stellt eine Parallele zu den vom sozialen Umfeld eingereichten Bittschriften dar.¹¹⁶⁴ Der Supplikant nannte zum

dehgen mit gehabt, zu dem ende, do ihme was wiedriges begegnen wurde, das er sich damit wehren wolte, er hett aber damit nichts thetliches gethan noch vorgenommen, vndt er gefangener hett nur einen einigen wurff, mit einem steine, welchen ihme ein studenten iunge gebracht, in das schuster geslein an das eckhaus ins fenster geworffen“.

¹¹⁶⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 231, fol. 4r: „er kenne den jungen nicht, so ihme den stein, damit er geworffen, zugetragen, iha, wan er darauf sterben solte, so wuste er auch die studenten, so er neben sich worffen gesehen, nicht namhafftig zumachen, dan er kenne sie nicht“.

¹¹⁶¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 231, fol. 4v-5r: „Schlieslich hat er gebeten, man wolle ihn doch des gefengknus, in behertzigung, das er ein valetudinarius, vnd von der kranckheit vndt niederlage, die er bey der frauen, (: so seiner gantzer 18. wochen gewarttet, vnd dardurch vndt sonst, durch vielfaltige zusage vndt vorheischungen, ihn, als einen jungen vnberichteten menschen, sich ehelich mit ihr einzulassen, bewogen :) kummerlich ausgestanden, nicht allerdings wieder zu recht kommen, sondern noch ziemlich schwach were, vndt dan in ansehung seiner ehrlichen freundschaft, sintemahl der h[err]. superintendent zu Wohnsiedel im Voigtlande, M. Johan Bertsch, sein vetter were, nuhmer, nach so geraumer zeit, erledigen, vndt diesfals gnade, fur recht, gehen lassen“.

¹¹⁶² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 231, fol. 7v.

¹¹⁶³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 231, fol. 6r-6v.

¹¹⁶⁴ Diese zweiseitige Argumentation findet sich auch in einer Bittschrift von dem Hausknecht Hans Scheibe, der 1630 als ein Mittäter des bereits oben erwähnten Tumultes bei einer Hochzeit festgenommen wurde. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 53v: „ich auch vor meine

einen verschiedenen Dienstherren, bei denen er sich immer treu und ehrlich verhalten habe.¹¹⁶⁵ Er betonte zum anderen, dass er sich auch in Zukunft entsprechend verhalten wolle: *„bin auch nochmals in mir beschloßen, weil ich lebe, mich treulich vnd ehrlich bey menniglichen zu halten“*.¹¹⁶⁶

Ferner ist auffällig, dass der Beschuldigte akribisch darauf achtete, nicht nur sich selbst, sondern auch sein soziales Umfeld als ehrenhaft zu beschreiben:

„[...] bin auch nochmals in mir beschloßen, weil ich lebe, mich treulich vnd ehrlich bey menniglichen zu halten, vnnnd, inmaßen alle meine freunde, ehr vnd redligkeit zu erlangen, vnnnd hinter mir zu laßen, wie ich dan auch der vnngezweiffelten hoffnung bin, eß werde kein mensch sein, der da sagen könnte, daß er zeit meines alhier seins, etwaß vnehrliches von mir gesehen hette. [...] [Der Stadtrichter und die Assessore; H.S.] wollen hierauß meine ehrliche eltern vnd freunde, auch mein selbst ehrlich verhalten, vnnnd fernern guten vorsatz erfahren, vndt mich daher, wie zuuorn gebeten, meiner gefengknüs erlaßen“.¹¹⁶⁷

persohnn ohne ruhm zue meldenn, mein lebenn vonn jugendt auff also geführedt, das sich niemandt vber mich zue beschwehren, sondern daruon ruhm vnnndt ehre erlangett, inmaßenn bey gefügte abschrift meines pastparts mitt mehrn besagett, [...] auch ferner mitt ehr vnnndt ruhm zustrebenn bedacht“.

¹¹⁶⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 231, fol. 6v: *„es ist aber ahn deme, vnd wirdt Gott im Himmell dißfals mein zeuge sein, daß ich verschinne pflichten ein jahr; als ich von meinem herrn vettern M. Johanni Pertzsch Pfarherrn vnd Superintendenten zue Wonsiedell nach Berlin ahn den herrn Thumbprobsten, vnnnd nach Dresden ahn den herrn Rentmeister (inmaß[en] meine commendationschrifftten, so bey dem Bothen wirth zum Rothen Hahn vorm Grimmischen thor liegen, außweisen) verschriben worden“*. Er wies nicht auf den (laufenden) Dienst bei seinem Herren Johann Pertzsch hin, sondern auch auf frühere Dienste bei vielen anderen Herren. Siehe dazu ebd., fol. 7r: *„etzliche aber sonst in ampts dinst[en] vnd bey ehrlichen von adelln vnnnd herrn seindt, ich mich auch numehr in daß achte jahr, bey ehrlichen vnd vornehmen leuthen, vnnnd vnter andern in diesem landt zu Meißn, bey dem verstorbenem Oberaufseher der Grafschafft Mansfeldt Ludwig Wurmben seligen, dann bey Heinrichen von Bodenhauß[en] vff Rohda, vnnnd bey dem Ober Stadtschreiber zue Eißleben, Casparo Teuthorn, in die fünff Jahr vfgehalten, vnd denselben sämbtlichen, treulich vnd ehrlichen gedienet, auch bey ihnen mich also verhalten, daß mir, Gott lob, vber goldt vndt silber vertrauet worden“*.

¹¹⁶⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 231, fol. 7r.

¹¹⁶⁷ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 231, fol. 7r-7v. Ein ähnliches Beschreibungsmuster findet sich in: StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 53v: *„meine liebe eltern vnnndt voreltern bey dieser Stadt sich iederzeit redtlich vnnndt wohl gehalten“*.

Somit wurde es angedeutet, dass ein ehrenhaftes soziales Umfeld um den Beschuldigten schon vorhanden war.¹¹⁶⁸ Diese Beschreibung diente dazu, die Gnadenwürdigkeit des Beschuldigten zu untermauern.

Schließlich wurde er am 18. Juni nach Schwören der Urfehde aus dem Gefängnis entlassen.¹¹⁶⁹

[Nr. 353] Dass die Jugendlichkeit über die reine Selbstbeschreining hinaus als Strategie eingesetzt wurde, lässt sich auch im folgenden Besipiel erkennen. Friedrich Julius Osthausen wurde am 20. Dezember 1624 festgenommen, weil er zusammen mit einigen Studenten bei einem Tumult auf dem Michaelismarkt beteiligt gewesen sein sollte. Er bat in einer ersten vermutlich von eigener Hand verfassten Schrift darum, ihn aus der vier Tage andauernden Haft „*letig vndt frei [zu] lassen*“.¹¹⁷⁰ Er gab zu, dass er bei dem Tumult beteiligt gewesen war, er sich aber wegen seiner Trunkenheit nicht daran erinnern könne, sich mit Anderen geschlagen zu haben.¹¹⁷¹ Seine Bemühungen waren allerdings nicht von Erfolg gekrönt und er musste weiterhin im Gefängnis bleiben. In seiner zweiten Schrift, die am 3. Januar 1625 ebenfalls im Namen von Osthausen vorgelegt wurde, ging er vordergründig auf seine angebliche Unschuld ein. Er bat also zunächst darum, dass ihm die Möglichkeit gegeben werde, vor der Urteilsfällung in Beisein eines Advokaten die Gerichtsakten zu besichtigen und somit

¹¹⁶⁸ Dass sich die Beschreibung der Ehrenhaftigkeit auf das soziale Umfeld richtete, zeigt sich noch deutlicher in zwei Bittschriften in einem Fall von 1611, die die Eltern für ihren der Unzucht beschuldigten Sohn vorlegten. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 210, fol. 13r-18v. In diesem Fall diente das Motiv der Ehrenhaftigkeit eher dazu, die supplizierenden Eltern selbst als etwa des „Supplizierenwürdig“ zu beschreiben.

¹¹⁶⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 231, fol. 5r. Dieses Urteil wurde auch darin überliefert: StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1613 (Reinschrift), fol. 7r.

¹¹⁷⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 353, fol. 9v. Somit lässt sich vermuten, dass diese Schrift am 24. Dezember verfasst wurde.

¹¹⁷¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 353, fol. 9v: „*Weidter von solchen ihst mihr vnbewust, des balgens halben, so bin ich sehre druncken gewesen*“.

seine angebliche Unschuld nachweisen zu können.¹¹⁷² Zusätzlich stützte er sich in seiner Argumentation auf sein junges Alter: *„ich aber Gott lob mit einiges delicti viel weniger der beygemeßenen wie wohl burglichen excessen nicht, besonders in meinem gewissen eines wiedriegen vndt meiner höchsten vnschult bewust, darzu minderjährig, nichts desto minder aber meine innocents außzuführen erbottig bin“*.¹¹⁷³ Schließlich wurde Osthausen ohne eine weitere Strafe aus der Haft entlassen.¹¹⁷⁴

[Akten Teil 1, Nr. 853] Wie das in Abschnitt 5.3. behandelte Beispiel von 1608 zeigt, lässt sich die positive Darstellung des Delinquenten auch dafür nutzen, um eine Veränderung oder Milderung der schon verhängten Strafe zu erreichen. Hier kehren wir noch einmal zum Fall des Mordversuchs gegen einen Dienstherrn von 1611 zurück. Dem Beschuldigten Andreas Schenk war das Prangerstellen aufgrund der oben erwähnten Bittgesuche erlassen worden, nicht jedoch der ewige Landesverweis am 28. Juni 1611 verhängt worden. Nachdem er schon verwiesen worden war und sich nicht mehr in Leipzig aufgehalten hatte, wurde noch eine Bittschft im Namen Andreas Schenks verfasst.¹¹⁷⁵ Damit sollte erstens *„ex commiseratione die relegation zu einer leidtlichen geldt straffe“* verändert und zweitens erreicht werden, *„das[s] ich mein gewerb vnd nahrung im lande alhier suchenn vnd führen, auch sicher ab vnnd zu reißen möge“*.¹¹⁷⁶ Auffällig ist, dass auch für diese Anliegen ähnliche Argumente

¹¹⁷² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 353, fol. 10r: *„mein hochst vleisiges bitten, ehe etwas sententioniret werden möchte, vor allen dingen zuerkennen, das ich zuuorn mit meiner vnschult gehöret, mir zu solchen behutt in beysein eines advocaten die acta exhibiret“*.

¹¹⁷³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 353, fol. 10r.

¹¹⁷⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 353, fol. 19v: *„Das Julifus] Osthausen seine bekandte verbrechung mitt dem außgestanden gefengnuß zur gnüge verbüßett, derowegen er der hafft numehr wiederumb billig entlediget, vndt ihm mitt ernst vntersagett wirdtt, daß, wofern er dergleichen mehr beginnen würde, er noch mitt härtere straff belegt werden soll“*. Diese Entscheidung wurde laut eines Eintrags des Urfriedensbuchs auf den 7. Januar 1625 datiert. StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1624 (Reinschrift), fol. 11r-11v. Vgl. dazu auch GÖTZ (1924), S. 20.

¹¹⁷⁵ Diese Schrift wurde am 10. Mai 1612 in Eisdorf (heute in Niedersachsen) verfasst.

¹¹⁷⁶ StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 853, fol. 32v. Der Ausdruck *„leidtlichen“* findet sich auch im anderen Beispiel. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 210, fol. 17v. Vgl. auch LUDWIG (2008a), S.

eingesetzt wurden, wie schon bei den während des Verfahrens eingereichten Bittgesuchen vorgebracht worden waren. So bezeichnete sich der Beschuldigte bewusst „*alß ein[en] junge[n] mensch[en]*“ und erklärte daran anschließend erklärte, dass „*dieses [das Geschehen] vielmehr auß vnuorstande vnd ex calore iracundiae et animi caeteritate quam animi delinquendi vorgenommen*“ wurde.¹¹⁷⁷ Zudem betonte er sein ehrliches Leben und bezeichnete interessanterweise den Kläger Henderich Marysaell als einen „*fallit*“ (d. h. Betrüger oder Lump).¹¹⁷⁸ Das Anliegen dieser Bittschrift sowie die Arugumente wiederholten sich auch in einer weiteren Supplik vom 6. Juni 1612.¹¹⁷⁹

Dieser Abschnitt hat gezeigt, dass die Beschreibung mit „jugendlich“ nicht mit anderen negativen Beschreibungen wie „frevelhaft“ bzw. „übermütig“ gleichzusetzen war. Sie stand vielmehr in Zusammenhang mit dem bisherigen positiven Lebenswandel, und ist somit eher als eine Strategie zur Darstellung der wenigen Schuldhaftigkeit anzusehen.

5.4.2. Zuschreibung der Schuld an die Anderen

Wenn das Verfahren noch andauerte und die Schuld des Täters noch nicht bewiesen war, dann bildeten die positive Darstellung des Täters und die negative Darstellung des Opfers bzw. Gegners zwei Seiten derselben Medaille. Die negative Darstellung des Opfers diente der Rechtfertigung der Delinquenz. Das Zusammengehen der beiden Seiten stellte einen Unterschied zu den Praktiken auf der landesherrlichen Ebene dar, wo die meisten Supplikanten die Schuldhaftigkeit der Delinquenten nicht bestritten, da

245. Zur Veränderung der Strafe siehe Abschnitt 5.5.1. der vorliegenden Arbeit.

¹¹⁷⁷ StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 853, fol. 32r.

¹¹⁷⁸ StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 853, fol. 32v: „*alß ein junger mensch nehst Göttlicher verleihung ein ehrliches leben, handell vnd wandell, ander gestaltdt alß der fallit Henrich Marisal so mich in d[as] vngluck vnd schaden gebracht, gerne führenn, vnd in die grube ein gutten nahmen bringen wolte*“.

¹¹⁷⁹ StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 853, fol. 34r-35v.

ein Urteil bereits gefällt worden war.¹¹⁸⁰ Die negative Darstellung des Opfers ist außerdem insbesondere bei Gewaltdelikten ein wesentliches Merkmal, weil in dem Gewalthandeln häufig eine Ehrverletzung, eine Provokation oder eine Herausforderung zum Kampf der Verletzung bzw. Tötung vorausgegangen war.¹¹⁸¹ In Bittschriften spiegelte sich die Tatsache wider, dass auch den Zeitgenossen selbst der prozesshafte Verlauf des Gewalthandelns bewusst war. Dementsprechend wurde von den Supplikanten vielfach ein derartiges Verhalten des Opfers hervorgehoben. Mit anderen Worten: Die Supplik lässt sich hier als ein Versuch ansehen, dem Opfer und seinem Verhalten die Schuld an der späteren Gewalttat ‚zuzuschreiben‘. Damit war die Gewalttat „nicht zwangsläufig ausgrenzend und sozial stigmatisierend“.¹¹⁸² Da dieser Zuschreibungsversuch dazu diente, die Schuld der Delinquenten zu schmälern, scheint er mir dem kriminalsoziologischen Ansatz der „Techniken der Neutralisierung“ zufolge gerade auch den Techniken der „Verneinung des Unrechts“ sowie der „Ablehnung des Opfers“ zu entsprechen.¹¹⁸³

Behauptung der Notwehr und die Freilassung aus der Haft

Die Möglichkeit, via Supplikation auf das Verfahren einzuwirken, schien v. a. dann relevant zu sein, wenn die Supplikanten eine Körperverletzung bzw. Tötung als Notwehr darstellten und damit versuchten, die Schuld auf das Opfer zu schieben. Die negative Beschreibung des Opfers und die Behauptung, aus Notwehr gehandelt zu haben, gingen daher Hand in Hand.¹¹⁸⁴ Diese Argumentation konnte aber nur

¹¹⁸⁰ LUDWIG (2008a), S. 182.

¹¹⁸¹ LUDWIG (2008a), S. 193. Zu den prozessualen Gewalthandeln siehe ferner Kapitel 6 der vorliegenden Arbeit.

¹¹⁸² SCHWERHOFF (1999), S. 93.

¹¹⁸³ Siehe Abschnitt 5.1.3. der vorliegenden Arbeit.

¹¹⁸⁴ LUDWIG (2008a), S. 192f. S. Pohl wies nach, dass die Argumentation der meisten Täter sich stark an

vorgebracht werden, solange das Verfahren noch andauerte, der Verdächtige sich in Haft befand, aber noch ein endgültiges Urteil über seine Schuld noch nicht gefällt worden war.

Zunächst ist zu bemerken, dass die Behauptung der geringen Schuld bzw. der Notwehr mit der während des Verfahrens andauernde Untersuchungshaft als ein Argument zusammenhing. Die Verhaftung war ein wichtiger Bestandteil des Strafprozesses. Der Täter wurde anschließend normalerweise ins Gefängnis gebracht und in Untersuchungshaft gehalten.¹¹⁸⁵ Hierbei ist die Tatsache bemerkenswert, dass es einen Spielraum für Bittgesuche gab, weil „kein System oder keine juristische Handlungsstrategie für den Umgang mit Klagen über die Haftbedingungen“ existierte.¹¹⁸⁶

Besonders in Bittschriften von Familienmitgliedern des Delinquenten werden immer wieder das Argument der Schuldlosigkeit des Inhaftierten mit den schlechten Haftbedingungen als weiteren Grund für eine baldige Freilassung miteinander verknüpft. Letzteres umfasst v. a. die Sorge um den gesundheitlichen Zustand des Gefangenen und dessen vielfach unzureichende Ernährung.¹¹⁸⁷ [Nr. 395] In der Bittschrift für Hans Klinger, der 1630 wegen der Verletzung seines Hauswirtes festgenommen worden war, bat seine Mutter darum, dass man ihren Sohn aus der Haft freilasse, da er aus Notwehr gehandelt habe¹¹⁸⁸ und sie außerdem nicht für seinen Unterhalt im Gefängnis aufkommen könne: *„auch von dem gefengnus erledigen, dann ich eine arme fraw vnd ihn mit keinen gelde helfen kan. Verhoff E. E. vnd Hochachtb.*

der Notwehr orientierte. POHL (2003), insbesondere S. 249.

¹¹⁸⁵ HÄRTER (2000a), S. 468-471. Zur strafrechtlichen Entwicklung der Untersuchungshaft (v. a. in Kursachen) LUDWIG (2003), S. 103-108; LUDWIG (2008b).

¹¹⁸⁶ LUDWIG (2003), S. 108.

¹¹⁸⁷ HÄRTER (2000a), S. 471; LUDWIG (2008a), S. 210.

¹¹⁸⁸ Siehe auch Abschnitt 5.5.2. der vorliegenden Arbeit.

*werden meine noth ansehen vnd meinen sohn gnad erzeigen wird, damit er erlediget vnd nicht mit der schweren noth im gefengnis etwan vberfallen, großgonstig anordnung machen“.*¹¹⁸⁹

[Nr. 120] Ganz ähnlich wies die Schwester von Abraham Spindler, der als ein Mittäter bei einem Tumult von 1601 verhaftet wurde, auf den schlechten gesundheitlichen Zustand ihres Bruders während der Haft hin: *„wie mein bruder Abraham Spindler des entstandenen tumults wegen incarcerirt vnd gefangen liegen, auch in gefengnis kranck worden, vnd etlich mahl in ohnmacht gefallen sein soll“.*¹¹⁹⁰ Darüber hinaus befürchte sie sogar, dass Abraham Spindler als Folge einer Krankheit verhungern könnte:

*„Als bin ich durch schwesterliche liebe bewogen worden, E. E. W. mit diesen schreiben demütigk vnd fleißig zu ersuchen vnd zu bitten, sie wolle doch vnbeschwerdt wegen seiner kranckheit nachfrag[en] laßen, vnd ihn, damit er als ein blutarmer mensch, nicht eine große langwirige kranckheit vberkom[m]en vnd denn hungers sterben muste, außm bösen gefengknus heraus zu setzen befehlen“.*¹¹⁹¹

Diese hier vorgetragenen Bedenken zu den schlechten Haftbedingungen führten ferner zu dem Argument, dass die Untersuchungshaft selbst als Teil der Strafe angesehen werden müsse.¹¹⁹² Dies zeigt sich im folgenden Beispiel. [Nr. 235] Nachdem Georg Rudel 1613 wegen mehrmaliger Gewalttaten verhaftet worden war, behauptete sein Vater, dass der Angegriffene nicht schuldlos war, sondern sein Sohn ernsthafte Gründe

¹¹⁸⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 395, fol. 6r. Zu den finanziellen Belastungen für Angehörige der Inhaftierten vgl. auch LUDWIG (2008a), S. 210.

¹¹⁹⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 46r. Siehe auch Abschnitt 5.4.1. der vorliegenden Arbeit.

¹¹⁹¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 46v.

¹¹⁹² Auf der landesherrlichen Ebene LUDWIG (2003), S. 111; LUDWIG (2008a), S. 209.

für sein Handeln hatte.¹¹⁹³ Davon ausgehend erklärte der Vater anschließend, dass „*meines erachtens mein sohn wegen dieser verbrechung mit der langwirigen gefengnis in diesen kaltes vndt schwerlichen zeiten gnugsam gestraffet [wurde]*“¹¹⁹⁴ und er daher aus dem Gefängnis freigelassen werden solle.¹¹⁹⁵

Verweis auf strafrechtliche Normen

In Bezug auf den oben erkennbaren Zusammenhang zwischen dem Anliegen der Freilassung aus der Haft einerseits und der Erklärung des Notwehrversuchs andererseits lässt sich nun von dem Hinweis von U. Ludwig ausgehen: „Die Möglichkeit der Befreiung aus der Untersuchungshaft war eng mit dem Verständnis verknüpft, dass die Beklagten die eigene Verteidigung am besten außerhalb der Haft vorbereiten konnten. [...] Auf diesen Zusammenhang verwiesen mitunter auch die Beklagten selbst bzw. ihrer Angehörigen in prozessbegeleitenden Suppliken“. ¹¹⁹⁶ Das Argumentieren mit dem Topos der Notwehr in Suppliken war eindeutig von juristischen Kenntnissen geprägt. ¹¹⁹⁷ Notwehr bzw. Defension wurde in zeitgenössischen juristischen Debatten intensiv diskutiert. ¹¹⁹⁸ In der Wahrnehmung von Gewalttaten als prozesshaftes Handeln zeigt sich ein Schnittpunkt zwischen dem sozialen Umfeld des Beschuldigten und den juristischen Normen. Es ist allerdings auch

¹¹⁹³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 13r.

¹¹⁹⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 13v. Die entsprechende Beschreibung der schlechten Haftbedingungen findet sich auch in einer Bittschrift, die der Leipziger Bürger Huldereich Groß für den wegen einer Schlägerei 1650 verhafteten Kaufdiener einreichte. In der wurde das Gefängnis als „*malae mansioni*“ beschrieben. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 563, fol. 1r. Siehe ebenso StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 143, fol. 18r: „*wir dinstlich vnndt demutig ansuchen, vnd ihne den gefangenen treulich verbieten, ihne, weil er durch solche langwirige verhafft vnsers verhoffens (nicht mit wenigem abbruch seiner gesundtheit, vnd verderb seiner nahrung) genugsam gebueset*“.

¹¹⁹⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 14r: „*die herren wollen meinen sohn aus der gefenglichen hafft erledigen, mir ihn wider zu meinen brott vnd behausung auf freien fuß stellen*“.

¹¹⁹⁶ LUDWIG (2008b).

¹¹⁹⁷ Vgl. auch LUDWIG (2008a), S. 192. Ludwig wies jedoch darauf hin, dass die Argumentation auf der landesherrlichen Ebene nicht juristisch geprägt war.

¹¹⁹⁸ Siehe Kapitel 3 der vorliegenden Arbeit.

kaum zu übersehen, dass die Verfügbarkeit von juristischem Wissen stark von den jeweiligen Supplikanten oder den Verfassern einer Bittschrift abhing.¹¹⁹⁹

[Nr. 400] Das Heranziehen von juristischen Kenntnissen wird deutlich im Falle zweier Bittschriften von Magister Abharam Bartolus, die er für seinen Schwager Daniel Strobel einreichte.¹²⁰⁰ Während sich die erste Schrift vom 9. Februar¹²⁰¹ überwiegend auf eine positive Darstellung von Strobel konzentrierte, schilderte die zweite Schrift vom 22. Februar die Tatumstände ausführlicher, da der Supplikant in der Zwischenzeit mehr darüber in Erfahrung hatte bringen können. Der Hauptpunkt seiner Erklärung wurde von verschiedenen lateinischen Fachworten geprägt und lag auf der ungewollten Beteiligung Strobels an dem Tumult, denn er sei „*mehr casualiter alß ex proposito, & data opera zu dem tumult kom[m]en*“. ¹²⁰² Außerdem behauptete der Supplikant, dass

„*er Strobel weder author dieses tumults, vnd auspfeiffens, noch jemahl gegen breuttigam oder brauth einige feindschafft gehabt, dieselben beyde, auch nicht recht gekennet, [...] sondern das er vielmehr ex improviso durch die, im angegangenen, vnd ihn alß einen trunkenen vnvermeinet vberfallenden tumult, empfangene schlege in dem tumult wieder die beleidiger, nicht aber wieder breuttigam, vnd brauth, die schon anfangs bey der kirchen vnter dem gedrengte sich verlieffen, concitiret worden*“. ¹²⁰³

Damit betonte der Supplikant den Gegenwehrversuch des Beschuldigten und bat schließlich um dessen Freilassung aus der Haft. ¹²⁰⁴

¹¹⁹⁹ Siehe dazu die quellenkritischen Bemerkungen zu Bittschriften in Abschnitt 5.1.2. der vorliegenden Arbeit.

¹²⁰⁰ Zu diesem Fall siehe Abschnitt 5.4.1. der vorliegenden Arbeit.

¹²⁰¹ Diese Schrift wurde zusammen mit dem Dienstherrn Matthäus Pleiß verfasst und eingereicht. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 15r-15v. Siehe auch oben.

¹²⁰² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 20r.

¹²⁰³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 23r.

¹²⁰⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 23r: „*sie werden, vnd wollen ihme mit dieser bißhero in die drey wochen erlittenen gefengnuß straff, vnd seinen zuvorhin auch empfangenen guthen*

Diesen Argumenten sowie dem Anliegen entsprach auch die Bittschrift, die bereits am 20. Februar im Namen des Beschuldigten Daniel Strobel eingereicht worden war. Darin legte er dar, dass

*„ich der anfänger (weil bey der Vniversitet solche erfunden worden) nicht gewest, habe zeit meines lebens mit brautt vnd breutigam keine kundtschafft gehabt, kenne auch keines, sondern ich weiß nicht, wie ich aus trunckenheitt dahin kommen, habe auch animum jnjurandi oder tumultuandi niemals gehabt, werde deßwegen durch zeügen nimmer mehr vberführet werden können, wz ich gethann haben mag, ist geschehen animo defendendi“.*¹²⁰⁵

Strobel forderte, gestützt auf Rechtstraktate wie das von Hippolytus Marsilius, die sorgfältige Untersuchung des Vorfalles, damit seine Defension und Unschuld festgestellt werden könne,¹²⁰⁶ und verwies in diesem Zusammenhang zudem auf den Art. 47 der Carolina.¹²⁰⁷ Schließlich bat er um eine Ausweitung der Zeugenbefragung, damit die Wahrheit über den Vorfall ans Licht käme und er aus der Haft entlassen werden könne:

„mein vnterdinstliches bitten, sie geruhen großgünstig vber dießen handel, weitere erkündigung einzihen, vnd noch etliche zeugen abhören zu laßen, vnnd mihr zur ausführung meiner vnschuld beförderlichen zu sein, damit ich durch vnrecht nicht beschweret, sondern vor vnrechter gewalt befreyet, vnnd vber daß albereit

stossen dimittiren, vnd wiederumb auffm freyen fuß stellen“.

¹²⁰⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 21r-21v.

¹²⁰⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 21v: *„Dieweil aber gleichwohl ad iudicis officium id ipsum pertineat, ut de defensione ac innocentia captivi diligentissime inquirat, etiamsi reus perire festinaret, seq[ue] nollet defendere, prout egreg. est text: [...]“.*

¹²⁰⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 22r: *„Intantum, ut si captiv[us] ei[us]ve agnati forsitan per pauperiem sumlus ad testium productionem necessarios facere nequirent, cautum sit, ut ex publico impensae persolvantur. Carol: Quint: Imp: in sua constit: Crimin: C. 47 vide etiam Hippol: de Marsil: in pract: Criminal. § nunc videndum num 7. et 8“.*

*erliddene gefängnüß weiter nicht beleget, vnd diß schreiben ad acta gebracht werden moge“.*¹²⁰⁸

Zweifelsohne wurde die Schrift von Daniel Strobel mit Hilfe eines Advokaten verfasst. Auf dessen Beteiligung wurde in einer späteren Schrift vom 28. Februar hingewiesen, in der der Beschuldigte die oben beschriebenen Argumente wiederholte.¹²⁰⁹

Dass diese Bemühungen um die Anerkennung der Defension zum Erfolg führten, lässt sich an der Urteilsanweisung des Schöffentuhls ablesen. Daniel Strobel sollte mit zwei Jahren Landesverweis milder gestraft werden, als der andere Beschuldigte Hans Scheibe, der für drei Jahre des Landes verwiesen wurde.¹²¹⁰

Ferner ist bemerkenswert, dass die Supplikanten relevante strafrechtliche Normen, v. a. die kursächsischen Konstitutionen, als ein Argument vorbrachten, um ihre Behauptung zu untermauern, dass sie aus Notwehr gehandelt hätten und somit keine Schuld tragen würden. Dies zeigt sich exemplarisch im folgenden Beispiel. [Nr. 293] Am 21. Januar 1619 verletzten zwei stadtfremde Handwerksgesellen zwei Leipziger Studenten und wurden daraufhin verhaftet. Am 9. März wurde dem Stadtgericht eine Bittschrift vorgelegt, die die Verwandtschaft des einen Beschuldigten, Sigmund Görlitz, für ihn verfasst hatte.¹²¹¹ Diese Bittschrift wurde – nach dem Inhalt und der Handschrift zu urteilen – vermutlich von einem Schreiber oder einem Rechtsgelehrten verfasst. Die Supplikanten hatten in Erfahrung gebracht, dass *„eß [...] auch Gott lob, mitt dem*

¹²⁰⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 22r.

¹²⁰⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 24r: *„die acta durch einen Advocaten in meiner gegenwarth“.*

¹²¹⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 45v-46r. Siehe auch Abschnitt 5.5.1. der vorliegenden Arbeit. Die härtere Bestrafung gegen Hans Scheibe lag vermutlich daran, dass: *„Hanß Scheibe ercleret [...], das er keine defension zuführen wiße, welches vmb nachrichtung anhero registrirret worden. Actum ut supra [11. März 1630]“.* StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 400, fol. 44r. Siehe auch StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1629 (Reinschrift), fol. 7v.

¹²¹¹ Diese Bittschrift war am 1. März in Halle verfasst worden.

vulnerato gahr keine lebenß gefahr mehr habenn [soll]“.¹²¹² Sie hoben weiterhin die Provokation durch einen der Studenten hervor, der „*neben seinen consorten, tempore nocturno vor deß custodirten losament kommen, vnndt ihn sampt seiner gesellschaft, ohne einige vorgehende gegebene vhrsach, mitt vielen injuriosischen vnndt ehrenverletzlichen Worten gahr starck provociret vnndt außgefordertt*“ habe.¹²¹³ Die Supplikanten stritten zwar die Körperverletzung nicht ab, es sei jedoch

„vnßer sohn bruder vnndt freunt einigen abtrag dieserwegen zue machen nicht schuldigk nach klarem inhalt der Churfurstlichen Sächsischen Constitution. 4. constitut. 10. Worunter dan nicht allein daß jenige, waß dem vulnerato pro curatione damno & expensis gebüerett, vorstanden, sondern auch die poena vel mulcta pecuniaria Magistratui debita, comprehendiret wirdt, Moller. ad. d. constit. Elect. n. 10“.¹²¹⁴

Zuletzt baten die Supplikanten darum, „*Sigmund Görlizen der custodi zue endtledigen, vnnd vf freyen fueß stellen zue laßen*“.¹²¹⁵

Am selben Tag (9. März) wurde eine weitere Schrift vom Stadtrat an das Stadtgericht übergeben, die bereits am 6. März im Namen der beiden Verhafteten verfasst worden war.¹²¹⁶ Dies wurde aber stark vom Verfahren vom 2. März beeinflusst. Sigmund Görlitz äußerte vor Gericht,¹²¹⁷ dass er keine Antwort auf die inquisitionalen Artikel

¹²¹² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 33v.

¹²¹³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 33v-34r. Ähnliche Erklärungsmuster hat U. Ludwig bereits vorgestellt: LUDWIG (2008a), S. 192f. Anders als bei ihren Beispielen wurde hier allerdings ein deeskalierendes friedliches Verhalten des Beschuldigten kaum erwähnt.

¹²¹⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 34r. Zum entsprechenden Artikel der kursächsischen Konstitutionen siehe CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 119f. Zum Kommentar von Moller siehe MOLLER (1612), S. 543.

¹²¹⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 34v.

¹²¹⁶ Der Eingang der Schrift wurde vom Stadtgericht als „*Registratura I*“ vermerkt. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 32-32v.

¹²¹⁷ Auch der Mittäter Frank Werdeman erschien dort und äußerte Ähnliches. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 30r-31v.

geben wolle, „*ehe vndt zuuor er relaxationem carceris erlanget*“.¹²¹⁸ Dies sei ihm „*von seinem lieben vndt vornehmen freunden nach neulicher zeit in einen schreiben befohlen worden, vnndt [...] er [dürfe] ohne deren rath vnndt ein bewilligung nichts thun*“.

Zweitens hätten „*ihm auch dieses seine Advocaten alß herr D Jungerman vnndt herr D Ranzeli[us] [sic!] geraten, thette suchen das er zuuor der gefengniß mochte entlediget werden, wolte sich alß dan zu ercleren wißen, was er gethan hatte wehre zue seiner defension geschehen*“.¹²¹⁹ Es ist daher offensichtlich, dass auch diese Schrift von juristischen Kenntnissen geprägt war und auch inhaltlich entsprach sie weitgehend der Bittschrift der Verwandtschaft. Beide sollten die geringe Schuld der Angeklagten verdeutlichen und dessen Freilassung aus der Haft bewirken. Dazu führten sie insgesamt zwölf Punkte an, stützen sich aber hauptsächlich auf zwei Argumente: Erstens habe der verwundete Student eine Wehre bei sich getragen und die beiden Angeklagten Görlitz und Werdemann damit provoziert und herausgefordert.¹²²⁰ Zweitens hätten auch andere Personen an dem Scharmützel teilgenommen,¹²²¹ weshalb der genaue Sachverhalt¹²²² und die Ursache der Verwundung¹²²³ unklar seien. Von der Provokation des Studenten ausgehend verwiesen sie auf die grundlegende Regel, dass der jeweils Provozierte nicht bestraft werden müsse, auch wenn er den

¹²¹⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 293, fol. 28r-28v.

¹²¹⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 293, fol. 28v-29r.

¹²²⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 293, fol. 36r: „2. *Sich auch bey gehaltener erkundigung soviel wirdt befunden habenn, das der verwundete nichtt alleine gewesenn, sondern ezliche mitt bloßen wehren vf der gaßenn bey sich gehabt, in die steine gehauenn. 3. Vnndt wir aus dem hauße mitt ehrenrührieges wortten provociret vndt ausgefordert worden*“.

¹²²¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 293, fol. 36r: „4. *Darauf wir beyde nichtt alleine, sondern neben vnß noch andere mehr sich zue dem provocanten hienunder begebenn, vndt ein scharmützell entstandenn*“.

¹²²² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 293, fol. 36v: „5. *Wie dann auch besage beygefügtten instruments sub A. der verwundete solches nichtt allein selbstenn bezeugt*“.

Hierbei wurde also das Protokoll der Befragung des verwundeten Studenten Zacharias Walter hinzugezogen. Siehe dazu ebd., fol. 39r-43r.

¹²²³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 293, fol. 36r-36v: „6. *Besondern auch ferner bekennet, das er nichtt wißenn könne, wer ihn gestochen habe*“.

Provokateur verwundet habe.¹²²⁴ Auch diese Bittschrift der Angeklagten verwies, genauso wie die Bittschrift der Verwandtschaft, sowohl auf den Art. X der kursächsischen Konstitutionen¹²²⁵ als auch auf die entsprechenden Artikel von Rechtstraktaten wie etwa demjenigen von Daniel Moller.¹²²⁶ Schließlich baten die Angeklagten aufgrund ihrer Unschuld an der Verwundung aus dem Gefängnis freigelassen zu werden.¹²²⁷ Obwohl die vorgebrachten Argumente auch dem Stadtgericht plausibel zu sein schienen, wurde diese Bitte der Angeklagten nicht sofort vom Stadtgericht angenommen. Deshalb wurde am 9. März erneut eine Bittschrift im Namen der zwei Verhafteten eingereicht, in der die oben beschriebenen Argumente in einer ähnlichen Weise wiederholt wurden.¹²²⁸

Dass die kursächsischen Konstitutionen eingesetzt werden konnten, um das Argument der Notwehr zu untermauern, zeigt sich ebenso im folgenden Beispiel. [Nr. 168] Am 20. April 1608 tötete der Leipziger Riemergeselle Hans Plancke einen Gesellen, der von außerhalb in die Stadt gekommen war. Tags darauf reichte sein Meister Jacob Osterreicher eine Bittschrift ein. Der Supplikant ging von einem prozessualen Charakter des Gewalthandelns aus, denn er hob erstens das provozierende und schmähende Verhalten des Opfers hervor und stellte damit die Gewalttat des

¹²²⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 36v: „8. Zu deme den gemeinen beschrieben rechtten gemeeß, quod si provocatus aliquem vulneret vel verberet, omnino puniri non debeat“.

¹²²⁵ Zu diesem Artikel siehe Abschnitt 3.2.2. der vorliegenden Arbeit.

¹²²⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 36v-37r: „9. Vnndt in Churfl. Sächß. Constitution 10 p. 4. austrücklich versehenn; Daß der ieniege, so vf vorgehende ehrenverlezliche ausforderung iemandts verlezet oder verwundet, einiegen abtragk zugeben nichtt schuldig sein solle. 10. Adeo ut provocatus, ne quidem ad soluendas expensas in curando vulnere factas, teneatur post Dan. Moll. ad d. const. 10. n. 6. Matth. Perl. conclus. pract. p. 4. conclus. 17. n. 5“.

¹²²⁷ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 37r: „11. Derowegenn wir, als die der verwundung nichtt gestendig vndt nichtt beschuldieget, vielweniger überwiesen sein, mitt so langwüriegem gefengknüis nicht zuebelegenn“.

¹²²⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 49r-51v. Auch diese Schrift war von den Ratschlägen der Advokaten geprägt. Das Protokoll der Gerichtsverhandlung wurde als „Registratura 2“ bezeichnet. Ebd., fol. 46r-47v. Der Ausgang des Prozesses und das Urteil sind leider nicht überliefert.

Beschuldigten als unvermeidliche Antwort auf die Ehrverletzung dar.¹²²⁹ Die Argumentation zielte offensichtlich nicht auf eine bloße Strafmilderung ab, sondern sollte die Unschuld des angeklagten Hans Plancke hervorheben. Der Supplikant betonte mehrfach in der Bittschrift, dass es sich um einen „*casus neccessione defensionis*“ gehandelt habe und das peinliche Verfahren gegen den Beschuldigten gemäß den kursächsischen Konstitutionen einzustellen sei.¹²³⁰ Diese Forderung und auch die Darstellung des provokanten Verhaltens des Opfers kamen in der zweiten Schrift nicht mehr vor, sondern es ging ausschließlich um das Leumundzeugnis des Beschuldigten.¹²³¹ Angesichts der Tatsache, dass diese zwei Bittschriften innerhalb von zwei Tagen eingereicht wurden, kann man zumindest sagen, dass die Supplikanten verschiedene plausible Argumente ergänzend vorbrachten, um die Gnadenwürdigkeit des Delinquenten noch zu verdeutlichen.

In der nächsten Bittschrift spielten allerdings die Darstellung des provokanten Verhaltens des Opfers nahezu keine Rolle mehr, obwohl dies den Aussagen der Tatzeugen entsprach. Auch die Forderung, das Gerichtsverfahren einzustellen, taucht nicht mehr auf.¹²³² Angesichts dessen kann man sagen, dass die Supplikanten das

¹²²⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 15r-15v: „gedachter Christoff Hör l, zur viel vntterscheidenen mahlen in mein haus kommen, genanten Hansen Blancken zum hefftigsten injurirt, vndt zum kampff provociret, auch mitt schmeihen vndt schelkten, vor einen schelm, dieb vnd dergleichen nicht ehe ablassen wollen, bis so lange Blancke mit ihme hinaus gehen gehen vndt sich mitt ihme balgen müssen. [...] weill mehrgenanter mein geselle, Hans Blancke, sich von solcher prouocation, vnd kampff, gantz vndt gar nicht entbrechen mögen, besondern fast gedrunge n vnd getzwungen mitt dem entleibten hinaus gehen, vnd sich balgen müssen, also, das die begangene nothwehre, am hellen tage“.

¹²³⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 15v: „so will ich hoffen, E. Herligk vndt G. werden in betrachtungk dessen allen, sonderlichen aber das die legitima defensio in allen rechten zuegelassen, auch die Churf. Constitution, wan sie geburlichen erwiesen werden magk, quitam hoc in casu fieri potest, solche nachgeben thut, solchen angefangenn peinlichen termin, grosgunstighen einstellen vndt, peinlichen anclägern dahin haltten, das er seine anclage schriftlich möge einbringen, vndt der angeclagte mit seiner notturfft auch gehört wurde“. Hier ist vermutlich der Art. VIII des vierten Teils gemeint. CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 119.

¹²³¹ Zu dieser nächsten Bittschrift vom 22. April 1608: StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 9r-11v. Dafür unterschrieb der Meister Jacob Osterreicher selbst. Siehe Abschnitt 5.4.1. der vorliegenden Arbeit.

¹²³² Zu dieser nächsten Bittschrift vom 22. April 1608: StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol.

Argumentieren mit der Notwehr (trotz des Heranziehens von Strafnormen) hierbei für nicht absolut erfolgreich oder sogar gewagt hielten.¹²³³

In diesem Abschnitt kann man Folgendes festhalten: Der Tatsache entsprechend, dass die Untertanen während eines Gerichtsverfahren in der Stadt (nämlich noch vor der Festlegung der Schuld der Beschuldigten) Bittgesuche einreichen konnten, handelte es sich dabei überwiegend um die Freilassung aus der Untersuchungshaft und um die Beharrung auf die Notwehr der Beschuldigten. Im Hintergrund dieses Anliegens standen zum einen die zeitgenössische Wahrnehmung über den prozessualen Gewalthandel und zum anderen die entsprechenden Vorschriften der Strafnormen.

5.5. Supplikationen als Mittel zur Strafmilderung?

Im vorhergehenden Abschnitt 5.4. wurde bereits festgehalten, dass ein einzelner Delinquent oder sein soziales Umfeld verschiedene Argumente in Supplikationen vorbringen konnte, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Zunächst ist aber auch zu fragen, ob mit Suppliken überhaupt eine Strafmilderung oder -umwandlung erreicht werden konnte. Diese Frage ist im Kontext der Aktualisierung sozialer Kontrolle durchaus wichtig, denn „[d]as Moment der sozialen Kontrolle spielte auch bei den Suppliken, die auf eine Begnadigung – die Minderung oder Umwandlung einer Sanktion – abzielten, eine prominente Rolle“.¹²³⁴

Im Folgenden wird der Schwerpunkt überwiegend auf die in den Strafsakten überlieferten Urteilsanweisungen des Schöffentuhls sowie auf die Urteils- und Strafpraxis des Stadtgerichts gelegt. Der erste Grund dafür ist, dass die Einflussnahme

9r-11v. Dafür unterschrieb der Meister Jacob Osterreicher selbst. In dieser Bittschrift ging es hauptsächlich um das Leumundzeugnis des Beschuldigten. Siehe Abschnitt 5.4.1. der vorliegenden Arbeit.

¹²³³ Siehe auch Abschnitt 5.5.1. der vorliegenden Arbeit.

¹²³⁴ HÄRTER (2005a), S. 258.

via Supplikationen auf der städtischen Ebene nicht nur nach dem Urteilsspruch entfaltete, sondern vielmehr schon während des Strafverfahrens erfolgte.¹²³⁵ Zweitens sind mögliche Änderungen der Strafe nach dem gefällten Urteil meistens leider nicht überliefert.

5.5.1. Erfolg der Suppliken und Bedeutung der Strafmilderung oder -umwandlung

Aushandeln via Supplizieren

In Bezug auf das Verhältnis zwischen der Strafpraxis und der Supplikation ist in der Forschung umstritten, ob die Supplikation als ein Mittel des Aushandelns von Sanktionen zu verstehen ist.¹²³⁶ C. A. Hoffmann hat versucht, am Beispiel Augsburgs nachzuweisen, dass sich nur diejenigen Bittschriften, die eine (außergerichtliche) Aussöhnung mit der Opferpartei oder eine Wiederaufnahme des Delinquenten in die Gesellschaft anstreben, als Teil der Urteilsfindung beschreiben lassen und alle sonstigen Bittschriften „ohne weiteren substanziellen Inhalt“ nur als ein reines Ritual zu werten sind.¹²³⁷ Für Hoffmann gibt es somit keinen Spielraum für ein Aushandeln des Strafmaßes. Kritisch hat B. Rehse dazu bemerkt:

„Das Supplizieren als ein Mittel des Aushandelns zu begreifen, dies ist ein Ansatz, der auch auf Gnadenbitten um Straferlass bzw. -milderung zu beziehen ist. Dieser interaktive Ansatz verspricht mehr Erkenntnisgewinn, als beispielsweise der These von Carl A. Hoffmann nachzugehen, nach der das Supplizieren zu einem Ritual verkommen sei, welches keine Bedeutung mehr habe“.¹²³⁸

¹²³⁵ U. Ludwig hat schon am Beispiel der kursächsischen Stadt Freiberg nachgewiesen, dass die Mehrheit der Begnadigungen durch den Stadtrat schon vor der Festlegung eines Urteils erfolgt waren. LUDWIG (2008a), S. 155. Siehe auch den Fall in Abschnitt 5.3. der vorliegenden Arbeit.

¹²³⁶ Zu dieser Problematik stütze ich mich auf den Überblick von REHSE (2008), S. 44-47.

¹²³⁷ HOFFMANN (2004).

¹²³⁸ REHSE (2008), S. 44, Anm. 96.

Andere Forscher konnten also den Spielraum bezüglich des Strafmaßes in ihren Studien nachweisen. K. Härter hat etwa betont, dass gerade die Flexibilität der frühneuzeitlichen Strafnormen die Grundvoraussetzung für erfolgreiches Supplizieren darstellte und eine flexible Strafumsetzung bzw. Bestrafung erlaubte.¹²³⁹ Befunde von G. Schwerhoff über einen Tötungsfall aus der kursächsischen Stadt Dresden bestätigen die Annahme der Möglichkeit des Aushandelns des Strafmaßes.¹²⁴⁰ An anderer Stelle hat er festgestellt, dass „[d]ie von Gerichten und Obrigkeiten verhängten Strafen [...] folglich nicht lediglich Ausfluß der Anwendung bestimmter Rechtsnormen, sondern entscheidend auch von sozialen Interaktionsprozessen determiniert [sind]“. ¹²⁴¹ Die vorliegende Untersuchung untermauert die These der prinzipiellen Möglichkeit zur Aushandlung des Strafmaßes,¹²⁴² da sich auch bei Gewaltdelikten von Jugendlichen in Leipzig eine gewisse Flexibilität bei der Bestrafung feststellen lässt.¹²⁴³

Suppliken als Bestandteil der Urteilsbegründung

Das in Abschnitt 5.3. geschilderte Beispiel zeigt schon, dass bei der Urteilsfindung des Schöffentuhls die einzelnen Tatbestände, die Person des Täters und auch die Suppliken mit berücksichtigt wurden. Es gibt sogar einige Fälle, in denen das Urteil des Stadtgerichts z. T. von der Urteilsanweisung des Schöffentuhls abwich und als Grund

¹²³⁹ HÄRTER (2005a). Auch H. Rudolph hat den Kommunikations- und Aushandlungsprozess zwischen der Obrigkeit und den Untertanen am Beispiel Osnabrücks nachgewiesen. RUDOLPH (2005).

¹²⁴⁰ SCHWERHOFF (2013/ 2015), S. 207f. Ähnliche Hinweise über städtischen Strafverfahren finden sich in EIBACH (2004), S. 199-204.

¹²⁴¹ SCHWERHOFF (2002b), S. 289. Dies entspricht auch dem Hinweis von F. J. Arlinghaus, nach dem das Urteil sich „als letzten [sic!] Konsequenz eines unter Beteiligung verschiedenster Institutionen und Personen bereits vor geraumer Zeit in Gang gesetzten Procederes“ darstellte. ARLINGHAUS (2004), S. 157.

¹²⁴² Zur Affinität zwischen dem Aushandeln („negotiation“) und der (hier behandelten) sozialen Kontrolle, SPIERENBURG (2004), S. 17.

¹²⁴³ Siehe Kapitel 3 der vorliegenden Arbeit.

dafür die vor dem Stadtgericht vorgebrachten Suppliken genannt wurden.¹²⁴⁴ [Nr. 168]

Ein Totschlagssfall von 1608 weist eine unverkennbare Ähnlichkeit mit diesem Fall auf. Der Riemergeselle Hans Plancke aus Leipzig hatte den Riemergesellen Christoff Herla aus Mählen nach einem Streit getötet. Laut Aussagen der Zeugen hatte das Opfer den Beschuldigten sowie andere Anwesenden zuvor heftig beleidigt. Demzufolge erkannte der Schöffentuhl die Tat des Beschuldigten als eine Verteidigung seiner Ehre an und entschied, dass der Beschuldigte nicht mit der Todesstrafe oder einer Leibesstrafe bestraft werden sollte, sondern nur mit einem zeitlichen Landesverweis.¹²⁴⁵ Obwohl dieses Urteil offensichtlich den kursächsischen Konstitutionen entsprach, wandelte das Stadtgericht den Landesverweis ausdrücklich auf das Bittgesuch des Riemerhandwerks hin in eine Geldstrafe von 20 Gulden um.¹²⁴⁶

Das Stadtgericht ging scheinbar davon aus, dass der Beschuldigte wieder in den Handwerkerkreis integriert werden würde.¹²⁴⁷ Dem Verurteilten selbst war die positive Bedeutung der Strafumwandlung durchaus bewusst. So legte er am Tag des Urteilsspruchs eine Schrift vor, mit der er seine Dankbarkeit über die Strafmilderung ausdrückte, weil die Umwandlung in eine Geldstrafe sowohl für ihn selbst als auch für das Handwerk keinen Nachteil darstellte.¹²⁴⁸ Trotzdem stellte er sich anschließend als

¹²⁴⁴ Die städtischen Instanzen (der Rat und das Stadtgericht) besaßen eine Befugnis, den Suppliken des sozialen Umfelds entsprechend eine Strafe zu mildern oder in eine andere Strafart umzuwandeln. Siehe dazu Abschnitt 2.1.2. der vorliegenden Arbeit, insbesondere die dort zitierte Rechtfertigung des Stadtrates aus dem Jahr 1651.

¹²⁴⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, fol. 13r: „wegen dero an Christoff Herla von der Igla aus Mähren begangenen vnd bekanten entleibungen, an leib, oder leben, nicht zustraffen. Er wirdt aber derowegen, mit zeitlicher landes vorweisung, billich gestrafft“. Zur Grundlage dieser Beurteilung ist auf den Art. 10 der kursächsischen Konstitutionen zu verweisen. CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 119f. Gerade diese Urteilsanweisung des Schöffentuhls wurde in der Literatur von Daniel Moller zitiert. MOLLER (1612), S. 543.

¹²⁴⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, fol. 17r: „Auff bitten des gantzen riemer handwergks ist dem delinquenten die landes verweißung geschengkt vnd zwantzigk gulden zur straffe geben mußten. Actum den 27. Apr. A[nno]. 1608“.

¹²⁴⁷ Das Riemerhandwerk bat die Strafumwandlung, damit dies gewährleistet werden konnte. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, fol. 9v-10r. Siehe auch Abschnitt 5.4.1. der vorliegenden Arbeit.

¹²⁴⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, fol. 8r: „das es mir zue einer gelinden geldtstraffe

unfähig dar, die entsprechende Summe aufzubringen und begründete das mit seiner schlechten wirtschaftlichen Situation.¹²⁴⁹ Es ist leider keine Auskunft darüber überliefert, ob sein Wunsch nach Milderung der Geldstrafe schlussendlich vom Stadtgericht angenommen wurde.

Das Erlassen der Ehrenstrafe

In Bezug auf Praktiken der Strafmilderung oder -umwandlung nahm das Erlassen von Ehrenstrafen wie etwa das Prangerstehen, oder der Staupenschlag¹²⁵⁰ einen zentralen Platz ein.¹²⁵¹ Wie bereits in Kapitel 3 erörtert, waren sowohl bei Gewaltdelikten als auch bei Delikten von Jugendlichen verschiedene Arten der „poena extraordinaria“ vorgesehen, wie Verweisungsstrafe, Haftstrafe, Geldstrafe, Staupenschlag und Abschlagen der Hand. Insbesondere die Verweisungsstrafe, die häufig mit einer entehrenden Körperstrafe kombiniert wurde, nahm in den kursächsischen Praktiken einen dominanten Platz ein.¹²⁵² Art. XLVII der kursächsischen Konstitutionen legte fest, dass der Verweis zusammen mit dem Staupenschlag *oder* ohne ihn verhängt werden sollte.¹²⁵³ In Bezug auf den

gereichen soll, vndt mier ahn meinem handtwergk, vnd ehr nicht praeiudicirlich: So erkenne ich dies fur eine grose gnade, vndt will mier auch gebühren, solches zue allen danck anzuenehmen, vndt mich dagegen danckbarlichen zue bezeigen“.

¹²⁴⁹ StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 168, fol. 8r-8v: „*ich zwar itzo nicht in vormugen: besondern, meinen meister so sich sonstenn auch, diesfals, meiner treulich angenommen, dieselbe an meine stadt zue deponiren vnd auszulegen bittlichen vermocht, vnnd aber ich gar ein armer geselle, noch den geringsten halber oder pfenning von meinen eltern, ohne was ich durch meiner hände arbeit verdiene, zue gewarten“.*

¹²⁵⁰ G. Schwerhoff ordnete zumindest das Prangerstellen den Ehrenstrafen, den Staupenschlag jedoch eher der Körperstrafe zu. Angesichts des öffentlichen Vollzugs des Staupenschlages scheint es aber, wie Schwerhoff selbst angab, unproblematisch, auch den Staupenschlag zur Ehrenstrafe zu zählen. SCHWERHOFF (1991), S. 138-147, insbesondere S. 146f.

¹²⁵¹ HÄRTER (2005a), S. 261. U. Ludwig wies dies anhand der Erfolgsquote von Suppliken nach. Demnach wurden 80 % der verhängten Strafen „Landesverweisung mit Staupenschlag“ abgemildert. LUDWIG (2008a), S. 244, insbesondere Tab. 14.

¹²⁵² G. Schwerhoff wies dies quantitativ anhand Kölner Beispiele nach. SCHWERHOFF (1991), S. 148. Siehe auch NOWOSADTKO (1993), S. 363; SCHWERHOFF (1993), S. 165 und S. 172.

¹²⁵³ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 130f. Dies wurde auch in anderen Rechtstraktaten (z. B. von B.

Staupenschlag räumte Carpzov dem einzelnen Richter ein, die Strafe zu mildern, wenn es die körperliche Gesundheit des Bestraften beeinträchtigen würde.¹²⁵⁴ Eine flexible Anwendung der Strafen war also bereits in den Normen vorgesehen. Die Bittschriften des sozialen Umfelds des jeweiligen Beschuldigten, die oftmals seinen guten Leumund und seine Ehrenhaftigkeit hervorhoben, trugen aber zweifelsohne ebenfalls dazu bei, dass in einigen Fällen eine entehrende Sanktion vermieden werden konnte, weil „die Folgen der Strafe für den Betroffenen härter [...] als die Strafe selbst“ sein konnten, „d. h. als die eigentlichen Folgen seiner Straftat“.¹²⁵⁵ Wie G. Schwerhoff bemerkt, waren es „die Familie, die Nachbarn oder die Berufskollegen, die erfolgreich für den Delinquenten eintraten, signalisierte ihre Fürbitte doch der Obrigkeit und den Richtern den Grad an sozialer Integration und damit die Möglichkeit zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft“.¹²⁵⁶ Es liegt daher auch nahe, dass die Bitten des sozialen Umfelds auf einen Verzicht der Ehrenstrafen abzielten.¹²⁵⁷ Dies bestätigt sich nicht nur in dem in Abschnitt 5.3. geschilderten Beispiel von 1608, sondern auch in anderen Fällen. [Nr. 853] Im Mai 1611 wurde ein junger Diener namens Andreas Schenk verhaftet und beschuldigt, gegen seinen Herren Henderich Marysael seine Schusswaffe gezogen und damit bedroht zu haben. Der Schöffentuhl beschloss, dass der Beschuldigte „*offentlich eine zeitlangk vff den pranger gestalt, vndt darauff des landes ewigk billich vorwiesen*“ werden sollte, um „*anderen muttwilligen dienstboten, jeden warnungs*

Carpzov) übernommen. CARPZOV (1638), S. 197f. Siehe auch MOLLER (1612), S. 650f.

¹²⁵⁴ CARPZOV (1638), S. 196f.: „*dabey doch dem Richterlichen Ampt unbenommen/ nach Beschaffenheit der Sachen vnd Gelegenheit der Personen/ den Staupenschlag schärffter oder gelinder durch den Scharff= oder Nachrichten vorrichte[n] zulassen/ dan[n] wan[n] inquisit eine schwache Person/ oder in etwas Vnpaß oder gebrächlich were/ würde die Staupe nicht vnbillich dergestalt gelindert/ daß Inquisito an seiner Gesundheit kein Schaden zugezogen werde/ auch do Inquisitin etwan ihr Kind stillet/ demselben an seiner Nahrung kein Abbruch geschehe*“.

¹²⁵⁵ NOWOSADTKO (1993), S. 366.

¹²⁵⁶ SCHWERHOFF (1993), S. 175. Eine entsprechende Bemerkung findet sich in SCHREINER (1999), S. 318.

¹²⁵⁷ U. Ludwig zeigte am kursächsischen Beispiel auf, dass ein relativ hoher Anteil der Begnadigungen auf Zunftangehörige entfiel. LUDWIG (2008a), S. 244.

*spigell vndt exempel [zu sein], damit sie dergleich[en] freuel, wieder ihre herren vndt denen sie mit diensten zugethan, nicht auch begehen“.*¹²⁵⁸ Weil aber vier Kaufleute bereits vor der Urteilsverkündung eine Bittschrift eingereicht hatten, indem sie auf die Jugendlichkeit des Beschuldigten und seinen Willen zur Besserung hinwiesen,¹²⁵⁹ erließ das Stadtgericht ihm das Prangerstellen und bestrafte ihn nur mit dem ewigen Landesverweis.¹²⁶⁰

[Nr. 400] Ähnlich verhielt es sich in einem Fall vom März 1630, als zwei Hausknechte im Anschluss an einen Tumult bei einer Hochzeit 1630 verhaftet und beschuldigt wurden.¹²⁶¹ Der Schöffentuhl beschloss:

*„sie beide [werden] wegen ihres verübten muthwillens vndt frevels, dadurch leichtlich ein auffruhr vndt vffstand bei gemeiner Stadt erreget worden können, anfenglich eine stunde langk an pranger iedermann anzuschauen, öffentlich gestellet, vndt hernacher andern dergleichen gestellen zum abscheu, vndt zwar der haußknecht [Daniel Strobel] vff zwey, Hanß Scheibe aber vff drey jahr des landes verwiesen“.*¹²⁶²

Die Niederschrift des Stadtgerichts am 16. März 1630 lautet etwas anders. Dem einen der beiden Beschuldigten, Daniel Strobel,¹²⁶³ wurde jedoch *„[a]uff beschehene vorbitt des herren Obristen Wachmeisters herrn von Hoffkirch[en]“*¹²⁶⁴ nicht nur die Prangerstrafe, sondern auch der ewige Landesverweis erlassen. Stattdessen sollte über ihn nur ein zweijähriger Stadtverweis verhängt werden.¹²⁶⁵ In der Niederschrift des

¹²⁵⁸ StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr 853, fol. 29r.

¹²⁵⁹ Siehe Abschnitt 5.4.1. der vorliegenden Arbeit. Vgl. auch LUDWIG (2008a), S. 267f.

¹²⁶⁰ StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 853, fol. 29r: *„Exequirt mit der ewigen landes verweyßung auff bitt etzlicher kauffleuthe mitt dem pranger verschonett worden den 28 Juny A[nn]o 1611“.*

¹²⁶¹ Zu diesem Fall siehe Abschnitt 5.4. der vorliegenden Arbeit.

¹²⁶² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 45v-46r.

¹²⁶³ In dieser Niederschrift wurde der andere Beschuldigte Hans Scheibe nicht erwähnt.

¹²⁶⁴ Der Name dieses Bittstellers taucht komischerweise in dieser Stra fakte niemals auf.

¹²⁶⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 400, fol. 46r: *„hatt aber an eydes stadt angelobett, sich*

Urteils wurde zwar nichts davon erwähnt, dass sein Hausherr (und weitere Leipziger, die den Beschuldigten kannten) schon während des Verfahrens eine Bittschrift eingereicht hatten, aber das Supplizieren dürfte sich zumindest nicht negativ auf das Urteil ausgewirkt haben.

[Nr. 192] Dass der Erlass einer Ehrenstrafe und das zukünftige (verbesserte) Leben der Verurteilten miteinander zusammenhängen,¹²⁶⁶ zeigt sich in einem Fall von Körperverletzung. 1610 hatte der Bauer Jakob Kleppel beim häufigen Glücksspiel mit einem Bäcker Geselle und anderen viel Geld verloren, der Bäcker Geselle dagegen viel gewonnen. Daher griff er nach dem Spiel den Bäcker Gesellen auf der Straße an¹²⁶⁷ und wurde anschließend deshalb verhaftet. Nicht nur aufgrund des Angriffs, sondern auch wegen des vielen Glücksspiels sollte über den Beschuldigten der öffentliche Staupenschlag, das Prangerstellen mit Spielkarten als ein Exempel und ein ewiger Landesverweis verhängt werden. Aber trotz der Bitten Kleppels und seiner Verwandtschaft um Strafmilderung sowie der Beteuerung des Beschuldigten, „*dahero dieser vnfall, entstanden, vnd vorursacht, zuenthalten*“,¹²⁶⁸ wurde ihm nur der öffentliche Staupenschlag erlassen.¹²⁶⁹ In diesem Fall ist das Beharren des Stadtgerichts auf eine härtere Strafe nicht zu übersehen. Das Prangerstellen und der ewige Landesverweis blieben unverändert bestehen, obwohl die Verwandtschaft aufgrund der nicht tödlichen Körperverletzung gerade um eine mildere Strafe als den

binnen 2 jahren alhier nichtt auffzuhalt[en]. Actum den 16 Marty 1630“.

¹²⁶⁶ LUDWIG (2008a), S. 267.

¹²⁶⁷ Laut der Aussage des Zeugen Matthes Schubart hatte der Täter ihm gesagt: „*wan er alles vorspielt hett, so wolte er einen erstechen*“. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, fol. 2r.

¹²⁶⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, fol. 6r.

¹²⁶⁹ Siehe Registratur des Stadtgerichts vom 16. Juni 1610. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, fol. 6v: „*Dieweill Ein Ehrnuhe: Hochweiser Rath alhir dem gefangenen Jacob Kleppell von Stein, den zuerkandten stauppenschlagk, erlassen, so auch er, vor eine grosse gnade erkant vnd zu danck angenommen, als ist er dorauß mit kardten, wie ein spieler, behenget, öffentlich an pranger gestalt, vnd volgens des landes ewigk vorwiesen worden*“.

ewigen Landesverweis gebeten hatte.¹²⁷⁰ Der Fall Jacob Kleppels war damit jedoch nicht abgeschlossen. Obwohl er des Landes verwiesen worden war, erschien Kleppel am 2. Oktober 1610 wieder vor dem Peterstor zu Leipzig, und wurde deshalb ins Gefängnis gebracht. Er sagte aus, *„er were nicht stehlers halben herkomme, sondern, er hette noch diesen abent, nach Tzschocher, vnd, darnach vff sein dorff, do er gezogen vnd geboren, gehen wollen“*.¹²⁷¹ Das Stadtgericht beschloss gemäß der kursächsischen Konstitutionen,¹²⁷² dass *„der gefangene Jacob Kleppel vom Stein, wegen seines begangenen meyneydts, mit abhauung der förder glieder der beyden finger; damit er geschworen, anderweit des landes ewigk vorwiesen wierdt“*.¹²⁷³ Zu diesem Zeitpunkt hatte der Beschuldigte noch die Möglichkeit, ein (mündliches) Bittgesuch zu stellen und eine mildere Strafe zu erlangen. Tatsächlich habe er *„so instendiglich gebetten auch nimmer mehr dieße lande zuebetretten zuegesaget alß seint ihme auff deßend die finger geschengkt worden“*.¹²⁷⁴ Kleppel hatte vermutlich nicht nur die Aussicht auf Schmerzen und den Verlust von Teilen seiner Finger, sondern auch die Furcht vor der damit einhergehenden Stigmatisierung dazu angetrieben.

Die Möglichkeit, ein (mündliches) Bittgesuch zu stellen und so eine Strafe in eine andere umzuwandeln, lässt sich auch im folgenden Beispiel erkennen. [Nr. 101] Im Oktober 1601 wurden der Bauer Hans Sunder und der Junge Lorenz Sehler ins Gefängnis gebracht, weil Hans Sunder den Hausknecht Hans Back heftig geschlagen

¹²⁷⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, fol. 9r: *„weill der vorwundete nicht gestorben, er der thäter mit dem wesenn, da er doch sonstenn, wann der vorwundet vorstorbenn, mitt einer härtern straffe wehre vberleget worden, gestraffet werden sollen, solches, wohl vorsehenn, vndt durch fleißige bitte, bey einer andern straffe, alß des landes ewigk vorwiesenn zu sein, [...] sondern vf ferner vnnd fleißiger ahnsuchenn es zue einer geringern poen vnd straff kommen laßenn werdenn“*.

¹²⁷¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, fol. 11r.

¹²⁷² CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 131.

¹²⁷³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, fol. 11v.

¹²⁷⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, fol. 11v. Angesichts der Schrift mit anderer Hand ist diese Niederschrift wahrscheinlich ein Nachtrag vom 5. Oktober.

und ihm seine Kleidung genommen hatte, die Sehler später verkauft habe. Nach den Verhören beschloss das Stadtgericht am 21. November, dass Hans Sunder „*mit stauppen schlegen vndt ewiger landtsvorweissung in straff genommen werden*“ sollte.¹²⁷⁵ Der Staupenschlag wurde ihm jedoch erlassen, denn Hans Sunder zusagte, „*sich wied[er] den erbfeind der christen heutt brauchen zu lassen*“.¹²⁷⁶ Der Kriegsdienst selbst war eigentlich nicht als Strafe vorgesehen, wurde aber zweifelsohne in die Strafpraxis mit einbezogen und als eine Möglichkeit angesehen, eine ordentliche Strafe zu ersetzen.¹²⁷⁷ Auch dies scheint m. E. dem Beschuldigten eine Möglichkeit zum Aushandeln der Straftat bzw. des Strafmaßes geboten zu haben. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Suppliken des sozialen Umfelds meistens zu einer Milderung bzw. Umwandlung der ehrmindernden Strafen führte. Hier lässt sich ein Schnittpunkt zwischen der Obrigkeit und den supplizierenden Untertanen erkennen, denn sowohl die Untertanen als auch die Obrigkeit waren sich dessen bewusst, dass sich ein Ehrenverlust durch die Strafe stark auf das (zukünftige) Leben des Beschuldigten auswirken konnte.

5.5.2. Erfolgreiche Bittgesuche

Wie eingangs des Abschnitts erwähnt, gilt es der Frage nachzugehen, ob die Supplikation als vielversprechendes Mittel zur Strafmilderung oder -umwandlung gewertet werden kann. So gibt es in meinem Quellensample einige Fälle, in denen

¹²⁷⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 101, fol. 17v.

¹²⁷⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 101, fol. 18r. In diesem Fall ist zwar keine Bittschrift überliefert, aber der Beschuldigte hatte schon beim Verhör am 5. November angeboten, den Kriegsdienst zu leisten. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 101, fol. 17r: „*mit erbietung, sich die zeit seines lebens wieder den Turcken in Hungern gebrauchen zulaßen*“. Ganz ähnlich wurde auch 1594 wegen Mordes angeklagten Merten Fischer (Müller) der ewige Landesverweis erlassen, nachdem er zugestimmt hatte, seine Schuld im Militär zu verbüßen. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 57.

¹²⁷⁷ LUDWIG (2008a), S. 213f.

Bittgesuche zwar vorgebracht wurden, die aber nicht zu einer Strafmilderung oder -umwandlung führten.

Da das Supplizieren auf städtischer Ebene meist dann stattfand, wenn die Schuld des Täters aufgrund des andauernden Verfahrens noch umstritten oder noch unentschieden war, konkurrierte der Inhalt des Bittgesuchs mit dem gerichtlichen Verfahren zur Aufklärung des jeweiligen Tathergangs und mit dem Feststellen der Schuldigkeit. Das folgende Beispiel verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem gerichtlichen Verfahren einerseits und dem Erfolg des Supplizierens andererseits. [Nr. 395] Am Abend des 12. Mai 1630 geriet Hans Klinger, der Sohn einer Hausmagd, in einen Streit mit seinem Hausherren Georg Ramm. Als Klinger ein Licht begehrte und nach draußen gehen wollte, Ramm ihn aber mit einem Stecken ins Bett bringen wollte, stach Klinger mit einem Messer zu und verletzte Ramm. Am 6. Juni reichte die Mutter von Hans Klinger eine Bittschrift für seinen Sohn ein. Um sein Verhalten zu rechtfertigen, beschrieb die Mutter das Verhalten des Hausherren Ramm folgendermaßen: „*weil oder gleichwol ich verstanden, das der verwundete die erste vrsach geben vnd meinen sohn mit einem peil vberlaufen, also d[as] sich mein sohn wehren musten*“.¹²⁷⁸ Der Beschuldigte selbst bestätigte am Anfang des Verfahrens, dass der Hausherr ihn zuerst bedroht hatte, sprach aber nicht davon, dass er „*mit einem peil*“ angegriffen wurde, sondern vermutlich „*mitt einen stocken*“. Die dazu befragten Zeugen konnten nichts über den Anfang des Streits berichten, da sie erst später hinzugestoßen waren. Angesichts dieser Umstände scheint die Beschreibung der Mutter eine Übertreibung darzustellen. In der Strafakte ist allerdings weder die Einschätzung des Schöffenstuhls noch das endgültige Urteil überliefert, weshalb auch die Stellungnahme des

¹²⁷⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 395, fol. 6r.

Stadtgerichts zum Bittgesuch unklar ist. Ich vermute jedoch, dass das Bittgesuch der Mutter zumindest nicht vollständig erhört wurde, weil laut eines Eintrags des Urfriedensbuchs über den Beschuldigten ohne Verweis auf das Bittgesuch der Mutter ein zweijähriger Landesverweis verhängt wurde.¹²⁷⁹

Die hier erkennbare Konkurrenz zwischen den in Suppliken dargestellten Argumenten und der gerichtlichen Aufklärung des Tathergangs findet sich ferner im folgenden Beispiel. [Nr. 120] Im Juli 1601 wurde der Radzieher Abraham Spindler wegen Steinwerfens bei einem Tumult im Juni desselben Jahres ins Gefängnis gebracht. Seine Schwester reichte eine Bittschrift für ihn ein, in der sie sein bisheriges positives Leben bezeugte und darum bat, ihn aus dem Gefängnis freizulassen, damit er seine Arbeit wiederaufnehmen könne.¹²⁸⁰ Bei dem Gerichtsverfahren und der Beurteilung ging es aber nicht nur um das vordergründige Vergehen des Steinwerfens, sondern auch um die Frage, *„ob man irgend an ihme, das er nicht bey vollkommenen witz, vnd verstande wehre, spuren vnd vermercken können“*,¹²⁸¹ also um seine Schuldfähigkeit. Dementsprechend war als Strafe im Zwischenurteil der ewige Landesverweis mit Staupenschlag *oder* ein einfacher Stadtverweis vorgesehen.¹²⁸² Nach Androhung der Folter stellte sich schließlich heraus: *„das er bey guter vernunfft, vnd verstandt, aber ein schlechter, einfeltiger“* sei.¹²⁸³ Aus diesem Grund beschloss das Stadtgericht: *„Abraham Spindtler rathziher, soll, seiner ahngegebenen einfalt vngeacht, mit*

¹²⁷⁹ StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1630 (Reinschrift), fol. 2r: *„Hanß Klinger ein hisigkind, so einen vbel beschedigt ist vf erkendtnis d[er] herrn Schöppen 2 ihar des Churfurstenthumbs verweisen word[en] 3 Jul. 1630“*.

¹²⁸⁰ Zu den Argumenten dieser Bittschrift siehe Abschnitt 5.4. der vorliegenden Arbeit.

¹²⁸¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 120, fol. 53v.

¹²⁸² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 120, fol. 50v: *„So wirdt er, wegen solcher seiner vorbrechung mit stauppenschlegen des landtes ewigk billich vorwiesen, es were dan, das eigentlich vndt gewis an ihn zubefinden, das er nicht bey vollkommenen witz noch vorstandt, auff den fall möchte er mit einiger leibesstraffe nicht beschweret, ihme aber gleichwohl, die Stadt zu meiden, mit ernst auferlegt werden“*.

¹²⁸³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 120, fol. 53v.

stauppenschlagen des landts ewigk vorwiesen werden“,¹²⁸⁴ wobei die Supplik der Schwester bei der Urteilsbegründung so gut wie keine Rolle spielte.

[Nr. 235] Dass die in Abschnitt 5.4. erörterten Argumente bei der Supplik nicht zwangsläufig zu einer Strafmilderung führen mussten, zeigt sich im folgenden Beispiel. Der Studentenjunge Georg Rudel wurde 1613 wegen mehrmaliger Frevel- und Gewalttaten festgenommen. Sein Vater reichte für ihn im Februar desselben Jahres eine Bittschrift ein. Zunächst ist festzuhalten, dass in dieser Schrift ähnliche Argumente angeführt wurden, wie in den weiter oben vorgestellten Fällen: die Jugendlichkeit, die harte Haft als bereits erlittene Strafe und eine positive Darstellung des beschuldigten Sohnes.¹²⁸⁵ Trotz dieser Gemeinsamkeit mit den anderen Fällen wurden die Argumente im Urteil fast gänzlich außer Acht gelassen oder sogar widerlegt. Als ein Grund dafür ist die Tatsache anzusehen, dass im Laufe des Verfahrens (v. a. bei einer „gütliche[n] Vorhaltung“ sowie „Confrontation“) viele weitere Vergehen Georg Rudels ans Licht kamen und an seiner Schuld kein Zweifel bestand. Für die Urteilsanweisung des Schöffentuhls war es von großer Bedeutung, dass „*er eine geraume zeit hero allerley freuelthaten vorubet*“ hatte, einige davon sogar im Kirchenraum.¹²⁸⁶ Die Möglichkeit einer zukünftigen Besserung Georg Rudels sah der Schöffentuhl als nicht gegeben an, zumal er ihn für den Anführer einer Gruppe von Studentenjungen hielt, die er negativ beeinflusst hatte, indem er ihn ein schlechtes Vorbild gewesen war: „*das keine besserung zuhoffen, sondern er gleichsam der andern studenten iungen, so er*

¹²⁸⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 120, fol. 54v.

¹²⁸⁵ Siehe Abschnitt 5.4. der vorliegenden Arbeit.

¹²⁸⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 25r. Daran anschließend wurde die Übeltat im Kirchenraum scharf verurteilt. Siehe ebd., fol. 25v: „*vnd also sich nicht gescheuet diese freuelthaten in loco sacro vnd an heiliger stedte zubeghen, damit er dan viel leutte in der kirchen in ihrer andacht sehr erergert*“.

*angefurt, redelsfuhrer vnd verderb gewesen“.*¹²⁸⁷ Hier erschien die Jugendlichkeit im Vergleich zu den vorherigen Beispielen als eher negativ. Der Logik des Schöffenchuhls zufolge schien also die Gruppierung des Studentenjungens mit anderen Jungen problematisch und es sei zu befürchten, dass diese noch weitere Übeltaten verursachen. Deshalb sollte Georg Rudel die volle Strafe – ewiger Landesverweis mit Staupenschlag – als Exempel treffen.¹²⁸⁸ Das Stadtgericht übernahm diese Anweisung des Schöffenchuhls wörtlich und ließ die Strafe am 20. Februar vollziehen.¹²⁸⁹

Dieser Abschnitt hat gezeigt, dass Bittgesuche nicht immer das gewünschte Ziel der Strafmilderung oder -umwandlung erreichen konnten, obwohl Bittsteller verschiedene und plausible Argumente vorbrachten. Die endgültige Entscheidung oblag jedoch der Obrigkeit, die neben den Argumenten in den Suppliken auch noch weitere Faktoren wie etwa den Tathergang oder die Schuld der Angeklagten berücksichtigen musste. Aus diesem Grund trat das Argument der Jugendlichkeit im letzten Beispiel der obrigkeitlichen Logik zufolge nicht in den Vordergrund, sondern es ging hauptsächlich um die Anführerschaft einer Gruppe.

¹²⁸⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 25v.

¹²⁸⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 25v: „weil er einen anhangk von andern iungen gehabt, vnd demnach wohl vonnöten, das ein exempell, damit diesem vbell gewehret, angestalt werde, öffentlich billich zur staupe geschlagen, vnd nach erlittenen vnd ausgestandenen staupenschlagk, des landes ewigk vorwiesen“.

¹²⁸⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 27r-27v. Siehe auch StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1612 (Reinschrift), fol. 15v: „Geörg Rudell ein einheimischer vnd studentenjunge, so eine geraume zeit viel freuelthaten verubet, etzliche leuthe erwartett geschlagen, vnd beschediget, sonderlichen auch in den kirchen dießes gewalts gebraucht das er die studenten jungen, gleichsamb als were er datzue bestellet, der stunde halben geschetzt, vnd niemandes ohne seine verwilligung datzue laßen wollen, vnd auff den bohrlichen zue vntterschiedenen mahlenn mit den jungen so ihme nicht gewichen geschlagen vnd also sich nicht gescheuet dieße freuelthaten in loco sacro vnd heiliger stätte zuebegehen, vnd anderen studenten jungen so er angefuhrer redelßfuhrer vnd verderb geweßen auch so weit bracht das sich jederman von ihme furchten muß, seint beyde auff erkenntnuß der Churf. S. herren Schoppen mit staupenschlagen des landes ewigken verwießen werdenn. Plura uide in loculo. Actum 20 Febr, A[nn]o [16]13“.

5.6. Zusammenfassung

Die gerichtliche Behandlung von Gewaltfällen in Leipzig war grundsätzlich von Strafnormen wie den kursächsischen Konstitutionen geprägt. Diese Normen besaßen allerdings eine gewisse Flexibilität, sodass immer auch ein Spielraum für die Einflussnahme via mündlichen oder schriftlichen Bittgesuchen vorhanden war.

Die Suppliken wurden grundsätzlich zugunsten der Beschuldigten eingereicht. Die Darstellungen und die vorgebrachten Argumente lassen sich als eine Strategie der Supplikanten verstehen, die als Träger der informellen Kontrolle auftraten. Das Argument, dass der Beschuldigte vor der Gewalttat sehr gut in seinem sozialen Umfeld integriert war und dass er auch nach der Bestrafung zukünftig von diesem wieder aufgenommen werden würde, nahm eine zentrale Stellung ein. Das Supplizieren lässt sich somit als Mobilisierung des „Sozialkapitals“ des Beschuldigten verstehen.

In Bezug auf die Ehre lässt sich ein Schnittpunkt zwischen der juristischen Praxis und dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach dem Vermeiden einer ehrmindernden Strafe erkennen. Durch den besonderen Stellenwert der Ehre in der frühneuzeitlichen Gesellschaft war die Ehrenhaftigkeit bzw. das ehrenhafte Verhalten des Beschuldigten ein wichtiger Punkt in den meisten Argumentationen. Gerade die Verschonung der Verurteilten mit einer Ehrenstrafe ist daher keine seltene Erscheinung, wenn es zu Strafmilderungen kam. Der Erlass der ehrmindernden Strafen darf deshalb nicht einseitig als Aufweichen der Rechtsnormen interpretiert, sondern muss im Kontext der in den Bittgesuchen an das Gericht herangetragenen Anliegen der Gesellschaft betrachtet werden.¹²⁹⁰

Der Umgang mit Jugendlichkeit bzw. „*vnuorstendig[keit]*“ in den Suppliken besaß einen

¹²⁹⁰ HÄRTER (2000a), S. 478; HÄRTER (2005a), S. 273.

ambivalenten Charakter. Zunächst ist festzuhalten, dass die Beschreibung einer Person als „jugendlich“ nicht mit negativen Beschreibungen wie „frevelhaft“ oder „übermütig“ gleichzusetzen ist, sondern dass sie eher zur Darstellung der Schuldunfähigkeit des Delinquenten genutzt wurde. Hier überlappen sich die Strategien der Supplikanten mit den Strafnormen bzw. den juristischen Debatten dieser Zeit. Es ist trotzdem bemerkenswert, dass im Unterschied zu den Strafnormen bzw. den juristischen Diskussionen¹²⁹¹ keine Rede von einer stufenweisen Bestrafung des jeweiligen Alters sein konnte. Die Beschreibung eines Delinquenten als jugendlich wurde also in Suppliken eher dazu genutzt, den Richtern plausibel zu machen, dass er einer wirksamen informellen Kontrolle unterworfen war und diese auch zukünftig Bestand haben wird.

Wenn es zum Supplizieren kam, hatten Obrigkeit und Gesellschaft aber durchaus auch unterschiedliche Vorstellungen. Einerseits war die Obrigkeit nicht immer dazu bereit, jedem einzelnen Bittgesuch stattzugeben. Dies lässt sich z. T. aus der Tatsache ablesen, dass es nicht selten zum mehrmaligen Bitten und zum wiederholten Einreichen von Suppliken kam. Andererseits ist aber auch zu berücksichtigen, dass die Darstellungen in Suppliken unter Umständen mit (straft-)rechtlichen Erwägungen bzw. der Aufklärung der Tatbestände und der Urteilsfindung konkurrierten, die Entscheidung über die Berücksichtigung der Bittgesuche jedoch stets in der Hand der Obrigkeit lag.

Insgesamt beruhte das Supplizieren also nicht auf einer „gleichgewichtig-egalitäre[n] Konstellation“ zwischen der Obrigkeit und der Gesellschaft, sondern es bestand vielmehr „ein asymmetrisches Verhältnis, bei dem die Obrigkeit die Initiative [hatte] und in der Regel auch der stärkere Teil [blieb]“. ¹²⁹² Angesichts dieser Asymmetrie erscheint

¹²⁹¹ Siehe Abschnitt 3.4.2. der vorliegenden Arbeit.

¹²⁹² Dabei stütze ich mich auf die kritische Bemerkung zum „Aushandeln“ von W. Reinhard. REINHARD (2005), S. 433f. Siehe auch Abschnitt 1.1.2. der vorliegenden Arbeit.

es mir sinnvoller, die Zusammenarbeit zwischen den zwei Elementen sozialer Kontrolle – der Obrigkeit und dem supplizierenden sozialen Umfeld eines Beschuldigten - weniger als eine „Justiznutzung durch die Untertanen“, sondern als eine „Nutzung der Untertanen (und ihres Wissens) durch die Justiz“ zu verstehen,¹²⁹³ da die Obrigkeit sich anhand der Suppliken des sozialen Umfelds davon überzeugen konnte, ob und wie hoch die Zusammenarbeit mit diesem im Hinblick auf informelle Kontrolle möglich war.

¹²⁹³ Ich verweise hier auf KRISCHER (2006), S. 405f.

6. FORMEN DER ‚JUGENDLICHEN‘ GEWALT UND REAKTION AUF GEWALT

6.1. Einleitung, Fragestellung

Das letzte Kapitel hat gezeigt, dass die Zeitgenossen selbst einen prozessualen Verlauf der einzelnen Gewalttat wahrnahmen und diese Wahrnehmung in Bittschriften zu äußern wussten. Dies wurde aber durch die Strategien beeinflusst, die die Träger informeller Kontrolle zugunsten eines Täters einsetzten, um dessen Schuld bzw. nur geringe Schuld zu belegen. Im nun folgenden Kapitel versuche ich, Formen und Bedeutungen jugendlichen Gewalthandelns jenseits dem Kontext der Bittgesuche näher zu beleuchten. Die erste Leitfrage in diesem Kapitel ist, wie das Gewalthandeln von Jugendlichen konkret ablief und welche Charakteristika bzw. Besonderheiten sich dabei nachweisen lassen. Zweitens ist der Frage nachzugehen, wie dieses Gewalthandeln von den Betroffenen oder von den Tatzeugen wahrgenommen wurde. Anschließend können die Reaktionen bzw. die Handlungen der Anwesenden als ein Maßstab für die Gewaltakzeptanz sowie für die Einordnung der Gewalt in die Gesellschaft dienen, worauf M. Wittke hingewiesen hat: „Ein entscheidender Ansatzpunkt für die Frage nach der Gewaltakzeptanz in der frühen Neuzeit liegt in der Reaktion der Anwesenden beim Aufkeimen von Auseinandersetzungen oder beim ersten Schlagabtausch“.¹²⁹⁴

Hinsichtlich der Formen des Gewalthandelns und dessen Wahrnehmung möchte ich schließlich auch danach fragen, ob es gruppenbezogene Gewaltpraktiken (wie von Handwerksgesellen oder von Studenten) gab, oder es sich vielmehr um gemeinsame bzw. überwölbende Gewaltpraktiken aller Jugendlichen handelte.

¹²⁹⁴ WITTKKE (2002a), S. 311. Vgl. auch LOETZ (2006), S. 318.

6.2. Quellenkritische Bemerkung: Auswertungsmöglichkeiten von Zeugenverhören

In der Literaturwissenschaft wird davon ausgegangen, dass das Protokoll als eine institutionell (d. h. etwa gerichtlich) relevante und wahrheitsbezogene Textsorte aufzufassen ist.¹²⁹⁵ Auch in der Kriminalitätsforschung zur Frühen Neuzeit ist unumstritten, dass die in den Gerichtsakten dokumentierten Protokolle der Täter- und Zeugensaussage zentral dafür sind, einzelne Gewalthandlungen sowie deren Wahrnehmung analytisch zu erfassen.¹²⁹⁶ Es wurde hinsichtlich der Verschriftlichung der Akten schon in den textlinguistischen und auch quellenkritischen Bemerkungen ausdrücklich aufgezeigt, dass die frühneuzeitlichen Verhörprotokolle häufig der Modifikation bzw. der Umformung vonseiten der Gerichtsinstitutionen unterlagen und sie daher nicht als die Darstellung einer ‚Tatsache‘ bzw. ‚Wirklichkeit‘ bewertet werden können.¹²⁹⁷ Richtet man andererseits den Blick auf die Aussagenden vor Gericht, dann eröffnet sich eine andere Perspektive. Denn schon in der Rechtswissenschaft wurde davon ausgegangen, dass „[d]ie Gerichtsrede ist nicht allein ergebnisorientierte »Aussage« [ist]; sie dient auch dazu, die eigene Geschichte erzählen zu können. Dem sich Äußernden wird ein Forum geboten, seine Sicht der Dinge vorzutragen“.¹²⁹⁸ In der gerichtlichen Behandlung (und insbesondere der Streitbeilegung) geht es also darum, „Sichtweisen, Positionen, Erwartungen und Bedürfnisse der Konfliktparteien zur Sprache zu bringen“.¹²⁹⁹ Hinsichtlich der frühneuzeitlichen Gerichtsquellen gilt es zunächst auf die Bemerkung von M. Wittke

¹²⁹⁵ NIEHAUS/ SCHMIDT-HANNISA (2005).

¹²⁹⁶ EIBACH (2004), S. 198; SCHEUTZ (2004), S. 564. Noch in weiteren Kontexten siehe SCHULZE (1996), S. 320. Zur Entwicklungsgeschichte dieser Quellengattung siehe SCHWERHOFF (1999), S. 24-45; NIEHAUS (2005).

¹²⁹⁷ TOPALOVIC (2003), S. 56f. Ihre Bemerkung hat sich also die textlinguistische Bemerkung von D. Busse (BUSSE (2000), S. 672) verwiesen. Siehe auch SIMON-MUSCHEID/ SIMON (1996), S. 17f. Zu quellenkritischen Vorbehalten siehe SCHWERHOFF (1999), S. 61-68.

¹²⁹⁸ ARNAULD (2009), S. 18.

¹²⁹⁹ ARNAULD (2009), S. 18.

zu verweisen: „Die Zeugenverhöre bieten damit insbesondere die Möglichkeit, der Frage nachzugehen, auf welche Weise Zeugen über Gewaltdelikte in einer Zeit berichteten, für die gemeinhin sowohl eine hohe Ehrenempfindlichkeit als auch eine hohe Gewaltakzeptanz der Menschen angenommen wird“.¹³⁰⁰ Die Verhörprotokolle haben also trotz der oben erwähnten Vorbehalte eine gewisse Aussagekraft für ein bestimmtes Geschehen für dessen soziale Wahrnehmung.¹³⁰¹

Es gilt für die Auswertung dieser Quellengattung, die Quellenentstehung bzw. die Dokumentierung mit dem Verlauf des Inquisitionsverfahrens zusammenzubringen.¹³⁰²

Eine wichtige Grundlage für den Verfahrensablauf des Inquisitionsprozesses in Kursachsen bot der kurfürstliche Befehl vom 5. Januar 1579:

*„Als nemlich Erstlich die Verbrechung Articulsweise fasse, dieselbe dem Gefangenen, in Beyseyn der Gerichts=Personen, fürhalte, ihn darüber höre, seine Aussage darauf mit Fleiß aufzeichne, und was er daran verneinet, darüber die Zeugen, uf vorgehende würckliche Leistung des gewöhnlichen Zeugen=Eydes verhören lasse, derselben Aussage in eine ordentliche Registratur bringe, [...]“.*¹³⁰³

Den Kern des Inquisitionsverfahrens bildeten, wie dieser Befehl andeutete, Befragungen der Gefangenen und der Zeugen, die der Anzeige oder dem Bekanntwerden einer Straftat vor Gericht folgten. Bei der Tötung oder der schweren Körperverletzung nahm auch die gerichtliche Besichtigung des Körpers mit der Zuziehung von Balbier bzw. Wundarzt einen zentralen Platz ein.¹³⁰⁴ Das hier skizzierte Verfahrensmuster, v. a. die Phase der Befragungen, lässt sich auch in der

¹³⁰⁰ WITTKKE (2002b), S. 296.

¹³⁰¹ Siehe auch SCHNABEL-SCHÜLE (1996). Im allgemeinen GÖTTSCHE (2007), S. 20.

¹³⁰² WITTKKE (2002b), insbesondere S. 293-299. Vgl. auch SCHULZE (1996), S. 321; SCHEUTZ (2000), S. 108.

¹³⁰³ CODEX AUGUSTEUS, Bd. 1, Sp. 1047.

¹³⁰⁴ CARPZOV (1638), S. 55-60.

Praxis des Leipziger Stadtgerichts erkennen. So lautet eine Niederschrift in der Strafsakte Nr. 78:

*„Alß seindt dieselben sobalde, beneben dem Gerichts=Notario, hinaus gangen, vndt den vorwundten, so guter volstendiger vornunfft, wie solches an seinen reden zuersehen geweßen, in seines vaters behausung vnten in der wohnstube im hause in einem bette vff der erden liegende besichttiget, deßelben außage mit vleis registriren, so wohl auch nachuolgende gerichtliche inquisition vor die handt genommen, vnd etliche zeugen, doch absq[ue] iuramento, weil sie nichtt berichtten können, wer eigentlich die personen geweßen, die den vorwundeten geschlagen, weil es in der nacht vnd im dunkeln geschehen, vorhören laßen, welche vnterschiedlich[en] ausgesagt, wie volget“.*¹³⁰⁵

Die in diesem Zitat erwähnte „gerichtliche inquisition“ wurde normalerweise in zwei Phasen aufgeteilt: die sogenannte „summarische Inquisition“ bzw. „Generalinquisition“¹³⁰⁶ und die „ordentliche Inquisition“.¹³⁰⁷ [Nr. 311] Dies lässt sich im Fall exemplarisch beobachten, in dem der Notar Johann Klipstein am Abend des 23. April 1620 von den städtischen Wächtern angegriffen und verletzt wurde.¹³⁰⁸

Nach der Anklage seiner Schwägerin „hatt mann nicht alleine bey der gantzenn wache, sondern auch inn der nachbarschafft vonn denn ieniegenn, die den tumult ratione vicinitatis hören könnenn summarische erkundigung eingetzogenn, vnndt ist den 24. 25.

¹³⁰⁵ StadtAL, Richterstube, Richterstube, Strafsakten, Nr. 78, fol. 1r. Eine ähnliche Niederschrift findet sich häufig in meinem Quellensample. Hier nenne ich noch ein Beispiel des Körperverletzungsfalls aus dem Jahr 1601. StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 103, fol. 1v: „Als ist dorauf die gerichtliche inquisition sobalde vor die handt genommen, vnd nachuolgende zeugen den Gerichten vorgestaltt, mitt einem gewöhnlichen zeugen eide belegett, vnd ihre außagen durchn Gerichts Notarium mitt vleiß registrirt worden, welche hierauf, nach geschehener genugsamer erinnerung, deponiret vnd außgesagett, wie hernacher vnterschiedlichen zubefinden“.

¹³⁰⁶ Zu dieser Benennung CARPZOV (1638), S. 45.

¹³⁰⁷ SCHEUTZ (2000), S. 108.

¹³⁰⁸ Dieser Fall wird in Abschnitt 6.5.3. der vorliegenden Arbeit näher behandelt.

26. 27. Aprilis, weil mann der leuthe vff einen tagk nicht mächtig seinn könnenn, folgender bericht geschehenn“.¹³⁰⁹ Die Phase der Berichte bzw. der summarischen Verhöre wurde also für Wächter¹³¹⁰ und Nachbarn¹³¹¹ durchgeführt. Beide Verhöre unterschieden sich voneinander, denn „[d]ie aus der nachbarschafft aber habenn etwas anders gemeldet vnndt berichtet in specie“.¹³¹² Anschließend mussten zudem neun Zeugen Verhör mit (hier insgesamt 46) „Inquisitional[en] articul[n]“ durchgeführt werden.¹³¹³ Diese hier erkennbaren beiden Phasen lassen sich wie folgt unterschiedlich auswerten.¹³¹⁴

6.2.1. Summarische Inquisition

Die erste Phase der Befragung stellte sich, wie gesagt, als sogenannte „summarische Inquisition“ bzw. „Generalinquisition“ dar, die unmittelbar nach dem Bekanntwerden einer Straftat durchgeführt wurde und aus summarischen Befragungen und aus Berichten der Tatzeugen bestand.¹³¹⁵ Sie zielte erstens auf „[d]ie Erkundigung vnnd Nachforschung wegen der Missethat oder corporis delicti“ ab,¹³¹⁶ und zweitens auf die Vorbereitung für die mit den „Inquisitional-Artikeln“ durchgeführten „specialinquisition“.¹³¹⁷ Es ging dabei um die umfangreichen und grundlegenden

¹³⁰⁹ StadtAL, Richterstube, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 3r-3v.

¹³¹⁰ Insgesamt zwölf Personen.

¹³¹¹ Neun Personen.

¹³¹² StadtAL, Richterstube, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 10v.

¹³¹³ StadtAL, Richterstube, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 19r seq.

¹³¹⁴ Im Folgenden ist zwar angesichts meiner Fragestellung sowie meines Quellenbasis überwiegend auf die städtische Praxis einzugehen. S. Rudolph hat aber schon herausgearbeitet, dass diese zwei Phasen der Inquisition sich auch vor dem Leipziger Universitätsgericht fanden. RUDOLPH (2007), hier S. 193. Zum Beispiel Göttingens siehe BRÜDERMANN (1990), S. 94f.

¹³¹⁵ WITKE (2002b), S. 293. Auch in Österreich, GRIESEBNER (2000), S. 113; SCHEUTZ (2000), S. 108.

¹³¹⁶ CARPZOV (1638), S. 46. Gerade in meinem Quellensample finden sich die entsprechenden Worte. StadtAL, Richterstube, Richterstube, Strafakten, Nr. 389, fol. 3r: „Summarische Erkundigung des angelegten facti“. Vgl. ferner BOEHM (1942), S. 334; HÄRTER (2000a), S. 468; WITKE (2002b), S. 300.

¹³¹⁷ CARPZOV (1638), S. 46. Siehe auch WITKE (2002b), S. 295; NIEHAUS (2005), S. 34f.

Informationen über die konkrete Tat, daher waren über alle Ermittlungen und Vernehmungen Niederschriften („Registraturen“) zu den Akten zu bringen.¹³¹⁸

Carpzov erörtern zusätzlich auch die Fälle, in denen diese Generalinquisition nicht erforderlich war: *„als wann einer vber der That ergrieffen vnd zur Hafft bracht worden/ vnd also wegen deß Corporis delicti vnd deß delinquenten kein Zweifel mehr were/ in welchem Fall die specialinquisition stracks vnnd ohne Verzug wieder ihn vorzunehmen“*.¹³¹⁹ Dies erlaubt uns die Rückschlüsse darüber, inwiefern sich die Generalinquisition ausschließlich daran orientierte, den Tatbestand eines Verbrechens (den sogenannten Corpus Delicti) aufzuklären.

Aussagen der Delinquenten

Diesen Zielen entsprechend war in dieser Phase noch keine feste obrigkeitliche Vorgabe für die Befragung vorhanden, weshalb einem einzelnen Verhörten ein relativ breiter Spielraum für die Aussage eingeräumt wurde.¹³²⁰ Dieser Spielraum führte nicht immer zur Erkundigung der ‚Wahrheit‘ bzw. ‚Wirklichkeit‘ eines Geschehens, weil im Gerichtsverfahren „eine Verschiebung des kommunikativen Modus von »Wahrheit« auf »Plausibilität«“ stattfindet.¹³²¹ Und einer rechtssoziologischen Bemerkung zufolge markiert „[d]ie Beschuldigtenvernehmung [...] eine Leerstelle, an der eine mögliche Gegengeschichte hätte geäußert werden können und nach dem Alltagsverständnis auch hätte geäußert werden müssen“.¹³²² Der oben erwähnte Spielraum erlaubte daher dem

¹³¹⁸ BOEHM (1942), S. 334.

¹³¹⁹ CARPZOV (1638), S. 48. In meinem Quellensample findet sich eine solche Verfahrensweise: StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 171; Nr. 196; Nr. 212; Nr. 395.

¹³²⁰ WITTKE (2002b), S. 295f. und S. 298f.

¹³²¹ ARNAULD (2009), S. 36.

¹³²² HANNKEN-ILLJES (2006), S. 217.

Verhörten, sich strategisch geschickt zu äußern.¹³²³ In diesem Zusammenhang ist J. Eibach in seiner Analyse über die Kriminalität in Frankfurt am Main im 18. Jahrhundert von strategischen Aussagen ausgegangen, indem er, auf eine Theorie der Wissenssoziologie von P. L. Berger und T. Luckmann gestützt, erörtert hat, dass Typisierung des Selbst (hier den Verhörten) und Anderen (v. a. Streitgegnern, Opfern) „ein grundlegendes Prinzip jeder lebensweltlichen Kommunikation“ ist und sie insofern auch in die gerichtlichen Aussagen hineinspielt.¹³²⁴ Diesbezüglich hat A. Kästner eine Leipziger Strafsache über den Fall eines wegen der ketzerischen Aussagen beschuldigten Leipziger Essigkramers gesichtet und aufgezeigt, dass der Beschuldigte im Gerichtsverfahren (wie etwa im Verhör und in der Konfrontation) die Möglichkeit nutzen konnte, seinen Standpunkt darzulegen.¹³²⁵ Bei der Auswertung der strategischen Aussagen muss man nun nicht verkürzend die ‚Wahrheit‘ eines Falls erkennen, sondern mit der Verzerrung einer ‚Wahrheit‘ rechnen.¹³²⁶ Anstatt der Rekonstruktion einer ‚Wahrheit‘ erlauben die summarischen Verhörprotokolle uns vielmehr, wie A. Griesebner betonte, die Erzählstrategien und Argumentationsmuster zu analysieren.¹³²⁷

Der Beschuldigte wusste sich also bei seiner Aussage positiv darzustellen, konnte andererseits aber seinen Gegner bzw. sein Opfer eher negativ beschreiben. Im Zusammenhang mit dieser ‚Selbsttypisierung‘ steht m. E. auch eine Arbeit von H.

¹³²³ SCHWERHOFF (1999), S. 63; SIMON-MUSCHEID (2000b), S. 654f.

¹³²⁴ EIBACH (2003), S. 34. Zur „Typisierung“ siehe BERGER/ LUCKMANN (2016), S. 33.

¹³²⁵ KÄSTNER (2013), hier S. 208f.

¹³²⁶ SCHWERHOFF (1999), S. 63. Eine konkrete Aussage muss also, nach SCHWERHOFF (1999), S. 66, „nicht wahr sein, sondern ihre Wahrheit muß im zeitgenössischen Interpretationshorizont plausibel angenommen werden können; dann sind auf dieser Grundlage historischen Analysen über die gesellschaftliche »Wahrheit« der Epoche möglich“. M. Wittke hat auch von der Plausibilität (für das Gericht) gesprochen, sie hat aber ein gewisses Maß an Wirklichkeitsnähe nicht abgelehnt. Siehe WITTKKE (2002b), S. 304. Auf die Plausibilität der Aussagen wies auch EIBACH (2003), S. 34 hin.

¹³²⁷ GRIESEBNER (2000), S. 144-176, insbesondere zu ihrer Zielsetzung S. 144f.

Schnabel-Schüle, die am Beispiel der Tötung einer Frau durch ihren Ehemann in Württemberg herausarbeitete, wie der Täter sein Vergehen bei den gerichtlichen Befragungen erklärt hatte: So habe er seine Hausvater- sowie Ehemannsehre gegen den Verdacht der sexuellen Untreue seiner Frau auf dem Spiel gesehen, daher habe er für die Verteidigung seiner Ehre seine Frau töten müssen.¹³²⁸ Somit hielt Schnabel-Schüle fest: „[M]it der Tötung der Frau ist er seinen Pflichten als Hausvater nachgekommen, ein Unrechtsbewußtsein stellt sich bei ihm nicht ein“.¹³²⁹

Ich möchte diese Hinweise in den Kontext des jugendlichen Gewalthandelns übertragen und anschließend annehmen, dass die jugendlichen Täter durch ihre Aussagen vor Gericht ein zeitgenössisches Bild junger Männer zum Ausdruck bringen konnten, dem sie zur Ehrverteidigung nachkamen. Es lohnt sich hierbei m. E., wiederum den aus der Kriminalsoziologie stammenden theoretischen Ansatz der „Techniken der Neutralisierung“ aufzugreifen,¹³³⁰ da dieser den Spielraum betont, den die jugendlichen Delinquenten besaßen und den sie geschickt mit Darlegungs- sowie Rechtfertigungstechniken füllten, um sich selbst bzw. die ihnen zur Last gelegte Tat als nicht komplett vom herrschenden Normensystem abweichend zu beschreiben und auf diese Weise ihre Schuld zu schmälern. Dieser Ansatz scheint mir für die Frage geeignet, mit welchen Erzählmustern die jugendlichen Delinquenten ihre Tat definierten und darstellten.

Aussagen der Zeugen

Auch bei Befragungen der Zeugen gab es noch keine festen artikulierten Fragen, wie

¹³²⁸ SCHNABEL-SCHÜLE (1996), S. 302-304.

¹³²⁹ SCHNABEL-SCHÜLE (1996), S. 304.

¹³³⁰ Siehe Abschnitte 1.1.2. und 5.1.3. der vorliegenden Arbeit.

Carpzov deutlich hervorhob:

*„Wiewol auch sonst bey dem special Inquisitionprocess die Zeugen vff gewisse articul abgehöret werden müssen/ [...] So ist doch solches bey der general Inquisition gleichesfals vnvnöthten/ kan auch dasselbe nicht füglich geschehen/ weil noch kein factum oder indicium darauff zu articuliren verhanden/ sondern eben zu dem Ende vnd damit die Vbelthat oder derselben gewisse indicia vnd Verdacht erkundet werden“.*¹³³¹

Daher wurde auch den verhörten Zeugen gewissermaßen ein Spielraum für eine freie Äußerung oder eine Typisierung ihrer Handlungen geboten. Es ging also gerade nicht ausschließlich um die zu untersuchenden Tatumstände, sondern auch (emotionale) Wahrnehmungen bzw. Reaktionen der Zeugen auf ein Geschehen.¹³³²

6.2.2. Ordentliche Inquisition

Weil nur das Geständnis des Inquisiten ihn der angeklagten Straftat überführen konnte,¹³³³ waren weitere Verfahren erforderlich, um über die Ermittlung der Tatumstände hinaus das glaubwürdige Geständnis des Beschuldigten zu erlangen.¹³³⁴ Dazu zählte sowohl die „Confrontatio“ oder die Folter, als auch die ausführliche Befragung mit Fragestücken. Carpzov erörtere schon: *„Es ist nicht gnug/ daß inquisitus vff die ihme zugemessene Vorbrechung vnd Missethat summariter vnnd in gemein vernommen werde, sondern es muß das examen articuls weise geschehen“.*¹³³⁵

Wie bereits der kurfürstliche Befehl von 1579 festlegte, musste jedes Gericht auf der

¹³³¹ CARPZOV (1638), S. 52.

¹³³² WITTKE (2002b), S. 296, S. 299 und S. 305.

¹³³³ SCHEUTZ (2000), S. 104. Vgl. auch BOEHM (1942), S. 335.

¹³³⁴ HÄRTER (2000a), S. 469.

¹³³⁵ CARPZOV (1638), S. 90.

summarischen Inquisition Frageartikel (sogenannte „*Articuli Inquisitionales*“¹³³⁶) als Grundlage für die Befragung verfassen.¹³³⁷ Ein Eintrag der Leipziger Stra fakten lautet: „*Auß vorher gehaltenen summarischer bekundigung seindt nachgesetzte articul gefaßett*“.¹³³⁸ Die Frageartikel wurden folglich als Rahmen bzw. Vorgabe von der gerichtlichen Obrigkeit gesetzt und sie prägten somit die Aussage der Befragten und auch die asymmetrische Kommunikation vor Gericht zwischen der Obrigkeit und den Untertanen.¹³³⁹ Diese Artikel mussten sich umfangreich sowohl auf die Tat als auch auf den Verdächtigen beziehen: „*jedoch mit allen qualiteten vnd vmbständen/ bedes des delicti vnd deß delinquenten selbst*“.¹³⁴⁰ Dies lässt sich als Unterschied zur ordentlichen Inquisition verstehen, wie E. Boehm so zusammenfasste: „Lag der Schwerpunkt der Generalinquisition auf der Tat, so lag er bei der Spezialinquisition auf dem Täter“.¹³⁴¹

Die Frageartikel begrenzten den Spielraum des Inquisiten, da er dazu verpflichtet war, „*sein ordentlichen vff einen jedwedern articul vnd Fragestücke absonderlichen vnd pertinenter, mit hellen klaren vnd deutlichen Worten seine Antwort von sich [zu] geben*“.¹³⁴² Somit wurden die Antworten schematisch „*mit ja oder nein*“ notiert.¹³⁴³ Dies betraf auch das Zeugenverhör, das dann durchgeführt werden musste, wenn kein Geständnis des Inquisiten vorlag.¹³⁴⁴ Dies lässt sich gerade in der Praxis des Leipziger Stadtgerichts erkennen: „*Dieweil die beclagten auff die articul nicht richtigen*

¹³³⁶ Dieses Wort findet sich in vielen Fällen meines Quellensamples. Beispielsweise StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 458, fol. 6r.

¹³³⁷ CARPZOV (1638), S. 91. Siehe ferner BOEHM (1942), S. 336; WITKE (2002b), S. 294. In Leipzig übernahm der Schöffenschreiber diese Aufgabe. Siehe dazu RÜDIGER/HOMMEL (2007a), S. 50f.

¹³³⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 389, fol. 8r.

¹³³⁹ GÖTTSC (1991), S. 445 und S. 450f.; GLEIXNER (1995), S. 66; TOPALOVIC (2003), S. 56.

¹³⁴⁰ CARPZOV (1638), S. 92. Vgl. auch HÄRTER (2000a), S. 469.

¹³⁴¹ BOEHM (1942), S. 335.

¹³⁴² CARPZOV (1638), S. 98.

¹³⁴³ CARPZOV (1638), S. 99. Siehe auch GÖTTSC (1991), S. 445; ULBRICH (1996), S. 217.

¹³⁴⁴ CARPZOV (1638), S. 101-113.

*antwortten wollen: Seint nachvolgende zeugen auff vorgeschriebenen articul aidtlichen abgehörett worden“.*¹³⁴⁵ Die Zeugen mussten ebenso wie der Inquisit entlang der artikulierten Fragestücken vernommen werden, und somit musste „[g]leich wie deß inquisiti Bekandtnüß als auch der Zeugen Außsage [...] klar vnnd deutlich auch categorice mit ja oder nein geschehen/ also daß etwas Gewisses vnd Vnzweifelhaftiges darauß zunehmen“.¹³⁴⁶

Andererseits ist auch nicht zu übersehen, dass die Fragestücke den Spielraum des Gerichtsschreibers bzw. des Notarius iudicii beschränkten. Er war also dazu verpflichtet, die Aussage des Inquisiten sowie der Zeugen entlang der Fragestücken und wörtlich präzise aufzuzeichnen,¹³⁴⁷ weil „die Protokolle in der Regel übergeordneten Gerichtsinstanzen als Entscheidungsgrundlage dienten“.¹³⁴⁸ Hierbei kann man also nicht von der kompletten Modifikation bzw. Überformung der Aussage ausgehen. Stattdessen schränkte die Forderung nach Genauigkeit und Sorgfalt der Protokollführung, wie M. Bähr jüngst am Beispiel von Reichskammergerichts-Zeugenverhören aufgezeigt hat, die völlige Überformung sowie das Ausschweifen der Protokollanten ein, und dies gewährleistete somit die Authentizität der einzelnen Aussage.¹³⁴⁹

Zusammenfassend kann man sagen: Da die zweite Inquisition sich auf bereits ermittelte Information sowie auf den Tatbestand des Verbrechens (dem sogenannten Corpus Delicti) stützte, wurde die Aussage durchaus von den vom Gericht gestellten

¹³⁴⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 14v. Ein Ähnliches findet sich in StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 167, fol. 3v: „Vnd weil Martin Muelbach das wenigste gestehenn wollen seintt nach volgende zeugen darauß aidtlichenn abgehörett wordenn“.

¹³⁴⁶ CARPZOV (1638), S. 109. Siehe auch WITKE (2002b), S. 297.

¹³⁴⁷ CARPZOV (1638), S. 96f. Zur Leipziger Praxis siehe RÜDIGER/ HOMMEL (2007a), S. 49-51.

¹³⁴⁸ SCHWERHOFF (1999), S. 65.

¹³⁴⁹ BÄHR (2012), S. 135f. und S. 149f. Vgl. auch ULBRICH (1996), S. 217; SCHWERHOFF (1999), S. 65. Diese neuere Diskussion scheint mir dem Hinweis von D. W. Sabeau zu widersprechen: „Die Schreiber waren im allgemeinen nicht daran interessiert, die Wörter, die tatsächlich von einem Zeugen oder Verhörten gesprochen wurden, niederzuschreiben“; SABEAU (1996), hier S. 223.

Fragestücken bestimmt und somit von schematischen Fragen und Antworten geprägt. Für den Verdächtigen kam auch psychischer und physischer Druck im weiteren Verfahrensverlauf (wie etwa die Folter) hinzu. Die Aussage des Verdächtigen sollte sich daher entweder auf das Geständnis oder auf die Verneinung der eigenen Schuld richten.

6.2.3. Schriftwechsel zwischen Stadt und Universität beim Gerichtsverfahren

Zusätzlich sind die Gerichtspraktiken in den Universitätsstädten zu erwähnen. Entlang der nebeneinander stehenden Gerichtsbarkeiten mussten Stadt und Universität jeweils gerichtliche Befragungen gegen die Betroffenen durchführen, die der städtischen oder der universitären Gerichtsbarkeit unterstanden. S. Brüdermann zeigte bereits am Beispiel der Universität Göttingen im 18. Jahrhundert auf:

„Wenn Zeugen »unter einer andern Jurisdiction« standen, so sollten die entsprechenden Gerichte schriftlich im Amtshilfe ersucht werden, also beispielsweise bei Göttinger Bürgern der Stadtrat, bei Soldaten das Garnisonsgericht. Ihnen mußten die »Articul und Fragstücke« zur Durchführung des Verhörs mitgeteilt werden. Das Protokoll wurde dann an das Universitätsgericht gesandt“.¹³⁵⁰

Dieser Verfahrensmodus lässt sich auch in Leipzig erkennen.¹³⁵¹ [GA, III, T, Nr. 1]

Am 18. November 1635 wurde der Student Christoph Paul Tham von der Hausfrau Dotkor Daniel Puzschers deswegen angeklagt, weil er am vorherigen Abend, am 17.

¹³⁵⁰ BRÜDERMANN (1990), S. 96. Er wies dementsprechend ebenso am Beispiel Helmstedts darauf hin: „Waren an einem Zwischenfall Studenten und Bürger beteiligt, so wurden die Studenten vor dem universitären Gericht, die Bürger aber vor dem städtischen Gericht vernommen“; BRÜDERMANN (2000), hier S. 11. Über die Freiburger Universität siehe BRAUN/ LIERMANN (2007), S. 25: „Handelte es sich bei den Zeugen um Bürger oder Handwerksgesellen, wurden diese, da sie der städtischen Gerichtsbarkeit unterstanden, durch den städtischen Rat befragt, der dem Rektor die Abschriften ihrer Aussagen zur Verfügung stellte“.

¹³⁵¹ Dies wurde in der kurzen Überblick des universitären Strafverfahrens von S. Rudolph kaum ins Betracht gezogen.

November, seinen Kommilitonen Johan Julius Marx provoziert und auch das Haus Puzschers beschädigt hatte. Dieser Fall wurde sicherlich vor dem Universitätsgericht behandelt, jedoch musste die Befragung der Zeugen, die der städtischen Gerichtsbarkeit unterstanden, vor dem Stadtgericht durchgeführt werden. Die Niederschrift sollte anschließend der Universität übergeben werden:

*„Auff der löblichen Universitet alhier beschehene requisition, seindt heutt acto Clara Hanßen Klingers tochter, herrn D. Daniel Puzschers dienerin, vndt Rosina Hanßen Schusters zue Dieben, vndt Martha Peter Plieschens zue Weida tochter, herrn D. Matthiae Berlichs beyde dienerin, vf vbergebene artickell contra Christoff Paul Tammen gebührlichen veraydet, vndt folgens vermittelt geleisteten zeugenaydts, nach gebührender ernster verwahrung mit allen fleiß abgehöret worden, dorauff Clara Hanßen Klingers tochter außgesagt“.*¹³⁵²

[Nr. 551] In ganz ähnlicher Weise übernahm das Stadtgericht das Zeugenverhör über einen Fall von 1649, in dem Studenten und Soldaten miteinander in Konflikt gerieten und der Soldat Andreas Euber schließlich getötet wurde.¹³⁵³ Der Beginn der städtischen Strafakte Nr. 551 lautet:

„Wier Richter vndt Beysitzer des Stadtgerichts zu Leipzig, thun hiermit kundt vnd bekennen, demnach Eine löbliche Universitet alhier, vnß nachgesetzte inquisitional articul vergeben, vndt die darbey namhafft gemachte zeügen eydlich darüber zuuernehmen requiriren laßen, das wir die beniempte personen vor vnß erfordern, dieselben nach gnungsamer verwarnung vor der schwehren straffe des meineydes mit dem gewöhnlichen zeügen eide belegen, folgendes auff die articul

¹³⁵² UAL, GA, III, T, Nr. 1, fol. 9r. Diesem Eintrag folgt direkt die Niederschrift der Zeugenaussagen: Ebd. fol. 9r-12v. Vgl. auch Abschnitt 6.5.1. der vorliegenden Arbeit.

¹³⁵³ Eine ausführliche Schilderung über diesen Fall findet sich in VOGEL (1714), S. 646. Siehe auch ZIRR (2009), S.75f.

*examiniren, ihre aussagen vleißig registriren, vndt dauon vnter dem Gerichts
Innsiegell abschrift ertheilen laßen, wie folget“.*¹³⁵⁴

Wenn umgekehrt ein Fall hauptsächlich vor dem Stadtgericht behandelt werden sollte, aber die Universitätsangehörigen als Zeugen verhört werden mussten, fand ebenfalls ein Schriftwechsel zwischen den beiden Instanzen statt. [Nr. 311] Bei der gerichtlichen Behandlung über den oben erwähnten Fall von 1620, in dem der Notar namens Johann Klipstein von den städtischen Wächtern angegriffen und verletzt wurde, ersuchte das Stadtgericht die Universität darum, „*Johan Förster N[otarius] P[ublici] vndt Caspar Helsing, welche E. Magnif. iurisdiction vndt botmeßigkeit vnterworffen [waren], [...] auff beygefugte articul oder puncta vermoge des directorii eydlichen [zu] verhören, vndt deßen außage versiegelt vns vberschicken [zu] laßen“*, um „in dieser sache hinder den grundt [zu] kommen, vnd hirinne ein gebuhrlich wachen haben [zu] können“.¹³⁵⁵ Danach führte die Universität die inquisitionale Befragung gegen diese zwei Angehörigen durch, und sie übergab ihre Niederschrift an das Stadtgericht.¹³⁵⁶

[Nr. 171] Über den Fall von 1608, in dem zwei Studenten von drei Gerbergesellen angegriffen und verletzt wurden, wurden die vom Stadtgericht gefassten zwölf Frageartikeln ebenfalls an die Universität übergeben,¹³⁵⁷ und „[a]uf vorgehende

¹³⁵⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 551, fol. 1r. Eine sehr ähnliche Korrespondenz der Niederschrift von Frageartikeln sowie Zeugenaussagen zwischen Stadt und Universität findet sich beispielsweise in einem Fall, in dem der Baccalareus der Philosophie Magnus Schmalz am Abend des 11. März 1640 den Soldaten Ulrich Bauersdorf verletzte. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 478, Rückantwort des Stadtgerichts, fol. 1r-1v; Übergabe von der Universität, fol. 2r. Ganz ähnlich finden sich der Schriftwechsel und die Übernahme der inquisitionalen Befragung durch das Stadtgericht auch in einem Fall, in dem der adlige Student Herman von Wolframsdorf am 19. Oktober 1649 beim Balgen oder Duell Wolf Heinrich Pantzer tötete. Bei der Untersuchung wurde Hieronymus Rothaupt als Zeuge vor stadtgericht ernannt. Siehe StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 559, hier fol. 8r-19v.

¹³⁵⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 60v-61r.

¹³⁵⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 62r: „*Demnach die löbliche Stadtgerichte alhier den 29 May iungsten ezliche inquisitional artikel vbergeben, vndt gebethen, Johan Förstern, Notar. Pub. vndt Caspar Helßigk druber mediante juramento zubefragen alß sein dieselben vorgefordert vndt mit den gewöhnlichen zeugen eyde beleget worden, darauf sie ausgesaget wie folget“*.

¹³⁵⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 21r-24r: „*Vberschickte Articuli Inquisitorii“*.

*Articull vnndt Puncten ist angegebener zeuge Andreas Conradus studiosusu auf der Erbarrn Gerichte beschehene exquisition vnndt nach folgenden befehlich des herrn Rectoris der Löblichen Vniuersitet zue Leipzig durch denn Notarium wohlgemelter Vniuersitet eidtlichen befragt vnndt abgehört worden, wie seine Eidesleistung vnndt außage volget“.*¹³⁵⁸

Es handelte sich bei dem hier vorgestellten Modus um den Schriftwechsel der Inquisitionsalartikel sowie der Antworten darauf. Jeder verhörte Zeuge hatte daher genau wie bei der ordentlichen Inquisition nur einen relativ engen Spielraum für seine Aussage, und zwar selbst dann, wenn ein Universitätsangehöriger sich einem anderen obrigkeitlichen Gericht (wie etwa dem Stadtgericht) entzog und vor seinem obrigkeitlichen Gericht (hier Universitätsgericht) aussagen konnte. Mit anderen Worten: Durch diesen Schriftwechsel, der ausschließlich zwischen den beiden Institutionen stattfand, wurde die Qualität der ordentlichen Inquisition unverändert gewährleistet, auch wenn die Trennung der städtischen und universitären Rechtsinstanzen in der Universitätsstadt „Möglichkeiten für Nachsichtigkeiten in der Rechtsprechung gegenüber den Studenten“ eröffnete.¹³⁵⁹

6.3. Einstieg in einen Konflikt

6.3.1. Ehrkonflikte

Kapitel 3 und 4 der vorliegenden Arbeit haben gezeigt, dass zum einen Strafrechtsnormen (wie etwa die kursächsischen Konstitutionen von 1572) nicht nur

¹³⁵⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 171, fol. 24r-24v. Die Antwort von Andreas Conradus ist überliefert in ebd. fol. 25r-26v. Als ein weiteres Beispiel solches Schriftwechsels lässt sich das Verfahren in einem Fall vom 5. Mai 1611 nennen, in dem der Diener Andreas Schenk seinen Herren Henderich Marysael schmähte und drohete. Die Schrift der Universität an das Stadtgericht und die Antworten der zwei Zeugen finden sich in StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 853, fol. 13r-16v.

¹³⁵⁹ Zu dieser Situation in den Universitätsstädten siehe ZAUNSTÖCK (2010), S. 27f.

tätliche Körperverletzungen und Tötungen, sondern auch die diesen Handlungen vorhergehenden Provokationen bzw. Herausforderungen differenziert behandelten. Zum anderen thematisierten die eigenen ständischen Normen der Handwerker und Universitätsangehörigen ebenfalls ehrenrührige Verhaltensweisen, nicht nur um gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern, sondern auch um dieses Verhalten als Mittel des Konfliktaustrags zu unterbinden.

In der Frühen Neuzeit gab es einerseits keinen breiten Abstand zwischen einfachen Wortwechseln bzw. Neckereien und direkt ehrenrührigen Beleidigungen.¹³⁶⁰ Andererseits lösten Schmähworte bzw. ehrenrührige Worte die Erwiderung des Gesagten aus, der Beleidigte wurde also zur Verteidigung seiner Ehre gezwungen,¹³⁶¹ weil die Verletzung bzw. der Verlust der Ehre sowohl zu einer Statusdrohung als auch – im Extremfall – zu einer Lebensdrohung führte.¹³⁶² Ein solcher verbaler Schlagabtausch führte daher häufig zu sogenannten Ehrenhändeln.¹³⁶³

Auch wenn die Ehre zweifellos in der frühneuzeitlichen Gesellschaft einen wichtigen Wert hatte, gab es allerdings unterschiedliche Konfliktlogiken bzw. -motive, in denen stets mit dem Verweis auf Ehre argumentiert wurde.¹³⁶⁴ Es ist daher weniger davon auszugehen, dass die Logik der Konflikte immer ‚allein‘ auf die Ehre verweisen musste, als vielmehr, dass Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen Hintergründen¹³⁶⁵ eine ausgeprägte Tendenz zur Betonung bzw. zur Zentralisierung

¹³⁶⁰ EIBACH (2003), S. 225. Vgl. auch einen kurzen Überblick der Forschung zu Beleidigungen von HAACK (2008), S. 44-47.

¹³⁶¹ EIBACH (2003), S. 225. Siehe auch WALZ (1992), S. 232.

¹³⁶² Ich habe dies mit weiterer Literatur bereits am Eingang des Abschnitts 4.2.1. der vorliegenden Arbeit erwähnt.

¹³⁶³ Zur allgemeinen Beschreibung der Ehrenhändel siehe DINGES (1993), S. 363; NOWOSADTKO (1994), S. 233.

¹³⁶⁴ LUDWIG (2016), S. 233. Siehe auch SCHWERHOFF (2004b), S. 234.

¹³⁶⁵ Zu unterschiedlichen Konflikt- bzw. Streitkonstellationen im frühneuzeitlichen Alltag siehe eine ausführliche Zusammenfassung von HAACK (2008), S. 53-76. Siehe ferner ebd., S. 278: „Streit in alltäglichen Lebenssituationen – etwa in der Ehe, zwischen Nachbarn oder sonstigen miteinander

der Ehre hatten.¹³⁶⁶ Hinsichtlich dieser unterschiedlichen Konfliktlogiken und -typen ist der folgende Vorschlag von U. Ludwig auch für die vorliegende Arbeit aufschlussreich: „drei Grundtypen der individuell ausgetragenen Ehrkonflikte im Allgemeinen und der Duelle im Besonderen [sind] zu unterscheiden: Wettkampfspiel, Stellvertreterkonflikte und Entgleisungskonflikte“.¹³⁶⁷

6.3.2. Schnelle Entwicklung zu einem Kampf

Die Tendenz zur Zentralisierung der Ehre bzw. der Transformationsprozess von einem schon schwelenden Konflikt in einen Ehrkonflikt war sicherlich ein wichtiges Merkmal der Konfliktlogiken in der Frühen Neuzeit. Es gab allerdings zugleich „solche Konflikte, bei denen aus Kleinigkeiten, aus freundschaftlich-frechen Dialogen plötzlich tödliche Kämpfe entstanden“.¹³⁶⁸ Ich möchte daher im Sinne einer Forschungshypothese annehmen, dass die Gewalthändel der Jugendlichen auch ohne „lange Vorgeschichte“ bzw. spontan ausbrechen konnten.¹³⁶⁹

[Nr. 237] Als Beispiel dafür ist ein Körperverletzungsfall vom 28. Juni 1613 zu nennen, den der verletzte Schuhknecht Martin Polietzsch selbst am 29. Juni vor Gericht brachte.¹³⁷⁰ Polietzsch hatte angeblich zusammen mit zwei Schuhknechten, Martin Schrost und Valten Hoffman, bis tief in die Nacht getrunken. Anschließend wollten sie

bekannten Personen, bei Erbschaften – war normales menschliches Verhalten und mit gegenseitigen Beleidigungen verbunden“. Siehe auch SCHMIDT-VOGES (2015), hier S. 427-430. Ähnlich hat A. Haldemann die Verzahnung zwischen Haus, Ehe und Ehre in der Nachbarschaft diskutiert. HALDEMAN (2015), insbesondere S. 435-439.

¹³⁶⁶ Dieser Prozess lässt sich als ein Bestandteil der „agonalen Kommunikation“ verstehen. Siehe Abschnitt 1.1.2. der vorliegenden Arbeit.

¹³⁶⁷ LUDWIG (2016), S. 233. Vgl. auch COTTIER (2017), S. 39.

¹³⁶⁸ LUDWIG (2016), S. 233.

¹³⁶⁹ Ein ähnlicher Hinweis findet sich auch bei der neueren Arbeit von M. Cottier, der sich mit Gewaltdelikten in Bern vom späten 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert auseinandergesetzt hat. COTTIER (2017), hier S. 39 und S. 91.

¹³⁷⁰ Der Ausgang des Gerichtsverfahrens sowie die Bestrafung des Beschuldigten sind in der Akte nicht überliefert.

in das Haus Tobias Listels, des Meisters Martin Schrosts, zurückgehen.¹³⁷¹ Schrost schlug dann „*hefftigk an die hausthur*“ an.¹³⁷² Der Meister wollte sie (oder zumindest seinen Gesellen Martin Schrost) aber mit dem Wort nicht einlassen: „*wo er gesoffen hett, so solte er auch hingehen, er wolte ihn nicht herbergen*“.¹³⁷³ Auf dem Weg zu einer Schusterherberge legten sich Martin Polietzsch und Valten Hoffman „*an der Eustachius Mullern eck vnter das wetter dach an die keller thur*“ nieder.¹³⁷⁴ Dann habe der Beschuldigte, so laut der Aussage des Opfers, „*[den] clegern mit einem beine gestossen, dauon er cleger vffgewacht, vffgestanden, vff ihn Beclagter zugangen, vnd ihn gefragt, worumb er ihn so gestossen*“.¹³⁷⁵ Dies führte fast ohne weiteren Wortwechsel sofort zu einem Schlagtausch mit den Fäusten, und schließlich stach der Beschuldigte den Kläger mit einem Messer nieder. Er floh zwar einmal, aber kam später zum Balbier, bei dem der verletzte Kläger verarztet wurde, und dann habe „*beclagter dem vorwundten vertragk angeboten, welche aber keinen vertragk eingehen wollen, inmittelst were die wache kommen, vndt beclagten eingefurt*“.¹³⁷⁶

Der spontane Ausbruch eines Streits ist offendar eng mit dem gemeinsamen Alkoholkonsum verknüpft.¹³⁷⁷ [Nr. 46] Am 12. Februar 1592 tranken der Hausknecht

¹³⁷¹ Dieses Haus stand in Petersstraße.

¹³⁷² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 237, Aussage des Klägers Martin Polietzsch, fol. 2r. Eine ähnliche Aussage findet sich in ebd., Nr. 237, Aussage Valten Hoffmanns, fol. 4r.

¹³⁷³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 237, fol. 2r.

¹³⁷⁴ Dieses Haus stand in Brühl.

¹³⁷⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 237, fol. 2v. Der Beschuldigte verneinte aber bei seiner gerichtlichen Aussage diesen angeblichen Stoß. Ebd., fol. 3r: „*cleger vffgestanden, zu beclagten zu gangen, vnd ihn geschlagen, vnd gesagt, worumb er ihn mit den fusse gestossen, welches er beclagter nicht gethan*“.

¹³⁷⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 237, fol. 5r.

¹³⁷⁷ Vgl. FENSKE (2006), S. 280f.; SCHWERHOFF (2009), insbesondere S. 20f. Eine Analyse der Praktiken der geselligen Gewalthandlungen findet sich in COTTIER (2017), insbesondere S. 89-97. Im breiteren Kontext des männlichen Zusammentrinkens und Alkoholkonsums wies K. Simon-Muscheid auf Folgendes hin: „Das gemeinsame Trinken in der Taverne oder der exklusiveren Zunft- oder Trinkstube bildete einen zentralen Bestandteil der männlichen Soziabilität und der Vorstellung von Männlichkeit und männlicher Ehre“; SIMON-MUSCHEID (2000a), hier S. 54. Ein entsprechender Hinweis findet sich auch in FRANK (1998), insbesondere S. 194-203. Zu den neueren Befunden über die Wirtshäuser in der Frühen Neuzeit siehe Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

Joachim Schwabe und Hans Hoyer¹³⁷⁸ neben Anderen bei Sixtus Weingertner zusammen. Zwar hatte „*keiner den andern kein böse wort*“ gegeben.¹³⁷⁹ Die beiden waren jedoch bei der Bezahlung uneins: Also hatte Schwabe angeblich zu Hoyer gesagt: „*mein Hans bezahle doch die 9 d. die vertroncken hast*“, und Hoyer habe „*mit großen hohen schweren gesaget ehr [Hoyer; H.S.] hatte keinen halber bey sich*“. Zwar habe Ursula Weingertner (Frau des Hauswirtes) gesagt, „*last ihn immer hingehen ich wil ihn die 9 d. schencken*“,¹³⁸⁰ um vermutlich die Bezahlung reibungslos erledigen zu wollen. Trotzdem habe Schwabe „*ferner bey ihm vmb bezahlung angehalten*“, worauf Hoyer mit den Worten erwiderte: „*ey du schelm vnd loser kerrel laße mich gehen*“.¹³⁸¹ Schließlich geriet es schnell in einen tätlichen Kampf mit Dolchen.¹³⁸² **[Nr. 33]** Ganz ähnlich verhielt es sich in einem weiteren Fall, in dem Thomas Hofman (keine Angabe des Berufsstandes) und Caspar Arnoldt (vermutlich Bäckerknecht) am 3. August 1589 in einer Schenke zusammentranken. Laut der Aussagen fast aller anwesenden Zeugen habe Hofman Arnoldt gesagt, „*du hast mir drey meßer gestohlen*“.¹³⁸³ Weil Arnoldt dies verneint hatte, habe Hofman wieder gesagt, „*es ist dennoch wahr du meßer dieb*“.¹³⁸⁴ Es ist hier zwar nicht klar, ob es tatsächlich um die Rüge des Diebstahls gegen Arnoldt ging, *oder* ob Hofman den Gegner mit einer allgemeinen Beschimpfung als „Dieb“ konnotieren wollte.¹³⁸⁵ Auf jeden Fall war eine Möglichkeit für Arnoldt vorhanden, dieses Wort von Hofman als direkten Angriff gegen ihn zu interpretieren, daher provozierte es schnell eine Gegenaktion Arnolds, und dies führte schließlich zur

¹³⁷⁸ Sein Berufsstand ist unklar.

¹³⁷⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 46, Aussage Ursula Weingertners, fol. 2r. Dies sagte auch ihre Tochter Barbara aus. Ebd. fol. 3v.

¹³⁸⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 46, Aussage Ursula Weingertners, fol. 2r.

¹³⁸¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 46, Aussage Barbara Weingertners, fol. 3v.

¹³⁸² Danach starb Hans Hoyer, und Joachim Schwabe ging flüchtig.

¹³⁸³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 33, hier Aussage Benedix Reusners, fol. 2v.

¹³⁸⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 33, Aussage Benedix Reusners, fol. 2v.

¹³⁸⁵ Siehe Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit.

Verwundung Arnoldts.¹³⁸⁶

In ähnlicher Weise konnte sich die Situation auch beim Glücksspiel schnell entwickeln.¹³⁸⁷ [Nr. 53] Am Abend des 25. März 1593 tranken insgesamt 17 Bäckergesellen beim Bäckermeister Hans Jhenich, und einige Gesellen spielten zusammen mit den andern Bauern ein Kartenspiel. Der Geselle Georg Beyer habe „*das geldt fast gar abgenommen*“,¹³⁸⁸ weshalb er mit den anderen Spieler uneins und mehrmals herausgefordert wurde. Danach schlug sich Beyer mit seinem Mitspieler Curt der Hesse¹³⁸⁹ und „*darzu [sei; H.S.] Zacharias Zimmerman Hansen Jhenichens wergkmeister, welcher nicht bey ihnen in der zeche gewesen, auch [ge]kommen*“, er habe „*Görge Beyern gesagt, ich laße den jungen Heßen nicht schlagen*“ und schließlich „*ihmen [sic!] mit einer kollen mulde dreymahl vff den kopff dermaßen geschlagen*“.¹³⁹⁰ Georg Beyer starb am nächsten Morgen an seinen Verletzungen. Der Täter Zacharias Zimmerman befand sich auf der Flucht.¹³⁹¹

[Nr. 192] Eine ähnliche Situation ereignete sich im Jahr 1610. Am Abend des 23. Mai spielten Georg Sebaldt, Peter Resler („die Wespe“), der Bauer Jacob Kleppel und der Bäckergeselle Matthes Pandorf „*das drey vnd zwanzigste gespielt*“ und „*vff iedes spiel sechs pfennige gesetzt*“. Jacob Kleppel habe „*etwa einen halben gulden vorspielt, welchen ihme die Wespe abgewunnen*“.¹³⁹² Nach dem Spiel lief Kleppel den anderen

¹³⁸⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 33, Aussage Benedix Reusners, fol. 2v: „*der entleibte den theter nach dem halße gegrieffen, der theter alsbalt im ihn mit einem meßer gestochen, das ehr alsbalt vmb gefallen vnd todt bleiben*“.

¹³⁸⁷ Vgl. SPIERENBURG (1998), S. 108f.; LUDWIG (2016), S. 257f.

¹³⁸⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 53, Bd. 1, Aussage des Bäckergesellen George Hebenstreidt, fol. 6v.

¹³⁸⁹ In der Akte gibt es keine Angabe seines Berufsstandes, aber er war vermutlich auch Bäckergeselle. Zu diesem Schlagabtausch werde ich auch in Abschnitt 6.4.1. der vorliegenden Arbeit erwähnen.

¹³⁹⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 53, Bd. 1, hier Aussage des Bäckergesellen Christoff Lorentz, fol. 4v-5r. Auch die anderen meisten Zeugen berichteten ein ähnliches vor Gericht.

¹³⁹¹ Einer von den Beteiligten an dieser Streitigkeit namens Curt der Hesse ging auch vermutlich flüchtig, weil er nicht als Zeuge vor Gericht erschien.

¹³⁹² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, Bericht Georg Sebaldts, fol. 1v.

nach und stach mehrfach auf Matthes Pandorf ein. Der Täter selbst gestand vor Gericht, dass er an den Bäckergehilfen insgesamt 70 Gulden verloren und ihn daher ihn angegriffen hatte.¹³⁹³ Weiterhin verneinte er zwar die Beteiligung am Spiel vom 23. Mai, jedoch gab an, von den Anwesenden verspottet worden zu sein: „*nun mustu wieder einen dresche geben das geldt ist alle, du hast das deine vorspielt*“, was ihn geärgert habe.¹³⁹⁴

Hier ist es festzuhalten, dass die gewalttätigen Auseinandersetzungen aus Kleinigkeiten oder in der konkreten geselligen Situation entstehen konnten. Im Folgenden wird herausgearbeitet, dass die Konflikte der Jugendlichen sich allerdings nicht zwangsläufig aus solchen geselligen Verhältnissen entwickeln konnten.

6.3.3. Konflikte junger Männer als Wettkampfspiele

Ich möchte nun aufgrund der bereits analysierten Normen der Handwerker und Universitätsangehörigen annehmen, dass der Angriff auf die Ehre einerseits und die Verteidigung der Ehre andererseits sich insbesondere unter Jugendlichen deutlich erkennen lassen. Wie bereits in Abschnitt 1.1.1. erörtert, befanden sich die Jugendlichen in einem gesellschaftlich ‚liminalen‘ Zustand, daher hatten sie einen stärkeren Anspruch auf einen gesellschaftlich anerkannten Platz¹³⁹⁵ sowie auf die Sicherung bzw. Verteidigung persönlicher oder kollektiver Ehre. Wie die oben

¹³⁹³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, fol. 5r: „*Jacob Kleppell vom Stein gestehet, das er Matthes Pandorff von Ebersbach, sonst Metzgen genant, dorumb gestochen, das derselbe ihme in dreyen wochen 50. f. hier in der stadt in bierheusern vndt Auerbachs weinkeller, abgewunnen, er hette sieder weinnachten 70. f. vorspielet*“.

¹³⁹⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 192, fol. 5v.

¹³⁹⁵ Dies wurde bereits für das Feld der Universitäts- bzw. Studentengeschichte aufgezeigt. Siehe Abschnitt 1.1.1. der vorliegenden Arbeit. Ganz ähnlich hat M. Dinges mit Blick auf Handwerksgehilfen auf die „Frustration [von Gesellen; H.S.] [hingewiesen], nicht zu 'ganzen Männern', also Meistern, Haushaltsvorständen und Vätern werden zu können“; DINGES (1998a), S. 129. Zu diesem Unterschied zwischen Meistern und Gesellen siehe auch WIESNER (1989), S. 128f.

geschilderten Beispiele zeigen, brachen die Konflikte junger Männer häufig spontan aus und in diesem Sinne war der ‚Prozess‘ der Zentralisierung der Ehre nicht ausdrücklich erkennbar. Vielmehr sind die Gewalthändel junger Männer, wie bereits U. Ludwig erörtert hat, dem Typus der „Wettkampfspiele“ zuzuordnen,¹³⁹⁶ weil dieser Typus sich im Unterschied zu oben erwähnten Stellvertreterkonflikten „gerade nicht aus ‚ursprünglichen Konflikten‘ entwickelten, sondern Resultat einer alltäglichen Praxis aggressiver Imagepflege (Erving Goffman) waren“ und somit selbst einen wichtigen „Teil einer Gruppenkultur“ bildeten.¹³⁹⁷

Zu bemerken ist auch Folgendes: Laut P. Bourdieu, der eine theoretische Grundlage für den Typus der Wettkampfspiele bietet, sind die Wettkampfspiele eng mit Männlichkeit verbunden, weil sie sich in „dem den Männern vorbehaltenen Raum“ abspielen.¹³⁹⁸

Dementsprechend hat B. Krug-Richter gerade im frühneuzeitlichen Kontext darauf hingewiesen: „Viele der männlichen Ehrkonflikte in der frühneuzeitlichen Stadt drehten sich, [...], schon aufgrund der engen Verflechtung von Ehre und Geschlecht gleichzeitig um den Beweis beziehungsweise die Wiederherstellung von Männlichkeit“. ¹³⁹⁹ Demzufolge lässt sich hier davon ausgehen, dass die zwei voneinander untrennbaren Ansprüche junger Männer auf die Ehre einerseits und auf die Männlichkeit andererseits ihre Praktiken prägten.

¹³⁹⁶ LUDWIG (2016), S. 219f. und S. 233. Dementsprechend hat auch B. Krug-Richter schon darauf hingewiesen, dass „selbst gewaltförmige Konflikte zwischen Männern oft Wettbewerbscharakter“ hatten. KRUG-RICHTER (2007), S. 261.

¹³⁹⁷ LUDWIG (2016), S. 267.

¹³⁹⁸ BOURDIEU (1997), insbesondere S. 203. Siehe auch BOURDIEU (2005), hier S. 93f. M. Meuser hat diese Erörterung Bourdieus aufgenommen und ferner eine These vorgelegt, dass der Wettbewerb „ein zentrales Mittel männlicher Sozialisation“ und zugleich „ein Mittel männlicher Vergemeinschaftung“ ist. MEUSER (2008), S. 33f. Dies wiederholt sich bei MEUSER (2012). Die Aufnahme dieser Erörterung Bourdieus findet sich auch bei JASER (2016), S. 241.

¹³⁹⁹ KRUG-RICHTER (2007), S. 262. Vgl. auch ROPER (1995), S. 109.

Ehrenrührige Worte als Anfang einer Auseinandersetzung

Aus diesen Gründen ist es offensichtlich, dass eine Beleidigung und ein darauf folgender Wechsel der ehrenrührigen Worte selbst am Anfang einer Auseinandersetzung stehen konnten.¹⁴⁰⁰ [Nr. 6] So brach am 1. Juni 1578 ein Streit unter v. a. Sattlergesellen beim gemeinsamen Zechen aus. Georg Thierfeld¹⁴⁰¹ gab anschließend zu Protokoll, dass „*Wenzel Gertners riemers junge zu ime [Georg Thierfeld; H.S.] gesagt [habe], dieweil er itzo wandern wolle, so werde kein frölicher gesell hier sein*“. Dann fragte der Sattlergeselle David Cuntz diesen Jungen, „*ob er also von ime geredt*“, und der Junge sagte Cuntz, „*wenn Georg von Orbe das gesagt, so dorffe er wes [sic!] mehr reden, dann er es nicht gesagt*“. Daher tadelte Cuntz zwar Thierfeld, aber Thierfeld antwortete, „*der junge habe es ja gesagt, vnd do ers nicht leiden könnte, wolte er ime ins angesicht hofieren, was er mangels an ime habe?*“.¹⁴⁰² Danach entwickelte sich die Situation schnell zu einem Schlagtausch, und schließlich wurde Cuntz von Thierfeld getötet.¹⁴⁰³

[Nr. 198] Ein Ähnliches lässt sich auch unter Studenten beobachten. Am Abend des 28. Oktober 1610 tranken der Student Bastian Schielert d. J., sein Vetter und der Student Christian Sussemielch, zwei Söhne eines Organisten und weitere Personen zusammen.¹⁴⁰⁴ Auf ihrem Heimweg fragte Sussemielch seinen Vetter Schielert, „*wie gefiel dir das stendtgen*“, und Schielert antwortete, „*es war so hin*“. Laut der Aussage eines Zeugen Leonhard Hermans „*möchte Sußemilch den Schilert an kopf geschlagen*

¹⁴⁰⁰ LUDWIG (2016), S. 236.

¹⁴⁰¹ Es ist unklar, ob er auch Sattlergeselle war.

¹⁴⁰² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 6, fol. 3r-3v.

¹⁴⁰³ Nach diesem Vorfall flüchtete Thierfeld, weshalb der Ausgang des Gerichtsverfahrens nicht überliefert ist.

¹⁴⁰⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 198. Über diesen Fall erschien insgesamt sieben Zeugen vor Gericht, aber nur ein Mitzechende Leonhard Herman konnte den Ablauf des Geschehens ausführlich aussagen. Daher verweise ich im Folgenden nur auf seine Aussage: Ebd., fol. 3v-5r.

haben, das ihm der hut runder gefallen, schlagen het zeuge ihn nicht gesehen, aber den hut het zeuge an der erden ligen sehen“. Darauf folgend habe Schielert gesagt, *„warumb schlagestu mihr dem [sic!] hut abe, wie ein ander schelm“*, und Sussemeiellch habe sofort darauf erwidert, *„ich werde io [sic!] nicht ein schelm sein“*. Danach stach Schielert mit einem Messer auf Sussemeiellch ein.¹⁴⁰⁵

Die Zwangsläufigkeit der wechselseitigen Beleidigungen wurde dadurch gewährleistet bzw. verstärkt, dass die Schmähung mit lautem Rufen usw. auch eine akustische und öffentliche Wirkung hatte.¹⁴⁰⁶ Unter dieser Bedingung der Öffentlichkeit¹⁴⁰⁷ kam es erstens vor, dass die schmähende bzw. herausfordernde Handlung einer „symbolischen Aneignung der Räume“ von Jugendlichen diene¹⁴⁰⁸ und ihre Anwesenheit sowie die Inanspruchnahme des eigenen Territoriums darstellen konnte.¹⁴⁰⁹ Den Hintergrund dafür bildet, dass das „Gebot der Performanz“ die Sozialität der vormodernen Städte prägte und solche Inszenierungen der Gruppenbildung dienten.¹⁴¹⁰ Diese Verhaltenweise hatte zweitens insofern eine ausdrückliche Wirkung, als v. a. der Angegriffene die schmähenden Rufen bzw. Worte nicht einfach überhören bzw. ertragen konnten, um seine Ehre zu verteidigen.¹⁴¹¹ Letztlich setzte eine Beleidigung als Sprechakt die Anwesenden voraus, die die Beleidigung als solche wahrnehmen konnten. Denn eine Beleidigung funktionierte nur dann, wenn dieser Akt (häufig im

¹⁴⁰⁵ Eine Schilderung über diesen Fall findet sich in einem Bericht, den die Universität am 20. Mai 1611 bei dem Kurfürsten einreichte. Siehe dazu UAL, Rep. II/ XI, Nr. 5, fol. 53r-66r.

¹⁴⁰⁶ Darauf hat I. Schmidt-Voges im Kontext der nachbarschaftlichen Konflikte hingewiesen und somit die enge räumliche Verzahnung zwischen Haus und Nachbarschaft hervorgehoben. SCHMIDT-VOGES (2015), hier S. 429.

¹⁴⁰⁷ G. Schwerhoff wies bereits, auf P. Bourdieu verwiesen, darauf hin, dass die Öffentlichkeit eine Funktionsvoraussetzung der Ehrverletzung darstellte. SCHWERHOFF (1991), S. 314f. Vgl. auch DINGES (1993), S. 366. Zu einer einleitenden Diskussion über den Zusammenhang zwischen Öffentlichkeit und Raum siehe SCHWERHOFF (2005). Das Verhalten der Jugendlichen im öffentlichen Raum habe ich auch in Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit erörtert.

¹⁴⁰⁸ FÜSSEL (2016), S. 185f.

¹⁴⁰⁹ WETTMANN-JUNGBLUT (2012), S. 322.

¹⁴¹⁰ SCHLÖGL (2004), S. 47f.; ZAUNSTÖCK (2010), S. 34.

¹⁴¹¹ LIERMANN (2007), S. 77f. Vgl. auch SCHWERHOFF (1991), S. 319.

Form der lauten Aktionen) sowohl von den Betroffenen als auch von Dritten (wie etwa Nachbarn, Zeugen) wahrgenommen und als Beleidigung markiert wird.¹⁴¹²

Variante der Schmähworte

Das oben vorgestellte Beispiel zeigt, dass bei einem Wortwechsel durchaus das Schmähwort „Schelm“ zum Einsatz kam. Die Forschung ist sich darin einig, dass „Schelm“ und auch „Dieb“ als gängige und gruppenübergreifende Worte eine sehr typische Variante bei den männlichen Auseinandersetzungen waren.¹⁴¹³ Hierzu ist auch „Hundsfoth“ zu zählen, denn „Angehörige aller erfaßten Berufsgruppen – auffallend vor allem Handwerker und Soldaten – nutzten diese Beschimpfung“.¹⁴¹⁴

Fragt man aber danach, wie häufig diese Schimpfwörter tatsächlich vorkamen, kann man sicherlich auch an eine mögliche Typisierung durch die Gerichtsschreiber denken. Diesbezüglich geht J. Eibach am Frankfurter Beispiel jedoch von einer ‚geringen Typisierung‘ aus, weil auch die Gerichtsschreiber die gegenseitigen verbalen Beleidigungen als eine unmittelbare Vorgeschichte der physischen Auseinandersetzungen annahmen und daher ein großes Interesse daran hatten, die Aussagen über eine solche Vorgeschichte ausführlich mitzuschreiben.¹⁴¹⁵ Angesichts der oben erwähnten Auswertung der Leipziger Gerichtsakten lässt sich m. E. dieser Hinweis auch auf das Leipziger Beispiel übertragen, was die folgende Tabelle zeigen kann:

¹⁴¹² Zur Bedeutung der Dritten bei der Beleidigung siehe LUDWIG (2016), S. 249.

¹⁴¹³ Beispielsweise SCHWERHOFF (1991), S. 315f.; SIMON-MUSCHEID (1991), S. 17; DINGES (1998a), S. 139; SCHWERHOFF (2004b), S. 230. Eine quantitative Analyse der verschiedenen Variante findet sich in EIBACH (2003), S. 225-236.

¹⁴¹⁴ EIBACH (2003), S. 230-232. Auch U. Ludwig geht davon aus, dass das „Hundsfoth“ als „Universalbeschimpfung für Männer zum Einsatz“ kam. Siehe LUDWIG (2016), S. 242, Anm. 25. Dies lässt sich auch in meinem Quellensample bestätigen. Siehe dazu die folgende Tabelle.

¹⁴¹⁵ EIBACH (2003), S. 226.

Verweis ¹⁴¹⁶	Schmähworte	Akteure (Berufsstand)		Zeugen (z. T. Auswahl) ¹⁴¹⁷
		von	an	
Nr. 21	Schelm	Maurerlehrling	Maurergeselle	Maurergeselle [Zeuge]
Nr. 46	„du schelm vnd loser kerl“	k. A. [Opfer]	Hausknecht	Tochter des Hausbesitzers
Nr. 57	Schelm	Zimmermannsge- selle	Müller	Müller [Täter]
Nr. 59	„du hure, du schelm“	Bauernknecht	Rotgießermeister; Frau des Schneiders	Frau des Schneiders [Opfer]; Bürger/Wächter
Nr. 78	„euch Gottes ihr schelme“	Sohn des Futterschneiders	Studenten	Senkler
Nr. 92	Schelm	Magister ↔ Stundenrufer		Magister; Magd
		Student [Täter]	Stundenrufer	Student [Täter]
Nr. 103	„du diebischer kurschner“	k. A. [Täter]	Kürschnerlehrling	Hausgenosse
Nr. 116 ¹⁴¹⁸	„geflucht alle wunden vnd Sacrament, [...], sie auch vor schelm vndt straßenreuber gescholten“	„futter Vrbā“ (Futterschneider?) ¹⁴¹⁹	Nachbarn	Nachbarn
Nr. 140	„du, bonus dies diebe, du schelm“	Kaufburschen	Studenten	Student [Opfer]
	„kommet herauß,			k. A. [Zeuge]

¹⁴¹⁶ Die Akten mit „GA“ befinden sich im Universitätsarchiv Leipzig. Die sonstigen Akten gehören zu den Strafsakten im Stadtarchiv Leipzig.

¹⁴¹⁷ Legende: # = Form als Klageschrift bzw Rüge; * = Die Aussage erfolgte sich als Antwort auf Frageartikel.

¹⁴¹⁸ Zu diesem Fall siehe auch KÄSTNER/ SCHERER (2013), S. 90. Der Gefangene Urban Lipman wurde hier wegen der Gotteslästerung beschuldigt und wurde schließlich mit einer Haftstrafe bestraft.

¹⁴¹⁹ Ich vermute hier, dass der Beschuldigte Urban Lipman mit dem verletzten Sohn des Futterschneiders in einem Fall von 1598 (StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 78) identisch war.

	<i>ihr bonus dies mennergen“</i>			
	<i>„Hans Mucke [ein Kaufbursche; H.S.], du schelm, ich kenne dich wol“</i>	Student	Kaufburschen	k. A. [Zeuge]
Nr. 152	<i>„ihr schelm, ihr diebe kommet heraus“</i>	Magister; Student; Schreiber	vier Fleischer	ein Fleischer [Täter]; Mägde beim Fleischer
Nr. 167	<i>„sacramentischer schelm“</i>	Maurergeselle	Hausgenosse	Hausgenosse [Kläger]#
Nr. 168	<i>„schelm vnd dieb“</i>	Riemergeselle [Opfer]	Riemergeselle [Täter]	Riemergeselle [Täter]; viele Zeugen
Nr. 171	Schelm	Gerbergesellen	Studenten	Studenten#
	<i>„schelme vndt diebe“</i>			Frageartikel
Nr. 198 ¹⁴²⁰	Schelm	Student ↔ Student		k. A. [Zeuge]
Nr. 205	<i>„schelme vnndt diebe“¹⁴²¹</i>	Leinewebergeselle	Hausbesitzer	Gassenemsiter*; Wollkämmer*; k. A. [Zeuge]*
	Hure		Ehefrau des Hausbesitzers	
Nr. 206	Hundsfott	??? ↔ ??? (vermutlich Studenten)		Goldschmied ¹⁴²² ; ein anderer Zeuge ¹⁴²³ ; Magd
	Schelm	Student	Wächter	Goldschmied
Nr. 212b	<i>„horstu du</i>	<i>„Junge“</i>	Stundenschreiber	Stundenschreiber

¹⁴²⁰ Siehe oben.

¹⁴²¹ Laut des vierten Frageartikels habe der beschuldigte Leinewebergeselle Urban Günther auch gesagt: „es were einer ein fischdieb, der andere ein korndieb, ia die Kerner weren alle diebe, vnndt ein dieb so gut als der ander“; StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 205, hier fol. 2r. Die alle drei Zeugen bestätigten auch dies.

¹⁴²² Der Zeuge Hans Schmied berichtete nur wie folgt: „einer eine hundsfutt genant worden“. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, fol. 5v.

¹⁴²³ Michael Schweitzer d. J. berichtete nur wie folgt: „etliche in Thomasgeslein gewesen, hett einer zum andern gesagt, du huntsfudt, darauf der ander wieder gesaget, wie, bin ich, dein hundsfutt“. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, fol. 6r.

	<i>schelm gib das hornen von dir“</i>			
Tit. VII C, Nr. 13	<i>„kaphäne schelme diebe“¹⁴²⁴</i>	Studenten	Schustergesellen	Kürschner; Schustermeister
Nr. 235	Hundsfott	Studentenjunge ¹⁴²⁵ ↔ Kürschnergeselle		Studentenjunge [Täter]*
	<i>„was wollet ihr schelme, das euch Gottes hundert tausent sacrament“</i>	Studentenjunge	Nadlergesellen	Frageartikel; Nadlergeselle*
	<i>„bernheutter“</i>	Studentenjunge; seine Gesellen	Gärtner	Gärtner ¹⁴²⁶
	<i>„ihr seidt gewaltige hundtsfutter“</i>	Gärtner	Studentenjunge; seine Gesellen	Studentenjunge [Täter]
	<i>„schelme vnd diebe“</i>			
Nr. 256	Schelm	Trompeter	Marktmeister; Wächter	Marktmeister
Nr. 293	<i>„hunsfotter huren sohne“</i>	Studenten	Gesellen	Hauswirt
	<i>„schelm, dieb, huren sohn“</i>			Kürschner; Nachbar; ein Geselle [Täter]
Nr. 311	Schelm	Wächter	Notar ¹⁴²⁷ ;	Leinweber;

¹⁴²⁴ Vgl. auch StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 231, fol. 3r.

¹⁴²⁵ „Studentenjunge“ bezeichnet den Diener eines Studenten. Siehe Art. „Studentenjunge“ im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (DWB):

<http://www.woerterbuchnetz.de/DWB?lemma=studentenjunge> (Letzter Zugriff: 28.12.2017). Auch im Folgenden benutze ich ohne weitere Angabe diese zeitgenössische Bezeichnung.

¹⁴²⁶ In dieser Akte geht es hauptsächlich um die mehrmaligen Freveltaten des Studentenjungen Georg Rudels vom Januar 1613 an der Nikolaikirche. Erst am 25. Januar 1613 berichtete aber der Gärtner Andreas Wendeler aus Wahren einen Zusammenstoß, der im „vorgangen sommer“ zwischen ihm einerseits und Georg Rudel und seinen Gesellen andererseits vorgekommen war. Wendeler habe trotzdem Rudel nicht angeklagt, weil „er Rudel dem barbirer meister Lorentzen einen Reichstaler artzlohn geben, sich mit Wendeler vortragen“ hätte. Dieser Vorfall ist in derselben Akte überliefert: StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 235, fol. 11r-12r. Siehe ausführlich Abschnitt 6.6.2. der vorliegenden Arbeit.

			„Klipsteins bursche“	Schneider
	„bistu einn burger, so gieb die schelmenn raus“		Notar	k. A. [Zeuge]
Nr. 326	Schelm	Maurergeselle	Weinschenk Töpfergeselle?	Weinschenk
Nr. 395	„schelm, diebe vnd huren“	Sohn einer Hausmagd	Zwei Gassenmeister; ihre Frauen	Gassenmeister
Nr. 402	„bistu nicht ein hundsputt leßet die dem kahlem schelm die bau nehmet, ihn auch eines heschers, vnd schelmen sohn geheißen“	Zimmermannsge selle	„Sandwerffer“	„Sandwerffer“ [Täter]
	„hette iener [Paul Voigt; H.S.] mitt schmehrworten, als bernheuten, vnd schelm vmb sich geworff[en], daraus er Nicol Lehman ihn [Paul Voigt; H.S.] wieder einen schelm vnd eines heschers sohn geheißen“	Zimmermannsgeselle ↔ „Sandwerfer“		Zimmermannsg eselle [Opfer]

¹⁴²⁷ Diese Schmähung bezog sich wahrscheinlich auf die beiden, da sie sich zum Notar Johann Klipstein geflüchtet hatten.

Nr. 439	Schelm ¹⁴²⁸	Sohn des Hausbesitzers	Buchdruckergeselle [Opfer]	Buchdruckergesellen [Zeugen]*; Köchin; Frau des Buchdruckers
	„wie heistu mich ein schelm, komme heruntter bistu besser als ein schelm“	Buchdruckergeselle	Sohn des Hausbesitzers	ein Buchdruckergeselle [Zeuge]*
	„du magst wohl selbst ein schelm sein von du mich einen schelm heist“			ein anderer Buchdruckergeselle [Zeuge]*
	„was heistu mich ein schelm, du magst wohl selber einer sein du hundtsfoth“			Frau des Buchdruckers
	„du hundesfoth willtu [sic!] nur stosse geben“	Magister	Buchdruckergeselle [Opfer]	Buchdruckergeselle [Zeuge]*
Nr. 471	„mit schelm, dieb vndt bernheüter schelten heraußer gefodert“	Soldaten	Hochzeitgäste	Unterschenk
	„du schelm bistu auch ein hochzeit gast“	Soldat	Stadtpfeifer	Stadtpfeifer
Nr. 546 ¹⁴²⁹	„kom hehr kom	Student	Marktmeister	Marktmeister

¹⁴²⁸ Über diesen Fall wurden sieben Zeugen vernommen. Laut der Aussagen der vier Zeugen darunter verwechselte der Buchdruckergeselle Peter Fuchs ein anderes Wort mit „Schelm“ und hielt sich somit für geschmäht. Ein Buchdruckergeselle Hans Christoff Schenderlin antwortete beispielsweise auf den dritten Frageartikel wie folgt: „*Peter Fuchs aber hette verstanden, als ob ihn Schneider einen schelm geheissen*“. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 439, fol. 3r-3v.

¹⁴²⁹ In dieser Akte geht es hauptsächlich um einen Fall, in dem der Student Christian Kronberger beim Balgen bzw. Duell vom 20. Oktober 1648 den Studenten Samuel Wernicke tötete, und Kronberger noch flüchtig war. Das Stadtgericht übernahm dem Befehl des Schöffentuhls gemäß das Verfahren gegen

	<i>hehr mit deiner diebes rotte“</i>			
	<i>„hescher du schelm kom heher“</i>		Stadtknecht	Stadtknecht
Nr. 551 ¹⁴³⁰	<i>„peperlepep vndt sie vor eine fanta gescholten“</i>	Studenten	Soldaten	Frageartikel ¹⁴³¹
	<i>„hundtsvott, hundtsvott sey der studenten rechter nahme“</i>	Soldat	Studenten	Frageartikel ¹⁴³²
	<i>„ein hundtsvott, du Schwedischer fande“</i>	Studenten	Soldaten	Frageartikel ¹⁴³³
Nr. 563	Hundsfott	Kaufdiener ↔ Kaufdiener		Färber; Kaufdiener
	Hundsfott	Färber	Kaufdiener	ein Kaufdiener [Täter]; Kaufdiener [Zeugen]
	<i>„du schelm du dieb“</i>	Kaufdiener	Kaufdiener	ein Kaufdiener [Zeuge]
	Schelm	Kaufdiener	Färber	Wirt
Akten Teil 1, Nr.	Schelm	Schneider; seine Ehefrau; seine	Student	Schneidergeselle* 1435

Kronberger, und lud ihn dadurch vor, die Zitationsschrift zweimal (am 21. und 22. Oktober) am Rathaus anzuhängen. Die hier vorgelegten Schmähworte erschienen, als der Student Melchior Röhding am 28. Oktober die Wächter mit einem Ziegelstein drohte bzw. angreifen wollte. Laut des Berichts eines Stadtknechtes habe dieser Student schon am 23. Oktober *„mit einer hand voll koth nach der taffel, so vnter dem Rathhause henget, geworffen“*. Zu den Berichten des Marktmeisters sowie der einigen Stadtknechte über dieses Geschehen siehe StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 546, fol. 24r-26r.

¹⁴³⁰ Über diesen Fall wurden elf Zeugen vor dem Stadtgericht vernommen. Vgl. auch Abschnitt 6.2.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁴³¹ Drei von elf Zeugen bejahten diesen Artikel.

¹⁴³² Zwei von elf Zeugen bejahten diesen Artikel.

¹⁴³³ Drei von elf Zeugen bejahten diesen Artikel.

¹⁴³⁵ Auch er bestätigte den zweiten Frageartikel, aber seine Antwort lautete: *„Ja, sie hetten ihn freilich gescholten, es were aber das geschrei so groß gewesen, das er nicht alle wortt hören können, hette aber*

938 ¹⁴³⁴	„schelm dieb vnd hurer gescholtten“	Tochter		Witwe*
GA, III, M, Nr. 1	Schelm	Student	Stundenrufer	Stundenrufer
	„ein versagter kerll oder wie seine verba formalia lautten (salva reverentia legentis) ein versagter hundtsfudt“	Marktmeister	Wachmeister	Marktmeister [Opfer] ¹⁴³⁶
GA, III, T, Nr. 1	„Jenischer penal, kom heraus“ ¹⁴³⁷	Student an der Juristenfakultät	Student aus Jena	Hausfrau Doktor Puzschers [Klägerin]#
	„Jenischer pennal mit den zopff kom heraus, eine rutte hehr“ ¹⁴³⁸			Student [Opfer]*; Dienerin Doktor Puzschers*
GA, IV, Nr. 5	„so seid ihr ziegenböcke“	Studenten	Schneider	Torschließer
GA, IV,	„ist das ein	Student	Schuster	Schuster

gehört, das sie einen schelm ihn gescholtten“. StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 938, fol. 5r.

¹⁴³⁴ Auf die Beleidigung bezieht sich hauptsächlich der zweite Frageartikel: „Wahr vndt zeugen wissendt, als gedachter Moebius sich darob beschweret, das Simon Löwe neben seinen weibe v[nd]. döchtern den gedachten Moebium einen schelm, dieb, vndt hurer öffentlich vber die gasse gescholten, vndt mit derogleichen wehr schmerworten ihn atrociter injuriret“. StadtAL, Richterstube, Akten Teil 1, Nr. 938, fol. 1v.

¹⁴³⁶ Es handelt sich hier nicht um die Aussage am Tatort bzw. beim Geschehen, sondern um die protokollierte Aussage des Marktmeisters, weil der Wachmeister den Marktmeister nicht aus dem Angriff der Burschen gerettet hatte.

¹⁴³⁷ „Pennal“ (oder im Mittelalter „beanus“) bezeichnet den Studienanfänger, d. h. den „die federbüchse, das schreibzeug mit sich tragende[n] und die vorlesungen nachschreibende[n] schüler“. Siehe Art. „Pennal“ im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (DWB):

<http://www.woerterbuchnetz.de/DWB?lemma=pennal> (Letzter Zugriff: 28.12.2017). Diese Bezeichnung galt als Scheltwort unter Akademikern, um die Unterordnung der jüngeren unter die älteren Studenten bzw. das hierarchische Verhältnis zu konnotieren. Siehe dazu FÜSSEL (2005b), S. 611 und S. 626f.

¹⁴³⁸ Das Wort „rutte“ ist auch zu Schimpfwörtern zu zählen, weil es aus dem lateinischen Wort „rubeta“ (Kröte) stammt. Siehe Art. „Rutte“ im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (DWB): <http://www.woerterbuchnetz.de/DWB?lemma=rutte> (Letzter Zugriff: 28.12.2017).

Nr. 22	<i>hurennest“</i>			[Opfer]
	<i>„rauß ihr bürger; ihr hunde, wir wollen euch alle darnieder stoßen, das euch die calthaunen zum leibe herauß hengen sollen“</i>	Studenten	zwei Bürger	zwei Bürger; Frageartikel
	<i>„he du hure, das du nicht auch so viel bekommen haben solst, alß dein mann“</i>		Ehefrau des Schusters (Ehefrau eines Opfers)	Ehefrau des Schusters
	<i>„schelm vnd diebe“</i>		Wächter	Marktmeister
	<i>„ihr hescher ihr diebe“</i>			Student aus Franken [Zeuge]*
	<i>„mit schelmen bernheudtern v[nd]. hundtsvoitten, heraus geworffen“</i>	Schuster [Opfer]	Studenten	Student*
	<i>„schemlen v[nd]. diebe“</i>	Schmied	Studenten	

Wie die Tabelle darstellt, lässt sich auch am Leipziger Beispiel festhalten, dass die Schmähworte (wie Schelm, Dieb, Hundsfott) einen breiten Einsatzbereich hatten. Diese Worte beschränkten sich also nicht auf eine bestimmte ‚Peergroup‘ (wie etwa Studenten, Handwerksgesellen), sondern erschienen auch bei Konflikten zwischen solchen Gruppen oder mit anderen Personenkreisen (typischerweise z. B. städtischen Wächtern).

Die Studenten hatten, wie die Tabelle zeigt, ein breiteres bzw. besonderes Repertoire von Schmähworten.¹⁴³⁹ Zugleich wurde aber auch bei den Auseinandersetzungen zwischen Studenten überwiegend „Schelm“ bzw. „Dieb“ eingesetzt.¹⁴⁴⁰ In diesem Sinne lässt sich konstatieren, dass die Studenten mit anderen Männergruppen eine gemeinsame Konfliktkultur teilten.

Ein Set an Beleidigung und Herausforderung als ‚Kampfsprache‘

Wie die oben gezeigte Tabelle darstellt, ist in den meisten Ehrenhändeln auffällig, dass die Herausforderung zum Kampf einen wichtigen Platz einnahm, denn „Ehrverletzungen geschehen in der Regel als Herausforderung“.¹⁴⁴¹ Daher beinhaltet die Praxis der Herausforderung, so K. S. Kramer, sowohl die konkrete Aufforderung zu einem Kampf als auch zumeist eine Ehrenschränkung.¹⁴⁴²

Zu bemerken ist aber auch, dass die Ehrverletzung bzw. die Herausforderung selbst weder die Distanzierung des Gegners als ‚unehrenhaft‘ noch die Verneinung der Ehre des Gegners bedeutete. Vielmehr stellte die Ehrverletzung bzw. die Herausforderung eine kommunikative Handlung in dem Sinne dar, dass eine solche sprachliche Handlung den Kontrahenten „als eine Person voraussetzen muss, die verstehen kann und muss, um überhaupt beleidigt werden zu können“.¹⁴⁴³ Weiterhin hob P. Bourdieu zudem bereits hervor: „Die Herausforderung, weil sie zur Ehre gereicht, zählt nur, wenn sie sich an einen Mann von Ehre richtet“.¹⁴⁴⁴ Denn die Herausforderung

¹⁴³⁹ Siehe auch SIEBENHÜNER (1999), S. 56-59.

¹⁴⁴⁰ K. Siebenhüner erwähnte schon über die studentische Delinquenz, dass „Schimpfworte wie ‚Schelm‘ und ‚Dieb‘ von allen Beteiligten [also Studenten und städtischen Bevölkerung; H.S.] verwendet wurden“; SIEBENHÜNER (1999), S. 59.

¹⁴⁴¹ DINGES (1995a), S. 51.

¹⁴⁴² KRAMER (1956), S. 124f.

¹⁴⁴³ KRÄMER (2007), S. 46. Ähnlicherweise hat U. Ludwig erörtert: „Die Kunst des Beleidigens kam letztlich ohne die Kunst des Beleidigtseins nicht aus“; LUDWIG (2016), S. 236-256, hier S. 252.

¹⁴⁴⁴ BOURDIEU (1997), S. 204.

bedeutete eine Anerkennung in dem Sinne, dass jemand den Gegner „als ein[en] Rivale im Kampf um die Ehre“¹⁴⁴⁵ bzw. „als einen an Ehre ebenbürtigen Partner“¹⁴⁴⁶ versteht. Auch M. Dinges formulierte ganz in diesem Sinne: „Auseinandersetzungen um Ehre sind nur zwischen virtuell Gleichen möglich, denn jede Herausforderung an die Ehre eines anderen beinhaltet immer auch die Anerkennung des Gegners als beachtenswerte Person“.¹⁴⁴⁷ Aufgrund dieser Anerkennung der ‚Kampfwürdigkeit‘ liegt es nahe, dass die Herausforderung und die Erwiderung darauf¹⁴⁴⁸ gerade einen wichtigen Bestandteil der Wettkampfspiele ausmachten.¹⁴⁴⁹ Daraus folgt aber umgekehrt, dass die Ablehnung der Herausforderung gewissermaßen für den Herausgeforderten die Verneinung seiner Ehre bedeuten konnte, und dass sich daraus ein Zwang zur Erwiderung ergab.¹⁴⁵⁰ Dieser Zwang wurde, wie oben erörtert, unter der Bedingung der Öffentlichkeit verstärkt. [Nr. 168] Einen Beleg für diesen Zwang können wir in den Aussagen über einen Fall finden, in dem der Leipziger Riemergeselle Hans Plancke am 20. April den auswärtigen Gesellen Christoff Herla nach mehrmaligen Wortwechseln tötete. Als der Wortwechsel eskaliert war, forderte der Angegriffene den Beschuldigten zu einem Kampf heraus. Der Beschuldigte antwortete: „*habe ich dir doch mein lebetagk kein leitt gethan*“, was gerade eine schlechte Beziehung zwischen den beiden Gesellen implizierte.¹⁴⁵¹ Der ebenfalls anwesende

¹⁴⁴⁵ BOURDIEU (1997), S. 204.

¹⁴⁴⁶ BOURDIEU (1979), S. 16; BOURDIEU (2007), S. 89, und siehe auch ebd. S. 103.

¹⁴⁴⁷ DINGES (1995a), S. 50f.

¹⁴⁴⁸ Dies lässt sich m. E. auch als „Herausforderungstausch“ nennen. Siehe NEUMANN (1997), S. 641.

¹⁴⁴⁹ LUDWIG (2016), S. 267. Vgl. auch BOURDIEU (1979), S. 21f.; BOURDIEU (2007), S. 95f.

¹⁴⁵⁰ Hier stütze ich mich hier auf den Hinweis von SCHWERHOFF (1991), S. 315: „Erwiderungen waren gefordert, die das Infragestellen der eigenen Person durch das Gegenüber möglichst noch überbieten mußten“. Siehe auch SCHWERHOFF (2004b), S. 238. Weiterhin hat U. Ludwig erörtert, dass der Ruf, wie etwa „*Ein hundsfoth ziehet seinen Degen nicht*“, zwangsläufig zu einer Beschädigung der Person des Gesagten geführt hätte. LUDWIG (2016), S. 245-247. Dieses Muster lässt sich im Folgenden auch mit meinem Quellensample bestätigen.

¹⁴⁵¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, fol. 2v. Laut der Aussage des Beschuldigten gab es einen Handwerksgebrauch bzw. ein Empfangsritual für die auswärtigen Gesellen: „[Der Beschuldigte

Riemermeister Zacharias Gerttner sagte dazu: *„ein ehrlich geselle muß seine ehr vnd redlichkeit rettenn“*.¹⁴⁵² Demzufolge entwickelte sich dieser Streit zu Herausforderungen und anschließend zu tätlichen Auseinandersetzungen. Weiterhin war den betroffenen Gesellen bewusst, auf die Ehrverletzung reagieren zu müssen. Der Beschuldigte habe laut der Aussage des Zeugen Martin Mittag auf die Herausforderung des Opfers mit den folgenden Worten erwidert: *„were ich doch nicht ehren wortt, wen mich einer fordert vnd ich ihme nicht gestundet“*.¹⁴⁵³ **[Nr. 78]** Der starke Anspruch auf die Erwidierung der Herausforderung findet sich ebenso in einem Fall vom Abend des 11. Juni 1598, in dem sich ein Zusammenstoß zwischen einigen Studenten und einem Sohn des Futterschneiders Urban Lipman ereignete und Lipman schließlich verletzt wurde. Der Schuster Hans Schultze, der neben Lipman wohnte, konnte schildern, wie Lipman und seine Mutter sich kurz vor der tätlichen Auseinandersetzung verhalten hatten: Lipman sei *„in seines vatern hauße gestanden, vnd ein alt kurtz bothenspiesgen in henden gehabt, do hette seine mutter ihn nicht raus gehen laßen wollen, were er ihr mit vngestum entrießen, vnd raus gelauffen, als er nun raus kommen, weren vier kerls hausen [?] mit bloßen wehren gestanden, auff welche er mit seinen bothenspies zugelauffen“*.¹⁴⁵⁴

In diesen Kontext der Herausforderung in der Öffentlichkeit ist auch das sogenannte „Jauchzen“ einzuordnen. Dieses gehörte zu den beliebten nächtlichen Aktivitäten oder Schwärmereien, und bedeutete im Unterschied zu heutigem Sinne eher eine Kampfansage bzw. Drohung, wie K. Siebenhüner am Beispiel der Universitätsstadt Freiburg im Breisgau zeigte: „[...] ein Zeichen dafür, daß allein das Jauchzen zu einer Gegenreaktion herausforderte. Der Andere erwiderte es und demonstrierte so eigene

und einige Gesellen] einen frembden gesellen handwerges gebrauch nach, des gleittes biß auff die erste steinen brucken fur denn Rannischen tohre, gegeben“. Siehe dazu ebd., fol. 2r.

¹⁴⁵² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 2v.

¹⁴⁵³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 3v.

¹⁴⁵⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 78, fol. 4v.

Präsenz. Ein Jauchzen konnte also gleichsam als akustisches Signal wirken und die eigene Anwesenheit in den nächtlichen Gassen betonen“.¹⁴⁵⁵ Das Jauchzen wurde also wie erwähnt insbesondere von Jugendlichen verwendet, da es eine öffentliche Wirkung hatte und somit zur Inszenierung ihrer Anwesenheit diente.

In Leipziger Zeugenaussagen schlug sich ein zeitgenössisches Verständnis nieder, demzufolge diese laute und provokative Verhaltenweise überwiegend mit jungen Männern assoziiert wurde. [Nr. 182] Am 1. September 1609 begegnete der Doktor Johannes Renzelius den städtischen Wächtern und er wurde schließlich von ihnen verletzt. Über diesen Vorfall sagte der Gürtler Martin Remler vor Gericht aus: Er und seine Ehefrau seien schon im Bett gewesen, und seine Frau habe erst das Getümmel bzw. den Lärm auf der Straße gehört und ihm *„gesagt, hulff Gott, sie schlagen auf einen zu, es mus kein student, auch kein handtwergs gesell, sondern ein man sein“*.¹⁴⁵⁶

Diese Aussage impliziert also, dass die Zeitgenossen über die lauten bzw. provokativen Handlungen in erster Linie zwei Gruppen, Studenten und Handwerksgesellen, zuordneten.

Dieser zeitgenössischen Vorstellung entsprechend finden sich auch in den Leipziger Beispielen zahlreiche verbale Auseinandersetzungen von Studenten, Handwerksgesellen sowie zwischen beiden Gruppen. [Nr. 168] Nun ist wiederum auf den schon erwähnten Fall von 1608 einzugehen. Als der Leipziger Riemergeselle Hans Plancke und der auswärtige Geselle Christoff Herla neben anderen in einer Zeche saßen, gerieten sie in Streit.¹⁴⁵⁷ Bei dem folgenden Wortwechsel ging es, ähnlich wie

¹⁴⁵⁵ SIEBENHÜNER (1999), S. 84. Siehe auch KRUG-RICHTER (2006), S. 44; LIERMANN (2007), S. 56f.

¹⁴⁵⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 182, fol. 5v.

¹⁴⁵⁷ Den Ausgang markierte die folgenden Worte: *„hette der endleibette zu den thetter gesagett, wir wollen eine kanne warmen bier miteinander drincken, er thetter gesaget, des morgens drinckett warm bier; er hinwiederumb geandworttet, er meinette ein ander warmen bier; wolte ihme das rappir in leibe vmbkehren, der thätter gesaget, wen du ein solchs warm bier meinst, so will ich nicht mit dir gehen“*.

im oben bereits behandelten Fall, um die Herausforderung mit dem Schmähwort „Schelm“: *„der thätter [Hans Plancke; H.S.] gesaget, wen du ein solchs warm bier meinst, so will ich nicht mit dir gehen, der endleibette [Christoff Herla; H.S.] drauff geandworttet, bistu beßer den ein schelm, so komme vnd were dich meiner, der thetter gesagett wolle kein erliche geselle sein, er wolle ihme stechen“*.¹⁴⁵⁸ Als die beiden auch an das Haus von Jacob Osterreicher, Meister von Hans Plancke, kamen, ging das Wortgefecht weiter. Christoff Herla habe nicht nur *„sie [Anna Osterreicher, Frau Jacob Ostereichers; H.S.] gescholten, das rappier an hauffe halb außgezogen, den er solches in hauffe außziehen wollen“*, sondern er habe zudem nochmals Hans Plancke *„mit diesen wortten gefodert, were er besser den ein schelm solte er fur das thor kommen“*.¹⁴⁵⁹ Schließlich nahm Plancke die Herausforderung auf, indem er sagte, *„du hast mich gefodert, wo du mich hinfuerst, do wil ich dier folgen“*.¹⁴⁶⁰

Ein typisches Szenario in den Universitätsstädten waren Auseinandersetzungen zwischen Handwerksgesellen und Studenten. [Nr. 231; Tit. VII C, Nr. 13] Zunächst ist ein Tumult zwischen Studenten und Schustern aus dem Jahr 1613 zu nennen.¹⁴⁶¹ Dessen Ausgang markierte ein Herausforderungstausch mit Schmähworten zwischen Studenten im Pauliner Kolleg auf der einen sowie Schustergesellen auf der anderen Seite. So berichtete ein Zeuge, Schustermeister Jacob Kademan, der zur fraglichen Zeit in der Schusterherberge vor dem Grimmaischen Tor wohnte, dass *„das am sonntag*

StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, Aussage Georg Nennickes, fol. 4v.

¹⁴⁵⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, Aussage Georg Nennickes, fol. 4v-5r. Andere Zeugen sagten gleichermaßen aus. Ebd., Aussage Martin Mittags, fol. 3v: *„bistu ein ehrlicher geselle so kome hinaus fur das thor“*; Ebd., Aussage Jacob Asters, fol. 17r: *„wen er [Plancke; H.S.] ein ehrliche geselle were, so solte er fur das thor hienaus kommen vnd seine weren“*.

¹⁴⁵⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, Aussage Georg Nennickes, fol. 5r. Siehe auch ebd., Aussage Anna Osterreichers, fol. 6r: *„bistu ein ehrlicher geselle, so komme herrauß, bistu aber ein schelm, so bleibe darein“*.

¹⁴⁶⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 168, Aussage Georg Nennickes, fol. 5v.

¹⁴⁶¹ Eine ausführliche Schilderung dieses Falls findet sich in VOGEL (1714), S. 351f. Siehe auch FLÜGEL (1994), S. 60-62.

*gegen abendt vmb 7 vhr etzliche schue knecht vmb den graben gangen die studenten auß dem Collegio Paulino vffn neuen gebeude immer herauß geschriehen kaphäne kaphäne schelme diebe, daruff ein schue knecht so der andern schiber [?], den nahmenn wisse er nicht wiederumb gescholten, sie die studenten auch herauß gefordert“.*¹⁴⁶² Danach kamen einige Studenten ins Schustergäßlein, der Streit eskalierte aber diesmal nicht sofort. Hierbei richtete die Herausforderung der Studenten sich gezielt auf die Gesellen als Gegner, nicht auf die Schuster im Allgemeinen. Sie hätten also „zu dem wirth gesagt alte wo hastu die kaphäne gib sie rauß“, und der Wirt habe geantwortet, „ich hab kein kaphäne, sondern 2 arme kranke schueknechte dienen, die ihre noch sonsten haben vnd euch nichts thun“.¹⁴⁶³ Dann hätten die Studenten den Wirt gewarnt bzw. bedroht, „er der wirth solte daß schreyen vndt gepler [sic!] abschaffen sonsten wolten sie kommen vndt daß hauß gar vber hauffen werffen“.¹⁴⁶⁴ Am nächsten Abend stürmte jedoch eine große Anzahl Studenten ins Schustergäßlein. Auch hierbei nahmen die Schmähworte der Studenten gegen die Gesellen einen zentralen Platz ein, die viele Zeugen im Schustergäßlein wahrnehmen und daher vor Gericht bezeugen konnten, wie „er [ein Hauswirt; H.S.] solte ihnen kaphäne herauß geben“¹⁴⁶⁵ bzw. „schelm vndt dieb in sein hauß“¹⁴⁶⁶. Bei diesem Geschehen am zweiten Tag spielte also ein enger Zusammenhang zwischen dem Eindringen in ein eigenes Territorium (hier ins Wohngebiet der Schuster)¹⁴⁶⁷ und den provokativen lauten Aktionen eine zentrale Rolle.

¹⁴⁶² StadtAL, Tit. VII C, Nr. 13, fol. 8r. Ein ähnlicher Bericht findet sich in: Ebd., Aussage des Kürschners Barthell Bemmes, fol. 11r.

¹⁴⁶³ StadtAL, Tit. VII C, Nr. 13, Aussage Barthell Bemmes, fol. 11v.

¹⁴⁶⁴ StadtAL, Tit. VII C, Nr. 13, Aussage Barthell Bemmes, fol. 11v. Siehe auch ebd., Aussage Jacob Kademans, fol. 8v.

¹⁴⁶⁵ StadtAL, Tit. VII C, Nr. 13, Aussage Jacob Kademans, fol. 9r.

¹⁴⁶⁶ StadtAL, Tit. VII C, Nr. 13, Aussage des Schusters Sabiell Storch, fol. 13r.

¹⁴⁶⁷ FLÜGEL (1994), S. 62.

[Nr. 293] Eine ähnliche Konfliktszene findet sich in einem Vorfall zwischen zwei Gesellen und zwei Studenten vom Abend des 21. Januar 1619. Dessen Ausgang, den viele Nachbarn hörten und daher vor Gericht aussagen konnten, markierte auch hier ein Set an Schmähworten und herausfordernden Rufen der Studenten gegen die Gesellen. Christoff Gresemuck, bei dem sich diese beiden Gesellen aufhielten, berichtete: „*Gestern zwischen 11 vnndt 12 wehren zwey vor seine thur kommen vnndt geiauchtzet vnndt geschrieen, hunsfotter huren sohne*“.¹⁴⁶⁸ Dies berichtete auch ein Nachbar Adam Nuß: „*vmb 12 vhr wehre iemandt vor Grasemuckens hauß kommen vnndt geschrieen, schelm, dieb, huren sohn, darauff der eine außm hause gefraget was sie wolten, er geantwortet solten herrauß kommen, wehren darauff ihrer zwey oder drey herunter kommen, vnndt hette der forderste ein blosen degem gehabt, vnndt wehren den studenten nachgefolget*“.¹⁴⁶⁹ Die Zeugen der studentischen Seite legten jedoch einen anderen summarischen Bericht vor, in dem die ersten Angriffe der Gesellen hervorgehoben wurden: „*als sie [zwei Studenten; H.S.] vor Christof Grasemückens behausung kommen, ist ein stein herunter vntter sie beide aus Grasemückens hause geworffen worden, aldo [Zacharias; H.S.] Walther vnnd ein gefert [Godefridus Bolius; H.S.] gesagt, was soll das sein, doruf aus Grasemückens stube geantwortet vnnd mid [sic!] fluchen herunter geruffen worden; Ihr sacramentischen schelme, warttet nur, wier wollen balde zue euch hienunter*

¹⁴⁶⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 2r. Eine ähnliche Szene lässt sich im Fall von 1611 beobachten, in dem einige Gürtlergesellen und Studenten sich miteinander auf dem Preußergäßchen zusammenstießen und der Student Elias Fechner verletzt wurde. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 212, Bd. 1, der vierte Frageartikel, fol. 2v: „*[...], funff studenten aus der Peterstraßen, mit großen geschrey vnd juchzen ins Preußergeßlein kommen*“.¹⁴⁶⁹ Über diesen Fall ist die Phase der Untersuchung bzw. der summarischen Inquisition nicht überliefert. Über diesen Fall ist auch auf einen Eintrag des Kontraktenbuchs von 1612 zu verweisen. StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1612 (Reinschrift), fol. 64v-65r: „*Bastian Schrötter ein gurtler geselle von Schmalkanden hat von dannen sich nicht zuebegeben es were den die rechtfertigung mit Eliaß Fechnern von Großglogaw zue ende gebracht oder deßwegen sich mit ihme verglichen gerichtlichen angelobett. Actum 17. July A[nn]o [16]12*“.

¹⁴⁶⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 6v-7r.

kommen“.¹⁴⁷⁰ Auch wenn diese Darstellung von studentischer Seite angesichts der Aussagen der meisten anderen Zeugen vermutlich nicht wahrheitsgemäß war, zeigt sich jedoch, dass die Beschimpfung bzw. die Herausforderung von Studenten oder von Handwerksgesellen im zeitgenössischen Wahrnehmungshorizont ‚plausibel‘ war.¹⁴⁷¹

Diese kampfartige Aktion gehörte zweifellos zu einer wichtigen Verhaltensweise der Handwerksgesellen sowie der Studenten, sie wurde aber auch von anderen Personenkreisen geteilt, wie die Tabelle im letzten Abschnitt zeigt. Im Folgenden sind nur einige Beispiele zu nennen. [Nr. 140] Der oben erwähnte Zusammenhang zwischen den verbalen Angriffen bzw. der Herausforderung und dem Jauchzen lässt sich sehr ähnlich auch in einem Fall aus dem Jahr 1604 beobachten, in dem einige Studenten und Kaufburschen sich miteinander auseinandersetzten und der Student Heinrich von Büнау verletzt wurde. Der Student selbst berichtete vor Gericht zum einen einen Angriff von den Kaufburschen gegen einen (anderen) Studenten auf dem Nikolaikirchhof.¹⁴⁷² Er berichtete zum anderen: Als er selbst aus dem Großen Kolleg und auf dem Kirchhof gekommen sei, *„hetten die kaufburße, wie oben gemeldet [Hannß Stöckern, Hansen Mucken, Hanßen Richtern, vnd Heinrichen von Bergen; H.S.] in die stein gehauen vnd geiauchtzet, auch mit großen gotteslesterungen, vnd schmewortten die studenten angegriffen, sagende, du, bonus dies dieb, du schelm, do nun er Büнау fortgangen, hette die kaufburße, so er oben nahmhafftigk gemacht, immer fort geiuchzett, denen er gedachter Büнау geantwortet, vnnd auch*

¹⁴⁷⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 18r. Diese Schilderung wurde auch in den fünften Fragestuck der *„Inquisitional Artickell Contra Sigmundt Gorlitzten vnd Werttemann“* aufgenommen. Ebd., fol. 26v. Die Niederschrift der Antworten ist aber nicht überliefert.

¹⁴⁷¹ Siehe auch Abschnitte 6.2.1. und 6.6.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁴⁷² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 140, fol. 4r-4v: *„do hette sichs zugetragen, das der eine student, alda von Hannß Stöckern, Hansen Mucken, Hanßen Richtern, vnd Heinrichen von Bergen, angegriffen, vnnd in backen beschediget worden, vnd ihren gar ins Große Collegium biß an die treppe nachgelauffen“*.

geiuchzett“.¹⁴⁷³ Auch der Zeuge Quirin Tzschacher, der in der Nähe des Tatortes, des sogenannten Großen Kolleg, wohnte, konnte wie folgt berichten: Nach ihrer Herausforderung gegen die Studenten im Großen Kolleg seien „*die kerles [Kaufburschen; H.S.], immer bey ihren vorigen fluchen, vnd großen geschrey geblieben*“.¹⁴⁷⁴ Dagegen habe „*ein student, außm großen Collegio heraus geruffen, sagende, Hans Mucke [ein Kaufbursche; H.S.], du schelm, ich kenne dich wol*“.¹⁴⁷⁵

[Nr. 152] Am Abend des 9. Februar 1606 tranken einige Fleischer im Hause der Familie Scheibe (auch Fleischer). Viele dabei anwesende Zeugen konnten zum einen berichten, dass der Magister Martinus Wirth, der Student Jonas Neander und Christian Gichtel (ein Schreiber des Bürgermeisters D. Möstel und vermutlich Student) vor das Haus kamen und die Biertöpfe zerschlugen. Dann habe einer der anwesenden Fleischer, Wolf Scheibe, diese drei Personen „*gefragt, was sie vor vhrsach darzu hetten*“.¹⁴⁷⁶ Die meisten Zeugen berichteten zum anderen: „*hetten die kerls auf der gassen draussen geantwort, ihr schelme, ihr diebe, kommet herunter*“.¹⁴⁷⁷ Diese Worte waren, wie oben bereits gezeigt, zwar bei den Kämpfen junger Männer typisch, aber auch die Erwachsenen konnten sie verstehen oder sogar nicht überhören, denn insgesamt vier Fleischer (Wolf Scheibe, Martin Scheibe, Hans Richter d. J. und Valten Penigk) hatten sofort reagiert.¹⁴⁷⁸ Schließlich wurde Christian Gichtel in einem Ringkampf verletzt.

¹⁴⁷³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 140, fol. 4v-5r.

¹⁴⁷⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 140, fol. 9v.

¹⁴⁷⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 140, fol. 9v-10r.

¹⁴⁷⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 152, hier Aussage Andreas Scheibes, fol.5r

¹⁴⁷⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 152, hier Aussage von einer Magd des Fleischers Christoff Scheibe, fol. 6v. Andreas Scheibe sagte dies wiederum ebenso bei der ordentlichen Inquisition aus, um die Verursachung der Opferseite hervorzuheben. Ebd., fol. 18v.

¹⁴⁷⁸ Ein ähnlicher Wortwechsel findet sich, wie die Tabelle zeigt, in einem Streit von 1641 zwischen den Studenten und den erwachsenen Bürgern, die in einen Zusammenstoß zwischen einigen Handwerksgesellen und den Studenten eingreifen wollten. Siehe UAL, GA, IV, Nr. 22. Dieser Fall ist in Abschnitt 6.5.1. der vorliegenden Arbeit näher zu behandeln.

Zusammenfassend

Anhand der hier behandelten Beispielen lässt sich festhalten, dass die Auseinandersetzungen der Jugendlichen als ehrenbezogenes Wettkampfspiel erschien, weil Schmähung (etwa mit „Schelm“) und provokative Ausrufe (etwa Jauchzen) ein nicht voneinander trennbares Handlungsmuster junger Männer bildeten. Dieses Muster wird gerade als „Kampfsprache“ kennzeichnet,¹⁴⁷⁹ die nicht ausschließlich auf eine bestimmte Gruppe (wie Handwerksgesellen *oder* Studenten) beschränkt war, sondern unter verschiedenen Gruppen oder z. T. auch mit anderen (erwachsenen) Männern geteilt wurde.

In solchen Kämpfen führte die verbale Schmähung zwar zu einer verbalen Erwiderung des Gegenübers, nämlich zu einem Wortwechsel, endete aber häufig in Sprachlosigkeit bzw. in tätliche Auseinandersetzung, denn „mit einer Beleidigung [...] zielt ein Sprecher eben gerade nicht darauf ab, seinem Gegenüber eine Antwort zu ermöglichen, sondern vielmehr darauf, ihn zu übertrumpfen und sprachlos zu machen“.¹⁴⁸⁰ Demzufolge bildete „eine physische Reaktion eine mögliche und auch genutzte Alternative“,¹⁴⁸¹ und in diesem Sinne stellte eine physische Gewalttat keineswegs die Funktionsstörung des kommunikativen Handelns dar, sondern ein Kontrollmittel innerhalb dieses Handelns.

6.4. Gesten, Gebärden

Die ehrenrührigen Handlungen beschränkten sich, wie oben angedeutet, nicht nur auf verbale Formen, worauf M. Dinges hinwies: „In Ehrverletzungen wird nicht nur

¹⁴⁷⁹ KRUG-RICHTER (2007), S. 262; KRUG-RICHTER (2009b), S. 281.

¹⁴⁸⁰ LUDWIG (2016), S. 242.

¹⁴⁸¹ LUDWIG (2016), S. 242.

sprachlich, sondern auch durch beleidigende oder ehrerbietende Gesten je aktuell das soziale Vermögen einer Person codiert“.¹⁴⁸² In diesem Sinne war eine Trennlinie zwischen verbalen und physischen Angriffen nicht scharf zu ziehen.¹⁴⁸³

6.4.1. Ohrfeige

Als eine Handlung, die dem hier erwähnten Hinweis von Dinges entspricht, lässt sich die „Ohrfeige“ bzw. „Maulschelle“ nennen. Diese erschien als eine derjenigen Handlungen, die „den Übergang von der verbalen zur physischen Attacke und damit eine weitere Eskalationsstufe markierten“.¹⁴⁸⁴ Diese Handlungen kamen „häufig nicht unter Gleichrangigen, in Status und Ehre Ebenbürtigen, sondern von oben nach unten“ zum Einsatz,¹⁴⁸⁵ daher erschienen sie über einen einfachen Körperkontakt hinaus als „eine pädagogische Symbolhandlung“.¹⁴⁸⁶

Die Ohrfeige bedeutete aber, wenn sie v. a. unter Gleichrangigen eingesetzt wurde, eine Demütigung des Gegenübers¹⁴⁸⁷ und konnte gerade „in Konflikten unter Standesgenossen eine markante beleidigende Wirkung entfalten“.¹⁴⁸⁸ [Nr. 235] In diesem Sinne ist es nicht verwunderlich, dass die Ohrfeige mit der verbalen Beleidigung verbunden eingesetzt werden konnte. So wurde der Studentenjunge Georg Rudel wegen mehrmaliger Freveltaten von 1612 und 1613 angeklagt.¹⁴⁸⁹ Über den Streit mit dem Kürschnergesellen Jacob Hanacker lautete der zweite Frageartikel wie

¹⁴⁸² DINGES (1995a), S. 52f. Vgl. auch LORENZEN-SCHMIDT (1978), S. 11; DINGES (1993), S. 373.

¹⁴⁸³ SCHWERHOFF (2004b), S. 230.

¹⁴⁸⁴ LUDWIG (2016), S. 250. Vgl. auch SCHWERHOFF (2009), S. 21. Siehe auch Abschnitt 4.2.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁴⁸⁵ SPEITKAMP (2010), S. 26.

¹⁴⁸⁶ SPEITKAMP (2010), S. 27. Dementsprechend hat auch LUDWIG (2016), S. 250 darauf hingewiesen, dass mit dem Ohrfeige „in der allgemeinen Vorstellung daher ein hierarchisches Gefälle zwischen demjenigen, der die Gewalt ausübte, und demjenigen, dem die Gewalt zugefügt wurde, verknüpft war“.

¹⁴⁸⁷ SPEITKAMP (2010), S. 26 und S. 36. Siehe auch SPEITKAMP (2013c), S. 147.

¹⁴⁸⁸ LUDWIG (2016), S. 251.

¹⁴⁸⁹ In der Strafsakte Nr. 235 über diese Vorfälle sind summarische Berichte nicht überliefert.

folgt: *„Wahr, als Hanacker, ihn Rudeln deswegen zur rede gesetzt vndt gefragt, worumb er ihn geschlagen, er Rudell darauf Hanackern nicht allein fur einen votzenhutt gescholtten, sondern auch mit der faust ins gesicht schlagen“*.¹⁴⁹⁰ Der betreffende Kürschnergeselle Hanacker bejahte diese Frage,¹⁴⁹¹ und der Beschuldigte Rudel gestand auch selbst, dass *„er dem Hanacker nur eine maullschell geben, vnd ihn einen hundtsfutt geheissen, weil Hanacker ihn zuuorn eine hundtsfutt geheissen“*.¹⁴⁹² Anschließend gab Rudel wiederum Hanacker eine Maulschelle. Seine Antwort auf den fünften Frageartikel¹⁴⁹³ lautete: *„Sagt, er gefangener, hett, wie gemeldet, Hanackern, nur eine maullschelle geben, vnd mit dem rappier vbern kopff geschlagen“*.¹⁴⁹⁴ In ganz ähnlicher Weise wurde die Ohrfeige angeblich dann eingesetzt, als Georg Rudel in einen Streit mit den Nadlergesellen am Nikolaikirchhof geriet. Der siebte Frageartikel lautete: *„Wahr, als die beyde frembde gesellen, ihn Rudeln gefragt, worumb, er, gestossen, er Rudel mir diesen wortten herausgefahren, vnd gesagt, was wollet ihr schelme, das euch Gottes hundert tausent sacrament, vnd darauff den einen frembden gesellen mit der faust ins gesicht geschmiessen“*.¹⁴⁹⁵ Während der Nadlergeselle Valten Rembler diese Frage bajahte, verneinte Georg Rudel sie völlig.¹⁴⁹⁶

Dass diese Handlung eine Eskalationsstufe in einem Gewalthandeln darstellte, lässt sich am folgenden Beispiel belegen. [Nr. 53] Am 25. März 1593 wurde der

¹⁴⁹⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 1r.

¹⁴⁹¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 7r: *„Sagt zeuge, wahr, dan, solches, wie articulirt, zum andern mahl, geschehen“*.

¹⁴⁹² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 5r.

¹⁴⁹³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 2r: *„Ferner, wahr, das es Rudell dabey nicht bleiben lassen, sondern als Hanacker seiner wege gehen wollen, er nachgeuolget, vnd ihn Hanackern hinterwarts mit der faust anderweit ins gesicht geschmiessen“*.

¹⁴⁹⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 5v. Jacob Hanacker bejahte auch diesen Frageartikel. Ebd., fol. 7r.

¹⁴⁹⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, fol. 2v.

¹⁴⁹⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 235, Antwort Georg Rudels, fol. 5v; Ebd., Antwort Valten Remblers, fol. 7v. Siehe auch Ebd., Urteilsanweisung des Schöffenstuhls an das Leipziger Stadtgericht, fol. 23r-23v.

Bäckergeselle Georg Beyer beim Kartenspiel mit den anderen Spielern uneins. Es geriet in ein Wortgefecht mit Curt der Hesse, das allerdings schnell eskalierte, sodass „Curt der Heße, Görgе Beyern eine maulschelle gegeben, welcher vff Curten wieder zugeschlagen [hatte]“. ¹⁴⁹⁷ Diese Eskalation der körperlichen Attacken veranlasste die Intervention des älteren Bäckergesellen Zacharias Zimmerman, und Georg Beyer wurde schließlich durch den Angriff Zimmermans getötet. ¹⁴⁹⁸

Die Möglichkeit zur weiteren Entwicklung wurde deutlich, wenn der Betroffene das von der Ohrfeige angedeutete hierarchische Verhältnis nicht hinnehmen wollte. [Nr. 370] Im September 1626 wurde der Studentenjunge Barthel Günther (dieser war ungefähr zwölf Jahre alt) der Körperverletzung mit Todesfolge beschuldigt. ¹⁴⁹⁹ Nach seinem Geständnis war Günther angeblich bei der Hochzeit mit Hans Storch, dem Sohn eines Schusters, in Streit geraten und wurde von diesem „eine schelle“ gegeben. ¹⁵⁰⁰ Günther trug Storch diesen Angriff nach, und daher griff er einen anderen Jungen, den zehn- oder elfjährigen Jacob Storch, mit einem Schlüssel an, weil Günther diesen Jungen bei einem Zusammentreffen nach der Hochzeit aufgrund seines ähnlichen Aussehens mit Hans Storch verwechselte. ¹⁵⁰¹

Da die Ohrfeige, wie gesagt, eine pädagogische bzw. abmahnende Handlung darstellte, spielte eine ‚Ansage‘, dem Kontrahenten die Ohrfeige geben zu wollen, in einem

¹⁴⁹⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 53, Bd. 1, fol. 11v. Der Abtausch der Maulschelle findet sich auch in einem Fall von 1611, in dem einige Studenten usw. sich bei der Zeche miteinander stritten. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 206, hier fol. 4r.

¹⁴⁹⁸ Zu diesem Vorfall siehe ausführlicher Abschnitt 6.3.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁴⁹⁹ Zur Bestrafung des Beschuldigten siehe Abschnitt 5.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁰⁰ Der Frageartikel über diesen findet sich bei StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 370, fol. 4r: „Ob nicht waer, deß [sic!] inquisit sich daruff verlaufen laßen er wolt ihm wieder eine schelle gebenn, wofür wurden zusammen kommen“. Die Antwort Günthers darauf findet sich bei ebd., fol. 7r: „Sagtt ia, hette gesagt, ich will dir wohl wieder eine schelle geben, wier werden nicht weit von einand[er] sein“.

¹⁵⁰¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 370, fol. 1v-2r: „[Barthel Günther] ist gestendig, daß er dem jungen mitt einem schließell außn kopf gestoßen, er wehre aber vnrecht ankomen, denn er gemeinett es wehre der andern schusters Hanßen Storchen sohn, welcher ihn inquisiten auff der hochzeit geschlagen“. Der Beschädigte Jacob Storch starb schließlich eine Woche später.

laufenden Streit eine wichtige Rolle. [Nr. 439] Am Abend des 29. April 1635 tobte der Buchdruckergeselle Peter Fuchs vor dem Hause Doktor Andreas Schneiders und geriet in ein Wortgefecht mit Gottfried Schneider. Über das Verhalten des hinzukommenden Magisters Christian Meyer wurde beim gerichtlichen Verfahren herausgestellt, dass Meyer zunächst Fuchs aufgrund seiner Zanckerei ermahnt hatte und die Streitigkeit zu hemmen versuchte. Meyer habe Fuchs gesagt, „*er sollte heimb gehen mit betawung [sic!] er möchte sonst stosse bringen*“.¹⁵⁰² Weil aber „*d[er] buchdruckergeselle wied[er] zu juchsen angefangen*“ habe, habe Meyer wiederum Fuchs ermahnt: „*ich dörfte dir baldt baar brehman geben*“.¹⁵⁰³ Diese Drohung mit der Ohrfeige wollte Fuchs aber nicht hinnehmen, sodass er „*ihm [Christoph Meyer; H.S.] nachgefolget mit einen [sic!] messer vndt gesagt [habe] er woltte gerne sehen wer ihn maulschellen geben woltte*“.¹⁵⁰⁴ Meyer reagierte auf das Scheitern seines Austragsversuchs seinerseits mit Ohrfeigen, daher lieh er es sich den Degen des Fechters Hans Jacob und tötete damit Fuchs.

¹⁵⁰² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 439, Bericht des Fechters Hans Jacob vom 30. April, fol. 52v. Dementsprechend antwortete dieser Fechter auch den vierten Frageartikel. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 439, fol. 6r: „*S. Ja M. Meyer als er mit zeugen ins Gewantgäßlein komme vnd gehort das d[er] junge Schneider mit jemandt zuthuen hette, wehre er M Meyer von zeugen weg vndt zu Schneider vndt den buchdruckergesellen gangen vndt zu denselben gesagt er sollte nach hause gehen od[er] sollte maulschellen bekommen*“. Der vierte Frageartikel lautet: „*Wahr das M. Christoff Meyer vnter solchen rehden darzu kommen ohne mantel vndt degen zwar der alßobaldt zu Fuchsen gesagt, es sollte Peter Fuchs, der entleubte, nach hause gehen, oder er wolle im stöße geben*“. Andere drei Zeugen bejahten diese Frage.

¹⁵⁰³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 439, Bericht der Frau des Buchdruckers Christina Köhler vom 30. April, fol. 52r. „*bremā*“ vergleicht sich mit „*brummen*“ und ferner „*bremse[n]*“. Somit impliziert dieses ein Zwangsmittel, das der Ohrfeige entspricht. Eine entsprechende Zeugenaussage findet sich in StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Antwort Hans Jacobs auf den sechsten Frageartikel, fol. 6r: „*S. Ja zum andern mahl hette Meyer zu Fuchsen gesagt, haltte das maul od[er] du kriegest eine maulschelle, ob ihn aber Schneid[er] weggestossen wisse er nicht*“. Der sechste Frageartikel lautet: „*Wahr das zwar M. Christoff Meyer den entleubten schlagen wollen, aber von Godtfridt Schneidern dauon abgemahnet vndt wegk gestoßen worden*“.

¹⁵⁰⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 439, Bericht des Fechters Hans Jacob vom 30. April, fol. 53r. Dementsprechend berichtete auch die Frau des Buchdruckers, wie folgt: Ebd., fol. 52r: „*hette d[er] buchdrucker geantwortet komme immer her du hast ein degen ich aber keinen, ich frage aber doch nicht demnach komme immer her, vnd ein messer in der handt gehabt vndt damit an der wandt gewetzet*“. Zum „*Wetzen*“ siehe Abschnitt 6.4.5. der vorliegenden Ariteit.

Die Aussagen vor Gericht sowie die gerichtlichen Inquisitionen über die Ohrfeigen bzw. Mauschellen zeigen insgesamt, dass nicht nur die Betroffenen sondern auch das Gericht selbst sehr genau erkannten, dass diese Gesten zweifellos „die Rolle eines Markers im Konfliktverlauf“ spielten.¹⁵⁰⁵ Hinzu kommt die Zweiseitigkeit der Ohrfeige: Einerseits konnte die Ohrfeige als Abmahnungs- bzw. Kontrollmittel gegen Jugendliche benutzt werden. Dieser Einsatz diente aber gleichzeitig „zur Verdeutlichung hierarchischer Differenz“, ¹⁵⁰⁶ daher wollten andererseits die Jugendlichen selbst, da sie einen besonderen Anspruch auf ihre eigene Ehre hatten, diesen Kontrollversuch nicht hinnehmen und daher zurückweisen. Da eine Ohrfeige auf die Demütigung des Gegenübers abzielte, war in dieser Eskalationsstufe „[d]ie Option des Ausstiegs aus dem Streit ohne Ehrverlust [...] von nun an nicht mehr gegeben“.¹⁵⁰⁷ Daher wurde der Einsatz von Waffen erwartet, damit der Akteur den Streit weiterführte und den Kontrahenten schließlich kampfunfähig machte.¹⁵⁰⁸ Im Folgenden ist nach der Bedeutung von Waffen zu fragen.

6.4.2. Einsatz von Waffen

Der Einsatz von Waffen stellte offensichtlich eine (weitere) Eskalationsstufe des Gewalthandelns dar. Geht man davon aus, dass „Dinge – Waffen an erster Stelle – [...] das Handeln [prägten]“, ¹⁵⁰⁹ dann prägte der Umgang mit Waffen die männliche Kultur in der gesamten Frühen Neuzeit. Die bisherige Forschung ist sich darin beinahe einig, dass das Waffenziehen bzw. das sogenannte „Messerzücken“ eine schon seit dem

¹⁵⁰⁵ LUDWIG (2016), S. 251.

¹⁵⁰⁶ LUDWIG (2016), S. 250f.

¹⁵⁰⁷ EIBACH (2003), S. 239.

¹⁵⁰⁸ EIBACH (2003), S. 237.

¹⁵⁰⁹ SPEITKAMP (2013a), S. 11.

späten Mittelalter gängige rituelle Praxis bei männlichen Kämpfen war.¹⁵¹⁰ P. Schuster hat zudem am Konstanzer Beispiel aufgezeigt, dass das Messerzücken einen wichtigen Bestandteil des Gewalthandelns unter festen Spielregeln darstellte, „die wenig Raum für eine körperliche Schädigung des Opfers ließen“.¹⁵¹¹ Dagegen hat L. Behrisch aber am Görlitzer Beispiel den ritualisierten Verlauf der Gewalttaten stark relativiert und in Bezug auf das „Messerzücken“ folgende Schlussfolgerung gezogen: „Im Gegensatz zu anderen Städten war das Zücken des Messers in Görlitz kein Ritual – es verursachte Schmerz, ja brachte den Tod“.¹⁵¹² Angesichts dessen gilt es m. E. weniger der Frage nachzugehen, ob das „Messerzücken“ bzw. der vergleichbare Einsatz ein reines Ritual in Gewalttaten war oder nicht, als vielmehr, in welchem Zusammenhang diese Praktik in einem konkreten Gewalthandeln eingesetzt wurde und wie sie von Betroffenen bzw. den Anwesenden wahrgenommen wurde.

Das Waffenziehen bzw. das Tragen einer bloßen Waffe vermittelte direkt die Kampfbereitschaft,¹⁵¹³ weshalb die Betroffenen bzw. die Anwesenden ihre Aufmerksamkeit auf diese Phase lenkten. Auch in meisten Akten in meinem Quellensample finden sich häufig entsprechende Worte. [Nr. 6] So eskalierte am 1. Juni 1578 eine verbale Auseinandersetzung zwischen Georg Thierfeld und David Cuntz. Cuntz habe laut dem Bericht der dabei anwesenden Sattlergesellen schließlich „seinen dolchen auch ausgezogen, vnd nach Georg[en] werffen wollen“.¹⁵¹⁴ [Nr. 78] Am Abend des 11. Juni 1598 geriet ein Sohn des Futterschneiders Ulban Lipman in

¹⁵¹⁰ SCHWERHOFF (2004b), S. 230; SCHWERHOFF (2006b), S. 67. Der wichtige Hintergrund dafür war offensichtlich, dass der Besitz von Waffen sich jenseits den Eliten (wie etwa den Adligen oder dem Militär) auch in anderen Männergruppen verbreitete. Siehe dazu LUDWIG (2016), S. 47. Siehe ferner Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵¹¹ SCHUSTER (2000a), S. 95-97. Dieser Hinweis auf die Spielregeln ist m. E. teilweise zu relativieren.

¹⁵¹² BEHRISCH (2005), hier S. 232.

¹⁵¹³ KRUG-RICHTER (2004a), S. 98f. Vgl. auch JASER (2016), S. 230.

¹⁵¹⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 6, fol. 3v.

einen Streit mit vier Personen, unter denen „zwene studenten mit ihren wehren [waren], so sie in feusten blos gehabt“.¹⁵¹⁵ [Nr. 206] Am 9. Februar 1611 gerieten einige Studenten bei einer Zech in ein Wortgefecht, und kurz danach „hetten Darstedell vnd Bose die wehren blos gehabt“.¹⁵¹⁶ Als sie aus der Schenke kamen, hätten doch „alles blosse wehren gehabt“,¹⁵¹⁷ und dies eskalierte zur physischen Verletzung. [Nr. 46] In einigen Fällen lässt sich auch der sofortige wechselseitige Einsatz von Waffen erkennen. Am 12. Februar 1592 gerieten Hans Hoyer und ein Hausknecht Joachim Schwabe wegen der Bezahlung der Zeche in einen Streit, und dies führte schnell dazu, dass „Hans Hoyer seinen tolch vber Schwaben gezogen, vnd zwene stiche vff ihnen gethan haben, Schwabe aber hinwider seinen tolch vber Hoyern gezogen, vnd ihme einen stich darmit in die lincke brust nach dem hertzen zugefugt“.¹⁵¹⁸

Diese Praxis stellte daher ein Merkmal der Eskalation in dem Sinne dar, dass das Messerzücken die „ultimative Form der Zurückweisung einer Beleidigung oder Nachrede“ war.¹⁵¹⁹ Wie bereits in Abschnitt 6.3.3. herausgearbeitet, gehörten die ehrenrürigen Worte und die Herausforderung gemeinsam zur „Kampfsprache“, daher liegt es nahe, dass der Einsatz von Waffen häufig diesem Wortwechsel folgte. Dies lässt sich auch in meinem Quellensample belegen. [Nr. 293] Als zwei Handwerksgesellen am Abend des 21. Januar 1619 von zwei Studenten geschmäht und herausgefordert wurden, „hetten die zwey von Hall (heiße der eine Sigmundt Gorlitz der ander Franck Werdeman) so hammer vndt tisch bey ihm gehabt, nicht leiden

¹⁵¹⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr 78, Aussage Ulban Lipmans, fol. 2r. Siehe auch ebd., Aussage des Schusters Hans Schultze, fol. 4v.

¹⁵¹⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, Aussage des Weinschenken Johan Hippolt, fol. 1r.

¹⁵¹⁷ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, Aussage des Weinschenken Johan Hippolt, fol. 1v.

¹⁵¹⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 46, fol. 1r. Siehe auch ebd., fol. 3v-4r.

¹⁵¹⁹ SCHUSTER (2016), S. 263.

wollen, sondern hinauß gangen vnndt ihnen nachgelauffen“.¹⁵²⁰

Die Männer wollten also den wegen der Wortgefechte eskalierten Konflikt bewusst mit dem Einsatz von Waffen austragen. [Nr. 402] Am 17. Mai 1630 gerieten der „Sandwerfer“ Paul Voigt und der Zimmermannsgeselle Nicol Lehmann d. J. in einer Schenke in Sellerhausen¹⁵²¹ in einen Streit. Nach dem Bericht des Opfers Lehmann lief das Wortgefecht wie folgt: *„Als nun er Nicol Lehmann widerumb geantwortet, er konte ihm Gottes gnade nicht absagen, hette iener [Paul Voigt; H.S.] mitt schmehrworten, als bernheuten, vnd schelm vmb sich geworff[en], daraus er Nicol Lehman ihn wieder einen schelm vnd eines heschers sohn geheißen“*.¹⁵²² Und darauf folgend *„wehre Paul Voig [sic!] vbern tisch gesprung[en], nachn [sic!] degen gegriffen, das wambs ausgezogen, vnd hette ihn hienausgefordert, wie wohl nur er Nicol Lehman auch nach seinen degen gegriffen vnnd hinaus gewollt“*.¹⁵²³ [Nr. 57] Am Abend des 15. Januar 1594 gerieten der Müller Merten Fischer und der Zimmermannsgeselle Hans Nessing wegen eines Glücksspiels in einen Streit. Fischer ging zunächst nach Hause, um seine Waffe zu holen.¹⁵²⁴ Danach forderte er Nessing zum Kampf auf. Nessing habe zwar einmal *„gebeten ehr solte es bleiben laßen bis vf den morgen“*, aber Fischer forderte Nessing ferner mit den Worten: *„were ehr ein ehrlich kerrel [sic!] solte ehr hienaus kommen“*, daher holte auch Nessing seine Waffe.¹⁵²⁵

¹⁵²⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, Aussage Christoff Gresemucks, fol. 2r. Ein Nachbar Adam Nuß berichtete auch ähnliches. Ebd., fol. 7r: *„wehren darauff ihrer zwey oder drey herunter kommen, vnndt hette der forderste ein blosen degen gehabt, vnndt wehren den studenten nachgefolget“*.

¹⁵²¹ Östlich von Leipzig.

¹⁵²² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 402, fol. 4v.

¹⁵²³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 402, fol. 4v-5r. Ein ähnlicher Ablauf von den Wortgefechten zum Einsatz von Waffen findet sich bei: StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 199. Zu diesem Fall siehe Abschnitt 2.2.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵²⁴ Zum ‚Holen der Waffe‘ siehe LUDWIG (2016), S. 229.

¹⁵²⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 57, hier Aussage des Maurergesellen Elias Schleiffer, fol. 2v. Der Täter selbst gestand auch solches vor Gericht. Ebd., fol 3r-3v.

Diese Beispiele können zeigen, dass der Einsatz von Waffen ein Mittel der Konfliktaustragung darstellte und deshalb schnell zu den tätlichen Angriffen führte, und, dass somit die Zufügung von Verletzungen klar erwartet wurde. Auch wenn Gewalthandeln den oben erwähnten Spielregeln unterworfen war, nahmen die Anwesenden jedoch den Einsatz von Waffen als lebensgefährlich an.¹⁵²⁶ Dies lässt sich m. E. durch die Aussagen der Zeugen über ihre Furcht in diesem Moment untermauern. [Nr. 168] Am 20. April 1608 gerieten zwei Riemergesellen, Christoff Herla und Hans Plancke, in einen Streit. Nach der Entwicklung des ersten Streits kamen beide an das Haus Jacob Osterreichers, des Meisters von Hans Plancke, und das Wortgefecht ging dort weiter.¹⁵²⁷ Anna Osterreicher, Frau des Meisters, sei „darzwischen gegangen den endleibetten [Christoff Herla; H.S.] zur thur hinaus gestoßen“,¹⁵²⁸ um diese Auseinandersetzung hemmen zu wollen. Christoff Herla habe trotzdem „die were gezugkett“, darauf folgend habe Anna Osterreicher „erschrocken, ihme noch geschrieen, das totte [sic!] kein ehrlich geselle“. ¹⁵²⁹ Danach gingen zwei Gesellen aus dem Hause. [Nr. 326] In ganz ähnlicher Weise äußerte der Weinschenke Hans Rudiger vor Gericht seine Furcht über den Vorfall, in dem der Maurergeselle Hans Wolf den Töpferjungen Adam Spelberger angriff und tötete. So eskalierte das Wortgefecht mit Schmähungen zwischen den beiden, anschließend habe Hans Wolf „daß meßer heraußen gehabt vnd gezucket“. Direkt darauf folgend habe der Weinschenk „sich vor ihm gefürchtet“. ¹⁵³⁰

¹⁵²⁶ COTTIER (2017) S. 96.

¹⁵²⁷ Siehe dazu Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵²⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 6r.

¹⁵²⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 6r.

¹⁵³⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 326, fol. 6v.

6.4.3. Waffen in einem Kampf

Über die bewaffneten Auseinandersetzungen von jungen Männern hat E. Liermann am Freiburger Beispiel einen Unterschied bei der Wahl der Waffen zwischen Studenten und anderen Männergruppen (wie etwa Handwerksgesellen) betont: „Auf Seiten der Studenten kamen dabei häufig Hieb- und Stichwaffen zum Einsatz, während sich Handwerksknechte nicht selten mit zweckentfremdeten Arbeitsgeräten verteidigten“.¹⁵³¹ Lierman hat dies mit den unterschiedlichen Bezeichnungen der Waffen in den Freiburger Gerichtsprotokollen begründet: Während die Protokolle bei Handwerksgesellen von „wehr“ oder „waffe“ sprachen, nannten die studentischen Aussagen explizit verschiedene Waffensorten, wie etwa Rapier, Schwert oder Dussak.¹⁵³² Im Folgenden ist allerdings zwei Fragen nachzugehen: Erstens ob es im Vergleich zu anderen Männergruppen Gemeinsamkeiten im Umgang mit Waffen gab, und wie bedeutsam zweitens das Tragen bzw. der Einsatz von Waffen für andere Gruppen junger Männer waren.

Waffensorten aus Leipziger Quellen

Die erste Frage ist die, ob es eine Gemeinsamkeit des Umgangs mit Waffen mit anderen Männergruppen gab. Betrachtet man zunächst die verschiedene Normen (wie etwa die städtischen Verordnungen oder die Handwerksartikel), die deutlich auf die Einschränkung des Waffentragens der Bürger bzw. Handwerker abzielten, dann ist ihr Hang zur Waffe nicht auszuschließen.¹⁵³³ Vielmehr ist zunächst davon auszugehen, dass „der männliche

¹⁵³¹ LIERMANN (2007), S. 63, und auch S. 72f. Ein entsprechender Hinweis findet sich auch in: SCHWERHOFF (1991), S. 293; FÜSSEL (2012), S. 304. L. Behrisch hat weiterhin am Görlitzer Beispiel herausgearbeitet, dass der hohe Teil der Angriffe ohne Waffe (nämlich mit Haushalts- bzw. Arbeitsgeräten oder mit Fäusten) erfolgte. Siehe BEHRISCH (2005), S. 130f.

¹⁵³² LIERMANN (2007), S. 64f.

¹⁵³³ Siehe Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit. Dies lässt sich auch mit der Tatsache untermauern, dass

Teil der Stadtbevölkerung unabhängig vom sozialen Status nur sehr selten das Haus ohne Schwerter, Dolche oder wenigstens ein kurzes Brotmesser verließ“.¹⁵³⁴

Eine oben erwähnte These von Liermann, dass in den Aussagen der städtischen Bevölkerung (insbesondere Handwerksgesellen) häufig das undifferenzierte Wort „wehr“ auftauchte, lässt sich sicherlich auch in meinem Quellensample bestätigen.¹⁵³⁵

Dass die Handwerker ihre Arbeitsgeräte in der Auseinandersetzung einsetzten, lässt sich ebenfalls in meinem Quellensample belegen, allerdings stellte dies keine dominante Erscheinung dar:

Verweis ¹⁵³⁶	Geräte	Waffenträger (Berufsstand)	Zeugen (z. T. Auswahl) ¹⁵³⁷
Nr. 21	Beil	Maurerlehrling [Täter]	Maurergeselle [Täter]; Maurergeselle [Zeuge]
Nr. 53	„mit einer hultzernen backschußel, oder mulden“	Bäckergeselle [Täter]	Bäcker
	Mulde		Bäckergeselle [Zeuge]
Nr. 120	Axt	Zimmermannsgesellen	Zimmermannsgeselle [Zeuge]
Nr. 293	„hammer vndt tisch“	Handwerksgeselle	Hauswirt
Nr. 395	Sichel (auch mit	Sohn einer Hausmagd	Gassenmeister;

das Fechten sich allmählich seit dem 15. Jahrhundert auch unter Bürgern bzw. Handwerkern verbreitete. SCHEUER (1932), S. 75; JASER (2014), insbesondere S. 208-210. Siehe auch Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵³⁴ JASER (2014), S. 212.

¹⁵³⁵ Siehe Abschnitt 6.4.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵³⁶ Die Akten mit „GA“ befinden sich im Universitätsarchiv Leipzig. Die sonstigen Akten gehören zu den Strafsakten im Stadtarchiv Leipzig. Dies gilt auch für die folgenden Tabellen.

¹⁵³⁷ Legende: # = Form als Klageschrift bzw. Rüge; * = Die Aussage erfolgte sich als Antwort auf Frageartikel. Diese Legende gilt auch für die folgenden Tabellen.

	Messer)		Ehefrau des Gassenmeisters*
GA, IV, Nr. 5	Stecken/ Stange	Student	Torschließer; Krämer
	„zoberstange“	Schneidergeselle	Schneider

Im Gegensatz zu dem Quellensample von Liermann finden sich in meinem Quellensample nicht selten konkrete Bezeichnungen der Hieb- und Stichwaffen in den gerichtlichen Aussagen der Stadtbevölkerung. Im Folgenden gehe ich auf vier verschiedene Waffensorten ein.¹⁵³⁸

Degen

Wie in Abschnitt 4.1.1. erörtert, verbreitete sich das Tragen von Waffen (insbesondere des Degens) seit dem 16. Jahrhundert nicht nur unter Studenten sondern auch unter Stadtbewohnern. Dementsprechend lässt sich die Benutzung des Degens¹⁵³⁹ sowohl bei Studenten als auch bei Stadtbewohnern beobachten:¹⁵⁴⁰

Verweis	Waffenträger (Berufsstand)	Zeugen (z. T. Auswahl)
Nr. 206	Sohn des Baumeisters	Famulus
Nr. 231 Tit. VII C, Nr. 13	Schreiber Student(en)	Schreiber [Täter] Kürscher
Nr. 256	Trompeter	Marktmeister
Nr. 293	Handwerksgeselle	Nachbar
	Handwerksgeselle(n) („ <i>mid stangen vnnd degen</i> “)	Studenten ¹⁵⁴¹

¹⁵³⁸ K. Simon-Muscheid zeigte schon am Beispiel Basels vom 14. und 15. Jahrhundert, dass die Handwerker sowohl Waffen (wie etwa Schwert, Messer) als auch Geräte und Steine bei einem Kampf einsetzten. SIMON-MUSCHEID (1991), S. 12. Über Freiburg im Breisgau KRUG-RICHTER (2004a), S. 95.

¹⁵³⁹ BOEHEIM (1890), S. 281: „Der Degen, eigentlich nur eine Abart des Schwertes, unterscheidet sich von diesem bloss durch die schmälere, mehr auf den Stich als auf den Hieb berechnete Klinge“. Zur weiteren Ausführung mit Abbildern siehe ebd. S. 281-291. E. Wagner erwähnte ebenfalls: „Der Begriff Degen deckt sich in unserer Vorstellung mit dem einer Waffe mit langer dafür aber viel schmalere Klinge, als sie das Schwert besitzt“; WAGNER (1975), S. 17.

¹⁵⁴⁰ U. Ludwig geht ebenfalls davon aus, dass Degen und Schwerter häufig bei den Konflikten der Handwerker zum Einsatz kamen. Siehe LUDWIG (2016), S. 228f.

¹⁵⁴¹ In Form eines summarischen Berichts.

Nr. 311	junge Bursche	Wachmeister; Schneider
Nr. 353	Studenten	k. A. [Zeuge]*
Nr. 402	„Sandwerfer“; Zimmermannsgeselle	Zimmermannsgeselle [Opfer]
Nr. 415	Wächter	Wächter [Täter]; Stundenrufer
Nr. 439	Magister ¹⁵⁴²	Fechter*; Hausfrau*
Nr. 471	Soldaten (einer: auch mit Messer); Kaufdiener	Hauswirt; Hochzeitgäste
Nr. 546	Studenten	k. A. [Zeuge]
Nr. 551	Studenten	k. A. [elf Zeugen]*
Nr. 559	Studenten	Gärtner
Nr. 563	Kaufdiener ¹⁵⁴³ ; Färber	Balbierveselle; Wirt; Kaufdiener
GA, III, M. Nr. 1	Burschen (oder Studenten)	Gläsergeselle; Siegelgräber
GA, III, T, Nr. 1	Student	Student [Täter]*; Student [Opfer]*; Dienerin*
GA, IV, Nr. 22	Studenten	Schuster [Opfer]; Schmied [Opfer]; Messerschmiedgeselle*; Badergeselle*; Studenten [Zeugen]*

Rapier

Das Rapier war „eine [A]rt langer Degen“. ¹⁵⁴⁴ Auch wenn das Rapier „[d]ie beliebteste studentische Waffe des ausgehenden 16. Jahrhunderts“ war, ¹⁵⁴⁵ setzten

¹⁵⁴² Der Magister ließ sich den Degen angeblich vom Fechter Hans Jacob. Hans Jacob wurde deshalb zu einer Geldstrafe von zwei neuen Schock verurteilt. Siehe dazu StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 439, fol. 11r.

¹⁵⁴³ Der Kaufdiener Andreas Flößel hatte einen Säbel. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 563, fol. 8r, fol. 9r.

¹⁵⁴⁴ Siehe Art. „Rapier“ im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (DWB): <http://www.woerterbuchnetz.de/DWB?lemma=rapier> (Letzter Zugriff: 28.12.2017). Zur Ähnlichkeit bzw. zum Synonym mit Degen siehe WAGNER (1975), S. 18; LIERMANN (2007), S. 66, Anm. 160. B. Krug-Richter erwähnte auch den Unterschied zum Degen. KRUG-RICHTER (2004b), S. 27, Anm. 3.

¹⁵⁴⁵ LIERMANN (2007), S. 65.

verschiedene Männergruppen diese Waffe ein:

Verweis	Waffenträger (Berufsstand)	Zeugen (z. T. Auswahl)
Nr. 101	Bauernkerl	k. A. [Zeugen]
Nr. 129	Student; Stadtknecht	Stadtknecht [Opfer]; ein anderer Zeuge
Nr. 140	Kaufbursche	Hausbesitzer
Nr. 152	Fleischer	Magister; Student; Fleischer
Nr. 168	Riemergeselle	k. A. [Zeuge]
Nr. 171	einer von drei Gerbergeseilen (auch mit Dolch)	Studenten [Opfer]#; Gerbergeseile [Täter]*, Zeugen*
Nr. 198	Student („ein dolch oder rappier“)	k. A. [Zeuge]
Nr. 206	Student; Sohn des Baumeisters ¹⁵⁴⁶	Marktmeister
Nr. 212b	„Junge“	Stundenschreier; Junge
Nr. 216	Soldat	Ehefrau eines Kürschners; Stadtknecht
Nr. 235	Studentenjunge ¹⁵⁴⁷ ; Nadlergesellen	Studentenjunge [Täter]*; Kürschnergeseile*

Dolch

Der Dolch war „eine Blankwaffe mit sehr kurzer Klinge, die im Nahkampf verwendet wurde“. ¹⁵⁴⁸ Aufgrund dieser ‚messerartigen‘ Form und der somit leichten Tragbarkeit

¹⁵⁴⁶ Obwohl der Marktmeister nichts über diesen Sohn des Baumeisters (Hans Sieber) berichtete, war das Tragen eines Rapiers bei ihm plausibel, weil ein Wächter ihm (und auch dem Studenten Bernhardt Kelbel) sagte, „*sie sollten die rappir von sich geben, sie musten alle mitgehen*“. Siehe dazu StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 206, fol. 10r.

¹⁵⁴⁷ Dieser Studentenjunge Georg Rudel wurde wegen mehrmaliger Freveltaten an der Nikolaikirche beschuldigt. Er zog zudem bei dem Zusammenstoß mit mehreren Nadlergesellen einen Säbel und setzte ihn auch ein. StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 235, Antwort Georg Rudels auf den achten Frageartikel, fol. 6r; Ebd., Antwort des Nadlermeisters Joachim Rembler auf den achten Frageartikel, fol. 8v. Weiterhin hatte Georg Rudel sein Rapier auch beim Zusammenstoß mit den Gärtner Andreas Wendeler aus dem Jahr 1612 eingesetzt. Siehe dazu Abschnitt 6.6.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁴⁸ LIERMANN (2007), S. 69. Siehe auch Ausführung mit Abbildern von BOEHEIM (1890), S. 291-304;

wurden Dolche (oder Messer) häufig verwendet.¹⁵⁴⁹ Die Benutzung von Dolchen stellte eine gruppenübergreifende Erscheinung bei den Kämpfen dar, die sowohl bei Studenten als auch bei Handwerksgesellen zu beobachten ist.¹⁵⁵⁰ Dies lässt sich auch aus meinem Quellensample konstatieren:

Verweis	Waffenträger (Berufsstand)	Zeugen (z. T. Auswahl)
Nr. 6	Sattlergeselle	Sattlergesellen
Nr. 46	Hausknecht	Hausbesitzer
Nr. 152	Schreiber?	Fleischer [Zeuge]
Nr. 171	ein Gerbergeselle (auch mit Messer); ein anderer Geselle (auch mit Rapier)	Studenten [Opfer]#; Gerbergeselle [Täter]*; Zeugen*
Nr. 185	Magister	Schneider
Nr. 198 ¹⁵⁵¹	Student („ <i>ein dolch oder rappier</i> “)	k. A. [Zeuge]
Nr. 199	„ <i>Kampfmachergeselle</i> “	Tochter des „ <i>Kampfmachermeisters</i> “, Hausgenossin
Nr. 212b	Student („ <i>den tolch oder meßer</i> “)	Stundenschreier
Nr. 293	Gesellen oder Sohn eines Organisten	Frageartikel ¹⁵⁵²
GA, IV, Nr. 5	Student ¹⁵⁵³	Torschießer; Torhüter; Schneider; Krämer

WAGNER (1975), S. 24-27.

¹⁵⁴⁹ G. Schwerhoff arbeitete bereits am Kölner Beispiel heraus: „In der Mehrzahl der Fälle führten Stich- und Hiebverletzungen zum Tode, die den Opfern mit kurzen Wehren, d.h. in der Regel mit normalen Messern oder mit einem Dolch („Ponniart“ oder „Pongart“) beigebracht worden waren. Offenbar führte fast jeder Mann ein solches Messer als Allzweckgerät – nicht selten wird es als „Brotmesser“ spezifiziert – mit sich in seinem Gürtel“; SCHWERHOFF (1991), S. 293.

¹⁵⁵⁰ LIERMANN (2007), S. 69.

¹⁵⁵¹ Siehe auch oben.

¹⁵⁵² Die Antworten darauf sind nicht in der Akte überliefert.

¹⁵⁵³ Zwei Zeugen sagten „*tolche oder meßer*“ aus.

Messer

Eine Waffe mit kurzer Klinge ist auch das Messer. In meinem Quellensample findet sich häufig der Einsatz von Messern durch Handwerksgesellen:

Verweis	Waffenträger (Berufsstand)	Zeugen (z. T. Auswahl)
Nr. 33	k. A. [Täter]	Bäckerknechte
Nr. 103	k. A. [Täter]	Tagelöhner
Nr. 171	einer von drei Gerbergesellen (auch mit Dolch)	Studenten [Opfer]#; Gerbergeselle [Täter]*; Zeugen*
Nr. 212b	Student („den <i>tolch</i> oder <i>meßer</i> “)	Stundenschreier
Nr. 237	Schuhknechte	Schuhknecht [Täter]; Schuhknecht [Opfer]; Schuhknecht [Zeuge]
Nr. 238	Spieler	Spieler [Täter]*
Nr. 326	Maurergeselle	Maurergeselle [Täter], Weinschenk
Nr. 390	„ <i>Sandwerfer</i> “/ „ <i>Kornfahrer</i> “?	Ehefrau des Opfers; Ehefrau des Täters ¹⁵⁵⁴
Nr. 393	Schotte (?)	Schneider [Opfer]
Nr. 395	Sohn einer Hausmagd (auch mit Sichel)	Gassenmeister; Ehefrau des Gassenmeisters*
Nr. 439	Buchdruckergeselle	Fechter*; Buchdruckergeselle*; Ehefrau des Buchdruckers*
Nr. 471	Soldat (auch mit Degen)	Unterschenk; Stadtpfeifer

Im Hinblick auf die Waffensorten ist zudem zu erwähnen, dass das Wissen über die Verwendung bestimmter Waffengattungen sich in verschiedenen Zeugenaussagen widerspiegelte. [Tit. VII C, Nr. 13] Über einen Tumult, der im Jahr 1619 zwischen Studenten und Schustergesellen im Schustergäßchen ausbrach, konnte der Schuster

¹⁵⁵⁴ Das Opfer namens Georg Schneider war der Mann der Stieftochter des Täters Andreas Töpfer.

Adam Fuchs vor Gericht berichten, dass er vielen Studenten „*mit stecken vndt desacken*“ begegnet sei, obwohl die meisten anderen Zeugen lediglich aussagten, die Studenten hätten „*mit blossen wehren*“ gekämpft.¹⁵⁵⁵

[Nr. 198] Am Abend des 28. Oktober 1610 tranken der Student Bastian Schielert d. J., sein Vetter und der Student Christian Sussemielch, zwei Söhne eines Organisten und weitere Personen. zusammen.¹⁵⁵⁶ Über die Phase, als die beiden Studenten nach einem Wortgefecht aufeinander einstachen, berichtete der Augenzeuge Leonhard Herman, dass Schielert „*etwas glentzendes in fausten gehabt*“ hätte, er habe jedoch in der Dunkelheit nicht erkennen könne, „*obs ein dolch oder rappier gewesen*“.¹⁵⁵⁷ Er äußerte jedoch vor Gericht seine Vermutung, „*sein des zeugens erachtens nach muste es ein rappier gewesen sein, dan es sehr lang gewesen*“.¹⁵⁵⁸

Aus meinem Quellensample lässt sich der Unterschied der benutzten Waffen zwischen Studenten und Stadtbewohnern (insbesondere Handwerkern) nicht so deutlich erkennen, wie E. Liermann dies am Freiburger Beispiel herausstellte. Vielmehr kann festgehalten werden, dass verschiedene Männergruppen Hieb- und Stichwaffen trugen und im Konfliktfall verwendeten.

Notwendigkeit und Anspruch des Waffeneinsatzes

Aus der zu Beginn dieses Abschnitts erwähnten Diskussion Liermans ließe sich schließen, dass *nur* die Studenten einen ausgeprägten Hang zum Gebrauch von Hieb- und Stichwaffen hatten. Hier ist aber die Frage zu stellen, wie bedeutsam das Tragen

¹⁵⁵⁵ StadtAL, Tit. VII C, Nr. 13, fol. 17v. Zum Dussak siehe BOEHEIM (1890), S. 273f.; WAGNER (1975), S. 22; LIERMANN (2007), S. 68f. Dieser Fall ist der einzige in meinem Quellensample, in dem der Dussak erwähnt wird.

¹⁵⁵⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 198. Siehe Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁵⁷ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 198, fol. 4v-5r.

¹⁵⁵⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 198, fol. 5r.

bzw. der Einsatz von solchen Waffen für andere Gruppen junger Männer waren.

[Nr. 78] Wie im oben behandelten Konfliktfall zwischen einem Müller und einem Zimmermannsgesellen aus dem Jahr 1594 gezeigt wurde, lässt sich die Bedeutung des Waffentragens zunächst aus dem ‚Holen der Waffe‘ erkennen. Die Waffe war also nach der zeitgenössischen Vorstellung auch für Stadtbewohner ein Mittel der Konfliktaustragung.

Die Zeitgenossen (hier die Stadtbewohner) sahen das Tragen von Waffen als notwendig an und gaben dies auch beim gerichtlichen Verhör an, obwohl das Waffentragen laut obrigkeitlichen Normen als verboten galt. [Nr. 237] In Bezug darauf scheint mir der folgende Fall interessant, weil die Betroffenen kaum zögerten, das Tragen bzw. den Einsatz von Waffen vor Gericht zu rechtfertigen. Am Abend des 28. Juni 1613 tranken drei Schuhknechte (Martin Schrost, Martin Polietzsch und Valten Hoffman) zusammen. Als sie nach dem gemeinsamen Zechen in das Haus des Schuhmachermeisters Tobias Listel, bei dem Schrost als Geselle tätig war, zurückgehen wollten, habe Valten Hoffman laut seiner Zeugenaussage *„zu den andern beyden gesagt, wier gehen zu spatt [sic!] vff der gassen, vndt haben keine wehre bey vns, wan vnd nun was begegnete, wormit wolten wir vns wehren“*.¹⁵⁵⁹ Das Tragen von Waffen galt laut Aussage des Zeugen als notwendig, daher habe Martin Schrost anschließend Hoffman darum gebeten, ihm ein Messer zu leihen. Gerade dieses Messer wurde von Schrost eingesetzt, als er auf dem Weg zu einer Schusterherberge in eine tätliche Auseinandersetzung mit Martin Polietzsch geriet. Interessant ist auch, dass der Beschuldigte beim gerichtlichen Verhör den Einsatz des geliehenen Messers wie folgt zu rechtfertigen versuchte: *„als cleger; ihme diesen beclagten zu starck vndt mechtig gewesen, hett er beclagter das blosse messer genommen, welches ihme zuuorn cleger*

¹⁵⁵⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 237, fol. 4r.

*geliehen vndt in henden behalten, vndt clegern damit gestochen“.*¹⁵⁶⁰ [Nr. 238] Eine ähnliche Rechtfertigung des Einsatzes von Waffen findet sich im folgenden Fall. Der 17-jährige Spielmann Matthias Albrecht aus Delitzsch wurde wegen zweimaligen Diebstahls festgenommen.¹⁵⁶¹ Beim zweiten Diebstahl wurde er von einem Tuchmacher Hieronymus Bornman aus Chemnitz *„uber diesem [sic!] diebstall begriffen vndt geschlagen“.*¹⁵⁶² Dabei soll Albrecht Hieronymus mit einem Messer verletzt haben. Über dieses Geschehen sagte der Beschuldigte beim Verhör vom 24. März wie folgt aus: *„der man [Hieronymus Bornman; H.S.] hette ihn geschlagen, doruf hette er [Matthias Albrecht; H.S.] das brottmeßer uber ihn ausgezogen vndt nach ihme gestochen vndt die darumb darmit er solte vfhren ihn zu schlagen“.*¹⁵⁶³ Die in diesen Beispielen erkennbare Rechtfertigung verdeutlicht die angebliche Notwendigkeit des Einsatzes von Waffen, um die unterschiedliche Körperstärke ‚auszugleichen‘, oder sich selbst gegen die erlittenen Angriffe zu verteidigen.

6.4.4. Waffen als Beute

Das Tragen und der Einsatz von Waffen waren für junge Männer besonders relevant, denn die Waffen „fungierten als Statussymbole, galten daneben als Zeichen von Männlichkeit und Wehrhaftigkeit“.¹⁵⁶⁴ Es liegt daher nahe, dass es häufig zu einer prekären Situation kam, wenn städtische Ordnungskräfte die Waffen von Jugendlichen

¹⁵⁶⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 237, fol. 3v.

¹⁵⁶¹ Über den ersten Diebstahl wurde er nach Schwören der Urfehde am 9. März 1614 aus der Haft entlassen. Den zweiten beging er aber am 10. März. Siehe dazu StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 238, fol. 1r-2r.

¹⁵⁶² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 238, fol. 1v.

¹⁵⁶³ Diese Aussage war die Antwort auf die Frage: *„ob vndt worumb er den man von Kemnitz dem er den beutel mit 3 f aus den hosen gezogen mit dem meßer stechen wollen?“* StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 238, fol. 5r.

¹⁵⁶⁴ KRUG-RICHTER (2004a), S. 92. Siehe auch Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

(insbesondere von Studenten) beschlagnahmen wollten.¹⁵⁶⁵

Die Relevanz der Waffen ist ebenfalls daran erkennbar, dass diese „in bewaffneten Konflikten zwischen Studenten und Handwerksgesellen sowie innerhalb der Studentenschaft entsprechend begehrte Beuteobjekte“ waren.¹⁵⁶⁶ Dies lässt sich durch gerichtliche Aussagen bestätigen, in denen davon berichtet wird, dass die Kämpfer die Waffen des Gegners nach dem Kampf erhalten bzw. mitgenommen hätten. [Nr. 293] Zwei Handwerksgesellen, die sich bei Christoff Gresemuck aufhielten, wurden am 21 Januar 1619 von zwei Studenten beleidigt und herausgefordert.¹⁵⁶⁷ Nachdem die Gesellen die Studenten bis ins Frauenkolleg gejagt und sie dort angegriffen hatten, kamen sie wieder nach Hause zurück. Laut der Aussagen einiger Nachbarn hatte einer der Gesellen, vermutlich Sigmund Görlitz, *„zwey degen in der handt“*, und sagte, *„ich hab mein degen verlohren vnndt hab doch ein frembden degen bekommen“*.¹⁵⁶⁸ Aus dem summarischen Bericht der Studentenseite geht hervor, dass dieser Degen eigentlich dem dem verletzten Studenten Godefridus Bolius gehörte: *„einer vntter denselben, [...], Görlitz von Halle, ihme [dem Studenten Zacharias Walther; H.S.] einen gefehrlichen stich im Collegio, [...], zugefügt, Waltters gesellen [Godefridus Bolius; H.S.] gleichsfals zugesetzt, demselben einen stoß vff die stirne zugefügt, auch in drei finger verletzt, hernach demselben mid einer stange vff den rechten arm geschlagen, den degen aus den handen gerissen, ihnen beiden die hüete genommen“*.¹⁵⁶⁹

¹⁵⁶⁵ Siehe Abschnitt 4.4.2. der vorliegenden Arbeit. Ich werde einige Beispiele auch in Abschnitt 6.5.3. der vorliegenden Arbeit behandeln.

¹⁵⁶⁶ KRUG-RICHTER (2004a), S. 92.

¹⁵⁶⁷ Siehe ausführlich Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁶⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, Aussage eines Nachbarn Adam Nuß, fol. 7v. Eine entsprechende Aussage findet sich bei ebd., Aussage des Kürschners Georg Stengel, fol. 8v-9r; Ebd., Aussage der Ehefrau Christian Rauchs, fol. 15v-16r.

¹⁵⁶⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 18v-19r.

[Nr. 152] In ganz ähnlicher Weise verhielten sich die Handwerker gegenüber den Studenten. Am 9. Februar 1606 hatten vier Fleischer auf die herausfordernden Schmähworte reagiert, die ihnen der Magister Martinus Wirth, der Student Jonas Neander und Christian Gichtel (Schreiber des Bürgermeisters D. Möstel und vermutlich Student) entgegengerufen hatten.¹⁵⁷⁰ Die Fleischer waren aus dem Haus gekommen und hatten Christian Gichtel angegriffen. Martinus Wirth berichtete nicht nur von den Angriffen der Fleischer, sondern auch vom Raub des Rapiers eines Verwundeten: „[...] weren ihr vier kerls mit blossen rappiren vndt stangen hinter ihnen her, vff sie hienein gelauffen, vndt Christian Gichteln mit einer stangen dermassen an kopff geschlag[en], das er alsbaldt daruon nieder gefallen, das auch einer zwuschen ihn gesprungen, ihme das rappir ausgewunden, vndt dan dauon gelauffen“.¹⁵⁷¹ Interessant ist, dass auch einige Zeugen¹⁵⁷² von diesem Raub berichten konnten. Sie hatten bemerkt, dass Martin Scheibe ein Rapier nach Hause mitnahm, obwohl er nichts bei sich getragen hatte, als er aus dem Hause gegangen war. Andreas Scheibe schilderte die Situation wie folgt: „hett Merten Scheib das blosse rappir gehapt, do het er [Andreas Scheibe; H.S.] ihn [Martin Scheibe; H.S.] gefragt, wo hastu es kriget, Mertten Scheib gesaget, ich hab es einen ausgewunden, vndt einem eine mauschelle geben“.¹⁵⁷³ Auch die Magd der Familie Scheibe, Maria Rohten, bemerkte: „hett

¹⁵⁷⁰ Siehe ausführlich Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁷¹ StadtAL, Richterstube, Strafacten, Nr. 152, fol. 1v. Auch Jonas Neander berichtete ein ähnliches. Siehe dazu ebd., fol. 2r.

¹⁵⁷² Sie wohnten oder dienten im Haus des Fleischers Familie Scheibe.

¹⁵⁷³ StadtAL, Richterstube, Strafacten, Nr. 152, fol. 6r. Die meisten Zeugen wiederholten diese Schilderung auch bei der Befragung. Als ein Beispiel nenne ich die Antwort Andreas Scheibes: Ebd., der fünfte Frageartikel, fol. 18v: „Was ein ieder, wie sie runter naus gelauffen, gehabt, vndt ob nicht einer eine fleischer plampe, vndt einer einen stecken, oder stangen, in den handen gehabt, oder sonsten sehen in henden haben“; Antwort Andreas Scheibes, fol. 18v-19r: „hirauf sagt zeuge, wie Marttin Scheib raus gangen, het er gesehen, das derselbe nichts in henden gehabt, von den andern dreyen köndte er nicht sagen, ob sie was gehabt, dan er es nicht gesehen. Nachdem sie nun wider zuruckkom[m]en, hab zeuge gesehen, das Mertten Scheib ein blosses rappir in hende gehabt, welches, seinem bericht nach, er dem schreiber aus der handt gerissen, oder gewunden, vndt eine mauschelle geben“.

*Mertten Scheib gesaget, er hette einen zwo maulschellen geben, vndt Marttin Scheib hett eine blosse wehre gehabt“.*¹⁵⁷⁴ Der Zusammenhang mit der angegebenen Maulschelle verweist darauf, dass die Erbeutung der Waffen des Kontrahenten die (symbolische) Überlegenheit des Täters gegenüber dem Untergelegenen oder dessen Erniedrigung bedeuten konnte.

6.4.5. „Wetzen“

Auch wenn „[d]as Tragen und auch der Einsatz von Waffen [...] Bestandteile der männlichen Konfliktkultur und nicht auf Jugendgruppen beschränkt“¹⁵⁷⁵ waren, erwuchs aus dem ausgeprägten Hang junger Männer zum Gebrauch von Hieb- und Stichwaffen eine besondere Praxis. Eine spezielle Form des Waffengebrauches ist das sogenannte „Wetzen“. Dies ist „die zeitgenössische Begrifflichkeit für das Schlagen der Waffen in Steine und Mauern“.¹⁵⁷⁶ Der Zusammenhang mit herausforderndem Geschrei, dem Klirren und Funkenschlagen der Waffen¹⁵⁷⁷ diente dazu, die Anwesenheit und die Kampfbereitschaft der Akteure in der Öffentlichkeit symbolisch darzustellen, sodass dieses Verhalten auch von Anwohnern bemerkt werden konnte.¹⁵⁷⁸

[Nr. 78] Als am Abend des 11. Juni 1598 ein Zusammenstoß zwischen dem Sohn des Futterschneiders, Urban Lipman, und einigen Studenten geschah, konnte die Nachbarin und Witwe Jacob Fuhrmans, Kethe Fuhrman, berichten: Sie habe vom Hause „*nun eine wehre gesehen, mit welcher der eine in die steine geschlagen, das es geschimmert, vnd*

¹⁵⁷⁴ StadtAL, Richterstube, Strafafakten, Nr. 152, fol. 7r.

¹⁵⁷⁵ KRUG-RICHTER (2004b), S. 41.

¹⁵⁷⁶ KRUG-RICHTER (2004b), S. 34. Siehe auch Abschnitt 4.3.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁷⁷ LIERMANN (2007), S. 51f.

¹⁵⁷⁸ WETTMANN-JUNGBLUT (2012), S. 322; FÜSSEL (2016), S. 185. Zu einer akustischen und öffentlichen Wirkung vgl. auch Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit. Zur Bedeutung von Körper und Dinge für die Kommunikation unter Anwesenden vgl. SCHLÖGL (2014), S. 40-44.

*das feuer heraus gesprungen“.*¹⁵⁷⁹

Das „Wetzen“ gehörte nicht nur zu den Handlungen junger Männer, sondern stellte auch eine allgemein unter wehrhaften und im Umgang mit Hieb- und Stichwaffen kundigen Männern verbreitete Praxis dar. [Nr. 471] Am 29. Mai 1639 kamen drei Soldaten des Schleinitzischen Regiments dreimal in das „*Peilickische haus*“, in dem eine Hochzeitfeier stattfand.¹⁵⁸⁰ Die Soldaten waren „*zu vngewöhnlicher zeit vnerbethen in dz hochzeithauß kommen*“ und hätten „*mit bloßen degen vnd vngestümb zu sauffen gefordert*“.¹⁵⁸¹ Laut den Aussagen der meisten Anwesenden hätten die Soldaten die Hochzeitgäste nicht nur geschmäht und herausgefordert, sondern auch beim ersten Eindringen dem Hauswirt Christoff Moßhauer „*den blosen degen auffn leib gesetzt*“,¹⁵⁸² und beim zweiten Mal „*im hause mit schelm, dieb vndt bernheüter schelten heraußer gefodert, mit den [sic!] degen in die steine vnd haußthier gehauen, auch mit steinen daran geworffen vndt mechtig tumultuiret*“.¹⁵⁸³ Hier wurde das „Wetzen“ als eine Drohung benutzt.¹⁵⁸⁴

Davon ausgehend, dass das „Wetzen“, ähnlich verbalen Beleidigungen bzw. Herausforderungen, als Sprechakt verstanden werden kann,¹⁵⁸⁵ dann sollten diese hier gezeigten Handlungen der Soldaten oder Wächter dann eine Wirkung haben, wenn sie erwarten konnten, dass ihr Kontrahent in der Lage war, das „Wetzen“ wahrzunehmen. Tatsächlich gingen junge Männer (v. a. Studenten) besonders provokativ mit ihren

¹⁵⁷⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 78, fol. 4r.

¹⁵⁸⁰ Der Strafprozess wurde gegen die zwei Hamburger Kaufdiener durchgeführt, die auch dabei anwesend waren und schließlich einen Soldaten verletzen sollten.

¹⁵⁸¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 471, Aussage Christoff Moßhauers, fol. 7v.

¹⁵⁸² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 471, Aussage Zacharias Krebers, fol. 3r-3v.

¹⁵⁸³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 471, Aussage Zacharias Krebers, fol. 4r.

¹⁵⁸⁴ Als noch eine wehrhaftige Gruppe sind die städtischen Ordnungskräfte zu nennen. Sie konnten den wetzenartigen Umgang mit Waffen als Ermahnung und Drohung einsetzen. Darüber werde ich in Abschnitten 6.5.3. und 6.6.2. näher behandeln.

¹⁵⁸⁵ Zur Beleidigung als Sprechakte siehe LUDWIG (2016), S. 236f. Siehe auch Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit.

Waffen um. Dies lässt sich mit der folgenden Aussage einer Leipziger Zeugin belegen.

[Nr. 551] Am 27. Juli 1649 brachte ein Tumult zwischen Studenten und den in Leipzig stationierten Soldaten aus. Der erste Frageartikel für diesen Fall¹⁵⁸⁶ lautete: „*Wahr, daß am 27 July dieses 1649. jahrs abents gegen neun vhr etzliche studenten auß dem Pauliner Collegio kommen, geschrien vndt gejuchset, auch mit den degen gescherffet*“.¹⁵⁸⁷ Alle elf Zeugen, die in der Nähe vom Pauliner Kolleg wohnten, bejahten diese Frage, und eine Zeugin Anna Löschen (Witwe Martin Löschens), antwortete zudem wie folgt: „*Sie habe das juchzen vndt schreyhen, auch in die steine scharffen wohl gehört, achtet darvor das es studenten gewesen, habe aber nicht hinaus gesehen, ob sie aus dem Collegio kommen*“.¹⁵⁸⁸

Auch im vorliegenden Quellensample ist das „Wetzen“ als studentische Praxis überliefert. Dieses Praxis richtete sich, wie weiter unten beschrieben wird, häufig bewusst gegen Handwerksgesellen. Diese hatten selbst, wie oben herausgearbeitet, einen Hang zu Hieb- und Stichwaffen. Aus diesen Gründen liegt die Vermutung nahe, dass sich auch Handwerksgesellen die Praxis des „Wetzens“ aneigneten,¹⁵⁸⁹ auch wenn in den untersuchten Quellen nur wenige Fälle des „Wetzens“ durch Handwerksgesellen überliefert sind.¹⁵⁹⁰ Noch wichtiger ist, dass das „Wetzen“ häufig zusammen mit herausfordernden Rufen eingesetzt wurde, und dass es somit als eine Ansage der Kampfbereitschaft auf konkrete Gegner gerichtet war. [Tit. VII C, Nr. 13]

¹⁵⁸⁶ In der Strafsakte über diesen Fall sind nur die Fragartikel und die Antworten der Zeugen überliefert. Siehe dazu Abschnitt 6.2.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁸⁷ StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 551, fol. 2r. Dementsprechend lautete auch der zweite Artikel: „*Wahr, daß vnter solchen studenten Johann Ernst Schoner, Johann Wilhelm Bieglep, Heinrich Liborius Bücking, Michael Richter, Johann Marcius, Rößler vndt andere mehr gewesen, degen gehabt, vf der gaßen vor den Collegio darmit gescherffet vndt geschrien*“.

¹⁵⁸⁸ StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 551, fol. 8v.

¹⁵⁸⁹ Vgl. LIERMANN (2007), S. 52.

¹⁵⁹⁰ StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 120 (ein Zimmermannsgeselle); StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 439 (ein Buchdruckergeselle).

Als im Jahr 1613 ein Tumult zwischen Studenten und Schustern gerade im Schustergäßchen ausbrach, seien „*viell studenten mit blossen wehren vndt steinen vollig forn an der ecken deß Schustergaß[e] loß gestanden geschrien, geschmehet, kaphan gefordert mit den wehren in die steine gehauen, in die fenster vndt heuser geworffen*“.¹⁵⁹¹ [Nr. 293] Über den bereits erwähnten Fall, der am Abend des 21. Januar 1619 zwischen zwei Gesellen und zwei Studenten entstand, berichtete der Sohn des Geigers, Jacobus Habicht: „*die zwey studiosi wehren vor die thur kommen vndt in die steine gehauen vndt gesagt, ihr huren sohne*“.¹⁵⁹²

[Nr. 140] Genauso wie verbale Herausforderung ist das „Wetzen“ auch in einem Fall aus dem Jahr 1604 beschrieben, in dem sich einige Studenten und Kaufburschen miteinander auseinandersetzten und der Student Heinrich von Büнау verletzt wurde. Er selbst berichtete vor Gericht, die Kaufburschen hätten auf dem Nikolaikirchhof ihre Waffe „*in die stein gehauen vnd geiauchtzet, auch mit großen gotteslesterungen, vnd schmewortten die studenten angegriffen, sagende, du, bonus dies dieb, du schelm*“.¹⁵⁹³ Auch der Zeuge Quirin Tzschacher berichtete, dass die Kaufburschen „*geruffen [hätten], heraus, heraus ihr bonus dies mennergin, wie dan an fluchen vnd großen gotteslesterungen*“, und er habe selbst gehört „*das ein groß gehawe, in die steine gewetzen*“.¹⁵⁹⁴

Die hier behandelten Beispiele zeigen, dass das „Wetzen“ zum einen sowohl von Gegnern wahrgenommen werden konnte, als auch durch Nachbarn. Zum anderen

¹⁵⁹¹ StadtAL, Tit. VII C, Nr. 13, Aussage des Hutschmuckers Hans Bauer, fol. 15r-15v. Eine sehr ähnliche Aussage findet sich bei ebd., Aussage des Schusters Michell Heinrich, fol. 16r: „*gewesen do ein hauffen studenten klein vndt groß inß Schustergeßlein eingefallen geflucht geschmehet mit schelm vnd dieben vnd sich geworffen die steine mit blossen wehren auch in die erden gehauen die fenster aufgeworffen vndt ein groß wesen gefuhrt*“.

¹⁵⁹² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 293, fol. 4r. Siehe auch Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁹³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 104, fol. 5r.

¹⁵⁹⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 104, fol. 9r.

wurde das „Wetzen“ häufig zusammen mit verbalen Herausforderungen eingesetzt. In diesem Sinne kann auch diese Praxis als „Kampfsprache“ bezeichnet werden.

6.5. Reaktionen der Anwesenden

Aus der Tatsache, dass Zeitgenossen die Ehrverletzung bzw. die Herausforderung oder den Einsatz von Waffen vor Gericht berichteten, ist zu schließen, dass die Zeugen die einzelnen Eskalationsstufen eines Konflikts als solche wahrnehmen konnten. Im Hintergrund dieser Wahrnehmung stand vermutlich eine zeitgenössische Vorstellung, dass einfache Wortgefechte oder der Austausch ehrenrühriger Worte einen weiteren gewalttätigen Konflikt auslösen konnten. Mit anderen Worten: Die Zeugen bzw. die Zuschauer konnten die Eskalation eines Konflikts voraussehen, und sich dementsprechend auf eine Haltung bzw. Reaktion festlegen.

In Bezug auf die Haltung der Zuschauer beim Beginn bzw. der Eskalation einer Auseinandersetzung ist eine These von M. Dinges zu berücksichtigen: „Die Ritualisierung der Herausforderung hat auch gewaltbegrenzende Wirkung, [...]. So können etwa Verbalinjurien und Androhung von Gewalt durch das Ausweichen auf die andere Straßenseite oder den Einsatz von Vermittlern aufgefangen werden. Ritualisierung hemmt insofern selbst die Eskalation der Gewalt“.¹⁵⁹⁵ Ähnlich argumentierte bereits P. Wettmann-Jungblut: „Zugleich war die Gegenwart dieser Zuschauer oft die Garantie dafür, dass der Konflikt nicht aus dem Ruder lief. Denn das Publikum intervenierte gewohnheitsmäßig, und diese Intervention war nicht nur Pflicht der Familie, der unmittelbaren Nachbarschaft, des Wirts oder Gastgebers [...], sondern aller Anwesenden“.¹⁵⁹⁶

¹⁵⁹⁵ DINGES (1995a), S. 52.

¹⁵⁹⁶ WETTMANN-JUNGBLUT (2003), S. 34. Vgl. auch RUBBLACK (1982), S. 17f.

Es scheint aber offen, wie hoch die hier erwähnte Pflicht der Anwesenden bzw. der Zuschauer einzuschätzen ist. Hierzu lohnt es sich, auf C. A. Hoffmann zu verweisen: „Die Verpflichtung, Fehlverhalten anzumahnern und bei gewalttätigen Auseinandersetzungen friedentiftend einzugreifen, bedingte auch eine Grauzone von Involvierung, Beteiligung oder Gefährdung des Eingreifers“. ¹⁵⁹⁷ Folglich ist von verschiedenen Reaktionen der Anwesenden auszugehen. Es gilt daher zu fragen, wie die Anwesenden auf die lautstarken öffentlichen Aktionen der Jugendlichen reagierten. Dies ist mit der Frage nach der Funktionalität der (informellen) Kontrollversuche *gegen* die Gewalttaten der Jugendlichen verbunden.

6.5.1. Abmahnung, Intervention

Aus meinem Quellensample lassen sich auch Versuche der Anwesenden erkennen, in einen Streit einzugreifen und ihn beenden zu wollen. Die Intervention der Anwesenden lässt sich m. E. in Bezug auf Akteure grob in drei Typen unterscheiden.

Soziales Umfeld

Der erste Personenkreis war das nahe soziale Umfeld der betreffenden Kämpfer, wie etwa die Familie oder der Handwerksmeister. [Nr. 78] Zunächst ist auf den Fall Urban Lipmans, Sohns eines Futterschneiders, einzugehen. ¹⁵⁹⁸ Als der verbale Streit zwischen Lipman und einigen Studenten eskalierte, ergriff Lipman einen Spies und wollte aus dem Hause gehen. Dabei habe „*seine mutter ihn nicht raus gehen lassen wollen*“. Es gelang ihr aber nicht, weil „*er ihr mit vngestum entrießen, vnd raus*

¹⁵⁹⁷ HOFFMANN (1999), S. 198.

¹⁵⁹⁸ Siehe Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit. Im Folgenden wird wiederum darauf verwiesen: StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 78, Aussage des Schusters Hans Schultze, fol. 4v.

gelauffen“ sei.

[Nr. 168] Weiterhin ist auf eine Aussage Anna Osterreichers, der Frau eines Riemermeisters, einzugehen. Ein auswärtiger Geselle, Christoff Herla, und der Geselle ihres Mannes, Hans Plancke, waren in ein Wortgefecht geraten, das in einer Herausforderung zum Kampf mündete.¹⁵⁹⁹ An ihrem Hause habe Herla seinem Kontrahenten gesagt: *„bistu ein ehrlicher geselle, so komme herrauß, bistu aber ein schelm, so bleibe darein“*, daher sei Anna Osterreicher selbst *„darzwischen gegangen den endleibetten [Christoff Herla; H.S.] zur thur hinaus gestoßen“*. Vermutlich, um den inneren Hausfrieden zu bewahren. Herla habe trotzdem ferner *„die were gezugkett“*.¹⁶⁰⁰ Anna Osterreicher habe daraufhin den Gesellen angeschrien: *„das totte [sic!] kein ehrlich geselle“*. Nach der Schelte der Frau seines Meisters nahm Plancke schließlich die Provokation Herlas auf und ging daraufhin mit Herla zusammen aus dem Haus, um vermutlich die weitere Eskalation des Konflikts im Haus des Meisters zu vermeiden.

[Nr. 53] Am Abend des 25. März 1593 tranken insgesamt 17 Bäckergesellen beim Bäckermeister Hans Jhenich. Einige der Gesellen spielten dabei zusammen mit einigen Bauern. Der Geselle Georg Beyer geriet wegen dieses Glücksspiels mit zwei anderen Gesellen in einen Streit und forderte sie heraus. Die herausgeforderten Gesellen wollten nicht aus dem Hause gehen, weil *„der becke Hans Henichen [sic!] aber, zu vorhutung haders vnd schadens, nicht hinaus laßen wollen“*.¹⁶⁰¹ Beyer sei daher *„wieder in die stueben kommen vnd baldt hernacher ihrer wieder zwene*

¹⁵⁹⁹ Im Folgenden StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 6r.

¹⁶⁰⁰ Dies wurde bereits auch in Abschnitt 6.4.2. der vorliegenden Arbeit erwähnt.

¹⁶⁰¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 53, Bd. 1, Aussage Hans Moritz‘, fol. 10r. Eine entsprechende Zeugenaussage findet sich bei ebd., Aussage Christoff Lorenz‘, fol. 4v: *„es hette aber der becke [Hans Jhenich; H.S.] sie nicht auff die gaße laßen wollen, sondern wieder in die stuebe gescholten“*; Ebd., Aussage George Hebenstreidts, fol. 6v-7r: *„sobalde ihr zwene hinaus gefordert, die Hans Jhenichen der wirt sitzen heißen, vnd weil ihme niemands geuolget“*.

außgefodert“.¹⁶⁰² Dies führte zu einem Schlagabtausch zwischen Beyer und Curt der Hesse.¹⁶⁰³

[GA, III, T, Nr. 1] Besonderes Augenmerk verdient ein Fall aus dem Jahr 1635. Der Student und Schreiber Doktor Berlichs, namens Christoph Paul Tham, hatte seinen Kommilitonen Johan Julius Marx provoziert und auch das Haus Doktor Puzschers beschädigt.¹⁶⁰⁴ Interessant ist, dass die Abmahnungsversuche gegen den Beschuldigten auch in den Frageartikeln behandelt wurden. So lautete der siebte Artikel: „*Wahr daß Berlichs schreiber selbigen abendt zum dritten mahl wieder kommen, es habe aber eine persohn von herren D. Puzschers hause, D. Berlichs schreiber zugeruffen, vndt ihm gesagt, er sollte innehalten, oder es wurde endtlichen nicht guth werden*“, und der achte Artikel: „*Wahr das darauf D. Berlichs junge magdt Rosina heraus geschickt worden, vndt heraus vor sich gegangen, dem schreiber zu sagen, das er solche händel vnterwegen laßen sollen*“.¹⁶⁰⁵ Diesen beiden Fragen entsprechend wurden drei Personen als Zeugen vor dem Stadtgericht ernannt: „*Clara Hanßen Klingers tochter, herrn D. Daniel Puzschers dienerin, vndt Rosina Hanßen Schusters zue Dieben, vndt Martha Peter Plieschens zue Weida tochter, herrn D. Matthiae Berlichs beyde dienerin*“.¹⁶⁰⁶ Zum einen hob Clara Klinger, als Dienerin Doktor Puzschers, ihren Abmahnungsversuch gegen den Studenten Tham hervor: „*Sagt ia, vndt hette zeugin sie selbst vermahnet, sie soltten innen haltten, hierauff sie daruor gangen, vndt hette sie ihn an seinen gang vndt schreien gehohrt, vndt erkandt*“.¹⁶⁰⁷ Sie gestand zum anderen

¹⁶⁰² StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 53, Bd. 1, fol. 7r.

¹⁶⁰³ Zu diesem Geschehen und zur weiteren Entwicklung siehe auch Abschnitte 6.3.2. und 6.4.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁰⁴ Siehe auch Abschnitt 6.2.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁰⁵ UAL, GA, III, T, Nr. 1, fol. 2v-3r. Während der Beschuldigte Tham die beiden Fragen verneinte, bajahte Marx diese.

¹⁶⁰⁶ UAL, GA, III, T, Nr. 1, fol. 9r. Zu dieser Befragung vor dem Stadtgericht siehe auch Abschnitt 6.2.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁰⁷ UAL, GA, III, T, Nr. 1, Antwort auf den siebten Frageartikel, fol. 9v. Auch das Opfer Johan Julius

ihre Ermahnung an die Dienerin Doktor Berlichs, Rosina Schuster: „*auß herren D. Berlichs hauß wehre eine magdt kommen, der [Rosina Schuster; H.S.] hette sie [Clara Klinger; H.S.] zugeschrien, Rosina seidt ihrs, alß sie nun geantwortet, waß hette sie ferner zue ihr gesagt, sie solte ihren schreiber sagen, er solte daheime bleiben, vndt daß ding vnterlaßen*“.¹⁶⁰⁸ In ihrem Ermahnungsversuch an Rosina Schuster spiegelte sich wider, dass Clara Klinger sich des Dienstverhältnisses zwischen Rosina Schuster und dem Hause Berlichs bewusst war.

Die betreffende Magd Rosina Schuster gestand hingegen die Ermahnung Clara Klingers an sie nicht. Ihre Antwort auf den siebten Frageartikel ist nur mit „*Nescit*“ notiert worden. Auf den achten Frageartikel antwortete sie wie folgt: „*Sagt, sie hette domals eine kanne wein hohlen sollen, dann herr Johann Luppe bey dem herrn D. geweßen, vndt mit ihm geweßen, hette aber vf der gaßen niemandts gesehen noch gehortt*“.¹⁶⁰⁹ Hierbei spielte vielleicht das Dienstverhältnis zwischen der Magd Rosina Schuster und dem Hause Berlichs eine völlig andere Rolle, als bei dem oben erwähnten Versuch Clara Klingers. Vermutlich wirkte sich das Dienstverhältnis Schusters auf ihr Schweigen über die Ermahnung Clara Klingers aus.¹⁶¹⁰ Dieses brachte sie wahrscheinlich dazu, familiäre bzw. dienstliche Rücksicht auf Christoph Paul Tham zu nehmen, der als Schreiber bei ihrem Herren diente, und schließlich, um ihn beschützen zu können. Eine andere Erklärung für ihr Schweigen könnte ihr Versuch sein, zu verbergen, dass Rosina Schuster Tham nicht genug ermahnt haben könnte, obwohl Clara Klinger sie zur Abmahnung angewiesen hatte. Von der ‚Wahrheit‘ dieser Aussage abgesehen lässt sich zumindest

Marx und der Student Theodorus Siegel bejahten diese Frage. Siehe ebd., fol. 6r und fol. 8r.

¹⁶⁰⁸ UAL, GA, III, T. Nr. 1, Antwort auf den achten Frageartikel, fol. 9v-10r. Siehe auch ebd., Antwort Johan Julius Marx, fol. 6r.

¹⁶⁰⁹ UAL, GA, III, T. Nr. 1, fol. 10v. In Bezug darauf sagte eine andere Dienerin Doktor Berlichs, Martha, nur aus: „*Sie hettes von der jungen magdt gehortt*“. Siehe ebd., fol. 11r.

¹⁶¹⁰ Zum Zusammenhang zwischen dem Schweigen vor Gericht und den Personenverhältnissen siehe SIMON-MUSCHEID (1999), S. 39-43, und insbesondere zu Arbeitsbeziehungen, ebd., S. 42.

festhalten, dass die Zeitgenossen (hier die Nachbarn) sich wohl bewusst waren, dass ihre eigene Abmahnung zur Hemmung der Händel eine Rolle spielen konnte.

Anwesende in der Geselligkeit

Angesichts dessen, dass Streitigkeiten auch in geselligen Situationen (wie etwa beim Zusammentrinken) entstanden, waren die vor Ort Anwesenden weitere mögliche Akteure. [Nr. 6] In ein Wortgefecht und eine darauf folgende Schlägerei zwischen Georg Thierfeld und David Cuntz, die bei einer Zusammenkunft der Sattlergesellen vom 1. Juni 1578 ausbrachen, intervenierten die anderen dabei anwesenden Gesellen, um „*sie [zu] wehren vnd friede nehmen [zu] wollen*“.¹⁶¹¹ [Nr. 21] Ein ähnlicher Versuch findet sich bei einem Streit, der am Abend des 25. März 1585 in einer Schenke in Großzschocher¹⁶¹² zwischen dem Zimmermannsgesellen Hans Kehrbach und dem 18-jährigen Zimmermannslehrling Hans Kopper (dem späteren Täter) ausbrach. Ihr Gefährte, Valten Kuche, habe „*darin [...] sich geschlagen, vnd gebeten, weil sie beyde bezechet, vnd es nacht were, mit ihme wider nach Leipzigk gehen*“, um den Streit zu hemmen und die beiden Streitenden zu beruhigen.¹⁶¹³ Weil aber „*Hans Kehrbach des truncks halben mitzugehen nicht vermochte, solte er die nacht vber in der schencke bleiben*“,¹⁶¹⁴ woraufhin es es zum Zusammenstoß mit Hans Kopper kam.

Die Forschung ist sich darin einig, dass sich viele der obrigkeitlichen Verordnungen über Schenken bzw. Wirtshäuser in erster Linie an die Wirte richteten, und diese somit

¹⁶¹¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 6, fol. 3v.

¹⁶¹² Südwestlich von Leipzig.

¹⁶¹³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 21, fol. 1v. Dieser Versuch Valten Kuches wurde auch im fünften Frageartikel behandelt. Ebd., fol. 5v: „*Zum funfften, ist wahr vnd zeugen bewust, das er, beyde Hans Kehrbachen vnd Hans Koppern, weil sie sehr bezechet vnd nacht were, gebeten, mit ihme wider nach Leipzigk zugehen*“. Während der Täter Hans Kopper sich angeblich daran nicht erinnern konnte, bejahte diese Frage nicht nur Valten Kuche selbst, sondern auch die Ehefrau des Wirtes Catharina Kuhner.

¹⁶¹⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 21, fol. 1v.

„häufig verpflichtet [wurden], unzulässige Verhaltensweisen ihrer Gäste zu verhindern oder wenigstens unverzüglich anzuzeigen“.¹⁶¹⁵ In der Trinkstubenordnung von 1594 in Leipzig, die „*unordnunge und mißbrauche*“ (wie etwa Fluchen, Schmähung, Ausforderung zum Kampf, übermäßiges Spiel) verbot, wurde zwar der Wirt der Trinkstube nicht erwähnt, aber die dort erwähnten Verhaltensweisen konnten ohne Hilfe des Wirtes nicht verhindert oder angezeigt werden.¹⁶¹⁶ Es ist daher davon auszugehen, dass der Wirt auch bei der Kontrolle für gewalttätige Auseinandersetzungen in der Schenke bzw. im Wirtshaus eine wichtige Rolle spielte.¹⁶¹⁷ **[Nr. 206]** Eine aktive Intervention eines Wirtes wird im folgenden Beispiel beschrieben. Am 9. Februar 1611 tranken das spätere Opfer Antonius Hochgreffen¹⁶¹⁸ und einige Studenten zusammen im Weinkeller.¹⁶¹⁹ Der zu Beginn noch freundliche und friedliche Umtrunk wandelte sich nach einer Weile zu einem Streit zwischen Hochgreffen und zwei Leipziger Studenten, Georg Starschedel und Heinrich von Bose. Der Weinschenk Johan Hippolt hob in seiner gerichtlichen Aussage¹⁶²⁰ seine vergangenen Versuche zur Friedenserhaltung hervor. Er habe sie einmal „*gebeten, sie sollten nichts anfangen*“. Die zwei Studenten hätten aber „*die wehren blos*“, daher sei Hippolt „*vnter sie gang[en], vnd gesagt, lieber richttet nichts an*“. Dieser Versuch Hippolts führte jedoch nicht zum Erfolg. Seine nächste Abmahnung trat eher als eine Art Drohung, in Form der sogenannten ‚Justiznutzung‘, auf. Er habe geäußert: „*wen*

¹⁶¹⁵ SCHWERHOFF (2006a), S. 365. Siehe auch TLUSTY (2001), insbesondere S. 158-161; SCHWERHOFF (2009), S. 18.

¹⁶¹⁶ StadtAL, Tit. I, Nr. 22k, fol. 271r-273v. Siehe auch Abschnitt 4.1.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶¹⁷ TLUSTY (2001), insbesondere S. 158-161; KÜMIN (2005), S. 137; SCHWERHOFF (2006a), S. 365-367.

¹⁶¹⁸ In der Akte ist keine Angabe zu seinem Berufsstand überliefert. Angesichts dessen, dass sein Schwager David Sachß aber Kriegsrat zu Wolffenbüttel war (siehe dazu StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 206, fol. 11r und fol. 13r), und dass Hochgreffen einen jungen Bediensteten namens Daniel Kaufman hatte, war Antonius Hochgreffen selbst vermutlich von hohem Stand.

¹⁶¹⁹ Der Bürger Herman Hutten besaß diese Schenke.

¹⁶²⁰ Im folgenden StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 206, fol. 1r-1v.

*ihr nicht friede halten wollet, will ich die wache holen“.*¹⁶²¹ Als die Kämpfer aus der Stube gingen, habe Hippolt wiederum „*vmb Gottes willen gebeten, sie solten friede halten“*. Der Streit der Studenten wurde aber nicht beigelegt, sondern verlagerte sich schließlich vor die Stube auf die Thomasgasse.

Die anfangs unbeteiligten Personen

Wie in vorherigen Abschnitten herausgearbeitet, waren die Gewalttaten der Jugendlichen häufig laute Aktion, daher konnten Dritte diese einfach wahrnehmen. Demzufolge lassen sich diejenigen als der dritte Typ nennen, die an einem Kampf bzw. einem Streit anfänglich unbeteiligt gewesen waren, aber nach Beginn an den Tatort kamen.

[Nr. 185] Die voraussehbare Eskalation veranlasste Dritte, die weitere Entwicklung eines Streits zu vermeiden, auch wenn ein Streit nicht direkt vor den Augen der Dritten begann. Am Abend des 4. Juli 1610 brach vor dem Grimmaischen Tor ein Streit zwischen dem Kaufdiener Sixt Gröner und drei Studenten aus.¹⁶²² Darüber berichtete der Torwärter Hans Gotschalck wie folgt: „*do hette sein weib Vrsula ihn [Hans Gotschalck; H.S.] geruffen, er sollte zu ihr nuber in die kuchen kommen, als er nun hingangen, do wehre der kaufdiener zu ihr in die kuche gelauffen, deme drey studenten vfm fuße nachgeuolget, vnnd ihn vf der schwel ins gesicht geschlagen“.*¹⁶²³ Der Torwärter sah ferner, dass „*sie [Studenten; H.S.] alßbalt, daruon in die Stadt herein gangen, vnnd am Pauliner Collegio stehen blieben“.*¹⁶²⁴ Er riet daher Gröner von dem Durchgang durch das Grimmaische Tor ab, um dessen erneute Begegnung mit den

¹⁶²¹ Diese Drohung mit der Justiz diskutierte M. Dinges näher. DINGES (1992), insbesondere S. 278-281.

¹⁶²² Der Ausgang dieses Streits ins in keiner Zeugenaussage überliefert.

¹⁶²³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 185, fol. 1r. Über diese Schlägerei berichteten auch drei dabei anwesende Zeugen, Samuel Schadenberger, David Heber und Hanns Eißerer. Siehe dazu StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 185, fol. 1v-2r, fol. 3v-4r, und fol. 5r.

¹⁶²⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 185, fol. 1r.

Studenten vermeiden zu können: „het zeuge zum kaufdiener gesagt, gehet nicht zum Grimmischen thore hinein, dan die kerls stehen am Pauliner Collegio, sondern gehet den graben herumb, vnnd zu einem andern thore hinein“.¹⁶²⁵ Gröner ließ sich auf diese Abmahnung nicht ein, sondern ging durch das Tor und auf die Grimmaische Straße. Schließlich geriet er erneut in einen Streit mit „eine[r] zimliche[n] lange[n] persohn“, die aus dem Pauliner Kolleg hinunterlief.¹⁶²⁶ Gröner wurde daraufhin wegen der Verletzung dieser Person beschuldigt.

[GA, IV, Nr. 5] Der hier erwähnte Torwarter (bzw. Torhüter) Hans Gottschalck war schon auch ein wichtiger Akteur im folgenden Fall. Am Abend des 26. März 1605 entstand ein Zusammenstoß zwischen etlichen Studenten und Schneidergesellen vor dem Grimmaischen Tor. Im gerichtlichen Bericht Gottschalcks ging es um diesen Zusammenstoß. Darin nahm auch seine eigene Intervention und die darauffolgende Entwicklung einen Platz ein.¹⁶²⁷ Nämlich habe Gottschalck gesehen, „das funff studenten vber ihn [einen Schneidergesellen; H.S.] geweßen, vnd heftig auf ihm geschlagenn [hätten]“. Daher habe er „eine stange geholet, [um] sich damit zu schutzen vnd den schneider zu retten“. Dieser Versuch verursachte aber einen Angriff zweier Studenten gegen ihn selbst: „do were einer so Buttener heißen soll, mit einer langen stangen, vnd ein ander mit einem tolche ihm angefallen“. Über dieses Geschehen berichtete auch der Krämer Hans Baur wie folgt: „da hette er gesehenn, das ettliche studenten, die er nicht gekant gewaltig auf den thorwertter [Hans Gottschalck; H.S.] zugeschlagen, deren einer eine lange stange, der ander ein blosen tolch oder meßer gehabt, dan er gesehen, das es geplincket, das were er den thorwerter zu hulff

¹⁶²⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 185, fol. 1r-1v.

¹⁶²⁶ Während der Zeuge Hans Gotschalck diese Person als Magister nannte, benannten die anderen vier Zeugen ihn als Student. Als Kläger in diesem Fall erschien aber Magister Andreas Mauritius.

¹⁶²⁷ Im Folgenden UAL, GA, IV, Nr. 5, fol. 1v-2v.

*kommen, vnd ihm vor den studenten los gemacht“.*¹⁶²⁸

[GA, IV, Nr. 22] Dass die Intervention Dritter zu einem weiteren Zusammenstoß führte, wird im folgenden Fall noch deutlicher zu beobachten sein. Am Abend des 14. November 1641 speisten einige Studenten in der Schenke „Kranich“ in Brühl.¹⁶²⁹ Als „*ein schmid, bader vnd meßerschmid, mit einer citer vorüber gängen, sie aber sonst ganz stille gewesen*“ waren,¹⁶³⁰ kamen die Studenten aus dem Hause und griffen die Handwerksgesellen verbal an, weil sie sich vermutlich wegen des Lärms provoziert fühlten.¹⁶³¹ Die Gesellen antworteten zwar: „*sie solten, sie paßiren laßen, sie hetten ihnen nichts*“, aber zwei von ihnen wurden von den Studenten verletzt. Daraufhin sagte der Schuster Christoph Pack (Back) in beruhigender Absicht aus dem Fenster heraus zu einem Studenten, Peter Müller: „*herr Peter last sie paßiren*“.¹⁶³² Da die Studenten, Peter Müller und Johann Niclas Latermann, dieser Bitte nicht folgten, kamen Christoph Pack und der Schmied Georg Schiepell aus dem Hause, „*friedes halben, [um] vnglück zu vnternehmen*“. Trotzdem wurden sie von den Studenten angestochen und verletzt.

Bei diesem Geschehen ist interessant, dass die Interventionsversuche der Bürger in den betreffenden gerichtlichen Befragungen behandelt wurden. Der dritte Frageartikel lautet: „*Wahr als ein burger mit nahmen Christoff Pak [sic!], so in Georg Eichhorns miethhause wohnet, / so bey denen vmbgehenden personen nicht gewesen / Peter Mullern, erst zum fenster heraus abgemahnet vndt gesagt, Herr Peter last sie zu*

¹⁶²⁸ UAL, GA, IV, Nr. 5, fol. 13v.

¹⁶²⁹ Die folgende Schilderung stützt sich überwiegend auf die „Rüge“ von sieben Bürgern oder Einwohnern. Siehe UAL, GA, IV, Nr. 22, fol. 5r-6r.

¹⁶³⁰ Siehe auch UAL, GA, IV, Nr. 22, Antwort des Messerschmiedgesellen Philipp Pfeiffer auf den zweiten Frageartikel, fol. 19r; Ebd., Antwort des Badergesellen Hans Stoll auf den zweiten Frageartikel, fol. 21r.

¹⁶³¹ Die Studenten sagte, „*waß sie, sie dürffen braviren*“.

¹⁶³² Entsprechendes berichtete Christoph Pack selbst am 15. November: „*friede machen wollen, mit vermelden, das er beyde partheyen wohl kennete*“. UAL, GA, IV, Nr. 22, hier fol. 8r.

*frieden, sie haben euch nichts gethan, er Muller vndt Laterman neben denen andern studenten dennoch vff den bahder; schmid vndt so bey ihnen gewesen lohs gehauen vndt gestochen“.*¹⁶³³

Der betreffende Student Peter Müller versuchte allerdings beim Verhör, dem anderen Studenten Johann Niclas Latermann die Schuld aufzubürden.¹⁶³⁴ Auch auf den dritten Frageartikel antwortete er: „Do wiße er kein wort dauon, außer die wort er [Peter Müller; H.S.] von schuster zum fenster heraus gehort, er [der Schuster Christoph Pack; H.S.] hette auch gesagt, er thete ihm nichts, vndt wehre Latterman von ihm Mullern vnd Gottes willen gebethen worden, er solle nichts ahnfangen den sein herr, wurden daruber zu [#unlesbares Wort#; H.S.] welcher den auch heraus geschrien vndt gesagt, er soltte es bleiben laßen od[er] woltte ihm von anders weisen darauf er Muller auch gesagt, er thete niemandt nichts“.¹⁶³⁵ Ein anderer dabei anwesender Student Johan Werner Krauß berichtete in Bezug auf den Zusammenstoß zwischen zwei Bürgern und zwei Studenten fast nichts über Deeskalationsversuche der Bürger, sondern bezeichnete das Verhalten der Bürger als provokativ.¹⁶³⁶ Zunächst ist festzuhalten, dass der im Frageartikel angegebene Interventionsversuch der Bürger sich nicht mit den Aussagen der studentischen Seite insgesamt deckt.

Beim Verhör vor dem Stadtgericht bejahten dagegen den oben angezeigten dritten Frageartikel vier von den vernommenen sieben Personen, die auch die oben erwähnte

¹⁶³³ UAL, GA, IV, Nr. 22, fol. 16r. Entlang der Frageartikel wurden die Stadtbewohner und die Universitätsangehörigen jeweils vor dem Stadtgericht oder vor dem Universitätsgericht vernommen. Zu diesem Verfahrensmodus siehe Abschnitt 6.2.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶³⁴ Ein Grund für diese Strategie Müllers liegt vermutlich darin, dass Johann Niclas Latermann zum Zeitpunkt dieses Verhörs noch nicht vor dem Universitätsgericht erschien war. Die Schriften zur Vorladung des Rektors an Latermann finden sich in UAL, GA, IV, Nr. 22, fol. 38r (29. November 1641), und fol. 39r (15. November 1641).

¹⁶³⁵ UAL, GA, IV, Nr. 22, fol. 24r-24v.

¹⁶³⁶ UAL, GA, IV, Nr. 22, fol. 26v: „alß sie Laterman v[nd]. Muller wieder an Fischeres ecke kommen, wehren d[er]. schuster v[nd]. schmidt kommen, vndt zu Laterman vndt Mullern gesagt, sie hetten an den handtwergks gesellen wie strassenreuber v[nd]. schelm gehandelt, welches sie die beyde nicht leiden wollen“.

Rüge vorbracht hatten. Paul Friebell antwortete zudem wie folgt: „S: *Er habe nicht hinaus gesehen, aber wohl gehöret, das der schuster [Christoph Pack; H.S.] aus herrn Georg Eichhorns miethhause geruffen, laßet sie gehen, sie seien ehrliche gesellen, gehen ihrer straßen vnndt braviren eüch nicht, thut keine gewalt*“.¹⁶³⁷ Darin zeigt sich der Zusammenklang der Rüge mit der Zeugenaussage der städtischen Bewohner über das Verhalten der delinquenten Studenten.

Zusammenfassung

An den hier behandelten Beispielen lassen sich nun die Versuche des sozialen Umfelds oder der Anwesenden bestätigen, in einen Streit zu intervenieren und eine weitere Eskalation zu vermeiden. Darin scheint sich, der Erklärung von M. Wittke zufolge, eine nicht grenzenlose Gewaltakzeptanz der Zeitgenossen widerzuspiegeln.¹⁶³⁸

Allerdings sind m. E. das Zustandekommen bzw. der Erfolg dieser informellen Kontrollversuche nicht als hoch einzuschätzen. Ein Grund dafür wäre, wie bei dem Sohn des Futterschneiders erkennbar war, dass die Jugendlichen stärker zu ehrenbezogenen Kämpfen neigten und sich deshalb ungern darin unterbrechen ließen. Ein anderer Grund lag vermutlich im provokativen bzw. aggressiven Verhalten der Studenten gegen Bürger in dem Sinne, dass ihre Angriffe sich auch auf die in Kämpfe eingreifenden Bürger richteten.

Hier zeigt sich also eine ambivalente Situation sozialer Kontrolle *gegen* jugendliche Gewalttäter. Die Entwicklung bzw. die Weiterführung eines Kampfs ‚nach der Intervention‘ deutet daher ein anscheinendes ‚Misslingen‘ der Kontrollversuche an.

¹⁶³⁷ UAL, GA, IV, Nr. 22, fol. 30r. Siehe auch ebd., Antwort Christoph Stuzlings, fol. 34r: „S: *Es were war, d[as] der schuster zum fenster hinunter geruffen, herr Peter laßet sie gehen, es seind ehrliche gesellen, sie haben eüch nichts gethan, gehet ihr auch ewer wege, mann kennet eüch wohl, vndt kennet auch sie wohl, inn diesen reden aber; hette man immer schlagen, vndt schreihen hören*“.

¹⁶³⁸ WITTKKE (2002a), S. 311.

Allerdings ist zu erwähnen, dass die Schilderung dieses ‚Misslingens‘ der Anwesenden bzw. der Dritten beim gerichtlichen Verhör umgekehrt dazu beitrug, die Kämpfer negativ zu beschreiben, die den Abmahnungen der Anwesenden nicht Folge geleistet und den Kampf bis zu einem schlechten Ausgang weitergeführt hatten.

6.5.2. Geringe Reaktionsbereitschaft

Die im letzten Abschnitt erwähnte Ambivalenz ist dann deutlich erkennbar, wenn nicht alle Anwesenden bzw. Nachbarn sofort auf einen Streit bzw. einen Kampf reagierten oder direkt intervenierten.

Reaktionen der (Augen-)Zeugen

[Nr. 293] Die unterschiedlichen Reaktionen auf ein Geschehen können bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Gesellen und Studenten aus dem Jahr 1619 deutlich beobachtet werden. Den Ausgangspunkt bildeten, wie schon in Abschnitt 6.3.3. analysiert, herausfordernde Schmähworte von Studenten gegen einige Gesellen, die Erwiderung der Gesellen, und das Jagen der Studenten durch die Gesellen bis zum Frauenkolleg. Christoff Gresemuck, bei dem sich diese beiden Gesellen aufhielten, berichtete: *„Gestern zwischen 11 vnndt 12 wehren zwey vor seine thur kommen vnndt geiauchtzet vnndt geschriehen, hunsfotter huren sohne dieses hetten die zwey von Hall (heiße der eine Sigmundt Gorlitz der ander Franck Werdeman) so hammer vndt tisch bey ihm gehabt, nicht leiden wollen, sondern hinauß gangen vnndt ihnen nachgelauffen“*.¹⁶³⁹

¹⁶³⁹ StadtAL, Richterstube, Strafacten, Nr. 293, fol. 2r-2v. Auch ein Nachbar Adam Nuß berichtete ähnliches. Ebd., fol. 6v-7r: *„S. vmb 12 vhr wehre iemandt vor Grasemuckens hauß kommen vnndt geschriehen, schelm, dieb, huren sohn, darauff der eine außm hause gefraget was sie wolten, er geantwortet solten herrauß kommen, wehren darauff ihrer zwey oder drey herunter kommen, vnndt*

In den unterschiedlichen Zeugenaussagen lässt sich tendenziell erkennen, in welchem Verhältnis sie zu diesem Vorfall gestanden hatten. Erstens dienten die Aussagen einigen Zeugen dazu, hervorzuheben, dass *nur* diese zwei Gesellen auf die Provokation der Studenten eingegangen waren. Beispielsweise berichtete Jacobus Habicht, der ein Sohn des Stadtgeigers Christian Habicht war und zusammen mit zwei Gesellen gezecht hatte, wie folgt: *„Saget, die zwey studiosi wehren vor die thur kommen vndt in die steine gehauen vndt gesagt, ihr huren sohne darauff wehre Gorlitz, Werdeman vndt Christians der Organists sohn [Christianus Keritsch; H.S.] hinunter gangen, er [Jacobus Habicht; H.S.] aber wehre nicht hinunter vf die gaßen kommen, sondern nur auß den fenster zuegesehen“*.¹⁶⁴⁰ Der hier erwähnte Sohn des Organisten, Christianus Keritsch, sagte auch aus, sich nicht an dem Zusammenstoß mit den Studenten beteiligt zu haben: *„S. er wehre sein bruder Michel vmb 9 vhr mit den instrument kommen, wehre auch in der stuben gewesen benebenst ihn alß der tumult geschehen, aber er vnndt sein bruder wehren in tumult nicht vf die gaße kommen“*.¹⁶⁴¹ Eine ambivalente Aussage äußerte Christian Rauch, der auch bei Christoff Gresemuck zur Miete wohnte. Er berichtete zwar am 22. Januar 1619, genauso wie etwa Jacobus Habicht, von seiner Nichtteilnahme am Zusammenstoß: *„hette er zeuge es deoben im bette gehoret vnndt wehre zwar im hembde hin unter gelauff[en] aber nicht vf die gaßen kommen“*.¹⁶⁴² Dieser Aussage widersprach hingegen seine Ehefrau im Verhör: *„sie vnndt ihr man hetten den tumult gehoret, wehren auch hinnunter gangen, vndt ihr man hosen, strumpff vndt wammes angezogen, aber kein wehr zu sich genommen vnndt mit hinnauß gangen hatten an ihnen gehalten, hette auch sie an Gorlitz gehalten, aber sie*

hette der forderste ein blosen degen gehabt, vnndt wehren den studenten nachgefolget“.

¹⁶⁴⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 4r.

¹⁶⁴¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 6r.

¹⁶⁴² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 5r-5v.

*sich nicht wollen vfhaltten laßen, ihr man wehre hinnauß gangen vnndt hette sein rockgen angehebt“.*¹⁶⁴³ Ihre Aussage zielte darauf ab, einerseits ihren Interventionsversuch zu berichten und andererseits den Umstand hervorzuheben, dass Christian Rauch zwar dabei anwesend gewesen war, jedoch nicht in die tätliche Auseinandersetzung eingegriffen hatte.

Die zweite Tendenz der Reaktion von Anwesenden spiegelt sich in den Aussagen von denjenigen wider, die den provokativen Aktionen keine (oder nur wenige) Beachtung geschenkt bzw. nicht darauf reagiert hatten, obwohl sie diese wahrnehmen konnten. Interessant ist, dass diese Zeugen nicht zögerten, ihre wenigen Reaktionen auf das Geschehen vor Gericht auszusagen. Beispielsweise sagte Balthasar Kist aus: *„Er habe den tumult gehoret, wehr aber nicht vom bett vfgestanden, weil er es vor vexirerey gehalten“.*¹⁶⁴⁴ Die fast schon alltägliche Situation, dass Kämpfe oder Wortgefechte zwischen (jungen) Männer häufig entstanden, konnte weiterhin die Nachbarn desensibilisieren, was auch als Argumentation in der Zeugenaussage eine Rolle spielen konnte. So sagte Andreas Landreck aus: *„Er habe zwar den tumult gehoret wehre aber nicht auffgestanden, weil bey ihnen in ihrer gaße die tumult nicht seltzam, so hette er auch etwas mit gutem leuten getruncken gehabt, vnndt wehre alß im ersten schlaff gewesen“.*¹⁶⁴⁵ In ganz ähnlicher Weise berichtete Elias Geyer: *„Er habe nichts gesehen aber das gethummel gehoret, wehre nicht von seinem bette vfgestanden, den dergleichen tumult wehren in ihrer gaßen nicht seltzam“.*¹⁶⁴⁶

[Nr. 551] Die hier erkennbare geringe Beachtung des Anfangs eines Streits durch die (Ohren-)Zeugen findet sich auch in einem Fall von 1649, in dem einige Studenten und

¹⁶⁴³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 15r.

¹⁶⁴⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 14r.

¹⁶⁴⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 7v-8r.

¹⁶⁴⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 10v-11r.

schwedische Soldaten miteinander zusammenstießen.¹⁶⁴⁷ Die Anfangsszene stellte der erste Frageartikel wie folgt dar: *„Wahr, daß am 27 July dieses 1649. jahrs abents gegen neun vhr etzliche studenten auß dem Pauliner Collegio kommen, geschrien vndt gejuchset, auch mit den degen gescherffet“*.¹⁶⁴⁸ Alle elf verhörten Zeugen bestätigten diese Frage. Sie nahmen zweifellos das Geschrei, das Jauchzen und Wetzen wahr und wussten, dass diese Handlungen einen wichtigen Bestandteil des jugendlichen Gewalthandelns bildeten. Einige Zeugen zögerten deswegen nicht, ihre kaum vorhandene Reaktion auf diese Handlungen auszusagen. So sagte zudem Anna Barth aus: *„S: Sie habe zwar gehöret juchzen, schreyen vndt mit degen scherffen, habe aber nicht hinauß gesehen, wer es gewesen, oder wo sie herkommen, dann ihre fensterladen albereit zugemacht gewesen“*.¹⁶⁴⁹ Auch Anna Löschen antwortete: *„S: Sie habe das juchzen vndt schreyhen, auch in die steine scharffen wohl gehöret, achtet darvor das es studenten gewesen, habe aber nicht hinaus gesehen, ob sie aus dem Collegio kommen“*.¹⁶⁵⁰

Reaktionen der Anwesenden

Nicht nur unter denjenigen, die den Ausbruch bzw. die Eskalation eines Geschehens hörten, sondern auch unter den während des Übergriffes Anwesenden, konnte eine geringe Interventionsbereitschaft festgestellt werden, die unterschiedliche Formen annehmen konnte. [Nr. 563] Beispielhaft ist eine Schlägerei zu nennen, die am 18. August 1650 zwischen verschiedenen Kaufdienern in der Schenke „zum schwarzen Bock“ ausbrach. Der Diener Hans Bohnes, Stephan Agnis, und der Diener Wilhelms

¹⁶⁴⁷ Zu diesem Fall siehe auch Abschnitte 6.2.3. und 6.4.5. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁴⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 551, fol. 2r.

¹⁶⁴⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 551, fol. 7r.

¹⁶⁵⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 551, fol. 8v.

Tackens, David Lemcke, waren in einen Streit geraten, der aber beigelegt werden konnte. Kurz darauf war ein neuer Streit zwischen Stephan Agnis und dem Färber Christoff Michel ausgebrochen.¹⁶⁵¹ Michel habe Agnis gesagt: „*du hundtsfutt, schonete ich der [sic!] compagnie nicht, ich wollte dir ohrfeigen geben*“.¹⁶⁵² Diese Worte enthielten eine Provokation sowie eine Drohung und führten dadurch auf eine weitere Eskalationsstufe.¹⁶⁵³ Daraufhin sei der Schenkwirt Gottfried Hase laut der Aussage des Kaufdieners Andreas Flößels „*ins mittel getreten, vndt den ferber weg gestoßen*“.¹⁶⁵⁴ Der Streit verlagerte sich vor die Stube, und drei andere Kaufdiener („*Tackens, Opizens vndt Werners diener*“) gingen ebenso hinaus.¹⁶⁵⁵ Der Wirt wollte jedoch vermutlich nicht weiter intervenieren.¹⁶⁵⁶ Ein möglicher Grund dafür wäre, dass es ihm genüge, dass der laufende Streit sich aus seiner Stube auf die Straße verlagert hatte und somit der innere Frieden der Schenke bewahrt war. Ein anderer Grund lag vermutlich in seiner Furcht, dass die (weitere) Intervention den Konflikt verschärfen und ihn selbst darin verwickeln könnte.¹⁶⁵⁷ Dieses Verhalten des Wirtes ist m. E. als ein Verhalten zur Vermeidung des Eingreifens aufzufassen.¹⁶⁵⁸

Wie hier geschildert, waren einige Kaufdiener an der Schlägerei beteiligt. Weitere anwesende Kaufdiener verhielten sich hingegen anders.¹⁶⁵⁹ So berichtete ein

¹⁶⁵¹ Vermutlich wollte Michel Lemcke zur Seite stehen.

¹⁶⁵² Dies wurde von der Seite Stephan Agnis berichtet. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 563, hier fol. 7r, und siehe auch ebd., Aussage Andreas Flößels, fol. 6v; Ebd., Aussage Daniel Matthias', fol. 9v.

¹⁶⁵³ Siehe auch Abschnitt 6.4.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁵⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 563, fol. 6v.

¹⁶⁵⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 563, fol. 9r. Siehe beispielsweise auch ebd., Bericht Andreas Schutzes (Schulzes) (Diener Sebastian Ottens), fol. 13r.

¹⁶⁵⁶ Da er selbst über diesen Fall vor Gericht aussagen konnte, beobachtete er vermutlich das gesamte Geschehen, trotzdem berichtete er von seiner Intervention nichts. Siehe dazu StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 563, fol. 8v-9r.

¹⁶⁵⁷ Vgl. SCHWERHOFF (2006a), S. 366.

¹⁶⁵⁸ Dies lässt sich z. T. mit dem Hinweis von B. A. Tlusty über Augsburg untermauern: „Only 12 percent of the 115 cases of violence occurring in taverns identified in the sample on which this study is based involved the tavern keeper“; TLUSTY (2001), S. 161.

¹⁶⁵⁹ Im Folgenden stütze ich mich auf Ratsprotokolle vom August 1650, die als Extrakt in der Stra fakte Nr. 563 überliefert sind.

Kaufdiener Sebastian Ottens, Andreas Schutze (Schulze), dass „*er mitt seines herrn willen auff den ablaß gewesen am sontage, auch nach dem zum bier gegangen da hette Bohnens diener [Stephan Agnis; H.S.] mitt Moshauers [Andreas Flöbel; H.S.] sich gezancket, wüste aber nicht woher es kommen, sey auch nicht mehr da gewesen, wie die schlägerey fürgegangen habe auch nicht getantzet*“.¹⁶⁶⁰ Auch der dabei anwesende Kaufdiener Albrecht Schmähle berichtete seine Nichtteilnahme am Streit: „*alß er gesehen, das sie stänckerey angefangen hette er sein geldt gezahlet, vndt wehre davon gegangen*“.¹⁶⁶¹ Diese Aussagen deuten m. E. an, dass sich die aussagenden Kaufdiener einerseits nicht berührt fühlten. Aber auch, dass sie sich andererseits nicht notwendig in der Pflicht sahen, in den Streit und die darauffolgende Schlägerei einzugreifen, um diese zu unterbinden.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Tatsache, dass die Zeugen ihre geringe Interventionsbereitschaft auf den Konflikt- bzw. Kampfausbruch ohne Zögern aussagen konnten, zeigt, dass die im letzten Abschnitt behandelte Kontrolle in Form von Eingriffen in einen Kampf kaum selbstverständlich war. Es ist vielmehr festzuhalten, dass die Zeitgenossen einen Spielraum dafür besaßen, ihre Kontrollfähigkeit flexibel anzuwenden bzw. auszuüben.¹⁶⁶²

¹⁶⁶⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 563, fol. 4r-4v. Er berichtete allerdings vermutlich etwas falsches, weil kein anderer Zeuge aussagte, dass Stephan Agnis in einen Streit mit Andreas Flöbel geraten wäre. Andreas Schutze berichtete erneut am 28. Dezember 1650, dass die hier benannten zwei Kaufdiener in einen Streit mit dem Färber und anderen Kaufdiener gerieten. Er sagte auch aus: „*die schlägerey, wehre in hauffe, vor stube geschehen, dorauff wehre er daruon gangen*“. Sein Bericht findet sich in: Ebd., fol. 13r.

¹⁶⁶¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 563, fol. 4v.

¹⁶⁶² Ein entsprechender Hinweis findet sich in der Arbeit von HOFFMANN (1999). Diese zeigte schon am Augsburger Beispiel auf, dass die Zeitgenossen (hier die Nachbarschaften) auch aus eigenen Interessen als Akteure sozialer Kontrolle funktionierten.

6.5.3. Beteiligung der Ordnungskräfte

Städtische Ordnungskräfte wurden zum Zweck der Bekämpfung von Delinquenz und Verbrechen eingesetzt.¹⁶⁶³ Allerdings stellte bereits die Forschung zur frühneuzeitlichen Policey fest, dass die Ordnungskräfte von der Bevölkerung weitgehend als gewalttätig, nachlässig oder sogar unehrenhaft angesehen wurden und sie sich damit in einer gesellschaftlich prekären Situation befanden.¹⁶⁶⁴ Ihre prekäre Stellung trat insbesondere bei dem Einsatz von Waffen bzw. bei der Anwendung physischer Gewalt zutage.¹⁶⁶⁵ In Bezug auf soziale Kontrolle schilderte C. A. Hoffmann zudem einen Fall aus Augsburg, in dem ein Metzgermeister eine Magd angriff und einige Wächter, um ihr zu helfen, zwar den Delinquenten gewaltsam ergriffen, die herbeilaufenden Nachbarn sich aber gegen die Wächter wandten.¹⁶⁶⁶ Damit wies Hoffmann auf ein Spannungsverhältnis zwischen den Ordnungskräften einerseits und der Nachbarschaft bzw. der städtischen Gesellschaft andererseits wie folgt hin: „Die Wache als Instrument ‚staatlicher‘ Ordnungspolitik wird einerseits instrumentalisiert in ihrer originären Funktion als Schutzeinrichtung durch die angegriffene Magd, andererseits aber bekämpft als Unterdrückungsorgan, sobald den Augenzeugen des Vorgangs die Verhältnismäßigkeit von Tat und Sanktion nicht mehr gewährleistet erscheint“.¹⁶⁶⁷ Anschließend ist davon auszugehen, dass die

¹⁶⁶³ Siehe Abschnitt 2.1.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁶⁴ Zu nennen ist nicht zuletzt der Sammelband von HOLENSTEIN/ KONERSMANN/ PAUSER/ SÄLTER (2002b). Siehe insbesondere den programmatischen Überblick der Verfasser: HOLENSTEIN/ KONERSMANN/ PAUSER/ SÄLTER (2002a), v. a. S. 40-48.

¹⁶⁶⁵ Siehe HOLENSTEIN/ KONERSMANN/ PAUSER/ SÄLTER (2002a), hier S. 48f. Dies wurde schon am Beispiel Nürnbergs intensiv erörtert. BENDLAGE/ SCHUSTER (1995), hier S. 41f.; HENSELMEYER (2002a); BENDLAGE (2003), hier S. 138-163.

¹⁶⁶⁶ HOFFMANN (1999), S. 187f.

¹⁶⁶⁷ HOFFMANN (1999), S. 188. Anschließend ist auch auf den Hinweis von HENSELMEYER (2002b), S. 119 zu verweisen: „Nicht allein die Schwäche der Exekutive als vielmehr auch der Widerstand einzelner Bürger verhinderten die lineare Durchsetzung der obrigkeitlichen Ordnungsvorstellungen“.

Ordnungskräfte nicht immer dazu in der Lage waren, die Eskalation eines Streits zu verhindern oder diesen zu beenden.¹⁶⁶⁸ Diese prekäre Situation bei Einsätzen der Ordnungskräfte war umso deutlicher, wenn sie Jugendlichen (insbesondere den Studenten) gegenüberstanden, da diese beiden Personengruppen in einem Spannungsverhältnis standen.¹⁶⁶⁹

Einsatz gegen ruhestörende Handlungen

Ein Grund für prekäre Situationen lag vermutlich darin, dass die Schwärmerei der Jugendlichen (wie etwa Spaziergang, Jauchzen) einerseits zur Inszenierung ihrer Anwesenheit diene, diese Handlungen aber andererseits durch die Anwesenden häufig als Provokation oder Ruhestörung verstanden wurden.¹⁶⁷⁰

[Nr. 129] In der Nacht des 8. November 1602 seien, so der Stadtknecht Peter Feist,¹⁶⁷¹ „etzliche kerls, aus der Heynstraßen kommen, geiauchtzett, geschrieen, vnd gesungen“. Der Wachmeister, der bei Feist stand, habe, um die Ruhestörung abzumahnern und die mögliche Eskalation zu hemmen, den Burschen „zugeschrieen, sie soltens bleiben laßen, weil es vber die zeit were“.¹⁶⁷² Dabei begegnete der Stadtknecht Barthel Würtzenberger, der nicht an der Wache, sondern „vffm marckte bey dem hafferkarren“ stand, dem jungen Burschen, und „ein kerls mit dem bloßen rappir [habe] stracks vf ihn zugelauffen, nichts geredet, vnd ihn flugs den schaden an halb der lincken seiten zugefuget“. Trotz dieser Verletzung versuchte der Stadtknecht noch,

¹⁶⁶⁸ Siehe auch die Beispiele in Abschnitt 2.4. und in diesem Kapitel.

¹⁶⁶⁹ Siehe Abschnitt 2.4. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁷⁰ Der Spaziergang in der Nacht gehörte zur Freizeitkultur der (adligen) Studenten. Siehe dazu KRUG-RICHTER (2006); LIERMANN (2007), S. 44f. Vgl. auch Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen der lauten Aktion finden sich m. E. auch zwischen den Ordnungskräften und den Nachbarn. Dies werde ich in Abschnitt 6.6.2. behandeln.

¹⁶⁷¹ Er stand zur Wache am Rathaus.

¹⁶⁷² StadtAL, Richterstube, Strafacten, Nr. 129, fol. 2r.

dieses Geschehen zu kontrollieren, denn er „*hette sein rappir vndt flegel liegen laßen, vnd dargegen des kerls rappir vnd rhor bekommen*“.¹⁶⁷³ Der Täter und andere Burschen gingen, wie Peter Feist berichtete, „*die ecke hienümb nach der Catharinstraßen in Bastian Schielerts haus*“. Als einige Stadtknechte später „*wieder in Schielerts haus gängen, vnd wie die wache ihnen den wegk vorlauffen wollen, do hetten die kerls die thür zugemachtt, vnd mit steinen aus Schielerts hause geworffen*“.¹⁶⁷⁴

[GA, III, M, Nr.1] Dass der Einsatz bzw. die Handlungen der Ordnungskräfte gegen die Jugendlichen zu einem weiteren Zusammenstoß führten, lässt sich in einem Fall erkennen, in dem der Marktmeister Simon May am Abend des 10. April 1617 angegriffen und verletzt wurde. Ausgegangen war der Streit dadurch, dass „*in Pruel an der Katterstrassen ein edelman mit einem jung[en]*“ eine Hummel (oder eine Sackpfeife) spielte. Diesem mahnte der Marktmeister vom Lärmen mit den Worten ab, „*juncker macht feyerabendt es ist nun zeit*“. Darauf antwortete der Junker, „*ich thue niemandts nicht habe meine musica also vor mich, will aber baldt zu hause gehen*“.¹⁶⁷⁵

Den Hintergrund für diese Szene bildet eine Situation, die E. Liermann am Freiburger Beispiel dargelegt hat: „Auch das stolze, provokative Auftreten insbesondere der adeligen Studenten sorgte für die Konflikte. Diese waren häufig nicht bereit, die Autorität der Wächter anzuerkennen und verwiesen auf ihren privilegierten Status, der sich durch die Zugehörigkeit zur Universität quasi verdoppelte“.¹⁶⁷⁶

¹⁶⁷³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 129, Bericht Barthel Würtzenbergers, fol. 1r-1v. Diesem Geschehen entspricht vielleicht der folgende Bericht Peter Feists: „*nach diesem [Zuschreien des Wachmeisters; H.S.] were es eine weile stille gewesen, aber bald hernach ein getümmell worden, hette zeuge gehörett, das sein geselle Bartel den flegel aufs pflaster geworffen*“. Ebd., fol. 2r.

¹⁶⁷⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 129, fol. 2r-2v. Siehe auch ebd., Bericht Caspar Stanges, fol. 3r.

¹⁶⁷⁵ UAL, GA, III, M, Nr. 1, Bericht des Wachmeisters Michael Walther, fol. 2v-3r.

¹⁶⁷⁶ LIERMANN (2007), S. 45.

Nachdem der Marktmeister und die Wächter einmal an das Rathaus zurückgekommen waren, kam der Stundenrufer Veit Racken hinzu, um anzuzeigen, dass der Junge mit der Hummel sich in der Reichsstraße zu anderen gesellt, das Jauchzen angefangen, und einer von ihnen den Stundenrufer geschmäht habe.¹⁶⁷⁷ Darauffolgend eilten der Marktmeister und die Wächter in die Reichsstraße, konnten aber die Personen nicht finden. Schließlich hörten sie aber Geschrei und fanden den Junker und den Jungen mit der Hummel auf dem Nikolaikirchhof. Der Marktmeister versuchte hierbei, von dieser Ruhestörung abzumahnern, und nahm dafür den ‚wetzenartigen‘ Umgang mit der Waffe vor.¹⁶⁷⁸ Der Wachmeister befahl, um das Geschehen zu beenden: *„sie soltten den mit den hummelgen hinweg nehmen“*. Der Junker wollte jedoch diese Abmahnung nicht hinnehmen, sondern er schrie vor dem Hause Doktor Seidels auf dem Nikolaikirchhof um Hilfe. Danach kamen viele bewaffnete Burschen (oder Studenten) sofort aus dem Hause Seidels und dem Doktor Malsius‘ auf den Kirchhof. Diese ungefähr 20 Personen griffen die Wächter an, woraufhin der Marktmeister verletzt wurde, *„ob zwar Simon der Marckmeister gesagt, ihr junckern thut gemacht, thun wir euch doch nichts“*.¹⁶⁷⁹

Eingriff in einen Streit

Das letzte Beispiel hat bereits angedeutet, dass die Handlungen der Ordnungskräfte gegen die Jugendlichen nicht reibungslos abliefen. Dieser Umstand trat dann auf, wenn

¹⁶⁷⁷ UAL, GA, III, M, Nr. 1, fol. 6r-6v: *„alda wehre der mit den hummelgen vnndt noch einer gewesen, zu dem hetten sie sich gesellet vnndt zu iauchtzen angefang[en] vnndt als er zeuge die vhr außgeruffen, hette der eine gesaget da kompt der schelm, wir wollen ihn wohl lernen, vnndt da er dieß gehört, wehre er in die wache gangen, vnndt es angezeigt, das etliche in der Reichstraßen schrien vnnd einen tumult hett[en]“*.

¹⁶⁷⁸ UAL, GA, III, M, Nr. 1, Bericht des Wachmeisters Michael Walther, fol. 4r: *„darauff der Marckmeister Simon mit den spieß an die erden geschlagen vnndt gesaget, sie soltten gehen, oder er wolte ihnen füße machen“*. Siehe auch ebd., Bericht des Stundenrufers Veit Racken, fol. 6v-7r.

¹⁶⁷⁹ UAL, GA, III, M, Nr. 1, Bericht des Wachmeisters Michael Walther, fol. 4v.

sie während eines laufenden Streits geholt wurden und eingreifen mussten, um diesen Streit zu beenden oder gegebenenfalls die Täter festzunehmen. [Nr. 206] Nun ist auf den Fall vom 9. Februar 1611 zurückzukehren, in dem sich der Streit unter einigen Studenten durch den Versuch des Gastwirtes Johan Hippolt von der Schenke auf die Thomasgasse verlagerte.¹⁶⁸⁰ Trotz der mehrfachen Intervention des Wirtes lief der Streit zwischen Hans Sieber und dem späteren Opfer Antonius Hochgreffen weiter. Später kamen der Marktmeister Michael Frietzsche und einige Wächter in die Thomasgasse.¹⁶⁸¹ Dem Bericht des Marktmeisters zufolge nahmen zwei Wächter dem mitstreitenden oder anwesenden Studenten Bernhardt Kelbel das Rapier weg.¹⁶⁸²

Einer von den Wächtern habe weiterhin, wie beispielsweise die Köchin Michael Schweitzers, Magdalena Weinart, berichtete, „*vff die obgemelten beyde, so sich miteinander geschlagen, mit den flegel zugeschlagen*“.¹⁶⁸³ Dieser Angriff mit dem Flegel weckte die Aufmerksamkeit der Nachbarn. Die meisten Zeugen konnten zudem berichten, wie etwa „*das feuer aus dem pflaster gesprungen*“.¹⁶⁸⁴ Der Angriff erschien sogar einigen Nachbarn übermäßig. Der Goldschmied in der Thomasgasse, Hans Schmiedt, berichtete einen Beruhigungsversuch eines Nachbarn an die Wächter: „*hinauf hett einer, bey Herman Huttens, seines bedunckens, zum fenster heraus geschrieen, ihr herren thut gemacht, hinwieder einer, auch seines bedunckens, von der wache, gesaget, wan wir nicht weren, sie liegen, vbereinander vnd schlagen*

¹⁶⁸⁰ Siehe Abschnitt 6.5.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁸¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, Bericht des Marktmeisters, fol. 8r: „*das der stundenruffer zwuschen zehen vnd eilff vhr zu nacht, in die wache kommen, vnd angezeigt, sie werden einander, in Herman Huttens keller, gahr vmbringen vnd wurden itzo heraus kommen*“. Siehe auch ebd., Bericht des Stundenrufers Thomas Weber, fol. 10v: „*dorauf er nach der wache gelauffen, so auch zu hulfte kommen*“.

¹⁶⁸² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, fol. 8r: „*weil Kelbel ein blos rappier gehabt, vnd vf die andern geschlag[en], hetten Toffel Hentzschel vnd Zacharias Vollert, Kelbeln weggerissen, ihme das rappier ausn henden genommen, vndt diesem Marckmeister zugestalt, vnd Kelbeln eingefurt*“.

¹⁶⁸³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, fol. 9r.

¹⁶⁸⁴ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, hier z. B. Bericht des Gürtlers Bartel Röhmer, fol. 7r.

*einander wie die hunde“.*¹⁶⁸⁵ Ein anderer Grund für die Aufmerksamkeit der Nachbarn lag darin, dass einer von den betroffenen Jugendlichen, vermutlich der Sohn des Baumeisters, Hans Sieber, sich widersetzlich verhalten hatte. Hans Schmiedt berichtete zudem, auf seinen oben erwähnten Bericht folgend, ausführlich: *„nach diesem, hett einer geruffen, Sieber, er [Hans Schmiedt; H.S.] achtete vnd hielte dafur, er muste Siebers [des Baumeisters Veit Siebers; H.S.] sohn gewesen sein, das er zue wache gesagt, du schlegest mich, wie ein schelm, doruf die wache ferner in Thomas geslein zugeschlag[en], hett Sieber gesagt, führet mich zu meinem vater, Baumeister Veit Sieber, ist mein vater, ich bin besesser genungsam, ich will mich stellen“.*¹⁶⁸⁶ Schließlich nahmen die Wächter, außer den zwei (verdächtigen flüchtigen) Studenten,¹⁶⁸⁷ die dabei anwesenden Jugendlichen, *„alle, als Hans Sieber, Hochgreffe, Kelbel, vnd Ottenen Bottichern“* fest und brachten sie in die Wache.¹⁶⁸⁸

Das widersetzende Verhalten gegen die Ordnungskräfte findet sich auch bei Studenten. [GA, IV, Nr 22] Als ein Beispiel ist auf einen Fall vom Abend des 14. November 1641 zu verweisen, in dem zwei Bürger in einen Streit zwischen einigen Gesellen und Studenten eingriffen, sie aber von den Studenten verletzt wurden.¹⁶⁸⁹ Nach diesem Geschehen kamen der Marktmeister Valentin Hildtner und die Wächter, die von den zwei Bürgern gerufen worden waren,¹⁶⁹⁰ an die Schenke „zum Kranich“. Laut dem

¹⁶⁸⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, fol. 5v-6r. Ein Ähnliches berichtete auch der Drechsler Christoff Werman. Ebd., fol. 7v: *„Es hett auch ein nachtbar, obs Blancke oder Hutten gewesen, er wisse es eigentlich nicht, zum fenster heraus geschrien, was machet ihr, dorauf die wache geantwortet, was sollen wir machen, vnd hefftigk drauf zugeschmiessen“.*

¹⁶⁸⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, fol. 6r. Dabei wollte ein Stadtknecht das Rapier Hans Siebers beschlagnahmen. Ebd., hier Bericht Michael Schweitzers d. J., fol. 6r-6v: *„vber eine gute weile were die wache darzu kommen, hett ein stadtknecht gesagt, gebet das rappier von euch, hett einer gesagt, ich bin Baumeister Veit Siebers sohn, ich bin besessen, du hast mich geschlag[en], wie ein schelm“.* Zur Beschlagnahme einer Waffe siehe auch Abschnitt 4.4.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁸⁷ *„Starschedel vnd Pose weren die Peterstrasse hienauß gang[en]“.*

¹⁶⁸⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 206, Bericht Wolf Reichardts, fol. 4v.

¹⁶⁸⁹ Zu diesem Fall (v. a. zur Phase der Intervention) siehe Abschnitt 6.5.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁹⁰ Über diesen Einsatz erklärte der Marktmeister, dass er sich nicht auf seine eigene Entscheidung

Bericht des Marktmeisters, hätten bei der Besichtigung der Schenke die an der Schlägerei beteiligten Studenten „*herrauß [sic!] geschrien, sie schelm vnd diebe geheißen*“.¹⁶⁹¹ Sie wurden schließlich von den Wächtern ergriffen. Auch die meisten Nachbarn konnten dieses widersetzende Verhalten wahrnehmen und den 14. Frageartikel¹⁶⁹² bestätigen.¹⁶⁹³ In dem Versuch, die Behandlung durch die Wächter als unangemessen zu beschreiben, verneinten die betreffenden Studenten, Peter Müller und Johan Werner Krause, zwar nicht diesen Frageartikel, behaupteten aber anders als die Nachbarn vor dem Universitätsgericht, dass die Wächter die Tür der Schenke gewaltsam aufgebrochen hätten.¹⁶⁹⁴

Angemessenheit der Handlungen der Ordnungskräfte

Die Aufmerksamkeit der Nachbarn richtete sich nicht nur auf delinquente Jugendliche, sondern auch auf die Ordnungskräfte. In den Zeugenaussagen oder im gesamten Gerichtsverfahren konnte also die Verhältnismäßigkeit bzw. die Angemessenheit der

gestützt hatte, sondern auf eine Resolution bzw. Anweisung des Bürgermeisters. UAL, GA, IV, Nr. 22, fol. 6v: „*Berichttet, daß gestern nach 9. vhrn zwene bürger die wacht in Brühl begehret, er gesagt, was die vhrsach wehren, sie geantwortet daß 2. bürger biß auf den todts beschädigt, der Margmeister geantwortet weil es bey nacht wehre, so gehöre, es vor E. E. Rath[en] müste zuuor angezeigt werden. Darauf der thürknecht mit zum herrn Bürgermeister gangen, der Burgermeister die resolution gegeben, daß der Margmeister sehen solten, ob ehr dieser kerrl könnte mächtig werden*“.

¹⁶⁹¹ Dazu, dass die Studenten häufig den Ordnungskräften die Schmähworte entgegen warfen, siehe die Tabelle in Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁹² UAL, GA, IV, Nr. 22, fol. 17v: „*Wahr das alß die wache zum andern mahl kommen, etzliche studenten in hause zu Kranich zum fenster herausgeschrien, vnd die wache vor schelm vnd diebe gescholten. Worauf sie abgeholt worden*“.

¹⁶⁹³ UAL, GA, IV, Nr. 22, Antwort Christoff Stützlings, fol. 35r: „*S: Ja, die studenten im Kranich hetten heraus geschrieen, vndt gesungen, ach das doch der hagell nicht allen hescher die halse brucht*“; Ebd., Antwort Valentin Hercklitzs, fol. 36v: „*S: Ja das sey war, hetten auch ein liedlein gesungen, das der teuffell den heschern die halse brechen solte*“.

¹⁶⁹⁴ UAL, GA, IV, Nr. 22, Antwort Peter Müllers, fol. 25r: „*Er v[nd]. Krause hetten sich zu bette gelegen, do hetten die hescher M Rysteln vorn Schwan bekommen, do hette er Muller v[nd]. Krause zu fenster hinaus geschrien vndt vff der heschern gesagt, ihr schelmen ihr dieben, darauf hetten schmidt vnd sein geselle gesagt, d[as] die rechten wehren, do hetten die hescher d[as] haus aufgebrochen vnd sie mittgenommen*“; Ebd., Antwort Johan Werner Krauses, fol. 27r: „*als die hescher zu andern mahl wieder kamen vndt mit M Rysteln zu thun gehabt, hetten sie naus geschrien ihr hescher ihr diebe, &: do wehren die hescher nein gebrochen v[nd]. ihn vndt Mullern mitgenommen*“.

Handlungen der Ordnungskräfte thematisiert werden, wobei sich unterschiedliche oder widersprüchliche Aussagen zwischen den Ordnungskräften und den Nachbarn finden.¹⁶⁹⁵ [Nr. 311] Als ein Beispiel ist wiederum auf den bereits vorgestellten Fall zurückzukehren, bei dem der Notar Johann Klipstein am Abend des 23. April 1620 von den städtischen Wächtern angegriffen und verletzt wurde.¹⁶⁹⁶ Der Hintergrund für diesen Angriff war, dass die Wächter den jungen Burschen Klipsteins vom Markt an das Haus Klipsteins am Barfußerkirchhof nachgesetzt hatten. Wie schon erwähnt, berichteten die Wächter und die Nachbarn (meistens des Barfußerkirchhofs) diesen Fall unterschiedlich.¹⁶⁹⁷ Der Schwerpunkt der Wächterberichte lag erstens darin, dass die jungen Burschen laute und provokative Handlungen (wie etwa Jauchzen, Wetzen) angerichtet haben sollten. So berichtete z. B. der Wachmeister Hans Richter: *„Klipsteins edelleuthe vnndt iungenn wehrenn nach zehenn vhr die Catherstraße her auffkommen, vnndt nicht allein vber den markt her geiuchtzet vnndt geschriehenn, sondern auch als sie ins Barfußer gäßleinn kommenn, mit dem degenn inn die steine gehawenn, vnndt es ziemblich grob gemacht“*.¹⁶⁹⁸ Der zweite Punkt war, dass Johann Klipstein von jemandem angestoßen und verletzt worden sein sollte, als er ins Haus kriechen wollte. Die meisten Wächter berichteten die Verletzung nicht ausführlich. Eine Ausnahme stellte die Aussage des Marktmeisters Valtin Weimar¹⁶⁹⁹ dar:

„habe er sich hientzuer genahet vnndt gesehenn, das der wirth (Hans Klipsteinn)

¹⁶⁹⁵ Die widersprüchlichen Aussagen vor Gericht werde ich in Abschnitt 6.6.2. näher diskutieren.

¹⁶⁹⁶ Siehe Abschnitt 6.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁹⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 10v: *„Die aus der nachbarschafft aber habenn etwas anders gemeldet vnndt berichtet in specie“*.

¹⁶⁹⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 4r. Ein entsprechender Bericht findet sich in: Ebd., Aussage Michael Meißners, fol. 6r-6v.

¹⁶⁹⁹ Laut seiner Aussage sei er anfangs *„nicht bey der schlägerey vffm Baarfußer kirchhoffe geweßenn, sondernn wehre nebens Hanßenn Hawschiltenn, Julio Gierschnern vnndt Michael Meisnern bey Wolffenn Pennicks fleischers hauße stehenn bliebenn“*. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 8v.

*geschlagenn, das blut am steine geklebet, vnndt er vom pflaster auffgehobenn
geweißenn, derhalbenn er seine gefertenn angemahnet vnndt gesaget, kombt last vns
gehenn, vnndt ob wohl der eine knecht mit dem spieße nach der haußthur gestoßenn,
hette er ihn [den Knecht; H.S.] doch daruonn abgehalten vnndt bedrauet, er solte
nachlaßenn, oder er wolte ihn selbst hinter den nacken schlagen“.*¹⁷⁰⁰

Die Berichte der Wächter zielten aber insgesamt darauf ab, dass gerade die provokativen und lauten Handlungen der Burschen die Wächter dazu veranlasst haben sollten, an das Haus ihres Herren (also Klipsteins) zu stürmen und dieses anzugreifen.

Auch die Nachbarn konnten von den Handlungen der Burschen erzählen.

Beispielsweise lautete der Bericht des Schneiders Christoff Vieheweg:

*„Klipsteins bursche wehenn vffn kirchhoff kommenn, hettenn die iungenn
geiauchtzet, vnndt etliche inn die laute gesungenn, do sie aber gar ans hauß
kommenn, hettenn sie einen kreiß geschloßenn, einn ständtlein machenn wollenn,
vnndt als der eine mit einem degenn auch einen kreiß vff denn steinenn gemacht,
wehre ihme derselbe entzwey gesprungenn“.*¹⁷⁰¹

Dieser Zeuge berichtete allerdings auch von Gewalttätigkeiten der Wächter am Haus Klipsteins sowie gegenüber Klipstein:

*„da seienn etliche vonn der wache beym röhkastenn her geschlichenn kommenn,
welches do es die bursche innenn wordenn, wehenn sie zuer thuer neinn
gelauffenn, vnndt hettenn solche zuegeschlagenn, die wache aber hette zwey oder
drey mahl mit denn flegellnn loßgeschlagenn, vnndt zweifelsohne Klipsteinen
getroffenn, item zwey mahl mit denn flegellnn ann die haußthur gerant, vnndt
solche vffm lauffenn wollen, vnter daß sey die andere wache auch kommen, vnndt*

¹⁷⁰⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 311, fol. 8v-9r.

¹⁷⁰¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 311, hier fol. 14r.

*hettenn geschrienn, schlage immer auff die schelmenn zue, [...] hette einer gesaget, es ist gnung, kan laß vns nunn gehen, im weggehenn hab einer gesagt, er hatte eine blatte, vnndt bekam ein guetes drauff, der andere gesprochenn, o er ist noch iung, kans wohl vberwindenn“.*¹⁷⁰²

Diese Zeugenaussage deutet eine schwierige Situation bei den Handlungen der Wächter gegen die Jugendlichen an.¹⁷⁰³ Die meisten Nachbarn brachten in diesem Fall folglich die schmähenden und provokativen Handlungen sowie die tätlichen Angriffe seitens Wächter zutage.¹⁷⁰⁴ Exemplarisch berichtete Margretha Penig, dass „*Klipsteinn [...] gar instendig vnndt vleißigk zwey oder drey mahl gebethenn [hätte], sie die wache soltenn ihn doch vngeschlagenn vnndt gehenn laßenn, er wehre einn nacht vnndt ein burger, thete niemandt nichts, sondern stunde vor seiner thur“*. Sie beschrieb ferner die Angriffe durch die Wächter negativ. Nämlich hätten die Wächter trotzdem „*sich nichts darann gekehrett, sondern immer dapffer drauff geschlagenn, auch ann die haußthur gestoßenn“*.¹⁷⁰⁵ Die Zeugin betonte auch die Schmähung gegen Klipstein: „*hette einer vnter der wache gesaget, Gots Sacrament, ich gab ihme einn guetes vff die kahle blatte, er wirdts wohl fühlenn, der andere aber gleichfals vonn der wache hette zuerucke geruffenn, du schelm, du dieb, wann wier dich wieder bekommenn, wollenn wier dier noch beßer gebenn“*.¹⁷⁰⁶

Aufgrund der unterschiedlichen und widersprüchlichen Aussagen mussten die

¹⁷⁰² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, hier fol. 14r-15r. Auch der Leinweber Jacob Lindener berichtete diese Szenen. Ebd., hier fol. 11r-11v.

¹⁷⁰³ Dies erörterte B. Krug-Richter schon am Beispiel Freiburgs. KRUG-RICHTER (2004b), S. 35: „Nicht immer allerdings waren es Studenten, die Eskalationen provozierten. Zumindest gelegentlich verhielten sich auch die Wächter nicht den obrigkeitlichen Anordnungen gemäß, waren angetrunken oder reagierten nicht mit der immer wieder angemahnten Ruhe auf die studentischen Provokationen“.

¹⁷⁰⁴ Ein sehr ähnliches Beispiel findet sich im September 1590 in Freiburg im Breisgau. Siehe dazu KRUG-RICHTER (2004b), S. 35f.

¹⁷⁰⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 15v-16r.

¹⁷⁰⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 16r.

artikulierten Befragungen durchgeführt werden. Dabei wurden insgesamt neun Zeugen¹⁷⁰⁷ und zwei verdächtige Wächter¹⁷⁰⁸ mit 46 Frageartikeln vernommen. Auch in diesen Verhören kamen die nicht übereinstimmenden Schilderungen zwischen den Zeugen und den Wächtern zutage. Über den Anfang oder die Ursache des Tumultes zwischen den Wächtern und den Burschen antwortete der Wächter Julius Girsche auf den vierten Frageartikel¹⁷⁰⁹ wie folgt: „*S. wiße sonst von keiner andern vrsache, vndt Klipsteins bursche hette sie vor schelmen gescholten*“.¹⁷¹⁰ Der Zeuge, Christoff Vieheweg, sagte zwar ähnlich aus, womit er seinen vorherigen Bericht wiederholte: „*S. es hette die bursche vor Klipsteins thuer einen ring geschlossen, vndt der eine mit der tägen in die steine geschrepffet, in den wehre die wache gelgen darzu kommen, vndt loß geschlagen auch mit schelmen vndt dieben vmb sich geworffen*“.¹⁷¹¹ Obwohl auch die meisten anderen Zeugen diesen Lärm und die provokativen Handlungen wahrgenommen hatten, assoziierten sie diese Handlungen nicht ausdrücklich mit Provokationen gegen die Wächter bzw. mit der Ursache des Tumultes.¹⁷¹²

Die Antworten der Zeugen richteten sich, ähnlich wie die oben erwähnten Berichte, darauf, das Verhalten der Wächter als negativ zu bezeichnen. In Bezug auf den Angriff auf Klipstein bestätigten die meisten Zeugen den zehnten Frageartikel.¹⁷¹³ Diesen

¹⁷⁰⁷ Zwei Zeugen darunter, Johan Förster und Caspar Helßigk, wurden vor dem Universitätsgericht vernommen.

¹⁷⁰⁸ Der Wächter Julius Girsche und der Stadtknecht Hans Roll.

¹⁷⁰⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 20r: „*Ob nicht wahr, das die wache keine andere vrsache dartzue gehabt, als das Johann Klipsteins bursche inn heimb gehenn, etwas geiauchtzet vndt inn die laute gesungenn?*“

¹⁷¹⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 70v.

¹⁷¹¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 52r.

¹⁷¹² StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, Antwort Jacob Lindeners auf den zweiten Frageartikel, fol. 47v: „*S. denn anfang dieses tumults wiße er nicht, dan er solches nicht gesehen, sondern nur horen Runda, Runda, singen, vndt wehre vor Klipsteins hauße geschehen*“; Ebd., Antwort Caspar Helßigks auf den dritten Frageartikel, fol. 65r: „*Sagtt so viel er gesehen, konte er nicht anders sagen, den niemandt vnter ihnen die wache provociret*“.

¹⁷¹³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 21r: „*Ob nicht die ieniegenn vonn der wache, so bey der kirchenn herkommenn, vff Klipsteinenn, da sie ihn einn eckleinn vonn seinem hauße angetroffenn mit denn flegeln zuegeschlagenn?*“

Artikel verneinten die zwei Verdächtigen nicht nur, sondern sie versuchten weiterhin, sich die Schuld gegenseitig aufzubürden. Die Antwort Julius Girsches lautete: „*Sein mitgeselle Hanß Rolle hette vff Klipsteinen, alß er nach seinen hauße gegangen mit dem flegel ins genicke geschlagen, daß ihn das blut vorn kopff gelauffen, vndt er daruon in die ahnzucht zue boden gefallen wehre*“;¹⁷¹⁴ und die Antwort Hans Rolles lautete: „*Sagt, er habe seinen flegel nie nicht loß gemacht, vielweniger auf Klipsteinen zugeschlagen, Julius Girsche aber hette etzliche mahl an die haußthur geschmißen, er vor seine person wehre bey meister Hansen den wachmeister gewesen, er vnndt der wachmeister hetten ihn auffgehoben*“.¹⁷¹⁵

Die Frage, ob die Wächter das Friedensbitten Klipsteins nicht erhört, sondern ihn angegriffen hätten, diente dazu, die schlechten Handlungen der Wächter zu verdeutlichen. Den dieser Frage entsprechenden Frageartikel¹⁷¹⁶ bestätigten insgesamt acht Zeugen. Auch die Angriffe der Wächter am Haus Klipsteins¹⁷¹⁷ sowie das Fluchen, Schmähen und die Herausforderung des Notars durch die städtischen Ordnungskräfte¹⁷¹⁸ bejahten die meisten Zeugen.

Auch hierbei lässt sich der Versuch des Verdächtigen erkennen, seine Schuld zu vermindern. Der Stadtknecht Hans Roll sagte also nicht aus, dass die Wächter *einseitig* die Burschen im Haus Klipsteins geschmäht hätten, sondern er betonte, dass sie *auch*

¹⁷¹⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 70v-71r.

¹⁷¹⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 73v-74r.

¹⁷¹⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, der 15. Frageartikel, fol. 22r: „*Ob nicht wahr; das die wache deßenn vngeachtet grewlich gefluchett, die Sacramenta heuffig raus geschuttett, vnndt vff Klipsteinn vor seinen eigenen haußthur mit denn flegellnn gantz vnarmhertzigk zuegeschlagenn*“.

¹⁷¹⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, der 22. Frageartikel, fol. 23v: „*Ob nicht wahr; das die wache mitt denn flegellnn etliche mahl grawsambich ann Klipsteins haus vnndt thur geschlagen?*“

¹⁷¹⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, der 24. Frageartikel, fol. 23v-24r: „*Ob nicht die wache grewlich vnndt abschewlich gefluchett, auch mitt hundert taußent sacramentenn vmb sich geworffenn?*“; Ebd., der 25. Frageartikel, fol. 24r: „*Ob nicht berurte wache alle die ieniegenn, so damalls inn Klipsteins hauße geweßenn, etliche mahl vor schelmenn vnndt diebe gescholten?*“; Ebd., der 26. Frageartikel, fol. 24r: „*Ob nicht die wache sie heraus gefordert vnndt gesaget, kombt heraus ihr schelmenn vnndt diebe, das euch gots hundert taußent sacrament fuhre?*“

von Burschen beschimpft wurden.¹⁷¹⁹ Und die Schuld an der Herausforderung wollte Hans Roll dem Wächter Julius Girsche aufbürden.¹⁷²⁰

Die folgenden Frageartikel sind m. E. für das Herausstellen der Schuld der Wächter entscheidend. Sie können gleichzeitig auch die oben erwähnte schlechte Beschreibung der Wächter vonseiten der Nachbarn verfestigen: [der 37. Frageartikel] *„Ob nicht zeuge eigentlich glaube, wiße vnndt bekennen muß, das Klipsteinn die schädenn vnndt stöße von dem einen hauffenn aus der wache bekommenn, welcher bey der Baarfußer kirchenn nebenn dem röhrkastenn herkommenn?“*; [der 38. Frageartikel] *„Ob zeuge mit wahrheit sagenn könne, das Klipstein derselbiegen wache einiege vrsache dartzue gebenn?“*.¹⁷²¹ Angesichts der Antwort auf die schon gezeigten Fragen ist es nicht verwunderlich, dass die meisten Zeugen diese Fragen bestätigen.¹⁷²²

Die schlechte Beschreibung der Wächter durch Anwohner, die gerade in diesen zwei Fragen und den Antworten darauf verdeutlicht wurde, untermauert ferner der folgende 39. Frageartikel, der sich auf den Leumund des Opfers bezieht: *„Ob nicht Johann Klipsteinn gar einn frommer, stiller vnndt ehrlicher man sey, der sich mit niemandt zue zancken pflege?“*.¹⁷²³ Die verhörten Nachbarn bejahten diese Frage.¹⁷²⁴ Das Zeugnis des guten Leumunds des Opfers¹⁷²⁵ diente umgekehrt dazu zu zeigen, dass die Schuld dieses Vorfalls keineswegs Klipstein zuzuschreiben war.

¹⁷¹⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, Antwort auf den 25. Frageartikel, fol. 76r: *„Klipsteins bursche vndt die wache hetten beyderseits mit schelmen v[nd]. dieben vmb sich geworffen“*.

¹⁷²⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, Antwort auf den 26. Frageartikel, fol. 76r: *„Julius Girsche hette die bursche herauß gefoderdt, vndt sie gescholten, wie auch andere mehr welche er zwar nicht nennen konte“*.

¹⁷²¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 26v.

¹⁷²² Auch der verdächtige Stadtknecht Hans Roll selbst bestätigte diese Fragen. Der Wächter Julius Girsch versuchte allerdings, den Burschen die Schuld zuzuschreiben. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, Antwort auf den 38. Frageartikel, fol. 73r: *„S. Johan Klipstein habe ihm vor seine person keine uhrsach gegeben, die bursche aber, hette sich an der wache vergriffen“*.

¹⁷²³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 311, fol. 26v-27r.

¹⁷²⁴ Insgesamt acht Zeugen.

¹⁷²⁵ Vgl. auch HOFFMANN (1999), S. 199.

Im Hinblick auf diesen Fall lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die lauten Handlungen der jungen Burschen bildeten zweifellos den Anfang des Tumultes. Beim Gerichtsverfahren hoben die Wächter ihre Wahrnehmung dieser Handlungen als ‚provokativ‘ hervor. Somit versuchten die Wächter, ihre Handlungen als legitime Kontrolle gegenüber den Burschen (und auch Johann Klipstein) zu rechtfertigen.¹⁷²⁶ Die vernommenen Nachbarn beschrieben hingegen die Handlungen der Burschen nicht derartig negativ, wie die Wächter. Vielmehr brachten sie die ‚übermäßigen‘ Handlungen der Wächter gegen die Burschen und Klipstein vor. Durch diese Aussagen der Nachbarn konnte dem Versuch der Wächter, die jungen Burschen und deren ‚provokativen‘ Handlungen als deviant zu etikettieren und somit ihre Handlungen gegenüber den Burschen zu rechtfertigen, ein anderes Narrativ entgegengesetzt werden. Folglich richtete sich die soziale Kontrolle der Nachbarn in diesem Fall nicht gegen die jungen Burschen (oder ihren Herren), sondern eher gegen die Wächter.

Zusammenfassung

Wie die vorgestellten Beispiele zeigen, war der Versuch, die Wachen zur Hilfe zu rufen, ein gängiges Mittel dafür, ein abweichendes Verhalten oder einen laufenden Streit zu beenden.¹⁷²⁷ Jedoch stellte der Einsatz der Wächter sowohl bei Handlungen gegen Ruhestörungen, als auch bei Eingriffen in einen Streit sowie bei dem Ergreifen der Streitenden nicht immer den Schlusspunkt des betreffenden Verhaltens der Jugendlichen dar. Vielmehr trat das Spannungsverhältnis zwischen Ordnungskräften

¹⁷²⁶ Dieses Deutungsmuster der Gewaltanwendung erörtere HENSELMEYER (2002a) am Beispiel des spätmittelalterlichen Nürnbergs. Eine vergleichbare Bemerkung findet sich in BENDLAGE (2003), hier S. 159-163. Vgl. auch HOLENSTEIN/ KONERSMANN/ PAUSER/ SÄLTER (2002), hier S. 48f.

¹⁷²⁷ Vgl. auch WITTKE (2002a), S. 312.

und Jugendlichen in Form von widersetzlichem bzw. provokativem Verhalten gegen die Ordnungskräfte zutage. Der Hintergrund dafür war, wie gesagt, dass junge Männer (insbesondere Studenten) die Autorität der Ordnungskräfte nicht anerkennen wollten und sie sich auf ihren privilegierten Status stützten. Folglich konnten die Ordnungskräfte, die eigentlich als Kontrollmittel gegen abweichende bzw. gewalttätige Taten gedacht waren, zu weiteren abweichenden Taten Anlass geben.

6.6. Narrative über jugendliche Gewalttaten

Ein konkretes Gewalthandeln verlief in prozessualen Eskalationsstufen. Folglich kann zwischen Täter und Opfer „oft nur ex post unterschieden werden, nämlich vom eher zufälligen Ergebnis her, wer am Ende verwundet oder gar tot auf der Walstatt bleibt“.¹⁷²⁸ Dieser unscharfe Unterschied mochte m. E. einem Beschuldigten eine Möglichkeit dazu bieten, seinen Kontrahenten negativ zu beschreiben und seine eigene Schuld zu vermindern.¹⁷²⁹ Dieser Zusammenhang zwischen Tathergang und dessen Schilderung wird von M. Cottier als Narrative über ehrbezogene Gewalt wie folgt beschrieben: „Die narrative Wiedergabe der Gewalt in den Verhören folgt also ebenfalls der Logik der Ehre. Die Handlungen des Erzählers nehmen keinen privilegierten Platz ein, sondern sind immer nur insofern bedeutend, als sie in einer kausalen Wechselwirkung mit den Handlungen des Gegenübers stehen. Die Erzähler beschreiben daher ausführlich Handlungen, Gesten und Worte, weil diese für alle Anwesenden wahrnehmbar sind“.¹⁷³⁰

¹⁷²⁸ SCHWERHOFF (2006b), S. 66. Siehe auch GRIESEBNER (2000), S. 178; SCHWERHOFF (2004b), S. 229; SCHUSTER (2016), S. 261.

¹⁷²⁹ Siehe auch Abschnitt 6.2. der vorliegenden Arbeit.

¹⁷³⁰ COTTIER (2017), S. 107. Siehe auch ebd., S. 109f.

6.6.1. Ehrenbezogene Erzählung

Dass das Erzählen über Gewalthandeln in den Verhören sich auf Ehre bezog, traf insbesondere auf Jugendliche zu, da sie einen besonderen Anspruch auf Ehre hatten. Damit ist hier davon auszugehen, dass die Beschreibung der ehrenrührigen Handlungen des Gegenübers den Kern der Erzählung der delinquenten Jugendlichen bildete, um ihre Schuld zu schmälern oder sogar abzulehnen. [Nr. 168] Hier ist wiederum auf den bereits behandelten Fall aus dem Jahr 1608 einzugehen, in dem der Leipziger Riemergeselle Hans Plancke den auswärtigen Gesellen Christoff Herla nach mehrmaligen Wortwechseln tötete. Der Punkt der gerichtlichen Aussage Planckes ist, dass das Opfer Herla ihn Plancke nicht nur am Anfang des Wortgefechts in der Schenke beschimpft und zu einem tätlichen Kampf herausgefordert hatte,¹⁷³¹ sondern auch im Hause seines Meisters.¹⁷³² Da dies alles unter der Anwesenheit der anderen Handwerkern und dessen Familienmitgliedern geschah, musste der Beschuldigte zusammen mit dem Opfer hinaus gehen, um die Herausforderung aufzunehmen¹⁷³³ und dadurch seine Ehre nicht zu verlieren. Die hier gezeigte negative Schilderung des Opfers entsprach den gerichtlichen Aussagen der meisten Zeugen. Dieser ‚Zusammenklang‘ der negativen Beschreibung des Opfers spiegelte sich auch in den Suppliken des sozialen Umfelds des Beschuldigten wider, und diente schließlich dazu,

¹⁷³¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 2v: „*er der endleibette wieder zue ihme gesaget, wir wollen nicht viel geschrey machen, hole dein rappir, ich wil meins auch holen*“.

¹⁷³² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 2v-3r: „*der endleibette fur die thur kemen, ihn noch einmal heraus gefodert mit diesen worten, wen er beßer den ein schelm vnd dieb were solte er kommen vnd sich sein wehren: vnd wen er nicht kommen wolte er ihn nicht fur einen ehrlichen gesellen helten*“. Siehe ausführlich Abschnitt 6.3.3. der vorliegenden Arbeit.

¹⁷³³ Auch unterwegs habe das Opfer den Beschuldigten herausgefordert und danach sei der Beschuldigte vielleicht schon bereit, einen Kampf mit der Waffe anzufangen. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 168, fol. 3r: „*vntter wegen nochmalß mit ehrenrurigen wortten gefodert: vnd alß sie auffn platz kemen er in gefraget, was er nun haben wolte hieb oder stich, douff er der endleibete geantwortet, ich begere keinen hieb sondern stich vnd begere mit dir auff leib vnd leben, darauff derselbe seine were außgezogen*“.

die Schuld Planckes zu mindern.¹⁷³⁴

[Nr. 293] Eine ähnliche Erzählung findet sich in einem Fall zwischen zwei Gesellen und zwei Studenten am Abend des 21. Januar 1619. Sigmund Görlitz, einer der beiden beschuldigten Gesellen, betonte beim gerichtlichen Verhör vom 22. Januar, dass die Schmähung von den Studenten ausgegangen sei: *„die studenten wehren vors hauß kommen vnndt hetten geschrien, schelm, dieb, huren sohn“*. Er habe darauf schnell reagiert und *„herauß geruffen, wem sie meinten“*. Die Studenten hätten ihn Görlitz gemeint, daher lief er zusammen mit dem anderen Gesellen Franco Werdeman aus dem Hause.¹⁷³⁵ Görlitz rechtfertigte vor Gericht diese Reaktion und darauf folgende tätliche Angriffe gegen die Studenten als eine ‚Pflicht‘ der Verteidigung: *„hett er sich seiner ehren halber, vnndt weil er sonst in gefahr gewesen defendiren mußen“*.¹⁷³⁶ Diese negative Schilderung der Studenten entsprach den gerichtlichen Aussagen vieler Zeugen. Es handelte sich also beim Gerichtsverfahren und bei den Suppliken der Beschuldigten hauptsächlich um den Notwehrversuch der beschuldigten Gesellen.¹⁷³⁷

6.6.2. Widersprüchliche Aussagen

Ich gehe davon aus, dass Unterschiede und Widersprüche, die in diesen Aussagen zutage treten, als Diskrepanz zwischen dem schuldmildernden Rechtfertigungsversuch des Beschuldigten einerseits und einem Zuschreibungsversuch durch Opfer oder Zeugen andererseits zu verstehen sind.

¹⁷³⁴ Zur milderen Bestrafung des Beschuldigten siehe Abschnitt 5.5.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁷³⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 11v-12r.

¹⁷³⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 293, fol. 12v.

¹⁷³⁷ Siehe auch Abschnitt 5.4.2. der vorliegenden Arbeit.

Rechtfertigungsversuch des Beschuldigten

[Nr. 235] Widersprüchliche Aussagen finden sich exemplarisch bei dem Studentenjungen Georg Rudel, der wegen der mehrmaligen Freveltaten von 1612 und 1613 beschuldigt wurde. Der Gärtner Andreas Wendeler aus Wahren berichtete aber erst am 25. Januar 1613 einen Zusammenstoß, der schon im „vorgangen sommer“ zwischen ihm einerseits und Georg Rudel und seinen Mitgesellen andererseits geschehen war. Dann wurden die Frevel- und Gewalttaten von Rudel und der Abmahnungsversuch von Wendeler ausdrücklich geschildert:

*„Geörge Rudel heuer vorgangen sommer kurtz vor der ernde draussen vorm Rannischen thore mit noch zweyen iungen gewesen, het Rudel allerley mutwillen getrieben, das wasser abgeschlagen, vnd ein ander hin vnd wieder gestossen, vnd als sich er Andreas Wendeler vmbgesehen, hetten Rudel vnd seine gesellen, ihn Wendeler ein bernheutter gescholten, darauf er Wendeler zu Rudeln gesagt, du schöner kerls, wan du nicht eine wehre anhettest, vnd daruon gangen, baldt aber darauf hett Rudel einen ziegelstein gehabt, vnd ihn Wendelern vnuorsehens damit ein loch in kopff geworffen, die wehre ausgezogen, vndt nach ihn gehauen, aber ihn nicht beschediget“.*¹⁷³⁸

Rudel verneinte zwar seine Angriffe mit Steinen und Rapier an Wendeler nicht, er hob jedoch mit seinem Geständnis die Schmähungen von Wendeler hervor, um seine Angriffe als eine notwendige Erwiderung auf Wendeler zu rechtfertigen:

„er neben Kreutzens vnd Einsiedels iungen, so wegk gezogen, in Rosenthal gewesen, vndt gezecht, von dannen weren sie herein gangen, vnd als sie herein kommen, hetten die andern zwene iungen geiauchzet, darauf er Rudel gesagt, sie

¹⁷³⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 235, fol. 11r.

*solten nicht schreyen, die gedachten iungen aber hetten ihn Rudeln hin vnd her gestossen, vnd gesagt, was es ihn anginge, dorauff Andreas Wendeler zu ihnen gesagt, ihr seidt gewaltige hundtsfutter, wan ihr nicht wehren anhettet, hinwieder er Rudel gesagt, was es ihn Andreas Wendelern anginge, wan sie gleich wehren anhetten, vnd als sich Wendeler wieder vnnutze gemacht, vndt sie hundtesfutter geheissen, sie solten hingehen, hett Rudel einen stein vffgehoben vnd Wendelern damit ein loch in kopff geworffen, dorauff Wendeler, ihn Rudeln vnd seine gesellen, vor schelme vnd diebe gescholtten, hett er Rudel sein rappier genommen, doch, vnausgezogen, nach Wendelern geschlagen, vndt ihn vffn arm getroffen“.*¹⁷³⁹

Diese widersprüchlichen Aussagen der zwei Akteure wurden aber im laufenden Gerichtsverfahren ab Januar 1613 nicht gravierend behandelt. Ein Grund lag vermutlich darin, dass Andreas Wendeler laut des Geständnisses Rudels Rudel nicht angeklagt habe, weil „*er Rudel dem barbirer meister Lorentzen einen Reichstaler artzlohn geben, sich mit Wendeler vortragen*“ habe.¹⁷⁴⁰ Zumindest ist festzuhalten, dass der junge Täter versuchte, seine Angriffe als eine notwendige Erwiderung auf die Schmähung zu rechtfertigen und somit seine Schuld zu vermindern oder sogar abzulehnen.

Widersprüchliche Aussagen und Gerichtsverfahren

Widersprüchliche Aussagen waren noch wichtiger, wenn es sich im Gerichtsprozess hauptsächlich um die Fragen handelte, ob diese Art von Handlungen (wie etwa Beleidigung bzw. Herausforderung) tatsächlich geschehen war bzw. wer solche Handlungen begonnen hatte. [Nr. 21] Als ein passendes Beispiel ist ein Streit zu

¹⁷³⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 235, fol. 11v-12r.

¹⁷⁴⁰ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 235, fol. 12r.

nennen, der am Abend des 25. März 1585 zwischen dem Zimmermannsgesellen Hans Kehrbach und dem 18-jährigen Zimmermannslehrling Hans Kopper (der spätere Täter) in einer Schenke in Großschocher entstanden war. Am 29. März berichtete ihr Gefährte, Valten Kuche, als Augenzeuge Folgendes vor Gericht: Als Hans Kerbach einen Groschen leihen wollte, habe Kopper zu Kerbach gesagt, *„er solte dem bracher nichts leihen“*. Es kam deswegen zu einem Wortgefecht, und Hans Kopper habe *„Hansen Kehrbach zu zweyen vnderschedenen mahlen hinausgefordert vnd ihren einen schelm gescholten“*.¹⁷⁴¹ Nachdem sie alle aus der Schenke gegangen waren, lief dieser Streit weiter, und schließlich griff Hans Kopper mit einem Beil Hans Kerbach an und tötete ihn.

Diesem Bericht widersprach allerdings die gerichtliche Aussage Hans Koppers vom 29. März. Dessen Niederschrift lautet:

„Es hat auch Kopper nicht verneinet, das er dem Kehrbach den hieb in den kopff zugefuget, er hat aber gleichwol hinwider vorgewandt, do er mit Valten Kuchen albereit von Großschocher biß an die muhle gegangen gewesen, das ihme Kehrbach nachgelauffen, vnd geschrien, Hans Kopper was felet dir, was wiltu han [?], vnd zu ihme [Hans Kopper; H.S.] mit dem peile geeilet vnd den ersten streich auff ihn gethan, derowegen er [Hans Kopper; H.S.], weil er sehr truncken eine nothwehr thuen, vnd sich gegen dem entleibten Kehrbach schutzen mußen“.¹⁷⁴²

Diesem angeblichen Notwehrversuch von Hans Kopper entsprechend wurde auch die Frage im darauf folgenden Gerichtsverfahren¹⁷⁴³ behandelt, wer mit den verbalen Angriffen und Schmähungen begonnen hatte.¹⁷⁴⁴ Auch in diesem inquisitionalen

¹⁷⁴¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 21, fol. 1r-1v.

¹⁷⁴² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 21, fol. 3v-4r.

¹⁷⁴³ Am 17. April fing die ordentliche Inquisition mit den Frageartikeln an.

¹⁷⁴⁴ Hierzu sind die folgenden Inquisitionalartikel zu nennen. StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 21,

Verfahren verdeutlicht sich, dass es auf diese Frage hin zu widersprüchlichen Aussagen zwischen Hans Kopper und anderen Zeugen kam. Die Antworten Koppers auf die benannten Frageartikel entsprachen also seiner eigenen Aussage vom 29. März. Im Hinblick auf den dritten Frageartikel verneinte der die Aussage „*bracher*“.¹⁷⁴⁵ Über den vierten Frageartikel bestätigte er weder seine Herausforderung gegen Hans Kehrbach, noch die Drohung mit einem Beil.¹⁷⁴⁶ Er hob stattdessen die Herausforderung sowie den ersten Angriff Hans Kehrbacks gegen ihn hervor.¹⁷⁴⁷

Dagegen entsprachen Antworten Valten Kuches seinem anfänglichen Bericht vom 29. März. Darin bejahte er völlig den dritten Frageartikel, und auch über den vierten Frageartikel sagte er die Drohung Hans Koppers aus, obwohl Valte Kuche dies selbst nicht gehört und gesehen habe.¹⁷⁴⁸ Catharina Kuhner, Frau des Schenks, konnte nicht auf den dritten Frageartikel antworten, weil „*das sie solches nicht gehort hette*“, aber über den vierten Frageartikel sagte sie die Herausforderung und die Drohung Koppers gegen Kehrbach aus.¹⁷⁴⁹ Der „*Encke*“,¹⁷⁵⁰ also der Knecht, der in dieser Schenke

der dritte Frageartikel, fol. 5r-5v: „*Zum dritten ist wahr, vnd zeugen bewust, do solches Hans Kopper gehört, das er zu Valten Kuchen gesagt, er solte dem bracher nichts leihen, welcher aber ihme geantwortet, worumb er es nicht thun solte, er wolte ihme wol alles leihen*“; Ebd., der vierte Frageartikel, fol. 5v: „*Zum vierten ist wahr vnd zeugen bewust, als hernacher Valten Kuche hinaus seines bierweges gingen, das in deßen sich Hans Kehrbach vnd Hans Kopper, vmb ein kenlein wein gezancket, vnd Hanß Kopper, wie zeuge wider in die stuebe kommen, Hansen Kehrbach einen schelm gescholten, vnd hinaus gefordert, vnd hinaus mit dem peile dreymahl an die stueben thure geschlagen*“; Ebd., der achte Frageartikel, fol. 6r: „*Zum achten ist wahr vnd zeugen bewust, das Hans Kehrbach auch zur schencke heraus kommen, vnd geruffen, Hans Kopper was mangelt dir nuhn*“.

¹⁷⁴⁵ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 21, fol. 9r: „*Dicit testis, das er Hansen Kehrbacken keinen bracher geheissen, sondern alleine zu gesagt, hette doch Valten Kuche selbst nicht viel gelt, die anderen wort aber hette er von Kuchen nicht gehort*“.

¹⁷⁴⁶ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 21, fol. 9v: „*Wuste sich aber nicht zuerinnern, das er Kehrbacken einen schelm gescholten vnd herausgefordert, vielweniger das er mit dem peile dreymahl an die stueben thure geschlagen haben solte*“.

¹⁷⁴⁷ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 21, fol. 9v: „*das aber were wahr, do er mit Valten Kuchen vff der brucken gingen, das Hans Kehrbach ihme an einen stein hauffen bey der peilicken taffel vff dem blatze nachgeeilet, zu ihme sagende, wo bistu nuhn Hans Kopper; komme her; hastu was mangels an mir; dorauff er zu ihme gingen, in deme Kehrbach vff ihnen einen streich gethan*“. Siehe auch ebd., fol. 10r.

¹⁷⁴⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 21, fol. 11v: „*Deponit testis, das dieser articul biß auff den letzten inhalt, das Kopper mit dem peile dreymahl an die stuebenthure geschlagen haben soll, welches er nicht gehört noch gesehen, wahr sey*“.

¹⁷⁴⁹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 21, fol. 14r-14v: „*Antwort zeugin, das der inhalt dieses*

arbeitete und Jacob Saxe hieß, antwortete ganz ähnlich auf den vierten Frageartikel: „*das er gehört vnd gesehen, das Hans Kopper, den entleibten Hansen Kehrbachen so nicht sonderlich druncken gewesen, einen schelm gescholten, vnd heraus gefordert, auch mit dem peile an der stueben thore [sic!] geschwarmet hette*“.¹⁷⁵¹

Der hier erkennbare Unterschied der Antworten (v. a. auf den vierten Frageartikel) war auch dem Stadtgericht wohl bewusst. Eine Niederschrift lautet: „*Den 26 Aprilis Anno 85. ist Hansen Kopper der schenkin [Catharina Kuhner; H.S.] vnd des enckens [Jacob Saxe; H.S.] zu Großtschocher bey dem vierten inquisitional articul gethane außage in der gute vorgehalten worden*“.¹⁷⁵² Noch zu diesem Zeitpunkt wiederholte Hans Kopper seine Behauptung, dass „*er bey seinen gewißen sagen könne, nicht mit diesen worten komme heraus du schelm, heraußgefordert, vielweniger mit dem peile an die thure geschlagen habe*“, und argumentierte auch seinen Notwehrversuch damit, dass „*Hans Kehrbach den ersten streich mit seinen peile auff ihnen gethan, derowegen er [Hans Kopper; H.S.] wider auff Kehrbachen gehauen, vnd denselben dermaßen in kopff beschediget*“ habe.¹⁷⁵³

Diese Behauptung Koppers, die offensichtlich der Aussage anderen Zeugen widersprüchlich blieb, war insbesondere für die Wahrheitsfindung und für das Strafmaß über diesen gesamten Tötungsfall wichtig. Der Schöffentuhl erkannte an, dass „*der gefangene Hans Kopper mit der scharffe angegriffen vnd befraget werden soll, ob er nicht den entleibten Hansen Kehrbachen ausgefordert, vnd mit dem peile an*

articuls wahr sey, dan sie nicht gehort hette, das Hans Kehrbach der entleibte dem thether Hansen Kopper ein böse wort gegeben hette, dan do Kopper den entleibten mit diesen worten, Hans Kehrbach bistu ein redlich man, so komme zu mir heraus, bistu aber ein schelm, so bleibe dorinne, ausgefordert, vnd etliche schlege mit dem peile an die stuebenthur gethan“.

¹⁷⁵⁰ Siehe Art. „Enke“ im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (DWB): <http://www.woerterbuchnetz.de/DWB?lemma=enke> (Letzter Zugriff: 28.12.2017).

¹⁷⁵¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 21, fol. 16r.

¹⁷⁵² StadtAL, Richterstube; Stra fakten, Nr. 21, fol. 18v.

¹⁷⁵³ StadtAL, Richterstube; Stra fakten, Nr. 21, fol. 18v.

*die stueben thure geschlagen, vnd als er letzlichen heimgehen wollen mit dem peile den streich vnd wunde in den kopff zugefugt, dauon er vorstorben“.*¹⁷⁵⁴ Auch am 15. Juni¹⁷⁵⁵ widerholte sich diese Befragung,¹⁷⁵⁶ und Kopper gestand endlich in der Folterkammer („*in loco torture*“), ohne aber gefoltert zu werden, dass „*er [Hans Kopper; H.S.] Hansen Kehrbachen, mit schelm selten [sic!] herausgefordert, aber mit dem peile an die stueben thuere nicht geschlagen hette“.*¹⁷⁵⁷ Er wurde schließlich mit dem Schwert hingerichtet.¹⁷⁵⁸

[Nr. 57] Der Zusammenhang zwischen den widersprüchlichen Aussagen einerseits und der Wahrheitsfindung sowie der Entscheidung des Strafmaßes andererseits lässt sich auch in einem Fall erkennen, in dem der Müller Merten Fischer und der Zimmermannsgeselle Hans Nessing am Abend des 15. Januar 1594 wegen des Glücksspiels in einen Streit gerieten. Im Hinblick auf den Anfang des Streits war die Aussage der meisten Zeugen sich darin einig, dass Fischer Nessing zum Kampf herausgefordert hatte.¹⁷⁵⁹ Fischer betonte dagegen in seiner gerichtlichen Aussage vom 25. Februar, dass Nessing bei der Auseinandersetzung zu Fischer gesagt hatte, „*wan er sagen dörffte, das er ihm den stam nicht geben hette, so lüg er [Merten Fischer; H.S.] wie ein schelm“*, daher habe Fischer „*Neßing ausgefordert“.*¹⁷⁶⁰ Fischer

¹⁷⁵⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 21, fol. 19r. Siehe auch ebd., eine Niederschrift des Stadtgerichts vom 14. Juni 1585, fol. 27v-28r.

¹⁷⁵⁵ Die Folter sollte eigentlich am 14. Juni durchgeführt werden, aber sie wurde an den nächsten Tag verschoben.

¹⁷⁵⁶ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 21, fol. 28r-28v.

¹⁷⁵⁷ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 21, fol. 28v.

¹⁷⁵⁸ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 21, Urteil des Stadtgerichts, fol. 32r. Siehe auch StadtAL, Richterstube, Kontrakten- und Urfriedensbuch 1585 (Reinschrift), fol. 21r.

¹⁷⁵⁹ Beispielsweise, StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 57, Aussage des Maurergesellen Elias Schleiffer, fol. 2v: „*Fischer der muller heim gang[en] eine wehre geholet vnd Neßig ausgefordert, Neßig aber hette gebeten ehr solte es bleiben laßen bis vf den morgen der muller aber hette es nicht wollen bleiben laßen sondern gesaget were ehr ein ehrlich kerrel solte ehr hienaus kommen, doauf Neßigen auch eine were geholet“.*

¹⁷⁶⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 57, fol. 3r-3v.

widerholte auch am 6. März seine Behauptung.¹⁷⁶¹ Seine Behauptung war im Gerichtsverfahren nicht nur deshalb wichtig, weil sie den Aussagen der Zeugen widersprach, sondern auch weil sie gerade für die Beurteilung entscheidend war, ob die Tötung als eine Erwiderung auf die Schmähung bzw. Herausforderung von Nessing an Fischer behandelt werden musste. Daher wurde zudem der Briefträgerjunge Thomas Spießer nochmals am 11. März befragt, *„ob ehr gehort, das Hans Neßing zu Merten Fischern gesaget, wen ehr redete das ehr ihn noch einen stam schuldig oder den ihn nicht geben hatte, so luge ehr es als ein schelm“*. Er antwortete dann darauf, dass *„ehr solches bey seinem geschwornen eyde nicht sagen konte, das ehr diese wort gehört“*.¹⁷⁶²

Diesen Zeugenaussagen folgend beurteilte der Schöffentuhl wie folgt:

„Die herren Schoppen haben erkant das der gefangene Merten Fischer ordinaria poena zu belegen, ehr könnte dan die wort [sic!] so Hans Neßig wieder ihn [Merten Fischer; H.S.] gesagt sol haben wan ehr sagen dorffte das ehr ihn den stam nicht geben hette, so luge ehr wie ein schelm beweßen, vff solchen fahl solte ehr mit staupen schlägen des landes ewigk verweist werden. Ob ehr nun wol vier zeugen angeben damit ehr solches beweßen wollen, inmaßen den darauf auch zwey drey zeugen eydlich abgehört, so hat doch von solch[en] keiner ausgesaget, das ehr solche wort von Neßigen gehört, beruhet also vf des vierten zeugen außage, welchen man bisher nicht haben können, was derselbe berichten wirt, vnd dan vff der herren Schoppen anderweit erkentnus“.¹⁷⁶³

Die wiederholte Aussage Merten Fischers ist nicht einfach auf eine Lüge zu reduzieren,

¹⁷⁶¹ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 57, fol. 7r.

¹⁷⁶² StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 57, fol. 8r. Ein entsprechendes sagte auch der Bürger Georg Wiedeman am 20. März. Siehe dazu ebd., fol. 8r-8v.

¹⁷⁶³ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 57, fol. 9r. Zum Strafmaß der Tötungsdelikte siehe Abschnitt 3.2.1. der vorliegenden Arbeit.

sondern sie lässt sich als Versuch auffassen, eine ‚plausible‘ Geschichte der Beleidigung vonseiten des jungen Widerparts zu schildern und somit diesem die Schuld am Kampf zuzuschreiben.

Die widersprüchlichen Aussagen im Gerichtsverfahren lassen sich nicht nur zwischen dem Beschuldigten und den Zeugen (oder dem Opfer) erkennen, sondern auch unter anderen Akteuren selbst. Dies spiegeln auch die unterschiedlichen Wahrnehmungen von Gewalttaten wider, die von Jugendlichen begangen worden waren. [Nr. 92] Am Abend des 25. Dezember 1600 brach ein Streit zwischen dem Stundenrufer Marcus Hempel¹⁷⁶⁴ einerseits und dem Magister und Präzeptor Joannes Seyfried sowie dem 18-jährigen Studenten Andreas Schneider (d. J.) andererseits aus.¹⁷⁶⁵ Der Student Andreas Schneider hatte zwar kein schmähendes Wort gegen Hempel geäußert und er hatte selbst versucht, den Wechsel der Schmähworte zwischen den anderen Beiden nicht weiter zu entwickeln und somit den Magister friedlich nach Hause Schneiders zu bringen. Als sie trotzdem *„vor ihres vaters hause voruber, vnd biß an des Herren Doct: Weinrichs hauß gangen“*, habe *„der wechter [Marcus Hempel; H.S.] zu ihnen gesagett, ich sehe wohl ihr gehöret dareiner, darauf hette der wechter sich herumb geschwenkett, vnd ihn den deponenten mitt dem spieß vffn arm an ellenbogen geschlagen“*. Andreas Schneider versuchte noch, diesen Streit dadurch friedlich zu beenden, *„ihn gebethen [zu haben], er soltte doch heim gehen vnd es bleiben laßen“*.¹⁷⁶⁶

Dieses Geschehen bekamen Joannes Schneider¹⁷⁶⁷ und Heinrich Winckler¹⁷⁶⁸ mit, und

¹⁷⁶⁴ Wie in Abschnitt 2.1.3. der vorliegenden Arbeit erwähnt, war er Bürger und Tuchmacher. Der Beleg dafür findet sich nicht in dieser Strafsakte, sondern in SächsHStAdresden, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 10538/ 22, fol. 16v.

¹⁷⁶⁵ Joannes Seyfried wollte sich mit Begleitung Andreas Schneiders‘ ins Petriner Kolleg begeben. Das Kollegstor war aber schon geschlossen war, mussten sie wieder nach Hause Andreas Schneiders‘ (d. Ä.) in der Sporgasse zurückgehen.

¹⁷⁶⁶ StadtAL, Richterstube, Strafsakten, Nr. 92, fol. 4r-4v. Unterdessen ging Joannes Seyfried einmal in das Haus Schneiders.

¹⁷⁶⁷ Er war auch Student und Bruder Andreas Schneiders.

sie kamen zusammen mit dem Magister Joannes Seyfried aus dem Hause,¹⁷⁶⁹ und Heinrich Winckler habe „[m]itt dem wechter vffs neue zu zancken angefangen“.¹⁷⁷⁰ Die Aussage Heinrich Wincklers über diese Auseinandersetzung mit Marcus Hempel folgte dem Erzählmuster, um seinen Angriff als einen Erwidierungs- und Notwehrversuch zu schildern und somit sein deviantes Verhalten zu neutralisieren. Wincker hob also die Schmähung, die Drohung und den Schlag mit dem Speiß vonseiten Hempels hervor:

*„darauf der gefangene hinunter an des herren D. Weinrichs ecke gangen, vnd zum wechter gesagt: Was habt ihr miteinander fur? Darauf der wechter gesagt, was hastu feihls dran? Vnd die sacrament gefluchett, den speiß gezuckett, vnd den gefangenen damit vff die achsell geschlagen, hinwieder der gefangene gesagt: Was schlegstu mich du schelm? In deme der wechter noch einmahl den speiß gezuckett, vnd noch einmahl schlagen wollen, dorauff er [Heinrich Winckler; H.S.] die wehre genommen, dieselbe außgezogen, vnd nach dem speiß gehauen, aber deßelben gefeihlett, vnd den wechter also auff den kopff gehauen, vnd nur einen hieb gethan“.*¹⁷⁷¹

Im Hinblick auf diesen Vorfall zwischen dem Stundenrufer Marcus Hempel und dem Studenten Heinrich Winckler gab es die zwei folgenden unterschiedlichen Aussagen zwischen den beiden Akteuren Heinrich Winckler und Joannes Seyfried. Beim ersten traten Widersprüche auf, als geklärt werden sollte, ob es einen angeblichen Befehl Seyfrieds an Winckler gegeben hatte, gegen den Stundenrufer anzukämpfen. Winckler

¹⁷⁶⁸ Er war auch Student und wohnte bei Andreas Schneider d. Ä. Er nannte beim Verhör beispielsweise Andreas Schneider d. J. als „seines herren sohn Andreaßen“. Siehe dazu StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 92, fol. 7v.

¹⁷⁶⁹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 92, fol. 2r, 4v, 6v-7r, 8r und 14r-14v.

¹⁷⁷⁰ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 92, fol. 4v.

¹⁷⁷¹ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 92, fol. 8r-8v. Über den Umgang mit dem Speiß von Hempel sagten auch die zwei Studenten (Joannes und Andreas Schneider) aus. Siehe dazu ebd., fol. 2r-2v und fol. 4v.

selbst berichtete beim Verhör vom 26. Dezember berichtete: „*mittler weihle der Magister die treppen hienan gegangen kommen, vnd zum gefangenen Winckler gesagett, lauffe hinunter vnd schlage tzu*“,¹⁷⁷² wohingegen Seyfried nichts darüber aussagte. Gerade diese widersprüchlichen Aussagen wurden auch im weiteren Gerichtsverfahren vom 28. Dezember behandelt. Auch dabei beharrte Winckler beständig darauf, dass „*gedachter magister Johannes Seyfriedt die treppe hinauf gegangen kommen, vnd zum gefangenen gesagett: Gehett hinunter vndt schlagett zu*“.¹⁷⁷³ Seyfried sagte dagegen auch bei der gerichtlichen Konfrontation¹⁷⁷⁴ nichts über solche angebliche vergangene Aussage aus: „*er könnte sichs nicht erinnern, das er obangetzogene wortt zu Wincklern gesagett, vnd wuste nichts darumb, das ihme Winckler begegnett, sondern er thete ihme hierinnen gewalt, hette auch bey Wincklern keine wehre gesehen*“.¹⁷⁷⁵

Diese Beharrung Wincklers diente einerseits zur Schilderung, dass gerade der angebliche Befehl Seyfrieds ihn zum Eingriff in den Streit mit seiner Waffe und zur endgültigen Verletzung des Stundenrufers veranlasst hatte, und andererseits zum Versuch, seine eigene Schuld an dieser Verletzung zu vermindern. Dagegen lässt sich das Schweigen Seyfrieds hier als ein Versuch auffassen, die Verletzung des Stundenrufers nur einer mutwilligen Tat Wincklers zuzuschreiben.¹⁷⁷⁶

Der zweite Unterschied zwischen Heinrich Winckler und Joannes Seyfried liegt in der

¹⁷⁷² StadtAL, Richterstube. Strafakten, Nr. 92, fol. 8r.

¹⁷⁷³ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 92, fol. 16v.

¹⁷⁷⁴ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 92, fol. 16v: „*obwohl hierauf M. Johannes Seyfried vnd Heinrich Winckler in der Gerichtesstuebe vffnn Rathhause alhier einander confrontiret, vnd dem Magistro, das er nemblichen obgemelte Wortt, das er die treppe hienauff kommen, vnd zu Wincklern gesagett, gehett nunter vnd schlagett zu, vorgehalten worden*“.

¹⁷⁷⁵ StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 92, fol. 17r.

¹⁷⁷⁶ Dies war vermutlich auch das Stadtgericht selbst bewusst: „*et sic M. Johannes Seyfridt omnia simpliciter, prout a reo nocrata fuerunt, constanter negavit*“. StadtAL, Richterstube, Strafakten, Nr. 92, fol. 17r.

Wahrnehmung bzw. Schilderung des Angriffs durch Winckler. Joannes Seyfried berichtete am 26. Dezember, dass nach dem Angriff „*Heinrich Winckler sich im hause gerühmet, vnd gesagett [hatte]: Ich habe ihn gehauen*“.¹⁷⁷⁷ Diese Schilderung hob wiederum hervor, dass Heinrich Winckler absichtlich eine mutwillige Tat begangen haben sollte. Über solches familiäre Gespräch nach dem Angriff schilderte am 28. Dezember die Magd Sabina Metzrot etwas anders als Joannes Seyfried:

„die frau [Mutter der Studenten; H.S.] gesagett: Je Heinrich, habt ihr ihn auch einen schaden gethan, Heinrich Winckler gesagett: Nein, nein, Fraw Magisterin, sondern er [Marcus Hempel; H.S.] hatt dem Magister ein bahr maullschellen gegeben, wir haben ihm wieder ein bahr gegeben, do hette die Fraw Magisterin sie alle, einen so wohl als den andern dorumb gescholten, vnd gesagett: Sie wolte es dem vater sagen, das sie so vff der gaßen schelmerey anrichteten, hette sich Andreas vorantwortet vnd gesagett: Er [Heinrich Winckler; H.S.] kehme ia vnschuldigk darzu, sein arm wehre ihme auch braun geschlagenn“.¹⁷⁷⁸

Folglich versuchten Heinrich Winckler (und auch andere Studenten), den Angriff Wincklers an Hempel als eine Erwiderung auf den Angriff Hempels zu rechtfertigen. Aus diesen widersprüchlichen Aussagen zwischen diesen beiden Akteuren kann man schließen, dass sich die Aussagen des Magisters Joannes Seyfried hauptsächlich darauf richtete, den beschuldigten Studenten Heinrich Winckler stereotypisch als einen mutwilligen jugendlichen Täter zu beschreiben. Mit dieser Strategie versuchte Seyfried auch darzulegen, dass er mit der Verletzung des Stundenrufers wenig zu tun hatte, obwohl er selbst einen ersten Streit mit dem Stundenrufer angefangen hatte. Heinrich Winckler behauptete hingegen, dass sein Angriff auf den Stundenrufer nicht von ihm

¹⁷⁷⁷ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 92, fol. 7r.

¹⁷⁷⁸ StadtAL, Richterstube, Stra fakten, Nr. 92, fol. 15v-16r.

selbst motiviert war. Vielmehr hob er den Befehl des Magisters einerseits und die Schmähung sowie die Drohung vonseiten des Stundenrufers andererseits hervor, um seine eigene Schuld zu neutralisieren.

6.7. Zusammenfassung

Von den Leipziger Gerichtsakten ausgehend lässt sich konstatieren, dass vormoderne Gewalt einem bestimmten Prozess folgte, der von einer verbalen Auseinandersetzung über eine Herausforderung zum Kampf bis hin zur Anwendung von physischer Gewalt lief, und dass dieser ritualisierte Prozess sich typischerweise auch im jugendlichen Gewalthandeln zeigte. Hierbei sind zwei wichtige Bestandteile des jugendlichen Gewalthandelns zu nennen. Zum einen bildeten Schmähungen und provokative Ausrufe ein nicht voneinander trennbares Handlungsmuster junger Männer, was als „Kampfsprache“ (B. Krug-Richter) gekennzeichnet wird. Zum anderen sind der provokative Umgang mit und der Einsatz von Hieb- und Stichwaffen zu nennen. Diese Handlungen trugen auch aufgrund der akustischen und provokativen Wirkung dazu bei, Wehrhaftigkeit und Kampfbereitschaft zu demonstrieren, und sie zwangen den Kontrahenten dazu, auf solche Handlungen zu reagieren. In diesem Sinne ist m. E. auch der genannte Umgang mit Waffen in die ritualisierte „Kampfsprache“ einzuschließen.

Aus einer Vielzahl von gerichtlichen Aussagen lässt sich folgern, dass die Zeugen (also die Nachbarn und die Stadtbewohner) über entsprechendes Wissen verfügten, die oben genannten provokativen Handlungen der Jugendlichen richtig zu deuten, sodass sie darüber entsprechend vor Gericht auszusagen. Daraus folgt, dass die Praktiken jener „Kampfsprache“ nicht als eine Art von ‚Subkultur‘ der Jugendlichen verstanden

werden können, da sie nicht ausschließlich auf eine bestimmte Gruppe (etwa Handwerksgesellen oder Studenten) beschränkt waren. Vielmehr wurden sie von verschiedenen Gruppen oder z. T. auch mit anderen (erwachsenen) Männern geteilt.

Allerdings reagierten nicht alle Anwesenden automatisch auf provokative Handlungen bzw. Kämpfe junger Männer oder griffen ein, auch wenn sie solche Handlungen wahrnahmen und verstanden. Einige der Zeugen konnten sogar beim gerichtlichen Verhör ohne Zögern über ihre geringe Reaktionsbereitschaft aussagen. Hier zeigt sich, dass die Anwesenden eine unterschiedliche Haltung zu jugendlichen Gewalttaten einnehmen konnten. Somit war die (informelle) Kontrolle in Form von Eingriffen in einen Kampf weniger selbstverständlich, als die bisherige Forschung annimmt. Und im Unterschied zur obrigkeitlichen Vorstellung, die in Form von verschiedenen Verordnungen bzw. Verboten auftrat,¹⁷⁷⁹ sahen die Anwesenden das gewalttätige Verhalten junger Männer nicht immer als gefährlich bzw. friedensstörend an.

Dieses Kapitel zeigt insgesamt, dass es verschiedene Deutungsmöglichkeiten für jugendliche Gewalttaten gab. Dies fand sich auch in Narrativen über jugendliche Gewalttaten. Den zentralen Platz in diesen Narrativen nimmt die Ehre als Grundwert in der vormodernen Gesellschaft ein. Die Narrative der Akteure, insbesondere die der Delinquenten selbst, folgten dem Erzählmuster, das ihre Anwendung von Gewalt als eine Reaktion auf ehrenrührige Handlungen (wie etwa Schmähworte, Herausforderung) des Kontrahenten darstellte. Dies alles lässt sich mit dem Konzept der „Neutralisierung“ fassen: Die Delinquenten konnten durch ihre gerichtlichen Aussagen die Ehrbezogenheit der Gewalt und damit eine zeitgenössisch plausible Notwendigkeit für die Verteidigung ihrer Ehre zum Ausdruck bringen, und versuchten

¹⁷⁷⁹ Siehe Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit.

auf diese Weise, ihre Gewaltanwendung zu rechtfertigen und ihre Schuld zu schmälern oder sogar ganz von sich zu weisen.

7. FAZIT: JUGENDLICHE GEWALKULTUR UND SOZIALE KONTROLLE

Die vorliegende Arbeit hat untersucht, wie die jugendliche Gewalkultur in der frühneuzeitlichen Universitätsstadt Leipzig auf den verschiedenen Ebenen sozialer Kontrolle behandelt wurde.

Soziale Kontrolle weist formelle und informelle Formen auf. In Bezug auf formelle Kontrolle wurden im Untersuchungszeitraum Entwicklungen auf den folgenden Ebenen beobachtet. Auf der institutionellen Ebene etablierten bereits vor dem Untersuchungszeitraum (etwa seit dem 15. Jahrhundert) sowohl die städtische als auch die universitäre Obrigkeit ihre Verfassung und ihre Gerichtsbarkeit, womit die beiden als wichtige Kontrollakteure in der Universitätsstadt Leipzig erschienen. Außerdem wurde das Gerichtswesen im gesamten Kursachsen insbesondere seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zunehmend institutionalisiert und zentralisiert. Ein wichtiger Einschnitt für die Entwicklung der kursächsischen sowie der Leipziger Gerichtsorganisation war, dass der Leipziger Schöffenstuhl im Jahr 1574 vom Stadtgericht abgetrennt und somit zum landesherrlichen Spruchkollegium umgewandelt wurde, was zu einer Aufgabenteilung zwischen dem Gerichtsprozess und dem Akt des Spruchfällens in Strafsachen führte.

Parallel zur institutionellen Entwicklung lassen sich auch die Erweiterung und Entwicklung der Normen beobachten, die als strafrechtliche Reichs- und Territorialgesetze sowie policeyliche Verordnungen erschienen. Offensichtlich wurden Tötungsdelikte als schwere Verbrechen gewertet, für die die Todesstrafe vorgesehen wurde. Seit dem 16. Jahrhundert kam es aber auf der juristischen Ebene zu einer Ausdifferenzierung der Tötungsdelikte, in denen nun das Tatvorsatz- bzw.

Schuldprinzip als ein Beurteilungskriterium eine wichtige Rolle spielte. Die Gewalttat ohne tödlichen Ausgang, die Körperverletzung, wurde im Zuge der Ausweitung des öffentlichen Strafanspruchs auch in den Katalog der strafbaren Tatbestände aufgenommen, was in den kursächsischen Konstitutionen von 1572 deutlich sichtbar ist. Insgesamt lässt sich festhalten, dass es zu einer normativen Ausdifferenzierung der Gewaltdelikte und zu juristischen Debatten darüber kam, um die Tatbestände von konkreten Gewalttaten sorgfältig zu behandeln. Die strafrechtlichen Normen und die intensiven Diskussionen über die Gewaltdelikte wurzelten in der wachsenden Wahrnehmung der Tatsache, dass die jeweiligen Gewalttaten aus ganz verschiedenen Ursachen und Vorgeschichten (wie Beleidigungen oder Herausforderungen) entstehen konnten. Mit anderen Worten: Die Berücksichtigung dieser ehren- und kampfbezogenen Handlungen auf juristischer Ebene war ein wichtiges Merkmal der normativen Ausdifferenzierung der Gewaltdelikte.

In Bezug auf die Delikte von Minderjährigen lässt sich konstatieren, dass es kein Sonderstrafrecht für minderjährige Delinquenten im heutigen Sinne gab. Gleichwohl war für diese Gruppe eine gesonderte Behandlung vorgesehen, wie in der Carolina oder in den juristischen Traktaten nachweisbar ist. Die Grundlage für die Sonderbehandlung bildete die Minderjährigkeit, genauer: die Unterscheidung bzw. die Abstufung der Zurechnungsfähigkeit je nach dem Lebensalter.

Mit der institutionellen und normativen Entwicklung ging auch die Entwicklung eines Mittels für formelle Kontrolle einher. Zunächst lässt sich beobachten, dass für die hier erwähnten Gewaltdelikte und Delikte von Minderjährigen bereits eine flexible oder sogar mildere Strafe vorgesehen war. Dabei nahm die sogenannte „poena extraordinaria“ bzw. „poena arbitraria“ den zentralen Platz ein. Dieser Straftyp

zeichnete sich durch flexibel anwendbare Strafarten wie etwa die Verweisungsstrafe, Haftstrafe oder Geldstrafe aus, die nach dem Ermessen des Richters und den Umständen der konkreten Tat entsprechend angewandt wurden.¹⁷⁸⁰ Ermöglicht wurde vielmehr die flexible Anwendung der Rechtsnormen auf den Einzelfall, sodass die zu verhängende Strafe an die Umstände der Tat, den Täter und den gesellschaftlichen Kontext sowie an die sozialen Normen angepasst werden konnte.¹⁷⁸¹

Wenden wir nun den Blick auf die städtische und universitäre Ebene. Parallel zur Entwicklung der strafrechtlichen Normen wurden auch policeyliche Normen gesetzt, die auf die Bekämpfung des (jugendlichen) Gewalthandelns abzielten. Zu diesem Zweck definierten sie bestimmte Handlungen als solche, die als unmittelbar mit Gewalthandeln verbunden galten und in diesem Sinne ‚Rahmenbedingungen‘ für das Gewalthandeln darstellten. So diente das Tragen von Waffen einerseits und der Logik junger Männer zufolge als Symbol der Männlichkeit. Nach der obrigkeitlichen Vorstellung erhöhte das Tragen von Waffen aber andererseits das Potential, dass es bei Auseinandersetzungen zu schweren Verletzungen kam. Diese unterschiedlichen Vorstellungen betrafen ebenfalls verschiedene Verhaltensweisen bei Nacht. Die Jugendlichen nutzten die Nacht häufig als Bühne ihres (devianten) Verhaltens, um ihr Präsenz zu zeigen. Andererseits war aufgrund der Anonymität in der Dunkelheit die Gefahr größer, dass es zu gewalttätigen Zusammenstößen kam. Ferner waren verbale Auseinandersetzungen mit ehrenrührigen Worten, wie schon in den strafrechtlichen

¹⁷⁸⁰ Somit lässt sich die folgende Bemerkung von U. Ludwig konstatieren: „Für die Strafzumessung und deren Niederschlag innerhalb der landesherrlichen Gesetzgebung ist schließlich festzuhalten, dass hier eine im Strafrecht selbst angelegte Flexibilität am deutlichsten zu Tage trat. Mit den Kursächsischen Konstitutionen bestand frühzeitig eine differenzierte und im Vergleich zu tradierten Normen und Reichsgesetzen stärker auf die verschiedenen Deliktvarianten bezogene Normgrundlage“; LUDWIG (2008a), S. 274.

¹⁷⁸¹ Dass das (Straf-)Recht als formelle Kontrolle selbst verschiedene Formen und Arten der Kontrolle hat, erörterte bereits der Soziologe D. Black. Siehe BLACK (1976), S. 1-10.

Normen erkennbar ist, unmittelbar mit der Anwendung von physischer Gewalt verbunden. Die Maßnahmen bzw. die Verordnungen, die die hier genannten Handlungen als deviant definierten, zählen m. E. in dem Sinne zur sozialen Kontrolle, als dass sie eine Art von „präventiven Bedingungsveränderungen“ darstellten, die die Rahmenbedingungen für die Bewertung von deviantem Verhalten veränderten.¹⁷⁸²

Hier zeigt sich, dass sowohl die städtischen als auch die universitären Normen das Ziel verfolgten, die Möglichkeiten für physische Gewalthandlungen zu beschränken. Dies bedeutet aber nicht, dass diese ‚gemeinsamen‘ Normen aufgrund vergleichbarer Interessenslagen reibungslos in die Praxis umgesetzt wurden. Der Grund, dass dies nicht der Fall war, liegt in den besonderen Strukturen und Konstellationen einer Universitätsstadt begründet. Sie war durch das Nebeneinander der städtischen und universitären Obrigkeiten geprägt, wobei die letztere für die Kontrolle des studentischen Verhaltens grundsätzlich auf das städtische Ordnungspersonal angewiesen war. Der Einsatz dieses Personals führte aber nicht selten zu Konfrontationen mit den Universitätsangehörigen. Bei solchen Konfliktfällen beharrten die Universitätsangehörigen auf der sogenannten „akademischen Freiheit“. Daher lässt sich erstens konstatieren, dass die Durchsetzung der Normen gegen die Universitätsangehörigen und die dabei häufig entstehenden Konflikte ein Teil des Konkurrenzproblems zwischen städtischer und universitärer Gerichtsbarkeit, also der Konkurrenz zwischen den Trägern sozialer Kontrolle, waren. Zweitens kann man festhalten, dass der schwierige Umgang mit den ‚gemeinsamen‘ Normen nicht mit mangelnder Effizienz der zuständigen Institutionen zu erklären ist, sondern dass er aus der komplexen Herrschafts- und Privilegienstruktur der Universitätsstadt resultierte.

¹⁷⁸² PETERS (2009), S. 142 und S. 155f.

Ferner befand sich das städtische Ordnungspersonal in einer heiklen Situation. Ihr Einsatz als ein Kontrollmittel konnte einerseits die Jugendlichen zu einem ungehorsamen Verhalten gegenüber dem Personal veranlassen, sodass es nicht immer dazu in der Lage war, die Eskalation eines Streits zu verhindern oder diesen zu beenden. Andererseits verhielt sich aber auch das Ordnungspersonal manchmal in einer Art, wie sie nicht nur von den betroffenen Jugendlichen, sondern auch von den Nachbarn als ungebührlich angesehen wurde.

Die Flexibilität in den oben erwähnten Normen formeller Kontrolle bot den Trägern informeller Kontrolle die Möglichkeit, sich an der strafrechtlichen Disziplinierung der jungen Delinquenten zu beteiligen. Das gilt insbesondere für das Supplikationswesen. Während eines Strafverfahrens supplizierte in der Regel das soziale Umfeld des Beschuldigten. Um zu erwirken, dass die jeweilige Gewalttat toleriert würde und um dem Delinquenten die Schuldigkeit abzusprechen, brachten die Supplikanten die Argumenten vor, die sowohl im gesellschaftlichen Vorstellungshorizont lagen als auch für das Gericht plausibel und nachvollziehbar waren.¹⁷⁸³ In solchen Argumenten nahm die Ehre in zweifacher Hinsicht einen zentralen Platz ein. Zum einen legten die Supplikanten dar, dass die Gewalttat eine Reaktion auf die Ehrverletzung bzw. Provokation durch das Opfer gewesen sei. Dieser angebliche prozesshafte Verlauf der gesamten Gewalttat entsprach auch der oben erwähnten Ausdifferenzierung der Gewaltdelikte im Strafrecht. Zum anderen versuchte das soziale Umfeld, eine ehrmindernde Strafe zu vermeiden, da diese Strafe die Wiedereingliederung des Beschuldigten in die Gesellschaft erschwerte. Die negative Wirkung war vermutlich auch für die Obrigkeit nachvollziehbar. Der Erlass der ehrmindernden Strafen lässt sich

¹⁷⁸³ Vgl. auch LUDWIG (2008a), S. 279.

daher als ein Resultat der Übereinstimmung zwischen juristischer Praxis und gesellschaftlichen Vorstellungen im Hinblick auf die Ehre verstehen. In den Argumentationen beim Supplizieren nahm die Beschreibung einer Person als „jugendlich“ ebenfalls einen zentralen Platz ein. Hervorzuheben ist, dass diese Beschreibung aber nicht mit negativen Beschreibungen wie „frevelhaft“ oder „übermütig“ gleichzusetzen war, sondern sie eher zur Darstellung der Schuldunfähigkeit des Delinquenten angewendet wurde. In diesem Sinne überlappen sich die Strategien der Supplikanten teilweise mit den Strafnormen bzw. den juristischen Debatten. Es ist trotzdem bemerkenswert, dass im Unterschied zu den Strafnormen bzw. den juristischen Diskussionen keine Rede von einer stufenweisen Bestrafung des jeweiligen Alters sein konnte. Vielmehr wurde in Suppliken die Beschreibung eines Delinquenten als „jugendlich“ dazu genutzt, den Richtern plausibel zu machen, dass er einer wirksamen informellen Kontrolle unterworfen war und diese auch zukünftig Bestand haben wird.

Aus der Supplikationspraxis vor dem Leipziger Stadtgericht lässt sich folgern, dass die gerichtliche Behandlung von jugendlichen Gewalttätern zwar grundsätzlich von Strafnormen wie den kursächsischen Konstitutionen geprägt war, die Interaktion zwischen formeller und informeller Kontrolle aber durchaus Einfluss hatte.¹⁷⁸⁴ Dies bedeutet aber nicht, dass die Ausübung der Strafjustiz stets auf den Konsens von formeller und informeller Kontrolle angewiesen war. Es ist vielmehr nicht zu übersehen, dass die Entscheidung über die Berücksichtigung der Bittgesuche und über das Strafmaß stets in der Hand der Obrigkeit lag. Das Supplizieren ist zweifellos ein

¹⁷⁸⁴ Vgl. EIBACH (2003), S. 427. In diesem Sinne widerspricht mein Befund der Bemerkung von L. Behrisch, dass es in den östlichen Städten (wie in Görlitz) an der Interaktion bzw. der Konsensbildung und an informeller Sozialkontrolle fehlte. Siehe dazu Abschnitt 1.1.2. der vorliegenden Arbeit.

wichtiges Indiz für die Beteiligung informellen Kontrollträger. Das Supplikationsverfahren beruhte allerdings nicht auf einem gleichwertigen, sondern auf einem asymmetrischen Verhältnis, bei dem die Träger formeller Kontrolle immer am längeren Hebel saßen.¹⁷⁸⁵ Durch die informelle Kontrolle konnte ferner die Umsetzung des gerichtlichen Urteilsentscheids garantiert werden.¹⁷⁸⁶ In diesem Sinne kann man m. E. weniger von einer „Justiznutzung durch die Untertanen“ (M. Dinges) zu sprechen, sondern vielmehr von einer „Nutzung der Untertanen (und ihres Wissens) durch die Justiz“ (A. Krischer).¹⁷⁸⁷

Wenden wir nun den Blick auf Formen und Logiken vormoderner Gewalt. Die Forschung ist sich diesbezüglich weitgehend einig, dass Gewalthandlungen einem bestimmten Prozess folgten, der von einer verbalen Auseinandersetzung über eine Herausforderung zum Kampf bzw. Drohung bis hin zur Anwendung von physischer Gewalt lief, und dass dieser ritualisierte Prozess sich typischerweise auch im jugendlichen Gewalthandeln fand. Dies lässt sich nach Auswertung der Leipziger Gerichtsakten zweifellos konstatieren. Dagegen lässt sich der Transformationsprozess von bereits seit längerem schwelenden Konflikten hin zu (gewalttätigen) Ehrenhändeln, der häufig in der dörflichen Gemeinschaft oder in der städtischen Nachbarschaft auftrat,¹⁷⁸⁸ nicht ausdrücklich in den gewalttätigen Konflikten der Jugendlichen in Leipzig erkennen. Somit kann man festhalten, dass die Gewalthandel junger Männer dem Typus der „Wettkampfspiele“ (U. Ludwig) zuzuordnen sind.¹⁷⁸⁹ Deren

¹⁷⁸⁵ Siehe Abschnitt 5.6. der vorliegenden Arbeit.

¹⁷⁸⁶ SCHLÖGL (2004), S. 38f.

¹⁷⁸⁷ Siehe Abschnitt 5.6. der vorliegenden Arbeit.

¹⁷⁸⁸ Dieser Transformationsprozess ist als „agonale Kommunikation“ (R. Walz) zu bezeichnen. Siehe Abschnitt 1.1.2. der vorliegenden Arbeit. Zu unterschiedlichen Konflikt- bzw. Streitkonstellationen im frühneuzeitlichen Alltag kann exemplarisch auf HAACK (2008) verwiesen werden. Siehe dazu auch Abschnitt 6.3.1. der vorliegenden Arbeit.

¹⁷⁸⁹ Eine vergleichbare Bemerkung findet sich in COTTIER (2017), S. 222.

Hintergrund bildete der ‚liminale‘ Zustand der Jugendlichen. Die Ehre als gesellschaftlicher Grundwert spielte damit für sie eine herausgehobene Rolle, was zu einer hohen Empfindlichkeit gegenüber Ehrenverlust und zu einer Verteidigung bzw. Wiedererlangung der Ehre durch den Einsatz der tätlichen Gewalt führte.

Viele Handlungen dieser „Wettkampfs Spiele“ wurden in den städtischen Verordnungen und den universitären Statuten geregelt oder verboten. Zum einen funktionierte der Austausch von Schmähworten als Kampfansage, daher hingen diese Worte häufig mit den zum Kampf herausfordernden Rufen zusammen. Zum anderen trugen der provokative Umgang mit und der Einsatz von Waffen dazu bei, Wehrhaftigkeit und die Kampfbereitschaft zu demonstrieren. Diese Handlungen bildeten insgesamt ein Handlungsmuster, das sich als „Kampfsprache“ (B. Krug-Richter) bezeichnen lässt. Die Auswertung der Leipziger Gerichtsakten zeigt allerdings, dass keine klaren Unterschiede in den verwendeten Schmähworten oder den Waffen zwischen den verschiedenen Jugendgruppen sowie zwischen den Jugendlichen und den Erwachsenen erkennbar sind. Man kann daher sagen, dass dem Handeln junger Männer keine gesonderte oder gar ‚subkulturelle‘ Praxis zugrunde lag, sondern sie ihre Praktiken mit den erwachsenen Männern teilten.

Da die Handlungen der Jugendlichen innerhalb des zeitgenössischen Wahrnehmungshorizontes lagen, konnten die Jugendlichen ohne Zögern beim Gerichtsverhör darüber berichten, um die Schuld an der Gewalttat ihrem Widerpart zuzuschreiben. Dies führte zugleich dazu, dass die Delinquenten die Anwendung von Gewalt als ein Kontrollmittel rechtfertigten, das gegen die Beleidigung bzw. die Provokation vonseiten ihres Kontrahenten gerichtet war. Dadurch versuchten sie, ihre Schuldigkeit am Vergehen zu ‚neutralisieren‘.

Wie bereits angesprochen, verfügten gleichzeitig Nachbarn und Stadtbewohner über entsprechendes Wissen, um vor Gericht auszusagen und etwa als provokativ wahrgenommene Handlungen von Jugendlichen zu deuten. Der Grund hierfür lag nicht nur in einer akustischen und öffentlichen Wirkung der Schmähungen mit lautem Rufen oder des „Wetzens“ von Waffen, sondern auch darin, dass die Bewohner aufgrund der Ehrbezogenheit der genannten Handlungen die Entwicklung der Auseinandersetzung zu einem Kampf mit Anwendung von Gewalt voraussehen konnten. Diesbezüglich hat die bisherige Forschung betont, dass die Nachbarn bzw. die anwesenden Dritten als Träger informeller Kontrolle in den laufenden Streit eingriffen, um diesen zu schlichten. Auch am Leipziger Beispiel ist zu beobachten, dass die anwesenden Dritten (insbesondere im Wirtshaus) in laufende Streitigkeiten intervenierten, um eine Eskalation zu vermeiden. In einigen Beispielen lässt sich jedoch beobachten, dass diese Eingriffsversuche zu weiteren Zusammenstößen und Konfrontationen führten. Daher scheint mir der Nutzen informeller Kontrolle durch Dritte nicht so eindeutig zu sein, wie die bisherige Forschung angenommen hat. Ferner lässt sich ersehen, dass zum einen nicht alle Anwesenden schnell auf einen Streit bzw. einen Kampf reagierten oder eingriffen, selbst wenn sie die Schmähungen oder die provokativen Handlungen der Jugendlichen sahen bzw. hörten, und, dass die Anwesenden zum anderen ohne Zögern über diese Details aussagen konnten. Daraus lässt sich zumindest schlussfolgern, dass die (informelle) Kontrolle in Form von Eingriffen in einen Kampf nicht als selbstverständlich galt. Ein Grund hierfür ist vermutlich darin zu sehen, dass die Versuche, in die gewalttätigen Auseinandersetzungen friedentiftend einzugreifen, in einer „Grauzone von Involvierung, Beteiligung oder Gefährdung des

Eingreifers“ lagen.¹⁷⁹⁰

Die in der vorliegenden Arbeit herausgearbeiteten verschiedenen Beschreibungen, Wahrnehmungen und Reaktionen auf die jugendliche Gewalt resultieren aus der Doppelgesichtigkeit der Gewalt, die Objekt sozialer Kontrolle einerseits und Medium sozialer Kontrolle andererseits sein konnte. Diese zwei Seiten sind aber nicht als gleichwertig anzusehen, weil ihr Auftreten kontextabhängig war. Die zweite Seite stand hauptsächlich beim gerichtlichen Verhör oder bei den Bittgesuchen des Beschuldigten bzw. seines sozialen Umfelds im Vordergrund. Gewalt war m. E. ferner nicht für die Handlungsentscheidungen derjenigen ausschlaggebend, die zwar den gewalttätigen Konflikt wahrnahmen, aber sich nicht direkt daran beteiligten. Zwar spielten einerseits Risikobewertung und eigene Lebensgefahr eine Rolle, und zwar auch dann, wenn die Anwesenden zum Eingriff in einen gewalttätigen Kampf bzw. zu dessen Schlichtung aufgefordert waren. Es gab aber andererseits auch die klare Vorstellung, dass die Gewalt junger Männer häufig innerhalb ihrer Gruppe oder zwischen solchen Gruppen stattfand, und sie daher nicht unbedingt die Nachbarschaft oder die Stadtgesellschaft insgesamt gefährdeten. Somit fühlten sich die Nachbarn gegebenenfalls nicht gezwungen, in den Kampf der Jugendlichen einzugreifen. Hierin lässt sich ein Unterschied zur obrigkeitlichen Wahrnehmung sehen, nach der die Jugendlichen als per se streitsüchtig, gewalttätig oder sogar gefährlich charakterisiert wurden. Folglich ist festzuhalten, dass sich die Gewaltkultur der Jugendlichen nicht unbedingt mit Ausgrenzung und Stigmatisierung vonseiten der Leipziger Stadtgesellschaft konfrontiert sah.¹⁷⁹¹

¹⁷⁹⁰ HOFFMANN (1999), S. 198. Siehe auch Eingang des Abschnitts 6.5. der vorliegenden Arbeit.

¹⁷⁹¹ Meine Ergebnisse unterstreichen somit den Befund von G. Schwerhoff, der – wenn auch nicht ausdrücklich auf die jugendliche Gewaltkultur bezogen – meint: „Die Ausübung von Gewalt [...] war nicht zwangsläufig ausgrenzend und sozial stigmatisierend“; SCHWERHOFF (1999), S. 93.

Die gewalttätigen Praktiken junger Männer lassen sich über den Untersuchungszeitraum hinaus beobachten.¹⁷⁹² Die historische Kriminalitätsforschung hat bereits herausgearbeitet, dass der Zusammenhang von Gewalt und Ehre seit dem 18. Jahrhundert allmählich seinen gesamtgesellschaftlichen Stellenwert verlor,¹⁷⁹³ obwohl Ehre selbst noch bis ins frühe 20. Jahrhundert ihre gesellschaftliche Bedeutung hatte.¹⁷⁹⁴ Die Abnahme der Gewaltdelikte ging also Hand in Hand mit der Tatsache, dass viele soziale Gruppen sich von dem gewalttätigen Konfliktaustrag und der Verteidigung der Ehre durch Gewaltanwendung distanzierten.¹⁷⁹⁵ Gleichzeitig etablierten sich besondere Gewaltpraktiken wie etwa das Duell, das als Medium der sozialen Integration innerhalb von Gruppen, wie insbesondere von Adligen, Militärangehörigen oder Studenten diente.¹⁷⁹⁶ Es stellt sich nun die Frage, ob und wie sich die Formen und die (Selbst-)Beschreibungen der Gewalt junger Männer wandelten, auch wenn die Jugendlichen stets in einem ambivalenten bzw. ‚liminalen‘ Zustand verblieben. Ferner scheint mir auch die Frage offen, wie die Stadtbewohner bestimmte Gewaltpraktiken von bestimmten (jugendlichen) Gruppen, wie etwa das Duell, wahrnahmen. Sahen die Stadtbewohner die Jugendlichen zunehmend als eine Gruppe an, die einer ‚kuriosen‘ oder sogar ‚altmodischen‘ Gewaltpraxis anhing? Für die Beantwortung dieser Fragen wären weitere Forschungen nötig.

¹⁷⁹² Siehe exemplarisch die am Eingang des Kapitels 1 genannten Denkschrift von Ahasver Fritsch aus dem Jahr 1686. Zum Tragen von Waffen siehe beispielsweise das Verbot der Stadt Leipzig aus dem Jahr 1668 (StadtAL, Tit. LXII D, Nr. 2), und aus dem Jahr 1684 (StadtAL, Tit. LX B, Nr. 12, fol. 373r-374r) oder das kursächsische Verbot aus dem Jahr 1691 (UAL, Rep. III/ V, Nr. 9). Vgl. auch SCHEUER (1932); BERNHARDI (1957).

¹⁷⁹³ Im Folgenden die Literaturen von J. Eibach, die ich bereits in Kapitel 1 der vorliegenden Arbeit genannt habe. Ich verweise hier ebenso auf SCHWERHOFF (2011), S. 127f.; SCHWERHOFF (2013b), insbesondere S. 40-42.

¹⁷⁹⁴ COTTIER (2017), S. 227.

¹⁷⁹⁵ G. Schwerhoff hat bereits darauf hingewiesen, dass das Konzept sozialer Kontrolle auch dafür geeignet ist, einer Spur dieses historischen Wandels der Gewalt zu folgen. SCHWERHOFF (2006b), S. 67-70.

¹⁷⁹⁶ Beispielsweise LUDWIG/ KRUG-RICHTER/ SCHWERHOFF (2012); SCHWERHOFF (2013a); LUDWIG (2016). Vgl. auch Abschnitt 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Ungedruckte Quellen

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStADresden)

10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv)

Loc. 8452/ 03: Irrungen des Rates zu Leipzig mit der Universität allda in puncto der Jurisdiktion, 1531-1641.

Loc. 8452/ 06: Leipziger Rat contra die Universität wegen ihrer Kompaktaten, Magister Johann Winklers Verbrechen wider den Stundenrufer und beschädigte Schüler auf der Schule zu Sankt Thomas [in Leipzig], 1595-1602.

Loc. 8453/ 03: Viertes Buch, Irrungen zwischen der Universität und dem Rat zu Leipzig und wie sie miteinander zu Grunde verglichen worden, 1605.

Loc. 9883/ 08: Jurisdiktions- und Justizsachen bei der Stadt Leipzig, 1508ff.

Loc. 9884/ 15: Des Rates zu Leipzig unternommene Verwandlung der Landesverweisung in eine Geldstrafe, 1651.

Loc. 10533/ 02: Der Universitäten Leipzig, Wittenberg und Jena Berichte, 1576-1577.

Loc. 10534/ 03: Universität Leipzig, erster Teil, 1591-1598.

Loc. 10535/ 08: Syndikus des Pauliner und großen Fürstenkollegiums contra den Rat zu Leipzig wegen Konflikten zwischen der Bürgerwache und den Studenten des Kollegiums (aus dem Archiv des Hofgerichts), 1597.

Loc. 10538/ 22: Universität zu Leipzig contra den Rat zu Leipzig wegen rechtswidriger Gefangensetzung einiger Mitglieder der Universität (aus den Akten des Oberhofgerichts), 1600.

Loc. 10538/ 23: Magister Abraham Gießbach (Mitglied der Universität) contra den Rat zu Leipzig wegen unrechtmäßiger gerichtlicher Verfolgung (aus den Akten des Oberhofgerichts), 1600ff.

Loc. 10538/ 24: Rat zu Leipzig contra die Universität in Sachen der akademischen Gerichtsbarkeit (aus den Akten des Oberhofgerichts), ohne Datum.

Loc. 10592/ 02: Bedenken der Universität zu Leipzig, auf ihre Reformation gestellt, 1576.

Loc. 10596/ 05: Schriften über die Reformation der Universitäten Wittenberg und

Leipzig, item Irrungen mit der Universität und dem Rat zu Leipzig und wie sie verglichen, item neue Fundation über die Stipendiaten zu Leipzig und Wittenberg, item wegen der stets währenden Kommissare in beiden Universitäten Leipzig und Wittenberg, 1579-1580.

Loc. 10596/ 06: Relation, was bei den beiden Universitäten Leipzig und Wittenberg der vorhabenden neuen Ordnung halber ausgerichtet, 1579.

10085 Schöppenstuhl zu Leipzig

Loc. 10368/ 01: Fundatio electoralis scabinatus Lipsiensis [Gründung des kurfürstlichen Schöppenstuhls Leipzig], 1574.

Stadtarchiv Leipzig (StadtAL)

1.2.1.6.1.1 Ratsbücher

Bd. 4 (1512-1521)

Bd. 14 (1558-1559)

Bd. 16 (1560-1561)

1.2.1.6.1.3 Zunftbücher

Bd. 1

Bd. 2

1.2.1.6.2.4 Titelakten

Tit. I, Nr. 22k, Verschiedene Ratsnachrichten, o. J.

Tit. VII C, Nr. 13: Acta Die von denen Studiosis erregte Tumulte 1613.

Tit. VII C, Nr. 164, Vol. 1: Statuta academica Compactum de A[nn]o. 1721.

Tit. LX A, Nr. 5: 147 landesherrliche Mandate und Verordnungen zum Kriegswesen, 1535-1720.

Tit. LX B, Nr. 1a: 232 städtische Verordnungen zu Gewerbeaufsicht, Handel, Straßen und Verkehr, öffentliche Ruhe, Erbhuldigung u. a., 1479-1735.

Tit. LX B, Nr. 3 Bh: Ordnungen des Rathes zu Leipzig, 1609-1747.

Tit. LX B, Nr. 4b: Städtische Kleider- und Festordnung, 1566.

Tit. LX B, Nr. 12: 271 städtische Verordnungen zu Gewerbeaufsicht, Handel, Steuern, öffentliche Ruhe, 1497-1777.

Tit. LXII D, Nr. 2: Verbot des Tragens von Wehren und Degen von Handwerksgesellen, Studenten usw., 1668.

1.2.1.6.3 Urkunden-Kasten (Urk.-K.)

Nr. 4-85

1.2.1.7.1.5 Kontrakten- und Urfriedensbücher

1585 (Reinschrift)

1601 (Reinschrift)

1602 (Reinschrift)

1605 (Reinschrift)

1606 (Reinschrift)

1607 (Reinschrift)

1608 (Reinschrift)

1612 (Reinschrift)

1613 (Reinschrift)

1621 (Reinschrift)

1622 (Reinschrift)

1624 (Reinschrift)

1629 (Reinschrift)

1630 (Reinschrift)

1.2.1.7.2.1 Akten Teil 1

Nr. 853: Klage des Junkers Henderich Marysael (Heinrich Marißall, Marischall, Marschall) aus Straßburg gegen seinen Diener Andreas Schenk aus Eyßmansdorf wegen Mordversuchs, 1611-1612.

Nr. 938: Beleidigungsklage des Studenten Tobias Möbius gegen Schneider Simon Löwe, 1632.

1.2.1.7.2.3 Straftakten

- Nr. 6: Prozess gegen den flüchtigen Georg Thierfeld (Georg von Urben) aus Gelnhausen wegen Mordes am Sattlergesellen David Cuntz aus Langenheinersdorf, 1578.
- Nr. 21: Prozess gegen Hans Kopper wegen Mordes an Hans Kehrbach in Großschocher, 1585.
- Nr. 26: Klage der Witwe und der Erben des Schreiber Abraham Auer aus Freiberg gegen Junker Sigmundt Lauterbach wegen Körperverletzung mit Todesfolge, 1587.
- Nr. 33: Prozess gegen Thomas Hofman aus Lohmen wegen Mordes an Caspar Arnoldt aus Engelsdorf, 1589.
- Nr. 46: Prozess gegen den flüchtigen Joachim Schwabe aus Buttstädt wegen des Mordes an Hans Hoyer, 1592.
- Nr. 53: Prozess gegen der flüchtigen Zacharias Zimmerman aus Jena wegen der Ermordung Georg Beyers aus Greffen, 1593-1595.
- Nr. 57: Prozess gegen Müller Merten Fischer wegen der Ermordung des Zimmergesellen Hans Nessing, 1594.
- Nr. 59: Prozess gegen Hans Krah von der Drehna wegen der Ermordung des Rotgießers Hans Beck, 1594.
- Nr. 78: Befragungen wegen Urban Littmans Körperverletzung, 1598.
- Nr. 92: Gerichtliche Befragung etlicher Studenten und Gelehrter wegen der dem Wächter Marcus Hempel zugefügten Körperverletzung, 1600-1601.
- Nr. 101: Prozess gegen Hans Sunder aus Aldenbrandenburg wegen Körperverletzung und Kleiderdiebstahls, 1600.
- Nr. 103: Prozess gegen den flüchtigen Caspar Eysentraut aus Leipzig wegen Mordes an Hans Beyschlag (genannt Hans Schmiedt) aus Senftenberg, 1601.
- Nr. 104: Prozess gegen die Fuhrknechte Hans Faust und Hans Peter vom Petersberg wegen Körperverletzung des Fuhrmanns Hans Wöllner aus Tanneberg, 1601.
- Nr. 116: Prozess gegen Urban Lipman (Liepman, Futter-Urban) wegen Gotteslästerung, 1601.
- Nr. 120: Prozess gegen die Zimmergesellen Augustin Schmied aus Podelwitz und

Barthel Jacob aus Wettin, Buchbinder Lorentz Schultz aus Halle, die Goldschmiedejuvenen Benedix Schmied aus Schönau und Hans Rauscher, den Jungen Heinrich Freyher und Abraham Spindler aus Borna wegen Tumultes gegen das Haus des Bürgermeisters, 1601.

Nr. 129: Vernehmungen wegen der Körperverletzung des Leipziger Stadtknechts Barthel Würtzenberger aus Memleben, 1602.

Nr. 143: Prozess gegen Fuhrmann Blasius Giebe und dessen Herrn Christoff Richter, beide aus Radeberg, wegen Körperverletzung bzw. gewaltsamen Durchfahrens des Rannischen Tores, 1605.

Nr. 148: Prozess gegen Zacharias Horn aus dem Kohlgarten wegen Körperverletzung, 1606.

Nr. 152: Prozess gegen die Fleischer Wolf und Martin Scheibe, Hans Richter und Valten Penigcke in Leipzig wegen Ermordung des Schreibers und Dieners Christian Gichtel aus Weida, 1606.

Nr. 167: Prozess gegen Maurer Martin Muhlbach wegen Gotteslästerung (Fluchens) und Körperverletzung, 1608.

Nr. 168: Prozess gegen Hans Plancke (Hans Blancke) aus Trauen im Vogtland wegen Mordes an Christoff Herla aus Igla in Mähren, 1608.

Nr. 171: Prozess gegen die Gerbergesellen Hans Riese und Peter Seibet aus Leipzig sowie Hans Schuhknecht aus Torgau wegen der Schlägerei mit den Studenten Gregorius Richter aus Radeberg, Joannes Leonboldus aus Lichtenstadt und Michael Muller sowie deren discipuln, 1608.

Nr. 182: Prozess des Doktor Joannes Renzelius gegen die Wache zu Leipzig wegen Körperverletzung, 1609.

Nr. 185: Prozess gegen Kaufmannsdiener Sixt Gröner aus Ansbach wegen Körperverletzung des Magisters Andreas Mauritius, 1610.

Nr. 189: Prozess zunächst gegen Magd Elisabeth Hiller aus Altenburg, dann gegen Trödel-Anna, Frau des Windmüllers Marcus Munch, wegen Diebstahls bei diesem, 1610.

Nr. 192: Prozess gegen Jacob Kleppel aus Stein wegen Körperverletzung und Meineides (Bruchs des geschwornen Urfriedens), 1610.

- Nr. 196: Prozess gegen Schuttkerner Hanß Mock wegen Mutwillens, Frevels und Flechens, 1610.
- Nr. 198: Prozess gegen Studenten Bastian Schielert d. J. wegen der Körperverletzung des Studenten Christian Sussemielchen mit tödlichem Ausgang, 1610.
- Nr. 199: Prozess gegen Hans Schreck aus Gotha wegen der Körperverletzung des Meisters Joachim Arnoldt in Leipzig mit tödlichem Ausgang, 1610.
- Nr. 205: Prozess gegen Leinewebergesellen Urban Günther wegen Beleidigung Georg Kerners, dessen Ehefrau und Bruders sowie Gotteslästerung, 1611.
- Nr. 206: Prozess gegen Unbekannt (Studierende von Adel) wegen der Ermordung Antonius Hochgreffens (Kogrefen, Gockgräfe) aus Reick an der Weser, 1611.
- Nr. 210: Prozess gegen Witwe Margaretha Ruprecht (genannt Hallische) und Andreas Gernegroß d. J. wegen Unzucht und Fluchens, 1610-1611.
- Nr. 212: Klage des Theologiestudenten Elias Fechner aus Großglogau gegen Gürtlergesellen Bastian Schröter aus Schmalkalden wegen Körperverletzung, 1610-1611.
- Nr. 212b: Befragungen über den Jungen Dunckel wegen Verlusts des Horns des Stundenschreibers, 1612.
- Nr. 216: Prozess gegen Soldat Lucas Voigt aus Brandis und Friedrich Reuter wegen Körperverletzung und Beleidigung, 1610-1611.
- Nr. 231: Prozess gegen Schreiber Johan Kempffe aus Gravengehey bei Kulmbach wegen einer Schlägerei, 1613.
- Nr. 235: Prozess gegen den Studentenjungen Georg Rudel wegen Schlägerei und Gotteslästerung, 1613.
- Nr. 237: Prozess des Schuhknechts Martin Polietzsch aus Großenhain gegen Schuhknecht Martin Schrost aus Senftenberg wegen Körperverletzung, 1613.
- Nr. 238: Prozess gegen Spielmann Matthias Albrecht aus Delitzsch wegen wiederholten Diebstahls, Körperverletzung und Landfriedensbruchs, 1614.
- Nr. 256: Prozess wegen der entlebten bzw. beschädigten Ratsknechte, 1615.
- Nr. 293: Prozess gegen Sigmund Görlitz und den Welschen Frank Werdeman, beide aus Halle, wegen Körperverletzung von zwei Studenten, 1619.
- Nr. 311: Prozess wegen des von der Stadtwache an dem Notar Johann Klipstein

- verübten Exzesses, 1620.
- Nr. 326: Prozess gegen Maurergesellen Hans Wolf wegen Mordes, 1621.
- Nr. 333: Prozess gegen Soldaten Paul Schütz aus Glauchau wegen der Ermordung Hans Apizschs, 1622.
- Nr. 353: Prozess gegen Friedrich Julius Osthausen (genannt Schloßfahne) wegen Beteiligung an Tumult und Stürmung der Glücksbuden 1624, 1624.
- Nr. 370: Prozess gegen Studentenjungen Bartel Günther wegen Körperverletzung Jacob Storchs mit Todesfolge, 1626.
- Nr. 389: Prozess gegen die Meister des Schusterhandwerks Andreas und David Tiele, Christof Geßner und Martin Lange wegen Körperbeschädigung Anthonius Voigts, Lorenz Schades und Hans Voigts, 1629.
- Nr. 390: Prozess gegen Andreas Töpfer wegen Körperbeschädigung Georg Schneiders, 1629.
- Nr. 393: Prozess gegen den Schotten Philip Guttrell wegen einer Schlägerei, 1630.
- Nr. 395: Prozess gegen Hans Klinger wegen Beleidigung, 1630.
- Nr. 400: Prozess gegen Hausknecht Daniel Strobel aus Obercrinitz und Hans Scheibe wegen Tumults bei einer Hochzeit, 1630.
- Nr. 402: Prozess gegen Sandwerfer Paul Voigt wegen Körperverletzung Nicol Lehmanns (d. J.), 1630.
- Nr. 415: Prozess gegen Bartel Herman wegen Mordes, 1622.
- Nr. 439: Prozess gegen Magister Christian Meyer wegen der Ermordung des Buchdruckergesellen Peter Fuchs sowie gegen Fechter Hans Jacob wegen Beihilfe, 1635-1636.
- Nr. 458: Prozess gegen Michael Rehfeld wegen mutwilliger Tötung des Schmiedegesellen Veit Fischer während gemeinsamen Wachdienstes, 1637.
- Nr. 471: Prozess gegen Hamburger Kaufdiener Georg Wernicke und Heinrich Ochsenfuß wegen Körperverletzung mit z. T. tödlichem Ausgang der drei in eine Hochzeitsgesellschaft eingedrungenen Soldaten, 1639.
- Nr. 478: Prozess gegen den Baccalareus der Philosophie Magnus Schmalz wegen Körperbeschädigung des Soldaten Ulrich Bauersdorf, 1640.
- Nr. 546: Prozess gegen den flüchtigen Christian Kronberger wegen Mordes, 1648.

- Nr. 551: Prozess wegen der Ermordung des Soldaten Andreas Euber infolge Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Soldaten, 1649.
- Nr. 559: Untersuchung wegen der Ermordung Wolf Heinrich Pantzers, 1649.
- Nr. 563: Untersuchungen wegen der Schlägerei im schwarzen Bock, 1650.
- Nr. 594: Prozess gegen Maurergesellen Andreas Wentzel (genannt Schwede), Geigenmacher Martin Hoffman, Ratskornmesser Christian Mirus (Korporal), Zimmergesellen Michael Grosse aus Großenhain, Zimmermann Simon Hennig, Drahtzieher Gottfried Hut und Maurergesellen Martin Weide wegen Beteiligung am Tumult, 1675.

2.2.1 Handwerkerinnungen (Inn.)

- Gerber C 1: Innungsartikel der Gerbegesellen, 1509.
- Gürtler B 1: Ordnung und Artikel der Gürtlergesellen, 1547..
- Kürschner B 1: Innungsartikel der Kürschner, 1598-1659.
- Kürschner B 3: Hauptbuch der Kürschner, 1524-1873.
- Leineweber A 2: Die vom Rat der Stadt Leipzig bestätigten Innungsartikel der Leineweber zu Leipzig mit Zusatz vom 14.07.1551, 1536.
- Schneider A 1: Meister- und Gesellenartikel, 1527.
- Schneider A 3: Gesellenordnung, 1540.
- Schneider C 1: Kurfürstliches Privileg für das Schneiderhandwerk, Gesellenartikel und Befehl wegen der Störer, 1540-1648.
- Zinngießer A 4: Vom Leipziger Rat ausgestellte Artikel der Kannengießergesellen, 1534.

Universitätsarchiv Leipzig (UAL)

Gerichtsamt (GA)

- GA, III, M, Nr. 1: Inquisitions-Acta Etliche Studenten von Adel wegen des verwundeten Marktmeisters Simon May betreffend, 1617-1837.
- GA, III, T, Nr. 1: Acta inquisitionis Cstoph. Paul Thammen Stud. jur. betreffend, 1635.
- GA, IV, Nr. 3: Tumult und Auflauf betreffend, 1520.
- GA, IV, Nr. 5: Den zwischen mehrern Studenten und Schneidergesellen vorgefallenen an dem Grimmaischen Thor verübten Exceß betreffend, 1606.

GA, IV, Nr. 22: Schlägerei betreffend, 1641.

Rektor

Rep. I/ I, Nr. 4b: Acta Entwurf acad. Gesetze u. Statuten, 1580.

Rep. I/ I, Nr. 10: Acta, die im April 1602 gehaltene Visitation der Universität zu Leipzig betr., 1602.

Rep. I/ I, Nr. 11, Vol. 1: Acta, die Änderung der Statuten betr., 1620-1653.

Rep. II/ XI, Nr. 2: Acta, Compactaten zwischen dem Rathe und der Universität Leipzig vom J. 1580.1605. und 1721, 1580-1721.

Rep. II/ XI, Nr. 3: Acta, des Rathes zu Leipzig Beschwerde über die Universität zu Leipzig betr., 1595-1601.

Rep. II/ XI, Nr. 5: Acta, Schied zwischen der Universität und dem Rathe zu Leipzig betr., 1605-1617.

Rep. III/ V, Nr. 9: Acta, die Studiosen-Diener und Jungen, so Degen tragen betr., 1691.

2. Gedruckte Quellen

AHASVER, Fritsch (1686): *Ohnvorgreifliches Bedencken/ Wie denen Duellen und Balgereyen derer Studenten auf Academien/ mit mehrem Nachdruck zu steuern seyn mochte?*, Regensburg.

BERLICH, Matthias (1651): *Conclusiones Practicabiles Secundum Ordinem Constitutionum Divi Augusti, Electoris Saxoniae, Discussae, multis, supremi Parlamenti Dresdensis, iudiciorum Curialium, Facultatum iuridicarum, Scabinatum, & aliorum iudiciorum, decretis, sententiis, responsis, & observationibus fori quotidianis illustratae. 2, Materiam contractuum, tam feudaliū, quàm civilium, continens (...)*, Bde. 1-5, Leipzig.

CARPZOV, Benedict (1635): *Practicae Novae Imperialis Saxonicae Rerum Criminalium*, Wittenberg.

CARPZOV, Benedict (1638): *Peinlicher Sächsischer Inquisition- vnd Achts-Process. Darauß zuvernehmen, Wann, wie, vnd welcher Gestalt von der Obrigkeit ex officio wider die delinquenten vnd Verbrechere zu inquiriren, so wol auch wider die Flüchtigen mit der Acht zu verfahren. (...)*, Frankfurt am Main/ Leipzig.

- CODEX AUGUSTEUS, oder Neuvermehrtes Corpus juris Saxonici, worinnen die in dem Churfürstentum Sachsen und dazugehörigen Landen, auch denen Marggrafthümern Ober- und Nieder- Lausitz publicirte und ergangene Constitutiones, Decisiones, Mandata und Verordnungen enthalten, (...), in Druck gelassen von Johann Christian Lünig, Bde. 1-3, Leipzig.*
- Der Stad Leipzig allerley Ordnunge. 1544, [VD16 digital aus der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt: VD16 L 1014], URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:1-202567> (Letzter Zugriff: 28.12.2017)*
- DORNECK, Johann Arnold von (1576): *Practica vnd Proceß Peinlicher Gerichtshandlung wie Peinliche Vbelthaten/ nach iren Vmbstenden/ beyde That vnd Person/ verfolgt vnd gerechtfertigt werden sollen. (...), Frankfurt am Main.*
- GOETHE, Johann Wolfgang von (1980): *Faust. Der Tragödie erster Teil*, 33. Aufl., Leipzig.
- MOLLER, Daniel (1612): *Illustrissimi Et Potentissimi Principis Et Domini, Domini Augusti, Ducis quondam Saxoni[a]e, sacri Romani Imperii Archimarschalli (...) Ordinationes & Constitutiones De Processu Iudiciario, Dubiisque Aliquot, Et In Iure Controversis Casibus, Tam In Curiis Provincialibus, quam Collegiis Facultatum Iuridicarum & Scabinatum, reliquisq[ue] ditionum Celsitudinis suae iudiciis, secundum illas definiendis: Anno LXXII. editae omnes (...), Leipzig.*
- POSERN-KLETT, Karl Friedrich von (Hg.) (1868): *Codex diplomatics Saxoniae regiae II/8 (Urkundenbuch der Stadt Leipzig I)*, Leipzig. (im Folgenden CDSR, II/ 8)
URL: http://codex.isgv.de/codex.php?band=cds2_08 (Letzter Zugriff: 28.12.2017)
- RADBRUCH, Gustav (Hg.) (1991): *Die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532 (Carolina)*, 6. Aufl., Stuttgart.
- RAUCHDORN, Heinrich (1599): *Practica vnd Proces Peinlicher Halsgerichtsordnung aus Geistlichen vnd Weltlichen/ Keyserlichen vnd Sächsischen Rechten. Allen Richtern/ Schöppen/ Gerichtsvorwaltern vnd Amptleuten/ so wol auch Peinlichen Anklägern vnd Beklagten vberaus nützlich vnd dienstlich*, Leipzig.
- STÜBEL, Bruno (Hg.) (1879): *Codex diplomaticus Saxoniae regiae II/11 (Urkundenbuch der Universität Leipzig von 1409 bis 1555)*, Leipzig. (im Folgenden CDSR, II/ 11)

- URL: http://codex.isgv.de/codex.php?band=cds2_11 (Letzter Zugriff: 28.12.2017)
- THIEME, Horst/ GERLACH, Sigrid (Hg.) (1986): *Das Leipziger Eidbuch von 1590*, Leipzig.
- VOGEL, Johann Jakob (1714): *Leipzigisches Geschicht-Buch oder Annales, das ist Jahr- und Tage-Bücher der weltberühmten königlichen und churfürstlichen sächsischen Kauff- und Handelsstadt Leipzig*, Leipzig.
- WUSTMANN, Gustav (1895): Das älteste Leipziger Urfehdenbuch. 1390-1480, in: DERS. (Hg.), *Quellen zur Geschichte Leipzigs. Veröffentlichungen aus dem Archiv und der Bibliothek der Stadt Leipzig*, 2. Band, Leipzig, S. 1-56.
- ZARNCKE, Friedrich (1857): *Die urkundlichen Quellen zur Geschichte der Universität Leipzig in den ersten 150 Jahren ihres Bestehens*, Leipzig.
- ZARNCKE, Friedrich (Hg.) (1861): *Die Statutenbücher der Universität Leipzig. Aus den ersten 150 Jahren ihres Bestehens*, Leipzig.

3. Literatur

- ALENFELDER, Klaus Michael (2002): *Akademische Gerichtsbarkeit*, Baden-Baden.
- ANHORN, Ronald (2011): Von der Gefährlichkeit zum Risiko – Zur Genealogie der Lebensphase „Jugend“ als soziales Problem, in: DOLLINGER, Bernd/ SCHMIDT-SEMISCH, Henning (Hg.), *Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog*, 2., durchgesehene Auflage, Wiesbaden, S. 23-42.
- ARIÈS, Philippe (1994): *Geschichte der Kindheit*, 11. Aufl., München.
- ARLINGHAUS, Franz-Josef (2004): Gnade und Verfahren. Kommunikationsmodi in spätmittelalterlichen Stadtgerichten, in: SCHLÖGL, Rudolf (Hg.), *Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt*, Konstanz, S. 137-162.
- ARNAULD, Andreas von (2009): Was war, was ist – und was sein soll. Erzählen im juristischen Diskurs, in: KLEIN, Christian/ MARTÍNEZ, Matías (Hg.), *Wirklichkeitserzählungen. Felder, Formen und Funktionen nicht-literarischen Erzählens*, Weimar, S. 14-50.
- ARNOLD, Klaus (1980): *Kind und Gesellschaft in Mittelalter und Renaissance. Beiträge und Texte zur Geschichte der Kindheit*, München.
- ARNOLD, Klaus (1996): Familie – Kindheit – Jugend, in: HAMMERSTEIN, Notker (Hg.),

Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band I: 15. bis 17. Jahrhundert. Von der Renaissance und der Reformation bis zum Ende der Glaubenskämpfe, München, S. 135-152.

ASCHE, Matthias (2009): Universität und Stadt im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit. Überlegungen zu einem wenig bekannten Kapitel der deutschen Universitätsgeschichte am Beispiel Rostocks und Bützows, in: MAASER, Michael (Hg.), *Stadt, Universität, Archiv*, Göttingen, S. 89-116.

ASCHE, Matthias/ GERBER, Stefan (2008): Neuzeitliche Universitätsgeschichte in Deutschland. Entwicklungslinien und Forschungsfelder, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 90, S. 159-201.

AUGE, Oliver/ SCHNACK, Frederiecke M. (2014): Gewaltsame Auseinandersetzungen, Verletzungen und Todesfälle im studentischen Milieu der Universität Tübingen im 16. Jahrhundert, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 14, S. 103-137.

BACKMANN, Sibylle/ KÜNST, Hans-Jörg/ ULMANN, Sabine/ TLUSTY, B. Ann (Hg.) (1998): *Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Abgrenzungen*, Berlin.

BÄHR, Matthias (2012): „Aus dem Munde gefallen“. Reichskammergerichts-Zeugenverhöre – eine Quellenkritik, in: AMEND-TRAUT, Anja/ BAUMANN, Anette/ WENDEHORST, Stephan/ WUNDERLICH, Steffen (Hg.), *Die höchsten Reichsgerichte als mediales Ereignis*, München, S. 133-151.

BANNERT, Lutz (2009): Gesuch nach Vorschrift. Zur Verregelung der Kommunikation zwischen Untertanen und albertinischen Landesherren im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit, in: *Neues Archiv für sächsische Geschichte* 80, S. 129-162.

BAUER, Max (1926): *Sittengeschichte des deutschen Studententums*, Dresden (Nachdruck 1991).

BAUMGART, Peter (1994): Die deutschen Universitäten im Zeichen des Konfessionalismus, in: PATSCHOVSKY, Alexander/ RABE, Horst (Hg.), *Die Universität in Alteuropa*, Konstanz, S. 147-168.

BEHRISCH, Lars (2005): *Städtische Obrigkeit und soziale Kontrolle. Görlitz 1450-1600*, Epfendorf.

BEHRISCH, Lars (2009): Gerichtsnutzung ohne Herrschaftskonsens: Kriminalität in Görlitz im 15. und 16. Jahrhundert, in: HABERMAS, Rebekka/ SCHWERHOFF, Gerd

- (Hg.), *Verbrechen im Blick. Perspektiven der neuzeitlichen Kriminalitätsgeschichte*, Frankfurt am Main, S. 219-248.
- BENDLAGE, Andrea (2003): *Henkers Hetzbruder. Das Strafverfolgungspersonal der Reichsstadt Nürnberg im 15. und 16. Jahrhundert*, Konstanz.
- BENDLAGE, Andrea/ SCHUSTER, Peter (1995): Hüter der Ordnung. Bürger, Rat und Polizei in Nürnberg im 15. und 16. Jahrhundert, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg* 82, S. 37-55.
- BERGER, Peter L./ LUCKMANN, Thomas (2016): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, 26. Aufl., Frankfurt am Main.
- BERNHARDI, Horst (1957): Weshalb Friedrich der Große 1750 den Studenten das Degentragen verbot, in: *Einst und Jetzt* 2, S. 71-74.
- BERNHARDT, Kirsten (2013): Geselligkeit im Schlafrock. Leipziger Studententumulte im frühen 18. Jahrhundert, in: BERNHARDT, Kirsten/ KRUG-RICHTER, Barbara (Hg.), *Gastlichkeit und Geselligkeit im akademischen Milieu in der Frühen Neuzeit*, Münster, S. 101-112.
- BLACK, Donald (1976): *The Behavior of Law*, New York/ Sanfrancisco/ London.
- BLACK, Donald (1984): Social Control as a Dependent Variable, in: DERS. (Hg.), *Toward a General Theory of Social Control, Volume 1 Fundamentals*, Orlando, S. 1-36.
- BLASCHKE, Karlheinz (1967): *Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur Industriellen Revolution*, Weimar.
- BLASCHKE, Karlheinz (1972): Städte und Stadtherren im meißnisch-lausitzischen Raum während des 14. Jahrhunderts, in: RAUSCH, Wilhelm (Hg.), *Stadt und Stadtherr im 14. Jahrhundert. Entwicklungen und Funktionen*, Linz, S. 55-78.
- BLASCHKE, Karlheinz (1994): Vom Stadtbrief zum Reichsgericht. Die Stadt Leipzig als Ort der Rechtssprechung, in: *Leipzig - Stadt der Rechtssprechung* (Sächsische Justizgeschichte, Bd. 3), Dresden, S. 7-29.
- [BLICKLE, Peter (1997)] 15. Sektion des 41. Deutschen Historikertages unter der Leitung von Peter Blickle: Supplizieren. Zur Politik der Untertanen, in: WEINFURTER, Stefan/ SIEFARTH, Frank Martin (Hg.), *Geschichte als Argument. 41. Deutscher Historikertag in München, 17. bis 20. September 1996. Berichtsband*,

- München, S. 104-108.
- BLICKLE, Peter (Hg.) (1998): *Gemeinde und Staat im Alten Europa*, München.
- BOEHEIM, Wendelin (1890): *Handbuch der Waffenkunde. Das Waffenwesen in seiner historischen Entwicklung vom Beginn des Mittelalters bis zum Ende des 18. Jahrhunderts*, Leipzig.
- BOEHM, Ernst (1940): Der Schöppenstuhl zu Leipzig und der sächsische Inquisitionsprozeß im Barockzeitalter. Wichtige rechtskundliche Quellen in der Leipziger Universitäts-Bibliothek, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 59, S. 371-410.
- BOEHM, Ernst (1941): Der Schöppenstuhl zu Leipzig und der sächsische Inquisitionsprozeß im Barockzeitalter. Wichtige rechtskundliche Quellen in der Leipziger Universitäts-Bibliothek, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 60, S. 155-249.
- BOEHM, Ernst (1942): Der Schöppenstuhl zu Leipzig und der sächsische Inquisitionsprozeß im Barockzeitalter. Wichtige rechtskundliche Quellen in der Leipziger Universitäts-Bibliothek, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 61, S. 300-403.
- BOEHM, Laetitia (1996): Libertas Scholastica und Negotium Scholare. Entstehung und Sozialprestige des akademischen Standes im Mittelalter, in: MELVILLE, Gert/ MÜLLER, Rainer A./ MÜLLER, Winfried (Hg.), *Geschichtsdenken, Bildungsgeschichte, Wissenschaftsornagisation. Ausgewählte Aufsätze von Laetitia Boehm anlässlich ihres 65. Geburtstages*, Berlin, S. 607-646.
- BOLLMANN, Klaus (1963): *Die Stellung des Inquisiten bei Carpzov. Eine Untersuchung über den gemeinen deutschen Strafprozess des 17. Jahrhunderts*, Diss. Philipps-Universität Marburg, Marburg.
- BOURDIEU, Pierre (1979): *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft*, Frankfurt am Main.
- BOURDIEU, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: KRECKEL, Reinhard (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen, S. 183-198.
- BOURDIEU, Pierre (1997): Die männliche Herrschaft, in: DÖLLING, Irene/ KRAIS, Beate (Hg.), *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*,

- Frankfurt am Main, S. 153-217.
- BOURDIEU, Pierre (2005): *Die männliche Herrschaft*, Frankfurt am Main.
- BOURDIEU, Pierre (2007): Die Dialektik von Herausforderung und Erwidierung der Herausforderung, in: HERRMANN, Steffen K./ KRÄMER, Sybille/ KUCH, Hannes (Hg.), *Verletzende Worte. Die Grammatik sprachlicher Missachtung*, Bielefeld, S. 89-105.
- BRAKENSIEK, Stefan (2009): Akzeptanzorientierte Herrschaft. Überlegungen zur politischen Kultur der Frühen Neuzeit, in: NEUHAUS, Helmut, (Hg.), *Die Frühe Neuzeit als Epoche*, München, S. 395-406.
- BRAKENSIEK, Stefan (2010): Legitimation durch Verfahren? Visitationen, Supplikationen, Berichte und Enquêtes im frühmodernen Fürstenstaat, in: STOLLBERG-RILINGER, Barbara/ KRISCHER, André (Hg.), *Herstellung und Darstellung von Entscheidungen. Verfahren, Verwalten und Verhandeln in der Vormoderne*, Berlin, S. 363-377.
- BRAKENSIEK, Stefan (2014): Einleitung: Herrschaft und Verwaltung in der Frühen Neuzeit, in: BRAKENSIEK, Stefan/ von BREDOW, Corinna/ NÄTHER, Birgit (Hg.), *Herrschaft und Verwaltung in der Frühen Neuzeit*, Berlin, S. 9-24.
- BRÄUER, Helmut (1979): Innungsordnungen als Quellen für die Erforschung der bürgerlichen Ideologie, in: *Internationales Handwerksgeschichtliches Symposium Veszprém 20-24.11.1978*, Veszprém, S. 324-335.
- BRÄUER, Helmut (1989): *Gesellen im sächsischen Zunft Handwerk des 15. und 16. Jahrhunderts*, Weimar.
- BRÄUER, Helmut (1990): Herren ihrer Arbeitszeit? Zu Organisation, Intensität und Dauer handwerklicher Arbeit in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, Heft 2, S. 75-95.
- BRÄUER, Helmut (2010): Städtischer Brandschutz – Sicherheitsanspruch und Disziplinierungspraxis. »Feuerordnungen« in Sachsen bis zum 16. Jahrhundert, in: *Sächsische Heimatblätter* 2, S. 146-152.
- BRÄUER, Helmut (2013): *Im Dienste des Rates. Ordnung und Machtrealisierung durch Ratsbedienstete in einigen Städten Obersachsens und der Lausitz zwischen 1500 und 1800*, Leipzig.

- BRAUN, Tina (2007): Aspekte studentischer Freizeitkultur im frühneuzeitlichen Freiburg, in: BRAUN, Tina/ LIERMANN, Elke, *Feinde, Freunde, Zechkumpane. Freiburger Studentenkultur in der Frühen Neuzeit*, Münster, S. 121-122.
- BRAUN, Tina/ LIERMANN, Elke (2007): *Feinde, Freunde, Zechkumpane. Freiburger Studentenkultur in der Frühen Neuzeit*, Münster.
- BRUCHMÜLLER, Wilhelm (1909): *Der Leipziger Student. 1409-1909*, Leipzig.
- BRUCHMÜLLER, Wilhelm (1912): Die Leipziger Schusterfehde, in: *Leipziger Kalender. Illustriertes Jahrbuch und Chronik* 9, S. 167-172.
- BRÜDERMANN, Stefan (1990): *Göttinger Studenten und akademische Gerichtsbarkeit im 18. Jahrhundert*, Göttingen.
- BRÜDERMANN, Stefan (1999): Studenten als Einwohner der Stadt Göttingen im 18. Jahrhundert, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 135, S. 21-35.
- BRÜDERMANN, Stefan (2000): Studenten als Einwohner in der Universitätsstadt Helmstedt, in: *Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 81, S. 9-27.
- BUBACH, Bettina (2005): *Richten, Strafen und Vertragen. Rechtspflege der Universität Freiburg im 16. Jahrhundert*, Berlin.
- BUBACH, Bettina (2008): [Art.] „Akademische Gerichtsbarkeit“, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Band I, Berlin, Sp. 107-111.
- BUCHDA, Gerhard/ LÜCK, Heiner (2016): [Art.] „Kursächsische Konstitutionen“, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Band III, Berlin, Sp. 354-361.
- BÜCKING, Jürgen (1976): Reformversuche an den deutschen Universitäten in der frühen Neuzeit, in: RABE, Horst/ MOLITOR, Hansgeorg/ RUBLACK, Hans-Christoph (Hg.), *Festgabe für Ernst Walter Zeeden. Zum 60. Geburtstag am 14. Mai 1976*, Münster, S. 355-369.
- BÜNZ, Enno (2009): Gründung und Entfaltung. Die spätmittelalterliche Universität Leipzig 1409-1539, in: BÜNZ, Enno/ RUDERSDORF, Manfred/ DÖRING, Detlef, *Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 1. Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit 1409-1830/31*, Leipzig, S. 17-325.
- BÜNZ, Enno (2015a): Bevölkerungszahl, Sozialtopographie, Vermögensverteilung, in:

- DERS. (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation*, Leipzig, S. 274-281.
- BÜNZ, Enno (2015b): Die Stadtbefestigung, in: DERS. (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation*, Leipzig, S. 370-376.
- BÜNZ, Enno (2015c): Handwerk und Gewerbe, in: DERS. (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation*, Leipzig, S. 285-299.
- BÜNZ, Enno (Hg.) (2015d): *Geschichte der Stadt Leipzig. Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation*, Leipzig.
- BÜNZ, Enno/ GRABER, Tom (2010): *Die Gründungsdokumente der Universität Leipzig (1409). Edition – Übersetzung – Kommentar*, Dresden.
- BÜNZ, Enno/ RUDERSDORF, Manfred/ DÖRING, Detlef (2009): *Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 1. Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit 1409-1830/31*, Leipzig.
- BÜNZ, Enno/ SEMBDNER, Alexander (2015): Alma mater Lipsiensis – Die Universität, in: BÜNZ, Enno (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation*, Leipzig, S. 550-567.
- BURGHARTZ, Albert Schnyder (1995): Gewalt, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte* = *Revue d'histoire* 2, S. 11-15.
- BURGHARTZ, Susanna (1989): Disziplinierung oder Konfliktregelung? Zur Funktion städtischer Gerichte im Spätmittelalter: Das Zürcher Ratsgericht, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 16, S. 385-407.
- BURGHARTZ, Susanna (1990): *Leib, Ehre und Gut. Delinquenz in Zürich Ende des 14. Jahrhunderts*, Zürich.
- BUSSE, Dietrich (2000): Textlinguistik und Rechtswissenschaft, in: BRINKER, Klaus/ ANTOS, Gerd/ HEINEMANN, Wolfgang/ SAGER, Sven F. (Hg.), *Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*, 1. Halbband, Berlin, S. 803-811.
- CASANOVA, Christian (2007): *Nacht-Leben. Orte, Akteure und obrigkeitliche Disziplinierung in Zürich, 1523 – 1833*, Zürich.
- CHRISS, James J. (2007): *Social Control. An Introduction*, Cambridge.
- CHRISTADLER, Maike (2007): Gewalt in der Frühen Neuzeit – Positionen der

- Forschung, in: *Gesnerus* 64, S. 231-245.
- CLARK, Alexander L./ GIBBS, Jack P. (1965): Social Control: A Reformulation, in: *Social Problems* 12, S. 398-415.
- CLARK, Alexander L./ GIBBS, Jack P. (1975): Soziale Kontrolle: Eine Neuformulierung, in: LÜDERSEN, Klaus/ SACK, Fritz (Hg.), *Seminar: Abweichendes Verhalten I. Die selektiven Normen der Gesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 153-185.
- COHEN, Stanley (1985): *Visions of Social Control. Crime, Punishment and Classification*, Cambridge.
- COHEN, Stanley (1993): Soziale Kontrolle und die Politik der Rekonstruktion, in: FREHSEE, Detlev/ LÖSCHPER, Gabi/ SCHUMANN, Karl F. (Hg.), *Strafrecht, soziale Kontrolle, soziale Disziplinierung*, Opladen, S. 209-237.
- CORNELL, Heinz (2011): Der Erziehungsgedanke im Jugendstrafrecht: Historische Entwicklungen, in: DOLLINGER, Bernd/ SCHMIDT-SEMISCH, Henning (Hg.), *Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog*, 2., durchgesehene Auflage, Wiesbaden, S. 455-473.
- COTTIER, Maurice (2017): *Fatale Gewalt. Ehre, Subjekt und Kriminalität am Übergang zur Moderne. Das Beispiel Bern 1868-1941*, Konstanz.
- COTTIN, Markus (2009): Leipzig im Mittelalter. Stand der Forschung, in: COTTIN, Markus/ DÖRING, Detlef/ SCHÄFER, Michael, *1000 Jahre Leipzig. Forschungsstand zur Stadtgeschichte im Vorfeld des Jubiläums der Ersterwähnung von 1015*, Leipzig, S. 6-35.
- DAVIS, Natalie Zemon (1987): *Humanismus, Narrenherrschaft und die Riten der Gewalt. Gesellschaft und Kultur im frühneuzeitlichen Frankreich*, Frankfurt am Main.
- DEICHERT, Heinrich (1910): Die akademische Freiheit in Helmstedt während des 16. und 17. Jahrhunderts, in: *Hannoversche Gcschichtsblätter* 13, S. 257-277.
- DINGES, Martin (1989): Die Ehre als Thema der Stadtgeschichte. Eine Semantik im Übergang vom Ancien Régime zur Moderne, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 16, S. 409-440.
- DINGES, Martin (1991): Frühneuzeitliche Armenfürsorge als Sozialdisziplinierung?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17, S. 5-29.

- DINGES, Martin (1992): Frühneuzeitliche Justiz: Justizphantasien als Justiznutzung am Beispiel von Klagen bei der Pariser Polizei im 18. Jahrhundert, in: MOHNHAUPT, Heinz/ SIMON, Dieter (Hg.), *Vorträge zur Justizforschung. Geschichte und Theorie*, Band 1, Frankfurt am Main, S. 269-292.
- DINGES, Martin (1993): Ehrenhändel als „Kommunikative Gattungen“. Kultureller Wandel und Volkskulturbegriff, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 75, S. 359-394.
- DINGES, Martin (1994): *Der Maurermeister und der Finanzrichter. Ehre, Geld und soziale Kontrolle im Paris des 18. Jahrhunderts*, Göttingen.
- DINGES, Martin (1995a): Die Ehre als Thema der historischen Anthropologie. Bemerkungen zur Wissenschaftsgeschichte und zur Konzeptualisierung, in: SCHREINER, Klaus/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, Köln, S. 29-62.
- DINGES, Martin (1995b): Gewalt und Zivilisationsprozess, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire* 2, S. 70-82.
- DINGES, Martin (1997): Normsetzung als Praxis? Oder: Warum werden die Normen zur Sachkultur und zum Verhalten so häufig wiederholt und was bedeutet dies für den Prozess der „Sozialdisziplinierung“?, in: JARITZ, Gerhard (Hg.), *Norm und Praxis im Alltag des Mittelalters und der frühen Neuzeit. Internationales Round-Table-Gespräch, Krems an der Donau, 7. Oktober 1996*, Wien, S. 39-53.
- DINGES, Martin (1998a): Ehre und Geschlecht in der Frühen Neuzeit, in: BACKMANN, Sibylle/ KÜNST, Hans-Jörg/ ULMANN, Sabine/ TLUSTY, B. Ann (Hg.), *Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Abgrenzungen*, Berlin, S. 123-147.
- DINGES, Martin (1998b): Einleitung: Geschlechtergeschichte – mit Männern!, in: DERS. (Hg.), *Hausväter, Priester, Kastraten. Zur Konstruktion von Männlichkeit in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, Göttingen, S. 7-28.
- DINGES, Martin (1998c): Formenwandel der Gewalt in der Neuzeit. Zur Kritik der Zivilisationstheorie von Norbert Elias, in: SIEFERLE, Rolf Peter (Hg.), *Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte*, Frankfurt am Main, S. 171-194.
- DINGES, Martin (2000): Justiznutzungen als soziale Kontrolle in der Frühen Neuzeit,

- in: BLAUERT, Andreas/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, Konstanz, S. 503-544.
- DINGES, Martin (2004): Stand und Perspektiven der «neuen Männergeschichte» (Frühe Neuzeit), in: BOS, Marguérite/ VINCENZ, Bettina/ WIRZ, Tanja (Hg.), *Erfahrung: Alles nur Diskurs? Zur Verwendung des Erfahrungsbegriffs in der Geschlechtergeschichte. Beiträge der 11. Schweizerischen HistorikerInnentagung 2002*, S. 71-96.
- DINGES, Martin/ SACK, Fritz (Hg.) (2000): *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*, Konstanz.
- DISTEL, Theodor (1887): Beiträge zur älteren Verfassungsgeschichte des Schöppenstuhls zu Leipzig, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung* 20, S. 89-115.
- DISTEL, Theodor (1889): Beiträge zur älteren Verfassungsgeschichte des Schöppenstuhls zu Leipzig (Fortsetzung und Schluss), in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung* 23, S. 63-97.
- DÖHRING, Erich (1957): [Art.] „Carpzov, Benedict“, in: *Neue Deutsche Biographie* 3, S. 156f. [Onlinefassung]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118667246.html#ndbcontent> (Letzter Zugriff: 28.12.2017)
- DOHRN-VAN ROSSUM, Gerhard (2007): *Die Geschichte der Stunde. Uhren und moderne Zeitordnungen*, Köln.
- DOLLINGER, Bernd/ SCHABDACH, Michael (2013): *Jugendkriminalität*, Wiesbaden.
- DÖRING, Detlef (1984): Das Leben in Leipzig in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Dargestellt anhand der Annalen des Zacharias Schneider, in: *Leipzig: Aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte* 3, S. 151-175.
- DÖRING, Detlef (2009): Leipzig in der Frühen Neuzeit. Forschungsbericht, in: COTTIN, Markus/ DÖRING, Detlef/ SCHÄFER, Michael, *1000 Jahre Leipzig. Forschungsstand zur Stadtgeschichte im Vorfeld des Jubiläums der Ersterwähnung von 1015*, Leipzig, S. 36-78.
- DÖRING, Detlef (Hg.) (2010): *Stadt und Universität Leipzig. Beiträge zu einer 600-jährigen wechselvollen Geschichte*, Leipzig.

- DÖRING, Detlef (2016a): Justizwesen, in: DERS. (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: Von der Reformation bis zum Wiener Kongress*, Leipzig, S. 165-177.
- DÖRING, Detlef (2016b): Von der Einführung der Reformation (1539) bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges (1648/50), in: DERS. (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: Von der Reformation bis zum Wiener Kongress*, Leipzig, S. 19-70.
- DÖRING, Detlef (Hg.) (2016c): *Geschichte der Stadt Leipzig. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: Von der Reformation bis zum Wiener Kongress*, Leipzig.
- DOST, Maik (2008): Techniken der Neutralisierung. Eine empirische Analyse von Werten beim Handeln unter Risiko, in: REHBERG, Karl-Siegbert (Hg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2.*, Frankfurt am Main, S. 2059-2073.
- DOWNES, David/ ROCK, Paul (1971): Social Reaction to Deviance and Its Effects on Crime and Criminal Careers, in: *The British Journal of Sociology*, Vol. 22, No. 4, S. 351-364.
- DUCHHARDT, Heinz (1993): Vorwort, in: DERS. (Hg.), *Stadt und Universität*, Köln 1993, S. IV-XIII.
- DUCHHARDT, Heinz (Hg.) (1993): *Stadt und Universität*, Köln.
- DUCLAUD, Jutta/ DUCLAUD, Rainer (1990): *Leipziger Zünfte*, Berlin.
- DÜLMEN, Richard van (1984): Vorbemerkung, in: DÜLMEN, Richard van/ SCHINDLER, Norbert (Hg.), *Volkskultur. Zur Wiederentdeckung des vergessenen Alltags (16.-20. Jahrhundert)*, Frankfurt am Main, S. 7-11.
- EHRENPREIS, Stefan (2003): Frühneuzeitliche Universitätsgeschichte – Leistungen und Defizite der deutschen Forschung seit 1990, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 6, S. 262-266.
- EIBACH, Joachim (1996): Kriminalitätsgeschichte zwischen Sozialgeschichte und Historischer Kulturforschung, in: *Historische Zeitschrift* 263, S. 681-715.
- EIBACH, Joachim (1998): Städtische Gewaltkriminalität im Ancien Régime. Frankfurt am Main im europäischen Kontext, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 25, S. 359-382.

- EIBACH, Joachim (2003): *Frankfurter Verhöre. Städtische Lebenswelten und Kriminalität im 18. Jahrhundert*, Paderborn.
- EIBACH, Joachim (2004): Städtische Strafjustiz als konsensuale Praxis: Frankfurt a.M. im 17. und 18. Jahrhundert, in: SCHLÖGL, Rudolf (Hg.), *Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt*, Konstanz, S. 181-214.
- EIBACH, Joachim (2005): Institutionalisierte Gewalt im urbanen Raum: ‚Stadtfrieden‘ in Deutschland und der Schweiz zwischen bürgerlicher und obrigkeitlicher Regelung (15.-18. Jahrhundert), in: ULBRICH, Claudia/JARZEBOWSKI, Claudia/ HOHKAMP, Michaela (Hg.), *Gewalt in der Frühen Neuzeit. Beiträge zur 5. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Frühe Neuzeit im VHD*, Berlin, S. 189-205.
- EIBACH, Joachim (2009): Gibt es eine Geschichte der Gewalt? Zur Praxis des Konfliktes heute, in der Vormoderne und im 19. Jahrhundert, in: HABERMAS, Rebekka/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Verbrechen im Blick. Perspektiven der neuzeitlichen Kriminalitätsgeschichte*, Frankfurt am Main, S. 182-216.
- EIBACH, Joachim (2014): *Justitia* im Zeitalter der Aufklärung. Diskurs und Verfahren, in: MELVILLE, Gert/ VOGT-SPIRA, Gregor/ BREITENSTEIN, Mirko (Hg.), *Europäische Grundbegriffe im Wandel, Bd. 1: Gerechtigkeit*, Köln, S. 172-188.
- EIBACH, Joachim (2016): Violence and Masculinity, in: JOHANSEN, Anja/ KNEPPER, Paul (Hg.), *The Oxford Handbook of the History of Crime and Criminal Justice*, New York, S. 229-249.
- EISNER, Manuel (2001): Individuelle Gewalt und Modernisierung in Europa 1200-2000, in: ALBRECHT, Günter/ BACKES, Otto/ KÜHNEL, Wolfgang (Hg.), *Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität*, Frankfurt am Main, S. 71-100.
- EISNER, Manuel (2003): Long-Term Historical Trends in Violent Crime, in: *Crime and Justice* 30, S. 83-142.
- ERIKSSON, Magnus/ KRUG-RICHTER, Barbara (2003): Streitkulturen – Eine Einführung, in: DIES. (Hg.), *Streitkulturen. Gewalt, Konflikt und Kommunikation in der ländlichen Gesellschaft (16.-19. Jahrhundert)*, Köln, S. 1-16.
- FEILZER, Heinrich (1971): *Jugend in der mittelalterlichen Ständegesellschaft. Ein Beitrag zum Problem der Generationen*, Wien.

- FENSKE, Michaela (2006): *Marktkultur in der Frühen Neuzeit. Wirtschaft, Macht und Unterhaltung auf einem städtischen Jahr- und Viehmarkt*, Köln u.a.
- FLÜGEL, Axel (1994): »Gott mit uns« - Zur Festkultur im 17. Jahrhundert am Beispiel der Lob- und Dankfeste und Fastnachtsbräuche in Leipzig, in: Keller, Katrin (Hg.), *Feste und Feiern. Zum Wandel städtischer Festkultur in Leipzig*, Leipzig, S. 49-68.
- FOUQUET, Gerhard (2003): Trinkstuben und Bruderschaften – soziale Orte in den Städten des Spätmittelalters. Zusammenfassung, in: FOUQUET, Gerhard/STEINBRINK, Matthias/ ZEILINGER, Gabriel (Hg.), *Geschlechtergesellschaften, Zunft-Trinkstuben und Bruderschaften in spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten. 40. Arbeitstagung in Pforzheim 16. - 18. November 2001*, Stuttgart, S. 255-258.
- FRANK, Michael (1998): Trunkene Männer und nüchterne Frauen. Zur Gefährdung von Geschlechterrollen durch Alkohol in der Frühen Neuzeit, in: DINGES, Martin (Hg.), *Hausväter, Priester, Kastraten. Zur Konstruktion von Männlichkeit in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, Göttingen, S. 187-212.
- FRANKE, Erich (1961): Die Universitätsgebäude von 1409 bis ins 17. Jahrhundert, in: FÜßLER, Heinz (Hg.), *Leipziger Universitätsbauten*, Leipzig, S. 121-164.
- FRANKE, Richard Walter (1936): Zur Geschichte des Zweikampfes und Duellwesens an der Universität Leipzig, in: *Schriften des Vereins für die Geschichte Leipzigs* 19, S. 34-46.
- FRANKE, Richard Walter (1937): Der Pennalismus auf der Universität Leipzig, in: EMMERICH, Werner (Hg.), *Von Land und Kultur. Beiträge zur Geschichte des mitteldeutschen Ostens*, Leipzig, S. 203-244.
- FREIST, Dagmar (2005): Einleitung: Staatsbildung, lokale Herrschaftsprozesse und kultureller Wandel in der Frühen Neuzeit, in: ASCH, Ronald G./ FREIST, Dagmar (Hg.), *Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation von Herrschaft in der Frühen Neuzeit*, Köln, S. 1-47.
- FREVERT, Ute (1991): *Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft*, München.
- FRIJHOFF, Willem (1996): Grundlagen, in: RÜEGG, Walter (Hg.), *Geschichte der*

- Universität in Europa*, Band II, Von der Reformation zur Französischen Revolution (1500-1800), München, S. 53-102.
- FUHRMANN, Rosi/ KÜMIN, Beat/ WÜRLER, Andreas (1998): Supplizierende Gemeinden. Aspekte einer vergleichenden Quellenbetrachtung, in: BLICKLE, Peter (Hg.), *Gemeinde und Staat im Alten Europa*, München, S. 267-323.
- FÜSSEL, Marian (2004): Devianz als Norm? Studentische Gewalt und akademische Freiheit in Köln im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Westfälische Forschungen* 54, S. 145-166.
- FÜSSEL, Marian (2005a): Gewalt im Zeichen der Feder. Soziale Leitbilder in akademischen Initiationsriten der Frühen Neuzeit, in: ULBRICH, Claudia/ JARZEBOWSKI, Claudia/ HOHKAMP, Michaela (Hg.), *Gewalt in der Frühen Neuzeit. Beiträge zur 5. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Frühe Neuzeit im VHD*, Berlin, S. 101-116.
- FÜSSEL, Marian (2005b): Riten der Gewalt. Zur Geschichte der akademischen Deposition und des Pennalismus in der frühen Neuzeit, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 32, S. 605-648.
- FÜSSEL, Marian (2005c): Studentenkultur als Ort hegemonialer Männlichkeit? Überlegungen zum Wandel akademischer Habitusformen vom Ancien Régime zur Moderne, in: DINGES, Martin (Hg.), *Männer – Macht – Körper. Hegemoniale Männlichkeiten vom Mittelalter bis heute*, Frankfurt am Main, S. 85-100.
- FÜSSEL, Marian (2006a): Die inszenierte Universität. Ritual und Zeremoniell als Gegenstand der frühneuzeitlichen Universitätsgeschichte, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 9, S. 19-33.
- FÜSSEL, Marian (2006b): *Gelehrtenkultur als symbolische Praxis. Rang, Ritual und Konflikt an der Universität der Frühen Neuzeit*, Darmstadt.
- FÜSSEL, Marian (2006c): Umstrittene Grenzen. Zur symbolischen Konstitution sozialer Ordnung in einer frühneuzeitlichen Universitätsstadt am Beispiel Helmstedt, in: HOCHMUTH, Christian/ RAU, Susanne (Hg.), *Machträume der frühneuzeitlichen Stadt*, Dresden, S. 171-191.
- FÜSSEL, Marian (2011): Akademischer Sittenverfall? Studentenkultur vor, in und nach der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in: *Militär und Gesellschaft in der Frühen*

Neuzeit 15, Heft 1, S. 124-146.

- FÜSSEL, Marian (2012): Ständisch-korporative Duellkulturen – Ein Kommentar, in: LUDWIG, Ulrike/ KRUG-RICHTER, Barbara/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne*, Konstanz, S. 301-309.
- FÜSSEL, Marian (2015a): Die relationale Gesellschaft. Zur Konstitution ständischer Ordnung in der Frühen Neuzeit aus praxeologischer Perspektive, in: FREIST, Dagmar (Hg.), *Diskurse – Körper – Artefakte. Historische Praxeologie in der Frühneuzeitforschung*, Bielefeld, S. 115-137.
- FÜSSEL, Marian (2015b): Öffentlichkeit und Geheimnis an der Universität der Frühen Neuzeit, in: BOECK, Gisela/ LAMMEL, Hans-Uwe (Hg.), *Denkmale – Statuten – Zeitzeugen. Facetten Rostocker Universitätsgeschichtsschreibung (2)*, Rostock, S. 7-30.
- FÜSSEL, Marian (2016): Studentenkultur in der Frühen Neuzeit. Praktiken – Lebensstile – Konflikte, in: SPEER, Andreas/ BERGER, Andreas (Hg.), *Wissenschaft mit Zukunft. Die „alte“ Kölner Universität im Kontext der europäischen Universitätsgeschichte*, Köln, S. 173-204.
- FÜSSEL, Marian/ RÜTHER, Stefanie (2004): Einleitung, in: DARTMANN, Christoph/ FÜSSEL, Marian/ RÜTHER, Stefanie (Hg.), *Raum und Konflikt. Zur symbolischen Konstituierung gesellschaftlicher Ordnung in Mittelalter und Früher Neuzeit*, Münster, S. 9-18.
- FÜSSEL, Marian/ WAGNER, Wolfgang Eric (2014): Studentenkulturen. Begriff – Forschungsstand – Perspektiven, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 14, S. 39-55.
- GESTRICH, Andreas (2007a): [Art.] „Jugend“, in: *Enzyklopädie der Neuzeit* 6, Stuttgart/ Weimar, Sp. 163-169.
- GESTRICH, Andreas (2007b): [Art.] „Jugendgruppen“, in: *Enzyklopädie der Neuzeit* 6, Stuttgart/ Weimar, Sp. 169-171.
- GEUS, Elmar (2002): *Mörder, Diebe, Räuber. Historische Betrachtung des deutschen Strafrechts von der Carolina bis zum Reichsstrafgesetzbuch*, Berlin.
- GIEYSZTOR, Aleksander (1993): Organisation und Ausstattung, in: RÜEGG, Walter (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa*, Band I, Mittelalter, München, S.

109-138.

GILLIS, John R. (1994): *Geschichte der Jugend*, München.

GLEICHMANN, Peter Reinhart (1983): Nacht und Zivilisation, in: BAETHGE, Martin/ EßBACH, Wolfgang (Hg.), *Soziologie: Entdeckungen im Alltäglichen. Hans Paul Bahrdt Festschrift zu seinem 65. Geburtstag*, Frankfurt/ New York, S. 174-195.

GLEIXNER, Ulrike (1995): Geschlechterdifferenzen und die Faktizität des Fiktionalen. Zur Dekonstruktion frühneuzeitlicher Verhörprotokolle, in: *WerkstattGeschichte* 11, S. 65-70.

GÖBNER, Andreas (2007): Die kursächsische Universitätspolitik, in: JUNGHANS, Helmar (Hg.), *Die kursächsischen Kurfürsten während des Religionsfriedens 1555 bis 1618*, Stuttgart, S. 115-126.

GÖBNER, Andreas (2008): Disziplinierung an der lutherischen Universität der Frühen Neuzeit, in: SIEBE, Daniela (Hg.), „Orte der Gelahrtheit“. *Personen, Prozesse und Reformen an protestantischen Universitäten des Alten Reiches*, Stuttgart, S. 103-118.

GÖTTSCHE, Silke (1991): Zur Konstruktion schichtenspezifischer Wirklichkeit. Strategien und Taktiken ländlicher Unterschichten vor Gericht, in: BÖNISCH-BREDNICH, Brigitte/ BREDNICH, Rolf W./ GERNAT, Helge (Hg.), *Erinnern und vergessen. Vorträge des 27. Deutschen Volkskundekongresses Göttingen 1989*, Göttingen, S. 443-452.

GÖTTSCHE, Silke (2007): Archivalische Quellen und die Möglichkeiten ihrer Auswertung, in: GÖTTSCHE, Silke/ LEHMANN, Albrecht (Hg.) *Methoden der Volkskunde. Positionen, Quellen, Arbeitsweisen der europäischen Ethnologie*, 2., überarb. und erw. Aufl., Berlin, S. 17-32.

GÖTZ, Friedrich (1924): *Leipzig als Garnison. Eine heeresgeschichtliche Chronik*, Bielefeld.

GREBENSTEIN, Georg (1986): Die Leipziger Scharfrichter und die hohe städtische Gerichtsbarkeit, in: *Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte* 4, S. 71-93.

GREYERZ, Kasper von (2010): *Passagen und Stationen. Lebensstufen zwischen Mittelalter und Moderne*, Göttingen.

- GRIESEBNER, Andrea (2000): *Konkurrierende Wahrheiten. Malefizprozesse vor dem Landgericht Perchtoldsdorf im 18. Jahrhundert*, Wien u. a.
- GRIEBINGER, Andreas (1981): *Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert*, Frankfurt am Main u. a.
- GROEBNER, Valentin (1995): Der verletzte Körper und die Stadt. Gewalttätigkeit und Gewalt in Nürnberg am Ende des 15. Jahrhunderts, in: LINDENBERGER, Thomas/ LÜDTKE, Alf (Hg.), *Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit*, Frankfurt am Main, S. 162-189.
- GÜNZEL, Stefanie (2001): *Die geschichtliche Entwicklung des Jugendstrafrechts und des Erziehungsgedankens: mit besonderer Berücksichtigung der "Erziehung in einer Einrichtung über Tag und Nacht" gem. § 12 Nr. 2 JGG*, Marburg.
- HAACK, Julia (2008): *Der vergällte Alltag. Zur Streitkultur im 18. Jahrhundert*, Köln.
- HAFENEGER, Benno (2015): Jugendkultur und Gewalt aus sozialhistorischer Sicht, in: MELZER, Wolfgang/ HERMANN, Dieter/ SANDFUCHS, Uwe/ SCHÄFER, Mechthild/ SCHUBARTH, Wilfried/ DASCHNER, Peter (Hg.), *Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen*, Bad Heilbrunn, S. 43-47.
- HAHN, Kornelia (1996): Soziale Kontrolle als soziologischer Grundbegriff. Klassische und neuere Thesen revisited, in: *Kriminologisches Journal* 28, Heft 4, S. 261-280.
- HALDEMAN, Arno (2015): Das gerügte Haus: Rügerituale am Haus in der Ehrgesellschaft der Frühen Neuzeit, in: EIBACH, Joachim/ SCHMIDT-VOGES, Inken (Hg.), *Das Haus in der Geschichte Europas. Ein Handbuch*, Berlin, S. 433-448.
- HAMMERSTEIN, Notker (2013): Alltagsarbeit. Anmerkungen zu neueren Universitätsgeschichten, in: *Historische Zeitschrift* 297/ 1, S. 102-125.
- HANNKEN-ILLJES, Kati (2006): Mit Geschichten argumentieren – Argumentation und Narration im Strafverfahren, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 27, Heft 2, S. 211-223.
- HANSMANN, Otto (1995): *Kindheit und Jugend zwischen Mittelalter und Moderne. Ein Lese-, Arbeits- und Studienbuch*, Weinheim.
- HARDTWIG, Wolfgang (1986): Sozialverhalten und Wertwandel der jugendlichen Bildungsschicht im Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft (17.-19. Jahrhundert),

- in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 73, Heft 3, S. 305-335.
- HARDTWIG, Wolfgang (1992): Die Lebensführungsart der jugendlichen Bildungsschicht 1750-1819, in: ASMUS, Helmut (Hg.), *Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung: zum 175. Jahrestag des Wartburgsfestes*, Berlin, S. 36-53.
- HÄRTER, Karl (1999a): Social Control and Enforcement of Policeordinances in Early Modern Criminal Procedure, in: SCHILLING, Heinz (Hg.), *Institutionen, Instrumente und Akteure sozialer Kontrolle und Disziplinierung im frühneuzeitlichen Europa*, Frankfurt am Main, S. 39-63.
- HÄRTER, Karl (1999b): Soziale Disziplinierung durch Strafe? Intentionen frühneuzeitlicher Policeyordnungen und staatliche Sanktionspraxis, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 26, S. 365-379.
- HÄRTER, Karl (2000a): Strafverfahren im frühneuzeitlichen Territorialstaat: Inquisition, Entscheidungsfindung, Supplikation, in: BLAUERT, Andreas/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, Konstanz, S. 459-480.
- HÄRTER, Karl (2000b): Zum Verhältnis von Policey und Strafrecht bei Carpzov, in: JEROUSCHEK, Günther/ SCHILD, Wolfgang/ GROPP, Walter (Hg.), *Benedict Carpzov. Neue Perspektiven zu einem umstrittenen sächsischen Juristen*, Tübingen, S. 181-225.
- HÄRTER, Karl (2005a): Das Aushandeln von Sanktionen und Normen. Zu Funktion und Bedeutung von Supplikationen in der frühneuzeitlichen Strafjustiz, in: NUBOLA, Cecilia/ WÜRLER, Andreas (Hg.), *Bittschriften und Gravamina. Politik, Verwaltung und Justiz in Europa (14. – 18. Jahrhundert)*, Berlin, S. 243-274.
- HÄRTER, Karl (2005b): *Policey und Straffjustiz in Kurmainz. Gesetzgebung, Normdurchsetzung und Sozial Kontrolle im frühneuzeitlichen Territorialstaat*, 2. Bde., Frankfurt am Main.
- HÄRTER, Karl/ STOLLEIS, Michael (1996): Einleitung, in: HÄRTER, Karl (Hg.), *Repertorium der Policeyordnungen der Frühen Neuzeit, Bd. 1: Deutsches Reich und geistliche Kurfürsten (Kurmainz, Kurtrier, Kurköln)*, Frankfurt am Main, S. 1-36.

- HARTUNG, Birgit (2009): Die Bauten der Universität Leipzig vom Dreißigjährigen Krieg bis 1830, in: MAREK Michaela/ TOPFSTEDT, Thomas (Hg.), *Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 5. Geschichte der Leipziger Universitätsbauten im urbanen Kontext*, Leipzig, S. 51-75.
- HENSEL, Matthias (Hg.) (2014): *Pennalismus. Ein Phänomen protestantischer universitäten im 17. Jahrhundert*, Leipzig.
- HENSELMEYER, Ulrich (2002a): Dienst-Ehre-Gewalt. Überlegungen zur Interpretation der Gewaltdelinquenz von Stadtknechten und Bütteln in der spätmittelalterlichen Stadt, in: HOLENSTEIN, André/ KONERSMANN, Frank/ PAUSER, Josef/ SÄLTER, Gerhard (Hg.), *Policey in lokalen Räumen. Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main, S. 55-70.
- HENSELMEYER, Ulrich (2002b): *Ratsherren und andere Delinquenten. Die Rechtsprechungspraxis bei geringfügigen Delikten im spätmittelalterlichen Nürnberg*, Konstanz.
- HERBST, Kurt (1961): *Der Student in der Geschichte der Universität Leipzig. Kurugeschichtliche Streiflichter aus den ersten 500 Jahren der Universität*, Leipzig.
- HERMSEN, Edmund (1998): Jugendleben im Hoch- und Spätmittelalter, in: HORN, Klaus-Peter/ CHRISTES, Johannes/ PARMENTIER, Michael (Hg.), *Jugend in der Vormoderne. Annäherungen an ein bildungshistorisches Thema*, Köln, S. 111-140.
- HERRMANN, Steffen Kitty (2013): Beleidigung, in: GUDEHUS, Christian/ CHRIST, Michaela (Hg.), *Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart/ Weimar, S. 110-115.
- HERRMANN, Ulrich (1982): Was heißt „Jugend“? Jugendkonzeptionen in der deutschen Sozialgeschichte, in: WEHLING, Hans-Georg (Hg.), *Jugend, Jugendprobleme, Jugendprotest*, Stuttgart, S. 11-27.
- HESS, Henner (1983): Probleme der sozialen Kontrolle, in: KERNER, Hans-Jürgen/ GÖPPINGER, Hans/ STRENG, Franz (Hg.), *Kriminologie – Psychiatrie – Strafrecht. Festschrift für Heinz Leferenz zum 70. Geburtstag*, Heidelberg, S. 3-24.
- HOFFMANN, Carl A. (1999): Nachbarschaften als Akteure und Instrumente der sozialen

- Kontrolle in urbanen Gesellschaften des sechzehnten Jahrhunderts, in: SCHILLING, Heinz (Hg.), *Institutionen, Instrumente und Akteure sozialer Kontrolle und Disziplinierung im frühneuzeitlichen Europa*, Frankfurt am Main, S. 187-202.
- HOFFMANN, Carl A. (2000): Außergerichtliche Einigungen bei Straftaten als vertikale und horizontale soziale Kontrolle im 16. Jahrhundert, in: BLAUERT, Andreas/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, Konstanz, S. 563-579.
- HOFFMANN, Carl A. (2004): Die gesellschaftliche und rechtliche Bedeutung von Suppliken im städtischen Strafverfahren des 16. Jahrhunderts. Das Beispiel Augsburg, in: NUBOLA, Cecilia/ WÜRGLER, Andreas (Hg.), *Forme della comunicazione politica in Europa nei secoli XV-XVIII. Suppliche, gravamina, lettere*, Bologna/ Berlin, S. 73-93.
- HOLENSTEIN, André (2000): Die Umstände der Normen – die Normen der Umstände. Policyordnungen im kommunikativen Handeln von Verwaltung und lokaler Gesellschaft im Ancien Régime, in: HÄRTER, Karl (Hg.), *Policy und frühneuzeitliche Gesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 1-46.
- HOLENSTEIN, André (2003): “Gute Policy” und lokale Gesellschaft im Staat des Ancien Régime. Das Fallbeispiel der Markgrafschaft Baden(-Durlach), 2. Bde., Tübingen.
- HOLENSTEIN, André (2005): Kommunikatives Handeln im Umgang mit Policyordnungen. Die Markgrafschaft Baden im 18. Jahrhundert, in: ASCH, Ronald G./ FREIST, Dagmar (Hg.), *Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation von Herrschaft in der Frühen Neuzeit*, Köln, S. 191-208.
- HOLENSTEIN, André (2008): *Gute Policy* und die Information des Staates im Ancien Régime, in: BRENDECKE, Arndt/ FRIEDRICH, Markus/ FRIEDRICH, Susanne (Hg.), *Information in der Frühen Neuzeit. Status, Bestände, Strategien*, Berlin/ Münster, S. 201-213.
- HOLENSTEIN, André/ KONERSMANN, Frank/ PAUSER, Josef/ SÄLTER, Gerhard (2002a): Der Arm des Gesetzes. Ordnungskräfte und gesellschaftliche Ordnung in der Vormoderne als Forschungsfeld (Einleitung), in: DIES. (Hg.), *Policy in lokalen*

- Räumen. Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main, S. 1-54.
- HOLENSTEIN, André/ KONERSMANN, Frank/ PAUSER, Josef/ SÄLTER, Gerhard (Hg.) (2002b): *Policey in lokalen Räumen. Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main.
- HOLZSCHUH, Karl (1957): *Geschichte des Jugendstrafrechts bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts (unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Entwicklung)*, Diss. Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Mainz.
- HORN, Klaus-Peter (1998): Was ist denn eigentlich die Jugend? Moderne Fragen und vormoderne Antworten, in: HORN, Klaus-Peter/ CHRISTES, Johannes/ PARMENTIER, Michael (Hg.), *Jugend in der Vormoderne. Annäherungen an ein bildungshistorisches Thema*, Köln, S. 1-20.
- HORN, Klaus-Peter/ CHRISTES, Johannes/ PARMENTIER, Michael (1998): Einleitung, in: DIES. (Hg.), *Jugend in der Vormoderne. Annäherungen an ein bildungshistorisches Thema*, Köln, S. VII-XI.
- HORNSTEIN, Walter (1965): *Vom »Jungen Herrn« zum »Hoffnungsvollen Jüngling«.* *Wandlungen des Jugendlebens im 18. Jahrhundert*, Heidelberg.
- HORNSTEIN, Walter (1966): *Jugend in ihrer Zeit. Geschichte und Lebensformen des jungen Menschen in der europäischen Welt*, Hamburg.
- HORWITZ, Allan V. (1990): *The Logic of Social Control*, New York/ London.
- HOYER, Siegfried (1987): Stadt und Universität Leipzig im 15. Jahrhundert, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 14, S. 160-172.
- HOYER, Siegfried (1999): Die Gerichtsbarkeit der Universität Leipzig bis zum Ende des 15. Jahrhunderts, in: *Rechtsbücher und Rechtsordnung in Mittelalter und früher Neuzeit* (Sächsische Justizgeschichte, Bd. 9), Dresden, S. 122-142.
- HOYER, Siegfried (2000): Benedict Carpzov in Leipzig, in: JEROUSCHEK, Günther/ SCHILD, Wolfgang/ GROPP, Walter (Hg.), *Benedict Carpzov. Neue Perspektiven zu einem umstrittenen sächsischen Juristen*, Tübingen, S. 27-41.
- HOYER, Siegfried (2010): *Kleine Geschichte der Leipziger Studentenschaft 1409-1989*, Leipzig.

- HUMMEL, Annett (1999): *Das Leipziger Untergericht im 15. und 16. Jahrhundert*, Magisterarbeit an der Universität Leipzig.
- HÜTTERMANN, Jörg (2000): Review Essay: „Dichte Beschreibung“ oder Ursachenforschung der Gewalt? Anmerkungen zu einer falschen Alternative im Lichte der Problematik funktionaler Erklärungen, in: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, Band 2/ 1, S. 54-69.
- HÜTTERMANN, Jörg (2004): »Dichte Beschreibung« oder Ursachenforschung der Gewalt? Anmerkungen zu einer falschen Alternative im Lichte der Problematik funktionaler Erklärungen, in: HEITMEYER, Wilhelm/ SOEFFNER, Hans-Georg (Hg.), *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main, S. 107-124.
- IMBUSCH, Peter (2002): Der Gewaltbegriff, in: HEITMEYER, Walter/ HAGAN, Johann (Hg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden, S. 26-57.
- IMBUSCH, Peter (2004): »Mainstreamer« versus »Innovateure« der Gewaltforschung: Eine kuriose Debatte, in: HEITMEYER, Wilhelm/ SOEFFNER, Hans-Georg (Hg.), *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main, S. 107-124.
- INHETVEEN, Katharina (2005): Gewalt in ihren Deutungen. Anmerkungen zu Kulturalität und Kulturalisierung, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie. Vierteljahresschrift der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie*, Jg. 30, H. 3, S. 28-50.
- INNES, Martin (2003): *Understanding social control. Deviance, crime and social order*, Berkshire.
- ISENMANN, Eberhard (2014): *Die deutsche Stadt im Mittelalter 1150-1550. Stadtgestalt, Recht, Verfassung, Stadtrecht, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft*, 2. Aufl., Köln.
- JANOWITZ, Morris (1973): Wissenschaftshistorischer Überblick zur Entwicklung des Grundbegriffs »Soziale Kontrolle«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 25-3, S. 499-514.
- JASER, Christian (2014): Der Bürger und das Schwert. Faktoren der städtischen Fechtschulkonjunktur im ausgehenden Mittelalter, in: DEUTSCHER, Lisa/ KAISER,

- Mirjam/ WETZLER, Sixt (Hg.), *Das Schwert - Symbol und Waffe. Beiträge zur geisteswissenschaftlichen Nachwuchstagung vom 19.-20. Oktober 2012 in Freiburg/ Breisgau*, Rahden, S. 207-223.
- JASER, Christian (2016): Ernst und Schimpf – Fechten als Teil städtischer Gewalt- und Sportkultur, in: ISRAEL, Uwe/ JASER, Christian (Hg.), *Agon und Distinktion. Soziale Räume des Zweikämpfs zwischen Mittelalter und Neuzeit*, Berlin, S. 221-241.
- JOHANN, Anja (2001): *Kontrolle mit Konsens. Sozialdisziplinierung in der Reichsstadt Frankfurt am Main im 16. Jahrhundert*, Frankfurt am Main.
- JUNGHANS, Helmar (2007): Die kursächsische Kirschen- und Schulordnung von 1580 – Instrument der »lutherischen« Konfessionalisierung?, in: DERS. (Hg.), *Die kursächsischen Kurfürsten während des Religionsfriedens 1555 bis 1618*, Stuttgart, S. 209-238.
- KÄSTNER, Alexander (2010): [Rezension von] LUDWIG, Ulrike (Leipzig), Philippismus und orthodoxes Luthertum an der Universität Wittenberg. Die Rolle Jakob Andreäs im lutherischen Konfessionalisierungsprozeß Kursachsens (1576-1580), Münster 2009, in: *Neues Archiv für Sächsische Geschichte* 81, S. 307-311.
- KÄSTNER, Alexander (2012): *Tödliche Geschichte(n). Selbsttötungen in Kursachsen im Spannungsfeld von Normen und Praktiken (1547-1815)*, Konstanz.
- KÄSTNER, Alexander (2013): Welcher Pfaffe ist ein Schelm? Nachbarschaft, Konflikte und religiöse Devianz in Leipzig (1640), in: KÄSTNER, Alexander/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Göttlicher Zorn und menschliches Maß. Religiöse Abweichung in frühneuzeitlichen Stadtgemeinschaften*, Konstanz, S. 183-214.
- KÄSTNER, Alexander/ SCHERER, Annette (2013): „die heilige dreyfaltigkeit, salva reverential, angeschießenn“. Wahrnehmung und Deutung gotteslästerlicher Worte in Leipzig im 17. Jahrhundert, in: DREISCHER, Stephan/ LUNDGREEN, Christoph/ SCHOLZ, Sylka/ SCHULZ, Daniel (Hg.), *Jenseits der Geltung. Konkurrierende Transzendenzbehauptungen von der Antike bis zur Gegenwart*, Berlin, S. 85-102.
- KÄSTNER, Alexander/ SCHWERHOFF, Gerd (2013): Religiöse Devianz in alteuropäischen Stadtgesellschaften. Eine Einführung in systematischer Absicht, in: DIES. (Hg.), *Göttlicher Zorn und menschliches Maß. Religiöse Abweichung in*

- frühneuzetlichen Stadtgemeinschaften*, Konstanz, S. 9-43.
- KELLER, Katrin (1986): Zur Handwerksgesetzgebung des kursächsischen Territorialstaates 1547-1780, in: *Regionalgeschichtliche Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt* 7, S. 74-84.
- KELLER, Katrin (1989a): Arbeits- und Lebensbedingungen im zünftig organisierten Kürschnerhandwerk – Das Beispiel Leipzig, in: *Der Brühl*, Heft 3, S. 29-31.
- KELLER, Katrin (1989b): Arbeits- und Lebensbedingungen im zünftig organisierten Kürschnerhandwerk – Das Beispiel Leipzig, in: *Der Brühl*, Heft 4, S. 30-32.
- KELLER, Katrin (1990a): Handwerkeralltag im 16. Jahrhundert. Zu grundlegenden Lebensverhältnissen von Meistern der Leipziger Leder- und Textilhandwerke, in: CZOK, Karl/ BRÄUER, Helmut, *Studien zur älteren sächsischen Handwerksgeschichte* (Sitzungsberichte der sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Bb. 130, H. 6), Berlin, S. 8-49.
- KELLER, Katrin (1990b): Handwerksgesellen im 16. Jahrhundert. Zum Alltag von Gesellen in Leipziger Leder- und Textilhandwerken, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 17/ 1, S. 116-124.
- KELLER, Katrin (1994): Gemeine Bürgerschaft und Obrigkeit. Zu Wirkungsmöglichkeiten von Handwerksmeistern innerhalb städtischer Selbstverwaltungsorgane Leipzigs im 16. Jahrhundert, in: EHBRECHT, Wilfried (Hg.), *Verwaltung und Politik in Städten Mitteleuropas. Beiträge zu Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit in altständischer Zeit*, Köln, S. 183-190.
- KELLER, Katrin (2002): *Landesgeschichte Sachsen*, Stuttgart.
- KERN, Bernd-Rüdiger (2015): Rechtspflege, in: BÜNZ, Enno (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation*, Leipzig, S. 213-221.
- KESPER-BIERMANN, Sylvia/ LUDWIG, Ulrike/ ORTMANN, Alexandra (2011): Ehre und Recht. Zur Einleitung, in: DIES. (Hg.), *Ehre und Recht. Ehrkonzepte, Ehrverletzungen und Ehrverteidigungen vom späten Mittelalter bis zur Moderne*, Magdeburg, S. 3-16.
- KESPER-BIERMANN, Sylvia/ LUDWIG, Ulrike/ ORTMANN, Alexandra (Hg.) (2011): *Ehre*

und Recht. Ehrkonzepte, Ehrverletzungen und Ehrverteidigungen vom späten Mittelalter bis zur Moderne, Magdeburg.

KLUGE, Arnd (2007): *Die Zünfte*, Stuttgart.

KOPP, Johannes/ STEINBACH, Anja (Hg.) (2016): *Grundbegriffe der Soziologie*, 11. Aufl., Wiesbaden.

KORGE, Marcel (2007/2008): „... dem Handtwerge glaubwürdige Urkunde bringen ...“ Die Forderungen ehelicher und ehrlicher Geburt am Beispiel spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Leipziger Zünfte, in: *Leipziger Kalender*, S. 101-122.

KORGE, Marcel (2010): *Der gute Ruf des Handwerks. Normative Ehrvorstellungen und soziale Praxis in Spätmittelalter und Früher Neuzeit. Das Beispiel der Leipziger Schneider- und Goldschmiedeinnung (1470-1730)*, Magdeburg.

KORGE, Marcel (2016): Unruhiges Gewerbe? Fehden, Boykotts und Streiks – Die Beteiligung der Leipziger Handwerksgesellen an Konflikten vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, in: BRIELER, Ulrich/ ECKERT, Rainer (Hg.), *Unruhiges Leipzig. Beiträge zu einer Geschichte des Ungehorsams in Leipzig*, Leipzig, S. 67-100.

KOSLOFSKY, Craig (2011): *Evening's Empire. A History of the Night in Early Modern Europe*, Cambridge.

KRAMER, Karl-Sigismund (1956): Das Herausfordern aus dem Haus. Lebensbild eines Rechtsbrauches, in: *Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde*, S. 121-138.

KRAMER, Karl-Sigismund (1974): *Grundriß einer rechtlichen Volkskunde*, Göttingen.

KRÄMER, Sybille (2007): Sprache als Gewalt oder: Warum verletzen Worte?, in: HERRMANN, Steffen K./ KRÄMER, Sybille/ KUCH, Hannes (Hg.), *Verletzende Worte. Die Grammatik sprachlicher Missachtung*, Bielefeld, S. 31-48.

KRAUSE, Peter (1979): „O alte Burschenherrlichkeit“ *Die Studenten und ihr Brauchtum*, Graz/ Wien/ Köln.

KRISCHER, André (2006): Neue Forschungen zur Kriminalitätsgeschichte, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 33, S. 387-415.

KRUG-RICHTER, Barbara (1999): Schlagende Männer, keifende Weiber? Geschlechtsspezifische Aspekte von Konflikt und Kommunikation in der ländlichen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, in: KÖHLE-HEZINGER, Christel/

- SCHARFE, Martin/ BREDNICH, Rolf Wilhelm (Hg.), *Männlich. Weiblich. Zur Bedeutung der Kategorie Geschlecht in der Kultur*, Münster, S. 271-281.
- KRUG-RICHTER, Barbara (2004a): »Du Bacchant, quid est Grammatica?« Konflikte zwischen Studenten und Bürgern in Freiburg/ Br. in der Frühen Neuzeit, in: KRUG-RICHTER, Barbara/ MOHRMANN, Ruth-E. (Hg.), *Praktiken des Konfliktaustrags in der Frühen Neuzeit*, Münster, S. 79-104.
- KRUG-RICHTER, Barbara (2004b): Von Messern, Mänteln und Männlichkeit. Aspekte studentischer Konfliktkultur im frühneuzeitlichen Freiburg im Breisgau, in: *Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit* 4, S. 26-52.
- KRUG-RICHTER, Barbara (unter Mitarbeit von Tina Braun) (2006): „Gassatum gehn“. Der Spaziergang in der studentischen Kultur der Frühen Neuzeit, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 9, S. 35-50.
- KRUG-RICHTER, Barbara (2007): »MANNS GENUG«! Konflikte um Männlichkeit in der frühneuzeitlichen Stadt, in: STOLLBERG-RILINGER, Barbara/ WELLER, Thomas (Hg.), *Wertekonflikte - Deutungskonflikte. Internationales Kolloquium des Sonderforschungsbereichs 496 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, 19. - 20. Mai 2005*, Münster, S. 251-270.
- KRUG-RICHTER, Barbara (2009a): Kulturhistorische Perspektive auf die frühneuzeitlichen Universitäten Europas. Eine Einleitung, in: KRUG-RICHTER, Barbara/ MOHRMANN, Ruth-E. (Hg.), *Frühneuzeitliche Universitätskulturen. Kulturhistorische Perspektiven auf die Hochschulen in Europa*, Köln, S. 1-16.
- KRUG-RICHTER, Barbara (2009b): Studentenleben. Kulturhistorische Perspektiven auf die frühneuzeitliche Universität, in: CARL, Horst/ LINGER, Friedrich (Hg.), *Universalität in der Provinz. Die vormoderne Landesuniversität Gießen zwischen korporativer Autonomie, staatlicher Abhängigkeit und gelehrten Lebenswelten*, Darmstadt, S. 273-288.
- KRUG-RICHTER, Barbara (2010): Von Schlafpelzen und akademischen Freiheit. Ein Leipziger »Studententumult« im frühen 18. Jahrhundert, in: FENSKE, Michaela (Hg.), *Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin, S. 215-228.
- KRUG-RICHTER, Barbara (2012): *Ein stund ernennen unnd im ein schlacht liefern.*

- Anmerkungen zum Duell in der studentischen Kultur, in: LUDWIG, Ulrike/ KRUG-RICHTER, Barbara/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne*, Konstanz, S. 275-287.
- KRUG-RICHTER, Barbara/ MOHRMANN, Ruth-E. (Hg.) (2009): *Frühneuzeitliche Universitätskulturen. Kulturhistorische Perspektiven auf die Hochschulen in Europa*, Köln.
- KÜMIN, Beat (2005): Friede, Gewalt und öffentliche Räume – Grenzziehungen im alteuropäischen Wirtshaus, in: ULBRICH, Claudia/ JARZEBOWSKI, Claudia/ HOHKAMP, Michaela (Hg.), *Gewalt in der Frühen Neuzeit. Beiträge zur 5. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Frühe Neuzeit im VHD*, Berlin, S. 131-139.
- KÜMIN, Beat (2009): Wirtshausgeschichte. Das Gastgewerbe in der historischen Frühneuzeitforschung, in: FRIEDRICH, Peter/ PARR, Rolf (Hg.), *Gastlichkeit. Erkundungen einer Schwellensituation*, Heidelberg, S. 117-131.
- KUPKE, Anne-Kristin (2010): *Die Kirchen und Schulvisitationen im 17. Jahrhundert auf dem Gebiet der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Mit einem Repertorium der Visitationsakten*, Leipzig.
- KUSCHE, Beate (2009): „Ego collegiatus“ - Die Magisterkollegien an der Universität Leipzig von 1409 bis zur Einführung der Reformation 1539. Eine struktur- und personengeschichtliche Untersuchung, 2 Bände, Leipzig.
- KUSCHE, Beate (2011): Leipziger Ratsprotokolle vom 17. bis in das 19. Jahrhundert – Interne Einblicke in die Tätigkeit des Stadtrates, in: *Leipziger Stadtgeschichte, Jahrbuch 2011*, S. 9-45.
- KUSCHE, Beate (2013): Gemeinschaftliches Wohnen, Studieren und Arbeiten in den Magisterkollegien an der Universität Leipzig am Beginn der Frühen Neuzeit, in: BERNHARDT, Kirsten/ KRUG-RICHTER, Barbara (Hg.), *Gastlichkeit und Geselligkeit im akademischen Milieu in der Frühen Neuzeit*, Münster, S. 13-34.
- KUSCHE, Beate (2016): Ratsregiment und Stadtverwaltung, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Band 2: Von der Reformation bis zum Wiener Kongress, Leipzig, S. 125-153.
- KUSCHE, Beate/ STEINFÜHRER, Henning (2009): Die Bauten der Universität Leipzig von 1409 bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges, in: MAREK Michaela/

- TOPFSTEDT, Thomas (Hg.), *Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 5. Geschichte der Leipziger Universitätsbauten im urbanen Kontext*, Leipzig, S. 11-50.
- KUSCHE, Sebastian (2010): Konfessionalisierung und Hochschulverfassung. Zu den lutherischen Universitätsreformen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 13, S. 27-44.
- LAMNEK, Siegfried (2013): *Theorien abweichenden Verhaltens I. „Klassische Ansätze“*. Eine Einführung für Soziologen, Psychologen, Juristen, Journalisten und Sozialarbeiter, 9. durchges. Aufl., Paderborn.
- LAMNEK, Siegfried/ VOGL, Susanne (2017): *Theorien abweichenden Verhaltens II. „Moderne“ Ansätze*. Eine Einführung für Soziologen, Psychologen, Juristen, Journalisten und Sozialarbeiter, 4. Aufl., Paderborn.
- LANDWEHR, Achim (2000a): „Normendurchsetzung“ in der frühen Neuzeit? Kritik eines Begriffs, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 48, S. 146-162.
- LANDWEHR, Achim (2000b): *Policey im Alltag. Die Implementation frühneuzeitlicher Policeyordnungen in Leonberg*, Frankfurt am Main.
- LANDWEHR, Achim (2000c): Policey vor Ort. Die Implementation von Policeyordnungen in der ländlichen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, in: HÄRTER, Karl (Hg.), *Policey und frühneuzeitliche Gesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 47-70.
- LEVI, Giovanni/ SCHMITT, Jean-Claude (1996): Einleitung, in: DIES. (Hg.), *Geschichte der Jugend*, Band 1, Von der Antike bis zum Absolutismus, Frankfurt am Main, S. 9-20.
- LIDMAN, Satu (2008): *Zum Spektakel und Abscheu. Schand- und Ehrenstrafen als Mittel öffentlicher Disziplinierung in München um 1600*, Frankfurt am Main.
- LIEBERWIRTH, Rolf (2008): [Art.] „Constitutio Criminalis Carolina“, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Band I, Berlin, Sp. 885-890.
- LIERMANN, Elke (2007): Muffen, Wetzen, Raupen. Freiburger Studentenhändel im 16. und 17. Jahrhundert, in: BRAUN, Tina/ LIERMANN, Elke, *Feinde, Freunde, Zechkumpane. Freiburger Studentenkultur in der Frühen Neuzeit*, Münster, S.

29-119.

- LIERMANN, Elke (2009): Mit Mantel und Degen. Studentisches Fechten im frühneuzeitlichen Freiburg/Br., in: KRUG-RICHTER, Barbara/ MOHRMANN, Ruth-E. (Hg.), *Frühneuzeitliche Universitätskulturen. Kulturhistorische Perspektiven auf die Hochschulen in Europa*, Köln, S. 31-51.
- LINDEN, August Robert von der (1947): *Die Strafrechtsanalogie in Carpzovs practica criminalis*, Bonn.
- LINDENBERGER, Thomas/ Lüdtke, Alf (1995): Einleitung. Physische Gewalt – eine Kontinuität der Moderne, in: DIES. (Hg.), *Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit*, Frankfurt am Main, S. 7-38.
- LOBE, Adolf (1978): *Die allgemeinen strafrechtlichen Begriffe nach Carpzov* (Nachdr. d. Ausg. Leipzig 1894), Frankfurt am Main.
- LOETZ, Francisca (1998): Zeichen der Männlichkeit? Körperliche Kommunikationsformen streitender Männer im frühneuzeitlichen Stadtstaat Zürich, in: DINGES, Martin (Hg.), *Hausväter, Priester, Kastraten. Zur Konstruktion von Männlichkeit in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, Göttingen, S. 264-293.
- LOETZ, Francisca (2000): L'infrajudiciaire. Facetten und Bedeutung eines Konzepts, in: BLAUERT, Andreas/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, Konstanz, S. 545-562.
- LOETZ, Francisca (2006): Gotteslästerung und Gewalt: ein historisches Problem, in: GREYERZ, Kaspar von/ SIEBENHÜNER, Kim (Hg.), *Religion und Gewalt. Konflikte, Rituale, Deutungen (1500-1800)*, Göttingen, S. 305-319.
- LORENZEN-SCHMIDT, Klaus-J. (1978): Beleidigungen in schleswig-holsteinischen Städten im 16. Jahrhundert. Soziale Norm und soziale Kontrolle in Städtegesellschaften, in: *Kieler Blätter zur Volkskunde* 10, S. 5-27.
- LÜCK, Heiner (1991): Die landesherrliche Gerichtsorganisation Kursachsens in der Mitte des 16. Jahrhunderts, in: MOHNHAUPT, Heinz (Hg.), *Rechtsgeschichte in den beiden deutschen Staaten (1988-1990). Beispiele, Parallelen, Positionen*, Frankfurt am Main, S. 287-322.
- LÜCK, Heiner (1997): *Die kursächsische Gerichtsverfassung 1423-1550*, Köln.
- LÜCK, Heiner (1998): Benedikt Carpzov (1595-1666) und der Leipziger Schöffentuhl,

- in: SCHIRMER, Uwe, *Sachsen im 17. Jahrhundert. Krise, Krieg und Neubeginn*, Beucha, S. 101-114.
- LÜCK, Heiner (1999a): Die Gerichtsverfassung im albertinischen Sachsen zwischen 1485 und 1580 – Ein Überblick, in: *Rechtsbücher und Rechtsordnung in Mittelalter und früher Neuzeit* (Sächsische Justizgeschichte, Bd. 9), Dresden, S. 200-225.
- LÜCK, Heiner (1999b): Sühne und Strafgerichtsbarkeit im Kursachsen des 15. und 16. Jahrhunderts, in: SCHLOSSER, Hans/ WILLOWEIT, Dietmar (Hg.), *Neue Wege strafrechtsgeschichtlicher Forschung*, Köln, S. 83-99.
- LÜCK, Heiner (2003): Zur Entstehung des peinlichen Strafrechts in Kursachsen: Genesis und Alternativen, in: RUDOLPH, Harriet/ SCHNABEL-SCHÜLE, Helga (Hg.), *Jusitz=Justice=Justicia? Rahmenbedingungen von Strafjustiz im frühneuzeitlichen Europa*, Trier, S. 271-286.
- LUDWIG, Ulrike (Dresden) (2003): Von "beschwerlich gefengnis" und "milder hafft". Ansichten zur Haft im Inquisitionsprozess von der Mitte des 16. bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts, in: AMMERER, Gerhard/ BRETSCHNEIDER, Falk/ WEIß, Alfred Stefan (Hg.), *Gefängnis und Gesellschaft. Zur (Vor-)Geschichte der strafenden Einsperrung*, Leipzig, S. 100-116.
- LUDWIG, Ulrike (Dresden) (2008a): *Das Herz der Justitia. Gestaltungspotentiale territorialer Herrschaft in der Strafrechts- und Gnadenpraxis am Beispiel Kursachsens 1548-1648*, Konstanz.
- LUDWIG, Ulrike (Dresden) (2008b): Untersuchungshaft im Strafverfahren, in: GERSMANN, Gudrun/ MOELLER, Katrin/ SCHMIDT, Jürgen-Michael (Hg.), *Lexikon zur Geschichte der Hexenverfolgung*, in: *historicum.net*, URL: <https://www.historicum.net/purl/jezut/> (Letzter Zugriff: 28.12.2017)
- LUDWIG, Ulrike (Dresden) (2012): Das Recht als Medium des Transfers. Die Ausbreitung des Duells im Alten Reich, in: LUDWIG, Ulrike/ KRUG-RICHTER, Barbara/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne*, Konstanz, S. 159-173.
- LUDWIG, Ulrike (Dresden) (2016): *Das Duell im Alten Reich. Transformation und Variationen frühneuzeitlicher Ehrkonflikte*, Berlin.

- LUDWIG, Ulrike (Dresden)/ KRUG-RICHTER, Barbara/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.) (2012): *Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne*, Konstanz.
- LUDWIG, Ulrike (Leipzig) (2007): Voraussetzungen, Bestimmungen und praktische Umsetzung der Universitätsreform des Jahres 1580 an der Alma mater Lipsiensis, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Universitätsgeschichte als Landesgeschichte. Die Universität Leipzig in ihren territorialgeschichtlichen Bezügen*, Leipzig, S. 85-104.
- LUDWIG, Ulrike (Leipzig) (2009): *Philippismus und orthodoxes Luthertum an der Universität Wittenberg. Die Rolle Jakob Andreäs im lutherischen Konfessionalisierungsprozeß Kursachsens (1576-1580)*, Münster.
- MAREK, Michaela/ TOPFSTEDT, Thomas (Hg.) (2009): *Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009. Bd. 5: Geschichte der Leipziger Universitätsbauten im urbanen Kontext*, Leipzig.
- MASCHKE, Erich/ SYDOW, Jürgen (Hg.) (1977): *Stadt und Universität im Mittelalter und in der frühen Neuzeit*. (13. Arbeitstagung in Tübingen 8.-10. 11. 1974), Sigmaringen.
- MATIKAINEN, Olli/ LIDMAN, Satu (2014): Histories of Social Control, in: DIES. (Hg.), *Morality, Crime and Social Control in Europe 1500-1900*, Helsinki, S. 7-16.
- MAYER, Hermann (1911): Kulturbilder aus dem Freiburger Studentenleben im Anschluß an die ältesten Disziplinargesetze der Universität Freiburg i. Br., in: *Schau-ins-Land* 38, S. 23-46.
- MC MAHON, Richard/ EIBACH, Joachim/ ROTH, Randolph (2013), Making sense of violence? Reflections on the history of interpersonal violence in Europe, in: *Crime, Histoire & Sociétés/ Crime, History & Societies*, Vol. 17, n°2, S. 5-26.
- MEIER, Andreas (2012): Handwerkerduelle im frühneuzeitlichen Kursachsen als (außer)gewöhnliche Gewalttriale, in: LUDWIG, Ulrike/ KRUG-RICHTER, Barbara/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne*, Konstanz, S. 289-299.
- MEIER, Robert F. (1982): Perspectives on the Concept of Social Control in: *Annual Review of Sociology*, Vol. 8, S. 35-55.
- MEUSER, Michael (2008): Ernste Spiele. Zur Konstruktion von Männlichkeit im

- Wettbewerb der Männer, in: BAUR, Nina/ LUEDTKE, Jens (Hg.), *Die soziale Konstruktion von Männlichkeit. Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten in Deutschland*, Opladen, S. 33-44.
- MEUSER, Michael (2012): Distinktion und Konjunktion. Zur Konstruktion von Männlichkeit im Wettbewerb: in: LUDWIG, Ulrike/ KRUG-RICHTER, Barbara/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne*, Konstanz, S. 39-48.
- MIEHE, Olaf (1968): Die Anfänge der Diskussion über eine strafrechtliche Sonderbehandlung jünger Täter, in: SCHAFFSTEIN, Friedrich/ MIEHE, Olaf (Hg.), *Weg und Aufgabe des Jugendstrafrechts*, Darmstadt, S. 1-30.
- MITTERAUER, Michael (1986): *Sozialgeschichte der Jugend*, Frankfurt am Main.
- MORAW, Peter (1982): Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte, in: MORAW, Peter/ PRESS, Volker (Hg.), *Academia Gissensis. Beiträge zur älteren Gießener Universitätsgeschichte. Zum 375jährigen Jubiläum dargebracht vom Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen*, Marburg, S. 1-43.
- MUCHEMBLED, Robert (1987): Die Jugend und die Volkskultur im 15. Jahrhundert. Flandern und Artois, in: DINZELBACHER, Peter/ MÜCK, Hans-Dieter, *Volkskultur des europäischen Spätmittelalters*, Stuttgart, S. 35-58.
- MÜLLER, Rainer A. (1996): Studentenkultur und akademischer Alltag, in: RÜEGG, Walter (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa*, Band II, Von der Reformation zur Französischen Revolution (1500-1800), München, S. 263-286.
- MÜLLER, Winfried (2006): Editorial. Die Universitäten des Alten Reiches in der Frühen Neuzeit, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 9, S. 9-17.
- MÜNCH, Paul (1988): Grundwerte der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft? Aufriß einer vernachlässigten Thematik, in: SCHULZE, Winfried (Hg.), *Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität*, München, S. 53-72.
- NEDELMANN, Birgitta (1997): Gewaltsoziologie am Scheideweg. Die Auseinandersetzungen in der gegenwärtigen und Wege der künftigen Gewaltforschung, in: TROTA, Trutz von (Hg.), *Soziologie der Gewalt*, Opladen, S. 59-85.

- NEUMANN, Friederike (1997): Die Schmähung als 'Mesterstück'. Die Absicherung ständischer Position durch Beleidigung unter Lemgoer Kürschnern im ausgehenden 16. und frühen 17. Jahrhundert, in: *Westfälische Forschungen* 47, S. 621-642.
- NEUMANN, Ulfrid/ SCHROTH, Ulrich (1980): *Neuere Theorien von Kriminalität und Strafe*, Darmstadt.
- NIEHAUS, Michael (2005): Wort für Wort. Zu Geschichte und Logik des Verhörprotokolls, in: NIEHAUS, Michael/ SCHMIDT-HANNISA, Hans-Walter (Hg.), *Das Protokoll. Kulturelle Funktionen einer Textsorte*, Frankfurt am Main, S. 27-47.
- NIEHAUS, Michael/ SCHMIDT-HANNISA, Hans-Walter (2005): Textsorte Protokoll. Ein Aufriß, in: DIES. (Hg.), *Das Protokoll. Kulturelle Funktionen einer Textsorte*, Frankfurt am Main, S. 7-23.
- NOGALA, Detlef (2000): Erscheinungs- und Begriffswandel von Sozialkontrolle eingangs des 21. Jahrhunderts, in: PETERS, Helge (Hg.), *Soziale Kontrolle. Zum Problem der Normkonformität in der Gesellschaft*, Opladen, S. 111-131.
- NOWOSADTKO, Jutta (1993): Die Ehre, die Unehre und das Staatsinteresse. Konzepte und Funktionen von „Unehrllichkeit“ im historischen Wandel am Beispiel des Kurfürstentums Bayern, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 44, S. 362-381.
- NOWOSADTKO, Jutta (1994): Betrachtungen über den Erwerb von Unehre. Vom Widerspruch »moderner« und »traditionaler« Ehren- und Unehrenkonzepte in der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft, in: VOGT, Ludgara/ ZINGERLE, Arnold (Hg.), *Ehre. Archaische Momente in der Moderne*, Frankfurt am Main, S. 230-248.
- NOWOSADTKO, Jutta (2005): Hinrichtungsrituale: Funktion und Logik öffentlicher Exekutionen in der Frühen Neuzeit, in: SCHMITT, Sigrid/ MATHEUS, Michael (Hg.), *Kriminalität und Gesellschaft in Spätmittelalter und Neuzeit*, Stuttgart, S. 71-94.
- NUNNER-WINKLER, Gertrud (2004): Überlegungen zum Gewaltbegriff, in: HEITMEYER, Wilhelm/ SOEFFNER, Hans-Georg (Hg.), *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main, S. 21-61.
- PALETSCHEK, Sylvia (2011): Stand und Perspektiven der neueren

- Universitätsgeschichte, in: *Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 19, S. 169-189.
- PETERS, Helge (2009): *Devianz und soziale Kontrolle. Ein Einführung in die Soziologie abweichenden Verhaltens*, 3. Aufl., Weinheim/ München.
- PETTENKOFER, Andreas/ LIELL, Christoph (2004): Kultursoziologische Perspektiven in der Gewaltforschung, in: LIELL, Christoph/ PETTENKOFFER, Andreas (Hg.), *Kultivierungen von Gewalt. Beiträge zur Soziologie von Gewalt und Ordnung*, Würzburg, S. 9-40.
- PILTZ, Eric/ SCHWERHOFF, Gerd (2015): Religiöse Devianz im konfessionellen Zeitalter – Dimension eines Forschungsfeldes, in: DIES. (Hg.), *Gottlosigkeit und Eigensinn. Religiöse Devianz im konfessionellen Zeitalter*, Berlin, S. 9-50.
- POHL, Susanne (2003): Schuld mildende Umstände im römischen Recht. Die Verhandlungen des Totschlages im Herzogtum Württemberg im 16. Jahrhundert, in: RUDOLPH, Harriet/ SCHNABEL-SCHÜLE, Helga (Hg.), *Jusitz=Justice=Justicia? Rahmenbedingungen von Straffjustiz im frühneuzeitlichen Europa*, Trier, S. 235-256.
- PROESLER, Hans (1954): *Das Gesamtdeutsche Handwerk im Spiegel der Reichsgesetzgebung von 1530 bis 1806*, Berlin.
- PRÖVE, Ralf (1999): Gewalt und Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Formen und Formenwandel von Gewalt, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 47, Heft 9, S. 792-806.
- PRÖVE, Ralf (2013): Gewaltformen in frühneuzeitlichen Lebenswelten, in: SPEITKAMP, Winfried (Hg.), *Gewaltgemeinschaften. Von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert*, Göttingen, S. 149-161.
- RACHEL, Walther (1902): *Verwaltungsorganisation und Ämterwesen der Stadt Leipzig bis 1627*, Leipzig.
- RASCHE, Ulrich (2008): Cornelius relegatus in Stichen und Stammbuchbildern des frühen 17. Jahrhunderts. Zur Memoria studentischer Standeskultur in deren Formationsphase, in: *Einst und Jetzt* 53, S. 15-47.
- RASCHE, Ulrich (2009): Cornelius relegatus und die Disziplinierung der deutschen Studenten (16. bis frühes 19. Jahrhundert). Zugleich ein Beitrag zur Ikonologie

- studentischer Memoria, in: KRUG-RICHTER, Barbara/ MOHRMANN, Ruth-E. (Hg.), *Frühneuzeitliche Universitätskulturen. Kulturhistorische Perspektiven auf die Hochschulen in Europa*, Köln, S. 157-221.
- RASCHE, Ulrich (2010): Aspekte studentischer Konflikt- und Erinnerungskultur im 17. Jahrhundert, in: BRUNING, Jens (Hg.), *Das Athen der Welfen. Die Reformuniversität Helmstedt 1576 – 1810*, Wolfenbüttel, S. 58-67.
- RASCHE, Ulrich (2011): Norm und Institution, in: DERS. (Hg.), *Quellen zur frühneuzeitlichen Universitätsgeschichte. Typen, Bestände, Forschungsperspektiven*, Wiesbaden, S. 121-170.
- RASCHE, Ulrich (2014): Kommunikationspraktiken und mediale Formen studentischer Disziplinarordnungen in der Frühen Neuzeit. Zugleich ein Beitrag zur Genese und Verbreitung frühneuzeitlicher Gelegenheits- und Massendrucke, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 14, S. 157-183.
- RAU, Susanne (2004): Das Wirtshaus. Zur Konstitution eines öffentlichen Raumes in der Frühen Neuzeit, in: EMMELIUS, Caroline/ FREISE, Fridrun/ MALLINCKRODT, Rebekka von/ PASCHINGER, Petra/ SITTIG, Claudius/ TOEPFER, Regina (Hg.), *Offen und Verborgen. Vorstellungen und Praktiken des Öffentlichen und Privaten in Mittelalter und Früher Neuzeit*, Göttingen, S. 211-227.
- RAU, Susanne (2005): Orte der Gastlichkeit – Orte der Kommunikation. Aspekte der Raumkonstitution von Herbergen in einer frühneuzeitlichen Stadt, in: DÜRR, Renate/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Kirchen, Märkte und Tavernen. Erfahrungs- und Handlungsräume in der Frühen Neuzeit* (Zeitsprünge Bd. 9, Heft 3/4), Frankfurt am Main, S. 394-417.
- RAU, Susanne/ SCHWERHOFF, Gerd (2004): Öffentliche Räume in der Frühen Neuzeit. Überlegungen zu Leitbegriffen und Themen eines Forschungsfeldes, in: DIES. (Hg.), *Zwischen Gotteshaus und Taverne. Öffentliche Räume in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, Köln, S. 11-52.
- RECKTENWALD, Wolf (1956): *Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung in Kursachsen zur Zeit Benedict Carpzovs*, Diss. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn.
- REHSE, Birgit (2008): *Die Supplikations- und Gnadenpraxis in Brandenburg-Preußen*.

Eine Untersuchung am Beispiel der Kurmark unter Friedrich Wilhelm II. (1786-1797), Berlin.

REINHARD, Wolfgang (2004): *Lebensformen Europas. Eine historische Kulturanthropologie*, München.

REINHARD, Wolfgang (2005): Zusammenfassung: Staatsbildung durch „Aushandeln“?, in: ASCH, Ronald G./ FREIST, Dagmar (Hg.), *Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation von Herrschaft in der Frühen Neuzeit*, Köln, S. 429-438.

REININGHAUS, Wilfried (1990): *Gewerbe in der frühen Neuzeit*, München.

REININGHAUS, Wilfried (2000): Stadt und Handwerk. Eine Einführung in Forschungsprobleme und Forschungsfragen, in: KAUFHOLD, Karl Heinrich/ REININGHAUS, Wilfried (Hg.), *Stadt und Handwerk in Mittelalter und Früher Neuzeit*, Köln, S. 1-19.

REINKE, Herbert/ SCHWERHOFF, Gerd (2015a): Jugendkriminalität im Wandel der historischen Epochen, in: MELZER, Wolfgang/ HERMANN, Dieter/ SANDFUCHS, Uwe/ SCHÄFER, Mechthild/ SCHUBARTH, Wilfried/ DASCHNER, Peter (Hg.), *Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen*, Bad Heilbrunn, S. 38-43.

REINKE, Herbert/ SCHWERHOFF, Gerd (2015b): Geschichtswissenschaft, in: MELZER, Wolfgang/ HERMANN, Dieter/ SANDFUCHS, Uwe/ SCHÄFER, Mechthild/ SCHUBARTH, Wilfried/ DASCHNER, Peter (Hg.), *Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen*, Bad Heilbrunn, S. 145-151.

REITH, Reinhold (2002): Arbeitszeit und Arbeitslohn im städtischen Gewerbe der Frühen Neuzeit, in: KATZINGER, Willibald (Hg.), *Zeitbegriff. Zeitmessung und Zeitverständnis im städtischen Kontext*, Linz, S. 39-63.

RENTSCH, Rudolph (1922): *Die Gerichtsbarkeit der Universität Leipzig bis zu ihrer Aufhebung im Jahre 1829*, Diss. Universität Leipzig, Leipzig.

RICHTER, Wenke (2009): Die *Alma mater lipsiensis* im Dreißigjährigen Krieg (1630-1650). Die Universität als Subjekt und Objekt in einer Krisenzeit, in: *Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit* 13, Heft 2, S. 224-255.

RIDDER-SYMOENS, Hilde de (1996): Organisation und Ausstattung, in: RÜEGG, Walter

- (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa, Band II, Von der Reformation zur Französischen Revolution (1500-1800)*, München, S. 139-179.
- ROODENBURG, Herman (2004): Social Control Viewed from Below: New Perspectives, in: ROODENBURG, Herman/ SPIERENBURG, Pieter (Hg.), *Social Control in Europe. Volume 1, 1500-1800*, Columbus/ Ohio, S. 145-158.
- ROPER, Lyndal (1992): Männlichkeit und männliche Ehre, in: HAUSEN, Karin/ WUNDER, Heide (Hg.), *Freuengeschichte – Geschlechtergeschichte*, Frankfurt am Main, S. 154-172.
- ROPER, Lyndal (1995): *Ödipus und der Teufel. Körper und Psyche in der Frühen Neuzeit*, Frankfurt am Main.
- ROSSEAUX, Ulrich (2006): *Städte in der Frühen Neuzeit*, Darmstadt.
- ROUSSEAUX, Xavier (1999): From Case to Crime. Homicide Regulation in Medieval an Modern Europe, in: WILLOWEIT, Dietmar (Hg.), *Die Entstehung des öffentlichen Strafrechts. Bestandsaufnahme eines europäischen Forschungsproblems*, Köln, S. 143-175.
- RUBLACK, Hans-Christoph (1982): Grundwerte in der Reichsstadt im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit, in: BRUNNER, Horst (Hg.), *Literatur in der Stadt. Bedingungen und Beispiele städtischer Literatur des 15. bis 17. Jahrhunderts*, Göttingen, S. 9-36.
- RUDERSDORF, Manfred (2009): Weichenstellung für die Neuzeit. Die Universität Leipzig zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg 1539-1648/1660, in: BÜNZ, Enno/ RUDERSDORF, Manfred/ DÖRING, Detlef, *Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 1. Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit 1409-1830/31*, Leipzig, S. 327-515.
- RUDERSDORF, Manfred (2014): Reformation, humanistische Bildung und Studium. Zur kulturellen Bedeutung Leipzigs im säkularen Erneuerungsprozess des 16. Jahrhunderts, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Leipzigs Bedeutung für die Geschichte Sachsens. Politik, Wirtschaft und Kultur in sechs Jahrhunderten*, Leipzig, S. 329-346.
- RUDERSDORF, Manfred (2016): Stadt und Universität 1539-1650, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band*

- 2: *Von der Reformation bis zum Wiener Kongress*, Leipzig, S. 376-392.
- RÜDIGER, Bernd (2001): Kriminalität während des Dreißigjährigen Krieges in Leipzig. Ein Sonderfall innerstädtischer Kommunikation, in: BRÄUER, Helmut/ SCHLENKRICH, Elke (Hg.), *Die Stadt als Kommunikationsraum. Beiträge zur Stadtgeschichte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Festschrift für Karl Czok zum 75. Geburtstag*, Leipzig, S. 609-632.
- RÜDIGER, Bernd (2007a): Außenseiter, Randgruppenangehörige (Randständige) und Fremde in der frühneuzeitlichen Gesellschaft Leipzigs, in: RÜDIGER, Bernd/ HOMMEL, Karsten, *Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung in Leipzig in der Frühen Neuzeit. Der Bestand „Richterstube“ im Stadtarchiv Leipzig*, Leipzig, S. 203-325.
- RÜDIGER, Bernd (2007b): Zu Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung in Leipzig in der Frühen Neuzeit, in: RÜDIGER, Bernd/ HOMMEL, Karsten, *Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung in Leipzig in der Frühen Neuzeit. Der Bestand „Richterstube“ im Stadtarchiv Leipzig*, Leipzig, S. 327-360.
- RÜDIGER, Bernd/ HOMMEL, Karsten (2007a): Stadtarchiv Leipzig. Bestand „Richterstube des Rates zu Leipzig“ – Finddatei, in: DIES., *Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung in Leipzig in der Frühen Neuzeit. Der Bestand „Richterstube“ im Stadtarchiv Leipzig*, Leipzig, S. 9-115.
- RÜDIGER, Bernd/ HOMMEL, Karsten (2007b): *Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung in Leipzig in der Frühen Neuzeit. Der Bestand „Richterstube“ im Stadtarchiv Leipzig*, Leipzig.
- RUDOLPH, Harriet (2005): „Sich der höchsten Gnade würdig zu machen“. Das frühneuzeitliche Supplikwesen als Instrument symbolischer Interaktion zwischen Untertanen und Obrigkeit, in: NUBOLA, Cecilia/ WÜRGLE, Andreas (Hg.), *Bittschriften und Gravamina. Politik, Verwaltung und Justiz in Europa (14. – 18. Jahrhundert)*, Berlin, S. 421-449.
- RUDOLPH, Harriet/ SCHNABEL-SCHÜLE, Helga (2003): Rahmenbedingungen von Strafjustiz in der Frühen Neuzeit, in: DIES. (Hg.), *Justiz=Justice=Justicia? Rahmenbedingungen von Strafjustiz im frühneuzeitlichen Europa*, Trier, S. 7-37.
- RUDOLPH, Susanne (2007): Die Akademische Gerichtsbarkeit der Universität Leipzig:

- Strafverfahren des 18. Jahrhunderts, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Universitätsgeschichte als Landesgeschichte. Die Universität Leipzig in ihren territorialgeschichtlichen Bezügen*, Leipzig, S. 187-203.
- RUDOLPH, Susanne (2010): Das Verhältnis zwischen städtischer und universitärer Gerichtsbarkeit, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Stadt und Universität Leipzig. Beiträge zu einer 600-jährigen wechselvollen Geschichte*, Leipzig, S. 115-127.
- RÜSTER, Hagen (1991): Sühneverträge und Bahrproben als Beispiele für das Weiterleben mittelalterlicher Rechtstradition im sächsischen Strafrecht der frühen Neuzeit, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe* 40, S. 87-91.
- SABEAN, David Warren (1996): Soziale Distanzierungen. Ritualisierte Gestik in deutscher bürokratischer Prosa der Frühen Neuzeit, in: *Historische Anthropologie* 4, Heft 2, S. 216-233.
- SCHAAR, Sebastian (2016): Militär und Bürgerwehr, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: Von der Reformation bis zum Wiener Kongress*, Leipzig, S. 182-198.
- SCHÄFERS, Bernhard (2001): *Jugendsoziologie*, 7. Aufl., Opladen.
- SCHAFFSTEIN, Friedrich (1985): Studien zur Entwicklung der Deliktstatbestände im Gemeinen deutschen Strafrecht, in: *Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen aus dem Jahre 1985*, S. 123-176.
- SCHAFFSTEIN, Friedrich (1986): *Die allgemeinen Lehren vom Verbrechen in ihrer Entwicklung durch die Wissenschaft des gemeinen Strafrechts. Beiträge zur Strafrechtsentwicklung von der Carolina bis Carpzov*, (2. Neudruck der Ausgaben 1930-1932 mit Vorwort des Verfassers), Aalen.
- SCHAFFSTEIN, Friedrich/ BEULKE, Werner/ SWOBODA, Sabine (2014): *Jugendstrafrecht. Eine systematische Darstellung*, 15. aktualisierte Auflage, Stuttgart.
- SCHEERER, Sebastian (1995): Kleine Verteidigung der „sozialen Kontrolle“, in: *Kriminologisches Journal* 27, Heft 2, S. 120-133.
- SCHEERER, Sebastian/ HESS, Henner (1997): Social Control: a Defence and Reformulation, in: BERGALLI, Roberto/ SUMNER, Colin (ed.), *Social control and political Order. European Perspectives at the End of the Century*, London, S.

96-130.

- SCHEUER, Oskar F. (1932): Das Waffentragen auf Deutschlands hohen Schulen, in: *Wende und Schau. Köseener Jahrbuch* (Zweite Folge), S. 65-89.
- SCHEUTZ, Martin (2000): Frühneuzeitliche Gerichtsakten als „Ego“-Dokumente. Eine problematische Zuschreibung am Beispiel der Gäminger Gerichtsakten aus dem 18. Jahrhundert, in: WINKELBAUER, Thomas (Hg.), *Vom Lebenslauf zur Biographie. Geschichte, Quellen und Probleme der historischen Biographik und Autobiographik. Referate der Tagung „Vom Lebenslauf zur Biographie“ am 26. Oktober 1997 in Horn*, Horn, S. 99-134.
- SCHEUTZ, Martin (2002): Zwischen Mahnung und Normdurchsetzung. Zur Rezeption von Normen in Zeugenverhören des 18. Jahrhunderts, in: FUCHS, Ralf-Peter/ SCHULZE, Winfried (Hg.), *Wahrheit, Wissen, Erinnerung. Zeugenverhörprotokolle als Quelle für soziale Wissensbestände in der Frühen Neuzeit*, Münster, S. 357-397.
- SCHEUTZ, Martin (2004): Gerichtsakten, in: PAUSER, Josef/ SCHEUTZ, Martin/ WINKELBAUER, Thomas (Hg.), *Quellenkunde der Habsburgermonarchie (16.-18. Jahrhundert). Ein exemplarisches Handbuch*, Wien, S. 561-571.
- SCHEUTZ, Martin (2011): Injurien, Rebellion und doch auch das feuchtfröhliche Vorzimmer der Macht. Wirtshäuser als Orte der Kommunikation in der Frühen Neuzeit, in: BECKER, Irmgard Christa (Hg.), *Die Stadt als Kommunikationsraum. Reden, Schreiben und Schauen in Großstädten des Mittelalters und der Neuzeit*, Ostfildern, S. 159-190.
- SCHEUTZ, Martin (2016): Stadt und Gewalt im Blick historischer Forschung, in: GRUBER, Elisabeth/ WEIGL, Andreas (Hg.), *Stadt und Gewalt*, Innsbruck, S. 19-57.
- SCHIEBER, Sigrid (2008): *Normdurchsetzung im frühneuzeitlichen Wetzlar. Herrschaftspraxis zwischen Rat, Bürgerschaft und Reichskammergericht*, Frankfurt am Main.
- SCHINDLER, Norbert (1990): Jugendliche Ruhestörer. Hegemoniespiele zwischen Adels- und Volkskultur im 16. Jahrhundert, in: JARITZ, Gerhard (Hg.), *Mensch und Objekt im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Leben - Alltag - Kultur*, Wien, S. 223-253.

- SCHINDLER, Norbert (1992): Nächtliche Ruhestörung. Zur Sozialgeschichte der Nacht in der Frühen Neuzeit, in: DERS. (Hg.), *Widerspenstige Leute. Studien zur Volkskultur in der frühen Neuzeit*, Frankfurt am Main, S. 215-257.
- SCHINDLER, Norbert (1996): Die Hüter der Unordnung. Rituale der Jugendkultur in der frühen Neuzeit, in: LEVI, Giovanni/ SCHMITT, Jean-Claude (Hg.), *Geschichte der Jugend*, Band 1, Von der Antike bis zum Absolutismus, Frankfurt am Main, S. 319-382.
- SCHIVELBUSCH, Wolfgang (1981): Straßenlaternen und Polizei, in: BUDDENSIEG, Tilmann/ ROGGE, Henning (Hg.), *Die nützlichen Künste. Gestaltende Technik und bildende Kunst seit der industriellen Revolution*, Berlin, S. 104-108.
- SCHLENKRICH, Elke (1994): „... 20 Taler Lehrgeld und ein Bette ...“, in: *Räume voll Leipzig. Arbeitsberichte des Stadtarchivs Leipzig 1994*, S. 88-103.
- SCHLENKRICH, Elke (1995): *Der Alltag der Lehrlinge im sächsischen Zunft Handwerk des 15. bis 18. Jahrhunderts*, Krems.
- SCHLENKRICH, Elke (1998): »Tränen des Vaterlandes« - Leipzig in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges, in: *Sachsen im Dreißigjährigen Krieg* (Dresdner Hefte 56), S. 37-44.
- SCHLENKRICH, Elke (2000): »Hirvmb so hat sich der Rathe mit der Vniversitet betagt«. Leipziger Ratsbücher des 15. und 16. Jahrhunderts als Spiegelbilder der Interaktion von Stadt und Universität, in: CZOK, Karl/ TITEL, Volker (Hg.), *Leipzig und Sachsen. Beiträge zur Stadt- und Landesgeschichte vom 15.-20. Jahrhundert*, Beucha, S. 9-16.
- SCHLENKRICH, Elke (2016): Handwerksinnungen, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: Von der Reformation bis zum Wiener Kongress*, Leipzig, S. 272-298.
- SCHLÖGL, Rudolf (2004): Vergesellschaftung unter Anwesenden. Zur kommunikativen Form des Politischen in der vormodernen Stadt, in: DERS. (Hg.), *Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt*, Konstanz, S. 9-60.
- SCHLÖGL, Rudolf (2014): *Anwesende und Abwesende. Grundriss für eine Gesellschaftsgeschichte der Frühen Neuzeit*, Konstanz.
- SCHMIDT, Christoph (1996): *Sozialkontrolle in Moskau. Justiz, Kriminalität und*

Leibeigenschaft 1649-1785, Stuttgart.

SCHMIDT, Thoralf (2011/2012): Konflikte zwischen der Stadt und der Universität Leipzig von 1409 bis ins frühe 16. Jahrhundert, in: *Leipziger Almanach*, S. 41-54.

SCHMIDT-VOGES, Inken (2015): Das Haus und seine Nachbarschaft: Integration und Konflikt, in: EIBACH, Joachim/ SCHMIDT-VOGES, Inken (Hg.), *Das Haus in der Geschichte Europas. Ein Handbuch*, Berlin, S. 417-432.

SCHNABEL-SCHÜLE, Helga (1995): Die Strafe des Landesverweises in der Frühen Neuzeit in: GESTRICH, Andreas/ HIRSCHFELD, Gerhard/ SONNABEND, Holger (Hg.), *Ausweisung und Deportation. Formen der Zwangsmigration in der Geschichte*, Stuttgart, S. 73-82.

SCHNABEL-SCHÜLE, Helga (1996): Ego-Dokumente im frühneuzeitlichen Strafprozeß, in: SCHULZE, Winfried (Hg.), *Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte*, Berlin 1996, S. 295-317.

SCHNEIDER, Paul (1977): *Die Rechtsquellen in Carpzovs Practica nova imperialis Saxonica rerum criminalium unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses und der Bedeutung der Carolina* (Repr. d. Ausg. Breslau-Neukirch, 1940), Frankfurt am Main.

SCHREINER, Klaus (1999): Verletzte Ehre. Ritualisierte Formen sozialer, politischer und rechtlicher Entehrung im späten Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit, in: WILLOWEIT, Dietmar (Hg.), *Die Entstehung des öffentlichen Strafrechts. Bestandsaufnahme eines europäischen Forschungsproblems*, Köln, S. 263-335.

SCHREINER, Klaus/ SCHWERHOFF, Gerd (1995): Verletzte Ehre. Überlegungen zu einem Forschungskonzept, in: DIES. (Hg.), *Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, Köln, S. 1-28.

SCHUBERT, Ernst (1984): *Vom Zweikampf zum Duell*, Stuttgart.

SCHUH, Maximilian (2011): Von alten Bürgern und jungen Studenten im spätmittelalterlichen Ingolstadt. Universität und Stadt im Generationenkonflikt?, in: HÄBERLEIN, Mark/ KUHN, Christian/ HÖHL, Lina (Hg.), *Generationen in spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten (ca. 1250-1750)*, Konstanz, S. 73-92.

SCHULZ, Knut (1985a): Die Handwerksgesellen, in: MORAW, Peter (Hg.),

- Unterwegssein im Spätmittelalter* (Zeitschrift für Historische Forschung Beiheft 1), Berlin, S. 71-92.
- SCHULZ, Knut (1985b): *Handwerksgesellen und Lohnarbeiter. Untersuchungen zur oberrheinischen und oberdeutschen Stadtgeschichte des 14. bis 17. Jahrhunderts*, Sigmaringen.
- SCHULZE, Friedrich/ SSYMAN, Paul (1932): *Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart 1931*, 4. Aufl., München.
- SCHULZE, Winfried (1996): Zur Ergiebigkeit von Zeugenbefragungen und Verhören, in: DERS. (Hg.), *Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte*, Berlin, S. 319-325.
- SCHUSTER, Peter (2000a): *Eine Stadt vor Gericht. Recht und Alltag im spätmittelalterlichen Konstanz*, Paderborn.
- SCHUSTER, Peter (2000b): Hinter den Mauern das Paradies? Sicherheit und Unsicherheit in den Städten des späten Mittelalters, in: DINGES, Martin/ SACK, Fritz (Hg.), *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*, Konstanz 2000, S. 67-84.
- SCHUSTER, Peter (2003): Hinrichtungsrituale in der Frühen Neuzeit. Anfragen aus dem Mittelalter, RUDOLPH, Harriet/ SCHNABEL-SCHÜLE, Helga (Hg.), *Jusitz=Justice=Justicia? Rahmenbedingungen von Strafjustiz im frühneuzeitlichen Europa*, Trier, S. 213-233.
- SCHUSTER, Peter (2016): Messerzücken und Gewalt in spätmittelalterlichen Städten, in: ISRAEL, Uwe/ JASER, Christian (Hg.), *Agon und Distinktion. Soziale Räume des Zweikämpfs zwischen Mittelalter und Neuzeit*, Berlin, S. 259-266.
- SCHWERHOFF, Gerd (1991): *Köln im Kreuzverhör. Kriminalität, Herrschaft und Gesellschaft in einer frühneuzeitlichen Stadt*, Berlin.
- SCHWERHOFF, Gerd (1992): Devianz in der alteuropäischen Gesellschaft. Umriss einer historischen Kriminalitätsforschung, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 19, S. 385-414.
- SCHWERHOFF, Gerd (1993): Verordnete Schande? Spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Ehrenstrafen zwischen Rechtsakt und sozialer Sanktion, in: BLAUERT, Andreas/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Mit den Waffen der Justiz. Zur*

Kriminalitätsgeschichte des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit, Frankfurt am Main, S. 158-188.

SCHWERHOFF, Gerd (1998): Zivilisationsprozeß und Geschichtswissenschaft. Norbert Elias' Forschungsparadigma in historischer Sicht, in: *Historische Zeitschrift* 266, S. 561-605.

SCHWERHOFF, Gerd (1999): *Aktenkundig und gerichtsnotorisch. Einführung in die Historische Kriminalitätsforschung*, Tübingen.

SCHWERHOFF, Gerd (2000a): Das Kölner Supplikenwesen in der Frühen Neuzeit. Annäherungen an ein Kommunikationsmedium zwischen Untertanen und Obrigkeit, in: MÖLICH, Georg/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Köln als Kommunikationszentrum. Studien zur frühneuzeitlichen Stadtgeschichte*, Köln, S. 473-496.

SCHWERHOFF, Gerd (2000b): Insel des Friedens oder Brennpunkt der Gewalt? Die Reichsstadt Köln ca. 1470-1620, in: DINGES, Martin/ SACK, Fritz (Hg.), *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*, Konstanz, S. 139-156.

SCHWERHOFF, Gerd (2000c): Kriminalitätsgeschichte im deutschen Sprachraum. Zum Profil eines »verspäteten« Forschungszweiges, in: BLAUERT, Andreas/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, Konstanz, S. 21-67.

SCHWERHOFF, Gerd (2002a): Criminalized violence and the process of civilisation: a reappraisal, in: *Crime, Histoire & Sociétés/ Crime, History & Societies*, Vol. 6, n°2, Online since 25 February 2009, connection on 01 October 2016. URL: <http://chs.revues.org/418> (Letzter Zugriff: 28.12.2017)

SCHWERHOFF, Gerd (2002b): Gerichtsakten und andere Quellen zur Kriminalitätsgeschichte, in: MAURER, Michael (Hg.), *Aufriß der historischen Wissenschaften, Band 4: Quellen*, Stuttgart, S. 267-301.

SCHWERHOFF, Gerd (2002c): *Vom brutalen Mittelalter zur Zivilisierung der Umgangsformen? Formen und Wandlungen der Gewaltkriminalität in der Frühen Neuzeit*, Leipzig.

SCHWERHOFF, Gerd (2004a): Öffentliche Räume und politische Kultur in der frühneuzeitlichen Stadt: Eine Skizze am Beispiel der Reichsstadt Köln, in:

- SCHLÖGL, Rudolf (Hg.), *Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt*, Konstanz, S. 113-136.
- SCHWERHOFF, Gerd (2004b): Social Control of Violence, Violence as Social Control: The Case of Early Modern Germany, in: Roodenburg, Herman/ Spierenburg, Pieter (eds.), *Social Control in Europe. Volume 1, 1500-1800*, Columbus/ Ohio, S. 220-246.
- SCHWERHOFF, Gerd (2005): Kommunikationsraum Dorf und Stadt. Einleitung, in: Burghardt, Johannes/ Werkstetter, Christine (Hg.), *Kommunikation und Medien in der Frühen Neuzeit* (Historische Zeitschrift Beiheft 41), München, S. 137-146.
- SCHWERHOFF, Gerd (2006a): Die Policity im Wirtshaus. Obrigkeitliche und gesellschaftliche Normen im öffentlichen Raum der Frühen Neuzeit. Das Beispiel der Reichsstadt Köln, in: Hochmuth, Christian/ Rau, Susanne (Hg.), *Machträume der frühneuzeitlichen Stadt*, Dresden, S. 355-376.
- SCHWERHOFF, Gerd (2006b): Gewaltkriminalität im Wandel (14.-18. Jahrhundert). Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: Opitz, Claudia/ Stuber, Brigitte/ Tanner, Jakob (Hg.), *Kriminalisieren - Entkriminalisieren - Normalisieren. Criminaliser - décriminaliser - normaliser*, Zürich, S. 55-72.
- SCHWERHOFF, Gerd (2006c): Vertreibung als Strafe. Der Stadt- und Landesverweis im Ancien Régime, in: Hahn, Sylbia/ Komlosy, Andrea/ Reiter, Ilse (Hg.), *Ausweisung - Abschiebung - Vertreibung in Europa 16. - 20. Jahrhundert*, Wien, S. 48-72.
- SCHWERHOFF, Gerd (2009): Malschellen für die Stadtwache – Exzesse und Gewalt im Wirtshaus, in: Lühr, Hans-Peter (Hg.), *Gaststätten, Kneipen und Cafés in Dresden* (Dresdner Hefte 98), S. 15-25.
- SCHWERHOFF, Gerd (2011): Historische Kriminalitätsforschung, Frankfurt am Main.
- SCHWERHOFF, Gerd (2013a): Das frühneuzeitliche Duell in der öffentlichen Streitkultur. Zum paradoxen Verhältnis von Gewaltpraxen und normativen Diskursen, in: Jürgens, Henning P./ Weller, Thomas (Hg.), *Streitkultur und Öffentlichkeit im konfessionellen Zeitalter*, Göttingen, S. 215-226.
- SCHWERHOFF, Gerd (2013b): Early Modern Violence and the Honour Code: From

- Social Integration to Social Distinction?, in: *Crime, Histoire & Sociétés/ Crime, History & Societies*, Vol. 17, n°2, S. 27-46.
- SCHWERHOFF, Gerd (2013 [erschienen 2015]): Die spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städte als Laboratorien der Historischen Kriminalitätsforschung, in: (zusammengestellt von) FEJTOVÁ, Olga/ HRUBÁ, Michaela/ LEDVINKA, Václav/ PEŠEK, Jiří/ SULITKOVÁ, Ludmila, *Města ve středověku a raném novověku jako badatelské téma posledních dvou desetiletí* (Documenta Pragensia 32/2), S. 201-213.
- SEMBDNER, Alexander (2010a): Kooperation statt Konflikt – Aspekte des städtisch-universitären Verhältnisses im spätmittelalterlichen Leipzig (1409-1539), in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Stadt und Universität Leipzig. Beiträge zu einer 600-jährigen wechselvollen Geschichte*, Leipzig, S. 51-85.
- SEMBDNER, Alexander (2010b): *Stadt und Universität Leipzig im späten Mittelalter*, Leipzig.
- SIEBENHÜNER, Kim (1999): "Zechen, Zücken, Lärmen". Studenten vor dem Freiburger Universitätsgericht 1561-1577, Freiburg im Breisgau.
- SIEFERLE, Rolf Peter (1998): Einleitung, in: DERS. (Hg.), *Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte*, Frankfurt am Main, S. 9-29.
- SIMON-MUSCHEID, Katharina (1991): Gewalt und Ehre im spätmittelalterlichen Handwerk am Beispiel Basels, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 18, S. 1-31.
- SIMON-MUSCHEID, Katharina (1999): Reden und Schweigen vor Gericht. Klientelverhältnisse und Beziehungsgeflechte im Prozeßverlauf, in: HÄBERLEIN, Mark (Hg.), *Devianz, Widerstand und Herrschaftspraxis in der Vormoderne. Studien zu Konflikten im südwestdeutschen Raum (15.-18. Jahrhundert)*, Konstanz, S. 35-52.
- SIMON-MUSCHEID, Katharina (2000a): Der Umgang mit Alkohol: Männliche Soziabilität und weibliche Tugend, in: JARITZ, Gerhard (Hg.), *Kontraste im Alltag des Mittelalters. Internationaler Kongress Krems an der Donau 29. September bis 2. Oktober 1998*, Wien, S. 35-60.

- SIMON-MUSCHEID, Katharina (2000b): Täter, Opfer und Komplizinnen – geschlechtsspezifische Strategien und Loyalitäten im Basler *Mortthandel* von 1502, in: BLAUERT, Andreas/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, Konstanz, S. 649-667.
- SIMON-MUSCHEID, Katharina (2003): Zunft-Trunkstuben und Bruderschaften: »Soziale Orte« und Beziehungsnetze im spätmittelalterlichen Basel, in: FOUQUET, Gerhard/ STEINBRINK, Matthias/ ZEILINGER, Gabriel (Hg.), *Geschlechtergesellschaften, Zunft-Trinkstuben und Bruderschaften in spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten. 40. Arbeitstagung in Pforzheim 16. - 18. November 2001*, Stuttgart, S. 147-162.
- SIMON-MUSCHEID, Katharina/ SIMON, Christian (1996), Zur Lektüre von Gerichtstexten: Fiktionale Realität oder Alltag in Gerichtsquellen?, in: RIPPmann, Dorothee/ SIMON-MUSCHEID, Katharina/ SIMON, Christian, *Arbeit – Liebe – Streit. Texte zur Geschichte des Geschlechterverhältnisses und Alltags*, Basel, S. 17-39.
- SINGELNSTEIN, Tobias/ STOLLE, Peer (2012): *Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert*, 3. vollst. überarb. Aufl., Wiesbaden.
- SMOLINSKY, Heribert (1991), Albertinisches Sachsen, in: SCHINDLING, Anton/ ZIEGLER, Walter, *Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung, 2: Der Nordosten*, 2. Aufl., Münster, S. 9-32.
- SOFsky, Wolfgang (1996): *Traktat über die Gewalt*, Frankfurt am Main.
- SPEITKAMP, Winfried (2010): *Ohrfeige, Duell und Ehrenmord. Eine Geschichte der Ehre*, Stuttgart.
- SPEITKAMP, Winfried (2013a): Einführung, in: DERS. (Hg.), *Gewaltgemeinschaften. Von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert*, Göttingen, S. 7-13.
- SPEITKAMP, Winfried (2013b): Gewaltgemeinschaft, in: GUDEHUS, Christian/ CHRIST, Michaela (Hg.), *Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart/ Weimar, S. 184-190.
- SPEITKAMP, Winfried (2013c): Ohrfeige, in: GUDEHUS, Christian/ CHRIST, Michaela (Hg.), *Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart/ Weimar, S. 147-152.
- SPIERENBURG, Pieter (1998): Knife Fighting and Popuar Codes of Honor in Early Modern Amsterdam, in: DERS. (Hg.), *Men and Violence. Gender, honor, and*

- rituals in modern Europe and America*, Ohio, S. 103-127.
- SPIERENBURG, Pieter (2001): Violence and the civilizing process: does it work?, in: *Crime, Histoire & Sociétés/ Crime, History & Societies*, Vol. 5, n°2, S. 87-105.
- SPIERENBURG, Pieter (2002): Theorizing in Jurassic Park: A reply to Gerd Schwerhoff, *Crime, Histoire & Sociétés/ Crime, History & Societies*, Vol. 6, n°2, S. 127-128.
- SPIERENBURG, Pieter (2004): Social Control and History: An Introduction, in: Roodenburg, Herman/ SPIERENBURG, Pieter (Hg.), *Social Control in Europe. Volume 1, 1500-1800*, Columbus/ Ohio, S. 1-22.
- STAUDENMAIER, Johannes (2012): *Gute Policey in Hochstift und Stadt Bamberg. Normgebung, Herrschaftspraxis und Machtbeziehungen vor dem Dreißigjährigen Krieg*, Frankfurt am Main.
- STEIN, Friedrich (1891): *Die akademische Gerichtsbarkeit in Deutschland*, Leipzig.
- STEINFÜHRER, Henning (2004): Vom Werden einer Stadt. Die Entwicklung der Leipziger Verfassungsverhältnisse bis in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts, in: STEINFÜHRER, Henning/ GRAF, Gerhard (Hg.), *Leipzig im Mittelalter. Befunde um 1300*, Leipzig, S. 27-47.
- STEINFÜHRER, Henning (2005): *Der Leipziger Rat im Mittelalter. Die Ratsherren, Bürgermeister und Stadtrichter 1270-1539*, Dresden.
- STEINFÜHRER, Henning (2007): Stadt und Universität Leipzig am Übergang vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Universitätsgeschichte als Landesgeschichte. Die Universität Leipzig in ihren territorialgeschichtlichen Bezügen*, Leipzig, S. 25-40.
- STEINFÜHRER, Henning (2009): Das Leipziger Rathaus als zentraler Ort bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts, in: COTTIN, Markus/ MUNDUS, Doris (Hg.), *450 Jahre Altes Rathaus zu Leipzig. Neue Forschungsergebnisse*, Beucha, S. 7-22.
- STEINFÜHRER, Henning (2015): Stadtverfassung, in: BÜNZ, Enno (Hg.), *Geschichte der Stadt Leipzig. Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation*, Leipzig, S. 183-201.
- STEINFÜHRER, Henning (2016): Der Leipziger „Carvinistensturm“ am 19. und 20. Mai 1593. Verlauf, Akteure, Hintergründe und Deutungen, in: BRIELER, Ulrich/ ECKERT, Rainer (Hg.), *Unruhiges Leipzig. Beiträge zu einer Geschichte des*

- Ungehorsams in Leipzig*, Leipzig, S. 39-52.
- STOÏA, Werner-Georg/ NOACK, Kurt (2009): *Freie Musensöhne. Sitten und Bräuche der Studenten in Leipzig von ihren Wurzeln bis zur Burschenschaft*, München.
- STRENG, Franz (2012): *Jugendstrafrecht*, 3. Aufl., Heidelberg.
- STUART, Kathy (1999): *Defiled Trades and Social Outcasts. Honor and Ritual Pollution in Early Modern Germany*, Cambridge.
- STUMP, Brigitte (2003): „Adult time for adult crime“ – Jugendliche zwischen Jugend- und Erwachsenenstrafrecht. Eine rechtshistorische und rechtsvergleichende Untersuchung zur Sanktionierung junger Straftäter, Mönchengladbach.
- SUMNER, Colin (1997): Social Control: the History and Politics of a Central Concept in Anglo-American Sociology, in: BERGALLI, Roberto/ SUMNER, Colin (ed.), *Social control and political Order. European Perspectives at the End of the Century*, London, S. 1-33.
- SYKES, Gresham M./ MATZA, David (1957): Techniques of Neutralization: A Theory of Delinquency, in: *American Sociological Review*, Vol. 22, No. 6, S. 664-670.
- SYKES, Gresham M./ MATZA, David (1968): Techniken der Neutralisierung: Eine Theorie der Delinquenz, in: SACK, Fritz/ KÖNIG, René (Hg.), *Kriminalsoziologie*, Frankfurt am Main, S. 360-371.
- THIEME, Horst (1957): Die Anfänge des Leipziger Stadtgerichts (1423-1574). Ein Beitrag zur Stadtgeschichtsforschung, erarbeitet an Hand unveröffentlicher Quellen aus dem Stadtarchiv Leipzig, in: *Heimatkundliche Blätter für die Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt*, 3. Jahrgang, S. 251-254.
- THIEME, Horst (1975): Städtische Gerichtsbarkeit im Feudalismus. Bemerkungen zur Geschichte und Tätigkeit des Leipziger Stadtgerichtes zwischen 1423 und 1574, in: *Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig* 2, S. 38-66.
- THIEME, Horst (1984): Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte in den Handwerks- und Innungsbeständen des Stadtarchivs Leipzig (1182-1932). Eine Bestandsinformation, in: *Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart* 3, S. 131-149.
- THOME, Helmut (1992): Gesellschaftliche Modernisierung und Kriminalität. Zum Stand der sozialhistorischen Kriminalitätsforschung, in: *Zeitschrift für Soziologie* 21, Heft 3, S. 212-228.

- THOME, Helmut (2001): Explaining Long Term Trends in Violent Crime, in: *Crime, Histoire & Sociétés/ Crime, History & Societies*, Vol. 5, n°2, S. 69-86.
- TLUSTY, B. Ann (2001): *Bacchus and civic order*, Charlottesville/ London.
- TLUSTY, B. Ann (2011): *The martial ethic in early modern Germany. Civic duty and the right of arms*, Basingstoke.
- TODTE, Mario (2016): *Fecht-, Reit- und Tanzmeister an der Universität Leipzig*, Bernstadt a. d. Eigen.
- TOLL, Heinz-Joachim (1979): *Akademische Gerichtsbarkeit und akademische Freiheit. Die sog. „Demagogenverfolgung“ an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819*, Neumünster.
- TOPALOVIC, Elvira (2003): Konstruierte Wirklichkeit. Ein quellenkritischer Diskurs zur Textsorte Verhörprotokoll im 17. Jahrhundert, in: MOELLER, Katrin/ SCHMIDT, Burghart (Hg.), *Realität und Mythos. Hexenverfolgung und Rezeptionsgeschichte*, Hamburg, S. 56-76.
- TROTHA, Trutz von (1982): Zur Entstehung von Jugend, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 34-2, S. 254-277.
- TROTHA, Trutz von (1997): Zur Soziologie der Gewalt, in: DERS. (Hg.), *Soziologie der Gewalt*, Opladen, S. 9-56.
- TURNER, Victor W. (2008), Liminalität und Communitas, in: BELLIGER, Andréa/ KRIEGER, David J. (Hg.), *Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch*, 4. Aufl., Wiesbaden, S. 249-260.
- ULBRICH, Claudia (1996): Zeuginnen und Bittstellerinnen. Überlegungen zur Bedeutung von Ego-Dokumenten für die Erforschung weiblicher Selbstwahrnehmung in der ländlichen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts, in: SCHULZE, Winfried (Hg.), *Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte*, Berlin, S. 207-226.
- ULBRICH, Claudia/ JARZEBOWSKI, Claudia/ HOHKAMP, Michaela (2005): Einleitung, in: DIES. (Hg.), *Gewalt in der Frühen Neuzeit. Beiträge zur 5. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Frühe Neuzeit im VHD*, Berlin, S. 9-14.
- ULBRICHT, Otto (1996): Supplikationen als Ego-Dokumente. Bittschriften von Leibeigenen aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts als Beispiel, in: SCHULZE,

- Winfried (Hg.), *Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte*, Berlin, S. 149-174.
- UNGER, Manfred (1967): Geschichte des Stadtarchivs Leipzig, in: *Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig* 12, S. 1-87.
- WAARDT, Hans de (1995): Ehrenhändel, Gewalt und Liminalität: ein Konzeptualisierungsvorschlag, in: SCHREINER, Klaus/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, Köln, S. 303-319.
- WAGNER, Eduard (1975): *Hieb- und Stichwaffen*, Prag.
- WALZ, Rainer (1992): Agonale Kommunikation im Dorf der Frühen Neuzeit, in: *Westfälische Forschungen* 42, S. 215-251.
- WARTENBERG, Günther (1984): Die kursächsische Landesuniversität bis zur Frühaufklärung, 1540-1680, in: RATHMANN, Lothar (Hg.), *Alma mater Lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig*, Leipzig, S. 55-75.
- WELLER, Thomas (2006): *Theatrum Praecedentiae. Zeremonieller Rang und gesellschaftliche Ordnung in der frühneuzeitlichen Stadt: Leipzig 1500-1800*, Darmstadt.
- WELLER, Thomas (2008): Ritual oder politisches Verfahren? Zum Status der Ratswahl im frühneuzeitlichen Leipzig, in: *Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e.V.* (2008), S. 13-35.
- WERNICKE, Steffen (2000): Von Schlagen, Schmähen und Unendlichkeit. Die Regensburger Urfehdebrieve im 15. Jahrhundert, in: BLAUERT, Andreas/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, Konstanz, S. 379-404.
- WETTMANN-JUNGBLUT, Peter (2002): Unkorrigierbare Kinder und die „Pflicht der Gerechtigkeit“: Jugenddelinquenz und strafrechtliche Intervention im preußischen Saargebiet, 1825-1850, in: GRIESEBNER, Andrea/ SCHEUTZ, Martin/ WEIGL, Herwig (Hg.), *Justiz und Gerechtigkeit. Historische Beiträge (16. - 19. Jahrhundert)*, Innsbruck u.a., S. 431-447.
- WETTMANN-JUNGBLUT, Peter (2003): Gewalt und Gegen-Gewalt. Gewalthandeln, Alkoholkonsum und die Dynamik von Konflikten anhand eines Fallbeispiels aus

- dem frühneuzeitlichen Schwarzwald, in: ERIKSSON, Magnus/ KRUG-RICHTER (Hg.), *Streitkulturen. Gewalt, Konflikt und Kommunikation in der ländlichen Gesellschaft (16.-19. Jahrhundert)*, Köln, S. 17-58.
- WETTMANN-JUNGBLUT, Peter (2007): [Art.] „Jugendkriminalität“, in: *Enzyklopädie der Neuzeit* 6, Stuttgart/ Weimar, Sp. 172-174.
- WETTMANN-JUNGBLUT, Peter (2012): Zweikampf als Muster (vor)moderner Jugendkultur. Männlichkeitsritual, regulierte Aggression, Gewaltlust, in: LUDWIG, Ulrike/ KRUG-RICHTER, Barbara/ SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne*, Konstanz, S. 313-324.
- WIESNER, Merry E. (1989): Guilds, Male Bonding and Women's Work in Early Modern Germany, in: *Gender & History* 1, S. 125-137.
- WINTER, Matthias (1984): *Kindheit und Jugend im Mittelalter*, Freiburg im Breisgau.
- WISSELL, Rudolf (hrsg. von SCHRAEPLER, Ernst) (1974): *Des Alten Handwerks Recht und Gewohnheit*, Band II, Berlin.
- WISSELL, Rudolf (hrsg. von SCHRAEPLER, Ernst) (1981): *Des Alten Handwerks Recht und Gewohnheit*, Band III, Berlin.
- WITKE, Margarete (2002a): Alltag, Emotionen, Gewalt: Auswertungsmöglichkeiten von Zeugenverhören der strafrechtlichen Generalinquisition, in: FUCHS, Ralf-Peter/ SCHULZE, Winfried (Hg.), *Wahrheit, Wissen, Erinnerung. Zeugenverhörprotokolle als Quelle für soziale Wissensbestände in der Frühen Neuzeit*, Münster, S. 293-316.
- WITKE, Margarete (2002b): *Mord und Totschlag? Gewaltdelikte im Fürstbistum Münster 1580-1620. Täter, Opfer und Justiz*, Münster.
- WOESTE, Peter (1998): [Art.] „Universitätsgerichtsbarkeit“, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, Band V, Berlin, Sp. 506-509.
- WOLTERS, Laura (2016): [Tagungsbericht] HT 2016: *Gewaltforschung wohin?*, 20.09.2016 - 23.09.2016 Hamburg, in: H-Soz-Kult, 05.11.2016, URL: <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6802> (Letzter Zugriff: 28.12.2017)
- WÜRLER, Andreas (2005): Bitten und Begehren. Suppliken und Gravamina in der deutschsprachigen Frühneuzeitforschung, in: NUBOLA, Cecilia/ WÜRLER,

- Andreas (Hg.), *Bittschriften und Gravamina. Politik, Verwaltung und Justiz in Europa (14. – 18. Jahrhundert)*, Berlin, S. 17-52.
- WÜRGLE, Andreas (2016): Asymmetrie und Reziprozität. Herrschaft und Protektion in Suppliken der Frühen Neuzeit, in: HAUG, Tilmann/ WEBER, Nadine/ WINDLER, Christian (Hg.), *Protegierte und Protektoren. Asymmetrische politische Beziehungen zwischen Partnerschaft und Dominanz (16. bis frühes 20. Jahrhundert)*, Köln/ Weimar/ Wien, S. 279-294.
- WÜRGLE, Andreas/ NUBOLA, Cecilia (2004): Politische Kommunikation und die Kultur des Bittens, in: NUBOLA, Cecilia/ WÜRGLE, Andreas (Hg.), *Forme della comunicazione politica in Europa nei secoli XV-XVIII. Suppliche, gravamina, lettere*, Bologna/ Berlin, S. 7-12.
- ZAUNSTÖCK, Holger (2006): Die Brautnacht; oder die Fensterkanonade. Der permanente Konflikt zwischen Stadtbürgern und Studenten im Raum der Stadt des 18. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte* 4, S. 61-76.
- ZAUNSTÖCK, Holger (2010): *Das Milieu des Verdachts. Akademische Freiheit, Politikgestaltung und die Emergenz der Denunziation in Universitätsstädten des 18. Jahrhunderts*, Berlin.
- ZAUNSTÖCK, Holger (2011): Konstellationen des Öffentlichen und städtischer Raum. Pietismus, Studentenkultur und Disziplinarpolitik um 1700, in: SCHWERHOFF, Gerd (Hg.), *Stadt und Öffentlichkeit in der Frühen Neuzeit*, Köln, S. 159-178.
- ZIRR, Alexander (2009): Die Schweden in Leipzig 1642-1650. Ein stadtgeschichtlicher Überblick zur Spätphase des Dreißigjährigen Krieges, in: *Stadtgeschichte. Jahrbuch des Leipziger Geschichtsvereins e.V.*, S. 65-85.
- ZIRR, Alexander (2010): Stadt und Universität Leipzig im Dreißigjährigen Krieg, in: DÖRING, Detlef (Hg.), *Stadt und Universität Leipzig. Beiträge zu einer 600-jährigen wechselvollen Geschichte*, Leipzig, S. 145-166.
- ZIRR, Alexander (2011): Universität und fremde Besatzung. Die *Alma mater Lipsiensis* während der schwedischen Herrschaft über Leipzig 1642 bis 1650, in: *Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit* 15, Heft 1, S. 18-40.
- ZIRR, Alexander (2014): Die Stadt Leipzig in der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges, in: HEHL, Ulrich von (Hg.), *Stadt und Krieg. Leipzig in militärischen*

Konflikten vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Leipzig, S. 99-119.

ZÖLLNER, Georg (1915): *Die Zunftverfassung in Leipzig bis zum Jahre 1600*, Diss. Universität Leipzig, Halle.

ZÜRCHER, Meret (1960): *Die Behandlung jugendlicher Delinquenten im alten Zürich (1400-1798)*, Diss. Universität Zürich, Winterthur.

